

# BREMISCHES JAHRBUCH

Band 67 · 1989



BREMISCHES JAHRBUCH · BAND 67 · 1989



# BREMISCHES JAHRBUCH

In Verbindung mit der  
Historischen Gesellschaft Bremen  
herausgegeben vom  
STAATSARCHIV BREMEN

Band 67 · 1989

SELBSTVERLAG DES STAATSARCHIVS BREMEN

Das BREMISCHE JAHRBUCH erscheint seit 1863

REDAKTION:

Wilhelm Lührs

REDAKTIONSAUSSCHUSS:

Adolf E. Hofmeister, Hartmut Müller, Reinhard Patemann,  
Eugen De Porre, Andreas Röpcke, Klaus Schwarz

Die Redaktion bittet, Zuschriften, Manuskripte und Rezensionsexemplare an  
das Staatsarchiv Bremen, Am Staatsarchiv 1, 2800 Bremen 1, zu richten

Gesamtherstellung: H. M. Hauschild GmbH, Bremen

ISSN 0341 – 9622

# Inhalt

	Seite
Titelbild und Erläuterung: Mönch und Märtyrer? — Legendäres um Willehad Von <i>Andreas Röpcke</i> .....	9
<b>Aufsätze</b>	
Die Hanseaten und der Reichsgedanke seit dem frühen 19. Jahrhundert Von <i>Gerhard Ahrens</i> .....	17
Sankt-Magnus-Verehrung in Bremen im 14. und 15. Jahrhundert Von <i>Gerhard Schmolze</i> .....	29
Der Obelisk von Höpkens Ruh Von <i>Otto Fritz</i> .....	55
Das bremische Eisbrechwesen Von <i>Christian Ostersehlte</i> .....	67
„Rebell“ Wilhelm Kaisen — Sein Verhältnis zum SPD-Vorstand im Spiegel eines Briefwechsels zwischen Alfred Faust und Fritz Heine aus den Jahren 1950 bis 1956 Von <i>Renate Meyer-Braun</i> .....	109
<b>Miszellen</b>	
Johann Bugenhagen und das Leipziger Interim — Ein bisher unbekannter Brief des Reformators an Nicolaus Buscoducensis in Bremen (1549) Von <i>Martin Schwarz Lausten</i> .....	141
Freundschaft mit Eckermann — Zwei Briefe Friedrich Leopold Vogets Von <i>Roland Köhne</i> .....	149
Johanna Spyri und Bremen — Ein Beitrag zu den schweizerisch-hansestädtischen Literaturbeziehungen und zu den schriftstellerischen Anfängen der „Heidi“-Autorin Von <i>Dieter Richter</i> .....	155
<b>Arbeitsbericht</b>	
Die Denkmalpflege in der Freien Hansestadt Bremen 1985 bis 1988 Fünfter Bericht des Landesamtes für Denkmalpflege Von <i>Hans-Christoph Hoffmann</i> .....	165

### Rezensionen und Hinweise

M[agister] Adams Geschichte der Ausbreitung der christlichen Religion durch die hamburgische und bremische Kirche. Übers. von <i>Carsten Miesegeaes</i> ( <i>Adolf E. Hofmeister</i> ) . . . . .	217
<i>Klink, Lieselotte</i> : Johann Hemelings „Diplomatarium fabricae ecclesiae Bremensis“ von 1415/20 ( <i>Adolf E. Hofmeister</i> ) . . . . .	219
<i>Schwebel, Karl H.</i> : Salz im alten Bremen (Selbstanzeige) . . . . .	220
<i>Hofmeister, Adolf E.</i> : Seehausen und Hasenbüren im Mittelalter. Mit einer Quellensammlung von <i>Andreas Röpcke</i> (Selbstanzeige) . . . . .	221
<i>Kuckuk, Peter</i> : Bremen in der deutschen Revolution 1918–1919 ( <i>Lars U. Scholl</i> )	222
<i>Andersen, Arne</i> : „Lieber im Feuer der Revolution sterben [. . .]“ ( <i>Karl-Ludwig Sommer</i> ) . . . . .	224
Das Heimweh des Walerjan Wróbel. Aufgez. von <i>C. U. Schminck-Gustavus</i> ( <i>René Ott</i> ) . . . . .	226
<i>Hoecker, Beate</i> und <i>Renate Meyer-Braun</i> : Bremerinnen bewältigen die Nachkriegszeit ( <i>Wiltrud Ulrike Drechsel</i> ) . . . . .	227
<i>Oltmann, Joachim</i> : Kalter Krieg und kommunale Integration ( <i>Renate Meyer-Braun</i> ) . . . . .	229
<i>Pflegensdörfer, Dieter</i> : Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede ( <i>Karl-Ludwig Sommer</i> ) . . . . .	231
<i>Eberwein, Wilhelm</i> und <i>Jochen Tholen</i> : Borgwards Fall ( <i>Hartmut Roder</i> ) . . . .	234
<i>Patemann, Reinhard</i> : Bremische Chronik 1976–1980 (Selbstanzeige) . . . . .	236
<i>Sauer, Marina</i> : Die Bildhauerin Clara Rilke-Westhoff 1878–1954 ( <i>Gerhard Gerkens</i> ) . . . . .	236
<i>Lang, Arend W.</i> : Die „Caerte van oostland“ des Cornelis Anthonisz. 1543 ( <i>Adolf E. Hofmeister</i> ) . . . . .	238
Arbeitsplatz Schiff. Hrsg. von <i>Klaus-Peter Kiedel, Uwe Schnall</i> und <i>Lars U. Scholl</i> ( <i>Friedrich Jerchow</i> ) . . . . .	239
<i>Göhringer, Peter</i> : Törn Tu Assi: Eine Schiffahrts-Chronik aus den sechziger Jahren ( <i>Christian Ostersehlte</i> ) . . . . .	240
Schiffahrt — Handel — Häfen. Hrsg. von <i>Jutta Bachmann</i> und <i>Helmut Hartmann</i> ( <i>Lars U. Scholl</i> ) . . . . .	242
Stadt — Land — Weser — Fluß. Hrsg. von <i>Dirk Dasenbrock</i> ( <i>Lars U. Scholl</i> ) . .	242

	Seite
<i>Delfs, Lina: Schiffahrt auf der Geeste (Herbert Schwarzwälder)</i> .....	243
<i>Eilers, Rolf und Klaus-Peter Kiedel: Meyer-Werft (Peter Kuckuk)</i> .....	245
Geschichte des Landes Oldenburg. Hrsg. von <i>Albrecht Eckhardt</i> in Zusammen- arbeit mit <i>Heinrich Schmidt (Hartmut Müller)</i> .....	247
<i>Baha, Norbert: Die Rückkehr zur Demokratie (Andreas Röpcke)</i> .....	249
<i>Schriefer, Heinrich: Hagen und Stotel (Gerhard Schmolze)</i> .....	250
Findbuch der Reichskammergerichtsakten im Archiv der Hansestadt Lübeck. Bearb. von <i>Hans-Konrad Stein-Stegemann (Andreas Röpcke)</i> .....	251
<i>Schneider, Gerhard: Gefährdung und Verlust der Eigenstaatlichkeit der Freien und Hansestadt Lübeck und seine Folgen (Holger G. Hasenkamp)</i> ....	251
<i>Postel, Rainer: Die Reformation in Hamburg 1517—1528 (Friedrich Seven)</i> ..	254
Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Hrsg. von <i>Werner Jochmann</i> und <i>Hans-Dieter Loose</i> , Bd. 2 ( <i>Ernst Pitz</i> ) .....	255
Auf den Spuren des alten Stade. Red.: <i>Jürgen Bohmbach</i> u. a. ( <i>Karl Heinz Brandt</i> ) .....	257
<i>Fiedler, Beate-Christine: Die Verwaltung der Herzogtümer Bremen und Verden in der Schwedenzeit 1652—1712 (Burchard Scheper)</i> .....	261
Jahrbuch der Wittheit zu Bremen. Bd. 29, 1987; 30, 1988 .....	264
Hospitium Ecclesiae. Forschungen zur Bremischen Kirchengeschichte. Bd. 15, 1987 .....	264
Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens. H. 10, 1987; 11, 1988 .....	265
Jahrbuch der Männer vom Morgenstern. Bd. 65, 1986; 66, 1987 .....	266
Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte. Bd. 73, 1987 .....	266
Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde. Bd. 67, 1987; 68, 1988 .....	266
Stader Jahrbuch. Bd. 76, 1986; 77, 1987 .....	267

	Seite
Oldenburger Jahrbuch. Bd. 87, 1987 .....	268
Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte. Bd. 59, 1987; 60, 1988 ..	269
Hansische Geschichtsblätter. Jg. 105, 1987; 106, 1988 .....	270
Deutsches Schifffahrtsarchiv. Bd. 9, 1986; 10, 1987; 11, 1988 .....	270
Weitere Neuerscheinungen zur bremischen Geschichte und Landeskunde ..	272
Jahres- und Rechnungsbericht der Historischen Gesellschaft Bremen (1987) .....	275
Anschriften der Autoren und Rezensenten .....	279



Willehad führt Widukind zum Taufbrunnen. Kupferstich zum 8. 11. im Annus Mariano  
— Benedictinus, Salzburg 1668

Wan

Sunte



7 Willehadus de schickinge des hilligē geistes van daghe  
to dage he yo meer waert entfenger tho

Illustration zur Willehadlegende im niederdeutschen Passional, Basel 1511, Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel, S. 272. 2<sup>0</sup> Helmst.

# Mönch und Märtyrer?

*Legendäres um Willehad*

Von A n d r e a s R ö p c k e

Mit Willehad und der Wahrheit ist das so eine Sache, wenn man die historische und nicht die himmlische meint. Legt man strenge Maßstäbe kritischer Wissenschaft für erwiesene Faktizität an, so bleibt von ihm nur ein dürres Gerippe von Zahlen und Angaben, das wie eine merkwürdig flüchtige Erscheinung durch die frühe Geschichte dieser Region spukt<sup>1</sup>. Da für die meisten Dinge, die ihm menschliche Konturen geben, seine Lebensbeschreibung die einzige Quelle ist, müssen wir uns letztlich darauf einlassen, ihr Glauben zu schenken — oder eben nicht. Das Leben eines Heiligen wollte der Verfasser beschreiben — also gehörten Askese und Wundertätigkeit des Protagonisten einfach dazu. Wenn von Willehads disziplinierter Lebensführung die Rede ist, von seinen strengen Eßgewohnheiten (er mied Alkohol, Fleisch und bis ins Alter sogar Fisch), von seiner praktischen Frömmigkeit und seinem Missionseifer — wer mag da entscheiden, wie groß der Wahrheitskern der uns überlieferten Nachrichten ist? Auch wenn man es für übertrieben und absolut unglaubwürdig hält, daß er fast jeden Tag die Messe feierte, den ganzen Psalter — manchmal gar mehrmals — durchsang und sich ständig mit der Heiligen Schrift beschäftigte — tendenziell wird es ja wohl stimmen. Das glatte Gegenteil anzunehmen, besteht kein Anlaß. Wenn die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Willehadvita also mit einem „im Prinzip ja“ beantwortet wird, so eben nicht im verschmitzten Sinne von Radio Eriwan. Die gelehrte Forschung hält die über 1000 Jahre alte Biographie für erfreulich schlicht und sachlich, „ein kleines, in sich geschlossenes Meisterwerk“ seiner Gattung. Was will man mehr? Sicher, mit den Wundergeschichten haben wir unsere Probleme. Willehad zaubert ein Holzgeschirr wieder

1 Die gesicherten Erkenntnisse zu Willehads Leben und Werk, in Handbuch- und Spezialliteratur schon mehrfach dargestellt, werden in diesem Beitrag nicht erneut ausgebreitet. Verwiesen wird dazu auf: Willehad. Das Leben des hl. Willehad, Bischof von Bremen, und die Beschreibung der Wunder an seinem Grabe, bearb. v. Andreas Röpcke, Bremen 1982, und A. Röpcke: Leben und Nachleben Willehads. Zur Geschichte und Tradition des ersten Bremer Bischofs, Bremen 1987, mit weiterführender Literatur, ferner neuerdings Josef Fleckenstein: Die Missionspolitik Karls des Großen in Sachsen, der Auftrag Willehads und der Bremer Dombau als Kern des Bistums Bremen, in: Jahrbuch des Club zu Bremen 1987/88, S. 18–29, sowie die von Dieter Hägermann herausgegebene Aufsatzsammlung: Bremen — 1200 Jahre Mission, Bremen 1989 (Schriften der Wittheit zu Bremen, NF, Bd. 11), und schließlich A. Röpcke: Materialien zur Ikonographie Willehads, in: *Hospitium Ecclesiae* 16, 1989 (im Druck).

zusammen, das seinem Diener zerbrochen ist. Sein Bischofsstab erweist sich als feuerfest, und auch sein Kelch zerschmilzt trotz großer Hitze nicht. Für seine Zeitgenossen gehörten Wunder zum Leben. Sie wurden, wie schon gesagt, von einem Heiligen regelrecht erwartet. Erzbischof Ansgar wußte das. Mit der aus seiner Feder stammenden Beschreibung der Wunder an Willehads Grab im Bremer Dom hat er Willehads Heiligennimbus ganz maßgeblich aufpoliert, vielleicht sogar erst geschaffen, und seinem Amtsvorgänger wie auch der Bremer Kathedrale zu neuem Ansehen verholfen. Mit Recht hat die neuere Forschung darauf hingewiesen, daß ein offensichtlicher Zusammenhang besteht zwischen Ansgars Engagement für Willehad und dem Aufblühen der Verehrung des hl. Alexander in Wildeshausen. Der von der mächtigen Sippe Widukinds geförderte Adelsitz an der Hunte hatte die wundertätigen Reliquien des hl. Alexander während der Amtszeit Ansgars erhalten, und der Pilgerstrom nach Wildeshausen nagte am Status der noch jungen Bremer Kirche, die bis dato keinen namhaften Reliquienschatz vorzuweisen hatte. Ansgar, der das von Wikingern verwüstete Hamburg hatte verlassen müssen, mag die Entwicklung gar als bedrohlich für Bremens Stellung als geistliches Zentrum der Region angesehen haben. Seine auf die Willehadverehrung gestützte Konterstrategie hatte Erfolg: Die von ihm beschriebenen Wunder — es sind am biblischen Vorbild orientierte Heilungswunder — belegen Zulauf von Heilungsuchenden aus der näheren und weiteren Umgebung. Die Frage, was hier im Sinne naturwissenschaftlich-medizinischer Erkenntnis tatsächlich geschah, wird man wieder offen lassen müssen. Wie zuvor gibt es aber keinen Grund zu der Annahme, daß Ansgar alle die geschilderten wundersamen Ereignisse völlig frei erfunden hat. Der Glaube an die wunderbare Wirksamkeit des Heiligen war da, und wenn er auch nicht Berge versetzte, so brachte er doch Menschen (und die von ihnen mitgebrachten Opfergaben) nach Bremen.

Anders sind die offensichtlichen Geschichtsklitterungen zu bewerten, in denen Willehad eine tragende Rolle spielte. An erster Stelle ist da die bei Adam von Bremen überlieferte angebliche Gründungsurkunde des Bistums Bremen zu nennen, die Willehad unter dem Datum 788 in aller Form mit dem Bischofsamt in einem genau beschriebenen und abgegrenzten Sprengel betraut. Sie ist eine Fälschung, mit der Besitz und Rechtsgüter der Bremer Kirche gesichert werden sollten. Etwa hundert Jahre später, im Barbarossa-Privileg von 1186, wird Willehad auch für die Sicherung der Rechte der Stadt Bremen eingesetzt: Er soll von Karl dem Großen „städtische Freiheiten“ erbeten und erhalten haben, die in der Urkunde in drei Punkten spezifiziert werden. Das war nichts als Wunschdenken, wurde aber dennoch für Jahrhunderte die gängige Vorstellung vom Ursprung der Bremer Stadtfreiheit. In seiner Rolle als Petent für städtische Freiheitsrechte war Willehad ein beliebter und vielzitiertes Bundesgenosse der Stadtbürgerschaft in ihrem Streben nach Emanzipation vom erzbischöflichen Stadtherrn. Die mittelalterliche Stadtchronik von Gert Rinesberch und Herbord Schene weiß sogar, daß Willehad von Karl einen besiegelten Brief über die städtischen Freiheiten in Empfang nahm, „den de stadt van Bremen wol bewaret hefft“. Im 16. Jahrhundert liest man in Bremer Chroniken, auch in der weit verbreite-

ten von Johannes Renner, weitere Einzelheiten über die Rechte, die Willehad für Bremen erwirkt haben soll, wie z. B. Freiheit von bestimmten Zöllen und Abgaben des Erzbischofs, und sogar den Roland hat er den Bremern nun besorgt als Zeichen ihrer Freiheit. Die interessengelenkte Rekonstruktion eines historischen Phantombildes erhält immer schärfere Konturen. Die Reformation bewirkte hier keinen Wandel. Das großformatige Wandbild in der oberen Rathaushalle, das ihn mit Karl dem Großen als Begründer der Kirche in Bremen zeigt — es ist auch Motiv der Sonderbriefmarke, die zum Bremer Kirchenjubiläum 1987 an die Schalder kam — ist auf 1532 datiert, einen Zeitpunkt also, zu dem der neue Glaube in Bremen überall Einzug gehalten hatte. Erst mit Erlangung der Reichsfreiheit 1646 hatte Willehad in dieser Rolle ausgedient. 1650 ließ der Rat eine Willehad-Figur aus dem Rathausgiebel entfernen und durch einen Reichsadler ersetzen.

Waren bei der Willehad zugeschriebenen politischen Rolle greifbare Interessen wirksam, so entstanden andere Ausschmückungen seiner Biographie im Spätmittelalter aus dem laxen Umgang mit vorhandenen Informationen oder schlichter Fabulierfreudigkeit. Herausragend in dieser Beziehung ist der Chronist Hinrich Wolters, Mitglied des Kapitels von St. Ansgarii im 15. Jahrhundert, der auch die Sage von Gräfin Emma um ein paar bunte Einzelheiten bereichert hat. Er kolportiert verwandtschaftliche Beziehungen des Bremer Missionsbischofs zu Bonifatius, der wie jener ein Benediktiner gewesen sei, berichtet von einer Doppelgründung der Bistümer Bremen und Verden und bietet erstmals den Märtyrertod Willehads. Eine der frühen gedruckten Legendensammlungen, in denen Willehad vorkommt (erschieden in Basel 1511), illustriert seine Geschichte mit einer Szene, die an Erzbischof Thomas von Canterbury und den „Mord im Dom“ denken läßt: Zwei Männer machen sich mit Dolch und Säbel in einer Kirche über den als Bischof dargestellten Heiligen her (s. Abbildung). Das Martyrium, obwohl leicht beweisbare Falschmeldung, hat unter dem Bild in der oberen Rathaushalle Platz gefunden und ist über diesen vielfach abgeschriebenen Text weiter verbreitet worden. Die Sparenberch-Chronik, eine Fortsetzung der mittelalterlichen Stadtchronik im 16. Jahrhundert, übernimmt das Ereignis in den Text: Willehad, in der älteren Überlieferung noch „olt unde vul van jaren“ in Blexen gestorben, wird nun von den Friesen „gemarthelt“. Christian Nikolaus Roller, Doktor der Weltweisheit und Beredsamkeit und Professor am Bremer Gymnasium, hat in seiner im Jahre 1800 erschienenen „aus ächten Quellen geschöpft[en]“ Geschichte der Stadt Bremen (III. Teil) die Verse mit dem Martyrium Willehads in Blexen nicht nur kritiklos übernommen, sondern er weiß es noch genauer: „Die abgöttischen Friesen, oder eigentlich Rustringer, schlugen ihn nemlich in gar hohem Alter vor dem Altar todt.“ Auf die Dauer durchgesetzt hat sich diese Novelle jedoch nicht.

Willehads Heiligenvita beschreibt ihn, wie oben erwähnt, als Vegetarier und Abstinenzler. Der Bremer Chronist Johannes Renner wird 1583 konkreter: Von Honig, Kohl und Äpfeln habe er gelebt und nicht nur Fleisch, sondern auch Milch (!) verschmäht. Was wie grundsätzliche Ablehnung von tierischem Eiweiß aussieht, ist wohl nichts als die Verballhornung von *meth* zu *melk*. Eine Vorstufe dazu findet sich im Diplomatar des Dombauherrn

Johann Hemeling zu Beginn des 15. Jahrhunderts, wo Wasser, Obst und Feldfrüchte (*poma et fructus autumpnales*) als Nahrungsmittel des asketischen Bremer Bischofs genannt werden.

Willehads Rang als Missionar wird in der Folgezeit v. a. von außerbremschen Autoren durch weitere (falsche) Details herausgestrichen. Eine von einem Echternacher Abt verfaßte Luxemburgische Geschichte berichtet, Willehad sei nach dem Zusammenbruch des Sachsenaufstands (785) von einer Delegation vornehmer Sachsen regelrecht gebeten worden, doch bitte wieder in seinen Missionssprengel an der Unterweser zurückzukehren. In braunschweigischer Historiographie heißt es, Willehad selbst habe den Sachsenherzog Widukind in Worms getauft, ein benediktinischer Kalender stellt sogar bildlich dar, wie Willehad den zum König avancierten Widukind zum Taufbrunnen führt (s. Abbildung — tatsächlich erfolgte die Taufe in Attigny, ohne daß Willehad dabei erwähnt würde), und als nächster Schritt folgt die Vermutung des vielzitierten Willehad-Autors Wulf im 19. Jahrhundert, Widukind habe 787 Willehad nach Worms geleitet und ihn König Karl für das Bischofsamt vorgeschlagen. Diese Phantasien gehören eher in den Bremer Ratskeller als in die historische Literatur. Einen wahren Kern wird man in ihnen vergeblich suchen. Es sind taube Nüsse, glücklicherweise auch nicht fruchtbar.

Weit interessanter ist die Faszination, die Willehad als Mönch auf die Menschen ausübt. Gewiß, er hat einmal zwei Jahre im Kloster Echternach verbracht, aber anders als bei seinen Amtsnachfolgern Ansgar und Rimbert ist von mönchischen Gelübden, oder vom Eintritt in einen Orden, in der älteren Überlieferung nie die Rede. Hatte die Art seiner Lebensführung auch mönchische Züge, das Schweigen der Quellen darf hier als Beweis dafür gelten, daß er kein Mönch war. Das Mönchtum Willehads findet erstmals beiläufige Erwähnung im Werk des bereits einschlägig hervorgetretenen Hinrich Wolters aus dem 15. Jahrhundert, eine Zugabe, die zwar von der benediktinischen Ordensliteratur des 17. Jahrhunderts gern aufgegriffen wurde, in der Bremer Chronistik und Historiographie jedoch zunächst keinen Widerhall fand. Bei der Ursachenforschung für die heutige Beliebtheit und Verbreitung des Irrtums wird man besonders den 1883 in Bremen vor dem Dom aufgestellten Brunnen ins Kalkül ziehen müssen, der den Missionar monumental in Mönchskutte zeigte, die Rechte zum Taufgestus erhob. Er hat so an exponierter Stelle mit suggestiver Kraft fast sechzig Jahre wirken können — mit erstaunlichem Erfolg. Nicht nur in der Presse erscheint Willehad heute immer wieder als Mönch, er ist es auch im verbreiteten Schulgeschichtsbuch „Die Reise in die Vergangenheit“, er ist es in Claus Heitmanns Bremer Kirchenkunde „Von Abraham bis Zion“, und selbst der sonst so vorsichtige Herbert Schwarzwälder hat sicheren Boden verlassen, wenn er ihn mit „Mönchsbischof“ tituliert (in: Berühmte Bremer). Walter A. Kreye beschreibt in seinem zum Bremer Kirchenjubiläum 1987 verfaßten Willehadspiel die Rolle eindeutig: Erst Mönch, dann Bischof. Aus der bildenden Kunst der jüngeren Vergangenheit ist als Beispiel u. a. zu nennen die vom Bremer Künstler Kurt Lettow stammende Darstellung am Gemeindehaus von St. Willehad in Nordenham.



Willehad in Mönchskutte, mit der Linken Hammer und Winkelmaß haltend, die Rechte zum Taufgestus erhoben. Monumentale Brunnenfigur vor dem Bremer Dom von Richard Neumann, 1883–1942

Mit Willehad und der Wahrheit ist das so eine Sache . . . aber: Mit Willehad ist etwas anzufangen. Er kann, geschickt herausgestellt, werbewirksam Aufmerksamkeit auf Bremen und seine Kirche lenken, Besucher anlocken und nicht zuletzt der gelebten Frömmigkeit neue Impulse geben. Dieses Fazit zum Ausklang des Bremer Kirchenjubiläums 1987, jetzt erneut aktualisiert zur 1200. Wiederkehr von Domweihe und Todestag Willehads 789, hätte sinngemäß auch schon Ansgar vor über 1100 Jahren formulieren können.

## Die Hanseaten und der Reichsgedanke seit dem frühen 19. Jahrhundert\*

Von Gerhard Ahrens

Mitten im Dreißigjährigen Krieg — man schrieb das Jahr 1630 — haben sich die Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg zu einem Bündnis zusammengeschlossen. Ohne daß dadurch eine wie auch immer geartete staatsrechtliche Verbindung zustande gekommen ist, hat diese hanseatische Gemeinschaft gleichwohl drei Jahrhunderte lang das politische Schicksal der Städte mitbestimmt. Sie vor allem fühlten sich berufen, hansische Traditionen zu bewahren und das Erbe der ruhmreichen Hanse zu hüten. Das ist durchaus wörtlich zu nehmen: Denn bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts sind die Städte als Rechtsnachfolger der Hansekaufleute auch Eigentümer des Stalhofs in London sowie des Osterlinger Hauses in Antwerpen gewesen; den Erlös aus dem Verkauf der beiden Kontore teilte man schließlich schwesterlich zu gleichen Teilen.

Die drei Städte, die bis heute die Bezeichnung *Hansestadt* im Stadt- bzw. Staatstitel führen, geben in der deutschen und in der europäischen Geschichte „einen guten Dreiklang“ (Herbert Schwarzwälder). Dabei sind sie nur äußerlich drei gleiche Schwestern. Viele Gemeinsamkeiten verbinden die drei Städte, aber ebensoviele Besonderheiten unterscheiden sie voneinander. Lübeck und Hamburg waren traditionell enger miteinander verbunden, was schon durch die geringere Entfernung wie auch durch dieselbe konfessionelle Bindung und Überlieferung zu erklären ist. Schließlich aber bestanden keine so ausgeprägten wirtschaftlichen Rivalitäten wie zwischen Hamburg und Bremen. Es ist jedenfalls bezeichnend, daß 1905 der lübeckische Senator Emil Ferdinand Fehling den gemeinsamen Gesandten in Berlin anwies: „Der Senat wünscht, daß Sie sich an der Seite Hamburgs und Bremens, bei Divergenzen der Schwesterstädte aber an der Seite Hamburgs halten.“

Dieses Spannungsverhältnis zwischen Hamburg und Lübeck auf der einen Seite und Bremen auf der anderen Seite bestand übrigens schon zu Hansezeiten. „Bremen war nicht etwa ein bequemes Mitglied“, charakterisiert Schwarzwälder die damalige Stellung der Weserstadt, „sondern eine etwas kapriziöse Schwester mit Launen und skandalösen Seitensprüngen.“ Aber trotz teils ausgeprägter Eigenarten in allen drei Städten waren ihre Bewohner allzeit gute Deutsche. Ihr Streben war vom Wunsch geleitet, Glieder eines mächtigen Reiches zu sein. Dabei sind Reichstreue und gleichzeitiges

\* Festvortrag, gehalten zum 125jährigen Bestehen der Historischen Gesellschaft am 27. Mai 1987 in der Oberen Halle des Alten Rathauses.

Bemühen um Reichsunmittelbarkeit keineswegs als Gegensatz zu verstehen — sie sind vielmehr zwei Seiten einer Medaille.

Auch wenn die Kaiser des Alten Reiches zumeist mehr Ansehen als tatsächliche Macht besaßen, so garantierte doch nur ein mächtiges Reich weit ausgreifenden Handel und damit wachsenden Wohlstand. Die Anhänglichkeit der Hanseaten an das Heilige Römische Reich Deutscher Nation und seine Herrscher fand in allen drei Städten sinnbildlichen Ausdruck darin, daß die Rathäuser mit prächtigen Kaiserstatuen geschmückt waren. Dieser traditionelle und gerade in Reichsstädten oft anzutreffende Ausdruck für die Verbundenheit mit Kaiser und Reich wurde sogar im ausgehenden 19. Jahrhundert wiederbelebt, als in Lübeck die nördliche Schauwand des Rathauses restauriert und in Hamburg beim Bau des neuen Rathauses auf ein solches Bildprogramm zurückgegriffen wurde.

Auch nach dem Untergang des Alten Reiches ist das Wort *Reichstreue* den Hanseaten kein fremder Begriff geworden. Dies gilt durch das ganze 19. Jahrhundert, und es ist eigentlich bis in unsere Tage so geblieben. Diesen Entwicklungsgang möchte ich im folgenden aufzeigen. Angesichts der Fülle historischer Ereignisse und Entwicklungen muß ich mich dabei auf eine holzschnittartige Darstellung beschränken.

### I. *Von der Hanse zur hanseatischen Gemeinschaft*

Auf dem letzten Hansetag im Jahre 1669 hatten sich die Vertreter von nur noch sechs Städten zusammengefunden, und schon zwei Menschenalter später war der einst so stolze Hansebund zu einem blutleeren Phänomen geworden. Erst die Auflösung des Alten Reiches (1806), vor allem aber die Franzosenzeit mit ihren kriegerischen Verwicklungen haben eine Neugestaltung jenes Bundes mit veränderten Zielen bewirkt. Lübeck, Bremen und Hamburg (diese protokollarische Reihenfolge, die sich an der Erlangung der Reichsstandschaft orientiert, galt übrigens bis zum Ende des Ersten Weltkriegs) fanden sich zu den sog. Hanseatischen Konferenzen zusammen, um gemeinsam ihre staatsrechtliche Zukunft zu erörtern. Die Bezeichnung *Hansestadt*, die ehemals teils kosmopolitische, teils auch partikularistische Bedeutung hatte, erwarb während der Franzosenzeit immer stärker vaterländisches Gepräge: Von neutralen Weltbürgern wandelten die Hanseaten sich zu bewußten Deutschen. Mit dem Hanseatischen Direktorium wurde eine Art Exilregierung gebildet, in der Hanseatischen Legion kämpfte man Seite an Seite mit den Alliierten gegen Napoleon.

Auf dem Wiener Kongreß wurden die Hansestädte neben Frankfurt, dem Sitz der Bundesversammlung, als vollberechtigte Mitglieder in den Deutschen Bund aufgenommen. In diesem Staatenbund nahmen die vier Stadtstaaten eine Sonderstellung ein, denn inmitten monarchisch organisierter Länder vertraten sie ausgeprägte republikanische Traditionen. Auch waren demokratische Überlieferungen in ihrer Vergangenheit stark verankert, wobei freilich der Begriff *demokratisch* nicht im heutigen Verständnis zu definieren ist, sondern als vormoderne bürgerliche Teilhabe am Stadtregi-

ment. Die Wiederherstellung der Souveränität der Hansestädte ist vor allem dem Verhandlungsgeschick Johann Smidts zu danken, der zusammen mit dem lübeckischen Senator Johann Friedrich Hach und dem hamburgischen Syndicus Karl Sieveking zum Initiator und führenden Vertreter einer neuen hanseatischen Politik werden sollte.

Entgegen den in den letzten Jahrzehnten wiederholt geäußerten, nicht selten unqualifizierten Vorwürfen gegen Smidts Person wie auch gegen die Ziele und Mittel seiner Politik, kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß er geradezu eine *Lichtgestalt* der bremischen, der hanseatischen, ja der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewesen ist. Wenn Bismarck ihn mit hoher Anerkennung den „Talleyrand Bremens“ genannt hat, so kennzeichnet dieser Vergleich nur die eine Seite seiner überragenden Persönlichkeit. Wichtiger für unser Thema ist die zutreffende Beobachtung des bayerischen Gesandten bei den Hansestädten, des späteren Staatsarchivars Freiherr v. Hormayr, die er 1846 gegenüber Karl Sieveking geäußert hat: „An Smidts curriculum vitae hat man eine gute Spindel, hanseatische Geschichten und Geschichte daran abzuwinden.“ (Und es sei darum an dieser Stelle der Wunsch geäußert, daß unsere Gesellschaft den Anstoß zur Abfassung einer Smidt-Biographie geben möge, die den berechtigten Ansprüchen unserer Zeit entspricht. Ob dies in Form einer Preisaufgabe, durch ein Stipendium oder auf andere Weise geschieht, mag dahingestellt bleiben. Allein schon die Tatsache, daß der jahrzehntelang ausgelagerte Teil des umfänglichen Smidt-Nachlasses der wissenschaftlichen Forschung nun wieder uneingeschränkt zur Verfügung steht, sollte als Anreiz, als Verpflichtung, ja als nobile officium gegenüber dem Manne empfunden werden, den wir, wenn auch nicht als Gründer, so doch mit gutem Recht als Wegbereiter und Initiator unserer Historischen Gesellschaft bezeichnen dürfen.)

„Deutschland ist nur ein geographischer Begriff.“ Diese Sentenz des österreichischen Staatskanzlers Metternich, eines Hauptvertreters der nach 1815 mächtig erstarkenden Reaktion, wird durch die geschichtliche Wirklichkeit als ein am Wunschenken orientierter Ausspruch widerlegt, ja als zynischer Aphorismus entlarvt! Denn das Erleben der Franzosenzeit hatte im Zusammenwirken mit der Gedankenwelt der Romantik die Idee des nationalen Staates eigentlich erst richtig begründet und schließlich befestigt. Und es ist kein Zufall, daß die Worte *deutsch* und *Nation* in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nachgerade zum Ausdruck für die Sehnsucht eines ganzen Volkes nach politischer Einheit geworden sind. Auch die damals aufblühende Geschichtswissenschaft hat an jenem Streben nach Wiederbegründung des Reiches ihren Anteil gehabt. Mit Blick auf die Hansestädte möchte ich diese Zusammenhänge genauer aufzeigen, wobei ich mich auf drei Beispiele beschränke.

Im Jahre 1819 hatte der Reichsfreiherr vom Stein in Frankfurt die *Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde* begründet. Stein, ein überzeugter Anhänger des Gedankens städtischer Selbstverwaltung und warmerherziger Freund hanseatischen Wesens — erst drei Jahre zuvor hatte er auf Smidts Veranlassung den bremischen Ehrenbürgerbrief erhalten —, wollte mit den *Monumenta Germaniae historica* eine umfassende Sammlung histo-

rischer Quellen auf nationaler Grundlage ins Leben rufen. Die Folgen dieser bis heute wirksamen Initiative ließen nicht auf sich warten: In Lübeck wurde 1821 im Rahmen der *Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit* ein eigenständiger Ausschuß für die Sammlung historischer Quellen, die Keimzelle des *Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde*, begründet. An der Elbe trat 1839 der *Verein für Hamburgische Geschichte* ins Leben; auch hier hatte eine Vereinigung der Aufklärungszeit, die *Patriotische Gesellschaft*, Hilfestellung geleistet. Warum man sich in Bremen erst ab 1862 zur Gründung einer *Historischen Gesellschaft* entschließen konnte, ist bis heute nicht geklärt. Wie stark sich gerade Johann Smidt für die vaterstädtischen Studien und ihre fachliche Organisation interessierte, hat Karl H. Schwebel mit einem weit ausgreifenden Beitrag in der Festschrift zum hundertsten Bestehen unserer Gesellschaft eindrucksvoll belegt. War es Smidts übermächtiger Geist, der jüngere, zumal politisch andersdenkende Mitbürger zurückhielt? Oder wirkte hier wieder einmal das sprichwörtliche „Bremen wes bedächtig“? Wir wissen es nicht. — Gleichwohl haben gerade die Geschichtsvereine starken Anteil daran genommen, daß die freistädtischen Urkundenbücher erscheinen konnten und in methodisch überzeugender Weise Zeugnis ablegten vom Selbstbewußtsein der um reichsstädtische Tradition und staatsrechtliche Legitimation bemühten Stadtstaaten.

Ein anderes Beispiel für die Bereitschaft der Deutschen, die verhängnisvolle Vielstaaterei zu überwinden und sich als einer Nation angehörend zu empfinden, sind die Ereignisse des Jahres 1842. Im Mai dieses Jahres wurde Hamburg von einer Brandkatastrophe heimgesucht, wie sie Deutschland seit der Einäscherung Magdeburgs im Dreißigjährigen Krieg nicht wieder erlebt hatte, ja wie sie — im europäischen Maßstab gesehen — seit dem Londoner Great Fire nicht eingetreten war. Die internationale Hilfe, vor allem aber die nationale Opferbereitschaft waren überwältigend. Das hatte es bis dahin noch nicht gegeben: Alle deutschen Staaten haben offiziell und auf dem Weg der privaten Sammeltätigkeit dazu beigetragen, daß die enormen Schäden und Verluste beseitigt und gemildert werden konnten. Hamburgs Senat hat damals Johann Smidt zum Ehrenbürger der schwergeprüften Stadt ernannt. Um die Hilfeleistung und den treuen Beistand der ganzen Nation in ein Sinnbild zu fassen, wurde der neuangelegte, auf das künftige Rathaus zuführende Durchbruch *Hermannstraße* genannt (wie der Straßename bis heute lautet). Andere Vorschläge waren gewesen *Bundesstraße*, *Deutsche Straße*, *Vaterlandsstraße* und *Hülfsstraße*, doch die Tatsache, daß seit über vier Jahren an Bandels Nationaldenkmal im Teutoburger Wald gearbeitet wurde, hatte offenbar den Ausschlag gegeben. So darf auch die bewußte Anknüpfung an die Person des Cheruskerfürsten Hermann als ein Symbol für die nationale Einheit gedeutet werden.

Übrigens wurde auch das im Herbst desselben Jahres in Köln begangene Dombaufest als ein Symbol deutscher Einheit gefeiert. Am Vorabend der Reformation waren die Bauarbeiten eingestellt worden; jetzt, nach über drei Jahrhunderten, sollte der mächtige Bau vollendet werden. Hier wurde nach dem Willen Friedrich Wilhelms IV. von Preußen Einigkeit gleich in zweifacher Weise demonstriert: Als Versöhnung der Konfessionen wie auch als

Beschwörung des nationalen Gedankens. Und schließlich sei daran erinnert, daß im Anschluß an die Kölner Festtage hoch über der Donau die Walhalla, jener bayerische Tempel zum Ruhme aller großen Deutschen, eingeweiht worden ist.

Lassen Sie mich als drittes Beispiel die Germanistenversammlung nennen, die im Herbst 1847 in Lübeck abgehalten worden ist. In Frankfurt, wo man sich im Vorjahr versammelt hatte, war Smidt mit einem eindrucksvollen Votum für den ehemaligen Vorort der Hanse als Tagungsort aufgetreten. So war es dann sicherlich kein Zufall, daß das Eingangsreferat des Historikers am hamburgischen Akademischen Gymnasium, Christian Friedrich Wurm, den Titel trug: „Das nationale Element in der Geschichte der deutschen Hansa“. Und wie emotionsgeladen sind die Verhandlungen über Fragen der deutschen Sprache, des deutschen Rechts und der deutschen Geschichte am Vorabend der schleswig-holsteinischen Erhebung und der Revolution von 1848 geführt worden! Alfred Pauli, der spätere bremische Bürgermeister, dessen Vater als Richter am höchsten freistädtischen Gericht in Lübeck tätig war, hat uns in seinen Lebenserinnerungen einen sehr anschaulichen Bericht über den Verlauf jener Tagung hinterlassen. Sein Vater, schreibt er dort, habe dem Festmahl in Travemünde präsiert, wo auf dem Logierhaus bezeichnenderweise die schwarzrotgoldene Fahne gehißt worden sei, und er habe dabei „seine liebe Not gehabt, allzuweitgehenden politischen Toasten vorzubeugen“.

Es könnten noch viele Beispiele herangezogen werden als Beleg für die antriebsmächtige und weitwirkende Sehnsucht der Deutschen nach nationaler Einheit: Von der Gründung des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg (1852) als einer Art Walhalla der deutschen Vergangenheit bis hin zu den in ganz Deutschland mit wahrer Begeisterung begangenen Feiern zur 100. Wiederkehr von Schillers Geburtstag (1859), die weithin unter dem Dichterwort „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern“ abgehalten worden sind. Doch ich halte inne; denn mit Blick auf die Hanseaten gilt es nun, die besonderen Gegebenheiten der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Stadtstaaten kurz zu skizzieren.

## II. *Die wirtschaftliche Sonderstellung der Freien Hansestädte*

Friedrich List, der bedeutende Wirtschaftspolitiker des frühen 19. Jahrhunderts, hat einmal geschrieben: „Wer an der See keinen Anteil hat, der ist ausgeschlossen von den guten Dingen und Ehren der Welt, der ist unseres lieben Herrgotts Stiefkind.“ Und in Abwandlung dieses Wortes könnte man sagen: Bis zur Franzosenzeit sind die Hanseaten in der Tat gehätschelte Kinder unseres lieben Herrgotts gewesen. Sie genossen sogar das Recht auf Neutralität in Reichskriegen, um die Versorgung der Reichslande mit Wirtschaftsgütern sicherzustellen. Mit der im November 1806 durch Napoleon verkündeten Kontinental Sperre fand dies alles ein Ende. Die gewaltsame Unterbrechung der althergebrachten Handelsbeziehungen hat schon bald einen völligen Zusammenbruch von Handel und Wandel zur Folge gehabt.

Nach dem Ende der Franzosenherrschaft konnten die hanseatischen Kaufleute nur mühsam an alte Handelsbeziehungen anknüpfen. Viele Firmen waren zunächst sogar genötigt, britische Waren in Kommission zu übernehmen, ja oft sogar als Agenturen englischer Handelshäuser tätig zu werden. Diese starke Bindung an das Ausland war aus der Not geboren worden, sie war die Folge auch einer enormen kriegsbedingten Kapitalvernichtung. Doch im Binnenland hat man dies anders gesehen und hart geurteilt: Vorwürfe undeutschen Verhaltens wurden lautstark geäußert, und vor allem List hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne heftige und nicht selten maßlose Kritik an der hanseatischen Handelspolitik zu üben. Seine Beschimpfungen gipfelten darin, die norddeutschen Stadtstaaten seien eigentlich englische Kirchspiele auf dem Kontinent, ihre Bewohner aber nichts anderes als Trödler der britischen Industrie.

Noch ein Jahrzehnt später waren diese schrillen Töne nicht vergessen, denn als die Vereinigten Staaten 1832 beim Hamburger Senat für Friedrich List um das Agreement als amerikanischer Konsul nachsuchten, hat man ihnen dieses rundweg abgeschlagen. In Bremen hingegen fand sich ein Mann ganz nach Lists Geschmack, den er denn auch prompt in seine erneuerte handelspolitische Agitation einzuspannen suchte: Es war dies der aus alter Kaufmannsfamilie stammende Arnold Duckwitz, der schließlich 1841 in den Rat seiner Vaterstadt gewählt werden sollte. Duckwitz kann mit guten Gründen als das ökonomische Gegenstück zum Politiker Johann Smidt bezeichnet werden, dessen Nachfolger im Bürgermeisteramt er übrigens 1857 geworden ist. List hat ihn „einen der ersten und einsichtsvollsten Kaufleute Deutschlands“ genannt, doch diese Wertschätzung lag nicht nur in der Person, sondern zu einem Teil auch in den besonderen Gegebenheiten des bremischen Handels begründet.

In Bremen nahmen Eigenhandel und Eigenreederei traditionell eine starke Stellung ein. Es kam hinzu, daß die Weser ein deutscher Fluß war, will sagen: die Anliegerstaaten waren ausnahmslos Mitglieder des Deutschen Bundes, woraus wie von selbst eine starke Verbindung mit dem Hinterland resultierte. Diese ausgeprägte nationale Komponente des bremischen Handels mußte einem Wirtschaftspolitiker wie Friedrich List durchaus zusagen. Dagegen war Hamburgs Wirtschaft geradezu international ausgerichtet. Auch wurden hier vielfältige Kommissionsgeschäfte durchgeführt, die Spedition stützte sich in großem Maßstab auf fremden Schiffsraum.

Lübecks Handel konzentrierte sich nach wie vor auf die Fahrtgebiete der Ostsee. Von hier aus wurden deutsche Gewerbeerzeugnisse und überseeische Kolonialwaren im Austausch gegen nordische Rohprodukte nach Rußland und in die skandinavischen Länder vermittelt. Dabei erlebte die lübeckische Wirtschaft als Folge einer zunehmenden weltwirtschaftlichen Abseitslage einen grundlegenden Strukturwandel: Hatte Hamburg seit den Zeiten der Hanse unbestritten als Lübecks Nordseehafen gegolten, so wurde die Travestadt im Verlauf des 19. Jahrhunderts immer stärker zu Hamburgs Ostseehafen herabgedrückt, eine Entwicklung, die am Ende des Jahrhunderts mit dem Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals endgültig besiegelt wurde.

Da die Bundesversammlung in Frankfurt eine gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik nicht verfolgt hat, obwohl diese Möglichkeit in der Bundesakte verankert worden war, haben die Hanseaten dieses Vakuum aus eigener Souveränität ausgefüllt. Das läßt sich besonders eindrucksvoll an ihrer weit ausgreifenden Handelsvertragspolitik ablesen: Ein halbes Jahrhundert lang haben alle drei Stadtstaaten — zumeist gemeinsam — weltweit Abmachungen in Form von *Handels-, Schifffahrts- und Freundschaftsverträgen* zur Absicherung ihrer Wirtschaftsbeziehungen abgeschlossen.

Nach dem Ende der Franzosenherrschaft hat Bremen an den Handel mit den Vereinigten Staaten wieder anknüpfen können. Die Stadt wurde schon bald zum Zentrum für den Tabak- und Baumwollhandel. Im Gegenverkehr kam der Auswanderung immer stärkere Bedeutung zu. Dagegen haben Hamburger Kaufleute seit den 1820er Jahren Handelsverbindungen mit Lateinamerika aufgebaut und systematisch vertieft. Kaffee, Kakao, Zucker und andere Kolonialwaren sind hier als Hauptimportgüter zu nennen. Auf Einzelheiten braucht in diesem Zusammenhang nicht eingegangen zu werden, denn Percy Ernst Schramm hat 1962 an dieser Stelle in seinem Festvortrag zum hundertjährigen Bestehen unserer Gesellschaft die Leistungen des hanseatischen Überseekaufmanns sachkundig und einfühlsam gewürdigt.

Die starke Einbindung der Hanseaten verlangte gerade im Zeitalter des Wirtschaftsliberalismus ein klares Bekenntnis zur Handelsfreiheit. Und daraus resultierte folgerichtig ein wirtschaftspolitischer Interessengegensatz zwischen den Hansestädten und Binnendeutschland. Man erinnere sich auch daran, daß die 39 Staaten des Deutschen Bundes noch vielfältig durch Zollgrenzen voneinander getrennt waren und ungezählte Flußzölle den innerdeutschen Handel trotz mehrerer Schifffahrtskonferenzen bis weit in das 19. Jahrhundert behindert haben — der Stader Elbzoll ist erst 1861 abgelöst worden.

Nur so ist es zu erklären, daß die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland zwischen 1815 und 1866 ein Menschenalter lang nicht synchron, sondern gewissermaßen nebeneinander her verlaufen ist. So konnte es später dann auch geschehen, daß Bremen und Hamburg zwar Glieder des Bismarckreichs, zugleich aber doch Zollausland gewesen sind.

Gleichwohl sind die Leistungen der Hansestädte während dieser zwei Generationen mit Blick auf den Ausbau und die Sicherung des deutschen Außenhandels enorm gewesen. Ich beschränke mich hier auf den Bereich der Infrastruktur: Da sind an erster Stelle die gewaltigen Arbeiten zur Schiffbarmachung und zunehmenden Austiefung der Flußläufe zu nennen. Das bedeutendste Beispiel gab ohne Zweifel Bremen mit der von Ludwig Franzius geplanten und durchgeführten epochemachenden Weserkorrektion (seit 1887). Keine geringere Bedeutung aber wird man den vielfältigen Hafengebauten zumessen dürfen. Am Anfang steht hier Smidts Geniestreich der Gründung und Anlage eines neuen Bremer Hafens an der Mündung der Weser im Jahre 1827, und am Ende des Jahrhunderts verfügten alle drei Hansestädte über ein eindrucksvolles Netz von neuangelegten Hafenbecken und Ladeeinrichtungen, die einen Vergleich mit den damals modernsten Hafenanlagen der Welt nicht zu scheuen brauchten.

Im gleichen Zusammenhang müssen die kapitalintensiven Eisenbahnbauten genannt werden, die von den Hansestädten trotz vielfacher Behinderungen durch benachbarte Staaten errichtet worden sind. Die Verbindung zwischen Hamburg und Lübeck, die schon am Ende der 1820er Jahre geplant worden war, hätte die erste Eisenbahnlinie in Deutschland überhaupt werden können, wenn Dänemark nicht aus durchsichtigen fiskalpolitischen Gründen seine Zustimmung verweigert hätte. So aber kam es erst dreieinhalb Jahrzehnte später, als nämlich Holstein und Lauenburg nach dem deutsch-dänischen Krieg unter österreichische Herrschaft gekommen waren, zu einer direkten Verbindung zwischen den beiden Stadtstaaten. Auch Bremen hat als Folge mehrfacher hannoverscher Interventionen erst Mitte der 1840er Jahre Anschluß an das deutsche Eisenbahnnetz erlangen können.

Die hohen Investitionen einer solchen Infrastrukturpolitik waren den Hanseaten nur möglich bei einem grundlegenden Wandel der Finanzpolitik. Angesichts des wachsenden Kapitalbedarfs ging man jetzt davon aus, daß Zukunftsinvestitionen von künftigen Generationen mitgetragen werden sollten. So war es dann dank einer langanhaltenden wirtschaftlichen Blüte auch möglich, die progressiv ansteigenden Staatsausgaben zu finanzieren. Eine Folge davon war, daß die Pro-Kopf-Verschuldung in den Hansestädten fortan bedeutend höher war als in den Flächenstaaten. Das ist übrigens bis heute so geblieben und erklärt sich eben daraus, daß in den Stadtstaaten staatliche und kommunale Aufgaben gleichermaßen bewältigt und finanziert werden müssen.

### III. *Die Hanseaten und das preußisch-deutsche Kaiserreich*

Der eben skizzierte wirtschaftliche Neuanfang und Wiederaufstieg nach der Franzosenzeit ist nicht nur in den Hansestädten mit einem spürbaren Desinteresse an den politischen Entwicklungen der Gegenwart verknüpft gewesen. Clemens Theodor Perthes, der Sohn des hamburgischen *Patrioten* und Verlegers Friedrich Perthes, hatte noch 1845 in den Liberalen und den Romantikern zwei Gruppierungen gesehen, von denen — wie er schreibt — „die eine ihr Staatsideal in der Zukunft, die andere in der Vergangenheit sucht. Dem deutschen Staat der Gegenwart aber stehen beide in derselben Kälte gegenüber.“

Die Ereignisse von 1848 haben hier einen gründlichen Wandel geschaffen, und es verdient herausgestellt zu werden, daß die Hanseaten entscheidenden Anteil daran hatten. Zwar lehnte Smidt, der als Alterspräsident dem Frankfurter Vorparlament präsierte, das ihm zugedachte Amt des Reichsministers des Auswärtigen ab, doch sein jüngerer Kollege und Mitstreiter Duckwitz übernahm als Handelsminister eines der wichtigsten Ressorts im neugebildeten Reichsministerium. Hier wirkte er als behutsamer Vermittler zwischen den Ansichten der norddeutschen Freihändler und der süddeutschen Schutzzöllner, und dabei plädierte er auch nachdrücklich für den schrittweisen Ausbau des Zollvereins. Mit Recht hat der süddeutsche Abge-

ordnete Robert v. Mohl später erklärt: „Hier war der einsichtige Kaufmann und der erfahrene Reeder an der Stelle wie kein anderer.“ Mit dem Merchant Banker Ernst Merck und dem Advokaten Moritz Heckscher übernahmen zwei Hamburger das Finanz- und das Justizministerium. Diese übergroße Repräsentanz der Hanseaten in der Regierung zeugt nicht nur von ihrem nationalen Engagement, sondern sie ist auch Ausdruck für die Hochachtung, die man ihnen im übrigen Deutschland entgegenbrachte.

Das gerade in den Küstenstädten vielbeklagte Schicksal der ersten deutschen Flotte, die Duckwitz als Chef des Marine-Departements in nur acht Monaten aufgebaut hatte, war symbolisch für das Scheitern von Reichsministerium und Nationalversammlung. Der Blümentraum von einem geeinten und mächtigen Deutschen Reich konnte nicht reifen, er wurde über Nacht jäh zerstört! Duckwitz trat wieder in den bremischen Senat ein, auch Merck und Heckscher resignierten und kehrten enttäuscht in ihre Vaterstadt zurück.

Doch die politische Entwicklung und auch die wirtschaftlichen Verhältnisse drängten zu einer Weichenstellung: Hier die großdeutsche Lösung unter Einschluß Österreichs, dort ein kleindeutscher Bundesstaat unter Preußens Führung. Vor diese Gretchenfrage sahen sich die Hanseaten im Sommer 1866 gestellt. Bremen trat für ein Bündnis mit Preußen ein, und zusammen mit Lübeck verstand man es damals, die hartnäckig widerstrebenden Hamburger zu überreden. Damit war die Unabhängigkeit der Stadtstaaten in letzter Minute bewahrt worden. Denn es leidet keinen Zweifel, daß Bismarck staatspolitische Rücksichten kaum geübt hätte — das schroffe Vorgehen gegen die Freie Stadt Frankfurt und deren weiteres politisches Schicksal lassen jedenfalls an Anschaulichkeit nichts zu wünschen übrig.

Savigny hat uns das Kanzlerwort überliefert: „Eine Großmacht ist und wird der Norddeutsche Bund durch Preußen — eine Weltmacht kann er nur durch die Hansestädte werden.“ Damit war nun doch noch in Erfüllung gegangen, was der hamburgische Historiker Professor Wurm zwei Jahrzehnte zuvor bei Smidts 25jährigem Bürgermeisterjubiläum (1846) prophezeit hatte: „Die Rolle der Hansestädte ist nicht ausgespielt, sie wird neu anheben im neuen, einigen Deutschland.“

Doch auf dem Weg in den neuen Bundesstaat mußten die Hanseaten auch eine Reihe von Zugeständnissen machen. Ihre Konsulate wurden geschlossen oder wie viele der hanseatischen Handelsverträge vom Norddeutschen Bund übernommen. Und als besonders hart wurde es empfunden, daß ihre traditionsreichen Flaggen als Folge der eingeschränkten Souveränität als Nationalitätskennzeichen von den Weltmeeren verschwanden. Immerhin aber wurden die neuen Reichsfarben dann aus dem Schwarz-Weiß Preußens und dem Weiß-Rot der Hansestädte gebildet.

Insgesamt allerdings haben sich die Hanseaten erstaunlich schnell mit dem neuen Deutschen Reich arrangiert. Diese Hinwendung wurde sicher erleichtert durch einen ungebrochenen wirtschaftlichen Aufschwung. Selbst der hart umkämpfte und zäh ausgehandelte Zollanschluß Hamburgs und Bremens am Ende der 1880er Jahre hat diesen Aufwärtstrend nicht beeinträchtigt, ihn im Gegenteil eher gesichert. Von nun an erlangten Reedereien und

Werften Weltmaßstab: HAPAG und Norddeutscher Lloyd, Vulkan und Blohm & Voß wurden ein Begriff für Deutschlands Leistungsfähigkeit auf diesen Gebieten. Überhaupt schätzte man den bürokratischen Zug der neuen Einrichtungen, die Planmäßigkeit im Ausbau des Reiches, ja man empfand ungeheuchelte Bewunderung für Bismarcks auswärtige Politik. So machten dann alle drei Hansestädte gewissermaßen ihren Frieden mit Preußen und dem Reich, als sie dem Kanzler zusammen mit Moltke in nationaler Hochstimmung 1871 das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Es sei nicht verschwiegen, daß einzelne Vertreter althanseatischer Anschauungen noch lange ihr oppositionelles Wesen getrieben haben, und zwar gerade auch in den Senaten, deren Mitglieder ja bis zum Ende des Ersten Weltkriegs auf Lebenszeit in dieses höchste Regierungskollegium gewählt wurden. Im allgemeinen aber gingen in den Stadtstaaten „Bürgerstolz und Kaisertreue“ (Renate Hauschild-Thiessen) eine nicht selten überschwengliche Verbindung ein.

Emanuel Geibel, der Ehrenbürger seiner Vaterstadt Lübeck, darf hier als Exponent für jenes weithin anzutreffende Lebensgefühl genannt werden. Seine Gedichte, mit denen er die Jahre der Reichseinigung und das erste Jahrzehnt des so sehnlich beschworenen Deutschen Reiches begleitet hat, machten ihn zum weithin gefeierten Dichter, ja zur populärsten literarischen Erscheinung seiner Zeit. Ob er die Rückkehr der Truppen aus Frankreich mit den Worten besang:

Heil Euch im Siegerkranz,  
Streiter des Vaterlands —  
Gott war mit Euch!

Oder ob er den Sieg bei Sedan mit den Versen begrüßte:

Nun laßt die Glocken  
Von Turm zu Turm  
Durchs Land frohlocken  
Im Jubelsturm! —

es konnte nicht zweifelhaft sein, daß solche patriotischen Gedichte fortan bei vaterländischen Veranstaltungen mit Begeisterung rezitiert oder in einer der zahllosen Vertonungen mit Anteilnahme gesungen wurden.

Ein so zurückhaltender Beobachter des Zeitgeschehens, wie es Bremens feinsinniger Bürgermeister Otto Gildemeister war, drückte Verwunderung und Staunen aus, als er den ersten Kaisergeburtstag erlebte: „Wer vor sechs oder sieben Jahren prophezeit hätte, daß am 22. März 1871 in Bremen der Geburtstag seiner Preußischen Majestät sowohl vom Staate offiziell als auch vom Publikum freiwillig mit solennem Enthusiasmus begangen und alle Aussicht haben werde, zu einem Volksfeste sich zu entwickeln, der würde sicherlich wenig Glauben gefunden und eher sich der Gefahr ausgesetzt haben, für verrückt zu gelten.“ Denn er hatte eigentlich angenommen, daß den Bremern das „dazu erforderliche monarchische Verehrungsorgan durch Nichtgebrauch gänzlich abhanden gekommen sei“.

#### IV. Die Stadtstaaten in der modernen Demokratie

Mit dieser Schilderung der hochgemuten Stimmung in den ersten Jahren des jungen Kaiserreichs nähern wir uns der Zeit, die in besonderer Weise durch den Aufstieg von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung geprägt worden ist. Bismarcks Sozialistengesetz war — auf die Dauer gesehen — ebenso ein Fehlschlag wie die Wahlrechtsmanipulationen in einzelnen deutschen Ländern. Mit solchem verfassungsrechtlichen Flickwerk, wie es nach der Jahrhundertwende auch in allen drei Hansestädten praktiziert worden ist, hat sich das Ende der politischen Herrschaft des Großbürgertums nur verzögern, nicht aber verhindern lassen.

Der Novemberumsturz nach der militärischen Niederlage im Ersten Weltkrieg machte sich in den Stadtstaaten auf unterschiedliche Weise geltend. In Bremen wurde eine Räterepublik ausgerufen, die alsbald von Reichs wegen beseitigt worden ist. In Lübeck dagegen gelang es Bürgermeister Fehling, eine Reform der Verfassung auf friedlichem Wege durchzuführen. (Es war dies übrigens der einzige Fall im ganzen Deutschen Reich!) In Hamburg schließlich lief eine Entwicklung ab, wie sie für viele Großstädte typisch war: Hier folgten auf die chaotische Herrschaft eines Arbeiter- und Soldatenrats demokratische Wahlen nach den Prinzipien der Volkssouveränität und dann die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch eine sozialdemokratisch-linksbürgerliche Koalition.

Doch nachdem die politischen Gefahren gebannt worden waren, bedrohte wirtschaftliche Not die Selbständigkeit der Stadtstaaten aufs neue. Am Gegensatz wirtschaftlicher Interessen zerbrach die letzte Klammer, die die drei Hansestädte noch miteinander verband: 1920 wurde die gemeinsame Gesandtschaft in Berlin geschlossen. Später förderten Wirtschaftskrise und Deflationspolitik die Pläne einer staatsrechtlichen Vereinigung der Reichsländer Hamburg und Lübeck. Nach 1933 verloren solche Fragen ihre Bedeutung. Die Aufhebung der Landeshoheit im darauffolgenden Jahr war für Lübeck ein Vorbote für den endgültigen Verlust staatlicher Eigenständigkeit. Doch im Nationalsozialismus verloren Landesgrenzen ohnehin an Bedeutung gegenüber den Entscheidungen von Parteigremien.

Wie seinerzeit auf dem Wiener Kongreß, war die staatliche Wiedergeburt Hamburgs und Bremens auch nach 1945 keineswegs eine Selbstverständlichkeit. So war es sicher bewußtes Kalkül, daß die erste Zusammenkunft der Regierungschefs der Länder im Oktober 1946 an der Weser stattfand, und zwar auf Initiative des in Hamburg geborenen Bremer Bürgermeisters Wilhelm Kaisen (der in diesen Tagen hundert Jahre alt geworden wäre). Nachdem Preußen aufgehört hatte zu existieren, konnte die neue Bundesrepublik als ein wirklich föderaler Staat geschaffen werden. Hier war kein Platz mehr für ein übermächtiges Glied, das überall den Ausschlag hätte geben können, so wie Preußen es einst getan hatte.

Hamburg und Bremen, die übrigens neben Bayern die längste historische Kontinuität aller Bundesländer besitzen, haben nach dem Zweiten Weltkrieg wie selbstverständlich erneut nationale Aufgaben übernommen. Sie waren ja nach wie vor die größten deutschen Handels-, Hafen- und Schiff-

fahrtsstädte. Und was in der Präambel der Hamburger Verfassung steht, könnte genauso gut in der bremischen stehen: „Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volk zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“ Da Deutschland kein Einheitsstaat wie Holland, Belgien oder England ist, bedürfen die Interessen der beiden größten Seestädte unmittelbarer Einflußnahme und Fürsprache auf Bundesebene; die bloße Vermittlertätigkeit eines Flächenstaates würde da nicht ausreichen.

Das Wort *Tradition* hat in Bremen und Hamburg immer einen guten Klang gehabt. Doch Tradition ist kein bloßes Festhalten am Überlieferten, darf kein statisches Verharren werden. Tradition beinhaltet vielmehr einen steten Wandel: Bewährtes wird in Ehren gehalten und zugleich soll Neues zukunftsfreudig aufgegriffen werden. So haben die Hanseaten es in der Vergangenheit gehalten, so werden sie es trotz aller gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme auch in der Zukunft tun. Und dabei werden sie mit Blick auf ihr traditionsreiches Staatswesen einen klugen Ratschlag befolgen, den Bürgermeister Duckwitz in seinen „Denkwürdigkeiten“ so formuliert hat:

„Ein kleiner Staat wie Bremen muß die öffentliche Meinung für sich haben. Er darf nie als ein Hindernis des Wohlergehens der Gesamtheit der Nation erscheinen. Vielmehr soll er seine Stellung in solcher Weise nehmen, daß seine Selbständigkeit als ein Glück für das Ganze, seine Existenz als eine Notwendigkeit angesehen wird. Darin liegt die sicherste Bürgschaft seines Bestehens.“

# Sankt-Magnus-Verehrung in Bremen im 14. und 15. Jahrhundert

Von Gerhard Schmolze

Für die Sankt-Magnus-Verehrung in Bremen liegen sichere Zeugnisse aus dem 14. und 15. Jahrhundert vor: Wir finden Heilige des Namens Magnus in liturgischen Kalendern aus dieser Zeit. Es gibt ein Kirchen- und ein Kapellenpatrozinium im Bremer Umland, drei Altarpatrozinien in Bremen und eine Glocke, die Magnus gewidmet sind. Der Dom St. Petri besaß eine oder mehrere Magnus-Reliquien. Die Frage, welcher heilige Magnus im Einzelfall gemeint ist, läßt sich nur in wenigen Fällen sicher beantworten. Das „Vollständige Heiligen-Lexikon“ von Johann Evangelista Stadler<sup>1</sup> nennt 35 Heilige mit dem Namen Magnus. In Bremen wurde im 19. und 20. Jahrhundert ein 36. Heiliger „entdeckt“ und sogar zum Namenspatron einer 1967 erbauten Kirche gemacht<sup>2</sup>. Ein weiterer Heiliger mit dem Namen Magnus taucht in der mittelalterlichen friesischen Sondertradition bzw. ihrer Interpretation in der Gegenwart auf<sup>3</sup>. Ein besonderes Problem bildet die mögliche Quer-Verbindung zwischen der Sankt-Magnus-Verehrung und der Sankt-Hülpe- oder Kümmernis-Verehrung.

## 1. Liturgische Kalender

Die Memorienbücher bieten durch die Angabe des Kalendertages, an dem eines Heiligen gedacht werden soll, die Möglichkeit seiner Identifizierung. Der am 6. September sowohl im Memorienkalender von St. Ansgarii<sup>4</sup> als auch im „Missale secundum ritum ecclesie Bremensis“<sup>5</sup> aufgeführte „St. Magni confessoris“ ist zweifelsfrei der am 6. September 772 verstorbene Benediktiner-Mönch Magnus. Er war rätoromanischer oder alemannischer Herkunft. Als Geburtsjahr wird 699 vermutet. Magnus lebte zunächst als Mönch in St. Gallen. Ab 746 missionierte er mit zwei Gefährten, Tozzo und Theodor, im östlichen Allgäu. Bischof Wikterp von Augsburg sandte ihn dann an den oberen Lech. An der Stelle des heutigen Füssen baute sich Magnus eine Zelle, die sich durch großzügige Schenkungen von Pippin dem

1 Bd. IV., Augsburg<sup>2</sup>1875, S. 46–53.

2 Kirche St. Magni im Ortsteil St. Magnus des Ortsamtes Burglesum in Bremen.

3 W. Lüpke: Ostfriesische Volkskunde, Emden<sup>2</sup>1925, S. 292; Menno Smid: Ostfriesische Kirchengeschichte, Pewsum 1974, S. 13; Almuth Salomon: Geschichte des Harlingerlandes bis 1600, Aurich 1965.

4 Staatsarchiv Bremen (StAB), 2 – Z.13.p.3.

5 Johann Rode: Missale secundum ritum ecclesie Bremensis, Straßburg 1511.

Jüngerem (715–768) zu einem bedeutenden Benediktiner-Kloster entwickelte. Magnus wurde nach seinem Tode in seinem Bethaus am Lech bestattet. Bischof Lanto von Augsburg ließ 838/847(?) seine Gebeine erheben und in die Krypta einer inzwischen erbauten Kirche übertragen. Einige Reliquien des heiligen Magnus gelangten im 9. Jahrhundert in das Kloster Lorsch an der Bergstraße. Die Gebeine des Heiligen gelten schon seit dem 11. Jahrhundert als verschollen<sup>6</sup>.

Die Bearbeiter des von Hans-Walter Krumwiede herausgegebenen Sammelwerks, „Die mittelalterlichen Kirchen- und Altarpatrosinien Niedersachsens“, haben nun diesem heiligen Magnus sämtliche Sankt-Magnus-Patrosinien zwischen Emden und Braunschweig zugeschrieben<sup>7</sup>, so auch das des 1268 im Turm und 1303 im Westchor der Kirche St. Stephani in Bremen nachweisbaren Sankt-Magnus-Altars. Er war wie auch der 1361 und 1400 urkundlich erwähnte Sankt-Magnus-Altar des St.-Petri-Domes mit einer Vikarie ausgestattet<sup>8</sup>. In der Frage, welchem heiligen Magnus diese Altäre gewidmet waren, bleibt man auf Vermutungen angewiesen. Im Falle der Kirche des Kollegiatstifts St. Willehadi et Stephani fehlt jedes Indiz. Der liturgische Kalender in der „Regula capituli sancti Willehadi 1139–1367“<sup>9</sup> nennt keinen heiligen Magnus, wie übrigens auch das „Necrologium des St. Johannesklosters 1486–1548“<sup>10</sup>.

Das „Missale secundum ritum ecclesie Bremensis“ verzeichnet dagegen zwei weitere Heilige: Am 15. Februar „S. Magni confessoris“ und am 19. August „S. Magni martyris“. Nach den „Acta Sanctorum“ der Bollandisten handelt es sich bei dem Heiligen des 15. Februar um einen in Umbrien verehrten Märtyrer. Er wird unter der Rubrik „praetermissi et reiecti“ aufgeführt<sup>11</sup>.

Obwohl auch der am 19. August verehrte heilige Magnus den Märtyrern zuzuzählen ist, unterscheidet er sich von diesem Magnus aus Umbrien durch ein deutliches Merkmal: er war Bischof.

Seine Legende: Er war von niederer Herkunft. Sein Vater, ein Etrusker, der den Namen Apollo führte, war Schäfer. Der Sohn tritt beruflich in die Fußtapfen des Vaters. Erst als ein glücklicher Fund die wirtschaftliche Lage Apollos wesentlich verbessert, verläßt Magnus die Schafherde. Er geht nach Trani und wird ein Christ. Von Bischof Redemptus erhält er die Taufe. Später wird er sein Nachfolger. Er gewinnt auch seinen Vater für den christlichen Glauben. Mit der Heilung eines Stummen wird uns ein Wunder des Bischofs

6 Heinrich Weber: Artikel „Magnus, der hl. Apostel des Allgäus“, in: Wetzer und Welte's Kirchenlexikon, Bd. 8, Freiburg i. B. 21893, Sp. 471–478; F. Zoepfl: Das Bistum Augsburg und seine Bischöfe im Mittelalter, München und Augsburg 1955, S. 23–26; Matthäus Rader und Maximilian Rasser: Heiliges Bayer-Land, 1. Teil, Augsburg 1714, S. 139–152.

7 Studien zur Kirchengeschichte Niedersachsens, Bd. 11, Göttingen 1960, S. 301.

8 Ebd., S. 31 und 301.

9 Königliche Bibliothek Stockholm; Mikrofilm im StAB: FB 1051.

10 Staats- u. Universitätsbibliothek Bremen, Brem.a.44 – MS a 44a.

11 Acta Sanctorum, Februar, II, Antwerpen 1658, S. 304.

## Magno

Gha in dē gardē. dar sich ein scriuer vnde wat de di bux dat do do gik he in dē gardē to deme de dar screef vntē sede to em. Wat scriuestu Ne sede. **I**k scriue dat boē des les wēdes. dar inne staen alle de iennē. de god to dē ewighen leuēde heft vtherkaren. Do sprack he segge my. **I**s vnse leue vrouwe mit luse vnd zele in dē hēmele. Do sede he. Gha in dē kerke so werstu berichet. Do gik he in de kerken. Dar enstēen em vnse leue vrouwe mit groter clarheit. vñ sprak to em. **I**k bin mit luse vñ zele to hēmele gheuarē dat bewise ik mit sinte iohānes mit dē gul dē mūde. De schrift also. **I**k loue nicht dat Maria godes moder mit eneme dele vp er den sy. vñ mit dē anderē deel in dez hēmel. **I**k loue gāzliken dat se vorhauē sy mit luse vñ zele bouē alle kore der engelen. dar me de vorswāt se. Do wart de monnik vro. vñ dākede gode vñ vnser leuen vrouwe eren gnadē. **D** hēmelche kōninginne. din ein geborne sone eret di in dē hēmele bouē alle hēmelche her vñ bedet di groter ere wē iēnich kē siner moder ye bewyset heft. vñ in to kōmēden tijdē bewyfen scal. **D**e en vorsecht di nicht. wes du en biddest vñ vā em begheerst. dat kēghest vā em. **D**u byddest ock nicht. mē dat em wol behaget. also wil he wat du wilt. he gif di groter begherte na em sulue. **W**en yēnigher creature vp er dē darūme gif he sē sulue di meer. wē yēnighē hylghe edder engelē ane vndlat. myt nighen besunderghen gauē. mit zoticheyt mit troste. mit wunne mit lust. vñ myt vñ vthsprekeliē leue. vñ mit allem gude. dat got sulue is. he xuallet din begheer ewyckliē also vele als du ein bydden machst. dy eret of ewycklyē alle hēmelcher heer. alle hylghe. alle engelen. vñ ein yslic besunderghen. wēte du bist ere werde kōninghynne vñ er vroude. **S**e erē di of ūme diner vter matē schonheit vñ zierheit. de got vā hēmele an di gheuaket heft vor alle hēmelche heere. wēte du bist de wol ghezirte wūne of hylghe dreuoldicheit vñ vorengheste vñ dūme mit dē almēchtighē gode. darūme is of dat bethelik. dat di alle mīschē to allen tijdē mit ghāzeme vlite erē vñ lauē. wēte du bist ene barmhertighē trosterinne aller

## Dat. c. xxxiii. Glad

mīschē te bedrouet sint. vñ ene grote hope ninghe allē sūnderē vñ sūnderinen. vñ ene gnedighe helperinne allē te di anropē. dat sy an zele vñ an luse. **D**arūme eddele keyse runne des hēmele. vorwerue vns vā dyne me leuē kide. **J**hū cristo de ewighē vrouwe. doch alle de werdicheit de du heft ewich.



**G**ute Magnus de denre godes was gheborē in dē glāde apulea. vā d' stat Tranas. vñ was ein enich sone. **S**yn vader vñ mod' werē heidē. vñ weren so arm. dat se ere da ghelike nerighe nicht mochte hebbē. **D**o sūte magnus vp wus dat he cyn myddelmatich iūghe wart. do sprak syn vad' vñ mod' to em. **L**eue sone. du scalt denē. vñ enes mānes schape hoden. **D**at wy deste beth vnse neringhe dat af moghē hebbē. **D**o dat kē dat horde. do wart id sere bedrouet. vñ wē nede yamerlikē. darūme dat he de nottroft of ol derē nicht mochte kē. **D**at enbarne gode. de sande synē engel to dem kynde. de sprak to em. worūme wēnestu. **G**ot heft mi to di ghesant. dat du vā isy scalt ghetrostet werde. vñ he gaf em. y. pūte golde. vñ sprak to em. dat heft di got by mi ghesant. dat du di in em vrouwest. do nā dat kyn d' dat golt. vñ gink to sinē vad'. vñ sede wo em de engel sē hadte opēbart vñ sprak vā der dat heft vns got vā hēmel ghesant. vñ scolē dat armē lute mēte delē darna sprak dat kīnd echter to syneme vader. **K**oep vns

Abb. 1: Tod des heiligen Magnus von Apulien. Lübecker Passional (16. Jahrhundert)

Magnus berichtet. In der Zeit der Christenverfolgung unter dem Kaiser Decius (249–251) wird er vor den Richterstuhl des Proconsuls Severinus gestellt. Magnus wird gefoltert und ins Gefängnis geworfen, aber von einem Engel befreit. Er ging jetzt nach Fondi. Dort gewann er einige Menschen für den Glauben und taufte sie. Dann wurde er wieder verhaftet, vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Der Heilige erbat sich die Gnade, vor seinem Tode noch in seinem Oratorium beten zu dürfen. Während er sich dort zum Tode bereitete, starb er. Die Bewacher fanden ihn, als sie in das Haus eindrangen, tot, schlugen ihm aber, um das Urteil zu vollstrecken, noch das Haupt ab. Dieses gelangte später nach Rom in die Vatikanische Basilika. Die Gebeine des Heiligen wurden in der Sarazenenzeit nach Anagni gebracht. Reliquien des Heiligen gelangten auch in die Kirche S. Michele dei Sassoni in Rom<sup>12</sup> (Abbildung 1).

Stadler, dem wir in unserer kurzen Zusammenfassung der Legende folgen, kombiniert Quellen unterschiedlicher Vertrauenswürdigkeit. Im Gang der Handlung folgt er der „Legenda aurea“ des Jacobus de Voragine (etwa 1230–1298)<sup>13</sup>, die Ortsangaben übernimmt er von Ferdinand Ughelli (1643–1662)<sup>14</sup>. Das „Martyrologium Hieronymianum“ gibt als Ortsangabe „Fabrateria vetus“, das heutige Ceccano<sup>15</sup>.

Für unseren Raum vermittelte die „Legenda aurea“ in der mittelhochdeutschen Fassung des „Passionals“ und der niederdeutschen des „Lübecker Passionals“ oder „Geistliken Ulenspegels: der hyllyghen levent unde lydent“ (1488) die Magnus-Legende<sup>16</sup>. Da hier allein der Bischof Magnus aus „Tranas“ in Apulien berücksichtigt ist, besteht Grund zu der Annahme, daß etwa vorhandene ältere Magnus-Traditionen im Spätmittelalter durch die Legende des Jacobus de Voragine überlagert wurden. Edward Schröder verweist auf die überragende Bedeutung, die der heilige Magnus des 19. August in der „nordwestlichen Reichshälfte“ im Mittelalter gewonnen hat: „Lübeck, Hildesheim, Magdeburg, Merseburg, Halle, Goslar, Halberstadt kennen einen heiligen Magnus nur zum 19. August. Es ist offenbar derselbe, dem 1031 die für die Entwicklung der Stadt Braunschweig so bedeutungsvolle

12 J. E. Stadler: Vollständiges Heiligen-Lexikon, Bd. IV, Augsburg<sup>2</sup> 1875, S. 49–52.

13 Theodor Graesse (Hrsg.): Jacobi a Voragine Legenda Aurea vulgo historia Lombardica dicta. Editio tertia, Breslau 1890 (Reprographischer Nachdruck: Osna-brück 1965).

14 Ferdinand Ughelli: Italia sacra s. de episcopis Italiae [. . .], 9 Bde., Rom 1643–1662.

15 H. Quentin und H. Delehaye (Hrsg.): Martyrologium Hieronymianum, Brüssel 1931.

16 Neben diesem Titel wurde eine weitere Ausgabe des Lübecker Passionals ohne Titelblatt in der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel eingesehen: Jacobus de Voragine: Legenda aurea niederdeutsch. Signatur: In 2°10. – Fr. Karl Köpke (Hrsg.): Das Passional. Eine Legenden-Sammlung des dreizehnten Jahrhunderts, Leipzig 1852; Ulla Williams und Werner Williams-Krapp (Hrsg.): Die „Elsässische Legenda Aurea“. Bd. I: Das Normalcorpus, Tübingen 1980; Severin Rüttgers (Hrsg.): Der Heiligen Leben und Leiden anders genannt das Passional, 2 Bde., Leipzig 1913, Bd. 1, S. 295–298.

St. Magni-Kirche geweiht war, und nach dem Herzog Ordulf von Sachsen seinen Sohn nannte.“<sup>17</sup>

Da auch der unter Kaiser Aurelian (270–275) angeblich in Caesarea in Kappadokien hingerichtete Märtyrer Magnus an diesem 19. August verehrt wird, muß auch hier zunächst die Frage der Identität offen bleiben. Wir wissen nicht, welchem heiligen Magnus die 1031 in Braunschweig geweihte Kirche gewidmet war. Wenn dann auf dem Turm dieser Kirche seit 1335 eine Magnus-Glocke zu finden ist, die einen Bischof Magnus zeigt — „das Brustbild eines Bischofs in Umrißlinien in den Formmantel geritzt, der jugendliche Kopf bartlos, die zurückliegenden gewellten Haare mit der Bischofsmütze bedeckt“<sup>18</sup> —, so darf man annehmen, daß nun der Kirchenpatron Magnus in dem heiligen Magnus von Trani, Fondi und Anagni Anschaulichkeit gewonnen hatte. In gleicher Weise verband sich wohl für den Benutzer des „Missale“ des Bremer Doms von 1511 der heilige Magnus des 19. August mit der Gestalt des Bischofs Magnus aus der „Legenda aurea“ bzw. des „Lübecker Passional“.

Die Frage nach dem historischen Wahrheitsgehalt kann man nur mit Skepsis beantwortet. Schon die Bollandisten machen darauf aufmerksam, daß der 19. August der Tag des heiligen Andreas Tribunus war und ist, eines Märtyrers aus Cilicien, der als römischer Tribun sich zum christlichen Glauben bekannte und so zum Blutzugehen wurde. Im Griechischen hat er den Beinamen „megalomartyros“, lateinisch „magnus martyr“. Aus dem „binomen“ könnten zwei Namen geworden sein<sup>19</sup>. Die Bollandisten ließen es bei der Erwägung dieser Möglichkeit bewenden. Die kirchliche Anerkennung des heiligen Märtyrers Magnus von Apulien zwang sie zur Rücksichtnahme auf lokale Traditionen.

Zu einer solchen Rücksichtnahme fühlten sich die Benediktiner von St. Augustine's Abbey in Ramsgate in ihrem „Book of Saints“<sup>20</sup> 1966 nicht mehr verpflichtet. Sie sehen im heiligen Magnus des 19. August schlicht einen „Kommafehler“: „Actually he seems to be a duplicate of St. Andrew the Tribune (August 19), surnamed by the Greeks 'the Megalomartyr' and listed in the martyrologies as Andreas Tribunus Magnus Martyr. Apparently a scribe put a comma after 'Tribunus', and thus made one martyr into two.“<sup>21</sup> Ohne es so deutlich zu sagen, scheinen auch Otto Wimmer und Hartmann Melzer diese Ansicht zu teilen. In ihrem „Lexikon der Namen und Heiligen“ ist der Magnus des 19. August nicht mehr verzeichnet<sup>22</sup>.

17 Edward Schröder: Die Tänzer von Kölbzig. Ein Mirakel des 11. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte, Bd. 17, 1897, S. 105 f.

18 Hans Pfeifer: Die Kirchenglocken der Stadt Braunschweig, in: Zeitschrift der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte, 26. Jg., 1921, S. 149.

19 Acta Sanctorum, August, III, Antwerpen 1737, S. 704.

20 The Book of Saints. A Dictionary of Persons Canonized or Beatified by the Catholic Church. Compiled by the Benedictine Monks of St. Augustine's Abbey, Ramsgate, New York<sup>5</sup> 1966.

21 Ebd., S. 457.

22 Innsbruck<sup>4</sup> 1982, S. 534.

Die Annahme, daß der heilige Magnus des 19. August einem Schreibfehler seine Existenz verdankt, würde auch die offensichtliche Vielfalt und Verwirrung der Magnus-Tradition des 19. August verständlich machen. Suchte ein durch den Zufall entstandener Heiliger eine Lebens- und Leidensgeschichte, so lag es nahe, daß viele Orte sich um ihn bewarben. Der häufige Name „Magnus“ mag örtliche Anknüpfungspunkte geboten haben, das Schicksal der Christenverfolgungen gab der Legende leicht die nötige Anschaulichkeit. Der Tod beim Gebet nach einem Todesurteil ließ auch dort einem Bischof die Möglichkeit, nachträglich in die Rolle des heiligen Magnus zu schlüpfen, wo bisher von dem Martyrium eines Ortsbischofs nichts bekannt war. Genaugenommen war dieser Magnus gar kein Märtyrer. Man hätte ihm auch den Titel „confessor“ beilegen können. Offensichtlich hatten Fabrate-ria, Trani, Fondi, Veroli und Anagni die nötigen Voraussetzungen zu bieten. Auch der Märtyrer Magnus aus Caesarea in Kappadokien könnte so entstanden sein.

## 2. Magnus-Reliquien

Das Vorhandensein solcher Reliquien ist unbestritten. Der Frage, ob die Überlieferung zu diesen Reliquien etwas über die Identität des Heiligen besagt, soll auch hier unsere Aufmerksamkeit gelten.

Johann Hemeling bezeugt in seinem „Diplomatarium fabricae ecclesiae Bremensis“ aus den Jahren 1415/20 das Vorhandensein zumindest einer Magnus-Reliquie im St.-Petri-Dom zu Bremen<sup>23</sup>. Da sie in der Rubrik „Reliquie sanctorum martirum“ aufgeführt ist, der liturgische Kalender im „Missale“ des Doms von 1511 aber nur am 19. August einen Märtyrer dieses Namens verzeichnet, liegt die logische Schlußfolgerung nahe, daß es sich hier um den Märtyrerbischof aus Trani handelt. Befleißigt sich Johann Hemeling eines präzisen Gebrauchs des Begriffs „Märtyrer“, muß man die Annahme Friedrich Prüfers, daß der Magnus-Altar im St.-Petri-Dom mit seiner Vikarie dem heiligen Magnus aus Füssen geweiht waren, als Möglichkeit geringerer Wahrscheinlichkeit bezeichnen. Vermutlich hat Johann Hemeling unter dem heiligen Magnus des Altars den Magnus der Reliquie verstanden, denn er verzichtet bei der Erwähnung des Altars im Westen des Doms auf die nähere Bestimmung des Namens Magnus, die bei der Nennung der Reliquie durch die Rubrik der Märtyrer gegeben ist. Wäre der Altar dem „confessor“ aus Füssen geweiht gewesen, hätte eine solche nähere Bestimmung nahegelegen.

Neben dem Bremer Dom war auch die Pfarrkirche zu Esens im Besitz einer oder mehrerer Magnus-Reliquien. Da hier von einem „Sankt-Magnus-Schrein“ die Rede ist, darf man wohl von mehreren Partikeln ausgehen. Auch hier fehlt zunächst ein Anhaltspunkt für die Beantwortung der Frage,

23 Lieselotte Klink (Hrsg.): Johann Hemelings „Diplomatarium fabricae ecclesiae Bremensis“ von 1415/20, Hildesheim 1988 (Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens im Mittelalter, Bd. 10), I, fol. 7b, S. 65; V. 32b, S. 81.

welcher Heilige des Namens Magnus gemeint war, als die Pfarrkirche, die 1310 erstmals urkundlich erwähnt und 1325 zum ersten Male in einer Urkunde als Sankt-Magnus-Kirche bezeichnet wird, dieses Patrozinium erhielt. Auch weitere Quellen geben dazu nichts her: Häuptling Sibet Attens von Esens spricht in seinem Testament aus dem Jahre 1473 von „sunte Magnus mynen hovetheeren“. Auf einer leider 1728 umgeschmolzenen Glocke der Pfarrkirche zu Esens stand: „maria ick hete, sunte magnus un de van esense hebbt my laten gheten“. Nur der Jahrmarkt in Esens könnte einen Hinweis auf die Identität dieses heiligen Magnus bieten: Er hieß noch um 1680 „Magnusmarkt“ und wurde „um den Bartholomäustag“, das heißt um den 24. August, abgehalten. Die Nähe des 19. August legt die Vermutung nahe, daß es sich bei diesem Magnus-Markt um einen Markt am Tage des heiligen Magnus von Trani und Fondi gehandelt haben dürfte. Trifft sie zu, dann war dieser Heilige auch, entgegen der Annahme der Autoren des Werkes „Die mittelalterlichen Kirchen- und Altarpatrozinien Niedersachsens“ (1960), der Patron der Kirche, und der Sankt-Magnus-Schrein in Esens bewahrte dann wohl auch Reliquien des heiligen Magnus vom 19. August<sup>24</sup>.

Ein drittes Beispiel für Sankt-Magnus-Reliquien in Nordwestdeutschland bietet Münster: Die Xantener Annalen, die den Zeitraum von etwa 640 bis 874 umfassen, berichten über das Jahr 867: „His ita gestis, allata sunt pignora sancti Magni martyris in Saxoniam, a Nicolao papa venerabili episcopo Liudberto directa“<sup>25</sup>. Papst Nikolaus I. (858–867) gibt hier Reliquien des heiligen Magnus, des Märtyrers, an den Bischof Liudbert von Münster (etwa 852 – etwa 870). Da Papst Nikolaus mehrfach Konflikte mit fränkischen Bischöfen hat, zum Beispiel mit Hinkmar von Reims, Günter von Köln und Dietgaud von Trier, könnte ein Reliquien-Geschenk an Bischof Liudbert als Sympathiewerbung verstanden werden. Die nähere Bezeichnung des heiligen Magnus als Märtyrer weist wiederum nach Latium und Apulien, allenfalls auch nach Kappadokien, aber gewiß nicht nach Füssen. Die Vermutung liegt nahe, daß Papst Nikolaus I. Reliquien eines Märtyrers aus seinem unmittelbaren Herrschaftsbereich nach Münster bringen läßt. Karl Kayser interpretiert den Satz aus den Xantener Annalen mit Hilfe von Angaben bei Altfried und in der Vita Liudgeri II so: „Liudbert von Münster erwarb 867 die vollständigen Gebeine eines gewissen heiligen Märtyrers Magnus für Münster“<sup>26</sup>. Träfe dies zu, wäre wohl Magnus von Trani hier nicht anzunehmen, da Reliquien von ihm auch von Kirchen in Italien verehrt werden<sup>27</sup>.

24 Siegfried Schunke: Vom Häuptlingssitz zum Küstenbadeort. Esens — ein Stück ostfriesischer Geschichte, Esens 1978; B. Arend: Zeit-, Jahr- und Tagweiser des Harlingerlandes, Wittmund 1923; Georg Müller-Jürgens: Vasa Sacra. Altargeräte in Ostfriesland, Aurich 1960, S. 61 f.; Hans-Walter Krumwiede: Die mittelalterlichen Kirchen- und Altarpatrozinien Niedersachsens, Göttingen 1960, S. 38 und 301.

25 Monumenta Germaniae Historica. Scriptores, Tom. II, Hannover 1829, S. 232.

26 Karl Kayser: Abriß der hannover-braunschweigischen Kirchengeschichte, in: Zeitschrift der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte, 3. Jg., 1898, S. 171 f.

27 Eine relativ kritische Liste der Orte in Italien, in denen Magnus-Reliquien (19. Aug.) verehrt werden, sowie der Darstellungen in den Kunstwerken italieni-

Eine weitere Magnus-Reliquie besaß vielleicht die Stiftskirche in Kölbigk bei Bernburg in Anhalt. Auf ihre Bedeutung kommen wir im Zusammenhang mit der Sage oder Legende von den „Tänzern von Kölbigk“ zurück.

### 3. Chroniken

Albert von Stade nahm in sein 1260 entstandenes „Chronicon“<sup>28</sup> einen Text auf, den er in Form einer „Ich-Erzählung“ vorgefunden hatte. Der Autor nennt sich Othbert. Er berichtet von einem Fall von „Tanzwut“, der sich im 11. Jahrhundert in „Colbicze“ zugetragen haben soll. Da sich Bestrafung, Erlösung und Heilung vor und in einer Kirche zugetragen haben, in der in einem Magnus-Altar Reliquien des Heiligen verwahrt werden, trägt Othberts Bericht die Überschrift: „Miraculum sancti Magni martiris“.

Der von Albert von Stade in eine Erzählung in der dritten Person umgeformte Bericht wird in Bremen in die „Historia Episcoporum“ (788–1273) aufgenommen und unter dem Erzbischof Unwan (1013–1029) eingeordnet<sup>29</sup>. Gert Rinesberch (um 1315–1406) und Herbod Schene (um 1330 bis 1413), Geistliche am St.-Petri-Dom in Bremen, übersetzen den lateinischen Text ins Niederdeutsche und nehmen ihn in den Abschnitt über Erzbischof Libentius II. (1029–1032) ihrer Bremer Chronik<sup>30</sup> auf.

Edward Schröder datiert das Ereignis, einen frühen Ausbruch von „Veitsanz“, in das Jahr 1021: „Daß es ein wirkliches Vorkommnis aus der Regierungszeit Kaiser Heinrichs II. war“, schreibt Schröder, „wenn auch von erregter Phantasie und demnächst von geschickter Mache ins grausige und mirakelhafte gesteigert, unterliegt keinem Zweifel“<sup>31</sup>. Schröder hat den Weg der Sage von Lambert von Hersfeld (1074) bis zu den Brüdern Grimm (1816) verfolgt. Auch in der Bestimmung des Schauplatzes Kölbigk verdient nach seinem Urteil die Tradition Vertrauen:

„Den Schauplatz des Ereignisses nennen die vier dem 11. Jahrhundert zuzuweisenden Quellen: Colbicze, Colebecca, Colebeke und Collebecce. Es ist kein Zweifel, daß damit der heutige anhaltische Ort Kölbigk an der Wipper, eine Meile westlich von Bernburg gemeint ist, jetzt“, so Schröder im Jahre 1897, „eine herzogliche Domäne, bei der eine Kirche mit romanischem Turm und sonstigen geringen Resten der gleichen Periode erhalten ist [. . .]. Unsere Sagenberichte sind die ältesten Zeugnisse für den Ort. Aus einer

scher Kirchen bietet das von Wolfgang Braunfels herausgegebene „Lexikon der christlichen Ikonographie“, Rom, Freiburg, Basel und Wien 1974, Sp. 473.

28 Socii Bollandiani: Bibliotheca hagiographica latina antiquae et mediae aetatis, K–Z, Brüssel 1900/1901, S. 766; Monumenta Germaniae Historica, SS XVI, 313, 22–45.

29 Erpold Lidenbrog (Hrsg.): Historia archiepiscoporum Bremensium, Leiden 1595, S. 82; Johann Martin Lappenberg (Hrsg.): Geschichtsquellen des Erzstiftes und der Stadt Bremen, Bremen 1841 (Neudruck: Aalen 1967), S. 58.

30 Hermann Meinert (Hrsg.): Die Bremer Chronik von Rinesberch, Schene und Hemeling (Die Chroniken der deutschen Städte, Bd. 37), Bremen 1968, S. 20 f. (65).

31 Schröder: Die Tänzer von Kölbigk, S. 95.

Urkunde von ca. 1142 erfahren wir freilich, daß die ‚*praepositura Colbeckensis in episcopatu Halberstadensi sita, nobiliter primum in nomine Domini et in honore beatorum martyrum Steffani et Magni instituta et a pio Heinrico imperatore sancte Bambergensi ecclesiae donata*‘ war; und wenn im Jahre 1036 Konrad II. ‚*in loco Cholebize dicto*‘ einen Markt errichtet und Ort und Markt seiner Gemahlin schenkt, so dürfen wir einen Zusammenhang zwischen dieser Marktgründung und dem Mirakel wohl vermuten. Die übrigen Marktgründungen Konrads II. betreffen Donauwörth und Würzburg (1030), Stade (1032), Amberg (1034), Bremen und Nienburg (1035): neben diesen verkehrsreichen Orten erscheint das zu allen Zeiten unbedeutende und an keiner großen Heerstraße gelegene Kölbigh recht auffällig, wenn wir nicht annehmen, daß der Pilgerstrom, welcher sich frühzeitig nach der Stätte des schauerlichen Vorfalles lenkte, dazu die Veranlassung gab.“<sup>32</sup>

Die „*chorea famosa*“ auf dem Kirchhof von Kölbigh, der Veitstanz in der Christnacht, wird dadurch bestraft, daß die Tänzer bis zu den Knien in den Boden sinken und die Fähigkeit, sich zu bewegen, verlieren: Sie essen nicht, sie trinken nicht, sie schlafen nicht. Auch ihre Nägel und Haare wachsen nicht. Nach einem Jahr erscheint ein Bischof und erlöst sie. Über den weiteren Fortgang heißt es bei Othbert: „*et ante altare sancti Magni preciosi martiris ecclesie reconciliavit*“<sup>33</sup>.

Die Pariser Handschrift aus dem 12. Jahrhundert verweist ausdrücklich auf die dort vorhandenen Magnus-Reliquien<sup>34</sup>. Ihnen dürfte dabei eine Schlüsselrolle zugefallen sein. Auch für die entstehende Wallfahrt waren sie wohl von Bedeutung. Schröder verweist darauf, daß in der Bezeichnung der Kirche das Patrozinium des (Erz-)Märtyrers Stefan gegenüber dem des Märtyrers Magnus zurücktritt: „Wenn die Propstei noch im Jahre 1142 ‚*in honore beatorum martyrum Steffani et Magni instituta*‘ heißt, später aber nur noch von dem ‚*cenobium*‘ oder der ‚*ecclesia b. Magni martyris*‘ die Rede ist, so hat gewiß das Mirakel dem Heiligen seine Rolle gesteigert.“<sup>34a</sup> Die Ursache könnte aber auch im Vorhandensein von Magnus-Reliquien und im Fehlen von Stefans-Reliquien zu suchen sein. Von welchem heiligen Magnus ist nun hier die Rede? Othbert geht von einem heiligen Magnus von Kölbigh aus: Das Wunder trug sich zu „*in villa Colbizce regionis Saxonicae, ubi sanctus Magnus martirium consummavit*[. . .]“<sup>35</sup>.

Die sogenannte „Dietrich-Fassung“ der Legende, die sich in nordfranzösischen und englischen Handschriften des 13. und 14. Jahrhunderts findet, sagt, die „Basilika“ von „Colebecca“ sei dem heiligen Märtyrer Magnus und seiner Schwester Buccestra geweiht gewesen<sup>36</sup>. Edward Schröder rechnet hier mit der Verwechslung „mit einem insularen Namensgenossen“, dessen Schwester diesen Namen trug. Belege fehlen. Sicher irrig ist die Annahme eines Magnus, der in Kölbigh zum Märtyrer wurde: „Niemals ist auf deut-

32 Ebd., S. 148 f.

33 Ebd., S. 102.

34 Ebd., S. 135.

34a Ebd., S. 160.

35 Ebd., S. 101.

36 Ebd., S. 126.

schem Boden ein heiliger Magnus gemartert worden oder hat es eine derartige Legende gegeben.“<sup>37</sup>

So weist wohl auch in diesem Falle die Bezeichnung „Märtyrer“ über die Alpen nach Trani, Fondi oder Anagni. Zumindest bot dieses Stichwort den Ansatzpunkt für eine spätere Harmonisierung mit der Magnus-Legende des Jacobus von Voragine. So mag man im St.-Petri-Dom zu Bremen am 19. August, wenn Sankt Magnus, der Märtyrer, im Missale stand, an Kölbigk und an Apulien gedacht haben.

Mit dem Verschwinden der Heiligen-Verehrung aus der lutherischen Messe erlischt auch das Interesse an dem Wunder des heiligen Märtyrers Magnus bei den Abschreibern der Bremer Chroniken. Die Geschichte von den Tänzern von Kölbigk fehlt in der Abschrift der Chronik von Rinesberch und Schene, die nach 1547 entstand<sup>38</sup>, ebenso wie in der Abschrift der „Historia Episcoporum 988—1273“ aus dem Jahre 1748<sup>39</sup>. Die „Saxonia“ von Albert Krantz (Köln 1520) ist das letzte Geschichtswerk aus unserem Raum, das diese Legende über die Reformation hinaus tradiert, z. B. auch noch in der Ausgabe, die 1621 in Frankfurt am Main erschien<sup>40</sup>.

#### 4. Das Siegel der Harlinger Richter

Am 5. Juni 1324 beurkunden die Emdener, Nordener, Harlinger und Astringer Richter zusammen mit den vereinigten Richtern der Seelande Frieslands am Upstalsbom einen Vertrag zwischen Rüstringen und Bremen. Mit ihm wird ein lange währender Streit wegen eines in Bremen erschlagenen Rüstringers, namens Broder, beigelegt. Die beurkundenden Richter garantieren den wohl auf eine „Schlichtung“ zurückgehenden Inhalt des Vertrags. Sie drohen, mit aller Macht den Angegriffenen zu unterstützen, falls einer der Kontrahenten den anderen neuerdings mit Fehde überzieht<sup>41</sup>. Heinrich Schmidt hat zum Verständnis dieser Urkunde auf die Bestimmungen der „Leges Upstalsbomicae“ von 1323 verwiesen, nach denen in den einzelnen Gerichtsbezirken „pax perpetuum“ gewahrt werden soll. „Die jeweiligen Richter sind gehalten, Streitende ‚ad pacem‘ zurückzurufen, sich also in Fehden einzuschalten. Die Fehde wird hier nicht grundsätzlich ausgeschlossen, aber als subsidiäres Rechtsmittel angesehen.“<sup>42</sup>

Das im Staatsarchiv Bremen befindliche Original der Urkunde trägt vier Siegel. Unter ihnen verdient in unserem Zusammenhang das Siegel aller

37 Ebd., S. 105, vgl. Thietmar von Merseburg, Chronicon, VII, 25: „ad locum Colidici dictum, ubi Christi Magnus martyr corporaliter requiescit [. . .]“. Werner Trillmich bezieht die Ortsangabe auf Colditz an der Zwickauer Mulde: Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe, Band IX, Darmstadt 1957, S. 381, Anm. 98.

38 Staats- und Universitätsbibliothek Bremen, Brem.a.570.

39 Ebd., Brem.b.354.

40 Albert Krantz: Saxonia, Frankfurt am Main 1621, S. 97, 55 ff.

41 Bremisches Urkundenbuch (Brem. UB), Bd. 2, Nr. 246.

42 Heinrich Schmidt: Studien zur Geschichte der friesischen Freiheit im Mittelalter, in: Jahrbuch der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer zu Emden, Bd. 43, 1963, S. 57 f.



Abb. 2: Siegel aller Harlinger Richter 1324

Harlinger Richter Beachtung. Es trägt die Umschrift „Sigillum iudicium omnium Herliggorum“ und stellt zwei Bischöfe mit architektonischem Hintergrund dar. Zur Seite des rechtsstehenden liest man „Magnus“, bei dem linken Bischof „Villeshad“. Unter den Bischöfen eine halbe Figur und zwei Köpfe<sup>43</sup>. Auf der Darstellung des heiligen Magnus sind Bischofsstab und Mitra auch heute noch deutlich zu erkennen (siehe Abbildung 2). Es kann somit wiederum nur der Märtyrer aus Trani, Fondi und Anagni gemeint sein.

Das Harlingerland gehört nicht mehr zu Ostfriesland, steht aber, wie diese Urkunde belegt, im 14. Jahrhundert im friesischen Rechtsverband. Menno Smid hat deshalb das Siegelbild „friesisch“ gedeutet: „Willehad wurde [. . .] neben dem sagenhaften friesischen Bannerträger, Magnus, zum Schutzpatron des Harlingerlandes.“<sup>44</sup>

Wir werfen deshalb einen Blick auf die friesische Magnus-Überlieferung.

### **Exkurs: Die Magnus-Küren**

Der Tapferkeit und Klugheit des „fanare“ (Bannerträgers) Magnus verdanken die Friesen nach einer sagenhaften Überlieferung ihre „friesische Freiheit“, wie sie in den Magnus-Küren aus dem 12. Jahrhundert ihren Niederschlag gefunden hat. Heinrich Schmidt sieht in den Magnus-Küren einen „Gedankenfortschritt“: Waren die im 11. Jahrhundert formulierten „17 Küren“ König Karls „concessiones“, die „24 Landrechte“ kaiserliche „constitutiones“, so handelt es sich bei den „Magnus-Küren“ um ein von Kaiser und Papst urkundlich besiegeltes „Privileg“<sup>45</sup>. Schmidt schließt von der Sache her auf die Entstehungszeit: „Die Freiheit der Magnusgeschichte ist auf dem Wege in einen prinzipiellen Gegensatz zu Herrschaft; sie deutet eher auf die Selbständigkeit der friesischen Landsgemeinden des 13. Jahrhunderts vor, als auf die Königsabhängigkeit der Friesen des 11. Jahrhunderts zurück.“<sup>46</sup>

Die in friesischer Sprache überlieferte Erzählung berichtet von der Eroberung Roms für Karl den Großen: „Man wirft die Friesen als erste, gewissermaßen als Kanonenfutter in den Kampf — ‚nakeda Fresan‘, hörige Leute, mit denen man so verfahren mag. Sie wagen ihr Leben und kämpfen so männlich, ‚tha hia Romera burg wonnen‘. Ihr Bannerträger namens Magnus heißt seine Fahne auf dem höchsten Turm Roms, und dem König Karl ist das gar nicht recht: er muß die Friesen belohnen, um die Burg von ihnen zu bekommen. ‚Es waren se alle nakede Fresan, tha het si thi koning alle heran.‘ Man

43 S. Anm. 41.

44 S. Anm. 3.

45 Heinrich Schmidt: Friesische Freiheitsüberlieferungen im hohen Mittelalter, in: Festschrift Hermann Heimpel zum 70. Geburtstag. Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 36/III, Göttingen 1972, S. 531; M. P. van Bujtenen: De Grondlag van de Friese Vrijheid, Assen 1953.

46 Schmidt, ebd.

bietet diesen Herren Gold, prächtige Gewänder, will ihnen die breiten Schilde mit rotem Gold beschlagen, jedem gar ‚en sundrich rike‘ geben. Aber Magnus schlägt solche Angebote des Königs aus und wählt mit Zustimmung aller Friesen eine bessere Gabe: die königliche Bestätigung nämlich für sieben ‚Küren‘. Deren erste: alle Friesen sollen ‚fri heran‘ sein und ‚thes koninges hacha heranatan‘. Die zweite Magnus-Küre ist eine Paraphrase der ersten: die Friesen sollen vom hölzernen Band um ihren Hals befreit und also ‚fri heran‘ sein — ganz offensichtlich eine Erläuterung des im Friesischen für ‚liberta‘ auch stehenden Begriffs ‚frihals‘. In der dritten und vierten Küre heißt es, daß die Friesen keine Abgabe an den König zu leisten hätten, außer ‚riochte huslada‘ dem ‚scelta‘, keine Abgaben an die Kirche außer dem Zehnten. Des Magnus fünfte Küre: die Friesen brauchen nicht weiter Heeresfolge zu leisten als nach Osten bis zur Weser, nach Westen bis zum Flie, also nur innerhalb ihres Rechtsbereichs, mit der Flut hinaus, mit der Ebbe zurück, damit sie ihr Land gegen die See, gegen den ‚nordkoning‘ und die wilden Wikinger schützen können. Die sechste Magnus-Küre: die Friesen sollen ihr eigenes Recht halten, in ihren ‚sieben Seeländen‘, mit des Papstes und des Königs Erlaubnis. Die siebente Küre fordert schließlich, daß Papst Leo und König Karl den Friesen Brief und Siegel geben sollen auf die ‚sieben Küren‘, die ‚17 Küren‘, die ‚24 Landrechte‘ und die ‚36 Sendrechte‘. Die Friesen bekommen ihre Urkunde von einem ‚helig biscop‘ geschrieben — ‚hu fro tha manig ethele Fresa was!‘. Als er sie in der Hand hat, stimmt Magnus einen Lobgesang an — ‚Christ si unse nathe, kyrioleys —, und die Friesen verlassen ‚this koningis Karlis hoff‘ und der Römer Land. Magnus bindet ‚this koningis here teken‘ an seinen Fahnenstaffel, damit alle Völker die Friesen als ‚fri heran‘ erkennen können, und man bringt die Urkunde nach Friesland, in den St.-Michaels-Dom zu Almenum bei Harlingen, der zu jener Zeit — so weiß die Erzählung — noch aus Holz und Ried gebaut war.“<sup>47</sup>

Heinrich Schmidt, dem wir diese Zusammenfassung der „Magnus-Küren“-Sage verdanken, urteilt über den historischen Kern dieser Erzählung relativ positiv: „Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt ein Keim zur Magnuserzählung, mit der Möglichkeit friesischen Ruhm und Rom zu verbinden, in der schon 800 existierenden Kolonie von Friesen zu Rom. Ihre Michaelskirche galt später als Ruhestätte der Reliquien des heiligen Magnus, dem das mittelalterliche Friesland mancherorts besondere Verehrung erwies; man sah ihn gar, den Magnusküren gemäß, als ‚dux frisonum‘.“<sup>48</sup>

Eggerik Benninga (gest. 1562) hat in seiner „Cronika der Fresen“ die Verleihung der „privilegien und friheiden“ an die Friesen durch Karl den Großen in Rom im Jahre 801 geschildert, ohne den Namen „Magnus“ zu

47 Ebd., S. 525 f.

48 Ebd., S. 520 f.; Hermann Lübbling (Hrsg.): Friesische Sagen. Von Texel bis Sylt, Jena 1928, S. 34 ff. Dort auch ein Verzeichnis der Literatur zu Magnus, dem Fahnen-träger: S. 266; H. Jaekel: Forschungen zur altfriesischen Gerichts- und Stände-verfassung, Weimar 1907, S. 200 ff.

erwähnen<sup>49</sup>. Ubbo Emmius, der diese Chronik kannte und aus ihr schöpfte, nimmt das Magnus-Motiv in seinem Geschichtswerk „*Rerum Frisicarum historiae libri LX*“ (1596–1607) wieder auf. Im 4. Buch berichtet er, Karl der Große sei 794 mit friesischen Truppen nach Italien gezogen, um gegen die Sarazenen zu kämpfen: „Als die Friesen zufällig von Apulien aus Rom wieder aufsuchten, hätten einige von ihnen, im Schlaf ermahnt, die Leiche des heiligen Magnus, die man in Fondi fand, mit zur Stadt gebracht und in der Michaelis-Kirche beigesetzt.“<sup>50</sup> Der Konjunktiv drückt die Zweifel aus, die Ubbo Emmius in dieser Sache hegt. Hinsichtlich der Identität des Heiligen kann allerdings kein Zweifel bestehen. Möglicherweise hat Emmius aber hier die Überlieferung der „*Legenda aurea*“ bzw. des „*Passionals*“ mit der Überlieferung der „*Magnus-Küren*“ kombiniert.

Die Spuren der mittelalterlichen Magnus-Verehrung bei den Friesen finden sich in dem Bremen benachbarten und deshalb für unsere Untersuchung relevanten Ostfriesland nur spärlich. Dem heiligen Magnus geweiht war die Kirche zu Groß-Faldern, das schon 1570 nach Emden eingemeindet wurde. Bezeugt ist dieses Patrozinium erst 1423<sup>51</sup>. Ein weiteres Magnus-Patrozinium vermutet man für die durch die Flut des Jahres 1511 eingegangene Kirche von Ahm in Rüstringen und die noch vorhandene Kirche in Sande<sup>52</sup>. Man stützt sich hier auf die Inschrift der „*Salvator-Glocke*“ in Sande. Sie wurde 1522 von Johannes von Cappeln gegossen und trägt um den Hals eine zweizeilige Inschrift in gotischen Kleinbuchstaben, die besagt, daß diese Glocke aus „*snte magn godere up dem aem*“ und „*magn godere up dem Sande*“, das heißt aus dem Kirchengut von Sankt Magnus zu Ahm und von Sankt Magnus in Sande, angeschafft wurde<sup>53</sup>.

Hinweise zu der Frage, welcher heilige Magnus gemeint war, fehlen.

## 5. Kirchen- und Kapellenpatrozinien in Lesum

Die Pfarrkirche in Lesum wird 1235 erstmals urkundlich erwähnt. Erzbischof Gerhard II. (1219–1258) überträgt am Tage der Jungfrau Prisca (18. Januar) 1235 die „*ecclesia in Lesmona*“ dem Kloster Lilienthal. Eine nähere Bezeichnung der Kirche fehlt. 1299 findet sich dann erstmals die

49 Louis Hahn und Heinz Ramm (Hrsg.): *Eggerik Benninga: Cronica der Fresen*, Teil I, Aurich 1961, Teil II, Aurich 1964, S. 816–817; Werner Delbanco: *Die Quellen der „Cronica der Fresen“ des Eggerik Beninga*, Aurich 1975.

50 Ubbo Emmius: *Rerum Frisicarum historiae libri LX*. Übersetzung von Erich von der Recken, Bd. 1, Frankfurt am Main 1981, 4. Buch, Abschnitt 66 (ohne Seitenzählung!).

51 Die Kirche wurde nach Menno Smid „im 15. Jahrhundert zerstört“: *Ostfriesische Kirchengeschichte*, S. 42.

52 Krumwiede: *Kirchen- und Altarpatrozinien Niedersachsens*, S. 23 und 52; Anton Rauchheld: *Glockenkunde Oldenburgs*, in: *Oldenburger Jahrbuch*, 29. Jg., 1925, S. 27 f.

53 Text der Glockeninschrift mit Übersetzung von Kühn: ebd., S. 28.

Angabe des Sankt-Martins-Patroziniums in der Bestätigung der Privilegien und Besitzungen des Klosters Lilienthal durch Erzbischof Giselbert (1273 bis 1306)<sup>54</sup>. In dem Verzeichnis der Güter, Einkünfte und Gerechtsame der Bremer Dompropstei vom Jahre 1384 ist die „ecclesia in Lesmona sancti Magni“ aufgeführt mit dem Zusatz: „presentationem Abbatissa in Liliendale“<sup>55</sup>. Die von Hoops noch als möglich angenommene Bezugnahme auf die Kapelle in St. Magnus ist sicher irrig<sup>56</sup>. Es wird hier die Pfarrkirche in Lesum als eine Sankt-Magnus-Kirche bezeichnet. So auch noch von Johann Hinrich Pratje im 2. Teil seines Sammelwerks „Die Herzogthümer Bremen und Verden“ 1758<sup>57</sup>. Noch 1790 vertritt der Lesumer Pastor Christian Ludwig Plate in dem „Inventarium des Corporis Bonorum Ecclesiastici zu Lesum“ die Ansicht, „daß ehemals die Kirche den heiligen Magnus als Schutz-Heiligen erkannt habe“<sup>58</sup>. Dann schweigen die Quellen. Lüder Halenbeck war wohl der erste, der 1878 in seiner Schrift „Vege sack und Umgebung“ wieder an das Martins-Patrozinium der Lesumer Kirche erinnert hat. Er schreibt hier über die „weittragende Kirche von Lesum, die 1794 an Stelle eines uralten Gotteshauses, das in päpstlicher Zeit dem heiligen Martin geweiht war, errichtet ist“<sup>59</sup>. Da Halenbeck ein guter Kenner der mittelalterlichen Urkunden aus unserem Raum war, besteht Grund zu der Annahme, daß er die Notiz aus dem Jahre 1299 wieder in das Bewußtsein seiner Zeit brachte und die lutherische Gemeinde in Lesum damit veranlaßte, sich der Bezeichnung „St. Martini“ wieder zu bedienen.

Für die Zeit zwischen 1384 und 1790 sind ein Wechsel des Patroziniums, ein Doppelpatrozinium des heiligen Martin und des heiligen Magnus und ein seit 1384 fortgeschriebener Irrtum möglich. Zwingende Gründe, sich für die eine oder die anderen beiden Möglichkeiten zu entscheiden, gibt es nicht. Die Frage muß so offen bleiben.

Die von Heinrich Hoops als „Tochter“ der Lesumer Pfarrkirche angesehene Kapelle in St. Magnus ist wohl eine Stiftung der Ritter von Aumund<sup>60</sup>. Daß die Kapelle dem Ort den Namen gegeben hat, darf man unterstellen. Dementsprechend sind die ersten urkundlichen Erwähnungen des Ortes St. Magnus wohl auch als Hinweise auf das Vorhandensein einer Kapelle, die dem heiligen Magnus gewidmet war, zu bewerten.

1350 wird ein Vertrag zwischen dem Erzbischof Gottfried von Arnsberg und dem Domkapitel einerseits und der Stadt Bremen auf der anderen Seite über die Errichtung einer Befestigungsanlage in Burg an der Lesum

54 Brem. UB, Bd. 1, Nr. 530; Horst-Rüdiger Jarck: Das Zisterzienserinnenkloster Lilienthal, Stade 1969, S. 151.

55 Wilhelm von Hodenberg (Hrsg.): Das Stader Copiar (Bremer Geschichtsquellen. Erster Beitrag), Celle 1856, I.XIX.30.

56 Jarck: Zisterzienserinnenkloster Lilienthal, S. 94 f. und S. 123; Heinrich Hoops: Geschichte der Börde Lesum, Bremen 1909, S. 243.

57 Johann Hinrich Pratje: Die Herzogthümer Bremen und Verden, 2. Teil, Bremen 1758, S. 178.

58 Niedersächsisches Staatsarchiv Stade, Rep. 74, Blumenthal, Fach 154, Nr. 1.

59 Bremen 1878, S. 35.

60 Hoops: Börde Lesum, S. 61 f. und S. 243.

geschlossen<sup>61</sup>. Gottfried von Arnsberg versucht sich nach einer zwiespältigen Wahl des Domkapitels gegen seinen Mitbewerber, Moritz von Oldenburg, durchzusetzen. Herbert Schwarzwälder sieht den Vertrag vom 22. April in diesem Zusammenhang: „Um offensiv gegen Moritz vorgehen zu können, beschlossen Erzbischof Gottfried, die ihm zugewandten Angehörigen des Domkapitels und die Stadt, eine Burg an der Lesum zu bauen, um in ihrem Schutz einen Brückenschlag zu vollziehen.“<sup>62</sup> Der Erzbischof legt zur Burg eine Reihe von Gütern, unter anderem auch „jn dem dorpe tho lesmene vn tho sunte Magnus tor lesmene“<sup>63</sup>.

Eine weitere Erwähnung des Ortes findet sich in einer Urkunde des Klosters Lilienthal vom 9. Oktober 1384. Das Kloster Lilienthal verpfändet hier einige Stücke Land an Merten van Gropelinghe, darunter auch drei an dem „Lesmerbroke“, die Stedingh von „Sunte Magnese“ bewirtschaftet<sup>64</sup>.

Das Stader Copiar von 1420 gibt dann eine Aufzählung der Güter und Gerechtsame der Kapelle: „Dyt is dat dar hort tho der Capellen sunte Magnus [. . .].“ In der Aufzählung der gottesdienstlichen Geräte, Bücher und der liturgischen Gewänder findet man drei Tuniken, die auf Magnus weisen: „III tunicas beati Magni“<sup>65</sup>. Welcher heilige oder selige Magnus gemeint ist, bleibt offen. Im „Vörder Register“ von Johannes Rode wird unter den Kollationsrechten des Erzbischofs von Bremen auch die Kapelle in St. Magnus genannt: „Item Sancti Magni in Lismonia, cujus possessor nunc est Hinricus de Heymborg Praepositus Sancti Ansgarij, qui habet conferre Capellam ibidem.“<sup>66</sup>

Die Kapelle wurde vermutlich im 17. Jahrhundert abgerissen oder zerstört. „Nur in Sagen erhält sich das Andenken an eine dem heiligen Magnus geweihte Kirche“, schreibt Adam Storck 1822, „die kleine Umwallung, die auf dem Heinzberg sichtbar ist, diente vielleicht zur Befestigung dieser Kirche [. . .].“<sup>67</sup> Friedrich Spengemann bemerkt dazu: „Die Kapelle stand zwar in der Nähe dieses Berges aber etwas östlicher. Bei Ausschachtungsarbeiten des Baues der Villa Schotteck 1892 wurden viele Menschenknochen gefunden. Es war also dort der Friedhof, der um die Kapelle herum lag.“<sup>68</sup>

61 Brem. UB, Bd. 2, Nr. 616; H. Sudendorf: Urkundenbuch zur Geschichte der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg und ihrer Lande, 2. Teil, Hannover 1860, Nr. 362.

62 Herbert Schwarzwälder: Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 1, Bremen 1975, S. 73.

63 S. Anm. 61; auch in Brem. UB, Bd. 3, Nr. 445, wird der Ort St. Magnus genannt (2.10.1373).

64 Jarck: Zisterzienserinnenkloster Lilienthal, S. 168.

65 Hodenberg: Stader Copiar, II.XXXV. 28–36.

66 Johann Rode: Registrum Bonorum et Jurium Ecclesiae Bremensis, hrsg. von R. Capelle, Bremerhaven 1926, 131 b.

67 Adam Storck: Ansichten der Freien Hansestadt Bremen und ihrer Umgebungen, Frankfurt am Main 1822, S. 573.

68 Friedrich Spengemann: Altes und Neues aus dem alten St. Magnus, St. Magnus 1957, S. 41.



Abb. 3: Glocke in Horn 1451: Heiligendarstellungen

## 6. Die Glocke in Horn

Am 20. Februar 1547 wurde die Kirche zum Heiligen Kreuz in Horn ihrer Glocken durch kaiserliche Soldaten beraubt. Die heute dort auf dem 1823 erbauten Turm der Kirche hängende Glocke mit der Inschrift „sanctus magnus helf got anno dni MCCCCLI“ dürfte also nach 1547 nach Horn gekommen sein<sup>69</sup>. Für ihre Herkunft aus St. Magnus bei Lesum spricht das Wappen der Ritter von Aumund, das sich unter der Jahreszahl auf der Glocke befindet<sup>69a</sup>.

Friedrich Spengemann beschreibt die Glocke so: „Die Inschrift in altgotisch antiqua läuft um den oberen Glockenring. In der Mitte unter ‚sanctus magnus‘ trägt die Glocke in guterhaltener Gußform die Christusfigur am Kreuz. Auf der anderen Seite links unter der Jahreszahl befinden sich zwei Figuren, ein älterer Mann mit Vollbart und Lockenhaar, mit Heiligenschein (Ring) um den Kopf, den Bischofsstab, oben mit einem großen römischen Kreuz, in der rechten Hand, in der linken Hand ein Schwert, sitzend darge-

69 Ebd., S. 42 f.

69a Hinrich Wulff: Die Ritter von Aumund, in: Die Niederweser, 8. Jg., 1930, Nr. 4, S. 1 f. Dort auch eine Zeichnung des Wappens der „Ritter von Oumünde“.

stellt. Daneben stehend eine Figur, ein junger Mann, eine kleine Kirche im linken Arm tragend.“<sup>70</sup> (Abbildung 3)

Die Deutungsvorschläge Spengemanns für die sitzende und die stehende Figur, nämlich Sankt Magnus und Sankt Willehad, lassen sich ebenso bezweifeln wie seine Beschreibung der Details. Man bleibt hier auf Spekulationen angewiesen. Unverkennbar ist aber die Ähnlichkeit des Gekreuzigten mit Sankt-Hülpe- oder Kümmernis-Darstellungen. Der lange Rock der gekreuzigten Figur mit dem Gürtel ist das auffallendste Merkmal<sup>70a</sup>. (Abbildung 4)

Karl von Spieß hat die Entstehung des „Sankt Hülpe“ oder „Helfer“-Kultes auf die Verehrung dieses Heiligen auf dem Hülfensberg bei Eichsfeld zurückführen wollen: „Wir wissen nicht, wie weit die Verehrung tatsächlich dort zurückreicht, doch wird im Jahre 1351 zum ersten Male die Hülfenskapelle auf dem Hülfensberge erwähnt. Rasch verbreitete sich die Verehrung des ‚Helfers‘, und zwar dadurch, daß von weither Wallfahrten auf den Hülfensberg unternommen wurden [. . .]. Im Wege der Wallfahrt kommt der neue Heilige 1356 nach Bamberg, wird 1367 in Plön, 1369 in Bremen, 1370 in Diepholz (in der Ortschaft Nutlo), 1379 in Saalfeld erwähnt.“<sup>71</sup>

Johann Philipp Cassel macht in seiner Abhandlung „Historische Nachricht von dem Märtyrer Sanct Hulpe besonders in Bremen“ 1765 ebenfalls auf die Verehrung von „St. Hülpe in dem Eichsfeld zwischen Dingelstaed und Wanfried, 2 Meilen von Mühlhausen“ aufmerksam. Der Kult erscheint Cassel zu Recht mehr als historische Wirklichkeit als die verehrte Gestalt: „Wer dieser Heilige mit Namen Hülpe gewesen, wo er herstamme, zu welcher Zeit er den Martertod erlitten, von welchem römischen Papst er den Heiligen zugesellt worden, ist aus Mangel alter Urkunden schwerer zu beweisen, als daß er wirklich an verschiedenen Orten als ein Hülfbringer und Wunderthäter in der dunklen und mittleren Zeit verehret worden.“<sup>72</sup>

Bürgermeister Heinrich Martini, Ratsherr Conrad von Haren und Erzbischof Albert II. (1362–1395) wollten ein Sankt-Hülpe-Bild im „St.-Jürgen-Gasthaus“ aufstellen. Als Tag der Verehrung des Heiligen wird „in crastino beati Magni matyris gloriosi“ oder auch der Montag nach Trinitatis genannt<sup>73</sup>.

St. Hülpe bei Diepholz hat nachweislich seit 1379 eine diesem oder dieser Heiligen geweihte Kapelle, die dann allerdings 1477 als Heilig-Kreuz-Kapelle bezeichnet wird<sup>74</sup>.

70 Spengemann: Altes und Neues, S. 43.

70a Vgl. Reiner Hausserr: Das Imervard-Kreuz und der Volto-Sancto-Typ, in: Zeitschrift für Kunstwissenschaft, Bd. 15, 1961, S. 129–170; G. Schnürer und J. M. Ritz: Sankt Kümmernis und Volto Santo. Forschungen zur Volkskunde, Bd. 13–15, Düsseldorf 1934.

71 Karl von Spieß: Die heilige Kümmernis, in: Karl von Spieß (Hrsg.): Marksteine der Volkskunde, 2. Teil, Berlin 1942 (Jahrbuch für historische Volkskunde, 8/9), S. 191–248, Zitat: S. 209 f.

72 Bremen 1765, 12 S., Zitat: S. 3.

73 Ebd., S. 6 f.

74 Krumwiede: Kirchen- und Altarpatrozinien Niedersachsens, S. 224.



*Abb. 4:* Glocke in Horn 1451: Volto-Santo-Kreuz

Außerdem finden wir eine Hülpe-Darstellung im Siegel des Stedinger Landes. Die Umschrift lautet hier: „s. communitatis terre stedingorum“. In der Mitte des Siegels befindet sich das Bild eines Gekreuzigten mit umgürtetem langem Rock. Der älteste Abdruck stammt aus dem Jahre 1392<sup>75</sup>.

Schon seit dem 18. Jahrhundert lassen sich Versuche nachweisen, den Hülpe-Kult auf eine vorchristliche Wurzel zurückzuführen. Peter von Kobbe verweist auf Erklärungsversuche Georg Roths im 1. Teil von Pratjes Sammelwerk, „Die Herzogthümer Bremen und Verden“<sup>76</sup>, und faßt seine Überlegungen so zusammen: „Höchstwahrscheinlich ist auch hier heidnischer Aberglaube mit christlicher Andacht verschmolzen. Daß die Hülpe später ein Gegenstand christlicher Verehrung gewesen, ist unläugbar.“<sup>77</sup> Hermann Lübbling hat 1942 den Helfer-Kult auf germanische Wurzeln zurückgeführt<sup>78</sup>. Karl Sichart widersprach ihm 1955 ganz entschieden und deutete St. Hülpe trinitarisch<sup>78a</sup>. Gerold Meiners hat trotzdem 1987 Lübblings Ableitung mit Vorbehalt aufgenommen. „Mit großer Wahrscheinlichkeit ist Odin, der zaubermächtige Helfer, auf dem Stedinger Siegel dargestellt.“<sup>79</sup>

Nach Busso Peus und Reiner Haussherr ist dagegen das als wundertätig verehrte Kruzifix von Lucca (Italien), das als „Volto santo“ (Heiliges Antlitz) bezeichnet wurde, der Ausgangspunkt sowohl für die „Hülpe“ als auch für die „Kümmernis-“ oder „Wilgefortisverehrung“ in Deutschland und den Niederlanden: „Der bärtige Christus des Kreuzes von Lucca trägt eine Königskrone und ist mit einer langen, bis auf die Füße reichenden, in der Hüfte gegürteten Ärmeltunica bekleidet. Die Füße sind nicht angenagelt, hängen vielmehr nebeneinander herab und stecken in Schuhen.“<sup>80</sup>

Das Kruzifix gelangte 782 von Spanien nach Lucca. Ältere Zeugnisse der Ausbreitung dieses Gekreuzigten-Typus findet man in Kronberg (Taunus)<sup>81</sup> und in Weißenburg am Sand (Franken): „Beide Bilder sind Wiedergaben des Kruzifixes von Lucca.“<sup>82</sup> Ein im Dom zu Mainz in der Zeit der Französischen Revolution verschollenes Wilgefortis-Bild wurde noch zu Anfang des 18. Jahrhunderts als „Sanct Gehulff“ bezeichnet. „Hierin zeigt sich die alte

75 Gerold Meiners: Stedingen und die Stedinger, Bremen 1987, S. 55 f. Dieses Siegelbild findet man auch im Siegel der Bauern von Wulsdorf. Freundlicher Hinweis von Andreas Röpcke. Auch unter den von Alfred Löhr gesichteten Pilgerzeichen, die in Bremen in der Weser gefunden wurden, taucht das Bildmotiv auf.

76 Pratje, Herzogthümer Bremen und Verden, 1. Teil, Bremen 1757, S. 130 ff.

77 Peter von Kobbe: Geschichte und Landesbeschreibung der Herzogthümer Bremen und Verden, 2. Teil, Göttingen 1824, S. 48.

78 Hermann Lübbling: Das Siegel des Stedinger Landes, seine politische Bedeutung und seine Beziehung zum „Helfer“-Kult, in: Oldenburger Jahrbuch, Bd. 46/47, 1942/43, S. 67 ff.

78a Karl Sichart: St. Hulpe. Zur Deutung des Stedinger Siegels, in: Brem. Jb., Bd. 44, 1955, S. 55 ff.

79 Meiners: Stedingen, S. 58 f.

80 Busso Peus: Das Wilgefortis- oder Kümmernisbild von Wörth am Main, in: Aschaffener Jahrbuch, Bd. 3, 1956, S. 246 ff.

81 In der Burgkapelle, im Zweiten Weltkrieg zerstört: ebd., S. 246.

82 Ebd., S. 247.



Abb. 5: Kirche in Beber am Süntel: Sankt-Magnus-Kreuz

Überlieferung“, schreibt Busso Peus, „daß man sich nämlich noch bewußt war, daß eigentlich in der gekreuzigten Figur Christus zu erkennen sei, denn Christus, Salvator und St. Gehulff sind identisch. Es sei nur an das in Bamberg, jetzt in der Pfarrkirche St. Gangolf, befindliche Kreuz erinnert, das einzige Bild dieser Art auf deutschem Boden, das ununterbrochen als Erlöserbild verehrt, also nicht umbenannt wurde.“<sup>83</sup>

Breitete sich der Wilgefortis-Kult, der zur Umdeutung dieser Kruzifixe führte, von Gent aus im 14. Jahrhundert bis nach Deutschland aus, so scheint zur gleichen Zeit sich auch eine Verbindung von Sankt Magnus und Lucca-Kruzifixen vollzogen zu haben.

Karl von Spieß und Hermann Lübbling berufen sich für die Bezeichnung eines solchen Kreuzes mit dem Namen „Sankt Magnus“ auf den bekleideten und gegürteten Gekreuzigten in Beber am Süntel: „Die Gestalt steht auf einer Holzkonsole, welche früher die Inschrift trug: ‚Torquatus Magnus Martyr‘ [. . .]. Das Holzbild weicht von der sonst üblichen Gestaltung eines Crucifixes sehr ab“, schreibt Friedrich Lorenz 1899, „und wird von der Überlieferung ganz bestimmt als ‚der St. Magnus‘ bezeichnet. Die erste schriftliche Erwähnung des Bildes findet sich in der Kirchenrechnung von 1621 [. . .].“<sup>84</sup> (Abbildung 5)

Vor diesem Hintergrund ist es zumindest nachdenkenswert, daß auf der Glocke der Sankt-Magnus-Kirche in Sande zu lesen steht „salvator bin ick genant“<sup>85</sup> und auf der Glocke zu Horn „sanct magnus helf got“. Ist „helf got“ eine Übersetzung des lateinischen Wortes „salvator“? Liegt hier die Brücke zur „Sankt-Hülpe“-Verehrung, die etwa zur gleichen Zeit in Bremen nachweisbar ist? Die bei Cassel angeführte zeitliche Nachbarschaft der heiligen Hülpe und des heiligen Magnus im liturgischen Kalender könnte zu einer Annäherung der beiden Gestalten geführt haben.

Die Inschrift in Beber bei Bad Münden zeigt freilich, daß auch hier die Bezeichnung des Königs am Kreuz als „Sankt Magnus“ von der *Legenda Aurea* oder dem *Passional* aus gedeutet wurde. Man sah in diesem Bild, das keine Züge von Qual und Kreuzesnot zeigt, den „gefolterten (oder mißhandelten) Märtyrer Magnus“. So könnte in einer der beiden anderen Gestalten der Glocke in Horn, die einen Heiligen oder Bischof zeigen, auch eine Darstellung des Bischofs und Märtyrers Magnus von Fondi, Trani und Anagni verborgen sein.

Insgesamt führen alle Näherbestimmungen des heiligen Magnus in Bremen wie in anderen Orten Nordwest- und Mitteldeutschlands immer zu diesem vermutlich imaginären Heiligen, der einem Schreibfehler sein Dasein zu verdanken scheint. Die Versuche, für Bremen die Verehrung „nordischer“ Heilige des Namens Magnus zu behaupten, sind unter dem Aspekt unseres Themas uninteressant. Ihre Darstellung kann aber zeigen, wie radikal die

83 Ebd., S. 247.

84 Friedrich Lorenz: *Aus dem Sünteltale*, Hannover 1899, S. 34. Karl Sichart bezieht das Magnus-Patrozinium in Beber trotz der Bezeichnung „Martyr“ auf Magnus von Füssen: *St. Hulpe*, S. 66.

85 S. Anm. 52 und 53.

mit der Reformation einsetzende Entwicklung in Bremen und seinem Umland die Tradition der Heiligenverehrung, wie sie uns noch im „Missale“ des Bremer Doms von 1511 als selbstverständlicher Bestandteil des gottesdienstlichen Lebens begegnet, hat abreißen lassen. Es handelt sich hier um ein Thema aus der Kirchen- und Geistesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

### **Anhang: Magnus von Schottland und Bischof Magnus von Vendyssel**

Adam Storck schreibt 1822 über den Namenspatron der einstigen Kapelle in St. Magnus: „Magnus war ein Zeitgenosse Adalberts, der ihn nach dem Norden schickte. In Kistwall in Nordschottland ist ihm eine Kirche gewidmet.“<sup>85a</sup> Franz Buchenau<sup>86</sup>, Lüder Halenbeck<sup>87</sup> und Heinrich Hoops übernahmen diese Behauptung, letzterer mit dem Vorbehalt „vermutlich“ und einer Ergänzung: „Die St. Magnusbai bei den Shetlandinseln erinnert gleichfalls an ihn.“<sup>88</sup> Friedrich Spengemann macht sich die Mühe, bei Adam von Bremen nachzulesen: „Erzbischof Adalbert hat einen Mönch namens Magnus zum Bischof in Vendyssel in Jütland geweiht, was um das Jahr 1059 geschah. Magnus kam, wie Adam berichtet, von seiner Weihe zurückkehrend durch Schiffbruch auf der Elbe ums Leben.“<sup>89</sup> Spengemann zieht dann weiter den bei Adam von Bremen erwähnten Dänenkönig Magnus als Namenspatron der Kapelle in St. Magnus in Betracht, kommt aber zu einem negativen, d. h. zugleich richtigem Ergebnis: „Es war nicht üblich, eine Kapelle nach einem weltlichen Herrscher zu benennen.“ Er kehrt dann zu der falschen These von Storck zurück: „So wird es wohl sehr wahrscheinlich der Mönch oder Priester, der Zeitgenosse Adalberts gewesen sein, nach dem St. Magnus seinen Namen erhalten hat.“<sup>90</sup>

Die Sankt-Magnus-Kathedrale in Kirkwall (nicht „Kistwall“) auf der zu den Orkaden oder Orkneys zählenden Insel Pomona ist nun allerdings Magnus, dem Sohn Erlins, geweiht. Erlin war Graf der Orkneyinseln, sein Sohn schlug die Laufbahn eines Räubers ein, bekehrt sich aber zu guter Stunde. Als sein Vater starb, kam es zu einem Erbschaftsstreit mit seinem Vetter Hako. Magnus bot ihm einen Vergleich an. Mit Hinterlist lockte ihn Hako aber auf die Insel Eglis. Als Magnus dort in der Kirche betete, wurde er überwältigt, aus der Kirche geschleppt und erstochen. Er starb 1105, sein Gedenktag im

85a Storck: Ansichten der Freien Hansestadt Bremen, S. 572.

86 Franz Buchenau: Die freie Hansestadt Bremen und ihr Gebiet, Bremen<sup>3</sup>1900, S. 306.

87 Lüder Halenbeck: 50 Ausflüge in die Umgegend von Bremen, Bremen 1893, S. 45.

88 Hoops: Börde Lesum, S. 243.

89 Spengemann: Altes und Neues, S. 14.

90 Ebd.

liturgischen Kalender ist der 16. April<sup>91</sup>. Auch wenn Wilhelm von Bersay (1108–1162) von Kirkwall, unter dem 1159 die Sankt-Magnus-Kathedrale geweiht wurde, noch von Erzbischof Friedrich von Bremen (1104–1123) die Bischofsweihe erhalten hat, also eine Beziehung zu Bremen bestand, ist eine Verehrung des heiligen Magnus von Eglis und Kirkwall in Bremen nicht nachzuweisen<sup>92</sup>.

Keinerlei Beleg findet sich für eine Verehrung des Bischofs Magnus, dem Erzbischof Adalbert um 1059 die Weihe für Wendel („in Wendilam“) erteilte und der „gleich nach seiner Erhebung auf der Heimreise in der Elbe mit seinem Schiff scheiterte“<sup>93</sup>.

Das Staatsarchiv Bremen hat 1968 in einer Expertise für die am 18. März 1965 neu gebildete „Evangelische Kirchengemeinde St. Magnus in Bremen-St. Magnus-Schönebeck“ gegenüber den Spekulationen „der bremischen Historiographen des 19. Jahrhunderts“ folgendes festgestellt: „In Norddeutschland war als Schutzpatron jener Märtyrer Magnus am häufigsten verbreitet, dessen Fest auf den 19. August fiel. Ob der Patron der Lesumer Kapelle ein Zeitgenosse Erzbischof Adalberts von Bremen war, ein Priester, der – von Adalbert in den Norden gesandt – dort den Märtyrertod erlitt, ist nicht zu erkennen.“<sup>94</sup>

Im Bewußtsein der Kirchengemeinde St. Magnus blieb gleichwohl Bischof Magnus von Vendyssel der Namenspatron der Sankt-Magnus-Kapelle, deren Tradition die 1967 erbaute Kirche St. Magni in der Straße Unter den Linden im bremischen Ortsteil St. Magnus wieder aufnahm<sup>95</sup>.

## Zusammenfassendes Ergebnis

Die Sankt-Magnus-Verehrung in Bremen ist für das 14. und 15. Jahrhundert nachweisbar. Es lassen sich aber nur in wenigen Fällen Indizien dafür finden, welchem heiligen Magnus diese Verehrung galt.

Da der heilige Magnus von Füssen (6. September) als einziger Heiliger dieses Namens im Memorienkalender von St. Ansgarii verzeichnet ist,

91 Stadler: Heiligen-Lexikon, Bd. IV, S. 47; O. Wimmer und H. Melzer: Lexikon der Namen und Heiligen. Innsbruck 1982, S. 534. Über seine Verehrung „besonders in Norwegen, da die orkadischen Inseln ein Suffraganbistum von Drontheim bildeten“: E. Schnappel: Über einen merkwürdigen Runenkalender des Großherzoglichen Museums zu Oldenburg, in: Bericht über die Tätigkeit des Oldenburgischen Vereins für Altertumskunde, IV. Heft, Oldenburg 1883, S. 35 und S. 72 (16. April).

92 Freundlicher Hinweis von Agnes Marie Georgii, Bremen.

93 W. Trillmich (Bearb.): Magister Adam Bremensis, gesta Hamburgensis ecclesiae pontificum (Quellen des 9. und 11. Jahrhunderts zur Geschichte der hamburgischen Kirche und des Reiches), Darmstadt 1968, S. 438 f. (IV, 2).

94 StAB: Zur Geschichte der Kapelle St. Magni, in: Kirchenzeitung St. Martini/St. Magni, 18. Jg., 1968, Nr. 1, S. III.

95 Z. B. in dem Bericht über „1200 Jahre Kirche in Bremen“, in: Die Norddeutsche, Nr. 203, 2.9.1987, S. I.

besteht Grund zu der Annahme, daß auch der Sankt-Magnus-Altar dieser Kirche, der 1359 urkundlich bezeugt ist<sup>96</sup>, ihm gewidmet war.

Da die Magnus-Reliquie im St.-Petri-Dom nach Johann Hemeling von einem Märtyrer Magnus stammt, das „Missale“ des Doms von 1511 aber nur am 19. August einen Märtyrer Magnus nennt, dürfte hier dem heiligen Magnus von Fondi, Trani und Anagni auch der Altar, der sich seit 1361 nachweisen läßt<sup>97</sup>, geweiht gewesen sein. Da durch Albert von Stade, die „Historia Episcoporum“ und die Chronik von Rinesberch, Schene und Hemeling der Bericht über das Magnus-Wunder von Kölbick auch nach Bremen gelangte, der sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf den heiligen Magnus des 19. August bezieht, und da sich ebenso die friesischen Magnus-Überlieferungen weitgehend auf diesen Heiligen zurückführen lassen, darf man damit rechnen, daß dieser auch im „Lübecker Passional“ verzeichnete heilige Magnus von Trani im Bewußtsein der Christen in Bremen stärker präsent war als andere Heilige dieses Namens. Das „Volto-Santo-Bild“ auf der Sankt-Magnus-Glocke von 1451, die sich heute auf dem Turm der Kirche in Horn befindet, läßt den Schluß zu, daß sich auch in unserem Raum die Sankt-Magnus-Verehrung mit dem Sankt-Hülpe-Kult verbunden oder vermischt hat.

Abb. 1: Herzog-August-Bibliothek, Wolfenbüttel (in: 4° 6); Abb. 2: Staatsarchiv Bremen; Abb. 3: Karl Siebert, St. Magnus; Abb. 4: Ursula Siebert, St. Magnus; Abb. 5: Pastor Hennies, Beber.

96 Krumwiede: Kirchen- und Altarpatrozinien Niedersachsens, S. 30.

97 Ebd., S. 27 f.; Klink: Johann Hemelings „Diplomatarium“, V. 32 b, S. 81.



# Der Obelisk von Höpkens Ruh

Von Otto Fritz

Am kleinen geschlängelten Teich im Oberneulander Park Höpkens Ruh findet sich ein Obelisk, der die Erinnerung an ein über hundert Jahre altes Denkmal wachhält. Für lange Jahre stand dort nämlich ein anderer Obelisk als Monument für vier berühmte Naturforscher. Ältere Abbildungen von etwa der Jahrhundertwende zeigen ihn in einer geringfügig anderen Umgebung als heute: in unmittelbarer Nachbarschaft führte eine inzwischen verschwundene Brücke zur Landnase, auf der sich das Denkmal befand. Auch scheint damals ein Gebüsch den Obelisk umgeben zu haben; vielleicht ist es eine Rosenhecke. Ursprünglich soll sich der Obelisk einmal in einem Rosarium befunden haben.<sup>1</sup> Sowohl von dem die vordere Parkpartie abschließenden Lindendom oder -rondell als auch von der Eichenallee im hinteren Teil des Gartens wurde und wird der Blick des Spaziergängers auf den Obelisk gelenkt<sup>2</sup>. Er muß früher ohne Sockel an die drei Meter hoch gewesen sein<sup>3</sup>, der Sockel hat, nach den Abbildungen zu urteilen, eine Höhe von etwa 160 cm gehabt.

Der Gedenkstein, der sich heute an ungefähr derselben Stelle befindet, ist ein Ersatz für das alte Denkmal, das im Zweiten Weltkrieg durch eine Bombe zerstört wurde. Der jetzt zu besichtigende Obelisk ist bereits kurz nach dem Krieg von einem Friedhof nach Höpkens Ruh gebracht worden. Er hat auf einem nicht mehr identifizierbaren und damals abgeräumten Grab gestanden<sup>4</sup>.

Der neue Obelisk ist wie der alte aus Sandsteinen aufgemauert. Er mißt etwa 210 cm, der Sockel etwa 190 cm. Die Ähnlichkeit der Sockel macht es wahrscheinlich, daß er weitgehend erhalten geblieben ist und daß lediglich der Obelisk ersetzt wurde — allerdings sieht es so aus, als ob die Sockelseiten mit ihren Beschriftungen nicht mehr in dieselbe Richtung weisen wie vor der Wiederherstellung. In die vier Sockelseiten sind 60 mal 65 cm große Platten eingelassen, die jeweils einen lateinischen Spruch tragen. Auf dem ursprünglichen Obelisk befanden sich Medaillontafeln mit den Namen von vier Naturforschern, denen die Sprüche galten. Auf dem Ersatzobelisk fehlten sie bis 1977. Ohne die Namen war aber das gemeinsame Vorkommen der Sprüche an einem Denkmal kaum zu verstehen; deshalb ist das Landesamt für Denkmalpflege mehrfach aufgefordert worden, für die Wie-

1 Staatsarchiv Bremen (StAB) Fam.gesch. Slg. Wilckens, Peter Wilckens 1, 2, S. 108.

2 So etwa schon Friedrich Garbers: Ein Park der Erinnerungen, in: BN, 8.10.1935.

3 Lüder Halenbeck: 50 Ausflüge in die Umgebung von Bremen, Bremen 1893, S. 119.

4 Mdl. Auskunft des Gartenbauamts Bremen, 9.4.1985; vgl. auch Unterlagen des Landesamts für Denkmalpflege, Höpkens Ruh, Brief des Gartenbauamts v. 10.4.1984.

derherstellung der Namenstafeln zu sorgen<sup>5</sup>. Sie wurden schließlich durch die Firma Lettow aus Obernkirchener Sandstein nachgebildet und beschriftet. 1977 wurden die Tafeln angebracht, aber dabei wurden zwei Tafeln an eine falsche Stelle gesetzt. Der Obelisk, über Eck auf der Achse des Parks stehend und damit ungefähr nach den vier Himmelsrichtungen ausgerichtet, zeigt an der Nordseite nun den Namen Linné im Medaillon, darunter finden wir auf dem Sockel einen lateinischen Hexameter, der jedoch dem Naturforscher Haller gilt: *Est Natura meus/præceptor et obsequor/Isti*: Mein Lehrmeister ist die Natur, und jener bin ich gehorsam.

Auf der Ostseite finden wir unter dem Namen Haller das Linné geltende Epigramm (Hexameter und Pentameter): *Nocte sub alta / Omnis late Natura jacebat / Vixit LJNNAEUS / Lux et ubique fuit*: In tiefer Nacht lag weit und breit die gesamte Natur; da lebte Linné, und überall war Licht.

Die Südseite bietet unter dem Namen Roth zwei Hexameter<sup>6</sup>: *Macte animi primus / patriæ qui ductus amore / Teutonis indigenas plan / tas componere gestis*: Heil deinem Geist, der du als erster, von Heimatliebe geleitet, die heimischen Pflanzen den Deutschen zu ordnen wünschst.

Die Westseite schließlich ist unter dem Namen Jacquin mit drei Hexametern versehen: *Quas uber in patria plan / tas producit agellus / Nec non indigenas re — / colunt quas Seres & Indi / Disposuit summa cum / laude Nobilis Ille*: Pflanzen, die im Vaterland das fruchtbare Äckerchen hervorbringt, und auch solche, die Chinesen und (West)Indier in ihrer Heimat anbauen, hat jener Edle mit höchstem Lob angeordnet.

Von diesen vier Naturforschern ist wohl allein Carl von Linné (1707 bis 1778) als Schöpfer der botanischen Fachsprache noch heute bekannt. Er wird zudem als einziger in den Inschriften namentlich genannt. Beides wird dazu geführt haben, daß der Obelisk mehrfach auch als *Linné-Stein* bezeichnet worden ist<sup>7</sup>, und das war, zumindest solange die Namensmedaillons fehlten, eine plausible Bezeichnung. Linné wurde 1738 Arzt in Stockholm, erhielt 1741 einen Lehrstuhl für Praktische Medizin und 1742 einen für Botanik. Er betreute den großen Botanischen Garten in Uppsala. Sein ungewöhnlicher Einfluß auf die Botaniker seiner Zeit beruhte auf zwei Leistungen: der Schaffung eines übersichtlichen, aber künstlichen Ordnungssystems der Pflanzen, des Sexualsystems, und der Vereinfachung der wissenschaftlichen Nomenklatur durch eine binäre Bezeichnungsweise<sup>8</sup>.

Albrecht von Haller (1708–1777), einer der größten Naturforscher des 18. Jahrhunderts, ist heute eher Literaturhistorikern als Biologen oder Medizinern bekannt; sein Gedicht *Die Alpen* gilt als wichtiges Bindeglied zwischen Barock und Aufklärung und erschien schon seinen Zeitgenossen

5 Ebd.

6 *Teutonis* enthält in der dritten Silbe einen langen Vokal; der Hexameter ist also metrisch unrein (frdl. Hinweis von Dr. K. H. Roloff, Bremen).

7 Z. B. bei Beate Mielsch: *Denkmäler, Freiplastiken, Brunnen in Bremen, 1800–1945*, Bremen 1980, S. 13; vgl. auch schon Halenbeck, *Ausflüge*, S. 119.

8 Vgl. Gerhard Wagenitz: *Hallers Bedeutung für die Botanik im Zeitalter Linnés*, in: Albrecht von Haller zum 200. Todestag, Göttingen 1977, S. 27.

*Abb. 1 (oben):*  
Medaillon Hallers mit dem Linné  
geltenden Epigramm

*Abb. 2 (unten links):*  
Der Obelisk vor dem Zweiten Weltkrieg

*Abb. 3 (unten rechts):*  
Heutiger Zustand



als Musterbeispiel für eine neuartige Naturauffassung und -darstellung<sup>9</sup>. Haller selbst genießt den Ruf, einer der letzten universal gebildeten Gelehrten des Abendlandes gewesen zu sein, der sich neben Anatomie, Physiologie, Chirurgie und praktischer Medizin auch mit Poesie und Botanik beschäftigt hat<sup>10</sup>. Von 1736 bis 1753 arbeitete er als Professor für Anatomie, Chirurgie und Botanik in Göttingen, legte neben seinem eigenen Herbarium ein umfassendes zweites für die Universität an und erhielt 1737 vom König von England die Erlaubnis, in Göttingen einen Botanischen Garten anzulegen, der zu den schönsten Europas gezählt wurde<sup>11</sup>.

Albrecht Wilhelm Roth (1757–1834) wirkte ab 1779 als Arzt in Vegesack, wo die Albrecht-Roth-Straße an ihn erinnert und vor der dortigen Kirche noch heute sein Grabmal zu finden ist<sup>12</sup>. Roth beschäftigte sich privat ebenfalls mit Botanik und legte wie Haller und Linné eine umfangreiche Pflanzensammlung an. Sein berühmter Garten an der Weserstraße 75, unterhalb des jetzigen Ortsamts, wurde nach seinem Tod geteilt. Man findet in den Anlagen der Uferböschung wohl heute noch Pflanzen, die Roth selbst gesetzt hat<sup>13</sup>. Als sein wichtigstes Werk gilt das ab 1788 erschienene *Tentamen florum Germanicae*, eine systematische Zusammenstellung deutscher Pflanzen. Auf diese Arbeit spielt wahrscheinlich der Spruch am Obelisk an.

Auch Nikolaus Joseph Freiherr von Jacquin (1727–1817) war praktizierender Arzt und Botaniker zugleich. In Holland geboren, arbeitete er als Mediziner ab 1752 in Wien, entwickelte jedoch schon während seines Studiums eine starke Neigung zur Botanik. 1754–1759 bereiste er in kaiserlichem Auftrag Westindien, um Pflanzen für die Gärten in Wien und Schönbrunn zu sammeln. Als Direktor des Schönbrunner Gartens oblag ihm dessen Ausgestaltung. Er veröffentlichte Sammlungen der Flora Österreichs, Nordamerikas und der Karibischen Inseln. Daß er zu seiner Zeit ein beachteter Biologe war, bezeugt sein Briefwechsel mit Linné, und auch Friedrich Leopold Graf zu Stolberg erwähnt ihn in seiner bekannten Reisebeschreibung: „Die berühmten Herren Jacquin, Vater und Sohn, haben die Oberaufsicht über den botanischen Garten in Schönbrunn. Sie wohnen in einer der Vorstädte von Wien, am kleinen botanischen Garten. Sobald eine neue Pflanze in Schönbrunn blüht, wird sie ihnen gebracht und von Malern, wel-

9 Vgl. etwa Johann Jacob Breitinger: *Critische Dichtkunst*, Zürich 1740 (Deutsche Neudrucke, Texte des 18. Jahrhunderts, Stuttgart 1966, 1), S. 21 ff.

10 Vgl. die verschiedenen Vorträge in: Albrecht von Haller zum 200. Todestag, Göttingen 1977.

11 S. Ausstellungskatalog Tübingen: Carl v. Linné und die deutschen Botaniker seiner Zeit, Tübingen 1977, S. 75.

12 Vgl. zu Roth Diedrich Steilen: *Geschichte der bremischen Hafenstadt Vegesack*, Vegesack o. J., S. 65, 138–141; *Bremische Biographie des neunzehnten Jahrhunderts*, Bremen 1912, S. 417–420.

13 Zur Weserstr. 75 vgl. die Unterlagen des Landesamts für Denkmalpflege; ein Plan des Gartens abgedr. bei Sophie Hollanders: *Vegesack. Alte Bilder einer Hafenstadt*, Bremen 1984, Abb. 174.

che dazu besoldet werden, gemalt.“<sup>14</sup> 1806 wurde Jacquin in den Freiherrnstand erhoben. Leider kann man trotz dieser Zeitangabe den Obelisken mit seiner Erwähnung eines Adelsstandes (*nobilis*) nicht eindeutig datieren; denn schon 1774 hatte Jacquin den Titel „Edler“ bekommen<sup>15</sup>, was das lateinische Wort wohl auch bedeuten kann. Wenn man allerdings aus dem Perfekt des Inschriftentextes schließen darf, daß Jacquin zur Entstehungszeit der Inschriften bereits tot war, ergibt sich als *terminus post quem* das Jahr 1817. Das würde auch zu anderen Überlegungen über die Entstehungszeit passen<sup>16</sup>.

Alle vier Naturforscher — Doktoren der Medizin, die zugleich oder primär als Botaniker wissenschaftlich tätig waren — legten also große Gärten an, in denen heimische oder exotische Pflanzen kultiviert wurden, und veröffentlichten diese Sammlungen oder gar die einer ganzen Region. Ihre Einstellung zur Natur war die des Sammeln und Systematisierens. Auch historisch gehören sie etwa in die schon von Zeitgenossen so genannte *ordnende Phase*<sup>17</sup> der Frühaufklärung. Dieser Einstellung entsprechen auch die Sprüche, die den Forschern gewidmet sind. Die Natur wird in ihnen durch die Großschreibung besonders betont, ja personifiziert (*Natura, Isti*); sie wird als Lehrmeister (*præceptor*) bezeichnet, der die Naturforscher gehorchen (*obsequi*) und die sie — sei es praktisch durch Gartengestaltung, sei es theoretisch durch Veröffentlichungen — ordnen (*componere, diponere*). Das Ergebnis dieser Mühe, die Leistung, wird in Linnés Epigramm in der typisch aufklärerischen Fassung der Lichtmetaphorik bezeichnet — „mit der Aufklärung rückt (*scil:* die Wahrheit unter dem bildlichen Ausdruck) ‚Licht‘ in den Bereich des zu Leistenden; die Wahrheit verliert ihre natürliche *facilitas*, mit der sie von sich her sich durchsetzt“<sup>18</sup>.

Auffällig und vielleicht nur durch den Wunsch nach Abwechslung zu erklären, wie er sich auch in den unterschiedlichen Versen ausdrückt, ist die jeweilige Sprechersituation: Haller spricht seinen Hexameter scheinbar selbst; ein Lob wird ihm verständlicherweise nicht in den Mund gelegt, sondern ist nur zu erschließen aus dem apodiktisch gesagten ‚*obsequor*‘, dem Gehorsam gegenüber den Forderungen des Gegenstandes und dem daraus erwachsenden wissenschaftlichen Erfolg. Die Kürze des Satzes und das Präsens geben dem Spruch den Charakter einer Devise, die sehr wohl von Haller selbst stammen kann. Linnés Inschrift dagegen wird nicht von ihm, sondern über ihn gesagt; er wird vom Sprecher namentlich erwähnt, und sein Erscheinen als Person wird gleichsam mit seiner Leistung gleichgesetzt

14 Zit. n. Jacqueline u. Werner Hofmann (Hrsg.): Wien, München 1978<sup>7</sup>, S. 277.

15 Zu Jacquin vgl. Constant v. Wurzbach (Hrsg.): Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich, 10, Wien 1863, S. 26–32.

16 S. u. S. 66.

17 A. W. Müller: Synchronistische Tabelle der interessantesten Vorfälle in Simon Hermann v. Posts Leben; StUB Bremen, *brem. a.* 632/80.

18 Hans Blumenberg: Licht als Metapher der Wahrheit, in: *Studium Generale* 10 (7), 1957, S. 445.

– eine monumentale Steigerung des Lobs<sup>19</sup>. Roth wird emphatisch angerufen (*Macte animi*) und in der 2. Person Präsens direkt angesprochen (*gestis*). Zu seinem Lob wird die Priorität erwähnt, die seine Arbeit zeitlich genießt (*primus patriae*), nicht so sehr der systematische Tiefgang, der vielleicht bei Haller und Linné gemeint ist. Jacquin schließlich wird vom Sprecher gleichsam vorgestellt (*Ille*), seine Arbeit wird in Details erwähnt, sein Lob und sein weltlicher Adel werden so ausdrücklich ausgesprochen, als habe der Sprecher bei ihm besondere Einzelheiten für nötig erachtet, um ihn den übrigen gleichzustellen. Möglicherweise drückt sich in der Länge der Inschriften eine Art Bewertung aus dergestalt, daß für die Wichtigeren kürzere Inschriften reichen, für die weniger Wichtigen längere erforderlich sind.

Daß sich eine gute Kenntnis der Personen<sup>20</sup> und ihrer Werke in den Inschriften ausspricht, zeigt sich an dem Haller gewidmeten Hexameter. Dieser stimmte nämlich mit Linné nicht in der Beurteilung des „künstlichen, aber sehr übersichtlichen und leicht erlernbaren Systems“<sup>21</sup> überein, sondern bemühte sich seinerseits darum, empirisch eine natürliche Verwandtschaft von Pflanzen zu finden und zu beschreiben. „Ein Durchbruch zu einem wenigstens in großen Teilen natürlichen System gelang ihm nicht.“<sup>22</sup> Der Satz: „Mein Lehrmeister ist die Natur, und ihr gehorche ich“ ist aber ein prägnanter Ausdruck eines solchen Bemühens. Zugleich läßt er sich im übrigen auf eine Naturauffassung beziehen, in der eine „natürliche“ Landschaft Selbstwert bekommt und gegen eine kunsthafte, zum Zwecke barocker Repräsentation gestaltete Landschaftskulisse ausgespielt wird.

Der alte Obelisk erfüllte zu seiner Zeit eine doppelte Funktion, die man auch dem neuen Platzhalter zuschreiben kann, wenngleich er sie für unser geistiges Auge heute nur illustriert und selbst nie besaß: zum einen die eines privaten Gedächtnismonuments für die genannten Naturforscher, ihre wissenschaftlichen Leistungen und vielleicht auch für ihre gartengestalterischen Tätigkeiten. Der Obelisk reihte sich in dieser Funktion in den generellen „Kult der Nachwelt“<sup>23</sup> ein, den man für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts feststellt, als Denkmäler verstärkt aus dem Innenraum in die Landschaft hinaustraten – neben anderen Formen besonders Pyramiden und Obelisken. Diese waren erst seit der im Barock einsetzenden Welle des Interesses für ägyptische Altertümer wieder häufiger verwendet worden<sup>24</sup>

19 Nicht unpassend interpretiert Garbers (Anm. 2) und übersetzt: „Siegreich erschien Linnäus. . .“.

20 Aus dem Präsens in Roths Inschrift ist von Mielsch wohl zu Recht darauf geschlossen worden, daß sie zu dessen Lebzeiten entstanden ist (S. 13); ich halte es für wahrscheinlich, daß Roth und der Stifter des Steins sich kannten, etwa dadurch, daß der Stifter in St. Magnus nahe bei Vegesack ein Landgut besaß; s. u. S. 64.

21 Wagenitz, S. 27.

22 Ebd., S. 28; zur Kontroverse zwischen Haller und Linné, die sich bis zur Invektive steigerte, vgl. Heinz Goerke: *Carl v. Linné*, Stuttgart 1966, S. 166 ff. Auch dieser Streit spricht dagegen, daß unter Hallers Namen der Linné erwähnende Spruch gehört.

23 Hans Sedlmayr: *Verlust der Mitte*, Salzburg 1983<sup>10</sup>, S. 28 f.

24 Vgl. Klaus Lankheit: *Friedrich Weinbrenner und der Denkmalskult um 1800*, Basel/Stuttgart 1979, S. 60.

und konnten als Symbole von Standhaftigkeit und Tugend verstanden werden<sup>25</sup>, denen ein feierlicher und ernsthafter Charakter zukam<sup>26</sup>. Sie sind deshalb nicht selten etwa unter dem Namen „Spitzsäule“ als Grabmonumente verwendet worden<sup>27</sup>. Um 1800 waren sie jedoch schon zu einer Modeerscheinung herabgesunken. So beklagte etwa Goethe die Fülle der neu entstandenen Denkmäler dieser Art um 1790: „Wieviele traurige bildlose Obeliskensah ich nicht zu meiner Zeit errichten . . .“<sup>28</sup>, und 1805 sprach sich Leopold Klenze gegen einen Obeliskens als Lutherdenkmal aus, weil er nicht würdig genug sei<sup>29</sup>.

Zum zweiten erfüllte der Obelisk eine Funktion, für die es ebenfalls vor 1800 weitere Beispiele und theoretische Grundlagen gab: er sollte sicher in Höpkens Ruh auch zur Steigerung oder Spezifizierung des Natureindrucks dienen, wie das für andere Beispiele nachgewiesen ist<sup>30</sup>. Er trat als Staffageelement, gleichsam als „heimlicher Held“<sup>31</sup> einer Naturszenerie auf. Das entsprach ebenfalls dem Stil der Zeit. Man empfahl etwa dem Landschaftsgestalter im „Allgemeinen Teutschen Gartenmagazin“ neben Sarkophagen und Altären ausdrücklich einen Obeliskens, um durch ihn den Landschaftseindruck zu verstärken<sup>32</sup>. Solche eher praktische Literatur griff wohl schon zurück auf Erörterungen des Kieler Philosophen C. C. L. Hirschfeld, der den englischen Landschaftsgarten nach vier Spielarten differenzierte<sup>33</sup> und jeder eigene Staffageelemente zuordnete<sup>34</sup>. Generell forderte er vom Landschaftsgestalter: „Bewege durch den Garten stark die Einbildungskraft und die Empfindung, stärker als eine bloß schöne Gegend bewegen kann; rufe aber auch die Kunst, damit sie jene durch ihre Einwir-

25 Vgl. Achilles Bochiuss' Symbolbuch von 1574; dazu Paul Arthur Memmesheimer: Das klassizistische Grabmal, eine Typologie. Phil. Diss. Bonn, Bonn 1969, S. 128.

26 Karl Philipp Moritz: Über Kuppeln, Thürme, Obeliskens und Denksäulen (1792), in: Hans Joachim Schrimpf (Hrsg.): K. P. Moritz, Schriften zu Ästhetik und Poetik, Tübingen 1962, S. 207.

27 Vgl. Jürgen Döring: Die alten Göttinger Friedhöfe und ihre Grabmäler, in: Vom Kirchhof zum Friedhof. Kasseler Studien zur Sepulkralkultur, 2, Kassel 1984, S. 51; vgl. Memmesheimer, S. 133.

28 Johann Wolfgang Goethe, Kampagne in Frankreich, Gedenkausgabe der Werke, Briefe und Gespräche, 12, Zürich 1949, S. 243; vgl. im übrigen Dieter Hennebo: Goethes Beziehungen zur Gartenkunst seiner Zeit, in: Jb. des Freien Deutschen Hochstifts, 1970, S. 90 ff., bes. S. 103 f.

29 Vgl. Lankheit, S. 55 f.

30 Vgl. Memmesheimer, S. 133.

31 Die treffende Formulierung stammt von Gerhard Gerkens: Staffage – oder die heimlichen Helden der Bilder, Ausstellungskatalog Kunsthalle Bremen, Bremen 1984.

32 Dr. Sturm: Einige Bemerkungen über Garten-Monumente, in: Allg. Teutsches Gartenmagazin, 3, Weimar 1806, S. 383–385.

33 Vgl. Wolfgang Schepers: Hirschfelds Theorie der Gartenkunst 1779–1785, Worms 1980, S. 31 ff.

34 Ebd.

kung mehr erhöhe.“<sup>35</sup> Im speziellen schienen ihm im „sanft-melancholischen“ Garten Einsiedeleien, Trauergebäude, Ruinen, Bildhauerarbeiten und Inschriften die angestrebte Wirkung zu unterstützen<sup>36</sup>. Ein beschrifteter Gedenkstein wie der Oberneulander Obelisk entspricht einer solchen gartenkünstlerischen Vorstellung gut, und auch die noch im 19. Jahrhundert von Halenbeck erwähnte „Borkenhütte“ und die „Steingrotte“<sup>37</sup> würden sich Hirschfelds Vorstellungen vom sanft-melancholischen Garten einfügen. In diesem „vorromantisch-sentimentalen“ Gartenstil<sup>38</sup> ist es nicht selten zur Häufung solcher Stimmungsträger gekommen, und Goethe führte die von ihm kritisierte Beliebtheit von „abgestumpften Säulen, Vasen, Altären, Obelisken und was dergleichen bildlose allgemeine Formen sind“ ausdrücklich auf die „Garten- und Landschaftsliebhaberei“ zurück<sup>39</sup>. Die Verwendung solcher Monumente in Privatgärten, ihre massenhafte Herstellung und die mit ihnen oft erstrebte Heroisierung ist wenige Generationen nach der Wende zum 19. Jahrhundert schon Anlaß zu Ironie, wenn etwa Fontane ein Denkmal im Garten der Familie Briest beschreibt, „das schon Briests Großvater [. . .] hatte aufrichten lassen, eine verrostete Pyramide mit einem gegossenen Blücher in Front und einem dito Wellington auf der Rückseite“<sup>40</sup>.

Vor dem Hintergrund dieser „Allerweltsverwendung“ eines Obelisken<sup>41</sup> als Denkmal ist nun aber die besondere Ausprägung, die er in Höpkens Ruh mit seiner Widmung für Naturforscher und der Verwendung der lateinischen Sprache erfahren hat, doch bemerkenswert. Bei Hirschfeld nämlich werden auch Beispiele gegeben für die Personen, deren Verdienste durch Denkmäler zu ehren sind: bei Schlössern, Palästen und öffentlichen Plätzen sollen es vorzüglich nationale Helden sein, in privaten Gärten aber Landschaftsmaler, Naturdichter und Philosophen<sup>42</sup>. Er griff wohl die aus England stammende Praxis auf, Personen zu ehren, die durch ihr literarisches Werk die Entstehung eines „natürlichen“, englischen Landschaftsgartens hatten vorbereiten helfen<sup>43</sup>. Gerade Haller sind mehrfach Denkmäler in

35 Christian Cay Lorenz Hirschfeld: *Theorie der Gartenkunst*, Leipzig 1779/1785 (Nachdruck Hildesheim, 1973, 1, S. 156).

36 Vgl. Schepers, S. 31 f.

37 Halenbeck, S. 120; vgl. auch Hans-Christoph Hoffmann (Hrsg.): *Baudenkmale in der Freien Hansestadt Bremen*, 3.6, Ortsteil Oberneuland (bearb. v. Kurt Lammeck), Fischerhude 1984, S. 54.

38 So die Bezeichnung der entsprechenden Phase bei Franz Hallbaum: *Der Landschaftsgarten*, München 1927, S. 58 f.

39 Johann Wolfgang Goethe, *Gutachten über ein Grabmal für Freifrau Luise v. Diede*, Gedenkausgabe, 13, Zürich 1954, S. 400 f.

40 Theodor Fontane: *Effi Briest*, *Sämtliche Werke*, 5, München 1963, S. 119; vgl. schon die zeitgenössischen Satiren Mörsers, Wezels und Goethes auf Auswüchse der Gartenliebhaberei bei Siegmund Gerndt: *Idealisierte Natur*, Stuttgart 1981, S. 82 ff.

41 Meinhold Lurz: *Kriegerdenkmäler in Deutschland*, 1, Heidelberg 1985, S. 109.

42 Vgl. Schepers, S. 48.

43 Vgl. Ingrid Weibezahn: *Geschichte und Funktion des Monopteros*, Hildesheim/New York 1975, S. 61.

englischen Gärten gestiftet worden. Diesen ausgenommen, werden aber in Höpkens Ruh nicht dichtende Wegbereiter verewigt — und auch seine Inschrift spricht Haller eher als Naturforscher denn als Literat. Das Denkmal paßt sich auch nicht einer patriotisch-nationalen Tradition an, sondern es ehrt, kosmopolitisch orientiert und der Aufklärung verpflichtet, international anerkannte wissenschaftliche Spitzenleistungen der Botanik. Diesen wissenschaftlichen Gegenständen entspricht die lateinische Sprache der Inschriften, sind doch die fachwissenschaftlichen Arbeiten der geehrten Forscher zumeist in Latein abgefaßt. Die Inschriften passen also besser zur ersten Funktion des Obeliskens und erzeugen an einer Staffage im englischen Garten eher eine paradoxe Situation: während nämlich dem höfisch-barocken, französischen Garten eine „kollektive Rezeption im Rahmen der feudal-absolutistischen Verkehrsform der Etikette“<sup>44</sup> entsprach, zielte der englische Garten auf die subjektive Rezeption durch den einzelnen und seine gleichgesinnten Freunde. Der empfindsame Besitzer des Landgutes in Oberneuland brauchte für seinen Stimmungsaufschwung die lateinischen Texte aber gerade nicht, und einem vertrauten Kreis von Gartenfreunden hätte die Nennung der großen Botaniker wohl ebenfalls ausgereicht, um den Sinn des Denksteins zu verstehen.

Über die Entstehung des Obeliskens, den Werkmeister oder den Verfasser der Inschriften sind bisher keine Quellen aufgetaucht. Wahrscheinlich stammen die Inschriften vom Stifter des Steins selbst, Dr. jur. Jacob Friedrich Schultz. Dieser wählte die Naturforscher als Gegenstand der Verehrung vielleicht auch aus einem sehr individuellen Grund, nämlich zur Legitimation für sich und seine gartengestalterische Passion, die vor einem kaufmännisch geprägten Familienhintergrund den Rahmen des Üblichen überschritten haben mag.

Das Vorwerk<sup>45</sup>, das heute Höpkens Ruh heißt, erwarb der gleichnamige Vater des Juristen J. F. Schultz „mit Inbegriff aller Ländereyen, Meyer, Immobilien und Mobilien“<sup>46</sup> für 5700 Reichstaler im Jahre 1774<sup>47</sup>.

44 Gerndt, S. 46.

45 Johann Daniel Heinbach, Grundriß der kaysserlichen Freien- Reich- und Ansee Stadt Bremen (ein Abdruck des im Privatbesitz befindlichen Originals ist 1980 im Verlag H. Döll erschienen), verzeichnet unter Nr. 39 der Legende schon 1748 „Herrn Johannis Duntzen Senator Wittwe“ als Eigentümer; zum Begriff und zur Funktion des Vorwerks vgl. Wilhelm Lührs: Heinekens Park, in: Brem. Jb. 59, 1981, S. 19; vgl. auch Karl H. Schwebel: Aus dem Tagebuch des Bremer Kaufmanns Franz Böving (1773–1849), in: Brem. Weihnachtsblätter 15, 1974, S. 138, Anm. 208, zur Vorstufe des ‚Sich bei den Landleuten‘ Einmietens.

46 J. F. Schultz: Pro Memoria (Reclamationen wegen zu hoher Taxation von Landgütern), StAB 2 — R.1.A.12.b.II, Nr. VIII, S. 2.

47 Ebd.; die Datumsangabe von Schultz, der aus dem Gedächtnis zitiert haben mag, wird gestützt durch die Liste der Landesgeschworenen für Oberneuland, in der ab 1776 der Name Schultz auftaucht, vgl. StAB 2 — Q.1.f.2. (frdl. Hinweis von Dr. H. H. Meyer, Oberneuland, dem auch die Zuordnung des Namens zum Grundstück zu verdanken ist).

1795/96 etwa muß dessen Frau Susanne, geb. Wilckens<sup>48</sup>, das Landgut ihrem Sohn Jacob Friedrich übergeben haben, der von da ab als Eigentümer in Erscheinung tritt<sup>49</sup>. Geboren am 23. März 1769, wird er zuerst durch Privatlehrer unterrichtet<sup>50</sup>, besucht ab 1786 das Gymnasium Illustre<sup>51</sup> und ab 1788 die Universität Göttingen<sup>52</sup>, wo er 1791 zum Dr. jur. promoviert wird. 1799, drei Jahre nach dem Tod der Mutter, verkauft er das ebenfalls ererbte Landgut „Sattelhof“ in St. Magnus<sup>53</sup>, und möglicherweise verwendet er schon diesen Erlös zur Gestaltung des Grundstücks in Oberneuland, für das er noch 25 Jahre später eine Hypothek „zur Verbesserung des Grundstücks“ einzutragen beantragt<sup>54</sup>. 1801 wird Schultz Syndicus der Elterleute<sup>55</sup> — nach der Familiengeschichte wider Erwarten<sup>56</sup> —, was er bis zu seinem Tod am 2. März 1827<sup>57</sup> bleibt. Einmal wird er in der Geschichte Bremens erwähnt, als er als „Bürgerworthalter“<sup>58</sup> eine Dankrede nach der Befreiung

- 48 Der Kaufmann J. F. Schultz (14.3.1738 — 31.12.1784) und seine Schwester Anna Elisabeth (28.4.1737 — 21.6.1800) heirateten die Geschwister Susanne (1.12.1738 — 17.11.1796) und Heinrich Wilckens (10.10.1723 — 14.3.1791); in StAB Fam.gesch. Slg. Wilckens haben sich deshalb auch Informationen über die Familie Schultz erhalten. Biographische Daten stammen, sofern nichts anderes angegeben ist, aus dieser Sammlung.
- 49 Christian Abraham Heineken bezeichnet 1796 die entsprechenden Grundstücke in seiner Vorzeichnung für sein großes Kartenwerk als „Laendereien von H[errn] Dr. Schulz bis H[errn] Dr. Ahasverus“. StAB 11,47.14.
- 50 Heinrich Wilhelm Rotermund, Lexikon aller Gelehrten, die seit der Reformation in Bremen gelebt haben, 2, Bremen 1828, S. 171 f.
- 51 Thomas O. Achelis u. Adolf Börtzler: Die Matrikel des Gymnasiums Illustre zu Bremen 1610—1810, Brem. Jb., 2. Reihe, 3, 1968, S. 387.
- 52 Götz v. Selle (Hrsg.): Die Matrikel der Georg-August-Universität zu Göttingen 1734—1837, Hildesheim/Leipzig 1937, S. 300, Nr. 14447.
- 53 Halenbeck, S. 190, u. Fam.gesch. Slg. Wilckens; ein urkundlicher Nachweis ist mir bisher nicht möglich gewesen.
- 54 J. F. Schultz, Antrag an den Senat v. 24.11.1824. StAB 2 — Q.3.b.10.n.
- 55 Rotermund gibt S. 171 fälschlich 1800 an; vgl. dagegen schon Johann Hermann Duntze: Geschichte der freien Stadt Bremen, 3, Bremen 1848, S. 577, vermutlich unter Rückgriff auf das im Schütting verwahrte „Wappenbuch der Elterleute und Syndici des Schütting“, 2. Teil, Syndici, S. d: Electus Syndicus Coll. Sen. 1801.
- 56 Der launische und zu Skurrilitäten neigende Charakter seiner Mutter Susanne Wilckens soll sich auf ihn übertragen haben, vgl. etwa Bernhard Johann Wilckens: Aus der Geschichte der Familie Wilckens 1755—1890, in: 150 Jahre Bremer Clubleben, Bremen 1933, S. 208; nachprüfen läßt sich so etwas wohl nicht mehr. Allerdings ist tatsächlich z. B. ungewöhnlich, daß sich Jacob Friedrich Schultz von 1796 bis 1825 in den Bremischen Adreß-Büchern mit einem falschen Vornamen verzeichnen (Johann) und einen solchen Irrtum erst ein Jahr vor seinem Tod korrigieren ließ, als er aus dem ererbten Stadthaus in der Pelzerstr. 9 auszog.
- 57 Sterberegister Oberneuland 1811—1830, StAB 4,60/3, S. 524, Nr. 20.
- 58 Vgl. dazu Karl H. Schwebel: Die Elterleute als Worthalter der Bürgerschaft, in: F. Prüser/K.H. Schwebel/A. Ulrich (Hrsg.): De Koopmann tho Bremen, Bremen 1951, S. 29—34.

Abb. 4:  
Jacob Friedrich Schultz (1769–1827)



von der Franzosenherrschaft hält<sup>59</sup>. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß seine Liebhaberei für „Lustgärtnerie“ berufliche oder politische Interessen stärker als bei anderen überdeckte — wenn es sich auch um eine von vielen Zeitgenossen geteilte Leidenschaft gehandelt haben mag, wie z. B. vom späteren Bürgermeister Johann Smidt, mit dem zusammen Schultz über Jahrzehnte Obstbaumreiser und Weinstöcke bezog<sup>60</sup>.

Den Umfang seiner gartengestalterischen Tätigkeit muß man sich heute ausdrücklich klar machen, da uns der parkähnliche Charakter von Höpkens Ruh als Stück Natur erscheint, während er in Wirklichkeit das Ergebnis kunstvollen Bemühens ist. Heineken hat in seiner Vorzeichnung<sup>61</sup> und in seiner endgültigen Karte<sup>62</sup> den Beginn dieser Tätigkeit dokumentiert:

59 Vgl. Carsten Miesegaes: Chronik der freyen Hansestadt Bremen, 3, Bremen 1833, S. 393 f.

60 Vgl. die Briefe der Lieferanten Oltmanns (20.3.1806), Ullner (26.3.1806) und Christ (5.3.1813) an Smidt sowie Brief von Schultz an Smidt vom 22.2.1822, StAB 7, 20 — XII.2.1.

61 Vgl. Anm. 49.

62 Hans Dörries (Hrsg.): Das Gebiet der freien Hansestadt Bremen in 28 Kartenblättern nach den Originalaufnahmen Joh. Gildemeisters und C. A. Heinekens, Bremen 1928, Tafel 17; diese Kt. trägt den Vermerk, 1796 aufgenommen worden zu sein, so daß zwischen der Vorzeichnung und der Korrektur Schultz' Veränderung der vorderen Gartenpartie erfolgt sein muß.

1795/96 verändert Schultz den ersten Teil seines Gartens durch eine veränderte Zufahrt. Das Areal innerhalb dieser Zufahrt scheint bereits eine zaghafte landschaftliche Gestaltung in Form von einzelnen Busch- oder Baumgruppen (sog. clumps) erfahren zu haben<sup>63</sup>. Heinekens Plan bewahrt jedoch einen Zustand, den Schultz später wieder korrigierte, wahrscheinlich im Zusammenhang größerer Änderungen, über die er 1810 berichtet<sup>64</sup>. In diesem Bericht, in dem er sich um eine niedrigere Grundsteuer für das Grundstück bemüht, mag er dessen Wert als gering dargestellt und manche Gestaltung unerwähnt gelassen haben; die auf ihm befindlichen Häuser und den Stall habe er teils verlegen, teils verändern lassen, außerdem habe er Gemüse- und Obstgarten seines Vaters in eine weiter hinten liegende Wiese verlegt, alle übrigen Partien seien mit „Holz und Busch“<sup>65</sup> bepflanzt worden und seien im übrigen Grasland.

Eine planmäßige Gestaltung des Grundstücks erwähnt Schultz nicht — sie verbirgt sich aber wohl unter solchen Bemerkungen, daß durch Entnahme von Erde für das Ausfüllen von Gräben und Sümpfen und das Erhöhen von zu niedrigem Land zwangsläufig der Fischteich vergrößert worden sei, worauf es ihm vermutlich genauso ankam. Selbst Untertreibungen eingerechnet, so ist das Vorwerk nach der Beschreibung von 1810 aber noch kein englischer Garten, in den der Obelisk als Denkmal oder Staffage gepaßt hätte. Erst gegen Ende seiner jahrzehntelangen Gartengestaltung, wie sie im Katasterblatt von 1834/35<sup>66</sup> dokumentiert wird und wie sie zu großen Teilen noch heute vorfindlich ist, fände der Obelisk die passende Umgebung. So läßt sich die bislang angesetzte Datierung „vor 1827“<sup>67</sup> nicht wesentlich präzisieren, sondern man kann nur plausible Vermutungen dafür ins Feld führen, daß der Obelisk nach dem Tode Jacquins etwa in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts, vielleicht als krönender Abschluß einer dreißigjährigen Gartenliebhaberei, entstanden ist.

Abb. 1 und 3: Verfasser; Abb. 2: Gustav Brandes, *Aus den Gärten einer alten Hansestadt*, Bremen 1939, Abb. 81; Abb. 4: Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte (Focke-Museum)

63 Ingrid Weibezahn, Expertise zu Höpkens Ruh, Ms., Landesamt für Denkmalpflege, Bremen.

64 Schultz' Landgut war in der im April 1810 in Kraft getretenen neuen Taxation von Landgütern mit 9500 Talern bewertet worden und lag damit unter den 90 Gütern im Landgebiet Bremen an neunter, in Oberneuland sogar an vierter Stelle der Bewertung (StAB 2 — R.1.A.12.b.II.); eine geringere Taxation, auf die sein Widerspruch zielte und zu der sein Pro Memoria dienen sollte (StAB 2 — R.1.A.12.b.II, Nr. VIII) hätte die halbjährliche Abgabe von 2 Promille vermindert; diese hatte vorher 7 Reichstaler betragen, woraus sich ein Wert von 7000 Reichstalern errechnet; vgl. StAB 2 — R.1.A.12.b.I.b.3.c., S. 37.

65 J. F. Schultz, Pro Memoria, S. 2.

66 StAB Katasterkarten 17, Bl. 10; auch veröffentlicht als Beilage zu Karl H. Schwebel, *Zur Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte von Oberneuland-Rockwinkel*, Bremen 1971.

67 Hans-Christoph Hoffmann (Hrsg.), S. 54.

# Das bremische Eisbrechwesen

Von Christian Ostersehlte

## *Einleitung*

Handelsflotte und Marine prägen das Gesicht der Schifffahrt. Neben diesen beiden tragenden Elementen gibt es aber auch Spezialbereiche, die zwar quantitativ nicht so stark ins Gewicht fallen, aber ohne die ein geregelter Schiffsverkehr nicht möglich wäre. Es handelt sich dabei um Aufgabenfelder wie z. B. das Seezeichen- und Lotsenwesen, Sicherheitsvorsorge in der Schifffahrt, Baggerei und Wasserbau, die Seenotrettung, Schleppschifffahrt, das Bergungsgeschäft und eben auch das Eisbrechwesen, um nur einige Bereiche davon zu nennen. Diese Aufgaben werden durch staatliche oder auch private Institutionen wahrgenommen (dies sehr stark von Land zu Land variierend). Verfassungsgeschichtlich gehörten in Deutschland diese Zuständigkeiten zu den Hoheitsrechten der Bundesstaaten bis 1918. Um historiographisch dieses Gebiet erschließen zu können, ist aufgrund der Verwaltungsvielfalt sowie notwendiger Differenzierungen auf technischem Gebiet eine Vielzahl von Einzeluntersuchungen notwendig. Der vorliegende Aufsatz, obwohl nur ein kleiner Mosaikstein, soll ein Beitrag zu diesem Desiderat der maritim-historischen Forschung sein.

Das technische Grundprinzip der Eisbrechtechnik besteht in einem aktiven Vorgang des Eisbrechens mittels einer Kombination aus starker Maschinenkraft und besonders dafür konzipierter Rumpfform. Das 19. Jahrhundert mit seiner Ausreifung der Dampfschifffahrt ließ den Eisbrecher als Spezialschiffstyp entstehen. Der erste technisch ausgereifte Eisbrecher der Welt war die „Eisbrecher No. 1“ (später „Eisfuchs“). Dieses Schiff wurde 1871 bei der Reiherstiegwerft in Hamburg für ein dortiges privates Eisbrecher-Komitee erbaut und war 40,50 m über Deck lang, 9,75 m im Hauptspant breit und besaß einen Tiefgang von 4 m. Eine 2-Zylinder-Compoundmaschine leistete 592 PSi, und die Geschwindigkeit des Dampfers betrug etwa 10 kn im freien Wasser. Der namhafte Hamburger Schiffbauingenieur C. F. Steinhaus (1826–1899) hatte das Schiff entworfen und damit den Prototyp geschaffen, der für spätere Eisbrecher im In- und Ausland das Vorbild abgab. Steinhaus hatte (aufgrund empirischer Werte, die bei Schleppdampfern ermittelt worden waren) eine spezielle Unterwasserform entwickelt, die den Eisbrechvorgang begünstigen sollte. „Eisbrecher No. 1“ zeichnete sich durch ein tonnenförmiges Unterwasserschiff aus; der Vor-

Der Verf. dankt den Bildgebern, dem Staatsarchiv Bremen, dem Bremer Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte (Focke-Museum), Herrn Bauoberrat Dipl.-Ing. Wolf-R. Kannowski, Brake, dem Bundesministerium für Verkehr, Bonn, und der Werft Turku der Wärtsilä Marine Industries für freundliche Unterstützung.

steven war als Löffelbug ausgebildet worden, der es dem Fahrzeug ermöglichen sollte, auf die Eisdecke aufzulaufen, das Eis zu brechen und es nach dem Zerdrückprinzip beiseite zu drängen. Bis in unser Jahrhundert hinein war die Steinhaus'sche Bugform für deutsche Eisbrecher obligatorisch. „Eisbrecher No. 1“ bzw. „Eisfuchs“ blieb bis 1956 in Dienst<sup>1</sup>. Die Hamburger stellten 1877 einen leicht modifizierten Nachbau ein, und bis zur Jahrhundertwende folgten noch ein größeres und vier kleinere Schiffe. Auf diese Weise war an der Elbe eine stattliche Eisbrecherflotte entstanden, die in Deutschland technische Maßstäbe setzte und für andere Häfen, nicht zuletzt für Bremen, Vorbildcharakter besaß.

Weitere deutsche Städte und Hafenplätze, deren Schifffahrt ebenfalls im Winter konkurrenzfähig bleiben wollte, zogen nach, so Lübeck (1880), Königsberg (1885) und Stettin (1888). Auf den deutschen Flüssen fand der Eisbrecher als neuer Schiffstyp ebenfalls Verwendung, weniger aus Gründen der Schiffbarmachung im Winter, vielmehr um den Abfluß des Wassers zu beschleunigen und damit Deichbrüche zu verhindern. Folgerichtig setzte der preußische Staat ab 1880 auf der Weichsel und ab 1889 auf der Oberelbe spezielle Flußeisbrecher ein. In den 1880er Jahren gab es auch Ansätze in Rußland und Skandinavien, in den jeweiligen Hafen- und Küstengewässern Eisbrecher zu verwenden, aber diese Bemühungen befanden sich noch in den Anfängen und ließen kaum die Bedeutung ahnen, die heutzutage gerade jene Länder im Bau und Einsatz von Eisbrechern vorweisen können<sup>2</sup>.

Als Schlußlicht unter den wichtigsten deutschen Häfen organisierte Bremen 1889 einen Eisbrecherdienst, dessen Entstehung im Erscheinungsjahr dieses Aufsatzes ein Jahrhundert zurückliegt<sup>3</sup>.

### *Erste Projekte*

Vor der von 1887–1894 durchgeführten Weserkorrektion war der Fluß ein seichtes, verwildertes Gewässer. Inseln und Sandbänke versperrten

- 1 Über den ersten Eisbrecher, s. M. Görz u. M. Buchheister, *Das Eisbrechwesen im Deutschen Reich*, Berlin 1900, S. 142–155; Harald Franke, *80 Jahre Eisbrecher auf der Unterelbe*, in: *Schiff und Hafen*, 1951, Heft 9, S. 294–300; Otto Maasch, *Das Eisbrechwesen im Hafen Hamburg und Elbegebiet*, in: *Hansa*, 87. Jg., 1950, S. 287–300; Christian Ostersehlte, *Die Geschichte des Eisbrechwesens im Überblick*, in: *Deutsches Schifffahrtsarchiv*, 6/1983, S. 113–116.
- 2 Ostersehlte (wie Anm. 1), S. 116; vgl. auch Alfred Berger, *Die Stettiner Eisbrecher*, Stettin 1939; und Erich Kleine, *Der Aufbau einer Elbe-Eisbrecherflottille durch die preußische Elbstrombauverwaltung und ihre technische Entwicklung bis hin zur Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes*, in: *Schifffahrt & Technik*, 4. Jg., Nr. 14/85, S. 58–65, Nr. 15/85, S. 41–49.
- 3 1980 erschien im *Brem. Jb.* 58 (S. 223–241) ein Artikel des Verf. über den bremischen Eisbrechdampfer „Donar“. Bis auf wenige, zum Verständnis der Materie unverzichtbare Überschneidungen sei auf Einzelheiten des Einsatzes und der Konstruktion dieses Schiffes auf den Artikel verwiesen. Neuere Erkenntnisse über „Donar“ sind in dem vorliegenden Aufsatz eingearbeitet.

Schiffen von über zwei Metern Tiefgang den Weg nach Bremen<sup>4</sup>. Bei entsprechenden Temperaturen entstand beim Kentern der Flut etwa in Höhe der Stadt Bremen eine Eisdecke, die häufig mit von der Mittelweser her stromabwärts treibendem Scholleneis zusammentraf. Diese Eisbildung wurde durch schneller zufrierende Tümpel und Rinnen auf den Sandbänken in der Wesermündung verstärkt. Der Einfluß der Gezeiten ließ gelegentlich bereits vorhandenes Eis zu einer kompakteren Masse zusammentreiben, und diese Eisstopfungen konnten den Abfluß des Weserwassers ernsthaft behindern. Auf diese Weise kam es beispielsweise im Januar 1841 zu Überschwemmungen und Deichbrüchen. Dem Eis konnte damals nur mit vergleichsweise wenig effektiven Methoden, wie etwa durch Sprengungen und den Einsatz hölzerner Boote, zuleibe gerückt<sup>5</sup> werden. In fast jedem Winter war Eisstand zu verzeichnen. Das bedeutete eine mehr oder weniger feste Eisdecke, im Gegensatz zum Eisgang, bei dem Treibeis noch flußabwärts gelangen kann. Die Statistik für den Zeitraum zwischen 1818 und 1891 (Tabelle 1) spricht eine deutliche Sprache. Als Grund für die im Gegensatz zu heute häufige Eisbildung können neben der schon erwähnten damaligen Versandung des Flusses außerdem klimatisch strengere Winter mit wesentlich konstanteren Tiefsttemperaturen angenommen werden als es heutzutage der Fall ist. Außerdem wurde damals die Weser noch nicht durch Kühlwasser aus Kraftwerken erwärmt und war obendrein auch noch nicht durch künstliche Versalzung belastet.

Schon in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann man in Bremen, sich Gedanken über ein Eisbrechwesen zu machen. Diese Überlegungen wurden im Zusammenhang mit der Schleppschiffahrt auf der Unterweser angestellt, bei der damals der Norddeutsche Lloyd eine führende Rolle spielte. Gelegentlich brachen Schlepper jener Reederei im Frühjahr, nach Eintritt des Tauwetters, von Bremerhaven her die Eisdecke bis zum Weserbahnhof auf. An den Arbeiten beteiligte sich der Bremer Staat mit zwei kleinen Schleppern von einer Leistung von jeweils nur 60 PSi<sup>6</sup>. Eines der beiden Schiffe war der Ende 1875 angeschaffte, 23,53 m lange Dampfer „Bremen“ (Bauwerft: Barth & Meyer, Papenburg, Baunr. 5)<sup>7</sup>. Diese beiden Schleppdampfer verholten in der eisfreien Zeit Baggerschuten. Für den Eisaufruch hatte man ihre Vorsteven verstärkt. Aber die beiden Schiffe des bremischen Staates besaßen nur eine unterstützende Funktion für die größeren, von privaten Reedern gecharterten Schlepper.

Mit dieser provisorischen Lösung schien man sich zunächst zufriedenzugeben, zumal der Schiffsverkehr auf der Unterweser vor der Korrektur

4 S. u. a. dazu Walter Franzius, Ludwig Franzius. Bremens großer Wasserbau-Ingenieur, Bremen 1982.

5 Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), S. 99 f.

6 Ebd., S. 103.

7 Staatsarchiv Bremen (StAB) 4,33/2-W.II. (455), dieses Schiff ist nicht identisch mit dem 1887 bei Joh. Tecklenborg in Geestemünde erbauten und 1961 zum Abwracken verkauften Tonnenleger „Bremen“; außerdem vgl. Rolf Eilers u. Klaus-Peter Kiedel, Meyer Werft. Sechs Generationen Schiffbau in Papenburg. 1795–1988, Papenburg 1988, S. 239.

überwiegend mit geschleppten Leichtern abgewickelt wurde und somit nur begrenzte Bedeutung besaß. Da erlebte man Anfang 1881 ein Debakel. Um die Jahreswende war Bremen bereits von Hochwassern heimgesucht worden, die z. T. erhebliche Schäden verursacht, aber nicht mit der Eisbildung in Zusammenhang gestanden hatten<sup>8</sup>. Zwischen dem 10. und dem 20. Februar 1881 staute sich abermals das Wasser, diesmal durch Eisstopfungen verursacht. Deichbrüche und Überschwemmungen in Vegesack und im Bremer Umland waren die Folge. Schließlich wurden mittels Sprengungen und durch den Einsatz von Schleppern die Eisbarrieren durchbrochen, und das Wasser konnte abfließen<sup>9</sup>.

Einen Monat später stellte man innerhalb der bremischen Wasserbauinspektion Überlegungen über die Anschaffung eines Eisbrechdampfers an. Bis zum September 1881 beschäftigte sich die Behörde mit dem Vorhaben. Im Gespräch war ein Schiff, das nicht nur gegen Treibeis, sondern auch gegen Festeis einzusetzen war, aber nur einen Tiefgang von etwa 1,5 m haben durfte, da die Weser, wie erwähnt, damals noch nicht vertieft war. Als Vorbild wies man auf das Eisbrechwesen in Hamburg hin, und die Frage wurde erörtert, ob ein Eisbrecher in der eisfreien Zeit durch Schleppaufgaben ausgelastet werden konnte. Es gab aber auch einige Unsicherheiten. So waren sich die Verantwortlichen nicht sicher, ob sie dem Schaufelradantrieb, der gegen Treibeis höchst anfällig war, oder aber den für Eisbrecher gängigen Schraubenantrieb, der einen größeren Tiefgang verlangte, den Vorzug geben sollten<sup>10</sup>. Am 13. Juli und am 30. November 1881 sowie am 18. Februar des folgenden Jahres beschäftigte sich dann die Bremische Bürgerschaft mit dem Problem und bewilligte für eventuelle Arbeiten zum Eisaufruch im nächsten Winter entsprechende finanzielle Mittel. Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen hatte die Anschaffung eines Eisbrechers wegen der fehlenden Auslastung im Sommer bereits vor den Debatten abgelehnt. Das Parlament behielt sich jedoch die Entscheidung über den Bau eines derartigen Spezialfahrzeuges vor<sup>11</sup>. Bei dieser eher unverbindlichen Erklärung blieb es vorerst. Nur mit der Schleppschiffahrt „Union“ schloß man einen Vertrag, wonach diese Reederei bei Eisgefahr vier Schleppdampfer für die Eisbekämpfung bereitzustellen hatte<sup>12</sup>. Wohl mehr aus Zufall erhielt die Wasserbauinspektion drei Jahre später, im April 1884, aus dem fernen Philadelphia (USA) ein Angebot zum Bau eines flachgehenden eisbrechenden Schleppers mit Rad- oder Schraubenantrieb<sup>13</sup>. In der Tat hatte man dort auf dem Delaware River seit 1837 Erfahrungen mit eisverstärkten Rad-

8 Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 2, Bremen 1976, S. 389 f.

9 Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), S. 101.

10 StAB 4,33/2-W.II. (455).

11 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1881, S. 271, 385; und Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1882, S. 28.

12 Niederschrift des Oberbaudirektors Ludwig Plate vom 20.3.1948, Seewasserstraßendirektion Bremen, Archiv WSA Bremen.

13 StAB 4,33/2-W.II. (455).

Tabelle 1: *Eisstand auf der Weser 1818–1891*

Jahr	Dauer	Tage	Jahr	Dauer	Tage
1818	3. 1.— 9. 1.	6	1859	16.12.—26.12.	11
1819	9.12.—23.12.	14	1860	30.12.—31.12.	2
1821	7. 3.— 8. 3.	1	1861	1. 1.—29. 1.	29
1826	10. 1.— 7. 2.	29	1862	19. 1.— 3. 2.	17
1827	23. 1.— 4. 3.	41		6.12.— 7.12.	
1828	17. 1.—23. 1.	19	1864	5. 1.—16. 2.	58
	14. 2.—26. 2.			16.12.—31.12.	
1830	20.12.—21.12.	4	1865	1. 1.—11. 1.	40
	29.12.—31.12.			5. 2.— 6. 3.	
1831	1. 1.— 9. 2.	40	1869	24. 1.—30. 1.	7
1836	27.12.—31.12.	4	1870	7. 2.— 3. 3.	32
1837	1. 1.— 8. 1.	8		25.12.—31.12.	
1838	11. 1.— 8. 3.	62	1871	1. 1.—27. 2.	73
	27.11.— 1.12.			7.12.—21.12.	
1839	2. 2.— 8. 2.	7		29.12.—30.12.	
1840	7. 1.—21. 1.	34	1872	1. 1.— 6. 1.	6
	13.12.—31.12.		1874	27.12.—31.12.	5
1841	1. 1.—20. 1.	20	1875	1. 1.—15. 1.	50
1844	15. 1.—18. 1.	28		23. 2.— 9. 3.	
	7.12.—31.12.			2.12.—11.12.	
1845	1. 1.— 5. 1.	53	1876	10. 1.— 4. 2.	30
	9. 2.—28. 3.			25.12.—30.12.	
1846	14.12.—23.12.	9	1879	1. 2.— 8. 2.	36
1847	20.12.—31.12.	12		4.12.—31.12.	
1848	1. 1.—12. 2.	50	1880	1. 1.— 3. 1.	31
	25.12.—31.12.			23. 1.—19. 2.	
1849	1. 1.—18. 1.	38	1881	18. 1.— 9. 2.	22
	29.11.—18.12.		1885	22. 1.— 1. 2.	11
1850	9. 1.— 6. 2.	29	1886	1. 3.—21. 3.	21
1853	27. 2.— 9. 3.	35	1887	1. 1.—31. 1.	39
	13.12.—31.12.			18. 2.—24. 2.	
1854	1. 1.—30. 1.	30		29.12.—31.12.	
1855	22. 1.— 7. 3.	64	1888	1. 1.— 9. 1.	25
	13.12.—31.12.			2. 2.— 5. 2.	
1856	1. 1.—22. 1.	22		28. 2.— 9. 3.	
1857	3. 2.—13. 2.	11	1889	6. 1.—31. 1.	32
1858	5. 1.—15. 1.	76		13. 2.—18. 2.	
	28. 1.—20. 3.		1890	16.12.—31.12.	16
	17.11.—29.11.		1891	1. 1.—29. 1.	29

Quelle: StAB 4,33/2-W.II.(455).

dampfern sammeln können<sup>14</sup>. Aber aus naheliegenden Gründen wanderte in Bremen das Angebot in die Ablage, und in den nächsten Jahren erfolgten keine weiteren Schritte. Die Frage war an dem heiklen Problem des Tiefgangs gescheitert, der begrenzt sein mußte und deshalb technisch nicht realisiert werden konnte. „Der schlechte Zustand der Unterweser, die bei niedrigster Ebbe an mehreren Stellen nur eine Fahrtiefe von 1,0 bis 1,5 m zeigte, ließ aber die Anschaffung größerer Eisbrechdampfer, die, um auch im Winter beim Eisgange mit Sicherheit bis Bremerhaven fahren zu können, doch einen Tiefgang von 2 bis 2,5 m haben mussten, als noch nicht zeitgemäss erscheinen.“<sup>15</sup> Erst die von Ludwig Franzius durchgeführte Weserkorrektion sollte einige Jahre später neue Perspektiven eröffnen.

### *Die ersten beiden Eisbrecher*

Die 1887 in Angriff genommene Weserkorrektion veränderte den Verlauf der Eisbildung. Da die Ufer begradigt wurden, erhielt das Flußbett ein gleichmäßiges Profil. Das Wasser und damit das Treibeis konnten leichter abfließen<sup>16</sup>, was aber keineswegs bedeutete, daß man in der Folgezeit nicht mit Eis rechnen mußte. Im Gegenteil, jetzt lohnte sich die Anschaffung von Eisbrechern erst recht, da Bremen endlich wieder Anschluß an den Weltseeverkehr erhielt und die Passage auch im Winter freigehalten werden mußte. Außerdem muß in diesem Zusammenhang bedacht werden, daß die Weserkorrektion für den bremischen Staat nicht nur große Investitions- und Folgekosten im wasserbaulichen Bereich nach sich zog, sondern zusätzlich die Anschaffung und Unterhaltung einer Flotte von Spezialfahrzeugen bedeutete: Eimerkettenbagger und die dazugehörigen Schuten, Tonnenleger, Bereisungs- und Schleppdampfer, schließlich auch noch zwei Feuerlöschboote hatten für die Schifffahrt die sichere Passage stromaufwärts nach Bremen zu gewährleisten. Das kommerzielle Schleppgeschäft belebte sich für die Privatreedereien, die in diesem Bereich engagiert waren. Der strenge Eiswinter 1887/88 (s. Tabelle 1) dürfte für die verantwortlichen Behörden in Bremen schließlich den Ausschlag zum Bau von Eisbrechern gegeben haben. Das war auch an anderen Orten im Reich der Fall, so auf dem preußischen Abschnitt der Elbe<sup>17</sup> und in Stettin, wo mangels staatlicher Initiative die dortige Korporation der Kaufmannschaft zur Selbsthilfe griff und bei einer heimischen Werft zwei Eisbrechdampfer in Auftrag gab<sup>18</sup>. Auch bei

14 Ostersehlte (wie Anm. 1), S. 110.

15 Zitiert nach Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), S. 104.

16 Ebd.

17 Kleine (wie Anm. 2).

18 Allerdings nach einer längeren Phase politischer Auseinandersetzungen, die nicht unmittelbar mit dem Eiswinter in Verbindung standen, s. Berger (wie Anm. 2); vgl. außerdem Hans Georg Prager und Christian Ostersehlte, Dampfeisbrecher „Stettin“ und die Eisbrecher der Welt, Lübeck 1987, S. 64–74.

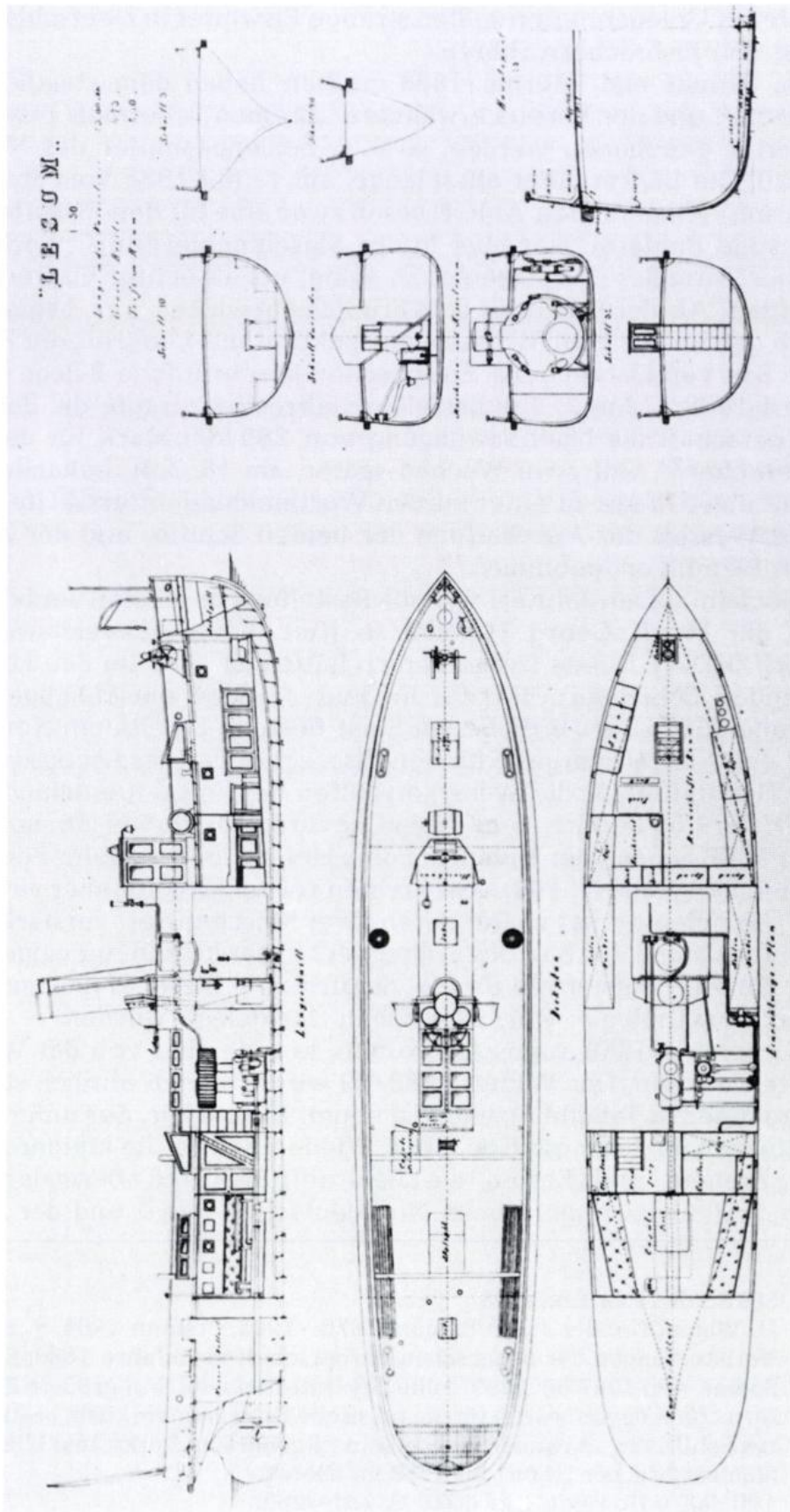


Abb. 1: Schlepper „Lesum“, Generalplan

späteren Gelegenheiten sollten strenge Eiswinter in Deutschland zur Bestellung von Eisbrechern führen.

Im Januar und Februar 1888 mußten neben dem staatlichen Dampfer „Lesum“ und der bereits erwähnten „Bremen“ abermals private Schiffe in Charter genommen werden, so u. a. Schleppdampfer des Norddeutschen Lloyd. Die 24,5 m (über alles) lange, am 1. Juli 1885 vom Stapel gelaufene „Lesum“ (Generalplan Abb. 1) besaß zwar eine für den Eisaufbruch offenbar günstige Bugform, war aber in der Maschinenleistung zu schwach und in seiner Form des Hauptspantes zu eckig, um als echter Eisbrecher gelten zu können. Als der Eiswinter dem Frühjahr gewichen war, begann man innerhalb der bremischen Wasserbauinspektion mit konkreteren Planungen für den Bau von Eisbrechern. Entsprechende schriftliche Belege stammen vom April 1888<sup>19</sup>. Am 3. Juli desselben Jahres beantragte die Behörde bei der Bürgerschaft die Nachbewilligung von 280 000 Mark für den Bau zweier Eisbrecher<sup>20</sup>. Gut zwei Wochen später, am 18. Juli, behandelte das Parlament diese Frage. In einer kurzen Wortmeldung unterstützte der Abgeordnete Wessels die Anschaffung der beiden Schiffe, und der Antrag wurde vom Plenum angenommen<sup>21</sup>.

Noch im selben Jahr erfolgte die Bestellung des ersten der beiden Dampfer bei der Werft Georg Howaldt in Kiel (heute Howaldtswerke-Deutsche Werft/HDW). Dieses Unternehmen hatte seit 1877 im Bau von fünf eisbrechenden Schleppern für das In- und Ausland einschlägige Erfahrungen gesammelt<sup>22</sup>. Zum bremischen Staat bestand bereits ein Kontakt, da kurz vor der Auftragsvergabe für den Eisbrecher der Bereisungsdampfer „Tide“ der Deputation für die Weserkorrektion bei Howaldt entstanden war<sup>23</sup>. Die Werft in Kiel konnte somit einige Reverenzen vorweisen, und im Spätsommer 1888 begann der Rumpf auf dem Helgen an der Kieler Förde Gestalt anzunehmen (Bau-Nr. 189). Aus Bremen reiste im September eine Bauaufsicht an, die einen Monat später durch zwei Maschinisten verstärkt wurde. Und dennoch stand der Bau des Eisbrechers unter keinem günstigen Stern, denn der Ablieferungstermin für die „Siegfried“ — dieser Name aus der germanischen Mythologie war inzwischen festgelegt worden — war für den 8. Dezember 1888 angesetzt worden, konnte aber von der Werft nicht gehalten werden. Der Winter 1888/89 wurde jedoch ähnlich streng wie sein Vorgänger (s. Tabelle 1), und den neuen Eisbrecher, der unfertig in Kiel lag, hätte man jetzt dringend benötigt. Wieder mußten die kleineren Staatsdampfer „Bremen“ und „Lesum“ die Lücke auffüllen, und abermals war man staatlicherseits gezwungen, beim Norddeutschen Lloyd und der Schleppschiff-

19 StAB 2-R.10.aa.1.b., Bd.8.

20 H. Wania, *Dreißig Jahre Bremen 1876—1905*, Bremen 1906, S. 72.

21 *Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1888*, S. 360.

22 Später, von 1897 bis 1899, sollte das Unternehmen drei größere Eisbrecher abliefern. Zwei davon waren für die russische Schwarzmeerküste bestimmt, ein weiteres Schiff, die „Avance“, ging an eine Reederei in Turku und blieb als finnischer Staatseisbrecher „Apu“ bis 1959 im Dienst.

23 *100 Jahre Howaldt, Kiel 1938*, S. 251—263.



Abb. 2: Eisbrecher „Siegfried“

fahrt „Union“ Dampfschlepper zu chartern. Peinlich für Howaldt war es, daß zusätzlich ein Dampfer „Pilot“ auf Kosten der Werft für den Eiseinsatz gechartert wurde. Am 27. März 1889 — der Winter hatte sich in diesen Tagen gerade verabschiedet — traf dann endlich die „Siegfried“ in Bremen ein. Bis zum 2. April wurden mit dem neuen Schiff Probefahrten zur Huntemündung unternommen und dabei 34 kleinere Mängel festgestellt. Außerdem lief das Schiff im freien Wasser nur neun statt der vertragsgemäßen zehn Knoten. So sprach man in Bremen zunächst nur von einer „vorläufigen Abnahme“ des Schiffes, aber im November 1889 einigte man sich schließlich mit Howaldt, wobei die Werft einen niedrigeren Preis, als ursprünglich vorgesehen, akzeptieren mußte<sup>24</sup>.

Der zweite Eisbrecher wurde bei der Bremer Schiffbaugesellschaft (vormals H. F. Ulrichs) in Vegesack<sup>25</sup> in Auftrag gegeben. Diese Werft, die überwiegend Segelschiffe baute, hatte 1885 den bereits erwähnten Schlepper „Lesum“ an die bremische Wasserbauinspektion abgeliefert (Bau-Nr. 112) und an die Deputation für die Weserkorrektur einige Spezialfahrzeuge<sup>26</sup>. So existierte bereits eine solide Geschäftsverbindung zwischen der Werft und dem bremischen Staat. Der Eisbrechdampfer mit der Baunummer 188 lief am Heiligabend 1889 vom Stapel und wurde im darauffolgenden Jahr fertiggestellt<sup>27</sup>. Bei der Namensgebung mußte abermals die germanische Mythologie herhalten, und nach ihrer höchsten Gottheit erhielt der Neubau den Namen „Wodan“<sup>28</sup>.

„Siegfried“ und „Wodan“ waren zwar keine baugleichen Schwesterschiffe (es gab Unterschiede in den Decksaufbauten), aber sie wiesen dennoch viele Ähnlichkeiten auf. Beide Dampfer besaßen eine Zweifach(Compound)-Expansionsmaschine von 300 PSi Leistung, die das Schiff über eine vierflügelige Schraube antrieb, womit es neun bis zehn Knoten im freien Wasser laufen konnte. „Siegfried“ war 27,4 m (über Deck) lang, im Hauptspant 6,4 m breit und besaß einen Tiefgang (mit Kohlen, aber ohne Ballast) von 2,3 m. „Wodan“ hatte beinahe identische Abmessungen (27,0 x 6,4 x 2,6 m). Beide Schiffe waren aus Stahl erbaut<sup>29</sup> und verfügten über den auf Binnenschiffen üblichen Klappschornstein, mit dem sie auch niedrige Brückendurchfahrten passieren konnten (gepunktete Linie auf dem Generalplan von

24 StAB 2-R.10.aa.1.b., Bd.8.

25 Die Ursprünge der Werft H. F. Ulrichs können auf das Jahr 1838 zurückgeführt werden. Seit 1883 firmierte das Unternehmen als Bremer Schiffbaugesellschaft und ging 1895 in den noch heute existierenden Bremer Vulkan auf. In Fähr-Lobbendorf erinnert noch heute die Straße Ulrichs Helgen an die alte Werft. S. u. a. auch dazu: Hartmut Roder, Der Bremer Vulkan. Von der Johann Lange Werft zum Bremer Vulkan, Bremen 1988, S. 8, 41.

26 Georg Bessell, 150 Jahre Schiffbau in Vegesack, Bremen 1955, S. 246–256.

27 Erbaute Schiffe und Dampfmaschinen von H. F. Ulrichs und Bremer Schiffbaugesellschaft, Vegesack-Fähr, 1839–1894 (Archiv Bremer Vulkan).

28 Im Staatsarchiv Bremen befindet sich eine Akte über die Anschaffung der „Wodan“, die leider wegen Wasserschadens nicht benutzbar war, StAB 4,33/4-W. II.(296).

29 Daten bei Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), S. 169–171.

„Wodan“, Abb. 3)<sup>30</sup>. Das war vor allem für Einsätze auf der Mittelweser oberhalb der Eisenbahnbrücke entscheidend. „Wodan“ und „Siegfried“ hatten zwar nicht den für Eisbrecher charakteristischen Steinhaus'schen Löffelbug, sondern einen geraden Vorsteven. Aber unterhalb der Wasserlinie war das Vorschiff in einer Form ausgebildet, die nach den von Steinhaus entwickelten Prinzipien das Eis zerdrücken sollte<sup>31</sup>. Beide Schiffe waren mit Schleppgeschirr ausgerüstet. „Siegfried“ besaß eine schlechtere Manövrierfähigkeit als „Wodan“, weshalb man im Dezember 1925 die Schiffe während eines Einsatzes auf der Mittelweser austauschte<sup>32</sup>. „Wodan“ war aber, wie 1942 festgestellt wurde, nicht besonders seetüchtig<sup>33</sup>, was wohl auch für „Siegfried“ galt. Das Einsatzgebiet beider Eisbrecher blieb deshalb auf die Mittel- und Unterweser beschränkt.

Daß sich diese beiden Dampfer ähnelten, hatte seinen handfesten Grund: Die Vorlagen zu ihrer Konstruktion waren, auf welchen Kanälen auch immer, aus Hamburg gekommen, das damit seine Vorbildfunktion für die Bremer im Bau von eisbrechenden Schiffen mehr als deutlich dokumentierte. 1878 hatte die Reiherstiegwerft den kleineren Eisbrecher „Hofe“ an den Hamburger Staat abgeliefert<sup>34</sup>. Das Schiff war für die Elbe oberhalb des Hafens bestimmt, und sein Entwurf stammte von Steinhaus. Nachdem die Hamburger Hafenanlagen (in Verbindung mit dem Zollanschluß) ausgebaut wurden, folgte von der auf kleinere Dampfschiffe spezialisierten Hamburger Werft Janssen & Schmilinsky der geringfügig modifizierte Nachbau „Simson“ (1883). Diese beiden Dampfer waren neben ihren Eisbrechaufgaben im Winter auch für das Schleppen von Schuten im Baggereibetrieb vorgesehen<sup>35</sup>. Von „Wodan“ (s. Abb. 3) und „Hofe“ haben sich Generalpläne erhalten<sup>36</sup>, deren Vergleich viele übereinstimmende bauliche Merkmale beider Schiffe erkennen läßt, sieht man einmal davon ab, daß die beiden Hamburger Eisbrecher noch aus Eisen erbaut worden waren.

30 StAB 4,33/10-441., Bd. II, Belege aus dem Jahr 1929.

31 Generalplan „Wodan“ (s. Abb. 3).

32 StAB 4,33/10-441., Bd.II.

33 StAB 4,33/10-302., Bd.III.

34 Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), S. 143, 150–153.

35 Ebd. — Während „Simson“ 1928 durch einen Nachbau gleichen Namens ersetzt wurde, blieb „Hofe“ länger im Dienst. 1951 erfolgte ein Totalumbau zum Motorschiff. Erst 1979 musterte man das mittlerweile 100 Jahre alte Fahrzeug aus. Vgl. Otto Maasch, Die neuen hamburgischen Eisbrecher „Johannes Dalmann“ und „Hofe“, in: Schiff und Hafen, Heft 6, 1952, S. 184 ff.

36 Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), Tafel 34. Der Plan zeigt zwar die „Hofe“ nach dem Umbau 1895, als das Schiff eine neue Dreifachexpansionsmaschine und Kesselanlage erhalten hatte. Große Ähnlichkeiten mit „Wodan“ in der Raumaufteilung und Schiffsarchitektur der Decksaufbauten werden dennoch hinreichend deutlich.

„Siegfried“ und „Wodan“ hatten zusammen 300 000<sup>37</sup>, nach anderen Angaben jedoch nur 241 500 Mark<sup>38</sup> gekostet. Die Indienststellung der beiden Schiffe bedeutete, daß endlich in Bremen, wie auch in Hamburg und in Preußen (auf Weichsel und Oberelbe), der Staat das Eisbrechewesen in die Hand nahm. Die Frage war nur, welche Behörde diese Aufgabe übernehmen sollte, denn die Flotte der Dienstfahrzeuge und schwimmenden Geräte des bremischen Staates war auf verschiedene Institutionen, je nach speziellem Aufgabenbereich, verteilt. So zeichnete das 1876 gebildete, der Deputation für Häfen und Eisenbahnen unterstellte Tonnen- und Bakenamt für die Feuerschiffe und Seezeichenfahrzeuge verantwortlich. An dieser Behörde waren übrigens die beiden anderen Anrainerstaaten der Unterweser, Oldenburg und Preußen, beteiligt. Außerdem unterhielt eine eigens für die Unterweserkorrektur eingerichtete bremische Deputation eine Flotte von Baggern, Schuten und anderen Spezialfahrzeugen. Im Zuge einer größer angelegten bremischen Verwaltungsreform war jedoch schon am 1. Januar 1871 eine Baudeputation eingerichtet worden, der seit 1875 eine eigene Abteilung Wasserbau (mit der Wasserbauinspektion) nachgeordnet war<sup>39</sup>. Diese Behörde hatte sich, wie bereits angesprochen, in der Vergangenheit mit Eisbrecherfragen befaßt; ihr wurden nun die beiden Dampfer übertragen. Etliche Jahre später wurden sie, wie die anderen bremischen Staatsfahrzeuge, mit einer rot-weiß-roten Banderole am schwarzen Schornstein versehen. Bis nach dem Ersten Weltkrieg sollte die Wasserbauinspektion für das bremische Eisbrechewesen zuständig sein.

Hamburg<sup>40</sup> und Bremen waren übrigens die einzigen Hafenstädte an der deutschen Küste mit staatlichen Eisbrecherdiensten, denn in Königsberg, und, wie schon erwähnt, in Stettin oblag der Eisaufbruch den Kaufmann-

37 Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), S. 169.

38 Bundesministerium für Verkehr, Bonn, Kartei der Fahrzeuge der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung.

39 Karl H. Schwebel (Hrsg.), Das Staatsarchiv Bremen 1968. Behörde-Dokument-Geschichte, Bremen 1968 (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 36), S. 136 f., und Horst Vogel, Entwicklung der bremischen Wasser- und Strombauverwaltung bis zur Einrichtung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Bremen nach dem 2. Weltkrieg, mschr. Ms. (StAB), Bremen 1972, S. 5 f. Über das bremische Deputationswesen allgemein vgl. Theodor Spitta, Kommentar zur bremischen Verfassung von 1947, Bremen 1960, S. 234 ff. Durch die Einrichtung der Deputation für die Unterweserkorrektur wurde diese zwar beim Wasserbau federführend, die Wasserbauinspektion führte aber weiterhin Baggerarbeiten durch, wobei ihre Dampfer „Bremen“ und „Lesum“ als Schutenschlepper tätig waren. Die Amtsräume der Wasserbauinspektion, deren Bürostab 1889 neun Personen unter der Führung eines Bauinspektors (1914: 11) zählte, lagen bis März 1894 in der Holzstr. 2, danach im Verwaltungsgebäude am Freihafen. 1904 zog man noch einmal in die Werderstr. 21 um, s. Adreßbuch der Freien Hansestadt Bremen, Jg. 1889 ff.

40 1876 hatte die hamburgische Deputation für Handel und Schifffahrt die Eisbrecher von einem Komitee Hamburger Kaufleute übernommen und sollte fortan den Eisbrechdienst auf der Unterelbe mit größeren Schiffen („Eisbrecher I-III“) versehen. Die Behörde für Strom- und Hafenbau war für den Eisaufbruch im Hafen und auf der Oberelbe mit kleineren Eisbrechern („Hofe“, „Simson“ u. a.) zuständig.

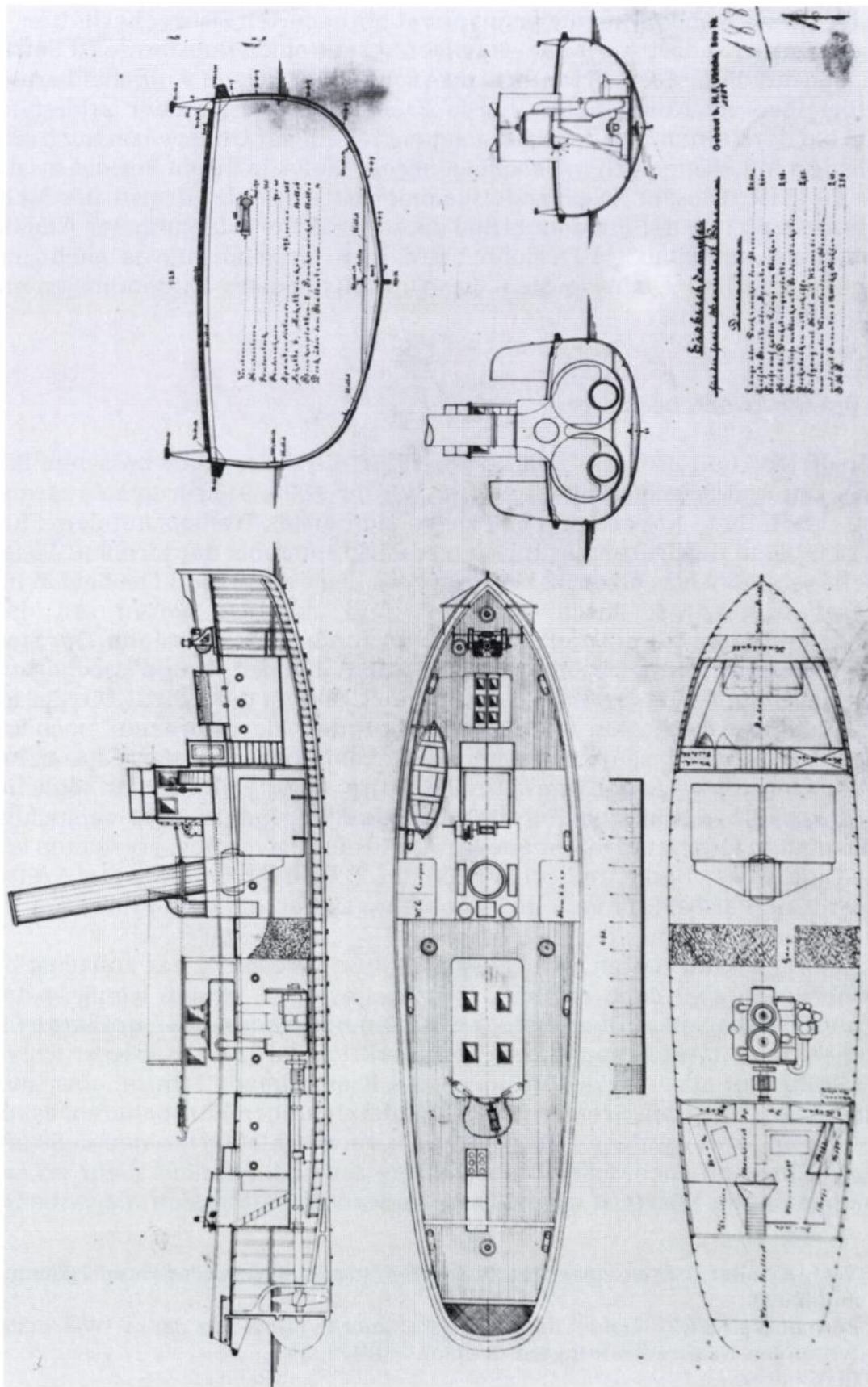


Abb. 3: Eisbrecher „Wodan“, Generalplan

schaften bzw. Handelskammern mit privat bereederten Eisbrecherflotten. In Lübeck hatte die dortige Handelskammer bereits einen Bugsierdienst betrieben, und auf dieser Basis erweiterte man schließlich dessen Aufgabenbereich um die Eisbrech-Komponente<sup>41</sup>. Die Bremer Handelskammer schließlich hatte bei der Einrichtung des Eisbrechdienstes auf der Unterweser auch eine Rolle gespielt, wenn auch in bescheidenerem Maße. In ihrem Bericht für das Jahr 1888 ist zu lesen: „Die Handelskammer hat sich aufs eifrigste der Sache angenommen und der Baudeputation die weitere Veranlassung der Angelegenheit anempfohlen.“<sup>42</sup> Deshalb hatte man im Schütting es auch „mit Freuden begrüßt“<sup>43</sup>, daß der Staat diese Initiative positiv aufgenommen und weitergeführt hatte.

### *Ein dritter Eisbrechdampfer*

„Siegfried“ und „Wodan“ sollten vor allem die Unterweser zwischen Bremerhaven und Bremen freihalten. Der Winter 1890/91 wurde sehr streng, denn schon Ende November 1890 zeigte sich erstes Treibeis auf dem Fluß, das sich bis in den Dezember hinein verstärkte und bei der Großen Weserbrücke schließlich zu einer bis 60 cm dicken Eisdecke gefror. Die beiden Eisbrecher, unterstützt durch „Bremen“ und „Lesum“, waren seit dem 27. November im Einsatz und verhinderten zunächst den Eisstand. Der Staat hätte gerne noch weitere Schlepper des Lloyd und der „Union“ gechartert, aber diese lagen zum größten Teil mit Eisschäden in der Werft. Die Eislage verschlechterte sich. Am 9. Dezember konnten die Eisbrecher noch mit Mühe den Dampfer „Jupiter“ nach Bremen bringen und vier Tage später wieder wesenabwärts geleiten. Danach ruhte anderthalb Monate jeglicher Schiffsverkehr von und nach Bremen. Erst am 27. Januar 1891 versuchten es die beiden Eisbrechdampfer wieder von Bremerhaven aus, erreichten erst fünf Tage später Brake und schließlich am 2. Februar Bremen. Das Wetter besserte sich alsbald schnell, und nur wenig später, am 6. Februar, war die Weser wieder eisfrei.

In jenem Winter hatten sich „Siegfried“ und „Wodan“ zwar zunächst bewährt, waren aber doch an ihre Grenzen gestoßen, so daß wenig später, noch im Februar, erste Überlegungen für den Bau eines neuen, größeren Eisbrechers in den Akten der Wasserbauinspektion auftauchen. Dieser Eisbrecher sollte vor allem zwischen Brake und Bremerhaven fahren, aber auch größere Schiffe in den Bremer Freihafen (den heutigen Europahafen) eskortieren; sein Preis wurde auf 350 000 Mark veranschlagt. Den neuen Eisbrecher wollte man auch deshalb anschaffen, um endlich nicht mehr private Schleppdampfer chartern zu müssen. Außerdem hatten sich die Arbeiten

41 Verf. arbeitet z. Z. an einer Geschichte des Bugsierdienstes der Handelskammer zu Lübeck.

42 Bericht über die Thätigkeit der Handelskammer in Bremen im Jahre 1888, erstattet an den Kaufmanns-Konvent, Bremen 1889, S. 39 f.

43 Ebd.

zur Weserkorrektur schneller als ursprünglich erwartet fortentwickelt, so daß für den vermutlich bald ansteigenden Schiffsverkehr Eisbrechkapazität geschaffen werden mußte. Der geistige Vater dieses großangelegten Strombauprojektes, Oberbaudirektor Ludwig Franzius, wurde um Rat gefragt, er hielt einen Eisbrecher von 700 PS für erforderlich<sup>44</sup>. Nun handelte die Deputation unverzüglich und beantragte noch Ende Februar bei der Bürgerschaft die erforderlichen Geldmittel.

Am 11. März kam das Anliegen im Parlament zur Sprache. Im Gegensatz zu früheren Sitzungen, in denen das Thema Eisbrecher eher nebenher abgehandelt worden war, kam es nun zu einer längeren, kontroversen Debatte, an der sich insgesamt zehn Abgeordnete beteiligten. Ihre Mehrzahl war prinzipiell für die Anschaffung eines neuen Schiffes, nur zwei waren der angesetzte Preis zu hoch, und diese Abgeordneten forderten eine weitere Prüfung. Lediglich der Abgeordnete Bödecker stellte sich gegen das Projekt, indem er pauschal behauptete, daß sich die Hamburger Eisbrecher nicht bewährt hätten, und generell die Notwendigkeit von Eisbrechern in Frage stellte. Wohl analog zur Verwaltungsstruktur des Tonnen- und Bakenamtes forderte Bödecker die Beteiligung Preußens und Oldenburgs an den Kosten, obwohl sich diese bei der Weserkorrektur finanziell nicht engagiert hatten. In der Tat, die verschiedenen Argumente, die die Abgeordneten vorbrachten, spiegelten nicht nur einen unterschiedlichen Grad von Zustimmung, sondern auch von Sachkenntnis wider. Wie schon angedeutet, spielte immerhin das Hamburger Eisbrechwesen in seiner Vorreiterfunktion eine große Rolle<sup>45</sup>. „Allerdings haben die Eisbrecher die Elbe nicht eisfrei halten können, sondern sie konnten nur eine Rinne offen halten“<sup>46</sup>, vermerkt das Protokoll über den Beitrag eines Abgeordneten, der damit bewies, daß er sich die Funktionsweise eines Eisbrechers nicht vorstellen konnte. Fairerweise muß aber auch gesagt werden, daß damals wie heute Politiker mehr Generalisten als Spezialisten sein mußten und bei dieser hochspezialisierten Materie ohne Zweifel überfordert waren. Dies war auch die Meinung des Abgeordneten Wessels, der in der Deputation als Rechnungsführer der Abteilung Wasserbau saß und mit Abstand das meiste Fachwissen in die Debatte einbrachte<sup>47</sup>. Das kam nicht von ungefähr, denn er war auch in anderen Bereichen der Schifffahrt tätig und galt technischen Neuerungen gegenüber als besonders aufgeschlossen<sup>48</sup>. Wessels hatte bekanntlich drei Jahre früher die Anschaffung von „Siegfried“ und „Wodan“ vor dem Plenum gefor-

44 StAB 4,33/2-W.II.h. (454).

45 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1891, S. 91–95.

46 Ebd., S. 94.

47 S. Anm. 45.

48 Johann Friedrich Wessels (1836–1919), von Beruf ursprünglich Küper, später Schifffahrtskaufmann, Mitbegründer 1890 der Unterweser Reederei AG (URAG) sowie der Bremer Pferdebahn AG, 1893–1919 Vorsitzender des Aufsichtsrates des Germanischen Lloyd, 1912–1919 Vorsitzender des Bremer Vereins für Luftfahrt, Senator von 1891–1918, s. Wilhelm Lührs (Hrsg.), Bremische Biographie 1912–1963, Bremen 1969, S. 554 f.

dert, sich aber auch schon 1881 und 1882 an den Aussprachen beteiligt und stellte auch dieses Mal den Antrag, einen dritten, größeren Eisbrecher bauen zu lassen. Der Antrag passierte schließlich die Abstimmung, und die Bürgerschaft bewilligte die erste Rate von 100 000 Mark.

Nachdem diese Hürde genommen worden war, konnte man bei der Wasserbauinspektion an die Ausarbeitung eines ersten Entwurfes gehen. Mehr zufällig erhielt man vom Auswärtigen Amt über die preußische Gesandtschaft einen Bericht über einen neuen russischen Eisbrecher, der in Schweden gebaut und für Nikolajev am Schwarzen Meer bestimmt war<sup>49</sup>. Dies wurde aber nur informell zur Kenntnis genommen. Interessanter war eine Meldung der Bremer Lokalpresse vom Mai: Offenbar wurden auch an der Elbe Neubaupläne gehegt, und zwei Neubauten waren vorgesehen. Die weitere Entwicklung in Hamburg wurde auch in Bremen verfolgt<sup>50</sup>. Ein Jahr später sollte die Reiherstiegwerft die größere „Eisbrecher No. 3“ und die kleinere „Elbe“ (letztere ein Mischtyp aus Eisbrecher und Tonnenleger) an den Hamburger Staat abliefern<sup>51</sup>.

Im Mai war man in Bremen schließlich mit den Bauspezifikationen so weit, um Ausschreibungsunterlagen zu erstellen. Diese sahen, gemäß den Vorstellungen von Franzius, ein 700 PS starkes Schiff vor, mit Vorgaben für Ausrüstung und Einrichtung, aber nicht für Länge und Breite. Am 27. Juni sandte man Unterlagen an vierzehn Werften im In- und Ausland<sup>52</sup>. Sechs Unternehmen gaben Angebote und voneinander z. T. differierende Vorentwürfe ab. Der Stettiner Vulcan, Schichau in Elbing und die Bremer Schiffbaugesellschaft, die „Wodan“ erbaut hatte, kamen in die engere Wahl. Die Werft in Vegesack machte, aufgrund ihres eingereichten Entwurfes, das Rennen. Der Bauvertrag wurde am 31. Oktober 1891 unterzeichnet. Wie bei „Siegfried“ in Kiel, so wurde auch in diesem Fall eine Bauaufsicht nach Vegesack entsandt.

Ab Januar 1892 entstand auf dem Helgen der Rumpf des Eisbrechers. Da die Bremer Schiffbaugesellschaft als traditionelle Segelschiffswerft keine eigene Maschinenbauabteilung besaß, ging der Auftrag für die Compoundmaschine an die Stettiner Maschinenbauanstalt (vorm. Möller & Holberg), und aus Bremen reiste ein Maschinist an die Oder, der den Bau beaufsichtigte<sup>53</sup>. In Vegesack lief am 28. Juli 1892 der Neubau (Bau-Nr. 201) vom

49 StAB 4,33/2-W.II.h., Bd. 16. Dabei handelte es sich um einen namentlich bisher nicht identifizierbaren, 41,1 m langen und 10,3 m breiten Dampfisbrecher, der von der Motala Mekaniska Verkstad in Lindholmen/Göteborg für das russische Wegebauministerium erbaut worden war und im Februar 1891 in Nikolaev eintraf.

50 Weser-Zeitung, 7.5.1891 (Morgenausgabe).

51 Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), S. 144, 152–153.

52 Stettiner Vulcan, Stettin; Stettiner Maschinenbauanstalt & Schiffswerft (vorm. Möller & Holberg), Stettin; F. Schichau, Elbing; Blohm & Voss, Hamburg; Reiherstiegwerft, Hamburg; Motala Mekaniska Verkstad, Lindholmen; AG „Weser“, Bremen; Jos. L. Meyer, Papenburg; Joh. Tecklenborg, Geestemünde; Franz Tecklenborg, Bremen; F. W. Wencke, Bremerhaven; Johann Lange, Vegesack; Bremer Schiffbaugesellschaft, Vegesack.

53 StAB 4,33/2-W.II.h. (454).

Stapel<sup>54</sup>. Analog zur Namensgebung der beiden kleineren Eisbrecher erhielt er den Namen des germanischen Donnergottes, „Donar“. Die Fertigstellung des Schiffes war ursprünglich, laut Bauvertrag, für den 1. September vereinbart worden<sup>55</sup>, aber erst Ende Oktober war es soweit. Am 29. Oktober konnten die Maschinen getestet werden, und vom 31. Oktober bis 1. November 1892 unternahm das Schiff westerabwärts eine Probefahrt, die zufriedenstellend verlief<sup>56</sup>. Einen Monat später nahm man „Donar“ in Betrieb, denn der nächste Winter stand vor der Tür<sup>57</sup>.

Der Eisbrecher war 45,5 m (über Deck) lang, 10,5 m (im Hauptspant) breit und ging (mit Kohlen, aber ohne Ballast) 3,4 m tief. Die Compoundmaschine besaß eine Leistung von 950 PSi, war also etwas leistungsfähiger, als ursprünglich vorgesehen<sup>58</sup>. „Donar“ war damals der längste und zweitstärkste deutsche Eisbrecher. Nur die zur selben Zeit abgelieferte „Eisbrecher No. 3“ aus Hamburg war mit 1200 PSi stärker. Zusammen mit dem Stettiner Eisbrecher „Berlin“ (1890, 900 PSi) bildeten diese Schiffe damals die Spitzengruppe der deutschen Eisbrecher. Erst 1903 wurde dieser Standard durch den Königsberger Eisbrecher „Pregel“ (1300 PSi) heraufgesetzt.

Abgesehen von der obligatorischen Steinhaus'schen Bugform, wich „Donar“ von den anderen großen Eisbrechern ab, denn es handelte sich in diesem Falle um einen eigenständigen Entwurf. Aufgrund gewisser Details<sup>59</sup> und der gleichen Bauweise kann das Schiff als eine wesentlich vergrößerte und leistungsfähigere Weiterentwicklung der „Wodan“ bezeichnet werden.

### *Probleme des Eisbrechdienstes*

Bereits im November 1889 erließ die Deputation Richtlinien für den Einsatz von „Siegfried“ und „Wodan“ sowie für die Schlepper „Bremen“ und „Lesum“, denen eine unterstützende Funktion beim Eisaufbruch zugewiesen wurde. Für diese kleine Flottille, die möglichst gemeinsam das Eis aufbrechen sollte, hatte der Schiffsführer der „Siegfried“ im Zweifelsfall die Befehlsgewalt auszuüben. Im Januar 1894, „Donar“ war inzwischen in Dienst gestellt worden, teilte eine weitere Anweisung die Zuständigkeiten der einzelnen Schiffe neu ein. Wie bereits in der Planungsphase der „Donar“

54 Bremer Nachrichten, 31.7.1892.

55 StAB 4,33/2-W.II.h. (454).

56 Bremer Nachrichten, 2.11.1892.

57 Das Maschinentagebuch wurde am 26.11.1892 begonnen, s. Archiv des Deutschen Schiffahrtsmuseums (ADSM) III A 105 G.

58 Eine genaue technische Beschreibung mit Generalplan, s. Christian Ostersehlte, Der bremische Eisbrechdampfer „Donar“, in: Brem. Jb. 58, 1980, S. 227–229, sowie Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), S. 167–171, Tafel 46.

59 Zwischen „Wodan“ und „Donar“ gab es schiffsarchitektonische Parallelen bei den Aufbauten. Außerdem besaßen beide Schiffe eine Compoundmaschine, während „Eisbrecher No. 3“ und „Berlin“ von jeweils einer Dreifach-Expansionsmaschine angetrieben wurden.

festgelegt worden war (s. oben), sollte dieses Schiff vor allem die Strecke zwischen Brake und Bremerhaven (in der Regel dreimal täglich), in Ausnahmefällen aber auch bis Bremen aufbrechen. „Siegfried“ und „Wodan“ erhielten das Teilstück zwischen Bremen und Brake als Einsatzgebiet zugewiesen und fuhren normalerweise zweimal am Tag die Strecke ab. Vor Brake waren die eskortierten Schiffe an den jeweils diensttuenden Eisbrecher zu übergeben. Die Befehlsgewalt vor Ort lag beim Schiffsführer der „Donar“<sup>60</sup>.

Neben der Eskorte für die Unterweserschiffahrt hatten die Eisbrecher „die Aufgabe, das Eis zwischen Bremen Freihafen und Bremerhaven im Treiben zu erhalten, was durch ständiges Auf- und Abfahren“<sup>61</sup> erreicht werden sollte. Der Einsatzschwerpunkt der bremischen Eisbrecher lag somit auf dem Strom, analog dem Zuständigkeitsbereich der Wasserbauabteilung. In der Praxis ergab sich aber auch die Notwendigkeit, in den bremischen Häfen Eis zu brechen. Nachdem dies schon öfters praktiziert worden war, regelte im April 1893 ein Abkommen zwischen der Deputation für Häfen und Eisenbahnen und der Baudeputation den unentgeltlichen Eisaufbruch im Freihafen sowie im Holz- und Fabrikenhafen<sup>62</sup>. Auch in anderen Häfen an der Unterweser war man gelegentlich auf Eisbrecherhilfe angewiesen. Im Februar 1897 bat die oldenburgische Eisenbahnverwaltung um Aufeisung des Hafens in Nordenham. Das Hafenamtsamt in Brake richtete zur selben Zeit ein entsprechendes Gesuch an die Wasserbauabteilung, da ein größerer Kohlendampfer erwartet wurde, dessen Liegeplatz freizubrechen war. Der bremische Staat stellte „Siegfried“ und „Wodan“ gegen eine Chartergebühr zur Verfügung, und in den folgenden Jahren haben beide Dampfer gelegentlich in Brake gearbeitet, wenn sie von dringenderen Aufgaben abkömmlich waren<sup>63</sup>. Im selben Jahr, 1897, brachen außerdem auf Rechnung der preussischen Weserstrombauverwaltung in Hannover „Bremen“ und „Lesum“ den Fluß stromaufwärts bis Hoya auf<sup>64</sup>.

Durch diese Verordnungen, Abmachungen und Chartern waren die Rahmenbedingungen des Eisbrecheinsatzes zwar festgelegt, für den täglichen Dienst bedurfte es jedoch einer genaueren Abstimmung zwischen der Flotte und der Verwaltung in Bremen. Da die Eisbrecher über keine Funktelegraphie verfügten (diese Neuerung befand sich damals in den Kinderschuhen und wurde nach der Jahrhundertwende zunächst nur auf großen Seeschiffen installiert), gestaltete sich der Befehls- und Meldeweg vergleichsweise umständlich. Bereits in der Weisung vom November 1889 wurde bei den Schiffsführern darauf gedrungen, möglichst häufig von geeigneten Häfen aus (es wurden Brake, Vegesack, Hammelwarden und Nordenham genannt) telegraphische oder telephonische Berichte nach Bremen abzusetzen. Aber

60 StAB 4,33/2-W.II.m. (509).

61 Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), S. 243.

62 StAB 4,33/2-W.II.w. (446). Als 1908 der Schlepper „Primus“ für die Bauinspektion für Freibezirk und Holzhafen abgeliefert wurde, wurde dieser für den Eisaufbruch im bremischen Hafengebiet herangezogen, s. StAB 4,35-1283.

63 StAB 4,33/2-W.II.w. (447), darin Einsätze in Brake bis 1903.

64 Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), S. 246.

nicht nur für den Meldeweg, auch für den in umgekehrter Richtung verlaufenden Befehlsweg war vorgesorgt. Mit den Hafenmeistern von Vegesack, Brake und Bremerhaven hatte man abgesprochen, daß diese Weisungen aus Bremen an die Eisbrecher weiterzuleiten hatten, wenn die Dampfer den jeweiligen Hafen anliefen. Diese Regelung verfeinerte man im Dezember 1897 noch durch die Anordnung, daß ein niedriger Dienstgrad der Besatzung möglichst schnell Nachrichten und Berichte beim nächsten Telegraphenamt oder beim Büro der Weserkorrektion (offenbar arbeiteten die bremischen Schiffsbehörden recht gut zusammen) abliefern sollte. Im Oktober 1894 hatte man außerdem die Verständigung der Schiffe untereinander geregelt. In Zusammenarbeit mit dem Barsemeister, dem Leiter des bremischen Seezeichenwesens, und dem Kapitän der „Donar“ legte die Wasserbauinspektion elf Dampfpfeifen-Signale fest<sup>65</sup>.

Mit der Einrichtung der Melde- und Befehlswege war ein System geschaffen, das über Jahrzehnte Gültigkeit besitzen sollte. In der ersten Zeit, um die Jahrhundertwende, wurde noch in den Anordnungen auf die korrekte Abwicklung des Nachrichtenverkehrs gedrungen<sup>66</sup>, dann spielte sich dieser anscheinend ein. 1902 bezog man den Braker Schleusenmeister in das Verbindungsnetz ein. Er gab fortan Eisberichte sowie Meldungen über die Positionen der Eisbrecher telephonisch nach Bremen durch<sup>67</sup>. Auf die Anregung, endlich Funkgeräte einzuführen, hieß es noch 1943, daß die Eisbrecherkapitäne genug Gelegenheiten hätten, an Land zu kommen und zu telephonieren: „Das Fehlen eines Funksprechers ist daher beim Eisbrechdienst noch nicht als Mangel empfunden worden.“<sup>68</sup> Erst während ihres letzten Einsatzes, im Januar 1963, erhielt „Donar“ eine UKW-Anlage<sup>69</sup>.

Der typologische Unterschied zwischen Eisbrecher und Schlepper ist bei kleineren Schiffen nicht immer exakt zu definieren<sup>70</sup>. Grob gesagt, kann der Schlepper zwar bis zu einem gewissen Grade Eis brechen, aber seine konventionelle Rumpfform stößt bei größeren Eisdicken auf Grenzen. Dieser Unterschied zwischen Eisbrecher und Schlepper wird bis heute in Deutschland häufig verkannt. Andererseits führt der Eisbrecher meistens eine Schleppausrüstung mit, da es sinnvoll sein kann, bei starkem Eis ein eskortiertes Fahrzeug in Schlepp zu nehmen. Auf diese Weise kann aller-

65 StAB 4,33/2-W.II.m. (509); dabei handelte es sich um folgende Signale: Anrufen „Donar“ — einmal lang; Anrufen „Wodan“ — zweimal lang; Anrufen „Siegfried“ — dreimal lang; stromabwärts fahren — zweimal kurz, einmal lang; Eis steht stromabwärts — einmal kurz, dreimal lang; herankommen — einmal kurz, einmal lang; Manövrierunfähigkeit — viermal kurz; stromaufwärts fahren — einmal kurz, einmal lang, einmal kurz; Eis steht stromaufwärts — einmal kurz, zweimal lang; verstanden — zweimal kurz, zweimal lang; nicht verstanden — dreimal kurz, einmal lang.

66 Ebd.

67 StAB 4,33/2-W.II.m., Bd.5 (433).

68 StAB 4,33/10-302., Bd.III.

69 Ostersehlte, (wie Anm. 58), S. 240.

70 Der Begriff „Eisbrecher“ wird genauer definiert bei Ostersehlte (wie Anm. 1), S. 129.

dings ungewollt eine Konkurrenz zu den Reedereien entstehen, die am kommerziellen Schlepp- und Bergungsgeschäft interessiert sind. Heutzutage unterscheidet man im Eisbrechewesen im In- und Ausland sehr genau zwischen der Eskortierung der Schiffe durch das Eis und der besonderen Hilfeleistung für festgekommene Einzelfahrer, wofür Bergelohn verlangt werden kann. Schon sehr früh erkannten die bremischen Behörden diese Zusammenhänge, denn in der Weisung vom November 1889 heißt es: „Es ist dadurch aber der Hauptzweck, das Verhüten des Fortsetzens des treibenden Eises oder auch Aufbrechen des stehenden Eises nicht aus den Augen zu lassen. Es soll nur die notwendigste Hülfe geleistet werden. Bugsieren von Schiffen gegen Zahlung an den Dampferführer ist ausgeschlossen.“<sup>71</sup> Die Berechnung von Hilfeleistungen lag jedoch im Ermessen der Wasserbauabteilung. So war die Priorität des Eisbrechens zwar festgelegt, für Eventualfälle hatte man sich dennoch eine Hintertür offen gelassen.

Diese Haltung wurde im Prinzip über Jahrzehnte beibehalten und gelegentlich in Anweisungen wiederholt<sup>72</sup>. In der Bauspezifikation für „Donar“ betonte man 1891, daß das Schleppgeschirr nicht kommerziellen Zwecken dienen sollte<sup>73</sup>. Die Praxis zeigte aber, daß Eisbrechen und Schleppen hin und wieder nicht voneinander zu trennen waren: So geleitete „Donar“ am 12. Februar 1893 einen Hamburger Dampfer in den Freihafen, doch an dessen vorgesehenem Liegeplatz hatte als Auflieger eine hölzerne Bark mit einer an Bord verbliebenen kleinen Stammbesatzung festgemacht. Da keine Privatschlepper abrufbar waren, verholte der Eisbrecher das Segelschiff auf Anweisung des Hafenmeisters<sup>74</sup>. Noch prägnanter war der Fall einer Verschleppung eines großen holländischen Dampfers durch „Donar“ im Eis im Februar 1922. Die dem Frachter beigegebenen Schlepper konnten selbst nicht helfen. In den Monaten danach kam es zum Tauziehen zwischen dem bremischen Staat und dem Agenten der Reederei, bis man sich gut vier Monate nach dem Einsatz auf Bergelohn einigte<sup>75</sup>.

Ohne die grundsätzliche Problematik leugnen zu wollen, hat es sich offenbar bei allen diesen Einsätzen um gelegentliche Einzelfälle gehandelt, trotz der Tatsache, daß die hin und wieder von privater Seite an die Schiffsführer gezahlten Gratifikationen bei der vorgesetzten Behörde Verärgerung auslösten, worauf im nächsten Abschnitt noch ausführlicher einzugehen ist. Hätten sich diese Bergungsfälle störend oder gar existenzgefährdend für die privaten Schlepper-Reedereien ausgewirkt, wären diese Unternehmen oder die Bremer Handelskammer mit Sicherheit beim bremischen Staat vorstellig geworden. Belege für ein derartiges Vorgehen sind in den Akten jedoch nicht zu finden. Vielmehr gibt es Anzeichen dafür, daß vor allem das Schleppgeschirr der Eisbrecher zum Verholen verwaltungseigener Fahr-

71 StAB 4,33/2-W.II.m. (509).

72 So 1896, 1927, 1928, 1933, ebd.

73 StAB 4,33/2-W.II.h. (454).

74 StAB 4,33/2-W.II.w. (446).

75 Genauere Beschreibung dieses Falles bei Ostersehlte, „Donar“ (wie Anm. 58), S. 233.

zeuge benutzt worden ist<sup>76</sup>. Außerdem konnten die Eisbrecher schon allein aufgrund ihres saisonalen Einsatzes den kommerziellen Schleppern nicht bedrohlich werden.

Damit ist eine weitere Thematik angesprochen. In Deutschland, wo nicht so häufig strenge Eiswinter auftreten, war man oft bestrebt, die Eisbrecher auch außerhalb der Saison auf irgendeine Weise mit Nebenfunktionen auszulasten<sup>77</sup>. „Siegfried“ und „Wodan“ waren offenbar, wie ihre Hamburger Vorbilder „Hofe“ und „Simson“, auch für das Schleppen von Bagger-schuten im Sommer ausgelegt, und bei „Donar“ bot sich, aufgrund ihres bereits erwähnten Schleppgeschirrs, eine Zweitverwendung in eisfreier Zeit ebenfalls an. Es ist jedoch aus den Quellen nicht erkennbar, daß die drei Eisbrecher im Sommer im größeren Umfang zu anderen Aufgaben herangezogen worden wären. Es hat allerdings nicht an entsprechenden Überlegungen in dieser Richtung gefehlt. Als es 1894 um die Anschaffung von Spritzendampfern für die Feuerwehr ging, tauchte der Vorschlag auf, „Siegfried“ und „Wodan“ als Feuerlöschboote auszurüsten. Diese Anregung stammte von der Budgetkommission der Bürgerschaft, die auf diese Weise größere Finanzmittel einsparen wollte. Bei näherer Prüfung erwies sich dies aber als technisch und einsatztaktisch undurchführbar und mußte verworfen werden<sup>78</sup>.

Als einige Jahre später, im Januar 1906, der Bau eines staatlichen Schleppers (der späteren „Primus“) für den Freihafen II (den heutigen Übersee-hafen) in der Bürgerschaft zur Sprache kam, entstand der Vorschlag, die bremischen Eisbrecher für diesen Zweck heranzuziehen. Die Behörden hielten jedoch einige entscheidende Gegenargumente bereit: Zum einen waren die Eisbrechdampfer für den Bugsierdienst nicht wendig genug. Außerdem war ihre Schleppfähigkeit nur begrenzt. Alle drei Dampfer besaßen relativ starke und somit große Maschinen, deren Höhe ein achternes Deckshaus allein zur Überdachung des Maschinenraums notwendig machte. An der Hinterkante dieses Aufbaues war bei allen drei Schiffen der Schlepphaken angeordnet, dieser lag somit ziemlich weit achtern. Bei Schraubenschleppern<sup>79</sup> liegt jedoch stets der Schlepphaken möglichst weit mittschiffs (meist gleich hinter dem Schornstein) und dabei verhältnismäßig weit von der Schraube entfernt. Dadurch sollen vor allem die beim Verschleppen größerer Fahrzeuge auftretenden Zug- und Hebelkräfte aufgefangen wer-

76 So die Verschleppung von Baggerschiffen zur Werftüberholung 1925, StAB 4,33/10-441, Bd. II.

77 Mit dieser Problematik beschäftigt sich Wolf-R. Kannowski, Eisbrecher und deren Einsatz, in: Festschrift zum Tag der offenen Tür der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest, 9. Juni 1985, Aurich 1985, S. 387.

78 Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1894, S. 189 f.

79 Bei den heutzutage verbreiteten Voith-Schneider- bzw. Schottel-Schleppern befindet sich der Schlepphaken etwas weiter achtern, da die VS- bzw. Ruderpropeller in der Regel am Vorschiff angeordnet sind und die Manövrierfähigkeit des Schleppers auch bei straff gespannter Schlepplleine noch sichergestellt ist.

den und die Wendigkeit des Schleppers erhalten bleiben. So hatten die bremischen Eisbrechdampfer beim Verholen größerer Schiffe Schwierigkeiten, „Wodan“ konnte z. B. nicht leicht vom Schleppobjekt freikommen<sup>80</sup>. Lediglich das Verschleppen kleinerer Einheiten (Leichter und Schuten) war für die Eisbrecher unproblematisch. So ist auch nur von „Siegfried“ die Tätigkeit als Schutenschlepper aus der Zwischenkriegszeit belegt: Auf einer dieser Fahrten, am 27. September 1937, dampfte der Eisbrecher mit einer Baggerschute als Anhang von Brake aus weserabwärts, als der Hamburger Dreimastgaffelschoner „Irmgard“, der auf die falsche Fahrwasserseite geraten war, mit dem Leichter kollidierte<sup>81</sup>. Die Vercharterung der „Donar“ als Schleppdampfer an den Norddeutschen Lloyd dagegen war eher ein Einzelfall, der nur im Zusammenhang mit besonderen Zeitumständen gesehen werden darf (s. unten).

In der Regel wurden somit die Eisbrecher nach ihrem Wintereinsatz aufgelegt. Bis in den Zweiten Weltkrieg hinein lagen sie im hinteren Teil des Hohentorshafens in Bremen<sup>82</sup>. Dieses Becken war bereits 1841 als Sicherheitshafen für Unterweserschiffe, die dort bei Eisgang Zuflucht finden konnten, angelegt worden. Obwohl ab 1877 die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft den Hafen für gelegentlichen Umschlag nutzte<sup>83</sup>, blieb der Hohentorshafen (bis heute) eine Art Anhängsel der bremischen Häfen und war aufgrund seines geringen Verkehrsaufkommens ein günstiger Liegeplatz für die bremischen Eisbrechdampfer, die offenbar niemandem im Weg lagen.

Die Aufliegezeit der drei Eisbrecher wurde für deren Werftüberholung genutzt. Durch den Eisabrieb war nach jedem Wintereinsatz ein neuer Unterwasseranstrich nötig, um größerer Korrosion vorzubeugen, so daß im Frühjahr, spätestens aber im Sommer, die Schiffe eingedockt werden mußten. Diese Arbeiten wurden nach einer Ausschreibung von Betrieben im Unterwesergebiet ausgeführt. Die Eisbrecher wurden durch andere Schiffe der Verwaltung (z. B. „Bremen“ und „Lesum“) vom Hohentorshafen zur Werft verholt, da sich eine Inbetriebnahme der eigenen Kesselanlage für diese kurze Strecke nicht lohnte<sup>84</sup>. Zwischen Oktober und Dezember fanden dann normalerweise die Probefahrten der drei Eisbrecher statt, um zu überprüfen, ob diese nach monatelanger Liegezeit einsatzklar für den Winter waren. Bei den Schleppern, die als Hilfseisbrecher herangezogen wurden, erübrigte sich dies, da sie ganzjährig Dienst taten und lediglich für den Eisbrechdienst abgerufen zu werden brauchten<sup>85</sup>.

80 StAB 4,35-1281.

81 StAB 4,32/1-120 (Seeamtsspruch).

82 Für den Zeitraum zwischen 1909 und 1943 gibt es Belege für den Hohentorshafen als Aufliegeplatz, ADSM III A 105 G, StAB 4,33/10-441, Bd. II, ADSM III A 626.

83 Franz Buchenau, Die freie Hansestadt Bremen und ihr Gebiet, 3. Aufl., Bremen 1900, S. 66.

84 Angaben zu den Werftüberholungen 1911–1914 in StAB 4,33/2-W.II.g. (388).

85 Angaben von 1894–1899 sowie 1933 in StAB 4,33/2-W.II.g. (388) und StAB 4,33/10-302, Bd. III.



Abb. 4: Aufliegeplatz der Eisbrecher im Hohentorshafen. Neben dem kleinen Schleppdampfer und der Kohlschute v.l.n.r. „Wodan“, „Siegfried“ und „Donar“ (Achterschiff)

### *Das Leben an Bord*

Bei aller technischen Faszination, die von einem Schiff ausgeht, darf man in der Betrachtung nicht den Menschen an Bord vergessen, der die Technik – tote Materie – erst zum Leben erweckt und für ihr Funktionieren verantwortlich ist.

Wenn die Eisbrecher während der eisfreien Zeit auflagen, befand sich in der Regel keine seemännische Besatzung an Bord<sup>86</sup>, nur ein Wachmann sah nach dem Rechten<sup>87</sup>. Erst wenn bei Verschärfung der Eislage die Schiffe in Marsch gesetzt werden sollten, wurde es lebendiger an Bord. Über die seemännische Herkunft der Besatzungen, die auf die Eisbrecher versetzt wurden, liegen kaum Angaben vor. Von Baggern und anderen Dampfern der Verwaltung wurden qualifizierte Seeleute für den Eisbrechdienst herangezogen<sup>88</sup>. Die Schiffsführer, deren Namen in den Quellen wiederholt auf-

86 Im Gegensatz z. B. zu den modernen schwedischen und finnischen Eisbrechern, deren Stammbesatzung sich im Sommer an den Überholungsarbeiten beteiligt.

87 Angaben für 1936–1938 in StAB 4,33/10-302, Bd.III.

88 Angaben von 1938 ebd. sowie für Kapt. von „Siegfried“ von 1889 in StAB 4,33/2-W.II.m. (509).

tauchen, blieben oft demselben Schiff über Jahre hinweg treu und waren deshalb mit ihm besonders vertraut<sup>89</sup>.

Die Unterbringung der Eisbrecher-Crew entsprach den damaligen Verhältnissen an Bord kleinerer Dampfer. Auf „Wodan“ wohnte die Mannschaft (sechs bis acht Personen) in zwei Kammern, getrennt nach Deck und Maschine. Im vorderen Raum konnten offenbar provisorisch zusätzliche Personen wohnen. WC und Kombüse befanden sich in zwei Seitenhäuschen an Deck<sup>90</sup>. Auf „Siegfried“ waren die Verhältnisse wohl ähnlich<sup>91</sup>. „Donar“ war etwas geräumiger: Vorn lagen eine Kajüte für einen mitreisenden Baubeamten und eine weitere Kammer für den Schiffsführer sowie eine Pantry mit Vorratsraum. Achtern, hinter der Maschine, teilten sich sechs Heizer sowie vier Matrosen und ein Koch ein gemeinsames Logis. Zwei Steuerleute und zwei Maschinisten wohnten in Zweibettkammern. Kombüse und WC lagen, wie bei „Wodan“, ebenfalls in zwei seitlichen Aufbauten an Deck, und Waschbecken befanden sich lediglich in der Beamtenkabine, im Steuerleutesowie im Maschinistenlogis<sup>92</sup>. Die niedrigen Dienstgrade, besonders die Heizer mit ihrer überaus schweißtreibenden Tätigkeit, verfügten nicht über eigene Waschbecken. Und dennoch waren diese für uns heute primitiv anmutenden Sanitäreinrichtungen ein Fortschritt gegenüber „Wodan“, wo es offenbar nur vorne eine begrenzte Waschmöglichkeit gab<sup>93</sup>. Jahrzehnte später, im Zuge gesteigerter hygienischer Anforderungen, genügte dies alles nicht mehr, und nach dem letzten Einsatz des Schiffes im Eiswinter 1963 wurde bemängelt, daß für die 14 Besatzungsmitglieder keine Duschen vorhanden seien, ein weiteres Argument für die Außerdienststellung des betagten Dampfers<sup>94</sup>.

Der Dienst an Bord gestaltete sich ähnlich wie auf entsprechenden Hafenfahrzeugen, auf denen die Mannschaften in der eisfreien Zeit fuhren. Hinzu kamen jedoch die besonders strenge Witterung und zwangsweise zeitliche Ausdehnung des Dienstes. 1908 wurde die neunstündige Arbeitszeit zwischen 6.30 und 17 Uhr festgesetzt, konnte aber im Bedarfsfall ausgedehnt werden. Wenn abzusehen war, daß ein Einsatz länger dauerte, wurde eine zweite Besatzung an Bord eingeschifft<sup>95</sup>. Für die „Donar“-Besatzung bedeutete es sicherlich eine besondere Härte, daß sie Weihnachten 1938 an Bord bleiben mußte, da das Schiff für den Einsatz benötigt wurde<sup>96</sup>. Eine Abwechslung, vielleicht aber auch eine Störung im Bordbetrieb brachten interessierte Fahrgäste, wie z. B. Journalisten<sup>97</sup>, aber deren Zugang wurde

89 StAB 4,33/2-W.II.m., Bd. 4 (430).

90 S. Generalplan „Wodan“ (Abb. 3).

91 S. Anm. 37.

92 StAB 4,33/2-W.II.h. (454).

93 S. Generalplan „Wodan“ (Abb. 3).

94 Eisbrecher „Donar“ muß nun sterben, in: Weser-Kurier, 5.3.1964.

95 StAB 4,33/2-W.II.m., Bd. 4 (430) und Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1894, S. 192.

96 StAB 4,33/10-302, Bd. III.

97 Angaben für 1938 in StAB 4,33/10-302, Bd. III.

restriktiv gehandhabt, wahrscheinlich, um größere Reibungen zu vermeiden<sup>98</sup>.

1889 verdiente der Kapitän der „Siegfried“ 135 Mark im Monat<sup>99</sup>. 1910 erhielt der Bootsmann der „Donar“ als Monatslohn (bei einer auf Stunden berechneten Arbeitszeit von 10 – 15 Stunden täglich) etwa 120 bis 175 Mark. Die Heuer eines Matrosen lag zwischen 110 und 164 Mark<sup>100</sup>. Diese Angaben haben jedoch nur punktuellen Charakter, denn die Besonderheiten des Eisbrechdienstes setzten zwischen diesen beiden Zeitpunkten eine Entwicklung in Gang, die auf eine besondere Vergütung für den Eisdienst hinzielte und über die aus der Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges eine gute Quellenlage Auskunft gibt.

In den ersten Jahren wurden die Besatzungen der Eisbrecher mit den auf den anderen Dienstfahrzeugen üblichen Heuern entlohnt. Anfang 1894 wurde, auf eine Eingabe der Kapitäne und Maschinisten von „Siegfried“, „Wodan“ und „Donar“ hin, eine generelle Zulage von einer Mark pro Tag für Eisfahrten gewährt. 1897 bemühte sich derselbe Personenkreis um eine Erhöhung dieser Zulage. Dabei wurde auch auf ein höheres Gehalt der Hamburger Eisbrecherkapitäne verwiesen, und die Hafenstadt an der Elbe zeigte ein weiteres Mal ihre Vorbildfunktion. Da aber gleichzeitig durchsickerte, daß die Kapitäne und, abgestuft davon, die Mannschaften durch Hilfeleistungen von privaten Reedereien gelegentlich Gratifikationen erhielten, war die Situation taktisch verdorben, und so scheiterte dieser Versuch, ebenso wie weitere Vorstöße in den Jahren 1899 und 1900, die ebenfalls bei der Deputation auf keine Gegenliebe stießen. Auch die niedrigeren Dienstgrade an Bord (Heizer und Bootsleute) richteten zur selben Zeit Eingaben an die Deputation, die sämtlich abgelehnt wurden. Lediglich den Heizern wurde 1899 eine Zulage von 50 Pfennig pro Tag zugestanden.

Erst 1901 schien die Lage psychologisch soweit bereinigt zu sein, daß die Zulage für Schiffsführer und Maschinisten auf 1,50 Mark pro Tag angehoben wurde. Somit war vor allem das Führungspersonal von Deck und Maschine bei der Wahrung seiner tariflichen Interessen aktiv geworden. Die auch auf kleinem Raum ausgeprägte Bordhierarchie wird dabei deutlich. Für Matrosen und Heizer, die teilweise seit 1895 fest angestellt waren, geschah in jenen Jahren nur wenig. Im Mai 1905 wurde wenigstens ein höherer Überstundenlohn eingeführt, der bei 45 Pfennig pro Stunde lag. Ein halbes Jahr später erhöhte man für die nicht angestellten Besatzungsmitglieder den Stundenlohn um 20%. Waren dies von oben angeordnete Maßnahmen, so nahmen im Januar 1908 mehrere Heizer und Matrosen die Initiative in die eigene Hand und baten um günstigere Berechnung ihrer Stundenlöhne. Eine Durchschnittsarbeitszeit von täglich neun Stunden bildete dabei die Basis

98 1914 erhielt ein Hafenmeister die Erlaubnis, bei Eisbrecherfahrten Fahrwassertonnen zu inspizieren, aber der Höheren Schiffbauschule am Bremer Technikum wurde zur selben Zeit eine Fahrt mit 15 Schülern von den Behörden verwehrt, s. StAB 4,33/2-W.II.w. (429).

99 StAB 4,33/2-W.II.m. (509).

100 ADSM III A 623.

der Heuerabrechnung, aber über den Umfang der Überstunden gingen die Meinungen beider Seiten auseinander. 1907 war eine bezahlte Überstunde pro Tag den Besatzungen zugestanden worden.

Um 1910 wurde man, wie eingangs bereits erwähnt, großzügiger in der Berechnung. Außerdem erhielten ab 1912 die Heizer für die Stunden, in denen der Kessel für den Betrieb angeheizt wurde, eine zusätzliche Vergütung. In demselben Jahr unternahmen die Schiffsführer von „Bremen“ und „Lesum“ einen eigenen Vorstoß. Diese hatten zwar seit 1896 ebenfalls eine Eiszulage von einer Mark pro Tag erhalten, waren aber, im Gegensatz zu ihren Kollegen auf den drei Eisbrechern, nicht in den Genuß der Erhöhung von 1901 gekommen. Nun wollten sie endlich gleichgestellt werden, aber die Wasserbauabteilung lehnte ab. Erst sechs Jahre später, im Januar 1918, wurde auch den Schiffsführern und Maschinisten auf „Bremen“ und „Lesum“ die Eiszulage von 1,50 Mark pro Tag zugestanden, nicht zuletzt deswegen, weil die Besatzung für ihre Winterbekleidung selbst aufkommen mußte<sup>101</sup>. Aber vielleicht spielte auch die Tatsache eine Rolle, daß trotz des inzwischen ohnehin brüchig gewordenen „Burgfriedens“ im Deutschen Reich die innen- und sozialpolitische Diskussion im Ersten Weltkrieg keineswegs geruht hatte.

#### *Der Eisbrechdienst von 1892 bis 1945*

Das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts war von einer Serie strenger Winter gekennzeichnet (s. Tabelle 2) und stellte an den gerade eingerichteten Eisbrecherdienst des bremischen Staates hohe Anforderungen. Mit einer Ausnahme (1898/99) führte die Weser in jedem Winter Eis und machte den Einsatz der Eisbrechdampfer erforderlich. Wie schon erwähnt, mußte im Januar und Februar 1891 jeglicher Schiffsverkehr nach Bremen vorübergehend eingestellt werden. Das blieb kein Einzelfall: Vom 19. bis zum 28. Januar 1892 wurde abermals die Unterweser gesperrt. Auch im darauffolgenden Jahr, „Donar“ war gerade in Dienst gestellt worden, waren die bremischen Behörden noch einmal zu dieser einschneidenden Maßnahme gezwungen und ließen die Schifffahrt von und nach Bremen vom 4. bis zum 9. und wiederum vom 14. bis zum 27. Januar 1893 ruhen<sup>102</sup>.

In der ersten Zeit, als noch kaum Erfahrungen vorlagen, war man seitens der Wasserbauinspektion besonders vorsichtig und nahm offenbar die Eisbrecher, unabhängig von der aktuellen Wetterlage, im Spätherbst in Betrieb und hielt sie vorsorglich für alle Fälle in Bereitschaft. Erst im Frühjahr, wenn keine Eisgefahr mehr drohen konnte, wurden die Mannschaften von Bord abgezogen und die Dampfer stillgelegt. Nach der Jahrhundertwende hatte sich der Betrieb eingelaufen, und die Schiffe wurden erst bei entsprechender Eislage aktiviert<sup>103</sup>. Wie bei Einrichtung des Eisbrechdienstes festgelegt,

101 StAB 4,33/2-W.II.m., Bd. 4 (430).

102 StAB 4,33/10-302, Bd. II.

103 ADSM III A 105 G.

Tabelle 2: *Eiswinter und Eisbrecheinsätze auf der Unterweser 1888–1943*

Winter	Eis auf der Weser	Eisbrecheinsätze (D = Betriebsperiode „Donar“)
1888/89	6. 1.89–31. 1.89 13. 2.89– 8. 3.89	
1889/90	5. 3.90– 8. 3.90	bis 7. 3.90
1890/91	28.11.90– 5.12.90 8.12.90– 6. 2.91	
1891/92	13. 1.92–30. 1.92	
1892/93	26.11.92–12. 2.93	
1893/94	3. 1.94–20. 1.94	10.10.93–31. 3.94 (D)
1894/95	6. 2.95– 9. 3.95	15.10.94–29. 3.95 (D)
1895/96	27.12.95 26. 2.96–28. 2.96	23.10.95– 6. 3.96 (D)
1896/97	8. 1.97–18. 2.97	11.11.96– 5. 5.97 (D)
1899/1900	11.12.99– 3. 1.00 15. 1.00–16. 1.00	5.12.99–19. 2.00 (D)
1900/01	3. 1.01–25. 1.01. 15. 2.01–23. 2.01	2. 1.01–27. 2.01 (D)
1902/03	21.11.02–20.12.02 18. 1.03–27. 1.03	20.11.02–26. 1.03 (D)
1903/04	an wenigen Tagen im Januar 04	2. 1.04– 8. 1.04 (D)
1904/05	2. 1.05–28. 1.05	5. 1.05–19. 4.05 (D)
1905/06	2. 1.06– 5. 1.06	
1906/07	24.12.06–31.12.06 20. 1.07–15. 2.07	24.12.06–15. 2.07 (D)
1907/08	1. 1.08–21. 1.08	2. 1.08–19. 1.08 (D)
1908/09	22.12.08–27.12.08 5. 1.09– 5. 2.09 11. 2.09–16. 2.09	29.12.08–16. 2.09 (D)
1911/12	11. 1.12–16. 2.12	12. 1.12–19. 2.12 (D)
1913/14	?	1.14– 2.14
1916/17	22. 1.17–17. 2.17	
1917/18	9. 1.18– 2. 2.18	
1918/19	30. 1.19–14. 2.19	
1920/21	Mitte Dezember 20	
1921/22	Ende November – 8.12.21 23. 1.22–20. 2.22	3.12.21– 5.12.21 24. 1.22–25. 2.22
1923/24	25.12.23– 1. 2.24 15. 2.24–24. 2.24	
1925/26	4.12.25– 9.12.25	5.12.25–18.12.25
1927/28	17. 1.26–22. 1.26 20.12.27– 7. 1.28	18. 1.26–22. 1.26 18.12.27–23.12.27 2. 1.28– 7. 1.28
1928/29	10. 1.29–27. 1.29 30. 1.29– 8. 3.29	11. 1.29–13. 3.29
1932/33	nicht	23. 1.33–31. 3.33
1933/34	angegeben	21.12.33–23.12.33
1936/37	dto.	1.37– 2.37
1938/39	dto.	21.12.38–10. 1.39
1939/40	12.39– 3.40	12.39– 3.40
1940/41	nicht angegeben	bis 18. 2.41
1941/42	16. 1.42–20. 3.42	nicht
1942/43	11. 1.43–18. 1.43	angegeben

Quellen: StAB 4,33/10-441; StAB 4,33/10-302, Bd. II; ADSM A 105 G;  
StAB 4,33/10-302, Bd. III; StAB 4,33/2-W.II.w. (429).

bildeten die drei Schiffe „Donar“, „Siegfried“ und „Wodan“ gleichsam die „Speerspitze“. „Lesum“ und „Bremen“ kamen als Hilfseisbrecher hinzu. Den aus dieser Zeit nur sehr spärlichen Einsatzberichten zufolge genügte diese kleine Flotte im großen und ganzen bis in den Ersten Weltkrieg hinein, um mit den Eisproblemen auf der Unterweser fertig zu werden<sup>104</sup>. Es kam aber dennoch vor, daß man zusätzlich auf altbewährte Hilfsmittel zurückgreifen mußte. So forderten die bremischen Behörden im bereits erwähnten strengen Eiswinter Ende Januar 1891, kurz nach Freigabe der Unterweser für den Schiffsverkehr, vom X. preußischen Armeekorps in Hannover Unterstützung an. Das Korps ließ daraufhin Sprengstoff aus einem Oldenburger Artilleriedepot kommen, und zusammen mit Arbeitern der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) führten Soldaten der Pioniertruppe bei der Großen Weserbrücke, vor Farge und nahe der Strohauser Plate Eissprengungen durch. Vier Jahre später, im Februar 1895, brachte die BLG abermals in Höhe der Bremer Altstadt Eisbarrieren durch Sprengungen in Bewegung<sup>105</sup>.

Der Eiseinsatz stellte erhöhte Anforderungen an Mensch und Material. Kleinere Havarien, zum Glück ohne Personenschaden, blieben daher nicht aus: „Siegfried“ rammte am 22. Januar 1892 im Alten Hafen in Bremerhaven einen Fisch-Ewer. Ein Jahr später fielen „Bremen“, „Lesum“ und „Wodan“ fast gleichzeitig aus, weil sich alle drei Dampfer im Eis Schraubenschäden zugezogen hatten. Die Schiffe mußten rasch und vordringlich bei Werften in Bremen und Bremerhaven eingedockt werden, wo man die beschädigten Propeller gegen neue austauschte. Im Winter 1900/01 ging im Bremer Freihafen die Schraube der „Bremen“ verloren und konnte erst im darauffolgenden September durch Taucherhilfe aus dem Schlick geborgen werden<sup>106</sup>. Einige Jahre später, am 30. Dezember 1906, rammte „Donar“ in Höhe Rechtenfleth an der Unterweser „Bremen“ und beschädigte den Schlepper über der Wasserlinie erheblich. „Donar“ selbst geriet fest, kam aber kurze Zeit darauf wieder frei. Wie das Seeamt Bremerhaven am 25. Februar 1907 feststellte, war die Schiffsführung des größeren Eisbrechers ihrer Ausweichpflicht nicht nachgekommen, obwohl die „Bremen“ die vorgeschriebenen Warnsignale mit der Dampfpfeife abgegeben hatte<sup>107</sup>.

Im ersten Jahrzehnt seines Bestehens war der bremische Eisbrechdienst somit offenbar bis an seine Leistungsgrenze gefordert, und kurz vor der Jahrhundertwende trug man sich seitens der Behörden mit dem Gedanken, einen vierten Spezialdampfer dieser Art anzuschaffen, der „Siegfried“ und „Wodan“ auf dem Abschnitt zwischen Bremen und Brake entlasten sollte<sup>108</sup>. Diese Planungen wurden jedoch nie realisiert, vielleicht auch des-

104 StAB 4,33/2-W.II.m. (509), StAB 4,33/2-W.II.w. (446).

105 StAB 4,33/2-W.II.v. (434). Auch heutzutage wird die Bundeswehr auf den deutschen Flüssen gelegentlich um Eissprengungen gebeten, so auf der Elbe im Eiswinter 1986/87.

106 StAB 4,33/2-W.II.w. (446).

107 Seeamtsspruch vom 25.3.1907, in: *Weser-Zeitung*, 26.3.1907.

108 Erste Andeutungen bei Ludwig Franzius. *Die Korrektio[n] der Unter-Weser*, Leipzig 1895, S. 18; weitere Angaben bei Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), S. 245.

wegen, weil bald nach der Jahrhundertwende mehrere weniger strenge Eiswinter folgten (vgl. Tabelle 2). Nur einmal, vom 22. bis zum 27. Dezember 1908, mußte die Schifffahrt auf der Unterweser eingestellt werden<sup>109</sup>, aber das blieb eine Ausnahme.

Der Erste Weltkrieg wirkte sich auch auf die kleine bremische Eisbrecherflottille aus. Im angestammten Aufgabenbereich, dem Eisaufbruch, gab es zunächst nichts zu tun, denn die ersten beiden Kriegswinter waren recht mild<sup>110</sup>. Dieser Umstand lenkt besonders den Blick auf die Frage einer möglichen militärischen Verwendung der Schiffe: Bereits im Frieden war die Kaiserliche Marine auf „Donar“ aufmerksam geworden, und im Mai 1911 hatte sie den Dampfer zu einer dreitägigen Übung eingezogen, in deren Verlauf 60 Soldaten an Bord eingerückt waren<sup>111</sup>. Es gibt Indizien dafür, daß „Donar“ bald nach Kriegsausbruch 1914 bei der Sperrfahrzeug-Division eingesetzt wurde<sup>112</sup>. Die Akten jedenfalls berichten im Mai 1915 von einer Verwendung als Hilfsschiff für militärische Zwecke und davon, daß eine rein militärische Besatzung an Bord eingeschifft war<sup>113</sup>. 1917 hatte die Marine, neben „Donar“, auch „Siegfried“ eingezogen.

Neben der rein militärischen Verwendung ergaben sich aber auch noch weitere Aufgabenfelder: Im Februar 1917 suchte das Reichsamt des Innern, das damals für die wirtschaftlichen Aspekte des Seeverkehrs zuständig war, bei den verschiedenen Eisbrechdiensten an der deutschen Küste um Hilfe bei der Loseisung deutscher Dampfer in norwegischen Gewässern nach (in Norwegen können wegen des Golfstromes nicht die Küstengewässer, wohl aber die Fjorde zufrieren), aber da gerade einmal wieder ein strengerer Eiswinter zu meistern war, lehnte Bremen ab, ebenso wie die anderen Staaten bzw. Körperschaften<sup>114</sup>. Dagegen soll „Donar“ im April 1917 Eisbrecherdienste für strategisch wichtige Erztransporte vor Oxelösund (südlich von Stockholm) durchgeführt haben<sup>115</sup>. Im Januar desselben Jahres hatte außerdem die preußische königliche Kanalbaudirektion in Hannover um zwei Eisbrecher für den Einsatz auf dem Mittellandkanal gebeten. Für die Dringlichkeit des Anliegens wurden neben wirtschaftlichen auch militärische Gründe angeführt. Bremen konnte aber nur „Lesum“ entbehren und stellte den Dampfer im März für einen zweiwöchigen Einsatz auf dem Kanal

109 StAB 4,33/10-302, Bd. II.

110 Das ergaben Untersuchungen für das östlicher gelegene und damit kontinentaleren Klimaeinflüssen unterworfenen Lübeck, vgl. Anm. 41.

111 StAB 4,33/2-W.II.g. (388), ADSM III A 105 G.

112 Erich Gröner, Die deutschen Kriegsschiffe 1815–1945, Bd. 2, München 1968 S. 750. Dort wird ein Dampfschlepper „Donar“ erwähnt, dessen Baujahr und Bruttotonnage (1892, 438 BRT) mit den Daten des Eisbrechers übereinstimmen.

113 StAB 4,33/2-W.II.g. (388).

114 StAB 4,33/2-W.II.w. (429).

115 Bernd Oesterle, Zur Geschichte der Eisbrecher in Deutschland von 1871–1945, in: Mitteilungsblatt des DDR-Arbeitskreises für Schifffahrts- und Marinegeschichte, 9/79, S. 12.

zur Verfügung. Ein preußischer Lotse war zusätzlich an Bord<sup>116</sup>. In diese Spätphase des Ersten Weltkrieges fiel schließlich auch eine Verstärkung der bremischen Hilfseisbrecherflotte. 1915 hatten die Atlas-Werke in Bremen den Bereisungs- und Schleppdampfer „Welle“ an den bremischen Staat abgeliefert<sup>117</sup>. Im Dezember 1917 erklärte sich das Bauamt für die Weserkorrektur bereit, den Dampfer im Bedarfsfall an die Wasserbauinspektion auszuleihen. Mit seiner relativ scharfen Bugform besaß die „Welle“ zwar keinen Eisbrecherrumpf, konnte das Eis somit nicht brechen, wohl aber schneiden<sup>118</sup>. Auch nach dem Krieg sollte dieser Dampfer wiederholt zur Eisbekämpfung herangezogen werden (s. u.).

Durch das Kriegsende und die nachfolgende politische Entwicklung ergaben sich zunächst einmal wichtige Veränderungen in der Verwaltung des Verkehrs, die sich auch in dem hier beschriebenen, äußerst speziellen Bereich auswirkten. Die Artikel 97, 101, 171 der Weimarer Reichsverfassung vom 8.11.1919 sagten aus, daß im Rahmen einer anzustrebenden Zentralisierung des Verkehrswesens (Paradebeispiel: Bildung der Deutschen Reichsbahn) auch die Wasserstraßen und Seezeichen von den Ländern in die Verfügungsgewalt des Reiches zu überführen seien. Als Stichtag war der 1. April 1921 vorgegeben. Jedoch gestalteten sich die Übergabeverhandlungen recht kompliziert und konnten nicht rechtzeitig abgeschlossen werden. Als Übergangslösung einigte man sich darauf, daß die Länder die Zuständigkeiten in der Schifffahrtsverwaltung weiter für das Reich verwalten sollten. Das bedeutete, daß es zwischen dem neugeschaffenen Reichsverkehrsministerium in Berlin und den jeweiligen Landesbehörden vorerst noch keine Mittelinstanzen geben sollte. Für Bremen hieß dies konkret, daß am 8. April 1921 die Bürgerschaft ein entsprechendes Übernahmegesetz verabschiedete. Einem Senatskommissar für Strombauverwaltung waren das Seezeichen- und das Lotsenwesen sowie der wasserbautechnische Bereich und, damit verbunden, auch der Eisbrechdienst untergeordnet. Die finanziellen Mittel dazu kamen aus Berlin. 1925 ersetzte die Wasserstraßendirektion Bremen (reichseinheitliche Bezeichnung) die bisherige Strombauverwaltung, blieb aber vorerst noch bremische Behörde. Erst sehr viel später, 1941, war die vollständige Überführung in Reichseigentum abgeschlossen<sup>119</sup>.

116 StAB 4,33/1-427.

117 S. Christian Ostersehlte, The Steamship „Welle“, in: Marine News, 1977, H. 1, S. 23–25. Das Schiff liegt noch heute als Resturanthulk in Bremen. Durch mehrere Brände, die Entfernung der Kessel- und Maschinenanlage und weitere entstellende Umbauten hat mittlerweile dieser Dampfer seine historische Substanz verloren.

118 StAB 4,33/2-W.II.w. (429).

119 Vogel (wie Anm. 39); außerdem über den Gesamtrahmen der Entwicklung s. Georg Leber, 50 Jahre Reichs- und Bundesverkehrsministerium, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 81, 21.6.1969, S. 639 ff.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde ein bremischer Eisbrecher nochmals zu einer Sonderaufgabe herangezogen: Der Norddeutsche Lloyd hatte, wie alle größeren Reedereien, infolge des Versailler Vertrages seine größeren Schiffe an die Siegermächte abzuliefern. Was übrig blieb, bestand vor allem aus einem Verkehr mit Schleppern und Leichtern entlang der deutschen Küste. Erst 1922/23 sollte der Wiederaufbau der seegehenden Fracht- und Passagierschiffsflotte des Lloyd im größeren Rahmen wieder in Gang kommen<sup>120</sup>. Für den Leichterverkehr charterte die Reederei im Frühjahr 1920 „Donar“ und verwendete sie im Schleppgeschäft in Nord- und Ostsee sowie für Bugsierdienste in Bremerhaven<sup>121</sup>.

Der erste Eiswinter nach dem Krieg ereignete sich 1921/22. Neben „Siegfried“, „Wodan“ und „Lesum“ hatte man auch noch „Donar“ im Januar 1922 vom Norddeutschen Lloyd für den Eisaufbruch abgerufen. Außerdem setzte man, wie fünf Jahre zuvor prinzipiell beschlossen, die „Welle“ ein. In den folgenden Jahren bis 1929 führte die Unterweser in drei Wintern Eis und machte zweimal den Einsatz der bremischen Eisbrecherflotte notwendig (s. Tabelle 2). Deren Zusammensetzung bei den Hilfseisbrechern änderte sich nur dahingehend, daß man „Welle“ nicht heranzuziehen brauchte, wohl aber wurde im Januar 1928 der staatliche Schlepper „Primus“ (700 PSi, 1908 bei Seebeck in Geestemünde erbaut) vorsorglich für den Eiseinsatz klargemacht. Das Arbeitsgebiet der bremischen Eisbrecher wurde ab 1925/26, wie schon einmal vor der Jahrhundertwende (s. oben), auf die Mittelweser ausgedehnt. „Wodan“ und „Siegfried“, gelegentlich auch „Lesum“, stießen bei diesen Aktionen stromaufwärts bis zur Dreyer Brücke (etwa in Höhe der Landesgrenze) vor und arbeiteten einmal sogar, im Dezember 1925, mit einem preußischen Staatseisbrecher, der „Möwe“ aus Verden, zusammen. Auch auf den Nebenflüssen der Weser war man tätig. So brach der Dampfer „Lesum“ im Januar 1926 Eis auf dem Fluß, dessen Namen er trug<sup>122</sup>.

Nach der Jahreswende 1928/29 brach über Nord- und Mitteleuropa ein „Jahrhundertwinter“ herein, und an der deutschen Küste handelte es sich wohl bis heute um den härtesten und dramatischsten Winter, seitdem Eisbrecher eingesetzt wurden. Die Ostseeschifffahrt kam im Februar 1929 zum Erliegen, und die Reichsmarine mußte Linienschiffe als Hilfseisbrecher einsetzen. Erst im März führten zwei größere Eisbrecher, die man von den Sowjets gechartert hatte, die Wende herbei und brachen die Seewege in der westlichen Ostsee und auf dem Nord-Ostsee-Kanal frei<sup>123</sup>.

Auf der Unterweser war erstmals am 6. Januar 1929 leichter Eisgang zu verzeichnen, der rasch zunahm. Zwei Schleppzüge, von der Mittelweser kommend, konnten Bremen nicht mehr erreichen und mußten in Dörverden

120 Georg Bessell, 1857–1957. Norddeutscher Lloyd. Geschichte einer bremischen Reederei, Bremen o.D., S. 135–143.

121 Einzelheiten bei Ostersehlte (wie Anm. 58), S. 231–232.

122 StAB 4,33/10-441, Bd. II.

123 Christian Ostersehlte, Eisbrecher „Wal“, in: Mitteilungen des Canal-Vereins 8/1987, S. 141 f.

festmachen. Am 10. Januar begann „Wodan“ in den bremischen Häfen sein Werk. Drei Tage später trat „Donar“ auf ihrem Abschnitt zwischen Brake und Bremerhaven in Aktion, und am darauffolgenden Tag ging auch „Siegfried“ in Betrieb. Am 22. Januar forderte man zusätzlich „Lesum“ für die bremischen Häfen an. Bis zum Ende des Monats reichte diese Flotte für den Eisaufbruch im angestammten Revier, die Mittelweser bis zur Dreyer Brücke eingeschlossen, aus. Am 31. Januar fiel „Wodan“ vorübergehend durch Schraubenhavarie aus, die aber bald behoben wurde. Dennoch wurde der Schlepper „Primus“ am 4. Februar betriebsklar gemacht und brach zunächst in den Häfen Eis, später unterstützte dieses Schiff „Donar“ auf der Unterweser und bewährte sich dabei recht gut. Am 11. Februar verschlechterten sich die Eisverhältnisse erheblich. Auf der Unterweser saßen einige Fahrzeuge hilflos im Eis fest. „Wodan“ erlitt erneut Schraubenschaden und konnte vorerst nicht gedockt werden. Nun mußten die Behörden jedes zum Eisbrechen nur halbwegs geeignete Fahrzeug heranziehen. Neben der bereits bewährten „Welle“ waren dies die verwaltungseigenen Schlepper „Till“, „Balje“ (beide 325 PS) und „Priel“. Die Schwierigkeiten, mit denen man zu kämpfen hatte, werden vielleicht besonders bei einem Einsatz am 14. Februar hinreichend deutlich: Vier Frachter der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Neptun“ und ein Schleppzug saßen vor Brake fest. „Siegfried“ und ein größerer Schlepper des Norddeutschen Lloyd bemühten sich um diese Schiffe, aber man kam nur meterweise vorwärts. Erst als „Primus“, „Welle“ und schließlich „Donar“ herbeigerufen wurden, konnte der Konvoi freigebrochen werden und seine Fahrt fortsetzen<sup>124</sup>.

Die Situation auf der Unterweser war für die Schifffahrt so kritisch geworden, daß am nächsten Tag, dem 15. Februar, der Bremer Rhederverein von sich aus tätig wurde und bei der Reichsmarine in Wilhelmshaven um die Entsendung eines Linienschiffes zum Eisaufbruch analog zu den Einsätzen in der Ostsee bat. Die Marine konnte aber nicht helfen, zumal in Wilhelmshaven selbst die Schleusenanlagen und Docktore eingefroren waren und mehrere Schiffe, darunter das Linienschiff „Schlesien“, den Hafen nicht verlassen konnten. Weitere Bitten des Vereins einige Tage später blieben deshalb auch ohne Erfolg. Die Wasserstraßendirektion Bremen hielt ohnehin, wie sie dem Flottenkommando mitteilte, den Eiseinsatz eines Linienschiffs auf der Weser nicht für erforderlich<sup>125</sup>.

Am 19. Februar war „Wodan“ wieder betriebsklar, und danach hatte die kleine Flotte aus Eisbrechern und Schleppern vollauf zu tun, ehe sich am 25. Februar eine Wetterbesserung abzeichnete und die Hilfseisbrecher (außer „Welle“) entlassen werden konnten. Der „harte Kern“ der Flotte wurde mit dem verbliebenen Eis offenbar fertig, und am 3. März konnte der Eisbrechdienst auf der Unterweser im wesentlichen eingestellt werden<sup>126</sup>.

124 StAB 4,33/10-441, Bd. II.

125 StAB 4,33/10-302, Bd. II.

126 StAB 4,33/10-441, Bd. II.



Abb. 5: Eisbrecher „Wodan“ am 23. Februar 1929 in Höhe der Großen Weserbrücke

Einzig „Donar“ kam am 10. März in der Außenweser einigen kleinen Dampfern zu Hilfe und blieb danach noch bis zum 14. März im Einsatz<sup>127</sup>.

Nach dem Ende ihres Einsatzes auf der Unterweser und in den bremischen Häfen hatte man unverzüglich (am 4. März) „Siegfried“ und „Wodan“ zur Mittelweser in Höhe Dreie beordert, wo sie bis Mitte März gegen z. T. schweres Eis ankämpfen mußten und Schäden am Ruder und am Bug davontrugen. Am 18. März brach „Lesum“ die Lesum bis Ritterhude auf, und mit diesem Einsatz war der strenge Eiswinter 1929 für Bremen in dieser Hinsicht beendet<sup>128</sup>. Einige Wochen später zog das Wasserstraßenamt Bremen aus den Erfahrungen seine Schlußfolgerungen: Den Kern der bremischen Eisbrecherflotte sollten nach wie vor „Siegfried“, „Wodan“ und „Donar“ bilden, aber bei den Hilfseisbrechern nahm man kleinere Veränderungen vor. Es wurde entschieden, daß „Bremen“, die ohnehin im Dezember 1925 zum letzten Mal im Eis eingesetzt worden war, sowie „Lesum“ wegen zu geringer Maschinenleistung (96 bzw. 63 PSi) in Zukunft nicht mehr für den Eisbrechereinsatz herangezogen werden sollten<sup>129</sup>. Sie wurden im Schleppdienst weiterverwendet, „Lesum“ sogar bis 1953<sup>130</sup>. Weiterhin wurde fest-

127 Ostersehle (wie Anm. 58), S. 234.

128 StAB 4,33/10-441, Bd. II.

129 StAB 4,33/10-302, Bd. II.

130 S. Anm. 38.



Abb. 6: „Siegfried“ (Vordergrund) und „Wodan“ am 6. Januar 1941 in Höhe der „Wasserkunst“

gestellt, daß sich „Primus“ und „Welle“ gut bewährt hatten, nur bei „Till“ und „Balje“ war das Amt mit der Eisverstärkung nicht zufrieden.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die drei Bremer Eisbrecher in acht Wintern eingesetzt (s. Tabelle 2). Von den Hilfseisbrechern fanden neben „Welle“ und „Primus“ (beide 1932/33), „Büren“ (1932/33, 1933/34, 1936/37, 1939/40) sowie „Till“ (1932/33, 1939/40, 1940/41) Verwendung. Im Winter 1936/37 zog man außerdem die sonst nicht für den Eisaufruch benötigten Dampfer „Tide“ und „Roland“ heran. Der Eisbrechdienst in jenen Jahren vollzog sich in dem üblichen Einsatzgebiet zwischen der Wesermündung in Höhe Bremerhaven und Dreye an der Mittelweser, wo offenbar die in den zwanziger Jahren begonnene Zusammenarbeit mit preußischen Behörden fortgesetzt wurde. So brach „Wodan“ im Februar 1937 einen vor Hemelingen im Eis festgekommenen preußischen Eisbrecher frei und wurde zusammen mit „Siegfried“ und der „Möwe“ des Wasserbauamtes Verden auf der Mittelweser eingesetzt. Diese Kooperation trug aber wohl nur einen punktuellen und situationsbedingten Charakter, im Gegensatz zu den ausgedehnteren gemeinsamen Aktionen hamburgischer und preußischer Eisbrecher, die sogar schon 1889 zu einem entsprechenden Abkommen zwischen beiden Seiten geführt hatten. Zurück nach Bremen: Erwähnenswert ist schließlich eine Hilfsaktion der „Siegfried“ Ende Januar 1933,

als dieses Schiff die Bewohner der Unterweserinseln (Harriersand, Strohauser Plate, Elsflether Sand) mit Lebensmitteln versorgte<sup>131</sup>.

Im Zweiten Weltkrieg gingen zwar die Bremer Eisbrecher ihrer angestammten Tätigkeit nach, wurden jedoch hin und wieder für Sonderaufgaben herangezogen. So verwendete man 1942 die „Donar“ als Schlepper und Hilfsschiff für Wasserbauarbeiten im dänischen Hafen Korsør am Großen Belt. 1941 und 1942 diente der Dampfer außerhalb der Eissaison als Luftschutzwachtschiff<sup>132</sup>. Aber schon Ende 1941 hatte die Bremer Feuerwehr „Wodan“ und „Donar“ als Hilfs-Feuerlöschboote eingeteilt. Neben einer bereits vorhandenen bordfesten Pumpe mit einer Leistung von 1000 l in der Minute erhielt jedes Schiff noch eine Motor-Tragkraftspritze an Bord. „Donar“ stationierte man im Überseehafen, „Wodan“ an der Getreideanlage<sup>133</sup>. Vom September 1944 bis April 1945 schleppte schließlich „Donar“ Sektionen von U-Booten des neuen Typs XXI von Kiel nach Farge zum Bunker „Valentin“, wo diese zusammengesetzt wurden<sup>134</sup>. Als auch dieser Einsatz endlich vorüber war, hatten die drei bremischen Eisbrechdampfer den Krieg heil überstanden.

#### *Der Eisbrechdienst nach dem Zweiten Weltkrieg*

Das Kriegsende und die damit verbundene Liquidierung des Deutschen Reiches hatten auch für das Schifffahrtsverwaltungswesen Konsequenzen. Die Regierung in Berlin fiel als Zentralinstanz weg, aber die Wasserstraßendirektion Bremen setzte ihre Tätigkeit unter Aufsicht der amerikanischen Besatzungsmacht fort. Am 12. September 1947 kam die mittlerweile in See- wasserstraßendirektion umbenannte Behörde an die bizonale Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde am 1. April 1950 die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes mit dem Bundesverkehrsministerium als Dienstherrn eingerichtet, denen die jeweiligen Mittel- und Unterbehörden als Wasser- und Schifffahrtsdirektionen/WSD bzw. Wasser- und Schifffahrtsämter/WSA (letzte Bezeichnung galt bereits seit dem 1. November 1949) nachgeordnet wurden<sup>135</sup>. Diese Verwaltungsstruktur gilt noch heute, unbeschadet einiger in der Zwischenzeit vorgenommenen Umbildungen und Straffungen des Verwaltungsapparates.

Bereits 1942 hatte man festgestellt, daß die bremische Eisbrecherflotte überaltert war und den Anforderungen im Grunde nicht mehr genügte. „Wodan“ wurde als aufgebraucht eingestuft, aber da ein Ersatz illusorisch

131 StAB 4,33/10-441, Bd. II und StAB 4,33/10-302, Bd. III. Über das Abkommen zwischen Hamburg und Preußen vom 24.10.1889 s. Görz u. Buchheister (wie Anm. 1), S. 230 f.

132 Einzelheiten bei Ostersehlte (wie Anm. 58), S. 237–239.

133 StAB 4, 128-2.

134 S. Anm. 38.

135 Vogel (wie Anm. 39).

erschien, waren weitere Überholungen zur Verlängerung der aktiven Dienstzeit des Schiffes vorgenommen worden. Bei „Donar“ hatte man die bisherige Leistung vorübergehend auf 1000 PSi heraufgeschraubt. Bei „Till“, „Büren“ und „Welle“ waren Verstärkungen in der Außenhaut, bei den Spanten und Stringern vorgenommen worden, damit diese Dampfer den Anforderungen im Eis wenigstens halbwegs genügten<sup>136</sup>. Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, daß man sich nach dem Kriegsende nach Ersatzschiffen umzusehen begann.

Die erste Herausforderung für die bremische Eisbrecherflotte nach dem Krieg kam in Gestalt des recht strengen Winters 1946/47. „Donar“ war vom Januar bis März 1947 auf der Unterweser und der Hunte im Betrieb und befreite mehrere Schiffe aus dem Eis<sup>137</sup>. Auf dem Stromabschnitt zwischen der Stephanibrücke bis Dreye waren „Siegfried“ und „Wodan“ im Einsatz, bis diese beiden Dampfer durch Eis beschädigt wurden und durch Schlepper ersetzt werden mußten<sup>138</sup>. Das Treibeis erwies sich als sehr bedrohlich, denn das Weserwehr war beschädigt, und deshalb konnte der Fluß nicht teilweise abgesperrt und damit das Eis nicht aufgehalten werden, wie es bis dahin bei strengen Eiswintern praktiziert worden war. Ungehindert gelangten die sehr mächtigen Eisfelder stromabwärts und rissen am 18. März 1947 die beiden von amerikanischen Pionieren erbauten Notbrücken mit sich. Auch die Eisenbahnbrücke wurde durch treibende Trümmer beschädigt, so daß jede Verbindung zwischen Alt- und Neustadt vorübergehend unterbrochen wurde<sup>139</sup>.

Für den Eisbrecherdienst auf der Unterweser stellten die Amerikaner vier ehemals deutsche Schlepper zur Verfügung, die „Passat“, die „Gullosenfjord“, die „Puddefjord“ (1800 PS) sowie einen Dampfer mit dem exotisch klingenden Namen „Rabaul“<sup>140</sup>. Bei letzterem Schiff handelte es sich um einen Schlepper mit Eisbrecheigenschaften, der als Bau-Nr. 771 bei der noch heute bestehenden Werft Crichton-Vulcan/Wärtsilä-Concernen AB in Turku/Finnland<sup>141</sup> erbaut worden war. Die Kiellegung war am 5. November 1941, der Stapellauf am 5. August 1942 und die Probefahrt am 1. Februar 1943 erfolgt. Das Schiff (Länge über alles 47,9 m, Breite auf Spanten 9,5 m, Tiefgang ca. 4 m) wurde von einer Dreifachexpansionsmaschine von ursprünglich 800 PSi Leistung angetrieben. Der Vorsteven von „Rabaul“ war unterhalb der Wasserlinie schräg ausgebildet und begünstigte die Eisgängig-

136 StAB 4,33/10-302, Bd. III.

137 ADSM III A 622.

138 StAB 4,116-264.

139 S. Anm. 12; s. auch Fritz Peters, 12 Jahre Bremen 1945—1956, Bremen 1976, und Harry Schwarzwälder, Die Weserbrücken in Bremen. Ihr Schicksal von 1939 bis 1948, Bremen 1968 (Bremer Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, H.2.), S. 69 f.

140 StAB 5,6-0924. bb., Bd. 1 — Rabaul ist die Hauptstadt der Insel Neubritannien (heute Teil Papua-Neuguineas), von 1884/85 bis zum 1914 dt. Kolonie.

141 Heute Wärtsilä Marine Industries, Turku, and Perno Shipyards.



Abb. 7: Eisbrecher „Donar“ in Bremerhaven

keit des Dampfers. Er gehörte zu einer Serie von 15 Dampfschleppern<sup>142</sup>, die von den Sowjets nach dem Friedensschluß im Winterkrieg 1939/40 bestellt worden waren, aber im Zuge des 1941 auf deutscher Seite fortgeführten „Fortsetzungskrieges“ an die deutsche Kriegsmarine abgeliefert wurden<sup>143</sup>. In der Entstehungsgeschichte des Schiffes spiegelt sich treffend das damalige Schicksal Finnlands zwischen zwei totalitären Herausforderungen, der sowjetischen und der deutschen, wider. Bei der Kriegsmarine fuhr „Rabaul“ ab 1943 unter der Bezeichnung „Netztender 46“ und wurde nach Kriegsende amerikanische Beute<sup>144</sup>. Der Schlepper gehörte zu dem z. T. auch für deutsche Zwecke verfügbaren OMGUS (Office of the Military Government of the United States)-Bestand und war auf diese Weise an die Unterweser gelangt.

Aufgrund der Erfahrungen des strengen Eiswinters 1946/47 teilte man nun „Siegfried“ und „Wodan“ künftig nur noch für leichtere Eisbrecharbeiten in den Häfen und auf dem Strom sowie für Einsätze oberhalb des Wehres ein. Hinzu kamen seitens der Seewasserstraßendirektion Bremen Bemühungen, „Rabaul“ für den Eisbrechdienst auf der Unterweser zu halten. Mit 1,2 t pro Stunde verbrauchte das Schiff, dessen Maschinenleistung damals auf 1200 PSi erhöht worden war, 60 % weniger Kohle als „Donar“, und mit den Eisbrecheigenschaften des Schleppers war man auch zufrieden. Im Laufe des Jahres 1948 tauchten aber auch Überlegungen auf, das Schiff als Lotsendampfer zu beschäftigen, da in absehbarer Zeit der hierfür eingesetzte Fischdampfer „Bremerhaven“ (aufgrund der damaligen prekären Ernährungslage) wieder seinem ursprünglichen Zweck zugeführt werden sollte. Die Angelegenheit blieb erst einmal in der Schwebe. Man dachte zunächst noch an eine saisonal gebundene Doppelverwendung als Eisbrecher und Lotsenschiff, aber schließlich fiel im Januar 1949 die Entscheidung für den Umbau in einen Lotsentender. Beim Werftbetrieb des Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven baute man das Schleppgeschirr aus, richtete zusätzliche Unterkünfte für die Lotsen ein, installierte eine neue Schraube und verringerte die Maschinenleistung auf nunmehr 700 PSi. Am 6. April 1949<sup>145</sup> unternahm das Schiff unter dem neuen Namen „Ludwig Plate“, benannt nach dem damals kurz vor seiner Pensionierung stehenden bremischen

142 Datenblätter und Generalplan Archiv Wärtsilä, Turku.

143 Diese Schiffsklasse erwies sich offenbar als eine recht gelungene Konstruktion, denn nach der finnischen Niederlage 1944 bestellte die UdSSR weitere Schlepper dieses Typs, von dem im Zeitraum zwischen 1945 und 1955 („Bugrino“-Klasse) 27 Einheiten abgeliefert wurden, zunächst als Reparationsleistung, später als regulärer Auftrag. Außerdem bauten die Sowjets diesen Typ auf eigenen Werften, z. T. modifiziert und mit Dieselantrieb, in großer Stückzahl nach, was einem häufig praktizierten Verfahren in der sowjetischen Schifffahrt entspricht.

144 Gröner (wie Anm. 112), S. 826. Zu den deutsch-finnischen Beziehungen allgemein s. Michael Salewski, Staatsräson und Waffenbrüderschaft als Probleme der deutsch-finnischen Politik 1941–1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Heft 3, 1979, S. 370 ff.

145 StAB 4,116-264.

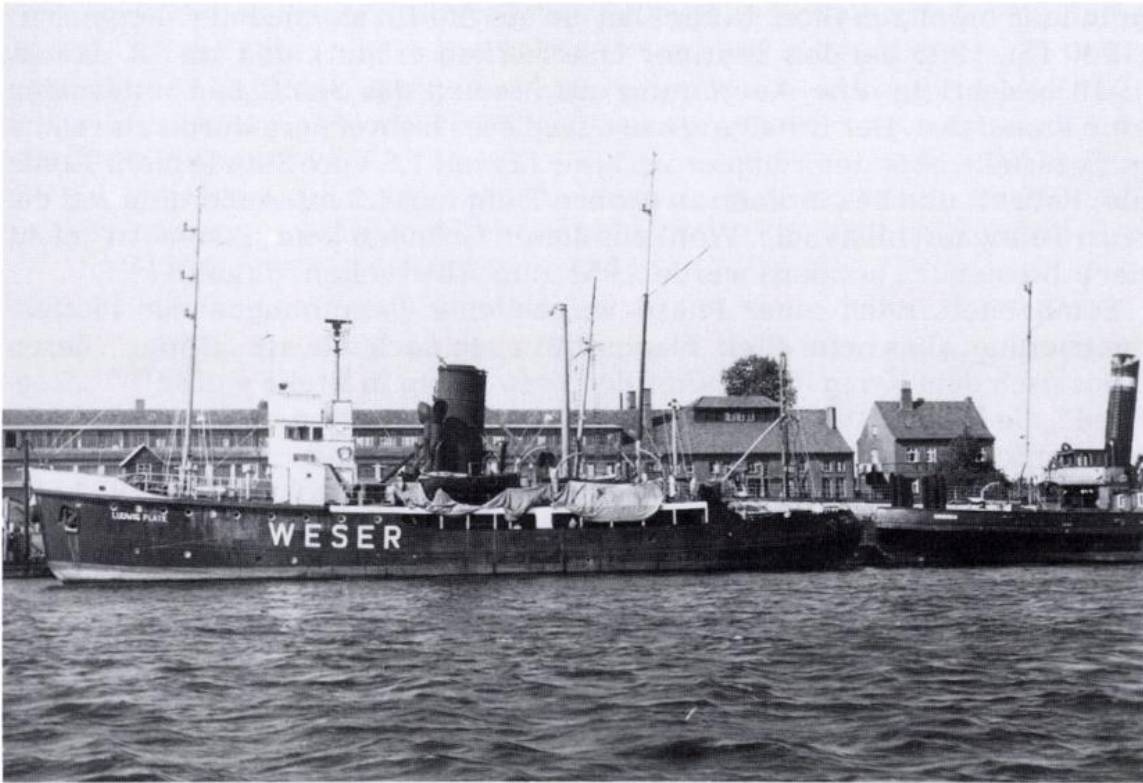


Abb. 8: Lotsendampfer „Ludwig Plate“ (ex Schlepper „Rabaul“) 1957 am Bauhof in Brake

Oberbaudirektor Plate (1883–1967)<sup>146</sup>, seine Probefahrt. Zwar tauchten bis 1959 immer wieder Überlegungen auf, das Schiff im Notfall als Eisbrecher auf der Unterweser zu verwenden, aber dies blieb rein hypothetisch<sup>147</sup>, denn „Ludwig Plate“ verblieb ausschließlich als Lotsentender in der Wesermündung<sup>148</sup>. Später kam das Schiff noch auf anderen deutschen Revieren zum Einsatz<sup>149</sup>.

Als Alternative zur „Rabaul“ wurde Ende Dezember 1948 der Gedanke erwogen, einen „echten“ Eisbrecher auf der Unterweser und in der Weser-

146 S. Herbert Schwarzwälder, *Berühmte Bremer*, München 1972, S. 203–230.

147 StAB 5,6-0924. bb., Bd. 1 und StAB 5,6-335.

148 Über „Ludwig Plate“ als Lotsentender in der Wesermündung s. Günther Spelde, *Geschichte der Lotsenbrüderschaften an der Außenweser und an der Jade*, Bremen 1986, S. 143 f.

149 1959 ersetzte das neue dieselelektrische Lotsenschiff „Gotthilf Hagen“ die „Ludwig Plate“. Nach anfänglichem Zögern übernahm die WSD Hamburg den Dampfer als Reserve für den Eisbrechdienst in der Elbmündung. 1962/63 kam „Ludwig Plate“ als Lotsenschiff nach Emden und wurde dort aufgebraucht. (StAB 5,6-0924.bb., Bd. 2, vgl. außerdem Bundesministerium für Verkehr, *Handbuch für die deutsche Handelsschifffahrt*, Jg. 1960–1962).

mündung bereitzuhalten. In Kiel lag die aus Stettin stammende „Pommern“ (1200 PSi, 1905 bei den Stettiner Oderwerken erbaut), und am 12. Januar 1949 besichtigte eine Abordnung aus Bremen das Schiff und unternahm eine Probefahrt. Der Erhaltungszustand dieses Eisbrechers wurde als relativ gut beurteilt, aber der Dampfer verbrauchte mit 1,9 t pro Stunde mehr Kohle als „Rabaul“ und besaß einen zu großen Tiefgang (4,9 m). Außerdem war die Ausrüstung unvollständig. Wohl aus diesen Gründen kam „Pommern“ nicht nach Bremen<sup>150</sup>, sondern wurde 1951 zum Abwracken verkauft<sup>151</sup>.

Somit blieb, nach einer Phase vergeblicher Bemühungen zur Flotten-erneuerung, alles beim alten. Flaggschiff blieb nach wie vor „Donar“, deren Basis nach dem Krieg der Bauhof der Verwaltung in Brake wurde<sup>152</sup>. „Siegfried“, die bereits 1927 eine neue Kesselanlage erhalten hatte, wurde 1951 an eine Schrottfirma im Bremer Industriehafen verkauft. „Wodans“ Maschinenanlage unterzog man noch 1950 einer Grundüberholung, und 1954 verkaufte man den Dampfer schließlich nach Düsseldorf, wo sich die Spur des Schiffes verliert<sup>153</sup>. Kurz zuvor, zu Beginn desselben Jahres, hatte „Wodan“ noch zusammen mit „Donar“ Eis gebrochen<sup>154</sup>.

Der nächste Eiseinsatz fiel in den Winter 1956 und dauerte von Ende Januar bis Mitte März. Auf der Weser trat erhebliches Treibeis, bisweilen sogar Fest- und Packeis auf, das die Schifffahrt sehr behinderte. „Donar“ und der 1952 erbaute, verwaltungseigene Schlepper „Balje“ (310 PS) waren auf der Unterweser an der Arbeit. „Balje“ hatte eine Spezienschraube für den Wintereinsatz erhalten. Außerdem zog man wiederum „Welle“ sowie die Tonnenleger „Langeoog“, „Möwe“ und die Schlepper „Nord“ sowie „Imsum“ heran. Auf den Nebenflüssen der Weser erfolgte der Eiseinsatz auch dieses Mal am Schluß der Eisperiode: „Donar“ und der Schlepper „Till“ brachen Anfang März die Hunte bis Oldenburg auf<sup>155</sup>.

Der letzte Winter, in dessen Verlauf es zum Dienst eines Eisbrechers auf der Unterweser kam, dauerte von Januar bis März 1963. „Donar“ war 73 Tage im Betrieb und befreite in der Außenweser einen Dampfer, ein Küstenmotorschiff und das Feuerschiff „Bremen“ aus dem Eis. „Welle“ sowie die Motorschlepper „Nord“, „Spring“ und „Tide“ (WSA Bremerhaven) sowie „Balje“, „Till“ und „Wapel“ (WSA Brake) und schließlich „Priel“ (WSA Bremen) unterstützten den alten Eisbrecher<sup>156</sup>.

Bereits vor diesem letzten Einsatz der „Donar“ war im Herbst 1962 festgestellt worden, daß nur umfassendere Reparaturen den Betrieb des betagten Schiffes für die folgenden Jahre sicherstellen könnten. Das wollte aber niemand verantworten, wahrscheinlich deshalb, weil es unwirtschaftlich gewe-

150 StAB 5,6-0924.bb., Bd. 1.

151 Prager u. Ostersehlte (wie Anm. 18), S. 262.

152 Ostersehlte (wie Anm. 58), S. 239.

153 S. Anm. 38.

154 Ostersehlte (wie Anm. 58), S. 239.

155 Einzelheiten bei Hartwig Wegener: Eisbrecharbeiten im deutschen Küstengebiet, in: Hansa Schifffahrt-Schiffbau-Häfen, 93. Jg., 1956, S. 2324–2332.

156 Bremer Nachrichten, 2.1.63 und 26.1.63.

sen wäre. Deshalb wurde „Donar“ an die in Schifffahrtskreisen bekannte Hamburger Abwrackfirma Eisen & Metall verkauft und im Frühjahr 1964 in Bremerhaven abgebrochen. Zufälligerweise lag an derselben Pier auch die „Ludwig Plate“, die ebenfalls von den Schneidbrennern zerlegt wurde<sup>157</sup>.

Mit dem Ende der „Donar“ ist der Eisbrecher als Schiffstyp für immer aus der bremischen Schifffahrt verschwunden. „Auf der Unterweser treten keine geschlossenen Eisflächen auf, die durchbrochen werden müßten. Die Schifffahrt wird nur durch riesige Eisfelder behindert, die aus nebeneinander schwimmenden Schollen bestehen. Sie können von jedem Schiff mit entsprechend starkem Antrieb beiseite geschoben werden. Die Lotsen, die wegen der eingezogenen Tonnen nachts auf der Außenstation blieben und erst im Morgengrauen die Anker lichten ließen, schickten dann die stärksten Frachter aus dem wartenden Pulk vorneweg mit Kurs Bremerhaven, die kleineren Schiffe folgten im Kielwasser.“<sup>158</sup> So beschrieb 1964 eine Bremerhavener Zeitung die veränderte Situation. Und in der Tat, die inzwischen auf neun Meter vertiefte Unterweser bringt keine Eisverhältnisse mehr hervor, die den heutigen modernen Schiffen mit ihren wesentlich leistungsfähigeren Antriebsanlagen gefährlich werden können. Hinzu kommen Versalzung und Aufwärmung durch Kraftwerke, sogenannte anthropogene Einflüsse, die bereits eingangs erwähnt wurden. Außerdem dürfte die säkulare Klimaerwärmung durch Verschmutzung der Atmosphäre (der sogenannte „Treibhaus-Effekt“) eine Rolle spielen. Die Erfahrungen aus den drei Eiswintern 1984/85, 1985/86 und 1986/87 haben gezeigt, daß auch bei strenger Witterung allenfalls auf dem Abschnitt oberhalb der Bremer Altstadt Eis gebrochen werden muß. Hierfür reichen aber die eisverstärkten Schlepper des WSA Bremen völlig aus<sup>159</sup>.

Zugegeben, verglichen mit den auch in der Vergangenheit technisch stets hochentwickelten Eisbrecherflotten Finnlands, Rußlands, Schwedens und Kanadas, nimmt sich die kleine bremische Eisbrecherflottille winzig und provinziell aus. Eine solche Gegenüberstellung ist aber abwegig. Die bremischen Verhältnisse lassen sich nur mit den anderen Eisbrechdiensten an der deutschen Küste und im Zusammenwirken mit den übrigen Bremer Schifffahrtsinstitutionen vergleichen, Einrichtungen, die gemeinsam stets für die Befahrbarkeit der Unterweser sorgen und damit bis auf den heutigen Tag den für unsere Stadt lebenswichtigen Handelsverkehr sicherstellen.

157 Ostersehlte (wie Anm. 58), S. 240.

158 Nordsee-Ztg., 26.2.64.

159 Otto Franzius, Der Eiswinter 1984/85 im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest, in: Festschrift zum Tag der offenen Tür der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest 9. Juni 1985, Aurich 1985, S. 331–379.

Tabelle 3: *Ausgaben für Betrieb und Unterhalt  
der bremischen Eisbrecherflotte, 1892/93–1898/99*

(Enthält ausschließlich die Kosten für Heuern und Betriebsstoffe für Probefahrten und Eiseinsätze sowie für das Zusammensetzen der Maschinen im Herbst und die Demontierung im Frühjahr, enthält nicht die Löhne für die Bewachung und Reparaturen während der Aufliegezeit in der eisfreien Saison)

Winter	Betrag (Mark)
1892/93	19 012
1893/94	20 101
1894/95	29 851
1895/96	7 291
1896/97	27 317
1897/98	8 592
1898/99	8 377

Der Eisbrechdienst selbst war abgabefrei

Quelle: Görz u. Buchheister (s. Anm. 1), S. 246.

Abb. 1, 3: Bremer Vulkan, Bremen-Vegesack; Abb. 2, 5, 6, 8: WSA Bremen;  
Abb. 4: Hafenbauamt, Bremen; Abb. 7: Karl-Heinz Schwadtke, Berlin.

## „Rebell“ Wilhelm Kaisen

*Sein Verhältnis zum SPD-Vorstand im Spiegel eines Briefwechsels zwischen Alfred Faust und Fritz Heine aus den Jahren 1950 bis 1956*

Von Renate Meyer-Braun

### I. Einführung

Auf den im folgenden abgedruckten Briefwechsel zwischen Alfred Faust, Pressesprecher des Bremer Senats von 1950 bis 1961, und Fritz Heine, Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstandes der SPD von 1946 bis 1958, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, stieß ich im Zuge von Recherchen für meine Dissertation über die Bremer SPD der 50er Jahre<sup>1</sup>. Dort habe ich bereits verschiedentlich aus diesen Briefen zitiert<sup>2</sup>. Auch Kurt Klotzbach hat sie in seiner etwa gleichzeitig erschienenen Gesamtdarstellung der Nachkriegs-SPD benutzt<sup>3</sup>. Zwischenzeitlich liegt das Manuskript einer dieses Jahr erscheinenden Studie von Karl-Ludwig Sommer über die Wiederaufrüstungsdebatte innerhalb der Bremer SPD vor, wo auf einen Teil dieser Briefe ebenfalls eingegangen wird<sup>4</sup>.

Die hier ausgewählten Briefe illustrieren die Kontroverse zwischen Wilhelm Kaisen und Kurt Schumacher über die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik<sup>5</sup> — auch durch ihre persönlich gehaltene Sprache —

- 1 In Buchform: Renate Meyer-Braun, Die Bremer SPD 1949—1959. Eine lokal- und parteigeschichtliche Studie, Frankfurt/New York 1982. Die Briefe befinden sich im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg, Sammlung Personalien unter „Faust“, wo noch eine Reihe weiterer Briefe derselben Verfasser zu anderen Themen bewahrt wird.
- 2 Bes. in Kap. VII, S. 211 ff.
- 3 Kurt Klotzbach, Auf dem Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945—1965, Berlin/Bonn 1982.
- 4 Karl-Ludwig Sommer war so freundlich, mich das Manuskript seiner Studie „Wiederbewaffnung im Widerstreit von Landespolitik und Parteilinie. Senat, SPD und die Diskussion um die Wiederbewaffnung in Bremen und im Bundesrat 1948/49 bis 1957/58“ benutzen zu lassen.
- 5 Zum Komplex SPD und Außenpolitik vgl. u.a. Rudolf Hrbek, Die SPD — Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und West-Integration (1945—1957), Bonn 1972; William E. Paterson, The SPD and European Integration, Farnborough, Great Britain und Lexington, Mass. (USA) 1974; Kurt Thomas Schmitz, Deutsche Einheit und Europäische Integration. Der sozialdemokratische Beitrag zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des programmatischen Wandels einer Oppositionspartei, Bonn 1978; Meyer-Braun, Kap. VII; Klotzbach (wie Anm. 3).

auf äußerst anschauliche Weise. Sie wurden nur geringfügig gekürzt, und zwar lediglich dort, wo es sich um Passagen handelt, die die Thematik nicht berühren.

Es melden sich nicht die beiden direkten Kontrahenten, der Präsident des Bremer Senats und der Vorsitzende der SPD, zu Wort, sondern ihre jeweiligen engsten Mitarbeiter, aus deren Blickwinkel sich der Konflikt hier darstellt. Dabei wird den Lesern deutlich, wie sehr sie sich jeweils mit ihrem „Chef“ identifizieren und wie sehr sie für ihn um Verständnis werben — das gilt besonders für Alfred Faust. Insofern vermag dieser Briefwechsel einem bekannten historischen Sachverhalt einen neuen Aspekt hinzuzufügen.

Zur Erleichterung des Verständnisses möchte ich kurz auf die historischen Zusammenhänge eingehen und dabei auch schon auf den Inhalt der einzelnen Briefe zu sprechen kommen.

Die SPD lehnte im Mai 1950 auf ihrem Parteitag in Hamburg mit großer Mehrheit den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat ab. Die Hauptbedenken der Sozialdemokraten galten der Tatsache, daß gleichzeitig mit der Bundesrepublik das Saarland, das seit 1945 unter französischem Protektorat stand, als eigenständiges Mitglied aufgenommen werden sollte, wodurch man das nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen verletzt sah. Zudem kritisierte die SPD, daß für die Bundesrepublik nicht die volle Gleichberechtigung im Verhältnis zu den übrigen Mitgliederstaaten vorgesehen war.

Dem sehr stark national argumentierenden Parteivorsitzenden Schumacher setzte Kaisen — auch öffentlich — Kritik entgegen. Da ihm das sozialdemokratische Parteiorgan, der „Neue Vorwärts“, nicht zur Verfügung stand, hatte er im Dezember 1949 in der Zeitung der holländischen Sozialisten, „Het Parool“, einen Artikel veröffentlicht, in dem er sich für den Beitritt zum Europarat aussprach und die unnachgiebige Linie Schumachers heftig kritisierte. Dieses brachte ihm außer einer scharfen Rüge des Parteivorstandes die Abwahl aus dem Parteivorstand auf dem Hamburger Parteitag ein<sup>6</sup>. „Die einzelnen Bezirke erhielten die Weisung, meinen Namen auf der Liste zu streichen“, schreibt Kaisen in seinen Erinnerungen nicht ohne bitteren Unterton, aber er sei „über die Entscheidung des Parteitages nicht verärgert“ gewesen<sup>7</sup>. Kaisen hielt trotz der einschränkenden Bedingungen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat für wichtig, damit das Mißtrauen des Auslandes gegenüber den Deutschen abgebaut werde.<sup>8</sup>

Auch in der Frage des Schuman-Plans, der zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl führte, sowie des Pleven-Plans zum Aufbau einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wich Kaisens Meinung scharf von der Schumachers ab. Die offizielle Position der SPD wird

6 Vgl. hierzu Schmitz, S. 75, Anm. 90.

7 Wilhelm Kaisen, *Meine Arbeit, mein Leben*, München 1967, S. 268.

8 Kaisens pro-europäische Haltung wird auch an der Tatsache deutlich, daß er in der MSEUE mitarbeitete, *Mouvement Socialiste pour les Etats Unis d'Europe* (Sozialistische Bewegung für ein Vereinigtes Europa), gegründet 1947 von André Philip. Die Haltung des Parteivorstandes zu dieser nichtstaatlichen Organisation war kritisch. Vgl. dazu Schmitz, S. 57, Anm. 211.

in einem Beschluß des Parteivorstandes vom 8. September 1951 deutlich, wo es hieß:

„Wie der Schuman-Plan die wirtschaftlichen Grundlagen des deutschen Volkes unter Vorspiegelung europäischer Ziele der Verfügungsgewalt fremder Nationen für 50 Jahre unterstellt, bringt der Plevin-Plan deutsche Menschen einseitig unter fremde Kommandogewalt.“<sup>9</sup>

Gegenüber dieser stark national gefärbten Argumentation betonte Kaisen ganz pragmatisch die unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen auch gerade der Hafen- und Handelsstadt Bremen, die es seiner Ansicht nach geboten, an den kommenden europäischen Gesetzen mitzuarbeiten, selbst auf die Gefahr hin, daß die grundlegende Ungleichheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen westeuropäischen Staaten noch nicht beseitigt sei. „Wollen wir abwarten und die Dinge auf uns zukommen lassen, oder wollen wir Anteil am Weltverkehr anmelden?“ fragte er<sup>10</sup>. Auch in diesem Fall äußerte der Bremer Bürgermeister seine abweichende Meinung öffentlich<sup>11</sup> und wurde wiederum wie bei dem Komplex Europarat vom Bundesvorstand der SPD gemäßregelt<sup>12</sup>, worüber er sich in einem Brief an Ollenhauer bitter beklagte<sup>13</sup>.

Angesichts dieser bundesweit bekannten positiven Einstellung Wilhelm Kaisens zu den europäischen Fragen erscheint es nicht verwunderlich, daß er auf der Jahrestagung der Europa-Union<sup>14</sup> 1950 in Köln — ohne sein Wis-

9 Zit. b. Schmitz, S. 102.

10 Brief Kaisens an Ollenhauer vom 25.4.1951, zit. b. Meyer-Braun, S. 214.

11 In einer Rede vor der Bürgerschaft — die auch in der überregionalen Presse erwähnt wurde — vom 22.3.1951 berichtete Kaisen über seine Frankreichreise und sprach sich „für den Schumanplan“ als „den Ausgangspunkt für die Errichtung einer europäischen Union“ aus. Bürgerschaftsprotokolle 1951, S. 140; vgl. Anm. 65.

12 Der Parteivorstand (PV) wandte sich in seiner Sitzung am 30.3.1951 scharf gegen Kaisens Äußerungen und verabschiedete einen Beschluß, in dem es u. a. hieß: „Der Parteivorstand mißbilligt aus diesem Grunde die Erklärung des Senatspräsidenten Kaisen, die im Widerspruch zur ablehnenden Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Schumanplan steht,“ in: Archiv der sozialen Demokratie, PV Protokolle 1951, zit. nach Manuskript Sommer. In diesem Beschluß des Parteivorstandes wurde auch festgestellt, „daß es den politischen Grundsätzen der SPD widerspricht, wenn es um deutsche Lebensfragen geht, regionale Interessen über das Interesse der gesamtdeutschen Wirtschaft zu stellen“. Communiqué der Sitzung des PV vom 31.3.1951, zit. nach Klotzbach, S. 207, Anm. 104.

13 „Es ist doch keine Kleinigkeit, sich nach 45jähriger opfervoller Tätigkeit von der Partei Rügen erteilen zu lassen, ohne daß ich überhaupt gehört wurde.“ Brief Kaisens an Ollenhauer vom 25.4.1951, in: Staatsarchiv Bremen (StAB) 3 — E.11. Nr. 201, zit. b. Meyer-Braun, Anm. 486.

14 Die Europa-Union Deutschland e.V., gegründet 1947 als deutsche Unterorganisation der Union Europäischer Föderalisten, verfolgt als überparteiliche und überkonfessionelle Organisation das Ziel einer europäischen Föderation auf der Basis des demokratischen Parlamentarismus. Erster Präsident war Eugen Kogon (vgl. Anm. 59), der Kaisen persönlich zu der Tagung in Köln eingeladen hatte.

sen — zum Vizepräsidenten vorgeschlagen und auch gewählt wurde (Dokument 1). Den Vorsitz der Bremer Gruppe dieser überparteilichen Vereinigung hatte Kaisen bereits 1949 übernommen<sup>15</sup>. Da war es schon erstaunlicher, daß sich Carlo Schmid, der doch als Mitglied des Parteivorstandes gerade den Beitritt zum Europarat abgelehnt hatte, vehement darum bemühte, als Vizepräsident der Europa-Union wiedergewählt zu werden. Er drohte sogar mit schwerwiegenden Folgen, falls der SPD-Vorstand durch Nicht-Berücksichtigung seiner Person düpiert werde<sup>16</sup>. Über die Wahl Kaisens an seiner Stelle zum Vizepräsidenten der Europa-Union fühlte sich Carlo Schmid so gekränkt, daß er die Tagung verließ, nicht ohne vorher von einem „Pyrrhussieg Kaisens“ gesprochen zu haben<sup>17</sup>. Kaisen nahm die Wahl übrigens nicht an. Auf dieses Vorkommnis bezieht sich Dokument 1, in dem Alfred Faust sich bemüht, Kaisen von dem Vorwurf zu befreien, der ständige „Oppositionsmann‘ gegen Kurt“ zu sein.

Auf die Ereignisse im Zusammenhang mit Europarat und Schuman-Plan greift Faust zurück, wenn er Kaisen davor schützen will, ein weiteres Mal Schwierigkeiten mit dem Parteivorstand zu bekommen (Dokument 3). Bei diesem dritten Fall handelt es sich um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die auf einen Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten René Pleven vom Herbst zurückgeht. Die Gründe für Schumachers Ablehnung der EVG, die oben schon kurz angedeutet wurden, waren im einzelnen die folgenden:

1. In der vorgesehenen supranationalen westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft sei die Bundesrepublik nicht gleichberechtigt. Es sei diskriminierend, den Generalvertrag, durch den das Besatzungsstatut aufgehoben werden sollte, d. h. durch den der Bundesrepublik Deutschland volle Souveränität gewährt werden sollte, an einen militärischen Beitrag Westdeutschlands zu knüpfen.
2. Eine Militarisierung der Bundesrepublik mache eine Wiedervereinigung unmöglich<sup>18</sup>.

15 Als Vorsitzender der Bremer Gruppe der Europa-Union erklärte er 1949, nur durch eine europäische Union könne die Furcht des Auslands vor der deutschen Tatkraft abgebaut werden, „Bremer Presse“ vom 9.11.1949. Vgl. hierzu Meyer-Braun, S. 213.

16 Kaisen, von dem Leiter der Kölner Tagung anschließend — am 11.12.1950 — über die Hintergründe informiert, drückte in einem Brief an Ollenhauer sein Befremden darüber aus, daß der Parteivorstand in diese Angelegenheit hineingezogen werde; schließlich stünde die Europa-Union nicht auf gleicher Ebene wie die Partei. Daß der Parteivorstand es Carlo Schmid gestattet habe, von einem „casus belli“ für den Fall seiner Nichtwiederwahl zu sprechen, falle auf die gesamte Partei zurück. Brief vom 13.12.1950, in: StAB 3 — V.12. Nr. 8 [16] Nr. 1, wo der gesamte Vorgang dokumentiert ist.

17 Die Bemerkung kommentierte Kaisen in dem in Anm. 16 erwähnten Brief mit den Worten: „Diese Äußerung läßt viele Vermutungen zu, ernste und alberne.“ Und an G. Milner, den Tagungspräsidenten in Köln, schrieb er: „In dieser Situation hat ihn (Carlo Schmid, die Verf.) sein Mutterwitz verlassen, sonst würde er sich gehütet haben, eine derartige Bemerkung von sich zu geben“, in: StAB, wie Anm. 16.

18 Vgl. hierzu Klotzbach, S. 215 ff.

Kaisen dagegen sah bei Nichtunterzeichnung der Verträge die Gefahr gegeben, „den Anschluß an den Westen zu verlieren“<sup>19</sup>. Die deutsche Frage werde erst durch die EVG zu einer europäischen Frage. Außerdem sei von einem geeinten Europa aus leichter mit Moskau zu verhandeln<sup>20</sup>. Dies entsprach ganz der Argumentationslinie Adenauers.

Kaisen sah die nationale Position Schumachers als überzogen an und hielt dementsprechend auch nichts von dessen bekanntem Ausspruch „Wer dem Generalvertrag zustimmt, hört auf, ein guter Deutscher zu sein“, was er auch gegenüber Pressevertretern andeutete. Wieder versuchte Alfred Faust, den Parteivorstand zu beschwichtigen (Dokument 3). Immerhin habe ja Kaisen nicht an der Zeremonie anlässlich der Unterzeichnung der Verträge teilgenommen, zu der die Ministerpräsidenten eingeladen waren. Auch habe er aus diesem Anlaß nicht öffentlich flaggen lassen, wie das Bundesinnenminister Lehr gewünscht hatte<sup>21</sup>. Kaisen habe sich also doch ganz parteikonform verhalten, nun dürfe der Vorstand ihm aber auch nicht jedes Mal „mit dem Bakel“ drohen, wenn er eine eigene Meinung äußere.

Faust versuchte auch vorsichtig, über Heine Schumacher zur Zurücknahme dieser Äußerung zu bewegen, da sie seiner Meinung nach der Partei in den künftigen Wahlkämpfen schaden werde (Dokumente 3 und 5). Er bekam aber von Fritz Heine eine kühle Abfuhr (Dokument 4).

Später, nach Eintritt der Bundesrepublik in die NATO, scheinen aber auch Kaisen Bedenken gekommen zu sein, was die Chancen einer Wiedervereinigung anging. Nach einem Besuch im NATO-Hauptquartier in Paris im Juli 1956 äußerte er sich im Senat recht ernüchert zu diesem Punkt. Auch war er offenbar besorgt über die fehlende Gleichberechtigung der Bundesrepublik<sup>22</sup>.

Kaisens Kontroverse mit der Parteispitze schadete seinem Ansehen in der Bremer Parteiorganisation in keiner Weise. Darauf weist auch Faust hin (Dokument 6). Das lag aber nicht etwa darin begründet, daß die Sozialdemokraten der Hansestadt Kaisens außenpolitische Position unterstützten, ganz im Gegenteil: Sie stellten sich ausdrücklich hinter die Beschlüsse von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion zur Ablehnung des Europarats und des Schuman-Plans. Ebenso deutlich verurteilten sie eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft<sup>23</sup>.

Auf einer Kreisdelegiertenkonferenz der Bremer SPD im Juni 1951 vertraten Kaisen und Ollenhauer ihre unterschiedlichen Positionen zum Schuman-Plan. Wie die „Bremer Volkszeitung“, das örtliche Parteiorgan, schrieb, hat-

19 Kaisen in einem Bericht über eine Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrats vom 14.5.1952, in: StAB 3 — R.1.n. Nr. 5 [21] Nr. 1, zit. b. Meyer-Braun, S. 217.

20 „Weser-Kurier“ vom 3.9.1954.

21 Vgl. hierzu auch Manuskript Sommer.

22 So Kaisen am 10.7.1956 im Senat, StAB 3 — R.1.n. Nr. 5 [21] Nr. 6 [1], s. auch Meyer-Braun, S. 218.

23 So der SPD-Fraktionsvorsitzende Richard Boljahn am 21.5.1952 in der Bürgerschaft; s. auch Meyer-Braun, S. 216.

ten Außenstehende mit einem Eklat in der Bremer SPD gerechnet, zu dem es aber nicht kam. „In den bürgerlichen Parteien versteht man nicht, daß bei bestimmten Gelegenheiten die Mitglieder der SPD die Meinung ihrer führenden Funktionäre ablehnen und im übrigen das volle Vertrauen zu ihnen haben können“, schrieb das Blatt<sup>24</sup>. Weiter heißt es dort:

„Als Kaisen zu sprechen begann, wurde er mit genauso nachhaltigem Beifall begrüßt wie vor ihm Ollenhauer. Als er am Ende war, glaubten wir, er habe die ganze Versammlung hinter sich, so klatschte man – und entschied doch beinahe einhellig gegen ihn.“

Kaisens Stellung als Präsident des Senats war in der Partei nahezu unumstritten<sup>25</sup>; er genoß so viel Vertrauensvorschuß, daß er sich ein Ausscheren aus der Parteilinie leisten konnte.

Im vorliegenden Briefwechsel wird auch das unterschiedliche Verhältnis Kaisens und Schumachers zu den Besatzungsmächten angesprochen (Dokument 3). „Kurt Schumachers Beziehungen zu den Franzosen waren von Anfang an schlecht und blieben es auch bis zu seinem Tode“, schreibt Edinger<sup>26</sup>. Den Amerikanern warf Schumacher vor, kein Verständnis für die deutschen Verhältnisse zu haben, während die Amerikaner ihrerseits in Kurt Schumacher den Bremser auf dem Weg der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem sahen<sup>27</sup>. „Kein anderer prominenter Politiker ist gegen die Alliierten, und zwar gegen alle vier, so aggressiv, so anmaßend und höhnisch aufgetreten wie Schumacher. Entsprechend war die Reaktion“, urteilt Theodor Eschenburg<sup>28</sup>.

Völlig anders dagegen war Kaisens Verhältnis zu den Besatzungsmächten. Der Bremer Bürgermeister argumentierte pragmatisch und frei von nationalen Ressentiments. So erfreute er sich denn auch großer Wertschätzung besonders bei den amerikanischen Stellen in Bremen, aber auch bei den anderen Alliierten<sup>29</sup>. Kaisen selbst beschreibt in seinen Memoiren geradezu hymnisch die gute Zusammenarbeit mit den Amerikanern, die schließlich dazu geführt habe, „daß aus Siegern und Besiegten allmählich Partner wurden, die ihre Anstrengungen darauf richteten, vor der Bevölkerung und vor dem Urteil der Geschichte zu bestehen“<sup>30</sup>.

Auf dieses gute Verhältnis weist Faust hin, wenn er Heine gegenüber stolz hervorhebt, daß die Außenminister der USA und Frankreichs, Acheson und

24 „Bremer Volkszeitung“ vom 26.6.1951.

25 Ein Distrikt (heute: Ortsverein) sprach dem Senat allerdings das Mißtrauen aus, weil seine Vertreter im Bundesrat sich für den Schuman-Plan ausgesprochen hatten, s. Protokoll des Distrikts Huckelriede des SPD-Kreisvereins Bremen vom 30.1.1952, im Besitz der Verfasserin. Im Senat war es zu dieser Mehrheit gekommen, weil Kaisen krank und Innensenator Ehlers auf Reisen war.

26 Lewis J. Edinger, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967, S. 248.

27 Ebd., S. 260 f.

28 Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945–49. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 177.

29 Vgl. hierzu Meyer-Braun, S. 33 ff.

30 W. Kaisen, Meine Arbeit, mein Leben, S. 206.

Schuman, Kaisen bei der feierlichen Unterzeichnung des Generalvertrages im Mai 1952 vermißt hätten (Dokument 3). Faust benutzt dieses kleine Vorkommnis quasi als Trumpf gegenüber dem Parteivorstand.

In den Dokumenten 6 bis 9 werden zwei weitere Themenkomplexe berührt:

1. der Antikommunismus innerhalb der SPD und
2. der Plan einer erneuten Kandidatur Kaisens für den Parteivorstand.

1. Die Briefe, soweit sie das erste Thema betreffen, sind Dokumente des emotionalen Antikommunismus, der auch in der SPD der 50er Jahre herrschte. Alfred Faust reagiert empört auf eine vom Parteivorstand unterstellte Affinität Kaisens zu einem bremischen Pastor, der die kommunistisch gesteuerte Zweite Warschauer Friedenskonferenz im Herbst 1950 besucht hatte. Die Heftigkeit der Reaktion, die Verbalinjurien, die er gegen diesen Pastor und auch gegen eine heute von der SPD geachtete Persönlichkeit wie Pastor Niemöller schleudert, sind Ausdruck eines Irrationalismus, wie er typisch für die Zeit des Kalten Krieges war. Nicht in die Nähe von Kommunisten gerückt zu werden, schien eines der obersten Anliegen der SPD zu sein.

Dabei konnte der Parteivorstand ausgerechnet Kaisen nicht des Liebäugelns mit der KPD bzw. SED beschuldigen. Man wußte in Bonn genau, daß er sich, abgesehen von Äußerungen in der ersten Nachkriegszeit<sup>31</sup>, stets deutlich von den Kommunisten in beiden Teilen Deutschlands distanziert hatte. So trat Kaisen u. a. vehement für die Beseitigung von Kommunisten aus dem bremischen öffentlichen Dienst ein und ließ sich dabei auch nicht durch rechtsstaatliche Überlegungen beirren<sup>32</sup>. Ganz offensichtlich benutzten Schumacher und Heine also die öffentliche Äußerung des Bremer Pastors Johannes Oberhof, Kaisen sei sein „Gesinnungsfreund“ (Dokument 6), nur als Vorwand, um wieder einmal Kaisen „eins auszuwischen“.

Es lohnt sich, den Fall des Pastors Oberhof etwas näher zu beleuchten. Dieser Johannes Oberhof, Jahrgang 1905, wurde nach zweijähriger Tätigkeit als Pastor an der Bremer St.-Martini-Gemeinde Anfang Dezember 1950 vom Dienst suspendiert, und zwar ganz offensichtlich wegen seiner Teilnahme an dem oben erwähnten Weltfriedenskongreß in Warschau<sup>33</sup> (Dokument 6). Diese Reise fand eine starke — überwiegend negative — Resonanz in der bremischen Öffentlichkeit. Die beiden Bremer Tageszeitungen, „Bremer Nachrichten“ und „Weser-Kurier“, berichteten in großer Aufmachung über

31 Z. B. äußerte sich Kaisen nach einer Reise nach Thüringen im Sommer 1946 durchaus auch anerkennend über die Aufbauleistungen in der sowjetisch besetzten Zone. Vgl. Meyer-Braun, S. 186.

32 Ebd., S. 191 ff.

33 Mein Antrag auf Einsichtnahme in die Konventsprotokolle der St.-Martini-Gemeinde sowie in die im „Haus der Kirche“, Bremen, sich befindende Personalakte Oberhofs wurde aus Gründen des Personenschutzes abgelehnt. Die Adresse des heute in Süddeutschland lebenden ehemaligen Pastors konnte man mir im „Haus der Kirche“ nicht mitteilen, obgleich Oberhof noch von der Bremischen Evangelischen Kirche seine Pension bezieht (Stand Juni 1986).

eine Versammlung im Kaminsaal des Bremer Rathauses am 30. November 1950, zu der Pastor Oberhof eingeladen hatte, um die Motive für seine Teilnahme am Warschauer Kongreß zu erläutern. Oberhof erklärte, er habe sich „aus christlicher Verantwortung davon überzeugen wollen, ob in Warschau Möglichkeiten gegeben sind, den Frieden zu erhalten“<sup>34</sup>. Vertreter des „Komitees der Kämpfer für den Frieden“<sup>35</sup> – daß dieses Komitee von der KPD dominiert war, bestritt Oberhof – hätten ihm zugesichert, er könne „völlig ungebunden als unpolitischer Beobachter teilnehmen“.

Während dieser Versammlung im Rathaus, auf die sich Faust offensichtlich in seinem Brief an Heine vom 17. Juli 1952 (Dokument 6) bezieht, kam es zu einem erregten Wortwechsel zwischen Oberhof und Alfred Faust, der als Diskussionsteilnehmer den Redner als einseitig und unfähig, den politischen Hintergrund zu erkennen, hinzustellen versuchte<sup>36</sup>. Faust stellte Fragen wie „ob er in der Ostzone nicht die schwerbewaffneten Volkspolizisten, die in die KZ gesperrten Deutschen, die in die Uran-Bergwerke gepreßten Arbeiter und die unter seelischem und materiellem Druck lebenden Bewohner gesehen und warum er hiergegen nicht Protest erhoben habe“<sup>37</sup>. Diese demagogischen Worte des Pressereferenten des Bremer Senats, die ganz sicher auch die damalige Wirklichkeit in der DDR grob verzerren, sprechen nicht gerade für politische Souveränität<sup>38</sup>.

Die sozialdemokratische „Bremer Volkszeitung“ sah in Oberhof den tragischen bzw. tragikomischen Fall eines Geistlichen, dessen „radikale Friedensbejahung“ ihn im kommunistischen Lager landen ließ<sup>39</sup>. Die Kommunisten könnten „zufrieden“ sein. Ihre „geschickte Taktik“ habe in Bremen einen Erfolg gehabt, der „einige Wellen“ schlage, schrieb das Blatt<sup>40</sup>.

Der Fall Pastor Oberhof, der so wichtig genommen wurde, daß eine Äußerung dieses Mannes Anlaß für eine Anfrage des SPD-Parteivorstandes in Bremen war, muß auch vor dem Hintergrund der beginnenden Wiederaufrüstungsdebatte des Jahres 1950 gesehen werden. Als Oberhof im Novem-

34 „Weser-Kurier“ vom 27.11.1950 mit einem früheren Bericht.

35 Es handelte sich um eine der KPD nahestehende Organisation.

36 „Weser-Kurier“ vom 1.12.1950: „Zwischen Glaube und Politik. Pastor Oberhof begründet seine Warschau-Reise“; „Bremer Nachrichten“ vom 1.12.1950: „Pastor Oberhofs umstrittene Warschau-Reise“; die sozialdemokratische „Bremer Volkszeitung“ berichtete am 2.12.1950 unter der Überschrift: „Tragischer Fall Pastor Oberhof“ über die Versammlung.

37 „Weser-Kurier“ vom 1.12.1950.

38 Daß sich Faust nicht scheute, auch zu Schlüpfrigkeiten zu greifen, um einen „Kommunistenfreund“ zu diffamieren, zeigt seine Äußerung in Dokument 6, Oberhof habe die Rückreise von Warschau „angeblich in Begleitung eines polnischen Kongreßmädchens angetreten“.

39 „Bremische Volkszeitung“ vom 2.12.1950.

40 Das KPD-Organ „Tribüne der Demokratie“ vom 7.12.1950 berichtete selbstverständlich völlig anders über den Fall und nannte seinerseits Alfred Faust „den Chef der bremischen Kriegshetzerzentrale“, dessen Beiträge auf der betreffenden Versammlung „so abscheulich und niedrig“ gewesen seien, „daß sich selbst seine Freunde schämten“.

ber 1950 nach Warschau reiste, war bereits seit Monaten, ausgelöst durch den Korea-Krieg, in der Öffentlichkeit die Frage eines deutschen Wehrbeitrages diskutiert worden.

Die SPD reagierte auf derartige Vorstellungen mit schroffer Ablehnung und forderte Neuwahlen, da der Bundestag 1949 unter anderen Voraussetzungen gewählt worden sei. In seiner scharfen Kritik an Adenauers Wiederaufrüstungskurs traf sich Kurt Schumacher mit Martin Niemöller, dem hessischen Kirchenpräsidenten und Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, den übrigens Oberhof offenbar als sein großes Vorbild ansah<sup>41</sup>. Es kam zu einer Zusammenkunft zwischen der SPD-Spitze und Pastor Niemöller, die von der Bundesregierung als Provokation empfunden wurde, wobei sich die FDP sogar dazu hinreißen ließ, Niemöller als „Propagandahelfer der Sowjets“ zu bezeichnen<sup>42</sup>. Angesichts dieser Tatsache mutet die wenig freundliche Erwähnung des Namens Niemöller in Fausts Brief an Heine vom 17. Juli 1952 (Dokument 6) — Oberhof wird dort als „übler Ableger von Pastor Niemöller“ bezeichnet — erstaunlich an. Sie ist nur so zu erklären, daß Faust ängstlich darauf bedacht war, auch nicht den geringsten Verdacht aufkommen zu lassen, Kaisen könne in die Nähe von moskaufreundlichen Äußerungen gerückt werden.

Auch wenn man als Sozialdemokrat ebenso wie die Kirchenmänner Niemöller und Oberhof und ebenso wie die Kommunisten gegen eine Remilitarisierung Westdeutschlands kämpfte, durfte doch die Abgrenzung zur KPD keineswegs verwischt werden. Andererseits weigerte sich Faust strikt, es Kaisen zuzumuten, sich in der Presse von Oberhof zu distanzieren und dadurch den „kommunistischen Tarn-Täufling“ (Dokument 7) aufzuwerten.

Wie schon an anderer Stelle deutlich wurde, stellte sich Faust auch in dieser Angelegenheit schützend vor Kaisen.

Der Hinweis im Brief vom 17. Juli 1952 (Dokument 6), er habe das dem sozialdemokratischen Innensenator Ehlers unterstellte Verfassungsschutzamt bemüht, um die vom Parteivorstand gewünschten Informationen über eine als kommunistisch geltende Organisation, nämlich die Sozialistische Aktion<sup>43</sup>, zu liefern, ist in diesem Zusammenhang ebenfalls von Interesse. Offenbar galt es im Kampf gegen den Kommunismus nicht als anstößig, sich

41 So Dr. Georg Huntemann, Pastor an St. Martini, in einem Telefongespräch mit der Verfasserin Mitte April 1986.

42 „Weser-Kurier“ vom 1.11.1950.

43 Die „Sozialistische Aktion“ wurde 1949 als „Sozialdemokratische Aktion (SDA)“ gegründet, mußte aber auf Intervention der SPD hin ihren Namen ändern. Sie war ursprünglich ein Zusammenschluß linker Sozialdemokraten, die die Frontstellung ihrer Partei gegenüber der KPD abbauen wollten und für eine Aktionseinheit beider Parteien eintraten. Diese Sozialdemokraten wurden mehrheitlich aus der Partei ausgeschlossen. Die Mitglieder der SDA wurden schließlich zu „mehr oder weniger bedingungslosen Anhängern der KPD-Politik“, Jürgen Seifert, Linke in der SPD 1945—1968, in: Die Linke im Rechtsstaat, Bd. 1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945—1965, Berlin 1976, S. 238. Die „Sozialistische Aktion“ wurde 1956 als Vereinigung, „die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet“, verboten (ebd.).

dieses „direkten Weges“ zwischen Parteifreunden zu bedienen, um sich Informationen zu verschaffen.

In diesen Zusammenhang paßt übrigens auch ein anderer Fall, der sich etwa zu derselben Zeit in Bremen abspielte. Ein von der eigenen Partei als unbequem empfundener sozialdemokratischer Bürgerschaftsabgeordneter — es handelte sich um Albert Müller — wurde von der SPD-Mandatskommission 1951 daran gehindert, wieder für die Bürgerschaft zu kandidieren. Als Begründung wurde angegeben, man habe „Erkenntnisse“ aus dem Hause des Innensenators, die zeigten, daß er auf einer Versammlung der hier erwähnten „Sozialistischen Aktion“ gesprochen habe. Ein vom Verfassungsschutz angefertigtes Tonband sei angeblich der Beweis. Wie sich schließlich herausstellte, war dem Verfassungsschutz eine Namensverwechslung unterlaufen, so daß der Betreffende rehabilitiert werden konnte<sup>44</sup>.

2. Zwei Jahre nach Kaisens Abwahl aus dem Parteivorstand wollte die Bremer Landesorganisation die Niederlage wieder wettmachen und Kaisen erneut als ihren Vertreter in das zentrale Parteigremium schicken. Gewitzt durch negative Erfahrungen — Faust spielt hier insbesondere auf die von Herbert Wehner in Hamburg initiierten Vorstöße gegen die „Bürgermeisterfraktion“ an (Dokument 6)<sup>45</sup> — sondierte er aber vorher in Bonn beim Parteivorstand, ob Chancen für eine Wiederwahl beständen. Abermals tritt Faust in der Rolle desjenigen auf, der Kaisen vor weiteren Schlägen bewahren will. Er möchte ihn „keinesfalls [. . .] einer zweiten Niederlage aussetzen“, wie er schreibt (Dokument 6). Einen Tag nach der Bremer Kreisdelegiertenversammlung am 5. August 1952, auf der über den einstimmigen Beschluß des Landesvorstandes, Wilhelm Kaisen als Kandidaten vorzuschlagen, entschieden werden sollte, rät Heine dringend von einer Wiederaufstellung Kaisens ab (Dokument 8).

Offensichtlich war aber Kaisen die Haltung des Parteivorstandes schon vorher bekannt, sonst hätte er am 5. August nicht seinen Verzicht bekanntgegeben. Er begründete dies mit Arbeitsüberlastung und betonte, daß für ihn die Einheit der Partei über alles gehe, auch wenn er in der Europapolitik eine andere Linie als Kurt Schumacher vertrete<sup>46</sup>. Diese versöhnlichen Worte verschafften offensichtlich Kurt Schumacher Genugtuung (Dokument 9).

Faust warnt vor negativen Rückwirkungen auf die Bremer Organisation für den Fall, daß Kaisen nicht wieder in den Vorstand gewählt werden würde. Dazu gab es aber meiner Ansicht nach keine Veranlassung, denn die Bremer SPD hatte bis dahin stets gelassen den Konflikt Kaisen-Schumacher verfolgt. Mir liegen keine Hinweise darauf vor, daß sie sich durch eine Nicht-Wiederwahl Kaisens zurückgesetzt gefühlt haben könnte.

44 Vgl. hierzu Meyer-Braun, S. 187 ff.

45 Vgl. hierzu Paterson, S. 39, und Schmitz, S. 74, Anm. 84.

46 „Bremer Volkszeitung“ vom 9.8.1952: „Im Vorblick auf den Dortmunder Parteitag“, ein Bericht über die Kreisdelegiertenversammlung vom 5.8.1952.

Alfred Faust versucht, besonders mit *einem* Argument Heine einen erneuten Einzug Wilhelm Kaisens in die Parteizentrale schmackhaft zu machen: mit seiner Nützlichkeit für den Fall, daß die SPD nach der nächsten Bundestagswahl im Jahre 1953 eine Regierungskoalition eingehen werde (Dokument 6). Ob Faust dabei an eine Große Koalition oder an eine sozialliberale Koalition mit der FDP dachte, bleibt dahingestellt. Mir scheint der Gedanke an eine Regierungsbeteiligung der SPD zu diesem Zeitpunkt recht gewagt zu sein. Die Gründe, die im August 1949 dazu führten, daß Kurt Schumacher und mit ihm die Mehrheit der Partei eine Große Koalition ablehnten, galten schließlich immer noch. Oder rechnete Faust im Juli 1952 mit dem baldigen Ableben des schwer erkrankten Parteivorsitzenden und dachte bereits an die Zeit danach? (Tatsächlich starb Schumacher am 20. August des Jahres.)

Wilhelm Kaisen hatte nach der ersten Bundestagswahl zu der Minderheit gehört, die es übrigens auch in der CDU gab, die für eine Große Koalition eintrat<sup>47</sup>. Dieses und die Tatsache, daß Kaisen in Bremen bereits seit fünf Jahren mit der FDP und seit einem Jahr zusätzlich mit der CDU zusammen regierte, mochten ihn in Fausts Augen bestens geeignet erscheinen lassen, dem Bonner Parteivorstand Ratschläge für den Umgang mit bürgerlichen Koalitionspartnern zu erteilen. 1951 hatte Kaisen, ohne daß der Ausgang der Bürgerschaftswahl es erforderlich gemacht hätte, zugestimmt, auch die CDU mit in den Senat hereinzunehmen<sup>48</sup>. Die Bremer FDP hatte nämlich die Erweiterung der Senatskoalition um die CDU zur Bedingung ihrer weiteren Mitarbeit gemacht, obgleich die Christdemokraten starke Stimmeinbußen erlitten hatten. Widerstände an der Parteibasis gegen eine Beteiligung der CDU hatte Kaisen überwinden können.

Die guten Worte, die Faust für seinen Bürgermeister einlegte, hinderten bekanntlich den Parteivorstand nicht daran, abzuwinken (Dokument 8). Schumacher teilt seine Meinung nicht etwa direkt seinem Kritiker Kaisen mit – auch wenn er gesund gewesen wäre, hätte er das nicht getan –, sondern wieder wird die Ebene darunter eingeschaltet. Überhaupt scheint die Zahl der Briefe, die Kaisen und Schumacher direkt wechselten, relativ klein zu sein. Auch Kaisen wandte sich allem Anschein nach häufiger an Ollenhauer oder Heine als an den Parteivorsitzenden selbst.

Die letzten drei Briefe (Dokumente 10–12) stammen aus den Jahren 1955/56<sup>49</sup>. In ihnen geht es um die Enttäuschung Kaisens und seines Vertrauten Faust darüber, daß der Parteivorstand den persönlichen Anteil Kaisens an dem hohen Wahlsieg der Bremer SPD bei der Bürgerschaftswahl 1955 nicht gewürdigt hatte.

Erstmalig in ihrer Geschichte errangen die Bremer Sozialdemokraten 1955 mit 52 Sitzen im Landesparlament die absolute Mehrheit der Mandate.

47 Vgl. hierzu Klotzbach, S. 190, und Adenauer, Erinnerungen, S. 215.

48 Zum Ausgang der Bürgerschaftswahl 1951 und zur Bildung des Senats vgl. Meyer-Braun, S. 65 ff.

49 Für die Zwischenzeit (1953–1954) fanden sich im Archiv der sozialen Demokratie, Sammlung Personalien, Buchstabe F, keine Briefe.

(Die absolute Mehrheit der Stimmen verfehlten sie mit 47,8% nur relativ knapp.) Nach überwiegender Meinung aller Parteien in Bremen war das Wahlergebnis ein Sieg Kaisens<sup>50</sup>. Die SPD hatte mit dem Slogan „Darum: Für Bremen weiter mit Kaisen“ einen stark personalisierten Wahlkampf geführt<sup>51</sup> und seine Person als „das Paradedepferd des Landes Bremen“ eingesetzt<sup>52</sup>. Ganz zweifellos hatte die von allen Parteien auch überregional respektierte Vaterfigur Kaisen erheblich zu dem Wahlerfolg beigetragen. So erscheint es in der Tat kleinlich, daß der Parteivorstand kein an Kaisen persönlich adressiertes Glückwunschtelegramm nach Bremen schickte, sondern lediglich der Partei gratulierte.

Fausts Einschätzung der bundespolitischen Bedeutung der Bürgerschaftswahl weicht interessanterweise von derjenigen des SPD-Landesvorsitzenden Christian Paulmann in auffallender Weise ab. Während Faust es schlicht abstritt, daß in Bremen auch ein Sieg über die Adenauersche Außenpolitik des NATO-Beitrittes errungen worden sei (Dokument 10), betonte Paulmann in einer ersten Stellungnahme: „Zugleich zeigt das Wahlergebnis eine Abkehr weiter Kreise von der Außenpolitik der Bundesregierung [. . .]“<sup>53</sup> Faust wollte wohl ganz offensichtlich verhindern, daß durch das Herstellen eines solchen Bezuges Kaisens Verdienste geschmälert würden. Denn schließlich vertrat der Bremer Bürgermeister ja seit Jahren in der Außenpolitik eine Linie, die von derjenigen Adenauers nicht weit entfernt war.

Seine eigene Kränkung darüber, daß der „Vorwärts“ seinen Artikel über den Ausgang der Bürgerschaftswahl zusammengestrichen hatte, stellte Faust zurück hinter die „Schmach“, die Wilhelm Kaisen angetan wurde. Er bittet nicht für sich, sondern für Kaisen um Genugtuung (Dokument 10, vorletzter Absatz), ist aber dann doch hochofret, als Heine ihm ein halbes Jahr später (!) mitteilt, er mißbillige das Vorgehen des „Vorwärts“-Redakteurs nachträglich (Dokument 11). Eine kleine Spitze kann Faust sich dann allerdings doch nicht verkneifen, wenn er schreibt, der betreffende Redakteur habe sicherlich in gutem Glauben gehandelt, als „er den Anteil Kaisens am Wahlerfolg schmälerte“ (Dokument 12).

Das Unbehagen über den „Rebell“ Kaisen, der es übrigens stets abgelehnt hat, den vorhandenen Widerstand gegen Schumacher organisatorisch zu verfestigen<sup>54</sup>, scheint bei ehemaligen Mitgliedern des Parteivorstandes noch lange nachgewirkt zu haben, auch als das außenpolitische Ruder der SPD längst herumgeworfen war. So befürchtete Gerhard Weißer noch 1977,

50 Siehe Veröffentlichung im „Weser-Kurier“ und in den „Bremer Nachrichten“ vom 10.10.1955, dem Tag nach der Wahl.

51 Zum Komplex Bürgerschaftswahl 1955 vgl. Meyer-Braun, S. 82 f.

52 So Arbeitssenator van Heukelum (SPD) auf einer Wahlversammlung in Bremerhaven, s. „Nordsee-Zeitung“ vom 23.9.1955.

53 „Weser-Kurier“ vom 10.10.1955.

54 So ging er auf den Vorschlag zu einer engeren Zusammenarbeit der Oppositionellen, den ihm Erich Roßmann, ehemaliger Generalsekretär des Länderrats der amerikanischen Besatzungszone, später Intendant des Süddeutschen Rundfunks, 1950 machte, nicht ein, s. Schmitz, S. 75, Anm. 90.

Kaisen könnte durch bestimmte Äußerungen in der Öffentlichkeit dem Andenken Kurt Schumachers Schaden zufügen<sup>55</sup>. Vielleicht hat die Tatsache, daß Kaisens Meinung sich schließlich von einer Minderheitsposition zu einer Mehrheitsposition in der SPD entwickelte, bei einigen alten Freunden Schumachers die Angst hervorgerufen, der erste Vorsitzende der Nachkriegs-SPD könne von der Nachwelt in ein falsches Licht gerückt werden.

Versucht man, den hier vorgelegten Briefwechsel zu würdigen, so läßt sich sagen, daß er zwar keine grundlegend neuen Erkenntnisse über die Argumentationsmuster in der innerparteilichen Kontroverse Kaisen-Schumacher bringt, daß er aber die beteiligten Menschen in ihrer subjektiven Empfindlichkeit und Emotionalität zeigt. Persönliche Briefe zwischen politisch Handelnden stellen einen Quellentypus dar, der — anders als z. B. Akten — Einblick in die menschliche Dimension von politischen Konflikten erlaubt. Durch die Feder der engsten Vertrauten der beiden Hauptakteure erfahren wir etwas von der Verbitterung, die das Verhältnis Kaisens zu Schumacher überschattete. Aus den Briefen wird deutlich, daß Faust und Heine einander gut kannten und sich gegenseitig vertrauten; deshalb konnten sie es sich leisten, derart offene und gelegentlich harte Worte zu benutzen. Dabei nahmen die Verfasser der Briefe ihre eigene Person ganz zurück im Interesse der jeweiligen Hauptperson und fungierten auf diese Weise gleichsam als Dolmetscher; das gilt besonders für Faust. Man kann sagen, sie übernahmen stellvertretend die Aufgabe, die Sprachlosigkeit zwischen den beiden Exponenten zweier unterschiedlicher politischer Positionen zumindest teilweise aufzuheben. Das zu verdeutlichen, macht den Reiz dieser Briefe aus, deren Verfasser insofern eine wichtige innerparteiliche Funktion hatten.

## II. Dokumentation

Nr. 1 *Alfred Faust an Fritz Heine*

19. Dez. 1950

Lieber Fritz Heine!

[. . .] Der Hauptgrund, warum ich Dir heute schreibe, ist die Angelegenheit der Europa-Union<sup>56</sup>. Du hast ja die Presseberichte über die Kölner Tagung<sup>57</sup> zur Verfügung. Ich sehe, daß das Zwischenspiel Kaisen — Carlo

55 Gerhard Weißer schrieb am 17.5.1977 an Dr. J. Grunwaldt, Friedrich-Ebert-Stiftung, über ein Fernsehinterview mit Kaisen, das zu dessen 90. Geburtstag gesendet worden war: „[. . .] diejenigen, die dieses Interview gesehen haben und nicht näher Bescheid wissen, werden nun ein noch mehr getrübttes Bild der Persönlichkeit und des Wollens Kurt Schumachers haben“. Archiv der sozialen Demokratie, Sammlung Personalien unter „Kaisen“, zit. b. Meyer-Braun, S. 291, Anm. 483.

56 S. Anm. 14.

57 Gemeint ist die Jahreshauptversammlung der Europa-Union im November 1950.

Schmid eine Publizität gefunden hat, die es nicht verdient. Doch habe ich den Eindruck, daß in Hannover<sup>58</sup>, d. h. bei Dir und bei Kurt, vielleicht ein Eindruck entstanden ist, der in keinem Verhältnis zu der Sache steht.

Was ist passiert? Wilhelm war von Kogon<sup>59</sup> zur Kölner Tagung eingeladen, ging aber nicht hin. Ebensovwenig, wie er Einladungen nach Straßburg<sup>60</sup> folgte. Nach einem Bericht, den wir aus Hamburg<sup>61</sup> erhielten, hat sich die Angelegenheit der ominösen Wahl wie folgt abgespielt:

In den Vorbesprechungen des Vorstandes war Wilhelm nicht als Vizepräsident in Aussicht genommen. Bei der Wahl im Plenum (Du weißt ja, wie solche unvorhergesehenen Zwischenfälle passieren können) rief ein Teilnehmer der Bremer Delegation (die einzelnen Herren sind uns unbekannt)<sup>62</sup> den Namen Wilhelm Kaisen in die Wahlhandlungen hinein. Die Nennung des Namens wurde mit starkem Beifall begleitet, was lediglich auf die Beliebtheit Wilhelms zurückzuführen ist, was aber das verdatterte Präsidium als ein „Votum des Volkes“ aufnahm und nicht die Geistesgegenwart hatte, zu erklären, daß Kaisen ja an der Tagung nicht teilgenommen und um sein Einverständnis mit seiner Kandidatur nicht gefragt wurde.

Das Ergebnis der Abstimmung kennst Du. Auch die Verlegenheit des Präsidiums, das sich in einen vierten Vizepräsidenten rettete<sup>63</sup>. Der Hamburger Korrespondent teilte bei dieser Gelegenheit noch mit, daß er gehört habe, wie Carlo Schmid zu einer Gruppe sagte: „Das ist ein Pyrrhus-Sieg Kaisens!“ Der Ausspruch verrät keine hochgradigen Freundschaftsgefühle für Kaisen, aber immerhin, ich kann verstehen, daß Carlo so reagierte.

Ich glaube, Dir gegenüber nicht besonders betonen zu müssen, daß Wilhelm nicht im geringsten an diesem Zwischenfall beteiligt ist oder sich darüber freut. Im Gegenteil, er hat, sobald ihm die Zeitungsmeldung, daß er zum Vizepräsidenten der Europa-Union gewählt war, einen Brief an Kogon geschrieben, daß er darauf verzichtet. Ferner hat er im Senat den Vorfall vorgetragen und auch sofort erklärt, daß er nicht die Absicht habe, diesen neuen Posten noch zu den vielen anderen zu übernehmen. Wir fanden es

58 Bis zum Umzug nach Bonn war Hannover Sitz des Parteivorstandes der SPD.

59 Der bekannte Publizist und Hochschullehrer (1903–1987) war von 1949–1953 erster Präsident der Europa-Union Deutschland e. V.

60 Unmittelbar vor der Tagung der Europa-Union hatte in Straßburg ein Treffen der MSEUE stattgefunden, zu dem Kaisen trotz Einladung nicht gefahren war. Der SPD-Vorstand hatte zu diesem Treffen „Beobachter“ entsandt.

61 Gemeint ist offenbar der Brief von G. Milner, Anm. 17.

62 Briefe der beiden Bremer Delegierten der Jahrestagung der Europa-Union in Köln, in denen Einzelheiten über die Wahl Kaisens zum Vizepräsidenten berichtet werden, in: StAB 3 — V.12. Nr. 8 [16]. Einer der Delegierten hatte Kaisen zum Vizepräsidenten vorgeschlagen, irrtümlich davon ausgehend, daß dieser sich telefonisch zu einer Kandidatur bereiterklärt hatte. Eine Kampf Abstimmung zwischen Kaisen und Carlo Schmid war nicht intendiert gewesen. Vgl. zu diesem Komplex auch Manuskript Sommer.

63 Zum vierten Vizepräsidenten, der ursprünglich nicht vorgesehen war, wurde Carlo Schmid gewählt.

alle richtig, daß er seinen Verzicht aussprach, und ich selber finde es noch insbesondere richtig, daß Wilhelm nicht irgendwo als der „Boxkämpfer“ gegen Hannover aufgefaßt wird. Die Rolle liegt ihm nicht und nichts steht ihm und mir ferner, ihn in eine solche Oppositionsrolle hineinzudrängen. Ich schreibe es Dir ausdrücklich, weil der Ausspruch von Carlo die Vermutung aufkommen lassen könnte, daß in maßgebenden Kreisen des Vorstandes oder der Fraktion man Wilhelm als den abgestempelten „Oppositionsmann“ gegen Kurt auffassen könnte oder möchte.

Solltest Du einmal nach Bremen kommen können, so möchte ich gern (sicher auch Wilhelm) diese Fingerspitzen Dinge mit Dir besprechen. Gerade der Vorfall in Köln und noch mehr der Applaus, der auf die Nennung von Wilhelms Namen erfolgte, lassen mich befürchten, daß in einigen Kreisen an der Peripherie unserer Partei eine solche, völlig abwegige Auffassung Platz gegriffen hat.

Sollte ich Dich in diesem Jahr nicht mehr sehen, dann Dir und den Freunden in Hannover herzliche Glückwünsche zum Fest und zum Neuen Jahr.

In alter Freundschaft

Alfred Faust

Nr. 2<sup>64</sup>

20.2.1951

[. . .] Kaisen und Frau und Alfred Faust fahren am 1. März nach Bordeaux und Paris zu einem offiziellen Staatsbesuch<sup>65</sup>, bei dem sie von Pleven<sup>66</sup> und anderen empfangen werden. Ich habe Faust gebeten, dafür zu sorgen, daß

64 Diese Zeilen finden sich in einer längeren Notiz mit dem Titel „Die Situation in Bremen“, die von Heine am 20.2.1951 angefertigt wurde. Sie gibt Interna aus der Bremer Parteiorganisation wieder und diente offenbar der Information des Parteivorstandes. Es werden verschiedene Gruppen innerhalb der Bremer SPD beschrieben, wie sie „von einem Kenner der Verhältnisse [. . .] geschildert“ werden (so heißt es einleitend in diesem Schriftstück). Interessant im Zusammenhang mit dem vorliegenden Briefwechsel ist Punkt 3, der wie folgt lautet:

„Der Kreis um Kaisen: Kaisens Autorität als Senatspräsident ist absolut unumstritten, auch in den Parteikreisen, die ihn aus anderen Gründen ablehnen. Auch im Senat selbst hat er sich eine Autorität gewahrt, obwohl Wolters und andere in Opposition zu ihm stehen (das ist jedoch nur eine kleine Gruppe von 3 – 4 Mann, die nicht so sehr aus politischen Gründen gegen ihn sind, wie deshalb, weil Kaisen doch erhebliche Alterserscheinungen zeigt und mit Ausnahme von einigen wichtigen Dingen, die er beherrscht, alle anderen Probleme nicht behält, rasch vergißt oder nicht versteht).

Trotz allen Ansehens, das Kaisen als Senatspräsident genießt, wird er in der Partei ‚nicht gemocht‘. Nicht nur deshalb, weil er ein schlechter Redner ist, sondern weil er auch keinen Kontakt mit der Partei hat und kein echtes Verhältnis zur Masse der Mitglieder bekommt.

Zu Kaisens unbedingten Anhängern gehören selbstverständlich Alfred Faust und aus der Gruppe der älteren Senatoren vor allem Theil und Ehlers. Ehlers wird für den Fall des Ablebens oder Ausscheidens von Kaisen als der Nachfolger für den Senatspräsidenten angesehen.“

keine Erklärungen abgegeben werden, mit denen die Partei nicht einverstanden sein kann<sup>67</sup>, wenn, dann geschähe das auf die Gefahr hin, daß wir ihre Äußerungen als die Partei nicht bindende, mit ihrer Neigung im Widerspruch stehende Privatansicht desavouieren würden.

Nr. 3 *Alfred Faust an Fritz Heine*

29. Mai 1952

Lieber Fritz!

Hör mal zu, ich will Dir erzählen, wie so etwas<sup>68</sup> zustande kommt, dann fallen Dir die Schlußfolgerungen oder besser die Nichtschlußfolgerungen leichter.

Der blöde Rundbrief von Lehr<sup>69</sup> platzte in eine Senatssitzung hinein. Der Senat nahm sofort Stellung und lehnte einmütig einschließlich der bürgerlichen Senatoren<sup>70</sup> ab, sowohl zu flaggen als auch schulfrei zu gewähren.

65 Über diesen Besuch berichtete Kaisen in einer Sondersitzung der Bürgerschaft am 22.3.1951 (vgl. Anm. 11). Wie Heine befürchtet hatte, äußerte sich Kaisen in einer Weise, die dem Parteivorstand nicht lieb sein konnte, zwar nicht während der Reise, so doch anschließend in dieser Sondersitzung.

Kaisen berichtete über seine Besuche in Paris, Le Havre und Rouen (Bordeaux erwähnte er übrigens nicht), die von dem Ziel geleitet worden seien, die bremischen Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreich zu verbessern sowie eine Lockerung der Schiffbaubeschränkungen zu erreichen. In diesem Zusammenhang sagte er wörtlich: „Als den Ausgangspunkt der Errichtung einer europäischen Union trete ich daher für den Schuman-Plan ein, aus den gleichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten, aus denen ich auch damals für die Organisation in Straßburg (Europarat, die Verf.) eingetreten bin, weil ich hoffe, daß diese durch den Schuman-Plan neue Impulse erhält. Wenn unser Volk wieder Kraft und Leben gewinnen soll, dann ist dies nur im Zusammenwirken mit anderen Völkern zu erreichen, und zwar durch eine Politik, die die unwiderstehliche Macht der Wirtschaftsgesetze besser beherzigt als bisher.“ Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1951, S. 140.

66 René Pleven, französischer Ministerpräsident 1950–1951.

67 Heine dachte hier sicherlich an Kaisens Eintreten für den Europarat im Jahr zuvor.

68 Gemeint ist Kaisens weiter unten im Brief erwähnte kritische Bemerkung zu Schumachers Ausspruch „Wer diesem Generalvertrag zustimmt, hört auf, ein guter Deutscher zu sein“. Schumacher hat diesen Satz am 22.5.1952 in einem Interview mit der Nachrichtenagentur United Press gesagt, vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Frankfurt 1967, S. 516.

69 Robert Lehr (1883–1956), von 1950 bis 1953 Bundesinnenminister, hatte in einem Rundbrief den Regierungen der Bundesländer vorgeschlagen, aus Anlaß der Unterzeichnung des Deutschland- oder Generalvertrages am 26.5.1952 — der Vertrag knüpfte die Revision des Besatzungsstatus an die Stellung eines westdeutschen Truppenkontingents —, die öffentlichen Gebäude zu beflaggen und nach einer Unterrichtung der Schülerschaft über die Bedeutung des Tages schulfrei zu gewähren.

70 Neben sieben SPD-Senatoren gab es zu der Zeit drei FDP-Senatoren, zwei CDU-Senatoren sowie einen parteilosen Senator (s. Anm. 48).

Somit war Bremen wohl das erste Land, das die Aufforderung Lehrs ablehnte. Doch haben wir die Stellungnahme des Senats nicht sofort veröffentlicht, um in der Zwischenzeit mit den Nachbarländern Fühlung zu nehmen über deren Verhalten.

Als am Abend die Korrespondenz-Büros erfuhren, daß der Hamburger Senat ebenfalls abgelehnt hatte, der Aufforderung Lehrs Folge zu leisten, überfielen uns die Hamburger Korrespondenten von AP und UP, um die Stellungnahme des Bremer Senats zu erfahren. Ich teilte ihnen in meinem persönlichen Namen mit — da ich über den Beschluß des Senats, noch nichts an die Presse zu geben, nicht hinwegschreiten wollte —, daß es nach meiner Ansicht unsinnig sei, von den Lehrern zu fordern, daß sie vor Schulkindern über ein Vertragswerk referieren, das selbst für Berufspolitiker ein Buch mit 7 Siegeln sei.

Ich wollte durch diese persönliche Auskunft in erster Linie verhindern, daß die Korrespondenz-Büros Wilhelm Kaisen anriefen, um von ihm seine persönliche Stellungnahme zu erfahren.

In der Nacht jedoch, als die Bremer Zeitungen über AP oder UP von der Bremer Stellungnahme erfuhren, überfielen sie Wilhelm im Hause, trommelten ihn aus dem Bett und wollten unbedingt für die Morgenausgabe seine persönliche Stellungnahme zu dem Fall erfahren. Bei diesem Anlaß kam auch die Zwischenfrage: „Wie denken Sie über Schumachers Ausspruch. . .?“<sup>71</sup> na, Du weißt schon. Dabei sagte Wilhelm, daß er diesen Ausspruch für recht extrem hielt und fügte auch hinzu, daß er wahrscheinlich aus dem Zusammenhang gerissen sei.

Was Wilhelm in Wirklichkeit gesagt hat, geht am klarsten aus dem Bericht des Bremer Korrespondenten Milau von der „Welt“ hervor. Ich lege Dir diesen Ausschnitt hier bei, die einzige authentische Äußerung von Wilhelm, der auch heute noch dazu steht und mir eben erklärte, als ich ihm Dein Fernschreiben zeigte: „Schicke Fritz die Äußerung aus der ‚Welt am Sonntag‘<sup>72</sup>, sie enthält das, was ich gesagt habe. Alles andere haben die Korrespondenten mehr oder weniger selbst hinzugedichtet.“ Er fügte hinzu: „Ich habe da Meldungen gelesen aus Interviews, die ich gar nicht gegeben habe.“

Wenn ich meine persönliche Meinung hinzufügen darf: sie entspricht der von Wilhelm. Ich halte den Ausspruch von Kurt für einen falschen Zungenschlag. Selbst, wenn er aus dem Zusammenhang gerissen ist und nur in einem anderen Zusammenhang als in dem von der Presse gemeldeten zu verstehen sein würde, bleibt er ein falscher Zungenschlag. Kurt mußte wissen, daß bei einer solchen Pointe die ganzen Presseleute alle ihre übrigen Auf-

71 S. Anm. 68.

72 In dem betreffenden Artikel in der „Welt am Sonntag“ vom 24.5.1952 schrieb der Bremer Korrespondent Milau: „Die Äußerungen des Oppositionsführers Dr. Schumacher bezeichnete Kaisen als ‚reichlich extrem‘. Vermutlich habe die Presse aber aus Schumachers Worten nur das Schärfste hervorgehoben und andere Äußerungen aus den bekannten Raumgründen fallen lassen.“

zeichnungen aus der Pressekonferenz mit Kurt in den Papierkorb fegen und sich nur an diesen einzigen Satz festklammern würden, der nun die Runde durch die Welt macht, als sei er von Scheidemanns „verdorrter Hand“<sup>73</sup> geschrieben! Du mußt Dich erinnern, daß wir bei den Debatten in der Weimarer Nationalversammlung über den Versailler Vertrag genau die gleiche Situation gehabt haben: jede Fraktion versicherte der anderen in die la main, daß keine gegen die andere den Vorwurf des Landesverrats („kein Deutscher mehr . . .“) erheben würde, wenn sie dem Versailler Vertrag zustimme!<sup>74</sup>

Ich weiß nicht, ob ich aus Deinem Fernschreiben entnehmen soll, daß in Bonn die Absicht besteht, gegen Wilhelm vom Leder zu ziehen, wie damals beim Europarat<sup>75</sup> oder beim Schumanplan<sup>76</sup>. Ich würde dies für einen politischen Fehler halten. Du müßtest eher die Taktik verfolgen, die Du ja gegen Adenauer oft angewandt hast: gegen ihn den Vorwurf erheben, daß er die Meinung und den Druck der Opposition nicht in den Verhandlungen mit den Hochkommissaren<sup>77</sup> auswertet. So müßtest Du den Ausspruch von Wilhelm verwerten, um den Ausspruch von Kurt (ich glaube kaum, daß Du ihn selbst deckst) zu immunisieren. Wir dürfen doch in unserer Taktik nicht stur sein wie Adenauer, sondern müssen ihn durch strategische Beweglichkeit schlagen. . .

Du wirst ja festgestellt haben, daß Wilhelm nicht zu der festlichen Bonner Ministerpräsidenten-Sitzung<sup>78</sup> erschienen ist. Wir haben aber durch unse-

73 Faust bezieht sich hier auf die Tatsache, daß der sozialdemokratische Reichskanzler Scheidemann sich 1919 so sehr gegen die Unterzeichnung der demütigenden Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages wehrte, daß er zurücktrat. Von ihm stammt der Ausspruch „Mir soll die Hand verdorren, bevor ich unterschreibe“.

74 Faust macht sich offensichtlich lustig über den Nationalismus einiger sozialdemokratischer Mitglieder der Weimarer Nationalversammlung. Um überhaupt zu der politisch dringend erforderlichen Unterzeichnung des Friedensvertrages zu kommen, mußte man sich 1919 gegenseitig Ehrenerklärungen abgeben des Inhalts, daß eine Unterschrift kein Verrat am Vaterland sei. Faust war zu der Zeit Mitglied der USPD, einer Partei, die ohne Umschweife für die Annahme des Vertrages eintrat. Für Faust sind die nationalen Motive Kurt Schumachers und die daraus resultierende Ablehnung einer Unterzeichnung des Generalvertrages im Jahre 1952 genauso problematisch wie die Position derjenigen, die 1919 die Unterzeichnung des Versailler Vertrages ablehnten.

75 S. o. Teil I, S. 110.

76 S. o. Teil I, S. 110 f.

77 Offenbar vertritt Faust die Ansicht, daß Adenauer in den Verhandlungen mit den Vertretern der westlichen Alliierten, die nach dem Besatzungsstatut von 1949 die drei Hohen Kommissare waren, mehr für die Bundesrepublik „herausholen“ könnte, wenn er die Haltung der SPD stärker in die Waagschale werfen würde.

78 Gemeint ist die Zeremonie der Unterzeichnung des Deutschland- oder Generalvertrages am 26.5.1952 im Bundesratssaal in Bonn, zu der die Ministerpräsidenten der Länder eingeladen waren. Zu der Feier erschien kein Vertreter der SPD, vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Frankfurt 1967, S. 516.

ren Vertreter beim Bund<sup>79</sup> erfahren, daß Acheson<sup>80</sup> und Schuman<sup>81</sup> angelegentlich sich nach ihm erkundigt und sehr bedauert haben, daß er an der Bonner Unterzeichnungs-Zeremonie<sup>82</sup> nicht teilnahm.

Irgendwie müssen wir Wilhelm schon gestatten — ohne daß die Parteileitung jedesmal mit dem Bakel<sup>83</sup> droht —, eine eigene Meinung zu äußern. Wenn sie richtig ausgedeutet wird, kann sie oft mehr nützen als schaden. Du weißt ja am besten in Deiner wichtigen Funktion als Pressediktator, und nicht minder weiß es Kurt, daß bei jedem politischen Ereignis die Staatsmänner von den Pressekorrespondenten und Journalisten überfallen werden, um ad hoc die eigene Meinung aus der Pistole zu schießen. Da ist keine lange Zeit zum Überlegen, sondern Du sagst eben — ob Du aus Deinem Herzen eine Mördergrube machst oder nicht — Deine eigene Meinung oder was Dir gerade einfällt.

Mit freundlichen Grüßen  
Dein Alfred Faust

Nr. 4 *Fritz Heine an Alfred Faust*

16.6.1952

Lieber Alfred!

Schönen Dank für Deinen Brief vom 29. Mai d. J. [Dokument Nr. 3] Mein Fernschreiben hatte zum Ziel, die tatsächliche Äußerung Wilhelm Kaisen's festzustellen, ohne nun gegen ihn vom Leder zu ziehen. Ich halte im Gegensatz zu Euch die Bemerkung von Kurt Schumacher deshalb für gut und nötig, weil sie zum ersten Mal die beiden Positionen: Regierung und Opposition in dieser Frage ins öffentliche Bewußtsein bringt. — Besten Dank für den Brief von Dr. Bischoff<sup>84</sup>, Berlin.

Mit freundlichen Grüßen  
(Fritz Heine)

Nr. 5 *Alfred Faust an Fritz Heine*

17. Juni 1952

Lieber Fritz,

ich habe Sonntag Dr. v. Brentano<sup>85</sup> gehört, der im Rahmen des Bezirksparteitages der CDU-Bremen in einer öffentlichen Kundgebung sprach.

79 Das war zu dieser Zeit der spätere Bundespräsident Karl Carstens, der damals noch nicht der CDU angehörte.

80 Dean Acheson, amerikanischer Außenminister 1949—1953.

81 Robert Schuman, französischer Außenminister 1948—1952.

82 Vgl. Anm. 78.

83 Ausdrücke wie „mit dem Bakel drohen“ oder „in die la main versprechen“ (weiter oben in diesem Brief) deuten möglicherweise Fausts elsässische Herkunft an.

84 Es konnte nicht ermittelt werden, um wen es sich hier handelt.

85 Heinrich von Brentano (1904—1964), Fraktionsvorsitzender der CDU im Bundestag 1949—1955 und 1961—1964, Bundesaußenminister 1955—1961.

Er verschaffte sich einen leichten und beifallumrauschten Auftakt zu seinem Referat, indem er auf dem Kurt-Zitat mit dem „Deutschen usw.“<sup>86</sup> fortissimo musizierte. Ein Politiker, der so etwas auszusprechen sich erdreistet, hat aufgehört, „ein ernstzunehmender Diskussionspartner“<sup>87</sup> zu sein – war das Gelindeste, was Brentano dazu aussprach.

Es ist vorauszusehen, daß das böse Wort Kurts in den nächsten Monaten und in den kommenden Wahlkämpfen das ausgequetschteste Zitat sein wird. Es wird selbst das Berlichingsche verdrängen!

Wir können unmöglich der Gegenseite diesen *billigen Triumph* zuschanzen. Während der Rede Brentanos habe ich mir Gedanken darüber gemacht, wie das ominöse Wort wegzuradiieren wäre.

Es geht am zweckmäßigsten durch eine Desavouierung, die aber *Kurt* selbst vornehmen muß.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß er heute noch zu seinem Ausspruch steht; ich kann mir auch nicht vorstellen, daß im PV und in der Fraktion jemand ihn verteidigen, oder daß in öffentlichen Versammlungen ein Redner Kurts Ausspruch wiederholen möchte. Warum also soll das Wort „bleiben stahn“?! Rückt doch in drei Teufels Namen davon ab!

Von Euch aus geht das natürlich nicht, weil keiner die dazu nötige Antikurt-Courage aufbringen mag. Wer möchte gerade jetzt<sup>88</sup> Kurt so bittere Wahrheiten sagen? Es bleibt also nur übrig, *daß er es selbst tut*.

Kurt ist doch sonst so geschickt in seinen Formulierungen. Er soll es auf die ironische Tour oder soll ich sagen mit einem „jiddischen Dreh“ versuchen! Etwa, „ich habe nie den Ehrgeiz verspürt, mit Jacob die schwarzen von den weißen deutschen Schafen zu scheiden; denn ich selbst möchte mich beileibe nicht zu den weißen rechnen!“ Oder: „Habe nicht die geringste Lust, mit Moses und Göring eine Dreifaltigkeit zu bilden: Wer Pharisäer, wer Jude oder wer Deutscher ist, bestimme ich!“ „Adenauer ist ein frommer Christ und ein ehrenwerter deutscher Mann und alle, die ihm folgen, sind ebenfalls brave Deutsche. Man sollte in den deutschen Zonen endlich aufhören, mich wegen einer mißlungenen Pointe in den Himmel zu raketen<sup>89</sup> oder in den Höllenpfuhl zu tunken.“ Sicher wird Kurt noch weit bessere Formulierungen finden; Hauptsache ist, daß er sich überzeugt, daß er eine finden muß.

Erinnere Dich noch an die Situation in Weimar vor der Abstimmung über den Versailler Vertrag. Da waren auch etliche geneigt, jeden zum Landesverräter zu erklären, der dem Vertrag zustimmen würde. Schließlich versprachen sich die Fraktionen in die Hand: „Wir werden Euch nicht als Nichtdeutsche und Landesverräter beschimpfen, wenn Ihr dem Versailler Vertrag zustimmt bzw. ihn ablehnt!“

86 S. Anm. 68.

87 Die Hervorhebungen finden sich im Original.

88 Schumacher war zu dieser Zeit schon schwer erkrankt und starb zwei Monate später.

89 Das maschinengeschriebene Wort „schießen“ ist im Original durchgestrichen und handschriftlich durch das Wort „raketen“ ersetzt.

Ich schreibe das alles *Dir*, weil ich selbst auch nicht die Zivilcourage aufbringe, es Kurt selbst zu schreiben. Er würde zuerst meinen, ich sei von Wilhelm beauftragt und würde den Brief in den Papierkorb pfeffern<sup>90</sup>. Aber ich nehme doch an, daß Du es ihm in einer gemütlichen Stunde beibringen kannst und wirst — als Deinen eigenen Wunsch. [. . .]

Du wirst mir sicher meine Offenheit nicht verargen. Im Interesse der Gesamtpartei ist es bestimmt, wenn Kurt dazu zu bewegen wäre, jenen „deutschen“ Pflasterstein, der so geräuschvoll in den Entenpfuhl fiel, schleunigst hinwegzuräumen. Heute geht es noch so ohne besonderen Aufwand. Später wird es schwieriger.

Mit Gruß und Handschlag

Alfred Faust

Nr. 6 *Alfred Faust an Fritz Heine*

17. Juli 1952

Lieber Fritz!

Heute kann ich auf Dein Fernschreiben über die Bremer Versammlung der „*Sozialistischen Aktion*“<sup>91</sup> zurückkommen. Da das Parteisekretariat darüber informiert war, habe ich gleich den Polizeisenator Adolf Ehlers<sup>92</sup> und das Verfassungsschutzamt in Anspruch genommen, das mir den beiliegenden ausführlichen Bericht über die angefragte Veranstaltung zur Verfügung stellt. Ich nehme an, daß damit Dein Wunsch restlos erfüllt ist.

Bei dieser Gelegenheit, lieber Fritz, laß' mich auf eine Sache eingehen, die mir schwer auf dem Magen liegt.

Wilhelm zeigte mir Dein Briefchen an ihn, in dem Du von ihm Auskunft forderst, wieso Pastor Oberhof<sup>93</sup> ihn „*meinen Gesinnungsfreund Wilhelm Kaisen*“ nennen kann.

90 Diese Bemerkung Fausts wirft ein bezeichnendes Licht auf das persönliche Verhältnis Schumachers zu Kaisen, das offenbar zu der Zeit so gestört war, daß ein Rat, der im Verdacht hätte stehen können, von Kaisen zu stammen, von Schumacher gar nicht zur Kenntnis genommen worden wäre.

91 Zur Sozialistischen Aktion s. Anm. 43. In dem Bericht über die verschiedenen Gruppen innerhalb der Bremer SPD, dem das Dokument Nr. 2 entnommen wurde, ist ein Abschnitt „Oppositionelle Gruppen“ enthalten. Darin wird eine kleine Gruppe erwähnt, „die Neigungen zur sozialdemokratischen Aktion (früherer Name der Sozialistischen Aktion, die Verf.) hat und eine ganz kleine Gruppe, die der KPD freundlich gegenübersteht“.

92 Adolf Ehlers (1898–1978) kam über die Stationen KPD, KPO, SAP, KPD 1946 zur SPD, Mitbegründer der „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“. In Bremen trat er 1945 als KPD-Vertreter in den Senat ein. Nach einer Reise zur Leipziger Messe im Frühjahr 1946 verließ er zusammen mit Hermann Wolters, Senator für Wirtschaft, die KPD und ging zur SPD. 1945–1948 Wohlfahrtssenator, 1948–1963 Innensenator. Von 1959 bis zum Ausscheiden aus dem Senat 1963 Bürgermeister und Stellvertreter Kaisens. 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates.

93 S. o. Teil I, S. 115.

Nicht, daß der kommunistische Propagandaredner Johannes Oberhof früher<sup>94</sup> Pastor an der Bremer St. Martini-Kirche (also Nachfolger von Emil Felden<sup>95</sup>, der mich übrigens vorgestern aufsuchte!), jene Wendung gebrauchte — ich weiß nicht wo? — ist das Empörende, sondern daß Du bzw. der P. V. Wilhelm einen Vorwurf daraus zu machen scheint, daß der von der KP gekaufte Friedensapostel und Wanderpastor Oberhof die gleiche Gesinnung habe wie Wilhelm oder noch schlimmer: daß Wilhelm Oberhofs Gesinnung teile. Wie kannst Du bloß mit einem solchen Tiefschlag in Bremen landen?! Nimm die Keule, wenn Du Wilhelm erschlagen willst, aber pisacke ihn nicht mit vergifteten Nadelstichen! Er war redlich empört und angewidert<sup>96</sup>, als er Dein Schreiben las. Ich, der ich mehr zu ertragen gewohnt bin, nicht minder.

In solchen Fällen tatest Du klüger, Dich *direkt an mich* zu wenden, damit ich in mündlicher Aussprache die Dinge so diplomatisch vorbringen kann, daß sie keinen Stachel hinterlassen. Und außerdem möchte ich, und wir alle in Bremen, vermeiden, daß Wilhelm zu der Last seiner Dienstgeschäfte, seiner Landwirtschaft<sup>97</sup>, seines prekären Gesundheitszustandes<sup>98</sup>, auch noch den Ärger über die Partei hinunterzuwürgen habe.

Zurück zu *Pastor Oberhof*. Ihr kennt den Mann nicht, sonst hättet Ihr niemals Wilhelm mit ihm auf eine Stufe gestellt. Aber auch Wilhelm kennt ihn nicht, kaum dem Namen nach; er weiß bestenfalls, daß er ein kommunistischer Quatschkopf ist.

Ich kenne ihn umso besser, da ich privat und öffentlich in heftige Diskussion mit ihm geraten bin<sup>99</sup>, und er in auswärtigen Reden mich oft angegriffen hat, worauf ich nie reagiert habe. Mit einem solchen Wirrkopf setzt man

94 Pastor Oberhof war 1950 vom Dienst suspendiert worden.

95 Emil Felden war von 1907 bis 1933 Pastor an der St.-Martini-Gemeinde, bevor er auf Druck der Nationalsozialisten den Dienst aufgeben mußte. Felden war Mitglied der SPD, Abgeordneter in der Bürgerschaft (1921—1922) und im Reichstag (1923—1924). Er trat für eine Annäherung zwischen Kirche und Arbeiterschaft ein, bekämpfte publizistisch den Antisemitismus und gestaltete als Pastor das Gemeindeleben im freireligiösen Sinne um. Wegen all dieser Aktivitäten überwarf er sich mit der bürgerlichen Kaufmannschaft Bremens. Vgl. den Artikel von Georg Huntemann über Emil Felden in: *Bremische Biographie 1912—1962*, Bremen 1969, S. 144 ff.

96 Auf diesen scharfen Ton reagiert Heine entsprechend, wenn er in Dokument Nr. 9 Fausts Vorwürfe in der Sache Oberhof als beleidigende Unterstellung zurückweist.

97 Kaisen hatte im Frühjahr 1933 in Bremen-Borgfeld eine Siedlerstelle von fünf Hektar Land erworben, von der er sich und seine Familie während des Dritten Reiches ernährte und wo er auch nach 1945 bis zu seinem Tod im Jahre 1979 lebte. Neben seiner Tätigkeit als Präsident des Senats betrieb er die ganze Zeit über seine kleine Landwirtschaft weiter.

98 Kaisen litt gelegentlich an kurzen ohnmachtsähnlichen Anfällen. Er war schließlich 1952 schon 65 Jahre alt.

99 Dabei dachte Faust sicherlich auch an die öffentliche Versammlung im Kaminsaal des Rathauses am 30.11.1950, in der Oberhof seine Teilnahme am 2. Weltfriedenskongreß in Warschau erläuterte (s. o. Teil I, S. 115 f.).

sich nicht auseinander! Die Kirchenkanzlei hat ihn aus der Martinigemeinde entlassen<sup>100</sup>, doch muß sie ihm Pension zahlen.

Wer hat Dir bloß den Floh ins Ohr gesetzt, daß Wilhelm irgend eine *Gesinnungsgemeinschaft* mit diesem üblen Ableger von Pastor Niemöller haben könnte?! Oberhofs „politische Karriere“ begann mit seiner Delegierung zum Warschauer Friedenskongreß vor 2 Jahren<sup>101</sup>. Da haben ihn die Sowjets und die SED-Propagandisten gekapert und ihn gleich auf der Rückreise von Warschau — die er angeblich in Begleitung eines polnischen Kongreßmädchens angetreten hatte? — acht Propagandaversammlungen in Berlin und einige „Friedenskommentare“ vor dem Berliner und Leipziger Sender halten lassen<sup>102</sup>.

Kein noch so übelwollender Bursche kann eine Verbindung zwischen Oberhof und Wilhelm Kaisen konstruieren!

Natürlich wird Wilhelm sauer reagieren. Wenn Du aber einen guten Rat annehmen willst, so versuche, Dich wegen Deiner ihn kränkenden Anfrage bei ihm zu entschuldigen und *ein Mißverständnis* vorzutauschen, das bestimmt existieren muß, sonst hättest weder Du noch sonst einer vom Parteivorstand auf eine „Gesinnungsfreundschaft“ zwischen den beiden schließen können.

Nun etwas Wichtigeres: Ich weiß nicht, ob in Bonn schon bekannt geworden ist, daß Bremen Wert darauf legt, *im Parteiausschuß*<sup>103</sup> wieder vertre-

100 Der Terminus „entlassen“ ist unrichtig. Als Pastor konnte Oberhof nur nach einem Disziplinarverfahren vom Dienst suspendiert werden. Lt. „Bremer Nachrichten“ vom 5.12.1950 hatte der Kirchengemeindefreundliche Ausschuss der Bremischen Evangelischen Kirche Anfang Dezember d. J. „beschlossen, Pastor Oberhof die Ausübung seines Dienstes vorläufig mit sofortiger Wirkung zu untersagen und Ermittlungen anzustellen, die erbringen sollen, ob der Verdacht eines Dienstvergehens begründet ist“. Oberhof verzog 1956 nach Stuttgart.

101 S. o. Teil I, S. 115 f.

102 Die „Bremer Nachrichten“ vom 5.12.1950 brachten ein längeres Zitat aus einer Rede, die Oberhof im (Ost-)Berliner Friedrichstadt-Varieté gehalten hatte und die vom Berliner Rundfunk übertragen worden war: „Nachdem ich in Warschau gewesen bin, ist mir eines völlig klar geworden: Es gibt überhaupt gar nichts in der Welt, was irgendeinen anständigen Menschen daran hindern kann, sich dieser Bewegung freudig einzureihen. Und deswegen wird jeder von uns, der in Warschau gewesen ist, zurückkommen als ein Sendbote des Friedens [. . .]“ Die Worte klingen für den heutigen Leser pathetisch und naiv, aber ob die daraus sprechende Einstellung hinreichte, die öffentliche Verurteilung Oberhofs zu legitimieren, mag dahingestellt sein.

103 Der Parteiausschuß, später Parteirat, bestand und besteht aus den Mitgliedern des Parteivorstandes (PV) und gewählten Vertretern der Bezirke. Er ist das höchste Gremium zwischen den Parteitagern. Ganz offensichtlich verwechselt Faust hier aber die Begriffe „Parteiausschuß“ und „Parteivorstand“. Daß er tatsächlich „Parteivorstand“ meint, geht aus den folgenden Worten hervor „[. . .] wieder (Hervorhebung durch die Verf.) vertreten zu sein[. . .]“ und „Die Niederlage vor zwei Jahren [. . .] muß ausgeglichen werden“. Im Mai 1950 auf dem Hamburger Parteitag der SPD war Kaisen nicht wieder als Beisitzer in den Parteivorstand gewählt worden (s. o. S. 110).

ten zu sein — und dies durch keinen anderen als durch *Wilhelm*. Die *Niederlage* vor zwei Jahren — die hauptsächlich auf Wehners „Initiative“ zurückzuführen war — muß ausgeglichen werden.

Ihr dürft Euch in Bonn keinerlei Illusionen hingeben: wenn Wilhelm vorgeschlagen wird und er ein Bremer Delegiertenmandat annimmt, wird er so gut wie  *einstimmig* gewählt<sup>104</sup>. Dabei spielen nur seine Persönlichkeit, nicht seine „Partei-Abweichungen“ eine Rolle. Er hat gar nicht den Ehrgeiz, in Dortmund das Wort zu ergreifen oder sich zu einer „Sonderfraktion“ mißbrauchen zu lassen; dessen darfst Du versichert sein<sup>105</sup>. Doch ich sehe etwas weiter, da ich nach allen Vorkommnissen nicht hundertprozentig sicher bin, daß der P. V. die Rückkehr Wilhelms in den Parteiausschuß begrüßen würde. Ich möchte Dich deshalb freundschaftlich bitten, mir möglichst bald — noch vor der Bremer Delegiertenwahl, die Ende Juli stattfindet — mitteilen zu wollen, ob die PV-Stimmen (und die geben ja sicher den Ausschlag!) für oder gegen Wilhelm in die Waagschale geworfen würden. Ich möchte keinesfalls Freund Wilhelm einer zweiten Niederlage aussetzen; dann lieber nicht kandidieren!

Und politisch gesehen: glaubst Du nicht, daß nach der nächstjährigen Bundestagswahl, die leider auf der gleichen geographischen Fläche stattfinden wird<sup>106</sup> (oder bist Du anderer Überzeugung?), bei allen mit Recht vorkalkulierten Erfolgen der Partei, doch *bestenfalls* nur eine Koalition mit uns zustandekommt? Und glaubst Du nicht, daß es dann gut sein wird, Wilhelms Rat in den Parteigremien zu hören? Ich glaube zwar nicht, daß Ihr gegebenenfalls mit ihm als Kandidaten für einen Bonner Ministersessel rechnen könnt. Nichts lockt ihn von Bremen weg. Er wird also den vielen Aspiranten auf ein Ministerportefeuille bestimmt keine Konkurrenz machen!

Es geht aber jetzt nicht um den ungefangenen Bonner Rheinlachs, sondern nur um das Mandat Kaisens im Parteiausschuß als Vertreter Bremens. Ich *befürchte Rückwirkungen* nicht auf Kaisen, der sich keineswegs dazu drängt, sondern auf *die Bremer Partei*, wenn man ihr diese repräsentative Vertretung vorenthält, oder das heikle Thema glaubt abwickeln zu können, wenn der P. V. einem anderen Bremer Genossen als Wilhelm den päpstlichen Segen erteilt!<sup>107</sup>

104 Ein Delegiertenmandat für den Dortmunder Parteitag bekam Kaisen auf der Kreisdelegiertenversammlung der Bremer SPD am 5.8.1952, vgl. Bericht der „Bremer Volkszeitung“ vom 9.8.1952.

105 Vgl. hierzu auch Anm. 54 und 116.

106 D. h. innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland, da eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands nicht in Sicht war.

107 Es ist unklar, ob Faust hier an eine bestimmte Person denkt. Der Vertreter Bremens im Parteiausschuß war zu dieser Zeit der Landes- bzw. Bezirksvorsitzende Wilhelm Kleemann (s. Anm. 111), womit es nichts Außergewöhnliches auf sich hatte. Die Bezirks- bzw. Landesvorsitzenden brauchten für ihre Mitgliedschaft im Parteiausschuß nicht „den päpstlichen Segen“ des PV, da sie von ihrem Bezirk delegiert wurden.

So, das wollte ich Dir in aller Sympathie und Freundschaft sagen. Wie ich Dich kenne, und Du mich, wirst Du mir bestimmt nicht den geringsten „Nadelstich“ oder „Faustschlag“ übelnehmen.  
Mit Gruß und Händedruck  
Dein Alfred Faust

Nr. 7     *Alfred Faust an Fritz Heine*

30. Juli 1952

Lieber Fritz,

In meinem letzten Brief an Dich schnitt ich das Thema Wilhelm Kaisen im PV<sup>108</sup> an. Du hast darauf noch nicht geantwortet.

Ich möchte Dir nur mitteilen, daß gestern der Bremer Parteivorstand und Parteiausschuß<sup>109</sup> einstimmig beschlossen haben, Wilhelm Kaisen das erste Delegiertenmandat zum Dortmunder Parteitag anzuvertrauen. Ebenso einstimmig wurde beschlossen, ihn für den Parteivorstand als Bremer Vertreter vorzuschlagen. Die Wahl der Delegierten durch die Kreisdelegierten-Versammlung findet am 5. August statt. Es zweifelt niemand daran, daß auch die Kreisdelegierten den Beschluß des Bremer Parteivorstandes sanktionieren werden<sup>110</sup>.

Ich nehme an und hoffe, daß der Bonner PV die Bremer Entscheidung ebenfalls gutheißen wird, dann wäre ja alles wieder in der alten Ordnung.

Du bist sehr witzig über die Sache Oberhof hinweggeglitten und hast Wilhelm mitgeteilt, daß Du ihn nicht „stechen“, sondern zu einer Presseberichterstattung veranlassen wolltest. Das ist unmöglich. Es besteht nicht der geringste Anlaß, daß wir dazu beitragen, den kommunistischen Tarn-Täufling, Pastor Oberhof aus St. Martini, noch interessanter zu machen als er sich schon selber gemacht hat.

Mit Gruß und Handschlag

Dein Alfred Faust

108 Tatsächlich schrieb Faust in seinem Brief vom 17.7.1952 (Dokument Nr. 6) nicht „PV“, sondern „Parteiausschuß“.

109 Mit Parteiausschuß meint Faust möglicherweise den Landesausschuß, den es als satzungsgemäße Institution in der Landesorganisation Bremen der SPD erst seit 1957 gab, der aber schon als inoffizielles Koordinierungsgremium gewirkt haben könnte. Dem Landesausschuß, den es heute nicht mehr gibt, gehörten neben dem Landesvorstand der Vorstand der SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats an. Vgl. Unterlagen zu Satzungsdiskussion und Jahresbericht 1957, in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, LO Bremen, Mappe 26.

110 Das geschah auch (vgl. Anm. 104).

Nr. 8 *Fritz Heine an Alfred Faust*

6. August 1952

Lieber Alfred!

Dank für Deinen Brief vom 30. Juli. Selbstverständlich liegt es bei den Bremer Genossen, wen sie für den Parteivorstand vorschlagen wollen. Jede Organisationsgliederung hat dazu das Recht.

Meine Privatmeinung, die ich auch Kleemann<sup>111</sup> gesagt habe, ist allerdings, daß *Wilhelm damit ein Bärendienst erwiesen würde*. Ich halte es für unwahrscheinlich, daß er gewählt wird<sup>112</sup>. Mir persönlich würde es leid tun, wenn er die Enttäuschung einer fehlgeschlagenen Kandidatur durchstehen müßte. Ich möchte ihm das lieber ersparen.

Was den Fall Oberhof betrifft, so ist das Argument, ihn nicht interessanter zu machen, natürlich von gewisser Bedeutung. Die ganze Angelegenheit ist nicht wichtig genug, um lange dabei zu verweilen<sup>113</sup>.

Besten Gruß

Fr. Heine

Nr. 9 *Fritz Heine an Alfred Faust*

26. August 1952

Lieber Alfred!

Unterwegs (während meines verunglückten Urlaubs) habe ich Deinen Brief vom 17. Juli<sup>114</sup> gelesen. Ich komme nochmals darauf zurück, weil mir wirklich alles andere im Sinn war, als das, Wilhelm Kaisen zu unterstellen, daß er mit Oberhof etwas zusammen gemacht habe. Ich muß gestehen, daß mich Dein Brief betroffen gemacht hat. Welche Vorstellung habt Ihr eigentlich von uns? Ich bedauere nach wie vor, daß Wilhelm Kaisen nicht diese günstige Gelegenheit benutzt hat, eine entsprechende Bemerkung über Oberhof zu machen. Aber ich verstehe Eure Beweggründe. Aber alles was Du sagst über meine angeblichen Motive, ist sachlich völlig unbegründet

111 Wilhelm Kleemann (1884–1956), 1928–1933 Mitglied des Senats, 1949–1953 Vorsitzender der SPD-Landesorganisation, 1951–1955 Mitglied der Bürgerschaft. In der erwähnten Zusammenstellung über die verschiedenen Gruppen in der Bremer SPD aus dem Jahre 1951 (Anm. 64) wird auch „ein Kreis um Kleemann“ erwähnt, wobei wenig schmeichelhafte Worte über den Landesvorsitzenden fallen. Er sei ein „Phraseur [. . .], der egoistisch und ehrgeizig sei und bei der Senatsumbildung Senator werden möchte“.

112 Tatsächlich erklärte Kaisen schon vor Eintreffen dieses Briefes, nämlich auf der erwähnten Kreisdelegiertenversammlung am 5.8.1952, daß er nicht für den PV zu kandidieren gedenke. Er schätzte seine Chancen offenbar realistisch ein, und die Bremer Delegierten drängten ihn auch keineswegs zu einer Kandidatur. So groß, wie Faust es Heine gegenüber darstellt, war das Interesse der heimischen Basis also wohl doch nicht daran, wieder durch Kaisen im PV vertreten zu sein.

113 Wenn Heine in diesem Brief auch die Bedeutung der Angelegenheit Oberhof herunterspielt, so kommt er doch im nächsten Brief wieder auf seine frühere Forderung nach einer öffentlichen Distanzierung Kaisens von Oberhof zurück.

114 Dokument Nr. 6.

und für mich genau so beleidigend, wie es wäre, wenn ich Kaisen und Oberhof miteinander verglichen hätte.

Dir möchte ich sagen, daß ich bei meinem letzten Besuch bei Kurt Schumacher<sup>115</sup> die „Bremer Volkszeitung“ vorgelesen habe mit den sehr anständigen Bemerkungen von Wilhelm bezüglich seiner Nichtkandidatur und seines Verhältnisses zur Partei<sup>116</sup>. Ich gestehe, daß ich nicht überrascht war, sondern daß diese Haltung völlig zu dem Bild paßt, das ich von Wilhelm Kaisen habe, und ich kann Dir mitteilen, daß Kurt Schumacher durch diese Bemerkungen sehr versöhnt war. Ich will es aus verständlichen Gründen Wilhelm nicht selbst schreiben, aber Du hast jede Vollmacht, es ihm in der Dir geeignet erscheinenden Weise mitzuteilen<sup>117</sup>. Ich bin überzeugt, es freut ihn.

Beste Grüße

Dein Fritz Heine

Nr. 10 *Alfred Faust an Fritz Heine*

17. Okt. 1955

Lieber Fritz!

Aus Deinem Brief vom 14. habe ich gern entnommen, daß Du über das Bremer Wahlergebnis entzückt und beglückt bist. Es war ein totaler Sieg, kein Pyrrhussieg wie bei anderen Wahlen<sup>118</sup>.

Du wirst in der Zwischenzeit meinen „Vorwärts“-Artikel und auch meinen Artikel in der „Bremer Volkszeitung“ vom Sonnabend<sup>119</sup> gelesen haben. Ich sende Dir ein neues Exemplar in der Beilage, für den Fall, daß er Dir entgangen sein sollte.

Da wir beide seit Jahrzehnten uns so gut verstehen und keine Geheimnisse voreinander haben, will ich offen mit Dir reden. Es hat nicht nur mich,

115 Schumacher starb am 20.8.1952.

116 In dem betreffenden Artikel der „Bremer Volkszeitung“ vom 9.8.1952 über die Delegiertenversammlung vom 5.8.1952 heißt es: „Bürgermeister Kaisen nahm zu dem Vorschlag seiner Kandidatur Stellung und bat, mit Rücksicht auf seine Amtsüberlastung, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit erklärte Kaisen mit allem Nachdruck: ‚Die Einheit der Partei steht über allem.‘ [ . . . ] Für die SPD von heute sei die Zeit der verschiedenen ‚Richtungen‘ vorbei. Er, Kaisen, sei keinesfalls für eine ‚eigene Richtung‘ innerhalb der SPD zu haben. Nur außenpolitisch vertrete er eine andere Position als Schumacher, denn es sei unsere Aufgabe, Voraussetzungen für das Leben zu schaffen.“

117 Wie schon an anderer Stelle, wird hier wieder die Vermittlerrolle deutlich, die Faust und Heine im Spannungsverhältnis Kaisen – Schumacher spielen. Nicht einmal eine direkte Äußerung Heines gegenüber Kaisen war möglich, da Heine in den Augen Kaisens zu sehr der Mann Schumachers war.

118 Bezug auf die Bemerkung Carlo Schmid's über Kaisens Wahl zum Vizepräsidenten der Europa-Union, die fünf Jahre zurücklag (vgl. Dokument Nr. 1). Dieses Wort hatte Faust also nicht vergessen.

119 „Bremische Volkszeitung“ vom 15.10.1955: „Einbruch in den magischen Turm der Indifferenten: Der Wahlsieg der Bremer SPD“.

sondern erst recht Wilhelm Kaisen etwas bedrückt, daß unter den Hunderten von Glückwunschtelegrammen und -briefen, die ihm zuzingen und bis heute noch nicht aufgehört haben (darunter Heuss, die Bürgermeister von Berlin, Hamburg und Lübeck, fast sämtliche Ministerpräsidenten und viele Minister, etliche Bundestags- und Landtagsabgeordnete unserer Partei, auch Dr. Arndt<sup>120</sup> und andere; ausländische Bruderparteien, Botschafter und Konsuln, unzählige Genossen aus der Stadt) kein Telegramm von Erich<sup>121</sup>, noch von Dir, noch vom P. V. noch von der Fraktion sich befand. Ich weiß, der P. V. hat der Partei gratuliert, aber diese Unterscheidung sollte wohl gerade besagen, daß der persönliche Erfolg Kaisens nicht anerkannt wird. Ich schreibe Dir ohne Wissen von Wilhelm, denn die einige hundert Zeitungsausschnitte, die ich ihm vorlegte und die zu 95 % nur seinen persönlichen Anteil am Erfolg herausstellen, dürften Beweis genug sein. Er las sie kaum.

Du weißt, daß ich die Dinge umso objektiver beobachte und beurteile, als ich keinerlei Ehrgeiz entwickle wie etliche andere. Aus meiner Überzeugung kann ich deshalb aussprechen, daß ohne Wilhelm die SPD diesen überwältigenden Wahlerfolg nicht erzielt hätte. Ziehst Du die 7 – 8 Mandate ab, die auf Wilhelms Anteil kommen, wären wir stationär geblieben, und es ist sehr fraglich, ob die Bürgerblockparteien, wenn sie auch nur 2 – 3 Mandate über die Hälfte erreicht haben würden, nicht das Hamburger Beispiel<sup>122</sup> nachgeahmt hätten.

Es ist auch nicht richtig, daß in Bremen die SPD über Adenauers Außenpolitik gesiegt hat. Die Außenpolitik spielte bei unserem Wahlkampf überhaupt keine Rolle; abgesehen von Erichs großer Versammlung<sup>123</sup> ist über

120 Adolf Arndt (1904–1974), Eintritt in die SPD 1946, Mitglied des Bundestags 1949–1969, Mitglied des Parteivorstandes 1956–1964, galt als Verfassungs- und Rechtsexperte der SPD.

121 Erich Ollenhauer (1901–1963), 1933 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, seit 1949 Mitglied des Bundestags, als Nachfolger Kurt Schumachers seit 1952 Vorsitzender der SPD.

122 Vor der Bürgerschaftswahl des Jahres 1955 schlossen CDU und FDP, beide Koalitionspartner der SPD, mit der Deutschen Partei eine Wahlvereinbarung mit dem Ziel, die SPD-Mehrheit zu brechen. Diese Vereinbarung war aber kein fester Bürgerblock wie etwa der Hamburger „Hanseatenblock“. In Hamburg hatte sich vor der Bürgerschaftswahl 1953 ein Bürgerblock aus DP, FDP und CDU gebildet, der nach der Wahl einen rein bürgerlichen Senat bildete. Vgl. hierzu Meyer-Braun, S. 80 ff. und Anm. 174.

123 In dem Bericht der „Bremer Volkszeitung“ vom 8.10.1955 über diese Kundgebung mit Erich Ollenhauer heißt es: „Der Oppositionsführer bekannte sich zur Bremer Zusammenarbeit, aber Bremen dürfe nicht zur Hilfstuppe der Adenauerregierung werden.“ Mit dieser Bemerkung könnte Ollenhauer durchaus indirekt einen Hinweis auf die Parallelität in den Auffassungen Adenauers und Kaisens in Fragen der außenpolitischen Orientierung verbunden haben. Auf den ersten Blick drücken Ollenhauers Worte aber wohl die Sorge davor aus, daß in Bremen – wie zuvor in Hamburg und Niedersachsen – die Landtagswahlen für die SPD negativ ausgehen könnten, womit Ollenhauer aber die starke Akzeptanz der Persönlichkeit Wilhelm Kaisens in Bremen unterschätzt hätte.

die Außenpolitik nicht gesprochen worden, denn wir hatten bewußt die Wahl auf Landesparolen beschränkt, weil uns gegenwärtig war, daß Niedersachsen im Zeichen der Außenpolitik seine Wahl verloren hatte<sup>124</sup>.

Man muß die Dinge sehen, wie sie sind, und darf nicht die eigenen Wünsche in Erfolge hineinprojizieren, die vor der Wahrheit keinen Bestand haben.

Du weißt, ich bin nicht empfindlich und noch weniger nachträglich, aber ich fand es nicht schön, daß der „Vorwärts“, der sonst sehr gut und sehr intelligent manche Länge in meinem Artikel gekürzt und einige Gedanken gut zusammengefaßt hat, ausgerechnet alle Sätze, die sich auf Wilhelms Erfolg bezogen, strich. Ich schreibe Dir diese gestrichenen Sätze wörtlich hierher, damit Du selbst urteilen kannst:

„Es besteht kein Zweifel – und die Bremer SPD widerspricht auch nicht der in der in- und ausländischen Presse zum Durchbruch kommenden Auffassung –, daß der *Name Kaisen* den SPD-Erfolg wesentlich bedingte. Im ‚Vorwärts‘-Artikel vom 23. September steht zu lesen: ‚*Kaisen ist für die SPD ein halbes Dutzend Mandate wert!*‘ Vielleicht sogar noch mehr! Dies scheint mir plausibler als die Auffassung, daß in Bremen für oder gegen die *Bonner Außenpolitik* entschieden wurde! Sie spielte kaum eine Rolle im Bremer Wahlkampf, am allerwenigsten bei der SPD, die auf keinem Plakat eine außenpolitische Parole affiziert hatte. Von vornherein waren die Gremien der SPD entschlossen, den Wahlkampf ausschließlich *auf Landesebene* zu führen, gewitzt auch durch die Erfahrungen in Niedersachsen, das im Zeichen der Außenpolitik eine Wahl verlor.

Im Vergleich zu den Landtagswahlen vor der Bremer Wahl ist Bremen das Land, das das Schlagwort: ‚Die SPD gewinnt die Wahlen und verliert die Regierungen!‘ ad absurdum geführt hat.“<sup>125</sup>

Durch diese Streichung waren der Begründung des Bremer Wahlerfolges wesentliche Argumente und Elemente entzogen, und der Artikel blieb eine Halbheit.

Ich weiß nicht, ob die Redaktion das auf eigene Verantwortung gemacht oder ob eine „höhere Hand“ eingegriffen hat. Ich komme auf diesen „Verdacht“ gerade, weil weder von Erich noch von sonst einem Mitglied des P. V. ein Glückwunschtelegramm an Kaisen kam.

Ich weiß nicht, wie Du darüber denkst, ob Du eher zur Bonner als zu meiner Ansicht neigst; aber Du wirst es mir sicher nicht übelnehmen, daß ich es ausgesprochen habe. Vielleicht findest Du, ohne daß man die Nähte merkt, einen Anlaß, in einem Brief an Kaisen über andere Dinge, einen Satz einzu-

124 Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen am 24.4.1955 erhielten CDU, DP und FDP zusammen 75 Sitze, während die SPD von 64 auf 59 Sitze absank. Das Amt des Ministerpräsidenten ging von der SPD auf die DP über (Heinrich Hellwege statt Hinrich Kopf).

125 Gemeint sind hier wohl die erwähnten Wahlen in Hamburg im Jahre 1953 und in Niedersachsen im April 1955, aus denen die SPD zwar wieder als stärkste Partei hervorging, die ihr aber dennoch den Verlust der Regierungsmacht brachten.

flechten, daß Du und der Parteivorstand sich über seinen großen Wahlsieg außerordentlich gefreut haben. Das wird Euch keine Überwindung kosten und Kaisen erfreuen, denn zweimal kam er im Gespräch mit mir auf die Tatsache zurück, daß allein aus der Friedrich-Ebert-Straße<sup>126</sup> kein Glückwunsch ihn erreichte.

So, das war es, was ich mir vom Herzen schreiben wollte, im Interesse der Freundschaft und der Wahrheit.

Mit besten Grüßen  
Dein Alfred Faust

Nr. 11 *Fritz Heine an Alfred Faust*

11. April 1956

Lieber Alfred!

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich erst nach so langer Zeit auf eine Gelegenheit zurückkomme, die nach Eurem Wahlkampf spielte.

Du hast mir damals einen Brief gesandt<sup>127</sup>, in dem Du Dich (mit Recht) über Streichungen in Deinem Artikel zum Bremer Wahlkampf beschwert hast.

Mich hat die Angelegenheit sehr geärgert. Ich habe Josef Felder, den Chefredakteur, gebeten, doch eine Untersuchung anzustellen.

Felder hat das jetzt getan und gibt mir eine Information, die ich Dir zu Deiner persönlichen Information weitergebe<sup>128</sup>.

Ich glaube, ich brauche nicht besonders zu versichern, daß ich außerordentlich bedauere, daß diese Streichung erfolgt ist und daß ich unter gar keinen Umständen die Auffassung von Mayer<sup>129</sup> geteilt habe oder teile. Er war auch nicht berechtigt dazu, nach meiner Auffassung.

Du kennst meine Ansicht, daß Wilhelm Kaisen sehr wesentlich zu dem Bremer Wahlsieg beigetragen hat und daß es anständig gewesen wäre, wenn wir das gebührend herausgestellt hätten.

Wie gesagt, ich bedauere das damalige Verhalten unserer Mitarbeiter. Ich hoffe, die Angelegenheit ist damit erledigt.

Besten Gruß  
Dein Fritz Heine

126 Sitz des SPD-Parteivorstandes in Bonn.

127 Gemeint ist das vorhergehende Dokument Nr. 10, der Brief Fausts vom 17.10.1955.

128 Diese Information, offenbar als Anlage beigefügt, befand sich nicht am Fundort dieses Briefes.

129 Paul Mayer, Redakteur beim „Vorwärts“.

26. April 1956

Lieber Fritz!

Dein Brief vom 11. April kam wie ein Sonnenstrahl aus bewölktem Himmel. Die Angelegenheit war für Kaisen und mich längst erledigt und vergessen. Da Du aber so freundlich warst, den Fall der auffälligen Streichung aus meinem Wahlergebnis-Artikel aller Sätze, die sich auf Kaisens Anteil am Erfolg bezogen, aufzuklären, kann ich Dir für diese korrekte Aufklärung nur aufrichtigen Dank sagen.

Ich habe Deinen Brief Wilhelm gezeigt, der schon gar nicht mehr wußte, um was es sich handelte. Selbstverständlich betrachten wir, erst recht nach Deiner Aufklärung, die Angelegenheit für erledigt. Irgendeinen Vorwurf möchte ich gegen Paul Mayer nicht erheben, er konnte ja die Zusammenhänge nicht kennen und hat sicher geglaubt, im Interesse der Partei zu handeln, indem er den Anteil Kaisens am Wahlerfolg schmälerte.

Mit freundlichen Grüßen

Dein Alfred Faust



# Johann Bugenhagen und das Leipziger Interim

*Ein bisher unbekannter Brief des Reformators an Nicolaus Buscoducensis  
in Bremen (1549)*

Von Martin Schwarz Lausten

Die meisten der bisher bekannten Briefe an und von Bugenhagen liegen in einer unbefriedigenden Ausgabe vor. Obwohl das Material seit Otto Vogts Zeit auf verschiedene Weise ergänzt werden konnte, ist es ein großer Mangel, daß sich bisher keine moderne textkritische Edition des Briefwechsels dieses Reformators findet. Offenbar hat niemals eine systematische Registrierung stattgefunden, so daß es nicht verwundern kann, wenn ab und zu neue Schreiben auftauchen. Auf den Brief, der hier veröffentlicht wird, wurde ich aufmerksam, als ich für die neue Ausgabe des Melanchthon-Briefwechsels sammelte, was sich in Dänemark an Melanchthoniana fand<sup>1</sup>.

Der Brief stammt aus der für die Wittenberger Theologen so schicksalsschweren Zeit, als das Augsburger Interim auf der Tagesordnung stand. Ein paar Hauptpunkte sollen mitgeteilt werden: Nach seinem militärischen Sieg über die lutherischen Fürsten und Städte im Jahre 1547 — dem Schmalkaldischen Krieg — war Kaiser Karl V. fest entschlossen, einen *modus vivendi* für Katholiken und Lutheraner im Deutschen Reich zu etablieren. Den Wunsch, den er am liebsten erfüllt gesehen hätte — durch Abhaltung eines Konzils die Protestanten zur Mutterkirche zurückzubringen —, mußte er aufgrund des Widerstandes des päpstlichen Stuhles aufgeben. Nach ein paar mißglückten Versuchen konnte eine eingesetzte Kommission, bestehend aus katholischen Theologen und dem evangelischen brandenburgischen Hofprediger Johann Agricola, einen Vorschlag zu einem Religionsgesetz für das ganze Reich vorlegen, zu dem der Kaiser die Zustimmung des Reichstages im Sommer 1548 erwirkte. Das Gesetz, das gelten sollte, bis ein Konzil abgehalten würde („interim“), führte im großen und ganzen die katholische

Ich danke Herrn Dr. Walter Thüringer, Melanchthon-Forschungsstelle, Heidelberg, für Auskünfte über die anderen Abschriften und für freundliche Hilfe bei der Transkription.

- 1 Hans-Günter Leder: Bugenhagen-Literatur, in: D. Johannes Bugenhagen (1485 bis 1558), Bielefeld 1958, 123-138. Hans-Günter Leder: Zum Stand und zur Kritik der Bugenhagenforschung, in: Herbergen der Christenheit 1977/78, 65-100. Über den Briefwechsel Bugenhagens s. ebd. 68-69. O. Vogt (Hrsg.): Dr. Johannes Bugenhagens Briefwechsel. Repr. Nachdruck. Mit einem Vorwort und Nachträgen von E. Wolgast unter Mitarbeit von H. Volz, Hildesheim 1966. Martin Schwarz Lausten: Melanchthoniana in Dänemark. Ein Verzeichnis, 1979 (Mschr.). Martin Schwarz Lausten: Melanchthoniana i Danmark. Nogle hidtil utrykte aktstykker, in: Kirkehistoriske Samlinger, 1980, 95-103.

Kirchenordnung in den lutherischen Gebieten ein, abgesehen vom Laienkelch und den Priesterehen, die, wo sie geschlossen waren, bestehenbleiben durften.

Melanchthon hatte um des Friedens willen gewünscht, so weit wie möglich in der Anerkennung des Augsburger Interims zu gehen, aber es endete doch damit, daß die Wittenberger Theologen in ihrer Lehre Abstand von den Hauptpunkten und von einer Reihe der gebotenen Änderungen nahmen. Sie befanden sich allerdings in einer besonders schwierigen Situation, da ihr neuer Kurfürst, Moritz, trotz evangelischer Überzeugung mit dem Kaiser zusammenarbeitete. Er befahl Melanchthon, Bugenhagen und anderen Theologen, ein Bedenken zu verfassen, in dem sie u. a. aufführten, was sie in dem „katholischen“ Gesetz akzeptieren konnten. Dieses sog. Leipziger Interim war an gewissen Punkten entgegenkommend — Konfirmation, die Letzte Ölung, Ordination von Bischöfen nach einem Examen. Des weiteren sollte man sich unterordnen „dem obersten und anderen Bischöfen, die ihr Amt nach göttlichem Befehl zur Erbauung der Kirche ausüben“. Bei der Messe sollten das äußere alte Zeremoniell und die alten Meßgewänder beibehalten werden. Auch das Fronleichnamfest sollte wieder eingeführt werden. Bilder und Fasten sollten wieder zugelassen werden. Unter dem Druck des Kaisers und Königs Ferdinand und bestärkt durch Melanchthon entschied Kurfürst Moritz schließlich, daß einige der Artikel durchgeführt werden sollten, nämlich die sogenannten *Adiaphora*, all das, was nicht im Streit mit Gott und dem Gewissen stand<sup>2</sup>.

Das Augsburger Interim hatte schwerwiegende Folgen in Süddeutschland, wo etliche Pfarrer und ihre Familien vertrieben wurden und wo der Kaiser — mit Unterstützung seiner spanischen Truppen — wirklich den Katholizismus rundum wieder einführen konnte. Trotzdem bekam das Augsburger Interim nicht die ganz große Bedeutung für das Deutsche Reich, und das gleiche galt für das Leipziger Interim. Die lutherischen Gebiete versuchten die ganze Zeit, die Entwicklung zu verzögern — ein gutes Beispiel ist die Taktik, die die Stadt Hamburg gegenüber dem Kaiser angewandt hat<sup>3</sup> —, so daß Bugenhagen recht hat, wenn er hier und an anderen Stellen sagt, die Artikel

2 Clyde L. Manschreck: *The Role of Melanchthon in the Adiaphora Controversy*, in: ARG 48, 1957, 165-182. K. E. Born: *Moritz von Sachsen und die Fürstenverschwörung gegen Karl V.*, in: *Hist. Zeitschrift* 191, 1960, 18-66. Robert Stupperich: *Melanchthons Gedanken zur Kirchenpolitik des Herzogs Moritz von Sachsen*, in: *Reformatio und Confessio. Festschrift für D. Wilhelm Maurer*, Berlin u. Hamburg 1965, 84-97. H. Jedin: *Geschichte des Konzils von Trient II*, Freiburg 1957. J. Mehlhausen (Hrsg.): *Das Augsburger Interim von 1548 (Texte z. Gesch. d. ev. Theologie, H. 3)*, Neukirchen-Vluyn 1970. Martin Schwarz Lausten: *Religion og politik. Studier i Christian III's forhold til det tyske rige i tiden 1544—1559* (mit einer Zusammenfassung in deutscher Sprache), København 1977, 75-133.

3 Martin Schwarz Lausten: *Religion og politik* (s. Anm. 2), 102-108, 113-118, 128-130. W.-D. Hauschild: *Zum Kampf gegen das Augsburger Interim in norddeutschen Hansestädten*, in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 84, 1973, 60-81 (ohne Benutzung des Hamburg betreffenden umfangreichen Quellenmaterials im Reichsarchiv Kopenhagen).

seien nicht durchgeführt. Aber trotzdem sind die Nachrichten über die Verhandlungen und die vielen Bedenken aufschlußreich. Sie zeigen, wie weit man von der Seite der Wittenberger Theologen „um des Friedens willen“ zu gehen bereit war. Nicht verwunderlich, daß rabiate lutherische Theologen, besonders Flacius und die Prediger in Nord- und Westdeutschland, eine kräftige Kampagne gegen sie begannen. Diese sahen sie als von der wahren lutherischen Lehre Abgefallene an<sup>4</sup>.

In diesem Zusammenhang muß der Brief Bugenhagens gesehen werden. Gleich seit dem Sommer 1548 waren er und Melanchthon heftig aufgeschreckt durch die vielen Angriffe von seiten der „Flacianer“, und sie versuchten, sich in einer Reihe von Briefen und Stellungnahmen zu verteidigen. Dabei fanden sie selbstverständlich Unterstützung bei ihren Fürsten, Kurfürst Moritz, und seinem Bruder, Herzog August. Der umfangreiche Briefwechsel mit dem dänischen König Christian III. zeigt, wie wichtig es für sie war, die Sache näher zu erklären und die Beschuldigungen abzuweisen. Genau in diesen Monaten ließ Christian III. seine Tochter Dorothea mit Herzog August in Torgau vermählen. Auf die realpolitisch motivierte Haltung Christian III. zur gesamten Interimsproblematik wollen wir übrigens hier nicht näher eingehen<sup>5</sup>.

Der Empfänger des Briefes war *Nicolaus Buscoducensis, Bremen* (Nicolaus van Broeckhaven), geboren in s'Hertogenbosch 1478, Magister in Löwen 1504. Er studierte und unterrichtete in Antwerpen, Löwen, Basel und Tournai. 1528 ging er zu den lutherischen Reformatoren über, ließ sich in Bremen nieder und verheiratete sich, obwohl er zum Priester geweiht war. Für die folgenden Jahre kennen wir nicht alle Phasen in Nicolaus Buscoducensis' „nicht ganz aufgehellte[r] Biographie“ (Scheible, Op. cit., Nr. 2481). Ab 1528 soll er an der Lateinschule in Bremen angestellt gewesen sein, aber spätestens im Sommer 1540 war er ohne Arbeit. Er besuchte seinen Freund Melanchthon in Wittenberg (September 1540), der ihm auf verschiedene Weise zu helfen versuchte. Eine angebotene Anstellung in Wittenberg lehnte er jedoch ab. In H. W. Rotermunds „Lexikon aller Gelehrten“ (1818) wird mitgeteilt, daß er 1536 einen Ruf als Professor der Theologie in Kopenhagen erhielt, als König Christian III. die lutherische Reformation in Dänemark eingeführt hatte, und daß er diese Anstellung annahm, auch weil sein Bruder Heinrich damals Hofprediger in Dänemark war. Diese Angaben sind aber nicht korrekt. Die zwei Professoren der Theologie an der 1537 wiedererrichteten Universität Kopenhagen waren Dr. Petrus Palladius und Dr. Tilemann van Hussen. Auch Johann Bugenhagen wirkte dort als Professor von 1537 bis 1539. Im Jahre 1540 erhielt Nicolaus zwar einen Ruf nach Dänemark; er schlug aber ab, dem Rat von Melanchthon folgend. Auch eine

4 Oliver K. Olson: Math. Flacius Illyricus, in: Theologische Realenzyklopädie (TRE) Band 11, Berlin—New York 1983, 206-214 (Lit.)

5 Martin Schwarz Lausten: Religion og politik (s. Anm. 2.), 119-133, vgl. auch Johann Bugenhagen an Valentin Curtius, Wittenberg d. 22.6.1548, ebd., 340-341. Eike Wolgast: Bugenhagen in den politischen Krisen seiner Zeit, in: H.-G. Leder (Hrsg.): Johannes Bugenhagen. Gestalt und Wirkung, Berlin 1984, 111, 116-117.

Anstellung im Hochstift Köln lehnte er ab. Die Gründe dafür kennen wir nicht. Sein Bruder Heinrich wurde erst im Jahre 1552 als Hofprediger in Dänemark angestellt. Ende 1540 wurde Nicolaus Rektor der Lateinschule in Wesel und 1543 Superintendent daselbst, ein Amt, das er gerade aufgrund des Interims verlassen mußte. Danach kam er nach Emden, wieder nach Bremen und Blankenburg, wo er als Pfarrer starb, offensichtlich vor 1556. Zeit seines Lebens korrespondierte er mit Melanchthon. Briefe, die zwischen Nicolaus und seinem Bruder gewechselt wurden, scheinen dagegen nicht bewahrt<sup>6</sup>.

In seinem Brief erklärt Bugenhagen, daß die Wittenberger bei Gottes Wort bleiben und daß sie Ordinationen auf die Weise vornehmen, wie sie es immer getan haben. Er berichtet über ein Treffen, das die Fürsten Weihnachten 1548 in Leipzig gehalten haben, wo sie beschlossen, nicht gegen Magdeburg vorzugehen. Weiter erklärten sie, daß sie an Gottes Wort festhalten und keine gotteslästerlichen Ordnungen annehmen wollten. Bugenhagen war deshalb überzeugt, daß Christus und der Heilige Geist bei dieser Zusammenkunft zur Stelle gewesen seien, und die Theologen hätten daher auch in den Kirchen am Sonntag Epiphania (6. Januar) für den Verlauf gedankt. Die Annahme der Letzten Ölung hätten sie mehrmals abgelehnt. Schließlich erklärt Bugenhagen, daß er dieses schreibe, um alle lügnerischen Verleumdungen, die gegen die Wittenberger Theologen in Umlauf seien, endgültig zunichte zu machen<sup>7</sup>.

Es gibt vier Abschriften des Briefes. Augenscheinlich stammen sie alle von Zeitgenossen (das Original liegt nicht mehr vor). Sie sind an folgenden Orten zu finden:

- 6 Henry de Vocht: *History of the Foundation and the Rise of the Collegium Trilingue Lovaniense 1517—1550*, II (*Humanistica Lovaniensia* 117), Louvain 1953, 349-350. Heinz Scheible (Hrsg.): *Melanchthons Briefwechsel*. Bd. 3. *Regesten*, Stuttgart—Bad Cannstatt 1979, Nr. 2481, 2494, 2495, 2496, 3119a, 3247, 3963, 4190. P. u. H. Allen (ed.): *Opus Epistolarum Des. Erasmi* 3,33 f. Heinrich Wilhelm Rotermund: *Lexikon aller Gelehrten, die seit der Reformation in Bremen gelebt haben*, I, Bremen 1818, 45. Martin Schwarz Lausten: *Christian d. 3. og kirken 1537—1559. Studier i den danske reformationskirke 1* (mit einer Zusammenfassung in deutscher Sprache), København 1987, 94-107. Martin Schwarz Lausten: *Biskop Peder Palladius og kirken 1537—1560. Studier i den danske reformationskirke 2* (mit einer Zusammenfassung in deutscher Sprache), København 1987, 225 f. Bjørn Kornerup: *Henrik von Bruchofen (Buscoducensis)*, in: *Dansk Biografisk Leksikon*, udg. af S. Cedergren Bech, 3. udg., bd. 2, København 1979, 574. — Am selben Tage, als Bugenhagen den hier mitgeteilten Brief an Nicolaus schrieb, sandte Melanchthon ein Schreiben an Albert Hardenberg in Bremen, in welchem er ebenfalls erklärte, daß in Sachsen noch keine kirchlichen Veränderungen eingeführt worden seien, Scheible, Nr. 5425.
- 7 Über das kirchliche Dankfest am Tage Epiphaniae s. Hermann Hering: *Doktor Pomeranus, Johannes Bugenhagen. Ein Lebensbild aus der Zeit der Reformation*, SVRG 22, Halle 1888, 151.

1. Königliche Bibliothek, Kopenhagen, Handschriftensammlung, sign.: Gl. Kgl. Saml. Nr. 99, z.
2. Bundesarchiv, Außenstelle Frankfurt, sign.: GAR 1216, S. 288—290.
3. Archives de la Ville, Straßburg, sign.: AST 183, f. 238<sup>v</sup>—239<sup>r</sup>.
4. Staatsarchiv Schwerin, sign.: Altes Archiv, Korrespondenz der Herzöge mit Gelehrten des 16. und 17. Jh., Melanchthon Nr. 30/2.

Die Kopenhagener Handschrift, die zwar eine weniger gute Abschrift ist, hat den Vorteil vor den anderen, daß sie den genauen Namen des Adressaten und den Städtenamen angibt. Die drei anderen schreiben nur Nicolaus und ein „N“ anstelle von Bremen. Außerdem liegt ein weiterer Unterschied vor: In der Frankfurter Handschrift ist nach dem Satz *Praeterea de hoc articulo sic respondimus quibusdam praedicatoribus* ein längerer Abschnitt eingefügt, nämlich die Stellungnahme, die Bugenhagen und Melanchthon an die Geistlichen in Berlin sandten<sup>8</sup>. Warum die anderen diesen Abschnitt auslassen, ist schwer zu sagen. Sie haben ihn wohl nicht in ihrer Vorlage vorgefunden, und sie lassen daher den genannten Satz auf den zurückverweisen, der in dem vorhergehenden Teil des Briefes mitgeteilt wurde. Sonst gibt es — abgesehen von einzelnen orthographischen Abweichungen — keinen Unterschied im Inhalt der vier Fassungen. Hier wird die Kopenhagener Abschrift abgedruckt.

Johann Bugenhagen an Nicolaus Buscoducensis, Wittenberg d. 25.1.1549

*Gratiam dei et pacem per christum pro ciuitate Bremensi et alijs. Chariss[ime] Nicolae, et pro vobis praedicatoribus, quotidie nominatim et spetiatim inuoco patrem domini nostri ihesu christi. Nos hic persistimus, Dei gratia, in verbo vitae et doctrina sÿncera Euangelij et ordinamus praedicatores etiam externis nationibus publice vt ante etc. In ferijs natalicij saluatoris celebrata sunt comitia nostrorum principum Lypsiæ. Ibi primo statutum est, quod nostri non volunt suscipere bellum<sup>9</sup> contra Magdeburgenses. Deinde, quia Deus adfuit suo sp[iritu] sancto cum suis Angelis, q[uo]d volunt manere in sÿncero verbo Dei, q[uo]d hactenus tenuerunt, ideoq[ue] quoties ibi fuerunt propositi articuli, in quibus adiectum fuit aliquod obscu[rum] verbum vt est hoc cum alijs christianis ceremonijs etc., statim petierunt declarationem se enim blasphemias episcopales non suscepturos; hæc ita concorditer facta sunt, vt non dubitemus Ch[r]istu[m] suo negotio adfuisse, et gratias egimus pro concione in die Epiphaniae do[mi]ni. Quod autem in comitijs etiam oblatum fuit articulus extremae vnctionis confirmatus quasi ex Marci VI et*

8 CR 7, 299-301, Nr. 4460.

9 Das Wort *bellum* fehlt in der Schweriner Abschrift.

*Ex[em]plo<sup>10</sup> Iacobi, sub nomine theologorum q[ui] intelliguntur Theolog[i] Witteb[ergenses] et Lÿpsen[ses]. Hæc confirmatio non est ex Theolog[is] q[ui] certe doctores sunt, sed potius ex Theologia Islebij<sup>11</sup> et ex asinis doctoribus decretorum. Nam contradiximus huic articulo magna contentione primum Cellae in Decembri, deinde Lÿpsiae in comitijs, post etiam in die Epiphaniae pro concione. Hæc scripta sunt in tota[m] pene Germaniam, et in comitijs huic articulo statim contra dictum est ab o[mn]i[b]u[s] et rogatum vt expungatur, præterea de hoc articulo sic respondimus quibusdam prædicatoribus.*

*Hæc scribo, ne creditis blasphemis mendatijs, quæ q[ui]dam sparserunt contra nos, q[ui] sedemus hic in tenebris tribulationum et vmbra mortis donec illucescat nobis oriens ex alto. Oramus vero, vt deus mitiget istas meritas poenas et ducat illesos pro hanc patientiam, de qua dicitur Apocalip[si] 14: Abreuietque dies istos, id quod speramus breui futur[um] alioqui non erit salua o[mn]i[s] caro. Ch[ri]stus sit nobiscum in aeternum. Vale, ex Witten[berga] in 49,25 Ianuarij.*

*Johann Bugenha[gius] Pomera[nus] huic  
Clarissimo viro et D[o]m[ino] Ma[gistro]  
Nicolao Buscoducensi fratri suo Bremæ<sup>12</sup>.*

Übersetzung:

Gottes Gnade und Frieden durch Jesus Christus wünsche ich der Stadt Bremen und anderen. Liebster Nicolaus, ich flehe täglich den Vater unseres Herrn Jesu Christi auch und besonders mit Nennung der Namen eurer Prediger an. Durch Gottes Gnade halten wir hier fest an dem Wort des Lebens und der echten Lehre des Evangeliums. Wir ordinieren öffentlich Prediger, auch für fremde Länder, genau wie früher usw. In den Weihnachtsfeiertagen hielten unsere Fürsten eine Versammlung in Leipzig ab. Dort wurde als erstes beschlossen, daß unsere Fürsten nicht in den Krieg gegen die Magdeburger ziehen wollen. Danach wurde bestimmt — weil Gott mit seinem Heiligen Geist und seinen Engeln zugegen war —, daß sie an dem echten Wort Gottes festhalten wollen, so wie sie bisher daran festgehalten haben; und deshalb gaben sie, jedesmal wenn Artikel vorgelegt wurden, in denen irgendein obskures Wort zugefügt war — wie dieses: Mit anderen christlichen Zeremonien usw. —, sogleich die Erklärung ab, daß sie bischöfliche

10 Die anderen Abschriften haben hier *Epistola*.

11 Die Frankfurter Abschrift und die Straßburger Abschrift haben: *Eislebij*, die Schweriner Abschrift: *Euslebij*.

12 Frankfurt: *Ex Wittembergæ M. D. XLIX 25. Ianuarij*. Straßburg: *Ex Wittembergæ 1549, 25. Ianuarij*. Johan: *Bugenha: Pomera: D. Schwerin: Ex VVitenberga XXV Ianuarij Anno etc. Johan Bugenhagen Pomeranus D.*

Gotteslästerlichkeiten doch nicht annehmen wollten. Dieses wurde so in Einigkeit getan, daß wir nicht daran zweifeln, daß Christus bei den Verhandlungen zugegen war, und am Dreikönigsfest haben wir anstelle der Predigt unseren Dank ausgesprochen. Wenn man in der Versammlung aber auch einen Artikel über die Letzte Ölung im Namen der Theologen, d. h. Theologen aus Wittenberg und Leipzig, vorgelegt hat — als ob dieser Artikel in Markus Kap. 6 und im Beispiel des Jakobus bestätigt sei —, so ist dieses nicht von den Theologen, die rechte Doktoren sind, bekräftigt worden, sondern stammt aus der Theologie Eislebens und von den Eseln von Rechtsgelehrten. Denn wir haben diesem Artikel mit großer Heftigkeit widersprochen, das erste Mal im Dezember in Celle [?], danach bei der Versammlung in Leipzig, danach auch anstelle der Predigt am Dreikönigsfest. Diese Worte sind fast an ganz Deutschland geschrieben, und bei den Versammlungen wurde diesem Artikel sofort von allen widersprochen, und man bat darum, daß er entfernt werde. Außerdem haben wir betreffs dieses Artikels auch einigen Predigern so geantwortet.

Dieses schreibe ich, damit Ihr nicht den lügnerischen Verspottungen glaubt, die einige Leute gegen uns verbreiten, wie wir hier im Dunkel der Bedrängnisse und im Schatten des Todes sitzen, bis ein Licht aus der Höhe über uns leuchten wird. Wir bitten in Wahrheit darum, daß Gott die verdienten Strafen mildern wolle und die Unangefochtenen zu der Ausdauer leiten wolle, von der die Rede ist in der Offenbarung Johannis Kap. 14, und daß er die Tage verkürzen wolle, von denen wir hoffen, daß sie kurz werden, sonst wird für kein Fleisch Rettung sein. Christus sei bei uns in Ewigkeit. Lebe wohl. Aus Wittenberg, am 25. Januar 1549.

Johann Bugenhagen aus Pommern  
dem hochberühmten Mann,  
Herrn Magister Nicolaus van Broeckhaven in Bremen,  
seinem Bruder.



# Freundschaft mit Eckermann

*Zwei Briefe Friedrich Leopold Vogets*

Von R o l a n d K ö h n e

Der Bremer Obergerichtsanwalt Dr. Friedrich Leopold Voget (1796—1840) hat sich einen Namen gemacht durch seine beiden Bücher über Gesche Margarethe Gottfried (1831), deren „Defensor“ er in dem aufsehenerregenden Giftmordprozeß war. In anderer Weise ist er für Bremen durch seine Schrift „Ueber staatsbürgerliche Anforderungen unserer Zeit, insbesondere an das neue Verfassungswerk für den Bremischen Freistaat“ (1831) wichtig, in welcher er „energisch die Reorganisation der bremischen Verfassung [vertrat]: er forderte eine Repräsentativdemokratie, in der dem Senat kaum mehr als eine Verwaltungstätigkeit zuerkannt wurde.“<sup>1</sup> Er war als Sohn des Pastors Albert Heinrich Voget in Herne geboren<sup>2</sup>. Dessen Schwester Konradine war in Bremen mit dem Lohgerber Friedrich Estienne verheiratet. Durch sie, die seit seinem achten Jahr Mutterstelle bei ihm vertreten hatte, war er schon früh in Bremen heimisch geworden, und so ließ er sich nach Abschluß seines Studiums auch endgültig dort nieder. Er heiratete Adelheid Franziska Lampe (1806—1881), Tochter des Senators Dr. Heinrich Lampe. In Abschrift wahrscheinlich von der Hand ihrer beider zweiten Tochter Minna Voget (1829—1912) sind zahlreiche Briefe Friedrich Leopolds überliefert<sup>3</sup>, von denen zwei aus der Göttinger Studienzeit an die Tante in Bremen von allgemeinerem Interesse sein mögen — erzählen sie doch von seiner Freundschaft mit *Johann Peter Eckermann* aus Winsen an der Luhe, dem späteren Verfasser der „Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens“ und des alten Dichters „geprüfter Haus- und Seelenfreund“ in Weimar<sup>4</sup>.

Eckermann, der sich den Zugang zum akademischen Studium äußerst mühsam erkämpft hatte und wie Voget selber Jurist werden wollte, war

1 Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts. Bremen 1912, S. 506.

2 Die Bremische Biographie gibt fälschlich Bremen als Geburtsort an. — Einen Stammbaum der Familie Voget (Vagt) findet man in den Anlagen zu Hedwig Johansen: Sophienhof. Geschichte der Familie Johanssen. Selbstverlag Johanssen-Sophienhof, Post Kreuz b. Preetz, 1960.

3 In einem Album (8<sup>o</sup>) aus dem Jahre 1883, das angelegt war, um den Kindern von Minnas Schwester Johanna Johanssen, geb. Voget (1833—1907), ein Bild des früh verstorbenen Großvaters zu vermitteln. Die darin wiedergegebenen 32 Briefe Vogets stammen aus den Jahren 1819—1826. Im Familienbesitz.

4 So nennt ihn Goethe in einem Brief vom 26.9.1830 an Johann Jakob und Marianne von Willemer. — Zwei kurze Auszüge aus den beiden Briefen Vogets sind schon einmal abgedruckt in dem Werk des Enkels D. Ernst Johanssen: Führung und Erfahrung in 40jährigem Missionsdienst. Bd. 1, Bethel b. Bielefeld (1933), S. 11.

damals schon 29 Jahre alt. Er verließ Göttingen aber ohne Examen noch in demselben Monat, in welchem Vogets zweiter Brief geschrieben ist, um nach längerem Aufenthalt in Hann. Münden und Empelde bei Hannover im Sommer 1823 nach Weimar zu wandern, wo er als ‚freier Mitarbeiter‘ in das bekannte Verhältnis zu Goethe eintrat. (Nicht als dessen „Sekretär“, als welcher er oft bezeichnet worden ist; denn seine materielle Existenz bestritt er mit schriftstellerischen Arbeiten und als Privatlehrer.) Sein Weg nach Weimar führte noch einmal über Göttingen, wo er sicher mit den Studienfreunden Wiedersehen gefeiert hat. Voget hat aber vermutlich auch später den Kontakt zu ihm nicht verloren. Man kann sogar annehmen, daß es im Sommer 1834 zu einer Wiederbegegnung gekommen ist. Eckermann machte damals, nach dem Tode seiner Frau, eine Erholungsreise nach Helgoland und begründete gegenüber dem besorgten Freunde Frédéric Jacob Soret<sup>5</sup> in Weimar seinen Wunsch, ohne Begleiter zu reisen, damit, daß er überall auf dem Wege Verwandte und Freunde habe, bei denen er einkehren könne, so in Nienburg „einen sehr intimen Universitätsfreund, in Bremen desgl.“<sup>6</sup>. Der in Bremen war wohl kein anderer als Voget. Aus Helgoland schreibt Eckermann an Soret, er werde „wahrscheinlich über Wangerooge und Bremen zurückreisen“<sup>7</sup>. (Schon im September 1833 war er in Bremen gewesen; freilich enthält der von dort an seine Frau geschriebene Brief<sup>8</sup> keinen Hinweis auf einen Besuch bei Voget.)

Vogets Briefe sind Dokumente einer vergangenen Briefkultur, in denen ein junger Mensch einer mütterlich Vertrauten sein Herz offenbart. Sie erzählen eigentlich mehr von der Wirkung, welche die auch von anderen als sehr gewinnend geschilderte Wesensart Eckermanns auf den Verfasser ausübt, als von seiner Person. Insofern sind sie zugleich ein Psychogramm ihres Verfassers selber, eines empfindsamen und frommen Studenten der Goethezeit, der in seiner großen Sehnsucht nach einem wahren Freund keinem Besseren hätte begegnen können als eben „seinem“ Eckermann.

5 Soret (1795—1865), seit 1822 Erzieher des Erbgroßherzogs Carl Alexander, war gern gesehener Gast im Goethehaus. Seine eigenen *Conversations de Goethe* überließ er Eckermann zu beliebiger Verwertung im 3. Teil der „Gespräche“.

6 Heinrich Hubert Houben: J. P. Eckermann. Sein Leben mit Goethe. Bd. 2, Leipzig 1928, S. 99.

7 Ebd., S. 96.

8 Friedrich Tewes (Hrsg.): Aus Goethes Lebenskreise. J. P. Eckermanns Nachlaß. Bd. 1, Berlin 1905, S. 126.

Göttingen den 28 Januar 1822

Meine liebe Tante

Mir ist's, als hätte ich so lange nicht mit Ihnen gesprochen, und habe doch Niemand, mit dem ich herzlicher reden könnte, als mit meiner guten Pflegemutter! Grade jetzt könnte ich um vieles Geld das Schreiben nicht unterlassen! Denn ich habe recht viel Gutes, Glückliches zu erzählen, u. wo fänd ich der reinern Mitfreude, treuern Hülfe im Dank gegen Gott, als auch grade wieder bei meiner lieben, lieben Tante!

Nun hören Sie, Theure! Was ich so lange von Gott erflehte, und besonders hier in Göttingen, und was dem Sterblichen so selten wird, hat mich der liebe Gott finden lassen: *einen Freund!* — O lächeln Sie nicht, Tante, und nennen meine Art, hierüber zu schreiben, eine Ueberspannte! — Leider ist das Wort „*Freund*“ so sehr mißbraucht worden, daß nur Wenige auch den Sinn desselben zu fassen vermögen. Ich rede hier von einem Freunde, den ich einen Spiegel meines Herzens nennen möchte, eine Läuterung der tiefsten Tiefen meiner Seele, eine Brust, die bei meinem Schmerz zittert, ein Auge, das sich bei meinem Leide mit Thränen füllt, ein Herz, das hoch schlägt, wenn ich von meinem Glücke rede! Wenn Sie, liebe Tante, meine Freude recht verstehen sollten, so müßte ich Ihnen den langen Schmerz erst schildern, den ich Ihnen bisher verbarg und der doch mich nie in Göttingen verlassen hat, die qualvolle Sehnsucht nach einer treuen Freundesbrust, das schmerzliche Gefühl, daß unter den 1000, die mit mir hier zusammenleben, auch nicht *ein* Herz von gleicher Sehnsucht zu mir sich hingezogen fühlte! Aber ich dachte nicht, ob es gleich von unsern besten Dichtern unzählige Male ausgesprochen ist, daß diese heilige Freundschaft wirklich so sehr selten sei, daß so wenige Menschen dieses Bedürfniß nach Seelenaustausch empfinden, nicht wissend, wie süß es ist, das Leben gleichsam doppelt zu leben. O Tante, ich bin nichts als Freude! Freuen Sie sich doch mit mir! und danken Sie mit mir dem lieben Gott! Ach, ich bin seiner Freundlichkeit so wenig werth, aber Er wußte wohl, daß das Streben nach Reinheit und Heiligung selbender mir besser glücken würde. Nun sehe ich auch erst recht klar ein, daß es gar nicht möglich war, so leicht einen wahren Herzensfreund für mich zu finden, und daß ich von einem wunderseltenen Glück zu sagen habe, denn das mußte doch schon ein ganz eigener Mann sein, der mich, der ich auch so meine absonderlichen Grillen habe und grade nicht über alle Sachen wie Jeder denke, recht lieben könnte. Er mußte auch wie ich sehen, durch einige Schulen unseres großen himmlischen Lehrmeisters gegangen sein, um mich überall zu verstehen, und das alles finde ich bei meinem lieben *E c k e r m a n n*. Er ist Mann und 29 Jahr alt. Doch weiter auch nichts davon für heute! Ich finde sonst das Ende nicht! [. . .]

Göttingen am 10 Febr. 1822

Meine Liebe,

Gestern erhielt ich Ihren köstlichen, liebevollen Brief, und ob ich gleich ihn heute wohl nicht ganz beantworten werde, so will ich doch eine freie Sonntagstunde dazu anwenden, den Anfang damit zu machen. Aber womit soll ich beginnen, Ihr theuer liebes Schreiben, voll zarter Sorgfalt und unendlicher Güte, entsprechend zu beantworten? Womit anders, als Ihnen meinen treuesten, kindlichsten Dank darzubringen! Dann muß ich aber auch hinzufügen, daß meine gute, meine liebe Tante, mich diesmal doch gar nicht verstanden hat. Fürs Erste scheint doch aus Ihrem Brief hervorzugehen, als dächten Sie mich — aufrichtig gesprochen — in meiner neuen Freundschaft ein wenig überspannt oder excentrisch. Wie weit bin ich aber davon entfernt! Diese unendliche Sehnsucht, worauf Sie hindeuten, war ein Gefühl, was mich vor 4 — 6 Jahren nicht verließ, was ich aber jetzt, wenigstens in sofern es auf etwas Irdisches geht, gar nicht mehr kenne. Wenn ich noch von einer nie gestillten Sehnsucht sprechen wollte, so glauben Sie mir, liebe Tante, daß ich schon lange das einzige Mittel, sie zu stillen, — *Ewiges* nicht mehr mißkennen würde, schon lange nicht mehr im Vergänglichen das Unvergängliche zu finden hoffen würde! Wenn ich mich nach einem wahren Freunde gesehnt habe, wie z. B. der gute Cox [?] ist, so ist das immer nur der Wunsch gewesen, eine Seele zu finden, der ich mein tiefstes Leben offenbaren möchte, und die dasselbe Bedürfniß gegen mich fühlte — gegenseitiger Seelenaustausch. Hat nicht jeder Mensch Stoff genug dazu? Täglich geht man auf dem Wege der Besserung entweder vorwärts oder zurück, ist es da nicht herrlich, wenn Zwei sich einander wahrnehmen in Liebe und Freundschaft und einander zeigen: Hier fehlst du! dort hast du Unrecht, darin handelst du deinen höchsten Grundsätzen nicht gemäß u.s.w. Dazu versteht sich nicht ein Jeder, die Meisten sind nicht einmal aufrichtig gegen sich selbst, viel weniger gegen Andere! u. dann gehört auch eine gewisse Gleichheit, oder wenigstens Ähnlichkeit des ganzen vergangenen Lebens dazu; sie müssen Beide schon gewisse Erfahrungen gemacht, gewisse Lagen im Innern u. Aeußeren durchlebt haben, wenn sie sich einander etwas sein sollen. Bloß in Beziehung auf das Höchste kann mir ein Freund Werth haben, absolut und ohne diesen Bezug weiß ich recht wohl, daß auch Freundschaft zu dem gehört, was *eitel* ist. So thut es mir denn auch Ihretwegen leid, liebe Tante, daß Sie die Worte meines letzten Briefes, es sei mir von jeher in Göttingen schmerzlich gewesen, unter so Vielen, keine treue Seele zu finden, der ich mein ganzes Herz aufschließen könnte, sich ganz anders ausgelegt haben, als ich sie mir gedacht! Hier ist von weiter keinem Schmerz die Rede als von dem der in der Erfahrung liegt, daß selbst unter so vielen jungen Leuten, so wenige nur sind, die dem einen höchsten Ziele nachstreben, und dann auch so glücklich sind, sich zu finden, um gegenseitig sich ihre Bahn zu erleichtern. Insbesondere, *Sie Liebe!* denken Sie sich mich ganz anders als ich bin, wenn Sie glauben, daß etwa Erinnerungen an L. mir trübe Stunden machen. Nichts weniger, als das. [. . .]

Nun muß ich Ihnen denn wohl zunächst etwas Specielleres über meinen lieben Eckermann sagen. Erinnern Sie sich etwa, den Namen schon gehört zu haben? Hat nicht Trapp in Bremen<sup>9</sup>, Subscribenten für eine kleine Gedichtsammlung zusammenzubringen gesucht, die er für einen Freund in den Druck befördern wollte?<sup>10</sup> Derselbe Freund studirt seit einem Jahre hier, Jurisprudenz, ist aber seiner Existenz wegen genöthigt, auch schriftstellerischen Arbeiten obzuliegen, und wird gewiß, da man ihn nicht nach den erschienenen Gedichten, sondern nach seinem ganzen vorherigen Leben beurtheilen muß, auch in dieser Hinsicht, noch einmal etwas recht Tüchtiges leisten. Er ist von der allerärmsten Herkunft, seine Verwandten sind Tagelöhner und Dienstboten<sup>11</sup>. Aber ein *königlicher* Geist lebt in ihm. — Ob Christus sein Freund? — O Sie sollten seine Begeisterung darüber sehen, sein liebeglühendes Auge sollten Sie sehen! — Ganz zufällig lernten wir uns auf der Straße kennen. Er redete mich an, und hat mir nachher gestanden, ich sei ihm gleich aufgefallen, als er mich zum ersten Mal gesehen. Auch mir war es ebenso gegangen, ich hatte ihn mehrere Male heimlich mir recht stark ins Auge gefaßt. — Sein bisheriges Leben ist äußerst interessant und reich an merkwürdigen Führungen. — Mündlich wollen wir uns einmal darüber verplaudern. Denn es ist mir nicht möglich, dies Alles der langsamen Feder zu übergeben! —

[. . .]

Mit ewiger Liebe

Ihr Fritz

- 9 Der Apotheker Johann Christian Trapp (1790—1851) war von etwa 1818 bis Mitte des Jahres 1820 in der Materialhandlung E. Walte in Bremen angestellt, danach als Provisor in Oldenburg und Rastede. Näheres bei Wolfgang Büsing: 350 Jahre Hirsch-Apotheke Oldenburg, in: Oldenburgische Familienkunde, Jg. 29, 1987, S. 552 f.
- 10 Gedichte von J. P. Eckermann. Hannover 1821. — Eckermann selbst schreibt in der autobiographischen Einleitung zum ersten Teil der „Gespräche mit Goethe“ (1836): „Diese [Subskription] ward von Freunden eingeleitet und nahm den erwünschtesten Fortgang.“ — Das Verzeichnis der Subskribenten, das hier hätte interessant sein können, ist nicht mit abgedruckt worden. Es muß aber ein solches gegeben haben, da sich sowohl Tewes (Anm. 8, S. 362) als auch Houben (Anm. 6, S. 382) darauf beziehen. Dessen Verbleib habe ich nicht ausmachen können. Doch besitzt das Frankfurter Goethemuseum einen Brief an Eckermann, in dem der Flügeladjutant des Herzogs von Cambridge in Hannover mitteilt, daß auch Se. Kgl. Hoheit geruht hätten, die Subskription auf die Gedichte zu unterzeichnen (Hs-8438).  
Übrigens hat auch F. L. Voget Gedichte geschrieben: 10 an seine Braut sind in dem oben genannten Album enthalten, 62 verschiedenen Inhalts in einer besonderen Kladde, gleichfalls im Familienbesitz. Seine Gedichte sind sprachlich und formal gewandt, gedankenreich und oft witzig.
- 11 Vgl. die erwähnte Einleitung zu den „Gesprächen mit Goethe“. — Hingewiesen sei auch auf das schöne Lebensbild „Johann Peter Eckermann“ von Ernst Beutler in dessen „Essays um Goethe“. 7., verm. Aufl. Zürich u. München (1980).



## Johanna Spyri und Bremen

Ein Beitrag zu den schweizerisch-hansestädtischen Literaturbeziehungen  
und zu den schriftstellerischen Anfängen der „Heidi“-Autorin

Von Dieter Richter

*Johanna Spyri und Bremen* — das kleine Wörtchen *und* verbindet weit Auseinanderliegendes. Was hat die Zürcher Schriftstellerin, Verfasserin des „Heidi“, des berühmten Kinderromans von der leidenschaftlichen Liebe zu den Bergen, gerade mit der deutschen Großstadt an der Küste zu tun? Johanna Spyri ist nie in Bremen gewesen. In ihren Büchern spielt Bremen keine Rolle. Wohl aber spielte in ihrem Leben ein *Bremerhaus* eine Rolle, ein *Bremer Onkel* und ein *Bremer Pastor*. Dennoch würden alle drei zusammen das vielversprechende *und* unseres Titels immer noch nicht rechtfertigen, käme nicht ein Anderes hinzu: daß Johanna Spyris Weg als Schriftstellerin in Bremen begann.

Bis zum Jahr 1955 stand am Hirschengraben 6 in Zürich ein einfaches zweistöckiges Haus: Das *Bremerhaus* wurde es allgemein genannt — dies nicht, weil es architektonisch dem in Bremen so bezeichneten Haustyp<sup>1</sup> ähnlich gewesen wäre, sondern weil sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts hier ein Bremer niedergelassen hatte, Zürcher „Ansässe“ geworden war.

Der Bremer in Zürich hieß Johann Wichelhausen (1773–1838) und stammte aus einer alten hansestädtischen Familie<sup>2</sup>. Sein Großvater, Engelbert Wichelhausen (1679–1761), hatte es durch Wein- und Branntweihandel zu einem ansehnlichen Vermögen gebracht und den Nachkommen eine wohldotierte Familienstiftung hinterlassen. Der Vater, Engelbert Wichelhausen (1720–1783), war in Bremen Senator gewesen. Aus dessen dritter Ehe, mit Margaretha Sibylla Ewald, stammten neben dem Zürcher „Auswanderer“ Johann auch der Jurist Wilhelm Ernst Wichelhausen (1769–1823), der während der Franzosenzeit *maire* in Bremen war<sup>3</sup>, und Helena Elisabeth Wichelhausen (1766–1854), die 1790 den späteren Bremer Bürgermeister Christian Hermann Schöne heiratete.

1 Vgl. H. Ch. Hoffmann, Das Bremer Haus. Hanseatisches Bauen und Wohnen zwischen 1850 und 1914, Bremen 1974; Klaus Schwarz, Bremer Reihenhäuser in vor- und frühindustrieller Zeit. Forschungsprobleme der Wohnungsbaugeschichte, in: Brem. Jb., Bd. 57, 1979, 125–182.

2 Die genealogischen Angaben basieren auf den Unterlagen im Staatsarchiv Bremen, Familiengeschichtliche Sammlung „Wichelhausen“, und der „Wichelhausen“-Mappe der „Maus, Gesellschaft für Familienforschung e.V., Bremen“.

3 Vgl. Art. Wichelhausen, W. E., in: Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts, hrsg. von der Historischen Gesellschaft des Künstlervereins, Bremen 1912, 516–518.

Anders als andere Bremer, zog es Johann Wichelhausen in den Süden. Meta Heusser-Schweizer, Johanna Spyris Mutter, sagt in ihren autobiographischen Aufzeichnungen, Wichelhausen habe, „von Jugend auf kränklich, in der Schweiz seine Gesundheit und in ‚Setli Geßner‘ seine Jugendliebe gefunden [. . .] weswegen er seinen Wohnort in Zürich aufschlug“<sup>4</sup>. Es mag so gewesen sein. Gesundheitliche Argumente wurden damals gern angeführt, um den Weggang aus der nördlichen Heimat zu rechtfertigen. Jedenfalls heiratet der Bremer Johann Wichelhausen 1804 die 19jährige Zürcherin Elisabetha Geßner (1785–1858) – und heiratet damit in die „ersten Kreise“ der Limmatstadt ein: Sein Schwiegervater, Hans Caspar Geßner, war „Großkeller“ (= Hauptverwalter) des Zürcher Großmünsterstifts<sup>5</sup>; dessen Bruder, Hans Georg Geßner, angesehener Pfarrer am Fraumünster und als Volks-erzieher im Geiste Lavaters und Pestalozzis aktiv<sup>6</sup>. Hans Caspar Geßner hat ursprünglich auch das Haus am Hirschengraben 6 gehört<sup>7</sup>; 1826 geht es in Besitz des Bremer Schwiegersohns über<sup>8</sup>. Als dessen Profession gibt das Verzeichnis der Ansassen zunächst (1807) *Specereyhändler*, ab 1825 *Spezerei- und Fremdenweinhändler* an<sup>9</sup>. Johann Wichelhausen hat also in Zürich offenbar die väterliche und großväterliche „Handlung“ weitergeführt.

Die Familie Geßner, in die der Bremer Wichelhausen eingeheiratet hat, war nun auch mit der Familie Heusser verwandt (aus der Johanna Spyris Mutter stammte): Hans Caspar Geßner und Johanna Spyri-Heussers Großmutter waren Geschwister. So wird der Bremer „Ansasse“ in der Familie Heusser-Spyri *Onkel Wichelhausen*.

Zwischen den Wichelhausens und der Familie des Landarztes Heusser auf dem Hirzel am Zürichsee, Johanna Spyris Heimat, entwickelte sich eine Beziehung, die über das rein Verwandtschaftliche offenbar weit hinaus ging. Johanna Spyris Mutter erinnert sich:

*Er [Wichelhausen] war ein tief gemüthlicher, treuer Mensch, der sich vorzugsweise uns Hirzelleuten anschloß, mit dem wir denn auch so recht von Herzen alle Drangsale Deutschlands unter Napoleon, dann aber auch den Jubel der Befreiung, die Erhebung des deutschen Volkes und jede Einzelheit jener Schlachten und Siege teilten, ja recht eigentlich durchlebten. Wie alljährlich, so weilten Wichelhausens auch im Juni 1815 in unserer Mitte, und*

4 Meta Heusser-Schweizer, Hauschronik, hrsg. von K. Fehr, Kilchberg 1980, 58.

5 Vgl. H. Hofmeister, Genealogische Tabelle der Familie Geßner, Bd. 8, 6 (Ms., Stadtarchiv Zürich). Für die freundliche Hilfe bei meinen Recherchen im Stadtarchiv Zürich danke ich Herrn Prof. Dr. W. G. Zimmermann.

6 Vgl. Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz, Bd. III, Neuenburg 1926, 500, und Zürcher Pfarrerbuch 1519–1952, hrsg. von E. Dejung und W. Wuhmann, Zürich 1953, 295.

7 Verzeichniß der Stadt-Bürgerschaft von Zürich auf das Neujahr 1827, hrsg. von H. Hofmeister, Zürich 1827, 51.

8 Stadtarchiv Zürich, Lagebuch Brandassekuranz, pag. 1157.

9 Etat der sämtlichen an- und abwesenden Gemeinde-Bürger der Stadt Zürich, Zürich 1807, 134; Verzeichniß der Ansassen in der Stadt Zürich, hrsg. von H. Hofmeister, Zürich 1825, 93.

als die Siegesbotschaft von Waterloo bei uns eintraf, feierten wir ein häusliches Dank- und Siegesfest<sup>10</sup>.

Die anti-napoleonische Einstellung verbindet Zürcher und Bremer Bürger (beide Städte wurden durch die französischen Expansionen in Mitleiden-schaft gezogen); aber das Entscheidende in der Verbindung Wichelhausen-Heusser scheint doch etwas anderes gewesen zu sein: die pietistische Fröm-migkeit. 1825 fungiert Johann Wichelhausen auf dem Hirzel als Taufzeuge der älteren Schwester von Johanna Spyri, der am 18. Januar geborenen *Anna Elisabetha Dorothea Heusser*. Onkel Wichelhausens Taufbrief vom 6. Februar<sup>11</sup> spricht deutlich die Sprache des Pietismus, wie sie auch Meta Heussers „Lieder einer Verborgenen“ prägt:

[1. Thessalonicher 5, 23–24]

*Sey mir in Herrn Jesu Christo unserem Heyland und Erlöser gesegnet, Du theures liebes Kind das ich mit Gefühle inniger Liebe und heißem Flehen in der heiligen Taufe dem Herrn darbrachte. Er mache durch seine Gnade, welche Dich ins Leben rief die Worte unseres theueren Evangeliums, mit denen ich Dich begrüße, wahr an Dir, so wird die geistvolle Bedeutung Deiner schönen Namen die Dir bey Deiner Taufe gegeben wurden, in Dir lebendig werden und Du seine liebliche mit himmlischer Ruhe erfüllte Gottes Gabe seyn und bleiben, für Deine theuren Eltern und alle die Dich lieb haben; bis Du Dich einst in seligen Zeiten Deines himmlischen Namens freust, und mit Dir die Erlösten alle, und unter denen auch*

*Dein Dich treu und herzlich liebender  
Taufzeuge  
Johann Wichelhausen  
von Bremen.*

Im auf diese Taufe folgenden Jahr übernehmen die Bremer Verwandten eine weitere Patenschaft in der Heusser-Familie: 1826 wird Johann Wichelhausens Schwester, die inzwischen verwitwete Frau des Bremer Bürgermeisters Schöne, Taufpatin von Johanna Spyris Bruder Jakob Christian (geboren 28. März 1826)<sup>12</sup>.

Das *Bremerhaus* am Hirschengraben 6 in Zürich wird dann der heranwachsenden Johanna Spyri für zwei Jahre lang eine Art zweite Heimat werden: 1842 beschließt die Familie Heusser, das 15jährige Landmädchen zur Verbesserung ihrer Schulbildung in die Stadt, nach Zürich zu schicken. 1842–1844 wohnt sie am Hirschengraben 6 bei Tante Wichelhausen, bis sie nach ihrer Konfirmation in die Welschschweiz, nach Yverdon, geschickt wird<sup>13</sup>. Noch ein zweites Mal und für längere Zeit sollte dann das *Bremerhaus* Johanna Spyris Wohnung werden: 1858 kauft es ihr Mann, der Stadtschreiber Spyri<sup>14</sup> (Elisabeth Wichelhausen-Geßner war kin-

10 Meta Heusser-Schweizer, Hauschronik, a.a.O., 58 f.

11 Johanna-Spyri-Stiftung Zürich. – Für ihre freundliche Hilfe bei der Materialsuche danke ich Frau R. Tschirky und Frau V. Rutschmann.

12 Meta Heusser-Schweizer, Hauschronik, a.a.O., 89.

13 Vgl. Georg Thürer, Johanna Spyri und ihr Heidi, Bern 1982, 22.

14 Lagebuch Brandassekuranz, pag. 1157. Das Haus geht 1876 in den Besitz von Jacob Winter über, 1911 erwirbt es die Stadt Zürich. 1955 wurde es abgerissen.

derlos gestorben); zehn Jahre lang wohnt die Familie Spyri am Hirschen-  
graben 6.

In diese Zeit fällt eine Begegnung, die für Johanna Spyris Weg als Schrift-  
stellerin entscheidend werden sollte: die mit der Familie des Bremer reform-  
tierten Pastors Cornelius Rudolf Vietor (1814–1897).

Vietor war seit seiner Göttinger Studentenzeit 1835/36 eng mit dem Zür-  
cher Juristen Hans Heinrich Spoendli(n) (1812–1872)<sup>15</sup> befreundet.  
Spoendlin, gleich Vietor pietistisch geprägt, war ein extrem konservativer  
Mann. Er war Mitbegründer des „Zentralkomitees“ (Glaubenskomitees), das  
die Berufung des liberalen Theologen David Friedrich Strauß an die Univer-  
sität Zürich hintertrieb. 1839 war er beim „Zürichputsch“ gegen die liberal-  
radikale Regierung aktiv, 1843 mitverantwortlich für die Verhaftung des  
Kommunisten Wilhelm Weitling; in dem anschließenden Prozeß gegen Weit-  
ling fungierte Spoendlin als Stellvertretender Staatsanwalt<sup>16</sup>.

Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Familien Vietor und  
Spoendlin führten nun dazu, daß die vier Vietor-Töchter längere Zeit als  
au-pair-Mädchen in der Zürcher Gastfamilie zubrachten<sup>17</sup>. Die Älteste,  
Helene (1846–1933), die von Januar 1866 bis Mai 1868 im Spoendlin-Haus  
in der Rämistraße 24 lebte<sup>18</sup>, freundete sich mit der 18 Jahre älteren Frau  
des Stadtschreibers Spyri an<sup>19</sup>, und so kam auch Cornelius Rudolf Vietor in  
Kontakt mit der Familie Spyri.

Vietor, Pastor primarius an der reformierten Kirche Unser Lieben Frauen  
zu Bremen (er war dort 1854 als konservativer Nachfolger des revolutionä-  
ren Geistlichen und liberalen Schriftstellers Rudolf Dulon gewählt worden),  
hatte sich in seiner Heimatstadt vor allem um die Aktivierung des innerge-  
meindlichen Lebens, die Armenpflege und Volkswohlfahrt sowie die Förde-  
rung der „Volkserziehung“ durch Buch, Traktat und Zeitschrift bemüht.  
1857 gründete er einen „Besuchsverein“, 1861 das erste Gemeinde-  
Diakonissenwerk in Bremen, 1866 einen „Wohnungsverein“ und 1879 die

15 Zu Spoendlin vgl. Konrad Zeller, Hans Heinrich Spoendlin, Zürich 1967 (= 167.  
Neujahrsblatt der Hülffsgesellschaft in Zürich auf das Jahr 1967); ders., Das Curri-  
culum vitae des Hans Heinrich Spoendlin, in: Zürcher Taschenbuch auf das Jahr  
1967, 126–135.

16 Vgl. Jürg Haefelin, Wilhelm Weitling. Biographie und Theorie. Der Zürcher Kom-  
munistenprozeß von 1843, Bern/Frankfurt/New York 1986, 197–199.

17 C. R. Vietor, Erinnerungen aus meinem Leben. Für meine lieben Kinder, Bremen  
1897, 238–239.

18 Stadtarchiv Zürich, Familienbogen Spoendli. Helene Vietor ist dort vom  
23.1.1866 bis 26.5.1868 als „Kostgänger“ aufgeführt.

19 C. R. Vietor, Erinnerungen, a.a.O., 239. Ein kurzer autobiographischer Bericht,  
offensichtlich von Helene Vietor, über ihren Umgang mit Johanna Spyri findet  
sich bei Hedwig Bleuler-Waser: Johanna Spyri, in: Die Schweizer Frau, hrsg. von  
G. Villiger-Keller, Neuenburg 1910/11, 594–595. — Auch eine gemeinsame  
Reise haben die beiden unternommen, wie aus einem Brief von H. H. Spoendlin an  
C. R. Vietor vom 30.5.1867 hervorgeht: „Nächsten Monath wird die l. Helene  
wohl mit Frau Spyri zu den Basler Festen gehn u., wie wir für sie hoffen, reichen  
Genuß haben“ (Zürich, Privatbesitz).

Kinderbewahranstalt in der Gartenstraße. Damit die Glieder seiner Gemeinde „namentlich an den langen Winterabenden [. . .] eine bessere Unterhaltung haben möchten, als die sie in den Wirthshäusern finden könnten“<sup>20</sup>, richtete er eine „Volksbibliothek“ ein und verschaffte sich von der Regierung in Stade das Recht auf den Kolportagebuchhandel in Bremen<sup>21</sup>. Publizistisch war er als Redakteur des „Bremer Kirchenblattes“, des „Stader Sonntagsblattes“ und des „Monatsblattes der norddeutschen Missionsgesellschaft“ tätig<sup>22</sup>. Auch einzelne Erbauungsschriften hat Vietor veröffentlicht<sup>23</sup>.

In seiner Absicht, in Bremen ein religiös erbauliches Traktatschrifttum zu verbreiten, um auf diese Weise den aufgeklärt-liberalen Strömungen der Zeit entgegenzutreten, fand Pastor Vietor im konservativ-pietistischen Klima um die Zürcher Familien Spoendlin, Spyri und Heusser Resonanz. Seine Lebenserinnerungen schildern die Ereignisse so:

*In Zürich wurde nun meine Tochter Helene bald mit Frau Johanna Spyri, geb. Häusser, der Frau des Stadtschreibers Spyri und Tochter des damals in den christlichen Kreisen durch ihre sinnigen Lieder einer Verborgenen weit bekannten Frau Meta Häusser, der Frau des Arztes auf dem Hirzel, nahe befreundet, wie wohl in dem Alter der beiden ein nicht unbedeutender Unterschied war. Jedesmal nun, wenn ich in Zürich war, fuhr Frau Johanna Spyri mit uns zum Besuch ihrer Mutter nach dem Hirzel. Auf der stundenlangen Wagenfahrt und bei dem Aufenthalt in dem wunderschön gelegenen Hirzel hatte ich Gelegenheit, Frau Johanna Spyri eingehend kennen zu lernen, und es konnte mir ja nicht entgehen, welche reiche geistige Begabung und welcher frischer und fröhlicher Humor von Gott ihr geschenkt sei. Ich bin daher früh schon, als ich zum zweiten oder dritten Male sie sah, mit der Aufforderung und Bitte ihr nahe getreten, sie solle doch etwas schreiben, etwa eine Erzählung; ich wolle dann sorgen, daß diese im Bremer Kirchenblatte abgedruckt werde. Sie wies aber diesen Gedanken weit ab und meinte, zu so etwas werde sie nie im Stande sein. Das konnte mich aber nicht irre machen. Je öfter und je länger ich sie sah, desto gewisser wurde es mir, daß ihr ein Talent zu schriftstellerischer Thätigkeit von Gott gegeben sei, das sie nicht im Schweiß Tuch vergraben dürfe. Das sprach ich ihr auf das Eindringlichste aus, als ich 1871 meine Thrineli [Vietors Tochter Katharina, 1852—1932] von Zürich wiederholte. Sie versprach damals Nichts, widersprach aber auch nicht mehr so entschieden, und als ich eine Zeitlang wieder zu Hause war, erhielt ich von ihr die erste Schrift, die aus ihrer Feder gekommen ist und den Titel hat „Ein Blatt auf Vrony's Grab“. Ich las sie im Besuchsverein vor, und einstimmig waren wir der Meinung, es sei schade, wenn die kleine*

20 C. R. Vietor, *Erinnerungen*, a.a.O., 155.

21 Ebd., 154.

22 Vgl. *Bremische Biographie* (wie Anm. 3), 503 f.; *Zur Geschichte der Familie Vietor*, Privatdruck Essen 1936.

23 C. R. Vietor, *Die Bibel, das Wort des lebendigen Gottes. Ein Zeugnis wider die im Protestantenverein vorgebrachte Lehre*. Bremen (J. Frese) 1868; ders., *Die drei ersten Kapitel der Bibel*, Bremen (C. Ed. Müller) 1878.

*köstliche Schrift nur in einem Zeitblatt und also immer nur bruchstückweise erscheine; sie müsse für sich gedruckt und durch den Buchhandel in weitere Kreise verbreitet werden. Darüber schrieb ich ihr nun, und sie, die zu den Wenigen gehörte, die in der Zeit des französischen Krieges auf deutscher Seite standen, ging mit Freuden darauf ein unter der Bedingung, daß der etwaige Reinertrag für die deutschen Verwundeten und Invaliden oder ihre Familien verwendet werde. Ich schrieb ihr damals wieder: Es geschehe für diese wirklich in reichlichem Maße das Nöthige von Seiten des deutschen Reiches, und der Beitrag, den das Honorar für ihre Schrift bringen werde, werde doch nur die Wirkung eines Tropfens auf einen heißen Stein haben. Aber einen andern, von ihrem Gedanken nicht fern liegenden Vorschlag wolle ich ihr machen. Unsere drei Gemeindeschwestern verpflegten mit aller Liebe und Treue in den Baracken die kranken und verwundeten deutschen und französischen Soldaten. Wir gingen schon lange mit dem Gedanken an eine Invalidenkasse für unsre Schwestern um; ob sie nun nicht dem zustimmen wolle, daß der Reinertrag ihrer Schrift der erste Grundstein zu dieser Kasse werden solle? Darauf ging sie mit Freuden ein [. . .]*<sup>24</sup>

Viotor hat seine Lebenserinnerungen 1891/92 niedergeschrieben; Johanna Spyri war damals als „Heidi“-Autorin schon berühmt geworden. Die Zeilen des Bremer Pastors machen umständlich deutlich, daß er sich als Werkzeug Gottes bei der Entbindung eines schriftstellerischen Talentes sah, das man „nicht im Schweiß Tuch vergraben“ dürfe.

Der von Viotor genannte „Besuchsverein“ — das erste Publikum einer Spyri-Erzählung — war ein 1857 von ihm gegründeter, aus 20 Frauen aus dem Bremer Bürgertum bestehender Wohltätigkeitsverein an der Gemeinde Unser Lieben Frauen; seine Mitglieder hatten sich verpflichtet, „allerlei geistliche und leibliche Noth zu lindern“, Bedürftigen billige und gesunde Wohnungen zu vermieten und persönlich Arme und Kranke der Gemeinde zu besuchen; auch die Diakonissen waren beim „Besuchsverein“ angestellt<sup>25</sup>. Auf diese Weise kamen, durch Viotors Vermittlung, die Einkünfte aus dem ersten Büchlein (und zur Hälfte aus den drei folgenden) der Zürcher Schriftstellerin der Bremer Gemeinde-Armenpflege zugute. („Der Ertrag dieser Schriften ist im Ganzen über 1000 Mark gewesen“, wird sich Viotor später erinnern<sup>26</sup>.)

Johanna Spyri selber hat in einem wenige Jahre später niedergeschriebenen Zeitschriften-Beitrag eine ähnliche Darstellung ihres Weges zur Schriftstellerin gegeben, wobei sie besonders ihre deutsch-nationale Gesinnung im Krieg von 1870/71 betont: Mit der Freundesgabe an Viotor als Gründer des Bremer Diakonissenwerkes habe sie den deutschen „Diakonissen auf den

24 C. R. Viotor, *Erinnerungen*, a.a.O., 239 f.

25 Staatsarchiv Bremen, 6,18/3-2 (Akte Gemeinde Unser Lieben Frauen, „Weiblicher Besuchsverein“). Vgl. ferner Franziskus Petri, *Unser Lieben Frauen Diakonie. 400 Jahre evangelische Liebestätigkeit in Bremen*, Bremen 1925, 287–88.

26 R. C. Viotor, *Erinnerungen*, a.a.O., 240. — Leider habe ich in den Rechnungsbüchern der Gemeindediakonie von U. L. Frauen im Staatsarchiv Bremen keine Unterlagen zu dieser Invalidenkasse gefunden.

Schlachtfeldern“ etwas Gutes tun wollen. Allerdings könnte man aus Spyris Darstellung den Eindruck gewinnen, daß nicht die Niederschrift der Erzählung, sondern nur deren Veröffentlichung dem Drängen des Bremer Pastors geschuldet gewesen sei. In jedem Fall macht sie deutlich: „Ohne den dringenden und zwingenden Wunsch des Bremer Freundes wäre ich aber wohl nie zur Schriftstellerin geworden.“<sup>27</sup>

Persönlicher und ein wenig rätselhaft äußert sich die „Heidi“-Autorin dann in einem Brief vom 15. Oktober 1896 an die Nichte Anna Ulrich über ihren Weg zur Schriftstellerin:

*Ich wußte doch selbst nicht, daß ich eine sein könnte, bis Vietor in Bremen mich mit Drohungen zwang, ihm etwas für sein Blatt zu schicken. Ich schrieb ‚Vrony‘ für ihn, da wurde ich eine Schriftstellerin genannt und so und so viel gefragt, was ich denn noch geschrieben hätte<sup>28</sup>.*

Die Formulierung paßt in das Persönlichkeitsbild der Zürcher Schriftstellerin: Als extrem öffentlichkeitsscheue und selbstunsichere Frau mag sie Vietors Werbung um sie innerlich als „Drohung“ und als „Zwang“ verstanden haben.

Johanna Spyris Erstveröffentlichung erschien, lediglich mit den Initialen der Verfasserin auf dem Titelblatt, in einer Auflage von 1000 Stück<sup>29</sup> im Verlag des „Bremer Kirchenblattes“<sup>30</sup> und zugunsten des soeben gegründeten Vietor’schen Gemeindeschwester-Hilfswerkes:

Ein Blatt auf Vrony’s Grab. Von J. S. Für die Versorgungskasse der Gemeinde-Diaconissen in U. L. Frauen. Bremen: Buchdruckerei von C. Hilgerloh, 1871<sup>31</sup>.

Die kleine Schrift kostete in Bremen sechs Grote (= 30 Pfennig) und wurde im Kolportagevertrieb auch von Pastor Vietor selber verkauft<sup>32</sup>.

„Ein Blatt auf Vrony’s Grab“ ist die Geschichte einer Schulfreundin der Ich-Erzählerin: Anders als die anderen Mädchen in dem kleinen Schweizer Bergdorf sehnt sich die phantasievolle und eigenwillige Vrony hinaus ins Weite, in das ferne Land im Süden. Als der fremde Zimmermann mit den wild funkelnden Augen in das Dorf kommt, glaubt sie, ihr Glück zu machen und heiratet; aber der böse, trunksüchtige Mann quält und mißhandelt sie bis aufs Blut. Nach einem Fluchtversuch ergibt sie sich in ihr von Gott geschenktes Schicksal und erkennt (ein typisches Spyri-Thema), daß sie das wahre Glück im Leiden findet und in der Sehnsucht nach dem Tod. Auf ihrer

27 Robert Koenig, Johanna Spyri, in: „Daheim“, 32. Jg. (1896), H. 50, 796. — Aus neuerer biographischer Literatur sei verwiesen auf die Darstellungen von Jürg Winkler, Johanna Spyri. Aus dem Leben der „Heidi“-Autorin, Rüslikon-Zürich 1986, 121 f., und Roswitha Fröhlich/Jürg Winkler, Johanna Spyri, Momente einer Biographie, Zürich 1986, 79 f.

28 Johanna-Spyri-Stiftung Zürich, MI 39.

29 Bremer Kirchenblatt, 2.7.1871.

30 Im Verlag C. Hilgerloh, Bremen, Am Brill 19, wurden außer dem Bremer Kirchenblatt auch Bremer Gesangbücher und diverse Traktatschriften verlegt.

31 Faksimile des Titels bei R. Fröhlich/J. Winkler, a.a.O., 78.

32 Bremer Kirchenblatt, 14.5.1871 und 2.7.1871.

Matratzen-Gruft im städtischen Diakonissenhaus erzählt sie sterbend der Besucherin ihr Leben; im Himmel wird man sich wiedersehen.

Sicher nicht zuletzt dank des innergemeindlichen Vertriebsnetzes und mehrfacher Anzeigen und empfehlender Rezensionen im „Bremer Kirchenblatt“<sup>33</sup> fand die kleine Schrift von „J. S.“ raschen Absatz. Schon Anfang Juli 1871 stellt die Zeitschrift die 2. Auflage<sup>34</sup> vor (sie erscheint in einer Höhe von 1500 Exemplaren<sup>35</sup>); eingerückt ist der Nachdruck einer Rezension aus der von Franz Ludwig Zahn herausgegebenen „Dorfchronik“, aus der die Bremer Leser erfahren, daß die Verfasserin dieser „wahre[n] Geschichte aus dem Kinderleben“ eine „liebe Schweizer Frau im schönen Schweizerlande“ sei, „die auch im Kriegsjahr 70/71 ein recht deutsches Herz zu den Deutschen hatte und muthig für den König Wilhelm und sein Heer, wo sie konnte und durfte, eintrat“<sup>36</sup>. Nationalistisch, militaristisch und monarchistisch zu empfinden, war damals der beste Ausweis für eine Jugendbuch-Schriftstellerin, auch wenn diese aus der multinationalen demokratischen Schweiz kam!

Eine 3. Auflage von Johanna Spyris erster Erzählung erscheint, jetzt im Bremer Verlag C. Ed. Müller, Obernstraße 28<sup>37</sup>, im Frühjahr 1872<sup>38</sup>; eine 4. Auflage<sup>39</sup>, im gleichen Verlag, 1883.

In der Zwischenzeit hatte die Zürcherin weiter für das Bremer Christenvolk und Pastor Vietors Diakonissenkasse geschrieben. Schon zehn Monate nach ihrer ersten Veröffentlichung, im Frühjahr 1872, erschien in Bremen anonym ihr zweites Büchlein. Es kostete neun Grote (= 45 Pfennig), enthielt zwei kurze Erzählungen und trug den folgenden Titel:

Nach dem Vaterhause! Von der Verfasserin von „Ein Blatt auf Vrony's Grab“. 1. Daheim und in der Fremde. 2. Marie. Die Hälfte des Ertrages ist zum Besten der Versorgungscasse der Gemeinde-Diaconissen in U. L. Frauen. Bremen: Buchdruckerei von C. Hilgerloh, 1872. 55 S.<sup>40</sup>.

Auch diese beiden Erzählungen spielen in der ländlichen Heimat der Verfasserin und enthalten mit Leiden und segenstiftendem Kindestod die typischen Spyri-Motive. „Daheim und in der Fremde“ ist die Geschichte einer verlorenen Tochter aus dem Heimatdorf. „Marie“ erzählt von einem miß-

33 Bremer Kirchenblatt, 7.5.1871 (78); 14.5.1871 (82); 2.7.1871 (110); 10.3.1872 (44); 15.12.1872.

34 Titelblatt-Faksimile bei R. Fröhlich/J. Winkler, a.a.O., 123. Ein Exemplar dieser Auflage befindet sich in der ZB Zürich.

35 Vgl. Bremer Kirchenblatt, 10.3.1872 (44).

36 Bremer Kirchenblatt, 2.7.1871 (110).

37 Zum Verlag C. Ed. Müller, in dem zahlreiche religiöse Schriften erschienen, vgl. A. Russell, Gesamt-Verlags-Katalog des Deutschen Buchhandels, Bd. III, Münster 1881, 1234 ff.

38 Bremer Kirchenblatt, 10.3.1872 (44).

39 Ein Blatt auf Vrony's Grab. Erzählung von Anna Spyri, Bremen: C. Ed. Müller, 1883. 51 S. — Exemplare in der Johanna-Spyri-Stiftung Zürich und im Johanna-Spyri-Museum, Hirzel.

40 Exemplar in der ZB Zürich. — Eine 2. Auflage erschien noch im gleichen Jahr (Bremer Kirchenblatt, 15.12.1872).

handelten Kind aus dem Rettungshaus. Das „Bremer Kirchenblatt“ empfiehlt das Büchlein als Konfirmationsgeschenk: „Manche Eltern werden gern in dieser Zeit mit ihren Kindern etwas Geeignetes lesen.“<sup>41</sup>

Schon zu Weihnachten des gleichen Jahres kann der Verlag von C. Ed. Müller dann zwei weitere kleine Schriften „von der Verfasserin von ‚Ein Blatt auf Vrony’s Grab‘“ anbieten. Sie tragen die Titel „Ihrer Keines vergessen“ und „Aus früheren Tagen“<sup>42</sup>. Auch hier kommt die Hälfte des Ertrags dem Bremer Diakonissenwerk zugute<sup>43</sup>.

Ebenfalls noch im selben Jahr gibt der Verlag eine fest gebundene Sammelausgabe der fünf bisher erschienenen Erzählungen unter dem Titel „Verirrt und Gefunden“ heraus. Auch diese erlebt mehrere Auflagen<sup>44</sup>. Auf Wunsch der Autorin wird der Titel des Buches später in „Aus dem Leben“ geändert<sup>45</sup>.

Johanna Spyri, deren Weg zur Schriftstellerin in Bremen begann und deren publizistische Anfänge sich hier im Kontext von reformierter Frömmigkeit, städtischem Jugend- und Volksbildungswesen und gemeindlichen Wohlfahrtseinrichtungen entfaltete, war also mit ihren in der Hansestadt anonym erschienenen frühen Schriften schon recht erfolgreich. Die Dorfgeschichte und das alpenländische Ambiente waren literarisch in Mode; rührende Kinderschicksale gehörten zu den Lieblingsthemen der zeitgenössischen Massensliteratur; der fromme Ton der Erzählungen klang gut in christlichen Ohren. Wer hinter der „Verfasserin von ‚Ein Blatt auf Vrony’s Grab‘“ steckte – dieses Geheimnis lüftete der kleine Bremer Verlag erst mit der 4. Auflage der Erzählung von 1883 und dem Sammelband der fünf Geschichten vom Jahr 1900<sup>46</sup>. Johanna Spyri war inzwischen mit ihrem „Heidi“-Roman berühmt geworden.

41 Bremer Kirchenblatt, 10.3.1872 (Rubrik „Empfehlenswerte Confirmationsgeschenke“).

42 Bremer Kirchenblatt, 15.12.1872. Der Preis betrug je 40 Pfennig. – Die Titel sind bibliographisch und bibliothekarisch sonst nicht nachweisbar.

43 Bremer Kirchenblatt, 15.12.1872.

44 Verirrt und Gefunden. Von J. S., Bremen: C. Ed. Müller, 1872. Anzeige im Bremer Kirchenblatt vom 15.12.1872. Am 7.12.1873 wird das Buch als in den Bestand der Volksbibliotheken aufgenommen erwähnt („Spüri, Verirrt und gefunden“). – 2. Auflage, ebd., 1882, 203 S. (Exemplar in der Johanna-Spyri-Stiftung Zürich). – 3. Auflage 1887, 203 S.

45 Aus dem Leben. Von Johanna Spyri, Halle a.d.S. und Bremen: C. Ed. Müller, 1900. – 2. Auflage, ebd., 1901, 203 S. (Exemplar in der Johanna-Spyri-Stiftung Zürich).

46 Siehe Anm. 39 und 45.

Dieser Beitrag erscheint auch in: *Librarium. Zeitschrift der Schweizerischen Bibliophilen-Gesellschaft* 32 (1989).



# Die Denkmalpflege in der Freien Hansestadt Bremen 1985 bis 1988

*Fünfter Bericht des Landesamtes für Denkmalpflege*

Von Hans - Christoph Hoffmann

## I. Zur Lage der Denkmalpflege

In den drei zurückliegenden Jahren hat sich die Lage des Haushalts wieder konsolidiert — auf niedrigem Niveau zwar, aber doch so, daß man wieder beginnt, über den Tag hinaus zu planen. Es bleibt zu hoffen, daß es sobald nicht noch einmal zu so heftigen Haushaltsbewegungen kommt, wie wir sie in den frühen 80er Jahren erlebt haben.

Entsprechend dem Brauch früherer Berichte<sup>1</sup> soll zunächst ein Überblick gegeben werden über den finanziellen Rahmen der bremischen Denkmalpflege:

Verwendungszweck	1985	1986	1987	1988
für stadteigene Kulturdenkmäler	41 600	43 650	44 000	44 000
für Zuschüsse und Ensembles	34 000	40 000	40 000	40 900
für kleine Instandsetzungsmaßnahmen an städtischen Kulturdenkmälern	25 000	20 000	20 000	20 000

Von diesen Ansätzen mußten im Durchschnitt der Jahre etwa 8% als Einsparungen abgezweigt werden. Ohne die Stiftung „Wohnliche Stadt“ hätte es deshalb auch in diesem Zeitraum keine berichtenswerte Arbeit in der bremischen Denkmalpflege gegeben; die Munifizienz der Stiftung hat dabei nicht nur sichergestellt, daß die zeitweilig abgerissene Kontinuität in der Ensemblearbeit wieder aufgegriffen und fortgesetzt werden konnte, sondern daß auch so anspruchsvolle denkmalpflegerische Arbeiten durchgeführt und begonnen werden konnten wie der Neuguß des Rosselenkers von Tuailleon oder die Wiederherstellung des Gewächshauses im Hasse-Park.

1 Hans-Christoph Hoffmann, Die Denkmalpflege in der Freien Hansestadt Bremen 1971 bis 1977, in: Brem.Jb., Bd. 56, 1978 (zit. 1. Bericht); ders., Die Denkmalpflege in der Freien Hansestadt Bremen 1978 bis 1979, in: Brem.Jb., Bd. 58, 1980 (zit. 2. Bericht); ders., Die Denkmalpflege in der Freien Hansestadt Bremen 1980 bis 1981, in: Brem.Jb., Bd. 60/61, 1982/83 (zit. 3. Bericht); ders., Die Denkmalpflege in der Freien Hansestadt Bremen 1982 bis 1984, in: Brem.Jb., Bd. 63, 1985 (zit. 4. Bericht).

Im einzelnen hat die Denkmalpflege von der Stiftung folgende Zuwendungen erfahren:

Verwendungszweck	1985	1986	1987	1988
für Zuschüsse an Ensembles	90 000	90 000	75 000	75 000
für private Mühlen	15 000	—	15 000	15 000
für eine Untersuchung der Fresken im Hauff-Saal des Ratskellers	15 000	—	—	—
für das Teehaus an der Marcusallee	20 000	—	—	—
für den Neuguß des Rosselenkers von Tuailleon	25 000	—	—	—
für das Haus Weserdeich 146	—	30 000	—	—
für Villa und Gewächshaus im Hasse-Park	—	120 000	80 000	—
für die alte HNO-Klinik	—	—	100 000	—
für den Alten Turm in Blumenthal	—	—	15 000	—
für das Kraftwerk an der Kaiser- schleuse im Überseehafengebiet Bremerhaven	—	—	—	75 000
	165 000	240 000	285 000	165 000

Einen beachtlichen Stand erreichten die Zuwendungen, die die Denkmalpflege im Berichtszeitraum von Dritten erhalten hat. So haben die Bürger des Ortsteils Arbergen anlässlich eines „hohen, runden“ Geburtstages eines Mitbürgers für die Reparaturmaßnahmen an der Arberger Mühle rund 8000 DM gesammelt, und der zuständige Beirat gab seinerseits 2500 DM dazu. Die Firma Beck & Co. hat nach der erfolgreichen Aktion mit „Roland-Krügen“ eine solche mit „Stadtmusikanten-Krügen“ durchgeführt und mit dem Ertrag dieser Sammlung, der auch wieder etwa 25 000 DM einbrachte, den Stadtmusikantenausleger am Deutschen Haus restaurieren lassen. Die Bremische Gesellschaft Lüder von Bentheim stiftete für den Neuguß des Rosselenkers von Tuailleon 20 000 DM. Eine ganz groß angelegte Sammlung führte Herr Carl Max Vater, Inhaber der Firma C. Wuppesahl, durch, indem er für die Restaurierung des Elefanten 100 000 DM zusammenbrachte — sie konnten allerdings noch nicht eingesetzt werden.

Durch eine umfassende Darstellung der Denkmalbedeutung gelang es, die für die Vergabe der vom Bundesminister des Innern bewirtschafteten Mittel für die Wiederherstellung und Erhaltung von Kulturdenkmälern von nationaler Bedeutung zuständigen Stellen von der Förderungswürdigkeit der Restaurierung des Gewächshauses im Hasse-Park zu überzeugen. Es ist das nicht selbstverständlich, weil ein hölzernes Gewächshaus eher als ein Accessoire der Gartenbaukunst gilt, denn als Objekt hoher Architektur. Demgegenüber orientiert sich die Vergabe solcher Mittel gern an den Maßstäben gehobener Architektur. Der Bundesminister des Innern hat dessen ungeachtet für die Wiederherstellung dieses Gewächshauses für 1987 100 000 DM bewilligt.

In demselben Jahr wurde das Amt von der Senatskanzlei mit der Restaurierung der Güldenammer beauftragt. Schon 1985 war bei der Bremer Werkstatt zur Erhaltung und Wiederherstellung antiker Kunstgegenstände ein Gutachten über die Schäden an Heinrich Vogelers Raumschöpfung und dessen konservatorische Behandlung in Auftrag gegeben worden. Fast zwei Jahre später zeichnete sich die Möglichkeit ab, das Projekt mit einem Volumen von fast einer Million DM zu finanzieren, indem zu einer Zuwendung des Bundes in Höhe von 200 000 DM von der Europäischen Gemeinschaft 63 000 ECU (rund 130 000 DM) bewilligt wurden und schließlich auch die Gesellschaft Lüder von Bentheim 130 000 DM dazugab.

Dieser gewaltige Aufwand wird aber nicht nur für das Innere der Güldenammer benötigt, sondern auch für die Verbesserung der Heizungs- und Lüftungsverhältnisse in dem wie ein Wintergarten exponierten Raum, für die Instandsetzung der Oberen Kammer und endlich für das Gehäuse, das allerdings vor kaum 20 Jahren zum letzten Mal bearbeitet wurde.

Wie schon bei früherer Gelegenheit dargestellt, kommt der Begünstigung von Baudenkmalern durch die Möglichkeit, Aufwendungen an einem eingetragenen Baudenkmal im Rahmen der §§ 82 i und k EStDV vorzeitig abschreiben zu können, eine immer größere Bedeutung zu. So wurden von 1985 bis zum Abschluß des Manuskripts 1988 insgesamt 68 Bescheinigungen in einem Gesamtwert von 7 308 130 DM ausgestellt.

War im letzten Bericht<sup>2</sup> noch die Rede davon, daß die Erhaltung des Personalstandes bereits Gewinn bedeutet, so mußte das Amt die personell schwierigste Krise der letzten Jahrzehnte bestehen, weil fast während des gesamten Berichtszeitraumes die Verwaltungskraft ausfiel. Alle Vorzimmer-, Verwaltungs- und Schreibearbeit einer Vollzeitarbeitskraft mußte daher von der ohnehin schon voll ausgelasteten Halbtagskraft und den übrigen Mitarbeitern des Amtes wahrgenommen werden. Erst mit dem Eintritt von Frau Hannelore Schulze in die Dienste des Landesamtes für Denkmalpflege am 1. April 1987 löste sich dieses die Mitarbeiter schwer belastende Problem.

Wie in den früheren Jahren, spielten auch dieses Mal Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine große Rolle in der Bewältigung der Amtsaufgaben. Vom Mai 1984 bis Mai 1986 war Dipl.-Ing. Rainer Zimmermann im Amt tätig, zunächst im Bereich einer die Erfassung der Kulturdenkmäler begleitenden Dokumentation, dann für die Erarbeitung einer Bauaufnahme des Packhauses auf der Lürssen-Werft. Dieses Packhaus steht unmittelbar an der Mündung der Schönebecker Aue im Mündungstrichter der Lesum und ist derjenige Bau, der auf den alten Ansichten von Vegesack, wie etwa der, die Anton Radl 1818 vom Schönebecker Sand aus dargestellt hat, im Vordergrund zu erkennen ist.

Von diesem Packhaus also hat Zimmermann ein verformungsgerechtes, den realen Zustand wiedergebendes Aufmaß gefertigt. Es ist das seit vielen Jahren die erste Bauaufnahme, die das Amt durchführen ließ, und es ist die erste, die auf jede Idealisierung, Begradigung oder Vereinfachung verzich-

2 4. Bericht, S. 145.

tete, sondern geleitet wurde von der Erkenntnis, daß eine Bauaufnahme das Dokument eines Bauzustandes sein sollte. Herr Zimmermann ist seit Mai 1987 und bis Mai 1989 wieder im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme im Amt tätig, um weitere Bauaufnahmen anzufertigen.

Seit Januar 1987 ist für zwei Jahre Frau Petra Koch mit gleicher Aufgabenstellung im Rahmen einer weiteren Arbeitsbeschaffungsmaßnahme angestellt; ihr wurde vor allem das Aufmaß des schon genannten Gewächshauses übertragen.

Nur bedingt erfolgreich war eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, die der Pflege und Konservierung von Grabdenkmälern und Grabsteinen auf städtischen Friedhöfen dienen sollte. Das Amt sah sich dabei nicht nur als Arbeitgeber für eine Kunsthistorikerin – eine mittlerweile vertraute Situation –, sondern auch für zwei Steinmetze. In diesem Beschäftigungsverhältnis mußte die mangelnde Erfahrung der beiden Steinmetzen ersetzt werden durch eine sehr intensive Aufsicht und Arbeitsbetreuung durch Frau Lori Frerking, die als ausgebildeter Steinmetz diesen Anforderungen durchaus gewachsen war, wenngleich natürlich ihre primären Aufgaben im Amt, die Betreuung der Bildarchive, darunter sehr zu leiden hatten.

Die Weiterarbeit an der Denkmaltopographie trat in den vergangenen Jahren leider stark in den Hintergrund. Es wurde zwar „mit Bordmitteln“, wie man das gern zu bezeichnen liebt, und mit gleichmäßiger finanzieller Unterstützung aus Toto- und Lottomitteln soviel Material für die topographische Arbeit beschafft, daß mittlerweile räumliche Engpässe auftreten, es wurde aber nicht mit der Bearbeitung eines neuen Stadtteils begonnen. Der Grund dafür ist der, daß wir erkennen mußten, daß die Weiterführung der Topographiearbeit auf ABM-Basis und mit wechselnden und dann auch nicht vorgebildeten und eingearbeiteten Sachbearbeitern wissenschaftlich unseriös wäre. Das ist deutlich geworden an einer in vielen Details sicher überzogenen, zum Teil auch geradezu absurden Kritik eines Kenners spezieller Aspekte bremischer Siedlungsgeschichte, mehr noch aber durch das Gespräch mit Kollegen aus den Inventarisationsabteilungen anderer Ämter und einer Besprechung der bisher in Niedersachsen, Hessen, Bremen und Rheinland-Pfalz erschienenen Topographiebände in der für die Denkmalpflege maßgebenden Fachzeitschrift „Deutsche Kunst und Denkmalpflege“<sup>3</sup>. Wenn dort der Rezensent in Kenntnis der bremischen Situation schreibt: „Angesichts einer solchen Ausstattung der Bremer Denkmalpflege muß die Kritik verstummen, und zurück bleibt die Verwunderung darüber, daß unter solchen Bedingungen überhaupt so etwas erscheinen konnte. Man kann den Bremer Kollegen nur bessere Arbeitsverhältnisse wünschen und eindringlich an die politisch Verantwortlichen appellieren, endlich die Voraussetzungen für einen ordentlichen Vollzug des von ihnen beschlossenen Denkmalschutzgesetzes zu sorgen, dessen erster (!) Satz, neben Hamburg einzig in der Bundesrepublik, so beginnt: ‚Denkmalpflege und Denkmalschutz haben die Aufgaben, Kulturdenkmäler wissenschaftlich zu erforschen. . .‘“, so sagt dies, eingebettet in ein Verständnis für die Probleme

3 Deutsche Kunst und Denkmalpflege, 45, 1987, S. 90.

eines kleinen Amtes, doch viel aus über die wissenschaftliche Bewertung der bisherigen Topographiearbeit im bundesdeutschen Rahmen. Die Denkmaltopographie kann eben nur von jemandem bearbeitet werden, der entweder über einen großen Erfahrungsschatz verfügt, oder aber dem die Chance gegeben wird, solche Erfahrungen im Zuge der Erarbeitung der Topographie zu erwerben und sie zugleich für einen längeren Zeitraum in die Topographiearbeit einzubringen. Wir wissen heute, daß kein Amt seine Topographiearbeit im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt hat; Arbeitskräfte, die nur für ein oder zwei Jahre zur Verfügung stehen, und seien sie wissenschaftlich noch so gut ausgebildet, wurden ausschließlich in der „Zuarbeit“ eingesetzt. Sie konnten sich dort ihre Sporen verdienen und hatten hier und da die Chance, auf diesem Wege in feste Dienstverhältnisse zu kommen. Die Weiterarbeit an der Denkmaltopographie Bremen, soweit es sich nicht um die Beschaffung von Grundlagematerial handelt, wird also zurückstehen müssen, bis die Personalfrage längerfristig gelöst ist.

Weiterhin blieben die Kontakte der Mitarbeiter auf fachlicher Ebene mit den Kollegen in anderen Bundesländern auf wenige Gelegenheiten beschränkt. An der Jahrestagung 1986 in Speyer nahmen Dr. Hoffmann und Dr. Hahn teil, 1987 in Lüneburg Dr. Hoffmann und Herr Schöning und 1988 in Fulda Dr. Hahn und Herr Schöning. Als Amtsleiter nahm der Verfasser an Amtsleiterkonferenzen in Stuttgart, Bremen (Frühjahr 1986), Münster und Hannover teil, wobei die Kosten teilweise von der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger übernommen wurden. Die Mitarbeit des Amtsleiters in der ständigen Arbeitsgruppe Recht und Steuerfragen wurde weiterhin ermöglicht durch die Übernahme der Kosten durch die Geschäftsstelle des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz beim Bundesminister des Innern. Dr. Hahn beteiligte sich mit geringen Zuschüssen an den Tagungen der Arbeitsgruppe Inventarisierung in Bamberg (1985), Lübeck und Mannheim (1986), Brauweiler (1987), Bremen und Münster (1988), bei denen methodische Fragen des Großinventars und der Bewertung und Beschreibung der Architektur unseres Jahrhunderts diskutiert und abgestimmt wurden.

Auch wenn der Leuchtturm Roter Sand nicht auf bremischem Staatsgebiet liegt, war er doch „contra leges“ ein Sorgenkind der bremischen Denkmalpflege, die seit der Fahrt der Ämterchefs der staatlichen Denkmalämter aus Anlaß der Denkmalpflögertagung 1979 in Bremen für diesen Turm bangte und hoffte. Es war für das Amt darum eine Ehrenpflicht, sich an den Aktionen des 1982 gegründeten Fördervereins „Rettet den Leuchtturm Roter Sand“ zu beteiligen. So hielt der Verfasser am 16. Mai 1985 auf Bitten des Vereins einen Vortrag im Deutschen Schiffahrtsmuseum über „Der Leuchtturm Roter Sand als technisches Kulturdenkmal“. Ein Jahr später hatte der Förderverein zu einem Fachgespräch über Denkmalschutz an Bauten der Schiffahrtsgeschichte ins Deutsche Schiffahrtsmuseum geladen und dazu erfahrene Denkmalpfleger aus der Bundesrepublik um Kurzvorträge gebeten. Das bremische Amt war hier durch Dr. Hahn vertreten, der über „Wasserbau und Hafentechnik — Schutzgut und Schutzmöglichkeiten“ referierte. —

Mittlerweile wurde der Turm als erstes Denkmal von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz übernommen und gesichert. Für die dauernde bauliche Unterhaltung wird ein Trägerverein in Bremerhaven aufkommen.

Um bei der interessierten Öffentlichkeit um Verständnis für die drückende Lage der Denkmalpflege in Bremen zu werben, vor allem auch für die eigentümlichen, nicht immer leicht zu vermittelnden Aufgaben einer fachwissenschaftlich orientierten, nicht nur um das Orts- und Straßenbild besorgten Denkmalpflege, wurde in Zusammenarbeit mit der Historischen Gesellschaft ein Vortragszyklus konzipiert. Er wurde im Januar 1986 durch Landeskonservator Dr. Johannes Habich aus Kiel eingeleitet, der über „Denkmalpflege zwischen öffentlicher Erwartung und fachlichem Auftrag“ sprach; es folgte Julius Krafft aus Kirchseelte mit dem Thema „Das deutsche Bauernhaus zwischen Datscha und Industriebetrieb — Probleme der bäuerlichen Denkmalpflege“, sodann Dr. Peter Hahn aus unserem Hause, der über „Das verkannte Baudenkmal — Bremische Beispiele seit der Gründerzeit“ sprach. Zum Abschluß referierte Prof. Dr. Hugo Borger, Generaldirektor der kölnischen Museen, in seiner Eigenschaft als Direktor des Römisch-Germanischen Museums in Köln über „Der Archäologe als Notar der Alltagsgeschichte des Menschen — Möglichkeiten und Grenzen der Landesarchäologie in Deutschland“. Die Vorträge waren zwar unterschiedlich, insgesamt aber gut besucht und haben ein solches Echo gefunden, daß wir uns mit dem Gedanken tragen, eine ähnliche Vortragsrunde noch einmal zusammenzubringen.

Die Pensionierung des langjährigen Landesarchäologen Dr. Karl Heinz Brandt zum 31. März 1987 brachte es mit sich, daß, um die längere Vakanz zu überbrücken, der Verfasser vom Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Landesarchäologen beauftragt wurde. Im ersten Jahr war dieser Wechsel in der Amtsleitung noch wenig spürbar, weil Dr. Brandt in Absprache mit dem Senator die Amtsgeschäfte bis Ende 1987 „praktisch“ weiterführte, die zusätzliche Aufgabe also erst ab 1988 real zum Tragen gekommen ist.

Der Versuch, während der Vakanz die Grabungsaktivitäten auf ein Minimum zu beschränken, scheiterte dann jedoch an den Realitäten des archäologischen Alltags. Auf dem Parkplatz der Böttcherstraße, an der Ecke Wachtstraße/Martinstraße, mußte, bevor auch dort durch einen zwölf Meter in das Erdreich eingesenkten Bau sich die „archäologische Wüste“ breit macht, sondiert werden; für den Abtrag der Wurten 16 und 17 in Strom, die dem Güterverteilzentrum im Wege liegen, waren gemäß § 9 (2) des Denkmalschutzgesetzes Mittel bereitgestellt worden und ebenso für die Fortführung einer Grabung im Zuge der A 281 in Grambke. Mitte des Jahres wurden auch noch Mittel für eine Schnellsondierung auf Gewerbegrundstücken — ebenfalls in Grambke — bewilligt, so daß, da ja noch private Baustellen zu beobachten waren, die Mitarbeiter wieder mit ihren eigenen Fahrzeugen über das ganze Stadtgebiet zu den verschiedensten Einsatzorten eilen und dabei — wie gesagt: immer mit dem eigenen Fahrzeug! — alle Grabungsgeräte, egal wie sperrig und schmutzig, selber mitführen mußten. Es wäre interessant zu erfahren, ob es in Bremen eine andere Behörde gibt, die ihren

Mitarbeitern, nicht nur gelegentlich, sondern ausschließlich solche Arbeitsbedingungen abnötigt. Es wird eine der ersten und wichtigsten Aufgaben im Zuge der Neuordnung aller mit dem Amt des Landesarchäologen verbundenen Aufgaben und Anforderungen sein, solche Arbeitsbedingungen zu normalisieren.

Es sei abschließend vermerkt, daß die Stelle des Landesarchäologen, in eine bei der Universität geführte C3-Professur umgewandelt, zur Besetzung freigegeben und im Juni 1988 öffentlich ausgeschrieben wurde. Die Berufungskommission nahm im August ihre Tätigkeit auf. Es sieht also so aus, als ob im Frühjahr oder Sommer 1989 die Nachfolge für Dr. Brandt geregelt sein wird.

## **II. Die Erfassung und Inventarisierung der Kulturdenkmäler**

Die Berichte der Denkmalpflege sollen möglichst nicht in juristische Abhandlungen ausarten. Deshalb war die rechtliche Situation des Denkmalschutzes, besonders des Eintragungsverfahrens, im letzten Bericht<sup>4</sup> nur cursorisch gestreift worden. An der damaligen Situation hat sich bis heute nichts geändert, doch wurde auf Drängen des Amtes der Weg zu einer Novellierung des Gesetzes beschritten, der hoffentlich in absehbarer Zeit zu einem guten Ende kommen wird.

Die Ausweisung von Kulturdenkmälern kann im Prinzip auf zweierlei Weise geschehen: nach dem „ipso jure“-Prinzip oder durch einen konstitutiven Verwaltungsakt. Im ersteren Fall ist alles geschütztes Kulturdenkmal, was den formalen Voraussetzungen des Gesetzes entspricht, ohne daß es hierfür irgendeines Verwaltungsverfahrens bedarf; die mit diesem System häufig verbundenen nachrichtlichen Denkmallisten haben nur den Zweck, Dritten Auskunft über den Denkmalbestand zu geben, ohne daß diese Auskunft immer dem letzten Erkenntnisstand entspräche. Eigentümer und bauende Ämter müssen also, wenn das Gesetz nicht ins Leere laufen soll, bei fast jedem Bauvorhaben beim Denkmalamt Nachfrage halten, ob ein Objekt ein Kulturdenkmal sei. So bestechend die Vorstellung auch erscheint, ohne jedes Verwaltungsverfahren, nur gestützt auf das fachliche Gutachten der Denkmalfachbehörde, Kulturdenkmäler ausweisen und als solche behandeln lassen zu können, so unrealistisch wäre das angesichts des heutigen Rechtsempfindens und heutiger Verwaltungspraxis. Weil schließlich nicht einmal davon ausgegangen werden könnte, daß man mit diesem System Personal einsparen könnte, hat der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst im Einvernehmen mit dem Landesamt für Denkmalpflege entschieden, daß es künftig beim konstitutiven Listensystem bleiben solle, wobei dieses nur praktikabler gestaltet werden muß. Beim konstitutiven System kann das Gesetz seine segensreiche Wirkung erst entfalten, wenn durch einen Verwaltungsakt ein Kulturdenkmal durch die Eintragung in eine Denkmalliste als geschütztes Kulturdenkmal ausgewiesen wurde. Der Vorteil dieses

4 4. Bericht, S. 147 f.

Systems liegt in der Rechtsklarheit für die betroffenen Bürger und planenden Ämter. Richtig angewandt, ergeben sich für einen betroffenen Bürger auch keine Nachteile, denn das Maß der Belastung oder auch der Vorteilsgewährung kann immer nur anhand eines konkreten Falles entschieden werden, weshalb die Ermessensausübung zum Zeitpunkt der Eintragung auch unmöglich ist, es sei denn, die Eintragung erfolgt im Zusammenhang mit einer konkreten Veränderungsabsicht. Dieses konstitutive Listensystem soll nun, so der Entwurf der Gesetzesnovelle, verbunden werden mit dem Auftrag zur Eintragung, wenn der Denkmalcharakter eines Objektes fachlich einwandfrei feststeht.

Auf der Grundlage des seit 1975 geltenden Gesetzes konnten zuletzt nur solche Eintragungen in die Denkmalliste durchgeführt werden, die entweder von den Eigentümern beantragt waren oder wo mit den Eigentümern über die Eintragung das Einvernehmen hergestellt werden konnte. Das war in den Jahren 1986/1987 nur neunmal der Fall, wobei es sich in vier Fällen um Gebäude im öffentlichen Besitz handelte und in zwei Fällen um sogenannte „Steuerfälle“. Man wird das kaum als eine Erfolgsbilanz ausgeben können.

Im Berichtszeitraum kam es dagegen zum ersten förmlichen Lösungsverfahren. Die Eintragung des Hauses Leher Heerstraße 107 war erfolgt, um das Ensemble um den Senator-Bölken-Hof mit dem 1834 erbauten Vierständer-Bauernhaus, das bereits eine Hartdeckung aufwies, ergänzen und abrunden zu können. Erheblichen Ärger gab es bereits bei der mit großen Umbauten verbundenen Herstellung des Hauses zu Wohnzwecken. Dabei stürzte nämlich das alte Fachwerk ein, wobei glücklicherweise niemand verletzt wurde. Zu aller Erstaunen war dann sehr schnell neues, passend zugeschnittenes Fachwerk zur Hand. Mußten diese Merkwürdigkeiten im Hinblick auf die schwierige Beweislage noch hingenommen werden, so waren die Veränderungen, die der nachfolgende Eigentümer nicht nur ohne Genehmigung, sondern auch gegen direkte Vereinbarungen mit der Denkmalpflege durchgeführt hatte, so schwerwiegend, daß es zum ersten Mal gelang, gegen den Eigentümer eines Kulturdenkmals, das ungenehmigt verändert wurde, ein Bußgeldverfahren durchzuführen. Das Gericht bestätigte das Bußgeld tatsächlich in einer dem Antrag vergleichbaren Höhe, wobei dahingestellt bleiben mag, bis zu welcher Höhe der Eigentümer ein solches Bußgeld von Anfang an als Teil der Baukosten einkalkuliert haben mag. Das Gebäude hatte durch die Veränderungen seinen Denkmalwert weitestgehend eingebüßt, so daß wir von Amts wegen gehalten waren, die Löschung dieses Gebäudes in der Denkmalliste zu betreiben. Das Lösungsverfahren erwies sich zu unserem Erstaunen als keineswegs einfacher als ein Eintragungsverfahren. Hatte man es vorher zwar vermieden, die Denkmalpflege gegen die Forderungen des Eigentümers zu unterstützen, so wollte man ungeachtet der großen Veränderungen an dem Gebäude doch nicht auf die Fiktion verzichten, hier ein Baudenkmal vor sich zu haben. Das Lösungsverfahren wurde dennoch durchgeführt.

In der Hoffnung, die Arbeit an der Denkmaltopographie doch einmal wieder aufnehmen zu können, und auch in der Hoffnung, daß Eintragungen in

die Denkmalliste wieder mit einem vernünftigen Verwaltungsaufwand möglich sein werden, wurde die Erfassung von Kulturdenkmälern, besonders im Stadtteil Schwachhausen, energisch vorangetrieben. Im Rahmen dieser Arbeiten wurden dem Bildarchiv seit 1984 rund 1400 Lichtbilder und etwa 2400 Fotos zugeführt, darunter ein hochinteressanter und für die Arbeit der Denkmalpflege wichtiger Bildbestand des Werkes von Architekt Wilhelm Blanke<sup>5</sup>. Auch die Sammlung Siebert von Fotos alter Grabdenkmäler aus Bremen und Umgebung konnte um fünf Bände erweitert werden sowie um die Nachträge von neu aufgefundenen Grabsteinen. Damit besitzt das Amt die vollständige Folge der von Frau Siebert bearbeiteten Grabsteine.

Ein herber Verlust ist mit dem Abbruch der Häuser Burger Heerstraße 40/42 und 44 zu melden, die ehemals den baulichen Kernbestand der in Burg an der Lesum gelegenen Schiffswerft von Hinrich Bosse bildeten. Beide Häuser werden um 1800 erbaut worden sein, beide hatten im Laufe der Zeit durch entstellende Umbauten und Verwahrlosung erheblich an Denkmalwert eingebüßt: das massiv in Backstein ausgeführte Wohnhaus vor allem durch den Abbruch und die Zurückverlegung des straßenseitigen Giebels mit anschließender Klinkerverblendung, das ehemalige Wirtschafts- und Stallgebäude Nr. 40/42 durch die teilweise Ersetzung von Fachwerkwänden durch Massivmauerwerk und mehrfache Umbauten im Inneren, das mehrere sekundär genutzte Türblätter noch aus der Zeit um 1780 enthielt. Das Anwesen war an die Sparkasse verkauft worden, die an diesem Ort eine Zweigstelle zu errichten gedachte. Eine Unterbringung der Zweigstelle im – vom Denkmalwert her bedeutenderen – Wohnhaus kam nicht ernstlich in Betracht; eine ursprünglich erwogene, denkmalgerechte Instandsetzung des mit seinem anheimelnden Fachwerkgiebel zur Lesumbroker Landstraße hin gelegenen Hauses Nr. 40/42 (Uhrmacherhaus) scheiterte an den unkalulierbar hohen Kosten, am desolaten baulichen Zustand und der Einsicht, daß eine den Ansprüchen der Eigentümerin genügende Instandsetzung einem Neubauvorhaben gleichkäme. So blieb es bei der Bergung von Türblättern.

Ein Stiefkind der bremischen Denkmalpflege ist von jeher die Bauforschung, da die ungenügende personelle Ausstattung des Amtes eine solche Spezialisierung nie zuließ und es auch keine privaten Heimatforscher gab, die gleichsam ehrenamtlich eingesprungen wären. Deshalb blieb es im besten Fall bei möglichst gründlicher Befunderhebung und -sicherung. Jetzt aber ließ das Amt erstmals vom Institut für Holzbiologie an der Universität Hamburg dendrochronologische Untersuchungen zur Altersbestimmung ausgewählter Gebäude durchführen. Leider war eine gesicherte Altersbestimmung nur für das Amtsgebäude Sandstraße 3 möglich, dessen eichene Deckenbalken über dem Saal im hinteren Teil des Hauses die für eine Altersbestimmung erforderliche Anzahl an Jahresringen aufwiesen und jahresgenau auf das vermutete Jahr 1580 datiert wurden. Beim „Kito-Haus“ in

5 Zu Johann Wilhelm Blanke s.: Hans-Christoph Hoffmann, Der Denkmalschutz im Bremischen Staate bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Die Entstehung der bremischen Denkmalliste, in: Brem.Jb., Bd. 55, 1977, S. 263–303, hier spez. 263 mit Anm. 5.

Ve gesack, Alte Hafenstraße 30, waren die originalen Fichtenbalken zu weitringig, um datierbare Jahrringfolgen zu liefern. Die dendrochronologische Altersbestimmung beruht nämlich, vereinfacht beschrieben, methodisch auf der Beobachtung, daß die Jahresringfolgen vergleichbarer Bäume jahresperiodische Ähnlichkeiten aufweisen und sich eine Holzprobe unbestimmten Alters dadurch datieren läßt, daß ihre individuell ausgeprägte Jahresringfolge abschnittsweise mit derjenigen einer gesichert datierten Standardchronologie mit entsprechenden Wuchseigentümlichkeiten übereinstimmt. Um diese Übereinstimmung feststellen zu können, sind ausreichend „individualisierte Abschnitte von möglichst mindestens 100 Jahresringen“ erforderlich.

### III. Die Denkmalpflege in Bremen und Bremerhaven

Seit 1985 war der letzte Bauabschnitt der Dom-Restaurierung, Umbau und Restaurierung an und in den verschiedenen Räumen südlich des Ostchores — früherer Bleikeller, Konventzimmer und alte Sakristei —, im Gange.

Die schon im letzten Bericht erwähnten Untersuchungen dieses Bereichs<sup>6</sup> geben bei aller Vorsicht bei der Ausdeutung der Befunde und der wenigen Quellen für den Hochbau folgenden Interpretationen Raum: An der Südseite des vermutlich durch Erzbischof Liemar (1072—1101) initiierten Chorbaues wurde möglicherweise noch im 12. Jahrhundert eine Sakristei oder Tresekammer angebaut. Sie hielt den für die Belichtung der Ostkrypta erforderlichen Lichtraum wohl dadurch frei, daß der Raum auf Pfeilern stand. Die Südmauer schloß im Westen an die damals noch bestehende Apsis des südlichen Querhauses an (erhaltener Befund) und im Osten an einen Chorstrebebefeiler, was darauf hinweist, daß der Chor zu dieser Zeit bereits gewölbt war. Der so umgrenzte Raum besaß auf der Südseite drei rundbogige Fenster mit abgeschrägten Laibungen (Befund); es kann angenommen werden, daß es auch in der Ostwand ein solches Fenster gab, das später dem großen spitzbogigen Maßwerkfenster zum Opfer fiel. Ob der unter der Kammer gelegene offene Raum vor dem am Anfang des 15. Jahrhunderts erfolgten weiteren Ausbau nach Süden geschlossen wurde, was nach Abbruch der Apsis fast anzunehmen ist, konnte nicht festgestellt werden. Die nach Süden anschließenden Raumteile sind „um 1400“ anzusetzen und damit in einem zeitlichen Zusammenhang mit der Ausmalung des neben der Krypta gelegenen Raumteiles zu sehen. Im Bewußtsein der großen Problematik bei der Zuordnung von Baunachrichten auf ganz bestimmte Raumteile soll dennoch auf die Erwähnung eines Bibliotheksausbaues und der Stiftung Marienkapelle „unter“ der Tresekammer durch Bürgermeister Hemeling, der zur Zeit von Erzbischof Johann Slamstorp (1406—1420) Leiter der Domfabrik war, hingewiesen werden<sup>7</sup>. Es ist nicht undenkbar, daß hier eine

6 4. Bericht, S. 151 mit Anm. 25 und 26.

7 Ingrid Weibezahn, Zur Datierung der kürzlich freigelegten Gewölbemalereien im zukünftigen Dom-Museum, in: Dom-Nachrichten, Nr. 2, 1986, S. 7—9.

Verbindung besteht, allerdings wird es wohl aussichtslos sein, zu einer alle Zweifel ausschließenden Beweisführung zu kommen.

Die südliche Abschlußwand des schließlich aus vier Raumeinheiten bestehenden Chor-Anbaues wurde in der Folgezeit, auch noch in nachreformatorischer Zeit, ja bis in unser Jahrhundert hinein, so oft umgebaut, daß es nicht mehr möglich war, die Grundfigur einer Epoche zurückzugewinnen. Die Ausbildung der Wand mit einem großen Fenster im Erdgeschoß und zwei von diesen unabhängig plazierten Fenstern im Obergeschoß ergab sich nach den Vorschlägen der Gutachter aus vielen Befunden und stellt ein Bild dar, das in dieser Gesamtschau möglicherweise nie existiert hat.

Das Hauptaugenmerk bei den Restaurierungen richtet sich jedoch auf die Behandlung der Malerei wie auch auf die Sicherung der Reste der ehemaligen Südquerapsis.

Seit Helen Rosenaus Grabung im Jahre 1931<sup>8</sup> war bekannt, daß vor der Ostwand des südlichen Querhauses das Fundament einer dem Bau des 11./12. Jahrhunderts zuzuordnenden Apsis liegt. Als man nach Verlegung des Bleikellers daranging, die Räume südlich des Chors für ein Museum auszubauen, stellte sich die Frage, ob man diesen Befund exponieren könne. Zusammen mit dem 1987 in den Ruhestand getretenen Landesarchäologen Dr. Karl Heinz Brandt, der zunächst das Fundament in seiner ganzen Ausdehnung freilegte, wurde eine Lösung entwickelt, die es erlaubte, das Fundament der Apsis in ganzer Größe und mit den erhaltenen Anschlüssen offenzuhalten. Die Freilegung umfaßt auch die Stirnwand des Fundaments, um das sich jetzt ein außen gemauerter Graben herumzieht; in diesem Graben blieben auf Wunsch des Landesarchäologen zwei gefestigte Erdprofile stehen. Der Abbruchhorizont des Fundaments wurde nur im notwendigsten Umfang gesichert. Die Erfahrung muß nun zeigen, ob dieser Zustand, bei dem die Besucher auf einem Steg über das Fundament geführt werden, auf Dauer haltbar ist oder ob durch die vielen Besucher und den Zwang zu häufigeren Reinigungen sich für den originalen Befund Gefährdungen ergeben, die zu einem Überdenken des Konzeptes zwingen könnten. Das wäre schade, denn in dem aus Mangel an Exponaten stark der Baugeschichte des Domes gewidmeten Museum zählt dieser Befund zu den besonderen Kostbarkeiten.

Nicht ganz unumstritten ist die Restaurierung der Malerei. Die insgesamt nur fragmentarisch erhaltene Kalk-Malerei — aufgetragen in Sekko-Technik und teilweise mit Kasein gebunden —, deren ganzer Fonds infolge der profanen Nutzungen (zeitweilig war hier ein Kohlenkeller) in den vergangenen 200 Jahren gleichmäßig schwarzgrau beschmutzt war, mußte nach Abnahme der jüngeren Kalküberstriche (5 Schichten) intensiv gereinigt werden. Das geschah in der Hauptsache mit Wasser, stellenweise mit Freilegepasten (Komplexon) oder mechanisch mit dem Skalpell. Damit sollte vor allem der Fonds soweit aufgehellt werden, daß wieder der Eindruck einer auf hellem

8 Helen Rosenau, Zur mittelalterlichen Baugeschichte des Bremer Domes, in: Brem.Jb., Bd. 33, 1931, S. 1—36. Das Vorhandensein des Fundamentes und seine — richtige — Deutung waren allerdings schon Salzmann um 1892 bekannt.

Grund sitzenden Malerei erweckt wird, wobei aber im unmittelbaren Bereich der Malerei eine nicht unerhebliche Verschmutzung in Kauf genommen wurde.

Verschieden bewertet wird eigentlich nur das Maß der Sichtbarmachung der aufgefundenen Malerei.

Am östlichen der beiden Durchgänge zu dem jüngeren südlichen Anbau wurde, vielleicht schon im 16. Jahrhundert, eine Mauer eingezogen, die ein Stück der Malerei vor weiterer Verwitterung oder Abnutzung konservierte. An diesem Befund läßt sich deutlich erkennen, daß die Malerei nicht nur durch unmittelbare Eingriffe (Mauerdurchbrüche, Abfegen von Schmutzablagerungen) gelitten hatte, sondern daß die Farbe auf natürliche Weise ausgebleichen war. An der geschützten Stelle nämlich standen die Farben in einer Frische und in einem Kontrastreichtum, wie er weder durch stärkere Reinigung, noch durch Nachretuschieren hätte erreicht werden können, es sei denn um den Preis einer Neuausmalung. Diesen Weg wollte niemand beschreiten. Es ging vielmehr um die Frage, was von den mitunter nur schemenhaft erkennbaren Bildinhalten und den noch erkennbaren oder durch Rapporte rekonstruierbaren ornamentalen Malereien wieder und wenn ja, wie deutlich, sichtbar gemacht werden sollte.

Ausgeschlossen wurde die Ergänzung fehlender Ornamente und Bildfelder, auch wenn deren Inhalt im Rahmen der Bildfolge festliegen mochte. Unumstritten war auch die Beseitigung von Störungen durch lasierende Retuschen in Aquarellfarben dort, wo Bilder und Rapporte eindeutig waren, etwa bei der Darstellung des Christus als Weltenrichter in der Mandorla, begleitet von den Symbolen der vier Evangelisten und umrankt von Zweigen oder, im Westen, bei der Taufe Christi. Es gab in den Malfeldern aber auch Bereiche, die ohne Hilfe, ohne Anfeuchtung der Wand, keine Bildzusammenhänge mehr erkennen lassen. Erst durch das Befeuchten — Konservatoren sprechen gern von dem „wundertätigen sputum der Restauratoren“ — werden Schemen sichtbar, deren Deutung zumeist nicht ohne Interpretation möglich ist. Wer hier ergänzt, bewegt sich also auf nicht ganz gesicherten Wegen, und da würde sich die Denkmalpflege gern begnügen mit einer einfachen Sicherung von Restbefunden. Nun sollen solche Räume aber auch einen Schauwert haben: Der in solchen Fällen ja auch nicht allein bestimmende Auftraggeber fühlt sich verpflichtet, den an der Aufbringung der nicht geringen Mittel Beteiligten mehr zu zeigen, als man konservatorisch eigentlich zeigen dürfte — er wird der Interpretation also gern einen etwas größeren Spielraum lassen. Unter solchen Prämissen ist das Herausarbeiten von Darstellungsresten vor allen Dingen an den Seiten der mittleren Gewölbefläche nicht ganz unumstritten.

Die Medaillonrahmen wurden, soweit abgängig, wieder ergänzt. Es war überhaupt ein Desiderat der immer nur beratend tätigen Denkmalpflege, das Gerüst der Ausmalung erkennbar zu machen, weil es stärker als einzelne Bilddarstellungen geeignet ist, die Raumfassung zu vermitteln. Das ist aus mehreren Gründen nur unvollkommen gelungen. Der rote Strich, über dem sich die Ausmalung, jedenfalls soweit es sich um bildliche Darstellungen gehandelt hat, denn es könnte darunter eine einfache Vorhangmalerei gege-



*Farbtafel I:* St.-Petri-Dom. Ehem. Beinkeller, heute Dom-Museum. Christus in der Mandorla, nach der Restaurierung.



*Abb. 1:* St.-Petri-Dom. Blick in das Dom-Museum.



Abb. 2: St.-Petri-Dom. Christus in der Mandorla, zu Beginn der Restaurierung. Wandmalerei um 1400.

ben haben, entfaltet, war ursprünglich auch über die Werksteinrahmung der Krypten-Fenster geführt. Die sollten jetzt aber steinsichtig bleiben. An dieser Stelle zeigt sich das Restaurierungskonzept uneinheitlich. Die Gründe dafür reichen bis in die siebziger Jahre zurück, als der Ausbau des Dom-Museums, ja jede Umgestaltung dieser Raumgruppe, auf unbestimmte Zeit verschoben und alle Kraft auf die Restaurierung der liturgischen Räume konzentriert werden mußte. Da standen die Wiederherstellung der alten Fensterstellung in der Ostkrypta und das Raumbild Adalberts, auch wenn man sich in der Datierung besser nicht so sehr auf ihn, denn auf seine Nachfolger abstützen sollte, im Vordergrund. Der Eingriff in den Bleikeller schien in diesem Moment — Befunde waren noch nicht zutage getreten — unproblematisch. Später, nach der Freilegung der Fundamentplatte der Apsis und des gewiß schönen romanischen Mauerwerks in der Nordwestecke des Raumes, schob sich dann das Bild der romanischen Architektur vor das Bild eines Raumes, der sich in der Interpretation der Quellen mit Erzbischof Johann Slamstorp und Bürgermeister Hemeling verbinden läßt. Die museale Nutzung sollte die Klammer abgeben für solche sicher sehr disparate Erscheinungen, was denn doch wohl etwas zuviel ist für einen so kleinen und eigentlich doch eher intim wirkenden Raum.

Die Restaurierung, die rund 18 Monate in Anspruch nahm, wurde durchgeführt von dem in früheren Berichten schon mehrfach genannten Restaurator Georg Skrypzak aus Berne.

Die Betreuung mittelalterlicher Kirchenräume, eine der vornehmsten Aufgaben des Denkmalpflegers, wurde nach langen Jahren fast ausschließlicher Beschäftigung mit der Domkirche wieder einmal von Unser Lieben Frauen in Anspruch genommen, nämlich für die Instandsetzung und Restaurierung des sogenannten Beinkellers, gelegen unter dem Nordschiff im Osten und zugänglich nur noch über die Sakristei<sup>9</sup>. Der fast quadratische Raum (ca. 11 x 12 Meter), dessen Gewölbe als Tonnen mit Stichbögen auf einem Mittelpfeiler und Wandpfeilervorlagen ruhen, hatte in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts die Heizungsanlage aufnehmen müssen und diente zuletzt, nach deren Verlegung 1960, als Abstellraum für das Standmobiliar der Bürgerpark-Tombola. Quellenmäßig überliefert ist eine sakrale Nutzung im 15. und beginnenden 16. Jahrhundert; wohl im 17. Jahrhundert setzte die Nutzung als Grablege und Teilung in gemauerte Grabkammern und Erbbegräbnisse ein. Als Beinkeller, worin Gebeine sekundär untergebracht wurden, diente der Raum aber schon im 15. Jahrhundert, wenn nicht noch früher. So liegt denn auch der Estrich auf einer stellenweise bis zu 1,5 Meter mächtigen, dichten Knochenschicht, die offenbar — wie datierbare Schuttfunde nahelegen — bis in das 18. Jahrhundert bewegt und aufgefüllt wurde.

Die hervorragende geschichtliche Bedeutung dieses arg vernachlässigten Kirchenraumes, dessen Zementestrich und vom Kohlenstaub geschwärzten Wände den ehemaligen Heizungskeller noch deutlich erkennen ließen, war unter Eingeweihten indessen bekannt, und schon seit geraumer Zeit freilie-

9 Siegfried Fliedner und Werner Kloos, Bremer Kirchen, 1961, S. 55—68, spez. 59 f.



*Farbtafel II:* Unser Lieben Frauen. Sogenannter Beinkeller. Wandmalerei.

gende Malereireste in den Scheiteln der nördlichen Tonne verriet, was ohnehin für diesen wie alle anderen mittelalterlichen Kirchenräume zunächst einmal anzunehmen ist, daß nämlich die geschlammten Wände und Gewölbefelder einmal bemalt waren. Um so unbegreiflicher ist, daß, wohl im Zusammenhang mit der Restaurierung von 1957–1964, die in der Südostecke befindliche Grabkammer der Familie von Koetschau und von Dalwig mit allen Särgen ausgeräumt und nur das reich geschmückte Sandsteinportal der Zeit um 1725 — zerlegt — aufbewahrt worden waren. Gescheiterte Anläufe zu einer denkmalgerechten Instandsetzung des Beinkellers gab es schon in den sechziger und siebziger Jahren. Doch erst die mit dem Ausscheiden von Bürgermeister Hans Koschnick aus dem Vorsitz des Aufsichtsrates der Bremer Landesbank aufgeworfene Frage, ob die bei solchen Anlässen von der Bank großzügig gewährte Geldspende nicht auch einmal denkmalpflegerische Gestalt annehmen könnte, ließ das zuvor eher erträumte Vorhaben konkrete Gestalt annehmen. Mit Unser Lieben Frauen als Ratskirche war ein glücklicher Zusammenhang hergestellt, und die evidente Bedeutung des eindrucksvollen, wenn auch noch gleichsam verhüllten Raumes tat ein übriges, den anfänglich etwas skeptischen Spender mit diesem ungewöhnlichen Stiftungszweck zu versöhnen. Die Spende war so reichlich bemessen, daß unter Verdoppelung des Betrages mit Hilfe der BEK und aus Mitteln des Hermann-Melchers-Reserve-Fonds die Realisierung des Vorhabens gesichert war.

Über den Ablauf der Restaurierung im einzelnen und die baugeschichtliche Würdigung dieses vermutlich ältesten Kirchenraumes in Bremen, dessen bisherige Deutung als Krypta der alten St.-Veith-Kirche problematisch erscheint und noch einige Fragen aufwirft, soll in einem gesonderten Aufsatz berichtet werden. Deshalb sollen hier nur die wesentlichen Ergebnisse resümiert werden, die sich vorab — zu unserer großen Freude — dahingehend zusammenfassen lassen, daß mit dem Beinkeller erstmals in Bremen ein mittelalterlicher Kirchenraum nach ausschließlich denkmalpflegerischen Kriterien hergerichtet werden konnte. Erklärtes Ziel war, den Beinkeller als Zeugnis seiner eigenen kirchlichen Geschichtlichkeit wieder er stehen zu lassen, d. h. als ein sakral genutzter Raum mit der erhaltenen Ausmalung, aber auch allen Störungen wie nachträglich eingebrochenen und wieder vermauerten Öffnungen einschließlich erhaltener Putzkanten in den Gewölben als Spuren der Grabkammerwände aus nachreformatorischer Zeit.

Nach einer vorbereitenden Untersuchung durch Restaurator Klaus Thönes, der erwartungsgemäß beachtliche Reste an Ausmalung festgestellt hatte, und nach vorbereitenden Festigungsarbeiten wurden die betroffenen Wand- und Deckenbereiche mit dem Skalpell freigelegt. Das Ergebnis: Auf dem südwestlichen Wandfeld erschienen in einer Dreibogenstellung einbeschriebene Passionsszenen, vermutlich aus der Mitte des 15. Jahrhunderts, sodann konnten einige Begleitranken an Gewölbegraten und krautiges Rankenwerk in den Scheiteln der nördlichen Tonne, wohl um 1500, freigelegt werden und schließlich mehrere Weihe- und Apostelkreuze. Die freigelegten Malereien wurden lediglich gesichert, nicht retuschierend über-



*Abb. 3a:* Unser Lieben Frauen. Blick in den sogenannten Beinkeller mit dem Portal der Grabkammer von Koetschau und von Dalwig.



*Abb. 3b:* Unser Lieben Frauen. Wandmalerei, etwa Mitte 15. Jahrhundert.

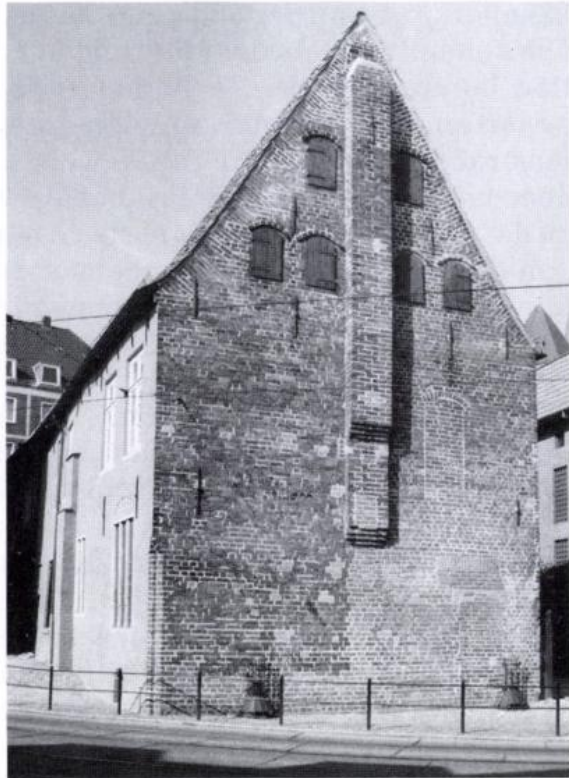
gangen, nur auf dem Wandfeld mit den Passionsdarstellungen wurden größerflächige Fehlstellen mit Punktretuschen eingefärbt. Erspart blieb der Denkmalpflege auch die anderenorts so vehement betriebene Verwandlung des Raumes in eine unhistorische, material-romantisch inspirierte Steinsichtigkeit. Wände und Ecken wurden, wie jahrhundertlang zuvor, nur geschlämmt und geweißt. Das Sandsteinportal der Grabkammer von Koetschau und von Dalwig, übrigens eine ausgezeichnete Arbeit bester bremischer Provenienz, wurde auf der alten Achse an die Ostwand gerückt, wo es die Raumnutzung nicht unsinnig erschwert, andererseits aber die Lokalisierung seines originalen Standortes und damit der immerhin noch bis in die sechziger Jahre existenten Grabkammer erleichtert. Der Boden wurde mit Schebelpplatten ausgelegt, die alten Ausgänge zum ehemaligen Kirchhof auf der Nordseite sollen mit Gittern verschlossen werden.

Es wurde an dieser Stelle schon mehrere Male über Bauarbeiten am Haus Sandstraße 3, dem Heinekenschen Haus und seit 1974 Amtssitz der Denkmalpflege, berichtet<sup>10</sup>. Auch im abgelaufenen Berichtszeitraum waren wieder Handwerker im Haus. Dieses Mal standen aber keine konservatorischen Gesichtspunkte im Vordergrund, sondern der Wunsch, Energieprobleme des Hauses besser in den Griff zu bekommen: Die Raumfeuchtigkeit näherte sich im Keller dem Sättigungs-(Niederschlags-)Punkt; entsprechend naß waren die Wände im aufgehenden Mauerwerk und entsprechend hoch schließlich die Wärmeleitfähigkeit der Wände. Dazu kamen ein undichtes Dach — im Winter 1985/86 war auf dem Boden Schneeschippen angesetzt! —, fehlende Isolierung der Decke über dem Arbeitsraum der Bautechniker und in einigen Räumen undichte Fenster. Die Kosten für die Bausanierung einschließlich der damit verbundenen Verbesserung des Erscheinungsbildes im Stadtraum wurden auf 412 000 DM berechnet und aus Städtebauförderungsmitteln sowie dem Fonds „Bremens gute Stube“ bereitgestellt. Die Arbeiten wurden 1986—1987 durchgeführt.

Es war zu erwarten, daß die Freilegung der Fundamente bis zur Sohle neue baugeschichtliche Erkenntnisse — im wahrsten Sinne des Wortes — ans Licht bringen würden. So hat sich die bisherige Vermutung bestätigt, daß die beiden Kellerräume des Hauses, ein kleinerer tonnengewölbter Keller und ein größerer mit vier Kreuzgratgewölben um einen gemauerten Mittelpfeiler, verschiedenen Bauperioden angehören. Es wurde sichtbar, daß der mit Kreuzgratgewölben gedeckte Keller zu dem jetzt dendrochronologisch auf 1580 datierten hinteren Bauabschnitt gehört, während der tonnengewölbte Keller Teil eines älteren Baues ist, der — so die Deutung des Verfassers — das Steinwerk eines zur Sandstraße hin gelegenen Fachwerkgebäudes gewesen sein könnte. Ungeklärt bleiben die baulichen Zusammenhänge von mehreren Fenster-, möglicherweise sogar Ladeluken im Schnittbereich des Urbauens und des Baues von 1580, die an der Südwand unter Terrain zutage traten. Sie waren mit gefasten Formsteinen ausgebildet und sind älter als 1580, da sie im Inneren des jüngeren Kellers nicht mehr auftauchen. Eine große Enttäuschung war die Freilegung der von ihrer Lage her bekannten

10 1. Bericht, S. 262 f.; 2. Bericht, S. 305 f.; 3. Bericht, S. 256 f.

*Abb. 4a:*  
Sandstraße 3. Der rückseitige Giebel.



*Abb. 4b:*  
Sandstraße 3. Baufuge im Keller-  
mauerwerk, 1580 und älter.



*Abb. 4c:*  
Sandstraße 3. Kellerfenster des äl-  
teren Kellers, vor 1580.

Fäkaliengrube an der Südseite: Sie war im vorigen Jahrhundert ausgehoben, mit Zementputz abgedichtet und nur noch bis zur Einführung der Kanalisation benutzt worden — Funde waren unter solchen Umständen nicht zu erwarten. Im Bauschutt, mit dem frühere Gruben um den hinteren, der Violeustraße zugewandten Teil — wohl 1740 — aufgefüllt wurden, fanden sich aber mehrere profilierte Fragmente von Sandsteingewänden. Sie gehörten zu der Art von Fenstern, wie sie an der Südseite zuletzt im Rahmen der jetzigen Maßnahme aus dort eingemauerten Stücken zurückgewonnen werden konnten. Es darf also angenommen werden, daß alle Fenster des Saales solche Gewände und Fensterstöcke besaßen.

Der eingangs beschriebene Umfang der Bauschäden zwang uns, das Mauerwerk von außen zu schlämmen. Das geschah mit reinem Sumpfkalkputz. Bei der trotz dieser Maßnahme immer noch notwendigen Trockenlegung der Kellerwände von innen herrschte zunächst Ratlosigkeit: Viele Produkte und Methoden werden angeboten, von denen man nach eingehenden Erkundungen nur Unerfreuliches hört. Zur Ausführung kam schließlich eine Isolierung, die durch das Einbringen einer horizontalen Verkieselung im Bohrlochverfahren hergestellt wurde. Aber auch bei diesem mit großer Sorgfalt und genau nach den Vorschriften ausgeführten Verfahren muß man sich angesichts der bisher erzielten Ergebnisse vor Augen führen, daß es sich um ein mehrere Jahrhunderte altes Mauerwerk handelt, das auch schon mehrere Jahrhunderte lang naß ist und entsprechende bauphysikalische Probleme aufwirft, sei es durch die Versalzung des Mauerwerks, sei es auch dadurch, daß es mit der Zeit porös wurde. Daß wir nicht die ersten waren, die sich Gedanken darüber machen mußten, wie man den Keller trocken bekommt, erkannten wir an einem Isoliersversuch früherer Generationen an der Ostwand des Kellers: Wir fanden dort bis zu einer Höhe von etwa einem Meter über Fußbodenoberkante eine vertikale Isolierung, die aus sich überlappenden, etwa handtellergroßen Glasscheiben bestand, die in Kalkmörtel auf das Mauerwerk gesetzt und anschließend geschlämt und gekalkt waren. Die Art der Ausführung spricht eher für eine Datierung in das 18., denn in das 19. Jahrhundert. Das Mauerwerk dahinter zeigte sich jetzt natürlich total durchnäßt, weil die von außen eindringende Feuchtigkeit nicht mehr nach innen abgegeben werden konnte. Trotzdem haben wir diesen seltenen, wenn nicht sogar einmaligen Befund erhalten.

Der Fußboden wurde bewußt in seinem alten Zustand — im Sandbett verlegte Rotsteine — belassen, denn auch weiterhin muß eine gewisse Grundfeuchtigkeit erhalten bleiben. Ein gewaltsames Austrocknen des Kellers wäre schließlich für das ganze bauliche Gefüge ungut, und bei der Nutzung als Keller kommt es nicht darauf an, einen glatten Boden zu haben.

Sehr schwierig und zeitaufwendig gestalteten sich Sanierungsarbeiten am aufgehenden Bau. Es konnte festgestellt werden, daß an dem Mauerwerk des 18. Jahrhunderts die Fugen bündig mit dem Stein verstrichen und anschließend mit einem Fugenschnitt versehen waren; auch belegten Funde unter dem Traufgesims, daß die Fassade anschließend gestrichen, also nie steinsichtig, „natur“-belassen war. Bis auf den Giebel von 1580 wurde die Fassade dieser Befundlage entsprechend wiederhergestellt, und zwar unter Ein-

schluß der noch vorbarocken Längswände. Als Anstrichmaterial sollte ursprünglich eine reine Silikatfarbe genommen werden. Noch während der Arbeiten zeichneten sich aber Probleme mit diesem Anstrich ab, weil die darunter aufgetragene Kalkschlämme zu einer erhöhten Feuchtigkeitsaufnahme führte. Nach Rücksprache mit dem Farbhersteller wurde deshalb auf eine Dispersionssilikatfarbe, die eine gewisse Absperrung gegen Schlagregen gewährleistet, ausgewichen.

Wie aber sollte der Giebel von 1580 — eine bis heute roh erhalten gebliebene Backsteinwand — behandelt werden? Der Giebel stand ja früher gegen die Hinterfronten der Bebauung der ehemals eng verlaufenden Buchtstraße. Seitlich, in Richtung der jetzigen Hochgarage, muß man sich einen kleinen, jedoch sinnreich konzipierten Garten vorstellen. An dieser Fassade wurden unter mehreren Farbschichten Reste von Bewuchs und unzählige verrostete Nägel, die auf eine Befestigung von Spalieren hinweisen, gefunden. Der Giebel war also immer ein unbedeutender, von der Straße aus nicht sichtbarer Bauteil. Deshalb wurde er auch jetzt nicht aufgewertet und blieb mit allen ablesbaren baulichen Veränderungen der vergangenen Jahrhunderte, wie zugemauerten Tür- und Fensteröffnungen, verschiedenen Fugenausbildungen und Steinformaten, erhalten. Das Mauerwerk wurde lediglich von oberflächlichem Schmutz gereinigt, und es wurden Zementausfugungen durch Muschelkalk ersetzt.

Schließlich wurde an der Südseite eine bislang zugemauerte Fensteröffnung, die zu dem Saal mit der von 1580 datierten Holzbalkendecke gehört, wiederhergestellt. Sie war vermutlich bei den Umbauten in der Mitte des 18. Jahrhunderts vermauert worden, wobei die alten Gewände des Fensters im Wechsel mit Rotsteinschichten vermauert wurden. Die ausgebauten Sandsteinteile ergaben ein dreiteiliges Fenstergewände, das exakt mit dem danebenliegenden kleineren zweiteiligen in Profilierung und Ornamentierung identisch ist.

Ganz und gar neu hergestellt wurde das barocke Gesims, das verrottet war und auch abgebaut werden mußte, um an das Dachgebälk heranzukommen. Dieses war nämlich, jedenfalls stellenweise, nicht weniger kaputt; es drohte sogar einzustürzen — mit solchen Überraschungen muß man bei Bauarbeiten an einem so alten Gemäuer immer rechnen — und mußte fachgerecht unter schwierigsten Bedingungen restauriert werden. Dafür war es uns gelungen, für das Dach alte Handstrichpfannen zu bergen, so daß sich das Haus mit einer schönen alten Deckung präsentiert. — Die fachliche Betreuung dieser umfassenden Instandsetzung lag in den Händen von Frau Gudrun Spengler.

Am Kito-Haus in Vegesack, Alte Hafenstraße 30, inzwischen umgetauft in Altes Packhaus, weil die nur knapp fünfjährige, bisher namengebende Nutzung des Gebäudes durch die Firma Kito in den zwanziger Jahren doch nur eine gar zu kurze Episode darstellte, wird weitergearbeitet<sup>11</sup>. Ende 1986 eröffnete uns die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung überraschend, daß die ins Stocken geratenen Instandsetzungs- und

11 Vgl. 4. Bericht, S. 181 f.

Ausbauarbeiten fortgesetzt und abgeschlossen werden könnten, nachdem die weitere Finanzierung gesichert sei. Das fertige Haus sollte danach einem eigens zu diesem Zweck gegründeten Trägerverein überlassen werden, der als seine vornehmste Aufgabe die Präsentation einer Sammlung von Werken des zeitweilig den „Worpswedern“ angehörenden Malers Fritz Overbeck betrachtet. Die Gemälde sollen auf zwei Böden des Hinterhauses, die Grafik im Obergeschoß des Vorderhauses ausgestellt werden.

Die Mitarbeit des Landesamtes für Denkmalpflege wäre als rundheraus erfreulich zu bezeichnen, wenn wir nur fachlich zu beraten, Rezepturen und Detailzeichnungen zu liefern hätten. Doch leider müssen wir uns auch immer wieder höchst problematischen Nutzungswünschen widersetzen, die oft ohne die nötige Rücksicht auf ihre Denkmalverträglichkeit konzipiert wurden und zwangsläufig bauliche Veränderungen am inneren und äußeren Erscheinungsbild auslösen, die wieder mit erheblichen Einbußen an Denkmalsubstanz verbunden sind und dem öffentlichen Bemühen um eine denkmalgerechte Erhaltung dieses bedeutenden Baudenkmals geradewegs zuwiderlaufen. Immer wieder erleben wir es, daß unpassende, weil am Denkmal vorbeigeplante Nutzungsvorstellungen an heutigen Standards angenäherte Ansprüche heraufbeschwören — Akustik, Wärme- und Schallisolierung, feuerpolizeiliche Ausstattung —, deren uneingeschränkte Erfüllung befürchten läßt, daß das konstruktive Holzwerk von Packböden und Dachstuhl bis zur Unkenntlichkeit kaschiert oder ummantelt werden müßte.

Ohne dem Schlußbericht nach Fertigstellung vorzugreifen, sei schon jetzt auf die monatelange Grabung im Hinterhaus hingewiesen, die ein den Außenmauern eingebautes rasterartiges System von gemauerten Kanälen und rechteckigem Fundament und Gründungsfeldern zutage förderte. Diese fragmentarische Anlage wurde von Mitarbeitern der „Bremischen“ zeichnerisch aufgenommen und fotografiert. Auch wenn es für ein abschließendes Urteil über Zweckbestimmung und Bedeutung der Anlage noch zu früh ist, so spricht doch vieles dafür, daß hier die Reste einer alten Brauerei aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgedeckt wurden; die dabei ergrabenen Scherbenfunde datieren aus dem 18., 19. und frühen 20. Jahrhundert.

Besonders schmerzlich ist es für den Denkmalpfleger, seine alltägliche Ohnmacht ausgerechnet an einem hochbedeutenden Ausnahmedenkmal demonstriert zu bekommen. So ging es der Denkmalpflege seit 1981 im Park Hasse (Rockwinkeler Landstr. 41/43)<sup>12</sup>, dem etwa hälftigen Teil eines ehemaligen Vorwerks aus dem 18. Jahrhundert, das als Gartenkunstwerk mit beachtlichen, von Wilhelm Benque überformten Resten eines jardin anglo-chinois mit reicher Ausstattung, mit einer Villa von 1895 nach Entwürfen Eduard Gildemeisters und — eine sowohl architektur- wie gartenbautechnische Rarität — einem stattlichen Gewächshaus der Zeit um 1790 bis an die Schwelle der Gegenwart nahezu unversehrt überlebt hatte. Dies war dem

12 Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Baudenkmale in der Freien Hansestadt Bremen 3.6, Ortsteil Oberneuland, bearb. von Kurt Lammek, 1984, S. 75.



Abb. 5: Alte Hafenstraße 30, Altes Packhaus, früher „Kito-Haus“. Blick in die Ausgrabungen.

glücklichen Umstand zu verdanken, daß die Eigentümer Schöne, Wichelhausen und Iken mit diesem Anwesen stets pfleglich umgingen und daß, nach der Grundstücksteilung im Jahre 1895, die Familie Hasse auf ihrem Parkteil die ehrwürdige Tradition bremischer Gartenkultur noch bis zuletzt, bis 1981, fortsetzte. Die dann einsetzenden Verkaufsbemühungen der Eigentümer währten etwa fünf Jahre, in deren Verlauf der Park verwilderte und das Gewächshaus zusehends verfiel. Wichtige Reste der alten Parkausstattung wurden vom Grundstück geschafft, so die Torpfostenaufsätze (wappenhaltende Löwen und Pinienzapfen), ein Säulenpostament, Gartenbänke und Beeteinfassungssteine mit Palmettenschmuck. Der sogenannte Franzosentempel, ein offener, überdachter Pavillon im chinesisches Stil, fiel einer Brandstiftung zum Opfer, wohl auch begünstigt dadurch, daß sich das Grundstück ständig mit weitgeöffnetem Eingangstor wie verlassen und für jedermann zugänglich zu präsentieren pflegte. Selbst unter Zuhilfenahme des Denkmalschutzgesetzes vermochten wir es nicht, den Eigentümern wenigstens die geschlossene Pforte abzurufen; das Anwesen war und wirkte herrenlos. Für den Denkmalpfleger entmutigend verlief auch die mit den Verkaufsbemühungen einhergehende Veränderung der planerischen Festsetzungen durch das Stadtplanungsamt. Von der Möglichkeit einer nach § 44 BBauG zulässigen entschädigungslosen Umplanung wurde nach unserem Eindruck nur halbherzig Gebrauch gemacht, und nur gegen erbitterten Widerstand anderer Dienststellen gelang es, den Bestand des Gewächshauses planerisch sichern zu lassen. Die letztlich erfolgreichen Bemühungen des Baumschutzes, die entschädigungspflichtige Opfergrenze durch eine kompensatorische Ausweisung von Bauzonen auf Freiflächen zu unterlaufen, mußten wir ohnmächtig hinnehmen, auch wenn abzusehen war, daß dadurch dem parkräumlichen Gesamtbild des Anwesens — wie es nun einmal untrennbar aus Bäumen und Büschen, aber auch und vor allem aus Rasenpartien lebt — schwerer Schaden zugefügt werden würde.

Vom Erwerb des Grundstücks durch die Gesellschaft zur Betreuung entwicklungsgeörter und Seelenpflege-bedürftiger Kinder e. V. versprochen wir uns eine Rückkehr zu geordneten Verhältnissen, mußten dann aber mit ansehen, daß damit die Kette von Einbrüchen und mutwilligen Zerstörungen keineswegs unterbrochen war. Außerdem wurden wir mit größten, unüberwindlichen Schwierigkeiten bei der denkmalpflegerischen Betreuung dieses so komplexen Anwesens konfrontiert, wie sie bei der Einrichtung eines Schulbetriebs unvermeidlich wurden. Dem Zwang, ausreichend viele Unterrichtsräume zu schaffen, sind die Mobilbauklassen auf der zur Straße gelegenen Bauzone und in der Villa die Umnutzung der Räume für Unterrichts- und Schulbetriebszwecke zu verdanken.

Erhalten blieb lediglich die Diele; das Holzwerk und die Wandmalereien wurden sogar restauriert. Bedeutendere Wandmalereien in angrenzenden ehemaligen Wohnräumen wurden dagegen verkleidet, weil angeblich dem Unterricht abträglich. Vollständig zerstört wurden die entzückenden festen Einbauten im Dachgeschoß, die zuletzt in dem Film „Ein Sommer in Lesmona“ als willkommene Kulisse dienten. Die baulichen Veränderungen im Inneren und am Äußeren der Villa mit ihren erheblichen Einbußen am über-



Abb. 6a: Rockwinkeler Landstraße 41-43. Der abgebrannte „Franzosen“-Pavillon.

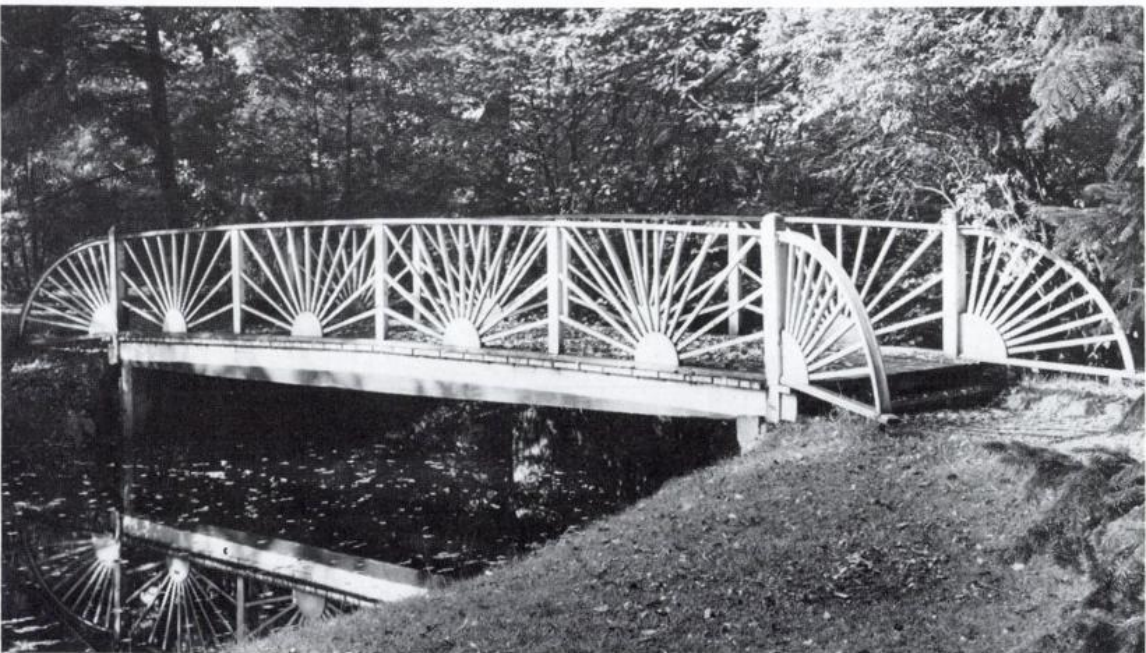


Abb. 6b: Rockwinkeler Landstraße 41-33. Zerstörte Brücke im Park.

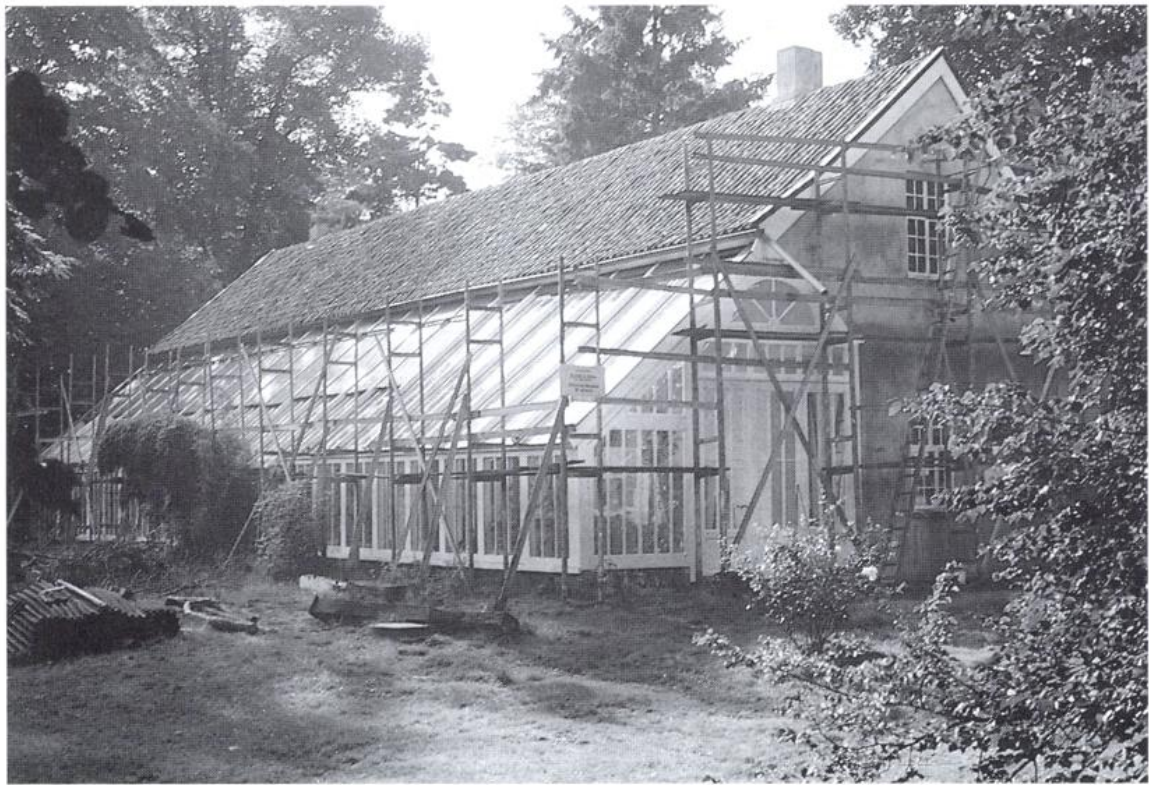


Abb. 7: Rockwinkeler Landstraße 41-43. Gewächshaus. Zustand 1988.

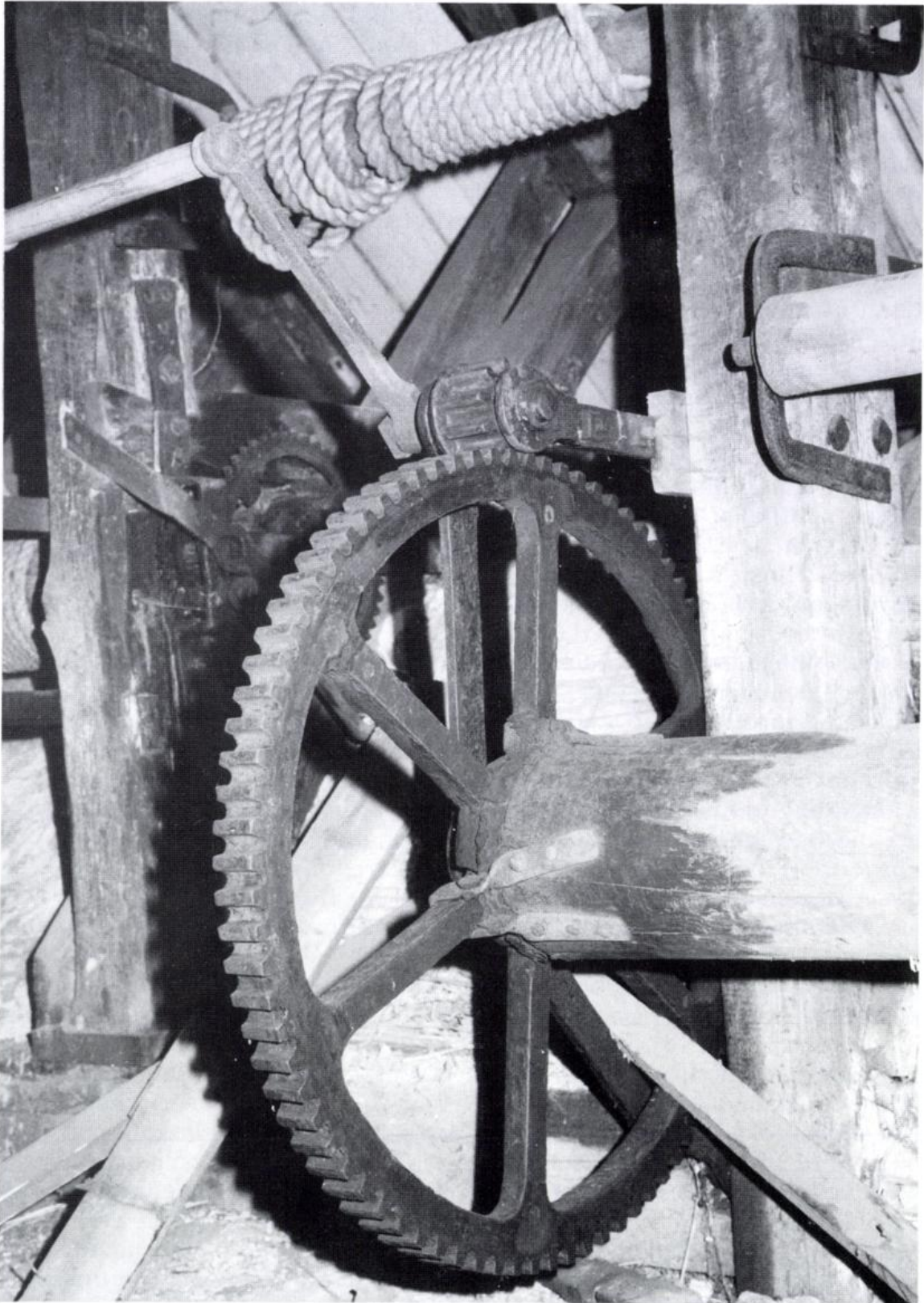


Abb. 8: Rockwinkeler Landstraße 41-43. Gewächshaus. Das Räderwerk der Schattenläden.

lieferten und schutzwürdigen Erscheinungsbild hängen mit den Erfordernissen des Schulbetriebs, der nicht unproblematischen Baubetreuung und der Finanzlage zusammen. Das Landesamt für Denkmalpflege war außerstande, sämtliche Mehrkosten zu übernehmen, die aus einer denkmalgerechten Ausführung der teilweise radikalen Aus- und Umbaumaßnahmen resultieren würden; entsprechend fielen dann jene Baumaßnahmen aus, die wir nicht fördern konnten.

Ohnehin mußten wir unsere denkmalpflegerischen Bemühungen auf das Gewächshaus konzentrieren, dessen überragende Denkmalbedeutung und hochgradige Gefährdung durch immer schnelleren Verfall uns diese Prioritätensetzung aufzwingen. Dieses um 1790 als Treibhaus und Orangerie errichtete Gebäude besitzt mit seinen konstruktiven Details, vor allem der ausgeklügelten Windenmechanik auf dem Dachboden zur Auf- und Abwärtsbewegung der Schattenläden und Schrägfenster, höchste bau- wie gartenbaugeschichtliche Qualitäten, deretwegen es auch vom Bundesministerium des Innern als ein Baudenkmal mit besonderer nationaler kultureller Bedeutung anerkannt und gefördert wurde. Es blieb weitestgehend original erhalten, erlitt allerdings schwerste Schäden im Laufe der vergangenen Jahre im Bereich des Glashauses mit seinen Ständern, Sparren und Rahmenhölzern. Hinzu kamen Schäden am Gründungsmauerwerk, an den Ausfachungen und den Ortgängen, die im festen Griff des Efeus fast gänzlich verrottet waren.

Die Denkmalbedeutung dieses Gewächshauses speiste sich nur teilweise aus seiner äußeren Gestalt, mehr noch aus seinen inneren Einrichtungen zum funktionstüchtigen Betrieb als Gewächshaus mit Winterhaus, Warmhaus und Weinhaus. So war es eine denkmalpflegerische Selbstverständlichkeit, das Restaurierungskonzept auch auf jene Details zu erstrecken, die wieder den originalen Gewächshausbetrieb ermöglichen würden, also auch auf die Beweglichkeit der Schattenläden und der Schrägfenster. Es wurde konserviert, geflickt und ausgebessert, nicht rekonstruiert. Demzufolge war der Aufwand an Handwerkerstunden unvermeidbar hoch und kaum im voraus zu kalkulieren, so wie im Laufe der Restaurierungsarbeiten auch immer wieder — etwa mit bröckeligem Gründungsmauerwerk oder herabfallendem, weil auf morscher Schalung sitzendem Deckenputz — unliebsame, kostenträchtige Überraschungen aufwarteten. Die Arbeit in unserem ohnehin kleinen Amt wird zusätzlich dadurch erschwert, daß wir solche Einzeldenkmäler nicht mehr, wie es eigentlich die Regel sein sollte, aus einem auskömmlich ausgestatteten, berechenbar zu bewirtschaftenden Haushaltstitel bedienen können, sondern selbst höchst verwaltungsaufwendig und nicht selten unaufregend die Finanzierung unserer eigenen Arbeit bewerkstelligen müssen. Beim Gewächshaus halfen aus Bremen die Stiftung „Wohnliche Stadt“ und der beim Senator für Finanzen betreute Hermann-Melchers-Reserve-Fonds. Bei dieser Gelegenheit sollte auch nicht unerwähnt bleiben, daß schon seit einigen Jahren derartige Restaurierungsvorhaben mit einem Finanzvolumen von mehreren hunderttausend Mark nicht nur unter denkmalfachlichen Gesichtspunkten, sondern auch einschließlich der baulichen Abwicklung mit Ausschreibung, Auftragsvergabe und Über-

wachung von Mitarbeitern des Amtes betreut werden. — Indem nicht unüblich ist, bei großen Restaurierungen Restauratoren und Architekten bei Namen zu nennen, sei hier Dr. Peter Hahn als der Motor dieser Instandsetzung genannt.

Die von der Denkmalpflege aus Mitteln der Stiftung „Wohnliche Stadt“ geförderten Instandsetzungsarbeiten am Ensemble Kirchweg 200, Firma Koch & Bergfeld, zählen zwar nicht zu den spektakulären Restaurierungen, wohl aber zu den erfreulichen Kapiteln der Zusammenarbeit mit einem Denkmaleigentümer. Bei dieser Maßnahme ging es nicht nur darum, die von der Straße aus sichtbaren, das „Fabrikschloß“ bildenden Gebäude unter dem Oberbegriff „in Dach und Fach“ instanzzusetzen, sondern auch um Rekonstruktionen an den komplizierten Pavillondächern und schließlich auch um Ordnungsmaßnahmen im Eingangsbereich. Alle diese Anliegen konnten in bestem Einvernehmen mit dem Eigentümer erfüllt werden.

Die Arbeiten an der Rutenberg-Villa, Am Dobben 91, heute Ortsamt Mitte, waren bereits 1983 abgeschlossen worden<sup>13</sup>. Nur der Festsaal mußte damals als Baustelle zurückgelassen werden. Einerseits gab es keine Möglichkeit, an weitere Mittel heranzukommen, und andererseits hatten Untersuchungen durch den Restaurator Klaus Thönes gezeigt, daß die Restaurierung mit solchen Schwierigkeiten behaftet sein würde, daß sie für die bremische Denkmalpflege schier unlösbar erschien. Zu unserer Überraschung kam im Herbst 1987 in die finanzielle Frage aber Bewegung. Aus Mitteln des Senators für Inneres, des Hermann-Melchers-Reserve-Fonds, der Stiftung „Wohnliche Stadt“ und, wie bei der Hauptinstandsetzung, aus Sanierungsmitteln wurden die bei einer Grobschätzung errechneten 380 000 DM zusammengebracht, und das Amt mußte sich der Rekonstruktionsplanung des Saales stellen. Nach Beratung mit Dr. Wolfgang Brönner, Bonn, der bis 1979 als Mitarbeiter der bremischen Denkmalpflege die Restaurierung des Hauses betreut hatte, wurde zunächst einmal die Weiche zugunsten einer am verlorenen Original orientierten Rekonstruktion statt einer vereinfachten Stilanpassung gestellt. Eine nochmalige Untersuchung aller Befunde ergab ferner, daß das Grundgerüst des Saales einfacher war, als dies von uns bis dahin durch eine Fehlinterpretation von Befunden in Richtung auf ein Vorlagewerk von Prof. Stier aus Berlin angenommen worden war. Aus der neuen Untersuchung ergab sich schlüssig, daß der Saal an der Empore durch eine Wand geschlossen und über Längs- und Querachse symmetrisch komponiert war. Der Emporenraum war danach nur einsehbar durch eine dem Maß der seitlichen Öffnungen entsprechende dritte Öffnung, und der Raum unter der Empore war mit dem Saal durch eine dritte Zweiflügeltür verbunden. An dieser Stelle zwingen die Verhältnisse zu einem Kompromiß: Das Ortsamt muß den Raum in der gesamten Tiefe nutzen können mit der Folge, daß die dritte Tür wird wegfallen müssen. Die Rekonstruktion der zwischen den oberen Nischen und dem Hauptgesims vermittelnden Säulen- oder Pilastergliederungen mit Würfelkapitellen unter Gesimsen mit oder ohne Ver-

13 2. Bericht, S. 307 ff. (mit Abb.); 3. Bericht, S. 260 f.

kröpfung erweist sich in dem Bemühen, allen Befunden gerecht zu werden und dabei auch ein Ergebnis zu erhalten, das stilistischer Wahrscheinlichkeit entspricht, allerdings als Quadratur des Kreises. Hier wird während der Ausführung noch viel experimentiert werden müssen. — Die Ausführung wird bis Frühsommer 1989 dauern.

Wie bereits erwähnt, haben im letzten Jahr dieses Berichtszeitraumes die Restaurierungsarbeiten in der Güldenammer begonnen.

Ausgelöst war die Maßnahme durch den Wunsch, die Repräsentationsräume des Rathauses, deren Glanz stellenweise verblichen erschien, aufzuarbeiten. Als erstes wurde für die Güldenammer bei dem Möbelrestaurator Hans-Georg Thiessen ein Fachgutachten über den Restaurierungsbedarf und die Restaurierungsmöglichkeiten in Auftrag gegeben.

Die Güldenammer, worunter hier immer nur der untere Raum des nach 1600 in die Obere Rathauhalle eingebauten Gehäuses verstanden wird, wurde 1904–1905 von Heinrich Vogeler neu gestaltet<sup>14</sup>. Ursprünglich auf den Farbakord silbergrün mit hellen Hölzern gestimmt<sup>15</sup>, war es Arthur Fitgers letzter Beitrag in der Rohland-Stiftung, den Entwurf auf das dann auch ausgeführte Rotbraun, Rot und Gold abzuändern — der Argumentation, daß eine „Gülden“-Kammer nicht silbern sein könne, war wohl schwerlich viel entgegenzusetzen. Die Entwurfszeichnungen gab Vogeler 1906, also bald nach Abschluß der Arbeiten, in die Kunsthalle, wo sie sich noch heute befinden<sup>16</sup>. Das fertige Werk wurde 1907 von der Königlichen Meßbildanstalt in Berlin im Zuge der Erfassung der deutschen Kunstdenkmale aufgenommen; ein Satz dieser Bilder befindet sich im Landesamt für Denkmalpflege<sup>17</sup>.

Eine Generation später, im Jahre 1937, begann, ausgelöst durch ein Schreiben des Hochbauamtes, da „der Beleuchtungskörper in der Güldenammer von verschiedenen maßgebenden Personen als unschön und ungeeignet für einen solchen Raum bezeichnet wurde“, die Zerstörung dieses Detail für Detail abgestimmten Werkes. Damals wurde der Leuchter bis auf den großen Messingreif aller Lampen und Verzierungen entkleidet; er erhielt statt dessen zwölf Lampen mit Pergamentschirmen, die von Schülerinnen der Nordischen Kunsthochschule bemalt waren<sup>18</sup>. Ferner wurden die beiden Kaminaufsätze — Spiegel mit reich geschnitzten Rahmen und Leuchten — ausgebaut und die Wand an ihrer Stelle mit Tapetenfeldern geschlossen. Die Spiegelaufsätze sollen bei der Auslagerung der Güldenammer im Krieg

14 Die Entstehungsgeschichte der Güldenammer zusammenfassend dargestellt in: Jürgen Schultze und Peter Elze, Die Güldenammer des Bremer Rathauses nach dem Entwurf von Heinrich Vogeler. Schriftenreihe der Barkenhoff-Stiftung, Nr. 8, Worpsswede 1985.

15 Wie vor, S. 44.

16 Inv.-Nrn. der Kunsthalle KB 06/459 bis 496.

17 101 Fotos im mittel 38 x 37 cm, ohne Inv.-Nrn.

18 Die Lampenschirme wurden an das Bremer Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte abgegeben.



*Abb. 9:* Am Dobben 91, Ortsamt Mitte. Der Festsaal von Lüder Rutenberg zu Beginn der Restaurierung.

und selbst beim Rücktransport<sup>19</sup>, mündlicher Überlieferung zufolge, noch dagewesen sein; danach wären sie seinerzeit nicht weggeworfen, sondern beiseite gelegt worden. Ihre Spur verliert sich nach 1945.

Der Wiedereinbau des nicht unkomplizierten Gehäuses erfolgte bereits im Herbst 1945 auf Betreiben von Prof. Ernst Grohne und durch Kräfte des Focke-Museums. Eine erste konservatorisch gedachte Restaurierung erwies sich in den sechziger Jahren als unumgänglich. Nach eingehenden Beratungen, zu denen auch auswärtige Kapazitäten herangezogen wurden, beschloß man 1964, die Ledertapete neu herzustellen. Glücklicherweise fand der mit dieser Erneuerung beauftragte Restaurator Willi Olsztyński den alten Prägestock, so daß man nicht gezwungen war, das Ornament nachempfinden zu müssen. Allerdings unterlief den Planern der Restaurierung ein Fehler, der den Eindruck des Raumes seither verfälschte: Im Blick auf Vogelers Entwürfe hatte man gesehen, daß außer der Wand Lederpolster und Vorhänge grün waren und beschloß darum, sie so zu erneuern — man hatte übersehen, daß Vogeler selber auf den Rot-Gold-Akkord umgeschwenkt war (umschwenken mußte), daß mit der Änderung der Grundfarbe von der Tapete das Farbkonzept insgesamt geändert werden mußte und auch geändert worden war. Beide Teile, Lederbezüge wie Vorhänge, waren mittlerweile aber so verschlissen, daß ihr Austausch auch ohne große Restaurierung anstand.

Die Zielvorgaben der Restaurierung dieses Schatzkästleins im Rathaus waren durch die Bilder der Meßbildanstalt und die Entwürfe Vogelers vorgegeben: Das Holzwerk, also Decke und Vertäfelungen, und die Metallteile mußten wieder auf den spiegelnden Glanz gebracht werden, der auf den Fotos so fasziniert; dann sollte unbedingt der Leuchter rekonstruiert werden, dessen Einzelheiten so gut belegt waren, daß es keinen konservatorischen Grund gab, davon Abstand zu nehmen. Dagegen bot das überlieferte Anschauungsmaterial für ein Nachschneiden der voluminösen Spiegelrahmen zu wenig Anhaltspunkte, um sie zu rekonstruieren. Deshalb, nicht aus finanziellen Erwägungen, unterbleibt die Neuherstellung der Kaminspiegel.

Das Gutachten brachte zutage, daß sich die Decke und die Möbel in so schlechtem Zustand befanden, daß schon Teile fehlten oder dabei waren, sich abzulösen. Die Vertäfelungen waren blind, aber, von kleinen Schadstellen abgesehen, noch intakt. Von den metallenen Beschlägen fehlte ein Stück, das zu ergänzen ist. Der Teppich war so brüchig, daß man nur noch versuchen konnte, ihn aufzurollen, damit er neu geknüpft wird.

Das Gutachten sprach aber auch von den Belastungen, denen der Raum und seine Ausstattung ausgesetzt waren, indem die Heizanlage dazu zwang, den Raum zu überhitzen, und der ungehinderte Sonneneinfall Möbel und Paneele ausbleichte. Die Heizanlage mußte also auf eine milde, den Raum gleichmäßig temperierende Umwälzheizung umgestellt werden, wozu die Fenster, durch deren Rahmen man — ohne zu übertreiben! — ins Freie sehen

19 StAB 3 — L.9.Nr. 142 [1], und Ernst Grohne im Weser-Kurier vom 5.6.1946: Die Schätze des Focke-Museums — Die Rettung der beweglichen Kunstwerke in Bremen.



*Farbtafel III: Am Dobben 58. Konstruktivistische Raumdekoration von Georg Rohde.*

konnte, abgedichtet werden mußten. Gegen die Sonneneinstrahlung wurde der Einbau einer lichtgesteuerten Vorhanganlage empfohlen.

Mit den vorbereitenden Arbeiten und Proben wurde Ende 1987 begonnen, die eigentlichen Restaurierungsarbeiten begannen im Januar 1988; sie werden nicht unwesentlich erschwert durch den Wunsch der Senatskanzlei, den Raum während der Restaurierung, wenn auch mit Einschränkungen, nutzen zu können. Dennoch konnten in dem einen Jahr alle Möbel und etwa die Hälfte der Paneele restauriert, der Leuchter rekonstruiert und die technischen Anlagen erneuert werden. Bei den restauratorisch-konservatorischen Arbeiten haben sich in hervorragender Weise die Firma Bremer Werkstatt H. G. Thiessen KG und Firma Koch & Bergfeld, Silberwarenfabrik, bewährt. Letztere fertigte die neuen Lampenkörper, rekonstruierte detailgetreu den Leuchter und arbeitete alle Metallteile auf, erstere wickelte alle mit der Restaurierung der Holzarbeiten zusammenhängenden Arbeiten ab, besorgte also nicht nur das Polieren mit reiner Schellackpolitur, sondern auch die Vergoldungsarbeiten, die in den Händen der Vergolder — Restaurierungswerkstatt Andrea Schlichting und Andrea Crasemann, Hamburg — lag, und die Polsterarbeiten, für die eigens an der Westdeutschen Gerberschule in Reutlingen das Leder eingefärbt wurde. Die Arbeiten werden 1989 abgeschlossen sein.

Eine kleine, hübsche Arbeit war die Instandsetzung einer Raumausstattung von dem mehr als Glasmaler bekannten Georg Rohde in dessen früherer Wohnung Am Dobben 58. Hier nämlich hatten wir es mit einer seltenen konstruktivistischen Gestaltung zu tun. Sie zu erhalten und wiederherzustellen war uns Zuschuß und fachliche Beratung wert; die Arbeiten führte Restaurator Klaus Thönes durch.

Im Berichtszeitraum konnten auch die Restaurierungen an einer Reihe von Standdenkmälern durchgeführt oder zum Abschluß gebracht werden<sup>20</sup>.

Eine mehr als Routinerestaurierung anzusprechende Maßnahme war die Konservierung des Kleinen Roland auf dem Neustadtmarkt: Abschälende Partien wurden gesichert, das Steinwerk gereinigt und gefestigt, die erst nach dem Krieg erfundene Farbfassung erneuert und das Standbild abschließend hydrophobiert. Letzteres, obwohl der Versuch, freistehende Steinbildwerke dadurch sichern zu wollen, daß man das Eindringen von Regenwasser verhindert, mittlerweile nicht mehr unumstritten ist, denn spätestens nach der zweiten Hydrophobierung beginnt die mit Recht gefürchtete Krustenbildung, zu der es auch ohne Hydrophobierung kommt — die Probleme werden also nur zeitlich verschoben in der Hoffnung, in einigen Jahren ein Wundermittel zur Hand zu haben.

Im Grunde wurde mit den Marmorstandbildern von Carl Steinhäuser in den Wallanlagen — der Vase und der Olbersstatue — ähnlich verfahren. Hier hatten wir uns allerdings zuvor durch ein Gutachten sachkundig gemacht, für das wir Frau Dr. Hannelore Marschner, eine Mitarbeiterin des Bayerischen Denkmalamtes und bekannte Kapazität auf dem Gebiet der Stein-

20 4. Bericht, S. 157 f.



*Abb. 10a:* Der Rosselenker in den Wallanlagen in neuer Aufstellung.



*Abb. 10b:*  
Der Kopf der Olbersstatue während  
der Restaurierung.



*Abb. 10c:*  
Die Olbersstatue in den Wallanlagen  
nach der Restaurierung 1986.

schadensanalyse und -konservierung, gewinnen konnten. Die bayerischen Kollegen halfen uns großzügigst, indem sie nur den reinen Sachaufwand in Rechnung stellten, das Gutachten selber also nichts kostete. Frau Dr. Marschner zeigte drei Alternativen auf:

1. Anfertigung einer Kopie und Verbringen des Originals in ein Museum.  
— Problem: Welches Museum hat so viel Platz, und woher sollen die Mittel für Marmor, Künstler und Transporte kommen?
2. Das Denkmal wird unter Hochdruck mit Polyesterharz getränkt.  
— Problem: Es liegt keine Langzeiterfahrung im Hinblick auf die Veränderungen des Materials vor — die Kosten für diese Lösung hätten bei 120 000 DM gelegen.
3. Die klassische Restaurierung durch Reinigen, Festigen und Imprägnieren, obwohl wir wissen, daß dieses Verfahren nach acht bis zehn Jahren wiederholt werden muß.

Viele Gründe sprachen für den dritten, konventionellsten, im Erfolg aber auch kurzlebigsten Weg; die Beweggründe reichen soweit, daß man zusammen mit dem Hochbauamt über Wege, die beiden Marmorstandbilder durch Schutzgehäuse auf Dauer vor den Unbilden der Witterung zu schützen, nachdenkt.

Beide Restaurierungen wurden durch den Restaurator Klaus Thönes betreut. Die Kosten für die Arbeiten am Olbersdenkmal hat die Sparkasse in Bremen durch eine Spende in voller Höhe getragen.

Über die Restaurierung des Rosselenkers von Tuillon war im letzten Bericht geschrieben worden<sup>21</sup>. Dort war auch auf das Dilemma hingewiesen worden, das dadurch entstanden war, daß alle Metallurgen vor einer erneuten Aufstellung des originalen Gusses warnten, niemand aber das Original, das bei allen Mängeln ja noch das von Tuillon autorisierte Werk ist, haben mochte. Hier zeigte sich den Denkmalpflegern wieder einmal, wie sehr sich die Kunstgeschichtswissenschaft auseinanderentwickelt hat, wie das Spartendenken zu verengter Optik führt. Kurz gesagt: Das Original war museal nicht vermittelbar.

Dennoch, durch Vermittlung und Hilfe der Behörde des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst, aus Haushaltsmitteln und aus Zuwendungen der Stiftung „Wohnliche Stadt“ und der Gesellschaft Lüder von Bentheim wurden die für den Neuguß erforderlichen 80 000 DM aufgebracht. Er entstand in der Kunstgießerei Schmäke in Düsseldorf und wurde im Sommer 1986 an dem angestammten Platz in den Wallanlagen aufgestellt. Zum Schutz des soliden Gusses, der als gelungen bezeichnet werden kann, wurde in einem weiten Kreis um die rechteckige Standfläche des Denkmals Ilex gepflanzt, weiter ist der Sockel für ein breit ausladendes, zumindest unbequem zu übersteigendes Gitter angelegt. Das Gitter wird für Notfälle vorgehalten. Daß das eine, wie noch mehr das andere, ästhetisch schlimm aussieht und nur als notwendige Abwehrmaßnahme verstanden werden darf, braucht nicht vertieft zu werden.

21 4. Bericht, S. 158 f.

Abb. 11:  
Unser-Lieben-Frauen-Kirchhof,  
Deutsches Haus. Der Stadtmusikan-  
tenausleger während der Restau-  
rierung.



Die Arbeiten an den über 50 förmlich unter Denkmalschutz gestellten Ensembles mit ihren rund 900 Einzelobjekten hatte sich dank der Stiftung „Wohnliche Stadt“ seit 1985 wieder etwas konsolidiert. Die Stiftung hat der Denkmalpflege für diesen Teil der Arbeit in den hier dargestellten vier Jahren insgesamt 330 000 DM zur Verfügung gestellt, wobei sie, und das war eine besondere Hilfe, auf regionale Fixierungen innerhalb Bremens verzichtete. Nach wie vor liegen zwar die Schwerpunkte denkmalpflegerischen Handelns in den Bereichen Ostertor und Fesefeld, aber auch Anfragen aus Schwachhausen und Gröpelingen konnten bedient werden. Bildeten dabei die Maßnahmen im Ostertorviertel eine Art Nachlese der Sanierung – gearbeitet wurde an Häusern in der Kohlhöckerstraße und In der Runken –, so war das Spektrum jenseits des Dobbens wieder breit gestreut. Wer mit offenen Augen durch die Straßen dieses Viertels geht, wird feststellen, daß sich in der Mathildenstraße, im Fehrfeld, in der Besselstraße in den vergangenen Jahren viel getan hat – oder anders herum: Wer erinnert sich, in welchem desolaten Zustand der Straßenzug Fehrfeld noch vor zehn Jahren war?

Über Jahre hinweg war der Begriff „Ensemblepflege“ abgedeckt mit der Pflege der Häuser – zumeist Bremer Häuser – in ausgewählten Straßenzügen. Selbst dort war aber niemand auf die Idee verfallen, sich bei den das Straßenbild oft mehr als ein Neubau beeinflussenden Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, bei denen, so in der Besselstraße, direkt neben einem wirklich einmaligen Denkmal individueller Stadtgestaltung, nämlich der Scheinfassade, das Straßenprofil durch Hochbeete schlicht eliminiert wurde, die Denkmalpflege zu konsultieren, sich mit ihr abzustimmen.



Abb. 12: Mathildenstraße 27 nach der Renovierung.



Abb. 13a: Das Bischofstor. Zustand 1987.



Abb. 13b:  
Blick in die Besselstraße.  
Zustand 1981.



Abb. 13c:  
Müllbox in der Mathilden-  
straße. Zustand 1988.

War also der Kontext Stadtplanung und Denkmalpflege und dazwischen mehrerer anderer Dienststellen, Behörden und Beiräte dort, wo die Denkmalpflege vor 15 Jahren gerufen, hineingezerrt worden war, obwohl sie im Grunde weder personell noch materiell dazu gerüstet war, brüchig geworden, so waren die Konflikte in den klassischen Ensemblebereichen, Markt und Liebfrauenkirchhof, als den Freiräumen um die großen innerstädtischen Baudenkmäler, oder Schnoor und Wallanlagen vorgezeichnet. Die Ruhe hielt nur, solange nicht oder nur wenig investiert wurde. Die Probleme sind dabei vielschichtig: Von der Seite der „Benutzer“ dieser Freiräume, den privaten wie aber auch den öffentlichen, wird immer weniger Rücksicht genommen auf etwas, was man eigentlich nur mit Würde und Anstand in Verbindung mit unserem historischen Erbe bezeichnen kann – mitunter sind auf dem Markt die Werbeträger nur noch zu Dutzenden zu zählen, und bildhaft spricht der Zustand um das Bischofstor zu uns –, und Anhörungen bei öffentlichen Bauvorhaben spielen sich meist nur noch ab nach dem Motto „friß Vogel oder stirb“. So mußte bei der Umpflasterung des Liebfrauenkirchhofs um jeden Zentimeter Pflasterhöhe gerungen werden – mit geringem Erfolg, wie man an dem halbversunkenen Sockel erkennen kann –, und welche Rücksicht bei der Erstellung des mittlerweile zu einer Berühmtheit gelangten Turms auf der Domsheide auf den historischen Kontext genommen wurde, ist durch den Leserbrief des Verfassers bekannt geworden<sup>22</sup>.

22 Bremer Nachrichten vom 8.10.1988.



Abb. 14: Die Oberneulander Mühle nach der Restaurierung.



*Farbtafel IV:* Bremerhaven. Alter Leuchtturm von Simon Loschen, nach der Restaurierung.

Gerade dieses Beispiel ist dabei durchaus geeignet zu verdeutlichen, daß die kritische Haltung der Denkmalpflege nichts mit der Beurteilung des Kunstwerkes zu tun hat, denn jeder, der sich vor die Aufgabe gestellt sieht, eine Kunstausstellung arrangieren zu müssen, weiß, daß nicht jede künstlerische Form zueinander paßt, daß sie sich mitunter geradezu gegenseitig ausschließen. — Die Liste unerfreulicher Beispiele ließe sich so fortsetzen, daß man sich fragen muß, ob der in allen anderen Bundesländern fest verankerte Ensemble-Denkmalenschutz in Bremen nicht als gescheitert angesehen werden muß, denn mehr als beim Schutz von Einzeldenkmälern ist die Denkmalpflege auf diesem Gebiet auf allgemeinen Konsens angewiesen.

Es vergeht kein Jahr, in welchem das Amt nicht an den fünf bremischen Mühlen tätig ist. Wenn bei einer differenzierten Auflistung aller Arbeiten dabei die Mühle in Arbergen an der Spitze steht, so liegt das zunächst an der rührenden Fürsorge der Eheleute Möller, die, wo eigene Kraft und die Leistungen der Denkmalpflege nicht mehr reichten, um der ständigen Reparaturen Herr zu werden, unermüdlich um fremde Hilfe warben, um das Geerbe, das den meisten eine Last wäre, zu erhalten. Diese Hilfe wurde vom Beirat Hemelingen, privaten Gebern und örtlichen Vereinen gern gegeben. Der Initiator der größten Sammlung zugunsten der Mühle war dabei der Gastwirt Georg Grothenn, der aus Anlaß seines 80. Geburtstags um eine Gabe für die Mühle bat und damit fast 8000 DM für die Erhaltung dieses Denkmals aufgebracht hat. So kamen schließlich die Mittel zusammen, um die Windrose, das Klappengestänge und die Blechverkleidung reparieren und den hinteren Spreebalken<sup>23</sup>, die Jalousieklappen und die hintere Klappenverkleidung erneuern zu können.

Sehr aufwendig waren die Sanierungsarbeiten an der Oberneulander Museums-Mühle. Durch Setzungen im Fundament und von unten wie auch von oben eindringende Feuchtigkeit war die Standfestigkeit des Mühlenkörpers gefährdet. Durch den Einbau einer Drainage und Isolierung der zuvor wieder instand gesetzten Fundamente konnte endlich auch das aufgehende Mauerwerk — hoffentlich nachhaltig — saniert werden. Es mußten breite Risse geschlossen, große Flächen des Innen- und Außenputzes erneuert und eine sinnvolle Ableitung des Regenwassers von der Galerie geschaffen werden. Obwohl die Mühle zu dieser Zeit noch in der Verwaltung des Liegenschaftsamtes stand, wurden die Arbeiten unmittelbar von der Denkmalpflege, hier von Volkmar Schöning, durchgeführt.

Das Wirken der Denkmalpflege in Bremerhaven ist mehr als vertretbar in den Hintergrund getreten. Der wichtigste Grund ist der, daß sich die Stadt trotz mehrfacher Bitten und Vorstellungen, die nicht nur von dem nachgeordneten und politisch gewiß unbedeutenden Amt vorgetragen worden waren, weigert, die Arbeit der Denkmalpflege in Bremerhaven aus ihrem Anteil an der Stiftung „Wohnliche Stadt“ zu bedenken. Einziger Partner ist daher in einzelnen Fällen das dem Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr unterstehende Hansestadt Bremische Amt in Bremerhaven. Es hat in den

23 Hinteres bzw. vorderes Auflagerholz der Mühlenklappenkonstruktion.

vergangenen Jahren die Restaurierung des Alten Leuchtturms von Simon Loschen durchgeführt, woran sich die Denkmalpflege nur mit einem symbolischen Betrag beteiligen konnte, und es ist Träger der Instandsetzung der alten Kraftwerkzentrale am Kaiserhafen, die 1989 durchgeführt werden soll.

Mit der Instandsetzung des Leuchtturms am Neuen Hafen in Bremerhaven bot sich die willkommene Gelegenheit, dieses 1855/56 von Simon Loschen in neugotischer Manier als malerisches Zierstück behandelte Bauwerk wieder backsteinsichtig zu präsentieren, so wie es vermutlich bis gegen 1900, also bevor wiederholte Putzausbesserungen und deckende Anstriche das Sichtmauerwerk überzogen, aussah. Außerdem ließ sich eindrucksvoll studieren, welche verheerenden Schäden an Fugenmörtel und Backstein ein erst 1977 ausgeführter Außenanstrich auf Silikon-Basis angerichtet hatte, der seinerzeit nach Konsultation einer Fachkraft für Gebäudeschäden und einer gründlichen Sandstrahlreinigung eigens zu dem Zweck gewählt worden war, künftig auf Dauer ein „Durchatmen des Gemäuers“ zu ermöglichen. Es scheint fraglich, ob ein solches „Durchatmen“ überhaupt jemals möglich war; festzustellen war jedenfalls, daß sich dieser Anstrich in weniger als zehn Jahren in eine rissige, lederige Haut verwandelt hatte, die ein bauphysikalisch erwünschtes „Durchatmen“ des Mauerwerks im Gegenteil unterband und ausgedehnte Frostschäden begünstigte. Schwerste Durchfeuchtungen mit Wasseraustritt waren die Folgen, die eine erneute, nunmehr grundlegende Instandsetzung unvermeidlich machten.

Die Arbeiten wurden vom Hansestadt Bremischen Amt vorbereitet und betreut; eine besondere Erwähnung verdient die stets enge Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege, eher ungewöhnlich nach unseren Erfahrungen mit anderen öffentlichen Dienststellen. So bestand auch rasch Einigkeit darüber, daß der vom Gutachter (Prof. Dr.-Ing. H. Klopfer, Dortmund) favorisierten Variante zur Sanierung, nämlich den Turmschaft weitflächig zu verputzen, die Putzfläche eben auszuführen und diese ebenen Putzoberflächen mit rißüberbrückenden Anstrichen zu versehen, nicht gefolgt werden dürfe. Statt dessen entschied man sich für den Sanierungsvorschlag des Hansestadt Bremischen Amtes: Der Silikon-Anstrich wurde durch Heißdampfbestrahlung restlos entfernt, schadhaftes und abgängiges Mauerwerk neu gemauert, einschließlich des Ornamentmauerwerks mit eigens gebrannten Ornamentsteinen, und gefugt wurde mit Kalkmörtel. Das Außenmauerwerk wurde sodann auf Siloxan-Basis hydrophobiert und im Turminneren für eine Schwerkraftentlüftung über die Fensteröffnungen gesorgt. Nach Befund ergänzt wurden lediglich ein fehlender Obelisk auf der Brüstung vor der Laterne und die ursprünglich aus schwarzglasierten Ziegelsteinen gebildeten Schmuckbänder durch Schwärzung der Fehlstellen.

Den letzten Bericht über „Neue Ausgrabungen und Funde in der Freien Hansestadt Bremen“ hat Karl Heinz Brandt für das Jahr 1985 vorgelegt<sup>24</sup>;

24 Karl Heinz Brandt, Neue Ausgrabungen und Funde in der Freien Hansestadt Bremen 1985, in: Brem.Jb., Bd. 64, 1986, S. 249–279.

in den beiden darauf folgenden Jahren traten das Schriftenverzeichnis des zum 1. April 1987 aus Altersgründen aus dem Dienst ausgeschiedenen Landesarchäologen<sup>25</sup> und ein Aufsatz über die Arbeit der archäologischen Landesaufnahme im Lande Bremen<sup>26</sup> an diese Stelle.

Der Verfasser kann als fachfremder kommissarischer Leiter des Amtes des Landesarchäologen diese Lücke, zumal für die zurückliegenden Jahre, nicht füllen. Dabei gäbe es über diese Zeit viel zu berichten, seien es die Erkenntnisse, die anlässlich der Grabung im ehemaligen Bleikeller 1986 zu Tage kamen, seien es die Kampagne von 1987 auf dem Oeversberg in Bremen-Grohn oder im letzten Berichtsjahr die noch nicht abgeschlossenen Abtragungen der Wurten 16 und 17 in Bremen-Strom. Die nachfolgenden Zeilen wollen und können keine fachliche Aufarbeitung aller dieser Grabungen sein, sondern können nur als Hinweis verstanden werden, auf die vielfältigen Tätigkeiten der Mitarbeiter des Landesarchäologen nach dem Ausscheiden des Leiters dieser Dienststelle.

Das Jahr 1987 stand noch ganz im Zeichen von Grabungen in Grambke I (6/Grambke) und auf dem Oeversberg (3/Schönebeck). Erstere konnte auch 1988 fortgesetzt werden und wurde von Herrn stud. phil. Hermann Witte betreut, der die Aufarbeitung dieser und älterer Grabungen im Bereich Grambke I zum Gegenstand seiner Dissertation gewählt hatte. Anlaß für seine Grabung war die Überlagerung eines seit langem bekannten chaulisch-sächsischen Siedlungsplatzes durch die Trasse der neuen A 281. Schon unter Grohne und Brandt war es hier zu mehreren fund- und erkenntnisreichen Kampagnen gekommen, die jetzt mit der Freilegung mehrerer Grubenhäuser und anderer Siedlungsspuren Fortsetzung und Vertiefung fanden. Ihre Ergebnisse sollen unabhängig von der zu erwartenden Dissertation im kommenden Jahr vorgestellt werden.

Auch die andere Grabung, durchgeführt vom Grabungstechniker Carl Christian von Fick, schloß an frühere Beobachtungen und Grabungen an, weil der bronzezeitliche Fundplatz durch eine Sportanlage überbaut werden soll. An einem der angeschnittenen Fundplätze wurden dabei Gruben freigelegt, die mit einiger Wahrscheinlichkeit als „Mauken“ gedeutet werden können, an einem anderen Flintabschläge in solcher Menge, daß, zumal alle Fundumstände gegen eine steinzeitliche Datierung sprechen, eine kultische Ursache hinter dieser für die jüngere Bronzezeit alles andere als typische Erscheinung vermutet werden könnte.

Eine der vielen Nebengrabungen, die die Mitarbeiter der Dienststelle regelmäßig bewältigen müssen, war 1987 die Beobachtung des Aushubs der Baustelle Burger Heerstraße (2/Burg). Dort wurde u. a. das „Uhrmacherhaus“ abgerissen. Bei der durch die Baggerarbeiten bis zum äußersten behinderten Grabung kamen, wie zu erwarten war, Gräben und Faschinen des

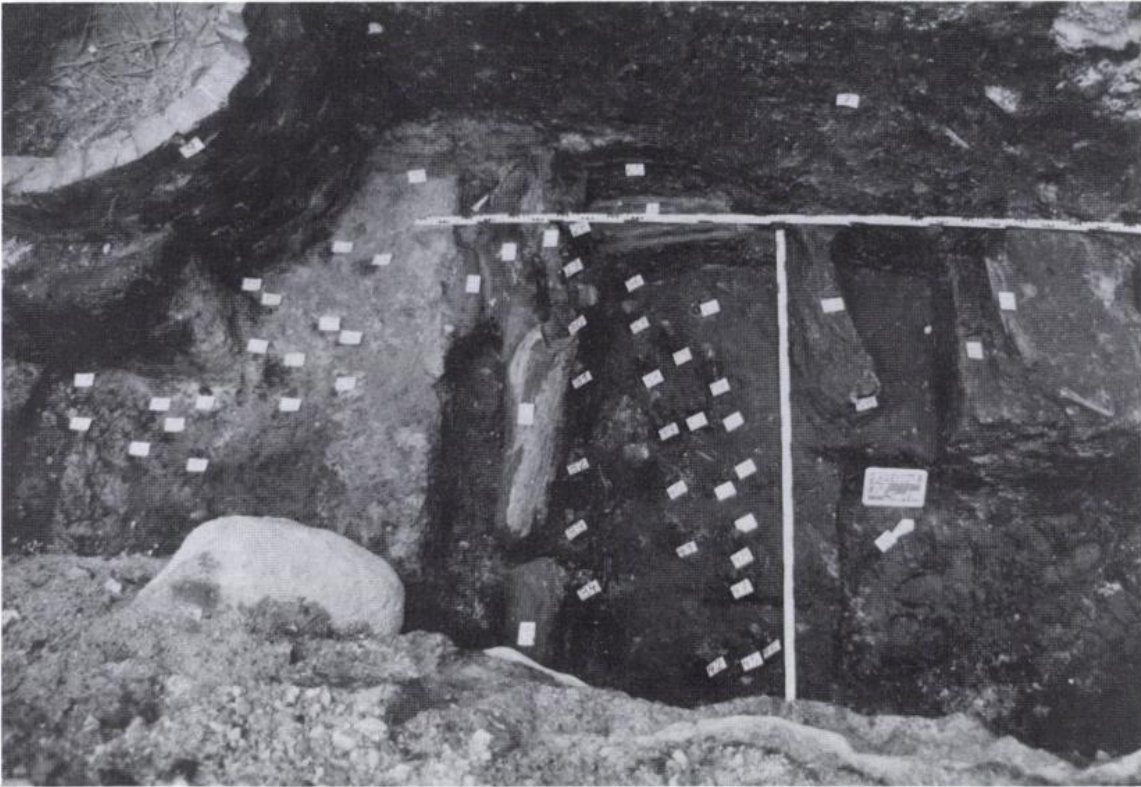
25 W. L. (Wilhelm Lührs), Schriftenverzeichnis Karl Heinz Brandt, in: Brem.Jb., Bd. 65, 1987, S. 141–149.

26 Karl Heinz Brandt, Zur archäologischen Landesaufnahme in Bremen — Stand und Aufgaben, in Brem.Jb., Bd. 66, 1988, S. 453–472.



Abb. 15a: 6/Grambke 87 Bf. Nr. 745. Sechspfostenhütte des 4./5. Jh., westöstl. ausgerichtet. Grube war etwa 60 cm eingetieft. Pfostentiefe betrug weitere 70 cm. Wandkonstruktion bestand wahrscheinlich aus senkrecht stehenden Bohlen.

Abb. 15b: Bf. Nr. 800. Scherbenpflaster. Herdstelle unmittelbar auf der Sohle einer Sechspfostenhütte des 4./5. Jh. in 50 cm Tiefe.



*Abb. 16 a/b:* Fundlage auf dem ehemaligen Parkplatz der Böttcherstraße gegen das Haus Wachtstraße 27/29. Zu erkennen ist eine Ufer(?)-Befestigung in Verbindung mit einer Flechtwand. Eine Oberflächenbefestigung aus Knüppeln und kleineren Stämmen ist bereits entfernt.

den Übergang über die Lesum sichernden befestigten Platzes zu Tage, neben einem Brunnen und neuzeitlichen Funden.

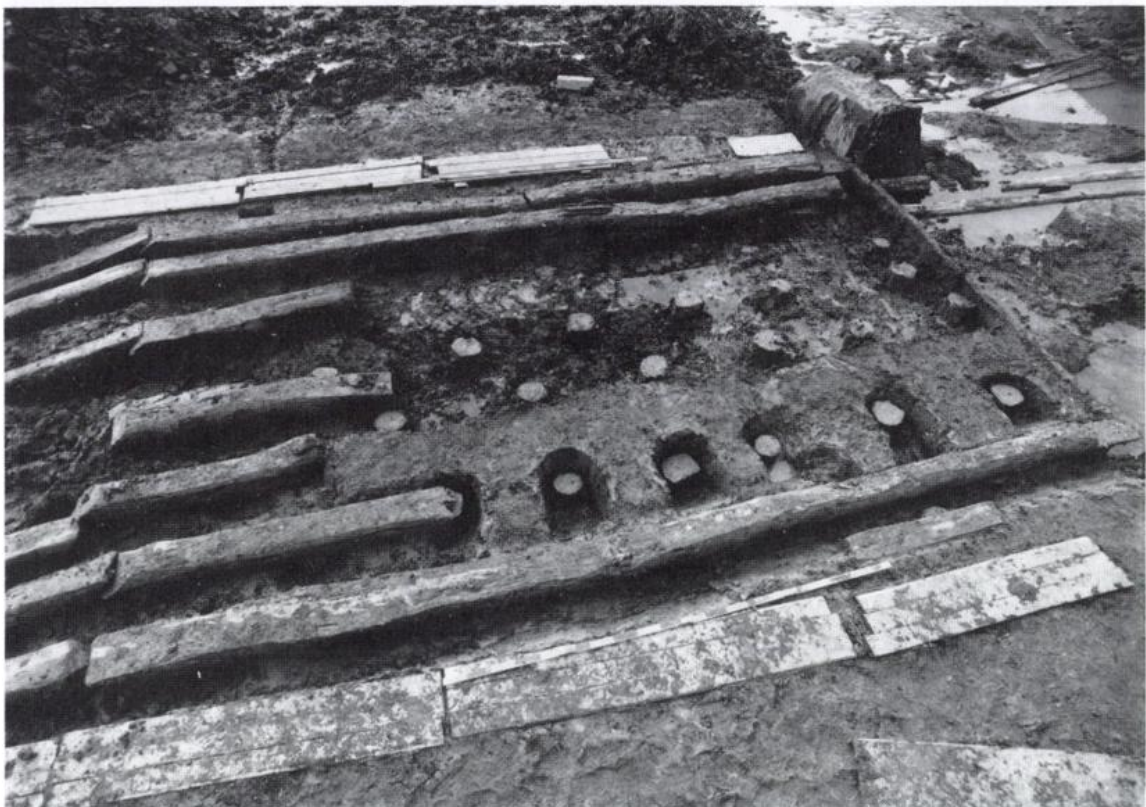
Viel umfangreicher als erwünscht war die Grabungs- und Beobachtungstätigkeit des Jahres 1988, das ursprünglich als ein Ruhejahr, als ein Jahr der Aufarbeitung früherer Tätigkeiten gedacht war. Die Bewilligung weiterer Mittel ließ jedoch die Fortführung der Grabung in Grambke I (6/Grambke) zu, und durch die Freigabe von Mitteln aus dem Fonds für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen konnten auf dem benachbarten Siedlungsplatz Grambke II (19/Grambke) großflächige Untersuchungen abgewickelt werden. Zuständig war hier Grabungstechniker Bernd Seidler. Und daran schlossen sich Baustellenbeobachtungen im Zuge des Kanalausbaues „Auf dem Delben“ (20/21/Grambke) an, durch die Ausdehnung und Kontinuität des Siedlungsplatzes Grambke einmal mehr abgesteckt werden konnten.

Neben der Sondierung in Grambke II mußte Seidler den Bauplatz Wachtstraße/Martinistraße, also ein bis weit in das Jahr 1988 hinein als Parkplatz genutztes Gelände, für eine intensive Baustellenbeobachtung vorbereiten. Dieser Platz ist — zwischenzeitlich muß man schon sagen war — das letzte größere altstädtische Grundstück, auf dem lohnende Funde, die über die Entwicklung der Stadt im Mittelalter etwas aussagen könnten, zu erwarten waren. Im Einvernehmen mit dem Verkäufer, der Seehandel GmbH, und dem Bauherrn, der Atlantis Baubetreuungsgesellschaft, wurde deshalb ab Ende 1987 überlegt, wie man, den Parkplatzbetrieb möglichst wenig behindernd, schnell und kostengünstig zu Aufschlüssen über Horizonte und denkbare Fundlagen kommen könnte. Die Lösung bestand aus Brunnenringen mit einem Durchmesser von 2 m, die abgegraben wurden — die jeweils untersuchbare Fläche betrug also 3,14 qm; die unvorstellbar geringen Mittel reichten für drei Brunnen, also weniger als 10 qm, und für eine weniger tiefe, aber mit etwa 8 qm breitere offene Grabungsstelle. Das Ergebnis: Das Wissen, daß die neuzeitliche Bebauung beim Zusammenräumen der Trümmer bis zur Unkenntlichkeit zerstört wurde, daß darunter, teilweise auch mit den jüngeren Schichten verzahnt, eine frühneuzeitliche bis mittelalterliche Schicht freigelegt werden könnte, wenn die Grabungsbedingungen danach wären. Diese Schicht dürfte Aufschlüsse über die Stadtwerdung Bremens im 9./10. Jahrhundert enthalten — angeschnitten wurden eine kaiartige Kante mit Flechtwerk und ein mit Holz belegter Weg und an anderer Stelle eine sauber bearbeitete Werksteinlage.

Vielfältigster Art sind die Befunde aus den Wurten 16 und 17 in Bremen-Strom. Auf sie hatte schon Professor Grohne hingewiesen<sup>27</sup>, sie gehörten zu den ersten archäologischen Stätten, die nach dem Inkrafttreten des Denkmalschutzgesetzes förmlich als Kulturdenkmäler eingetragen wurden<sup>28</sup>. Jetzt lagen sie der Erweiterung des Güterverkehrszentrums Niedervieland

27 Ernst Grohne, Bericht über die Ausgrabung der Hove Warf im Niedervieland bei Bremen, in: Abhandlungen und Vorträge der Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft, Jg. 8/9, 1934, S. 119 ff.

28 Die Eintragung erfolgte unter der Bezeichnung „Dorfwüstung Stelle“ im November 1979.



*Abb. 17a:* 16/Strom, Bf. Nr. 24. Von Osten vom Abraumberg, Blick auf den Befund 24 in seiner Umgebung.

*Abb. 17b:* Bf. Nr. 24. Mittelteil. Balken und Pfosten. Über den Pfosten lagen früher auch Balken, die bei der Auflassung jedoch abgebaut wurden.

im Wege. Aufgrund des segensreichen § 9 Abs. 2 Bremisches Denkmalschutzgesetz konnte die das Denkmal letztlich zerstörende Ausgrabung durch den Träger der Baumaßnahme finanziert werden. Die Grabung, die im Frühjahr 1988 begann, führte als Grabungstechniker Carl Christian von Fick durch.

Bei Wurt 17 traten, ohne daß ein fester Wohnplatz ausgemacht werden konnte (Abtrag der Wurt?), mehrere sich überlagernde Grabensysteme zutage. Primärfunde, die durch ihren Charakter eine eingrenzende Sofortdatierung der Spuren zulassen würden, wurden nicht gemacht. Einige für die Begrenzung der Grabenwände eingerammte Pfähle allerdings werden einer dendrochronologischen Untersuchung zugeführt in der Hoffnung, daß man über sie zu einer Fixierung kommen könnte. Sie wäre vor allem wertvoll im Hinblick auf botanische und pollenanalytische Untersuchungen, die ebenfalls noch vorgenommen werden sollen.

Die etwas westlicher gelegene Wurt 16 enthielt die Reste einer Anlage, die sich von Dr. Ellmers vom Deutschen Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven mit allen Vorbehalten, die sich aus der Betrachtung eines teilweise noch versteckten und natürlich nur sehr fragmentarisch erhaltenen Fundes ergeben, möglicherweise als Unterbau eines nicht fertiggebauten Siels deuten läßt; andere sprechen auch von einem Helgen. Sollte die erste Vermutung zutreffen, dann würde es sich um einen älteren Typ handeln, bei welchem die Sielwandungen den Deich senkrecht durchschneiden sollten und nicht, wie das später gemacht wurde, trichterförmig. Gefunden wurde eine mit Holzstämmen angelegte Sohle mit einem etwa 20 cm hohen Anschlag und zwei Pfostenlöchern, die als Vertiefung für die Angeln von Sieltoren gelesen werden könnten<sup>29</sup>.

Wegen der denkbaren besonderen kulturhistorischen Bedeutung wurde, hierin beraten und tatkräftig unterstützt vom Deutschen Schiffahrtsmuseum, beschlossen, die Fundlage nicht nur dokumentarisch aufzunehmen, sondern sie auch zu bergen. Sie kann dann möglicherweise museal aufgearbeitet werden.

Zu den stillen, gleichwohl wichtigen, ja unentbehrlichen Arbeiten gehörte die im letzten Berichtsjahr abgeschlossene Arbeit für die Erstellung der Bild- und Planvorlagen für die Publikation der während der Grabungen im Dom ab 1974 aufgeführten und freigelegten Gräber durch Herrn Günther Kruse.

Es bleibt abschließend zu hoffen, daß über die Aktivitäten in Grambke, Oeversberg, Strom und an der Wachtstraße recht bald der neu bestellte Landesarchäologe zusammenfassend berichten kann.

#### **Bildnachweis:**

I: H. u. E. Scheidulin;

II und III: K. Thönes;

IV: Hansestadt Bremisches Amt, Bremerhaven.

Alle übrigen Abb.: Landesamt für Denkmalpflege, Bremen.

29 Nach Redaktionsschluß wurden die eisernen Pfannen, in denen die Tore drehen sollten, gefunden.

## Rezensionen und Hinweise

*M[agister] Adams Geschichte der Ausbreitung der christlichen Religion durch die hamburgische und bremische Kirche in dem benachbarten Norden [..], übersetzt von Carsten Miesegaes. Reprintausgabe. [Umschlagtitel: Bremer und Hamburger Kirchengeschichte von 787 — 1072, aufgezeichnet von Adam von Bremen, Anno Domini 1076.] Bremen: Schönemann 1987. XXIV, 372 und viele unpaginierte S.*

Der Bremer Brauersohn Carsten Miesegaes, der 1828—1833 auf eigene Kosten eine verunglückte „Chronik der freyen Hansestadt Bremen“ veröffentlicht hat, war zuvor durch Übersetzungen von mittelalterlichen Quellen hervorgetreten, insbesondere die 1825 gedruckte Übersetzung der Bischofsgeschichte Adams von Bremen. Das damals von über 400 Bremer Subskribenten, darunter Betty Gleim und Wilhelm Olbers, bestellte Werk war ein verdienstvoller Beitrag zur Verbreitung historischer Quellenkenntnis.

Miesegaes stützte sich auf die damals neueste lateinische Adam-Ausgabe von Fabricius (erschienen 1706), die letztlich auf einem Druck Lindenbrogs von 1595 beruhte und auch eine 1579 erschienene Ausgabe von Velleus (Vedel) berücksichtigte. Lindenbrog und Vedel hatten zwei heute verlorene Handschriften aus Breitenburg bei Itzehoe und Sorö auf Seeland benutzt. Unbekannt war ihnen und damit auch Miesegaes unter anderem die erstmals 1846 von Lappenberg zugrunde gelegte beste Adam-Handschrift aus der Wiener Hofbibliothek, aufgrund der sich der ursprüngliche Text von späteren Zusätzen und Verderbnissen trennen ließ. Eine verbesserte Neubearbeitung, die bis heute Gültigkeit hat, legte 1917 Bernhard Schmeidler vor.

Die neueren Übersetzungen verwendeten die jeweils beste Textausgabe, nämlich Laurent 1850 und Wattenbach 1888 die Lappenbergs und Steinberg 1926 die Schmeidlers, die veraltete Übersetzung von Miesegaes durfte getrost in Vergessenheit geraten. Die heute gebräuchliche Adam-Ausgabe enthält den lateinischen Text der Edition Schmeidlers in vereinfachter Anordnung bequem neben der Übersetzung von Werner Trillmich, zusammen mit Text und Übersetzung weiterer Quellen zur Geschichte des 9. — 11. Jahrhunderts, darunter die Lebensbeschreibung des Bremer Erzbischofs Ansgar<sup>1</sup>.

1 Quellen des 9. und 11. Jahrhunderts zur Geschichte der hamburgischen Kirche und des Reiches, bearbeitet von Werner Trillmich und Rudolf Buchner. Darmstadt: Wissenschaftl. Buchgesellschaft 1961 (<sup>5</sup>1978). (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters, Bd. 11.)

Wenn nun die Übersetzung von Miesegaes als Reprint auftaucht, so muß das bei Historikern Verwunderung hervorrufen. Die seinerzeit verdienstvolle Übersetzung ist nicht nur sprachlich veraltet und stützt sich auf einen überholten Text, sondern sie enthält auch Mißverständnisse des mittelalterlichen Lateins wie Belohnung statt Lehen, Landgüter statt Hufen, Stadt statt Burg, Soldaten statt Vasallen, Weihbischöfe statt Suffragane, so daß sie heute als ganz unzuverlässig gelten muß. Unbrauchbar sind auch die gelehrten Anmerkungen von Miesegaes, in denen er seine Vorstellungen von den bei Adam genannten Namen und Institutionen ausbreitet, wobei er etwa Hamburg und Höhbeck für identisch hält, die Germanen mit dem persischen Ahriman zusammenbringt und Akkon in Unteritalien sucht.

Auch das Beiwerk, mit dem der „Reprint“ ausgestattet ist, macht ihn kaum brauchbarer. Schon die Titelei ist anstößig. In das Problem des Titels von Adams Werk bringt der Verlag völlige Konfusion. Neben dem umständlichen, von Miesegaes frei erfundenen Titel auf dem Titelblatt verwendet er teils „Bremer und Hamburger Kirchengeschichte“ (Umschlagtitel), teils „Bremer Kirchengeschichte“ (Rückentitel). Adam wollte über die „Reihe der bremischen und hamburgischen Bischöfe“ schreiben und die „Geschichte der hamburgischen Kirche“ darstellen. Seit Laurents Übersetzung hatte sich der Titel „Hamburgische Kirchengeschichte“ eingebürgert, den neuerdings Trillmich („Bischofsgeschichte der Hamburger Kirche“) abgewandelt hat. Bremen war zwar Bischofsresidenz, in ihrem Selbstverständnis leitete die bremische Kirche aber damals die erzbischöfliche Würde und den Missionsauftrag bei Dänen, Schweden und Slawen von dem Sitz Hamburg ab, so daß, wenn man schon einen neuen Titel sucht, die Bezeichnung „Bischofsgeschichte der hamburgischen und bremischen Kirche“ (in Anlehnung an den Titel einer frühen Abschrift) den Inhalt von Adams Werk besser erfassen würde.

Beigegeben sind Holzschnitte der Bremer Bischöfe, die Wilhelm Wessel 1617 veröffentlicht hat. Es sind reine Phantasieprodukte. Interesse kann höchstens die locker, aber mit Literaturkenntnis geschriebene „Einführung“ von Wilhelm Tacke, der leider eine Seitenzählung fehlt, beanspruchen. Hinweise auf die neueren, besseren Übersetzungen sind darin allerdings nur versteckt enthalten. Statt dessen wird herausgestellt, daß unter den zahlreichen Bremensien seit 1825 Adams Geschichtswerk in Bremen „weder wiederaufgelegt noch neu herausgebracht wurde“. Damit wird der beliebte Begriff „Bremensie“ doch allzusehr eingeengt. Es lohnt sich für den, der wirklich an Bremens Geschichte interessiert ist, über den Tellerrand und manche „Bremensie“ hinwegzusehen.

*Adolf E. Hofmeister*

*Klink, Lieselotte: Johann Hemelings „Diplomatarium fabricae ecclesiae Bremensis“ von 1415/20. Hildesheim: Lax 1988. XI, 172 S., 1 Stammt. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, XXXVII: Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens im Mittelalter. Bd. 10.)*

Das zwischen 1415 und 1420 angelegte „Diplomatar“ der Bremer Domfabrik ist mehr als eine Zusammenstellung von Urkundenabschriften. Der damalige Dombaumeister (oder besser Bauherr) und frühere Bremer Bürgermeister Johann Hemeling hat es zu einem Handbuch ausgestaltet, in dem die Einkünfte der Domfabrik nicht einfach nur verzeichnet und belegt sind, sondern aus dem auch die phantasiereichen Bemühungen, sie zu erhalten und zu vermehren, hervorgehen. So finden sich hier Ablässe, Bruderschaften, Feste und Prozessionen, Altäre und Reliquien, Fastendispense, der Umritt der sammelnden Antoniter und die Stationen des St. Petersboten in der Erzdiözese bis hin nach Schwerin besonders als Geldquellen zur Erhaltung des Domgebäudes. Hemeling vergißt nicht hervorzuheben, was er selbst zum Sprudeln dieser Quellen beigetragen hat. Rechtfertigung und Zweck für solche Bemühungen ist ihm die besondere Heiligkeit des Domes, die auf mehrfache Weise herausgestellt wird. So kann dieses Büchlein wohl mehr als jede andere Quelle das kirchliche Leben und die Ausstrahlung des Bremer Doms im Spätmittelalter anschaulich machen.

Das Handbuch, dessen „Prachthandschrift“ in der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel aufbewahrt wird — das Handexemplar der Struktur ist bis auf einen Bogen verloren —, war bisher in Bremen nur in einer Archivabschrift zugänglich, die im 19. Jahrhundert zur Vorbereitung eines Druckes hergestellt worden war. Durch die vorliegende von Dieter Hägermann angeregte Bremer Dissertation ist dieser Druck nach erneutem Vergleich mit dem Original endlich zustande gekommen. Auf knapp 100 Seiten (S. 54–148) werden Text und Urkundenabschriften, soweit sie nicht bereits im Bremischen Urkundenbuch veröffentlicht sind, dargeboten. Die Sprache des „Diplomatars“ ist niederdeutsch; längere Passagen, so die über die Heiligkeit und Gründung des Bremer Domes, die anderen, z. T. verlorenen Quellen entnommen sind, und zahlreiche Urkundenabschriften sind lateinisch wiedergegeben. Die Bearbeiterin hat ihre Editionsgrundsätze nicht dargelegt, verwendet aber die üblichen Normalisierungen mit meist zurückhaltendem Gebrauch von Zusammenschreibung und Zeichensetzung. Nur bei einer im Anhang wiedergegebenen Ratsurkunde von 1393 hat sie auf Normalisierungen weitgehend verzichtet. In den textkritischen Anmerkungen sind die Besonderheiten der Handschrift vermerkt. Die Sachanmerkungen geben zusammen mit dem Personen- und dem Orts- und Sachverzeichnis die nötigen Erklärungen. Einige Korrekturen lassen sich bei den Ortsbestimmungen anbringen: *Estoppe* im Ortsverzeichnis ist *Eystrup*, *Holnerkercken* ist *Holle* in *Stedingen*, *Lullenhusen* ist *Lunsen*, *Slute* in den Regesten auf S. 7–9 ist nicht *Schlutter*, sondern *Schlüte* bei *Berne*.

Die Bearbeiterin hat sich nicht auf die Edition und deren Einleitung beschränkt, sondern ist auch dem „Leben und Wirken Johann Hemelings“

nachgegangen (S. 3–43). Sie hat das Material dazu mit großem Spürsinn zusammengetragen und ist zu bemerkenswerten Ergebnissen zur Familie Hemelings, zu seiner Tätigkeit als Bürgermeister und als Dombauherr gekommen. Dabei stellt sich unausweichlich die Frage nach der Beteiligung Hemelings an den Bremer Urkundenfälschungen und an der entsprechenden Überarbeitung der Bremer Chronik. Von beidem entlastet ihn die Verfasserin zum Teil und warnt zu Recht vor einer Überschätzung des persönlichen Anteils Hemelings an der gesteigerten bremischen Selbstdarstellung – man denke nur an Rathaus und Roland – zu Beginn des 15. Jahrhunderts. Als Fälscher bringt sie den Ratsschreiber Reyner Salun in die Diskussion, der die Möglichkeiten zur Anfertigung der falschen Kaiser- und Königsurkunden hatte. Wirklich beweisen kann sie ihre These nicht, auf den Versuch eines Handschriftenvergleichs läßt sie sich nicht ein. Den Überarbeiter der Chronik vermutet sie eher im engeren Kreise des Rats. Bedenkt man, daß Hemeling das Diplomatar nicht selbst geschrieben hat, sondern – wahrscheinlich durch die beiden Vikare der zur Domfabrik gehörigen Kapelle – hat schreiben lassen, wobei in der Ich-Form zuweilen sein Diktat durchscheint, und daß er schon 1410 aus dem Rat ausgeschieden war, so ist ihm die Herstellung der Fälschungen tatsächlich kaum zuzutrauen. Das Problem der persönlichen Urhebererschaft verliert an Bedeutung, wenn man mit der Verfasserin von einem Fälscherkreis im und um den Rat ausgeht, der die Fälschungen wünschte und förderte. Ihm könnte auch Hemeling angehört haben. Die unbedenkliche Hebung des Ansehens Bremens liegt ganz auf der Linie seiner Tätigkeit als Dombauherr. Der Verdacht, daß er auch in sein Diplomatar Fälschungen aufgenommen hat, entsteht allerdings nicht.

So reizvoll die Persönlichkeit Hemelings ist, wertvoller noch ist der Ertrag der Edition für die Geschichte der Bauunterhaltung und des Kultus im Bremer Dom. Die Bearbeiterin steuert hierfür unter anderem eine Liste der nachweisbaren Dombauherren und ein Reliquienregister bei. Die von der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen zum Druck gebrachte Veröffentlichung bedeutet eine Bereicherung für die historische Forschung, nicht nur in Bremen.

*Adolf E. Hofmeister*

*Schwebel, Karl H.: Salz im alten Bremen.* Bremen: Staatsarchiv 1988. 104 S. (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 56.)

Die vorliegende Untersuchung versteht sich als Vorarbeit zu einer künftigen Bremischen Wirtschaftsgeschichte, die auf spezifischen Einzelforschungen aufzubauen hat.

Die Versorgung der Bevölkerung Nordeuropas mit Salz, einem neben dem Brotgetreide der wichtigsten Nahrungsmittel, besorgte im Mittelalter vornehmlich die Saline Lüneburg, die auch Bremen jahrhundertlang belieferte. Konkurrenz erhielt sie seit dem Spätmittelalter vor allem durch die Seesalzstätten der Bai von Bourgneuf und Brouage an der französischen

Atlantikküste, von denen hansische Flotten das Mineral in die Häfen der Nord- und Ostsee brachten. In Bremen sorgte der Rat dafür, daß in den städtischen Kornhäusern neben dem Getreide auch ein Vorrat von Salz eingelagert wurde, mit dem die Kornhausverwalter im 16. Jahrhundert zeitweise sogar einen Handel in die Ostsee versuchten.

In dem Kapitel „Solt van Solte“ wird dargestellt, wie das im ganzen Küstengebiet verbreitete Verfahren, das graue, grobkörnige Produkt der französischen oder der daneben häufig aufgesuchten iberischen Salzgärten durch Neuaufsieden und -auskristallisieren zu raffinieren und es dadurch dem feinen, weißen Lüneburger Salinensalz anzugleichen, um 1600 auch in Bremen in mehreren Sülten praktiziert wurde.

Der folgende Abschnitt beschreibt die im 17. Jahrhundert einsetzende Blütezeit des schottischen Seesalzes, das nach Ausweis der Elsfl ether Weserzollregister in ganzen Schiffsladungen aus den kleinen Häfen am Firth of Forth nach Bremen importiert wurde. Schottische Schiffer, Kaufleute und Faktoren ließen sich in der Hansestadt nieder, und selbst der Rat schloß Lieferverträge mit dem unternehmenden „Junker“ Sir George Bruce in Culross, als er in den 1630er Jahren den — vergeblichen — Versuch machte, den Kleinvertrieb des Salzes in städtischer Regie zu organisieren. Die steigende Salzeinfuhr Bremens rief den Widerstand der Lüneburger hervor, die mit allen Mitteln den Reexport der billigen Massenware in das Binnenland mittels Handelsverboten und Zollschränken in den welfischen Territorien zu behindern und den schwindenden Absatz ihres feinen, privilegierten Produkts zu stützen suchten.

Das Kapitel „Englisches Salz“ zeigt sodann, wie das über den aufstrebenden Hafen Liverpool exportierte weiße Salinensalz der Grafschaft Cheshire dem aus Meerwasser gesottenen gröberen Schottensalz den Rang ablief. Es kam seit der Mitte des 18. Jahrhunderts in immer steigenden Mengen auch nach Bremen, und man ist nicht wenig überrascht, in der Reihe der Importeure auch den Ratsherrn Dr. Georg Gröning zu finden, der sogar ein eigenes Schiff zwischen Liverpool und Bremen verkehren ließ.

Diese Epoche, die auch durch den Einfluß des als Kaufmann in Liverpool etablierten Bremers Henry Wilckens (1752—1821) auf das dortige Salzgeschäft charakterisiert wurde, ging im Laufe des 19. Jahrhunderts zu Ende, als sich Deutschland mit der Erschließung großer heimischer Lager aus einem Salzimport- in ein Salzexportland verwandelte.

(Selbstanzeige)

*Hofmeister, Adolf E.: Seehausen und Hasenbüren im Mittelalter. Bauer und Herrschaft im Bremer Vieland. Mit einer Quellensammlung von Andreas Röpcke. Bremen: Staatsarchiv 1987. 354 S., 2 Kartenbeilagen. (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 54.)*

Trotz zahlreicher Heimatchroniken und einiger siedlungsgeschichtlicher und -geographischer Arbeiten ist die mittelalterliche Geschichte der Dörfer

des Bremer Landgebietes wenig erforscht. Das gilt besonders für das Gebiet links der Weser, das „Vieland“. Die hier anzuzeigende Publikation, die von Ortsamt und Kirchenvorstand von Seehausen angeregt und vom Staatsarchiv Bremen gefördert worden ist, will diesem Mangel für das Kirchspiel Seehausen im westlichen Vieland abhelfen. Die Verfasser haben zunächst möglichst sämtliche historischen Quellen für die Zeit bis 1550 gesammelt; sie sind — auch zur Überraschung der Autoren — zahlreicher, als dies im dörflichen Bereich üblich ist. Die Quellen bildeten für Adolf E. Hofmeister die Grundlage einer siedlungs- und sozialgeschichtlichen Darstellung der Ortsgeschichte und der überwiegend bäuerlichen Lebensweise der Bewohner bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Untersucht wurden besonders die Anfänge von Besiedlung, Kolonisation und Deichbau im 12. Jahrhundert (an denen Heinrich der Löwe beteiligt war), die Auswirkungen der Stedingerkriege, die Errichtung der Kirche, die Ausbildung der Grundherrschaft, die bäuerliche Wirtschafts- und Sozialverfassung im Mittelalter und die Stellung der Bauerschaften Seehausen und Hasenbüren in der Landesgemeinde des Vielandes.

Im Anhang sind die einzelnen Hofbesitzer von der ersten Katasteraufnahme bis in das 16. Jahrhundert zurückverfolgt, so daß die in den ältesten Steuerregistern genannten Hofstellen lokalisiert werden können. Dazu dienen auch einige der beigegebenen Karten. Die rund 170 Quellen (einschließlich der Besitz- und Einkünfteverzeichnisse) aus verschiedenen Urkundenbüchern und Archiven sind von Andreas Röpcke durch Regesten erschlossen und durch einen Orts- und Personenindex zugänglich gemacht. Sie bilden eine Fundgrube auch für andere Teile Bremens und seiner Umgebung. 18 Abbildungen von Bodenfunden, Schriftquellen, Siegeln, Denkmälern und Karten veranschaulichen die Quellengrundlage.

*(Selbstanzeige)*

*Kuckuk, Peter: Bremen in der deutschen Revolution 1918—1919. Revolution, Räterepublik, Restauration. Bremen: Steintor 1986. 394 S., zahlr. Abb. (Bremen im 20. Jahrhundert. Bd. 2.)*

Seit rund 25 Jahren befaßt sich Kuckuk mit dem Thema Revolution und Räterepublik in Bremen, so daß das anzuzeigende Buch a priori großes Interesse beanspruchen darf. Da mehrere seiner Arbeiten (Staatsexamensarbeit, Dissertation sowie eine seit langem im Buchhandel vergriffene Quellenedition) der allgemeinen Öffentlichkeit nur schwer zugänglich sind, war eine Monographie ein Desiderat, zumal sich Schwarzwälders Behandlung dieses Komplexes im 3. Band seiner Geschichte der Freien Hansestadt Bremen verbirgt. Trotz der 75 großzügig bedruckten Seiten war der Platz begrenzt und machte knappere Ausführungen erforderlich; der hohe Preis des Buches steht einer weiten Verbreitung vermutlich im Wege. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb eine detaillierte Schilderung, zumal zu einem günstigen Preis, zu begrüßen ist. Die Gewichtigkeit der Studie wird durch ein

über Freundlichkeiten hinausgehendes Vorwort von Hans Koschnick unterstrichen.

Die eigentliche Relevanz der Studie liegt in einer minutiösen wissenschaftlichen Untersuchung der Geschichte der Bremer Räte- und Arbeiterbewegung im Zeitraum der Deutschen Revolution 1918/19, ohne die von der neueren Forschung als dritte Phase ins Visier genommene „Märzrevolution“ von 1920 mit einzubeziehen. Insofern steht Kuckuk noch in der Tradition der älteren Forschung, wie sie Eberhard Kolb mit einer inzwischen zu einem Standardwerk gewordenen Arbeit über die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919 aus dem Jahre 1962 repräsentiert. Die Diskussion der Rätethematik Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre sowie die erneute Auseinandersetzung um Räteprinzipien durch die Grünen haben Kuckuk zu seiner mit Akribie durchgeführten Darstellung veranlaßt. Er verhehlt nicht, daß dem Versuch, das kapitalistische System durch die Errichtung der Räterepublik in Bremen zu überwinden und das Rätesystem statt des sich etablierenden bürgerlichen Parlamentarismus zu praktizieren, seine besondere Sympathie gilt. So ist verständlich, daß die Linksradi-kalen und Kommunisten „weit stärker berücksichtigt und detaillierter analysiert werden als unabhängige Sozialisten und Mehrheitssozialisten“ (S. 19). Denn die Kommunisten stellten diejenige Kraft dar, die entscheidend zur Sonderentwicklung Bremens im Rahmen des Reiches beitrugen. Warum der Versuch, die bürgerliche Revolution in eine proletarische Revolution überzuleiten, nach kurzer Zeit scheiterte, wird sehr genau aus den Quellen herausgearbeitet. Auch ohne das von Berlin befohlene militärische Eingreifen und ohne die Kündigung der Kredite durch die Banken wäre die Räterepublik bald am Ende gewesen. Den sie tragenden Parteien fehlte es an einem gemeinsamen politischen Konzept, an Fachleuten, die den Staats- und Verwaltungsapparat leiten konnten, sowie an dem Willen, die Gegensätze zu überwinden, anstatt sie im Kampfe auszutragen. Damit schwächten sie die eigene Position gegenüber den Mehrheitssozialisten und den sich formierenden bürgerlichen Kreisen, zumal die Bremer Räterepublik wie auch die Münchener im Reich eine Insel blieben. Einmal hatte die Revolution von der Peripherie her die Metropole erobert, ein zweites Mal sollte das trotz der Januaraufstände in Berlin nicht gelingen.

Die auf öffentlichen Massenveranstaltungen und Demonstrationen fußende Basisdemokratie war auch deshalb zum Scheitern verurteilt, weil sie nicht einmal in der Arbeiterschaft eine breite Unterstützung fand, geschweige denn in der Bremer Gesamtbevölkerung. Kuckuks Fazit ist klar und läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Daß er dennoch meint, die Bedeutung der Räteorgane liege darin, daß sie die Organisation der revolutionären Gegenmacht gegenüber den alten Gewalten und ihren Organen darstellten, daß sie die entscheidende Weichenstellung in staatsrechtlicher Hinsicht mit der Absetzung von Senat und Bürgerschaft als politische Institution leisteten und daß es ihnen nur an Erfahrung in der Verwaltung sowie einem übereinstimmenden Selbstverständnis mangelte, scheint mir keine hinreichende Begründung für die Praktikabilität des Rätesystems. Hier kommt wohl die Sympathie für die Unterlegenen oder Gescheiterten zum

Tragen. Trotz seiner offen eingestandenen Neigungen leistet Kuckuk nicht einer „Mythologisierung der Rätebewegung“ Vorschub, sondern bietet eine gute Grundlage für die Einarbeitung der Ereignisse 1918/19 in die Bremer und die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts. Was die Jahresringe angeht, die bei einer langen Bearbeitungszeit auftreten, so stören sie wenig, wengleich die neueren Tendenzen der Revolutionsforschung nicht in wünschenswertem Umfang mit eingearbeitet werden konnten. Die Auseinandersetzung mit Peter Weiss' Darstellung der Bremer Räterepublik in seinem Buch „Ästhetik des Widerstands“, die man nach dem Vorwort zu finden glaubte, unterblieb. Ein Anhang mit 23 Dokumenten und mit ebensovielen Kurzbiographien beschließt den Band.

Lars U. Scholl

Andersen, Arne: *„Lieber im Feuer der Revolution sterben, als auf dem Misthaufen der Demokratie verrecken!“* Die KPD in Bremen von 1928–1933. Ein Beitrag zur Bremer Sozialgeschichte. München: Minerva 1987. 526 S.

In dieser im Sommer 1985 an der Universität Bremen vorgelegten Dissertation werden organisatorische Entwicklung und politische Aktivitäten der Bremer KPD in der Endphase der Weimarer Republik untersucht und in ihrer Abhängigkeit von bzw. Bedeutung für die Politik der KPD insgesamt in jenen Jahren interpretiert. Wie im Untertitel ausgewiesen, versteht sich diese Arbeit ausdrücklich als „Beitrag zur Sozialgeschichte“ — die historische Aufarbeitung der Politik der KPD in der Weimarer Republik müsse nicht nur „in eine Analyse sämtlicher ideologischen, institutionellen und soziologischen Strukturmerkmale“ eingebettet sein, sondern „insbesondere in Beziehung gesetzt werden zur ökonomischen Entwicklung (Rationalisierung, Weltwirtschaftskrise) und den daraus resultierenden objektiven wie subjektiven Veränderungen der Arbeiterklasse“ (S. 3). Und dementsprechend folgt die Darstellung keiner streng chronologischen Gliederung, sondern die unterschiedlichen Politikfelder der KPD werden exemplarisch in bestimmten Zeitabschnitten abgehandelt.

Eingebettet in ausführliche Zusammenstellungen allgemein sozialstatistischer Rahmendaten (Einwohnerzahlen, Industrie- und Gewerbestruktur, Beschäftigungsgrad und branchenspezifische Verteilung, Lohnniveau, Nahrungsmittelpreise und anderes) und parteispezifischer Bezugsgrößen (Ergebnisse der Reichstags-, Bürgerschafts- und Betriebsrätewahlen, Mitgliederentwicklung von KPD und RGO sowie deren Organisationsgrad in ausgewählten Betrieben) wird eine beeindruckende Fülle von Informationen zu internen Entscheidungsstrukturen und -abläufen in der Bremer KPD sowie zu deren praktischer Umsetzung und den daraus resultierenden Konsequenzen für das Auftreten und den politischen Stellenwert der KPD im Bremen der späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre ausgebreitet. Immer wieder kommt dabei der Widerspruch zwischen dem revolutionären Pathos der kommunistischen Propaganda und der praktischen Politik der KPD zum Aus-

druck, in der dem Abschneiden bei politischen und betrieblichen Wahlen unter den Bedingungen des doch so vehement abgelehnten parlamentarischen „Systems“ ein hervorragender Stellenwert eingeräumt wurde. Und insbesondere die Passagen zu Arbeitskämpfen und kommunistischer Gewerkschaftspolitik (S. 230 ff.) illustrieren nachdrücklich das Dilemma der Partei, die sich als revolutionäre Vorhut der Werktätigen verstand und präsentierte, deren Mitgliedschaft sich aber Anfang der dreißiger Jahre in zunehmendem Maße aus dem ständig wachsenden Millionenheer der Arbeitslosen rekrutierte.

Allerdings bleibt es dem Leser weitgehend selbst überlassen, die teilweise bis zur Aufzählung auch des letzten, belanglosen Details übertriebene Darstellung der innerparteilichen Diskussionen in einen übergreifenden Zusammenhang einzuordnen. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung in den einzelnen zeitlichen Untersuchungsabschnitten erscheint recht willkürlich; die in der Einleitung angekündigte Bezugnahme auf den nationalgeschichtlichen Kontext findet mit wenigen Ausnahmen weder in Form des Vergleichs mit der Politik der KPD in anderen Regionen noch hinsichtlich ihres Vorgehens auf Reichsebene statt. Und die im Vorwort als zentrales Thema der gesamten Untersuchung bezeichnete Frage nach den „(verpaßten) Chancen der Arbeiterbewegung, die nationalsozialistische Machtergreifung aufzuhalten“ (S. 1), bleibt letztlich unbeantwortet, denn mit der wohlabgewogenen Zuweisung der Schuld für das „Versagen“ der Arbeiterbewegung an KPD und SPD stets zu gleichen Teilen ist über die Plausibilität einer „historischen Alternative“ in Form eines antifaschistischen Blocks der Arbeiterparteien wenig gesagt.

Der selbstgestellte Anspruch, einen „Baustein für eine Gesamtdarstellung der Geschichte der KPD“ zu liefern und dabei insbesondere „die Bedeutung des Niedergangs des revolutionären Flügels der Bremer Arbeiterbewegung für die gesamte Arbeiterbewegung im deutschen Reich zu untersuchen“ (S. 14), wird insofern nur in Grenzen eingelöst, zumal die apodiktische Feststellung, daß „der antifaschistische Kampf der KPD in Bremen ein guter Untersuchungsgegenstand des Verhältnisses von National- und Regionalgeschichte“ sei (S. 15), gerade auch in dem eigens dieser Thematik gewidmeten Kapitel (S. 405 ff.) nicht belegt wird. Von der Dokumentation eines bislang unbekanntes Rundschreibens des ZK der KPD vom 2.2.1933 im Anhang (S. 471 ff.) abgesehen, bleibt die Arbeit insgesamt eben doch auf der Ebene einer „Faktensammlung zur Region“, wie sie der Autor selbst in bezug auf andere Regionalstudien kritisiert. Dennoch leistet diese Dissertation zweifellos einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung bremischer Geschichte und greift dabei mit ihrem sozialgeschichtlichen Ansatz deutlich über die traditionelle Stadtgeschichtsschreibung hinaus.

*Karl-Ludwig Sommer*

*Das Heimweh des Walerjan Wróbel. Ein Sondergerichtsverfahren 1941/42.*  
Aufgezeichnet von C. U. Schminck-Gustavus. Berlin-Bonn: Dietz  
1986. 155 S.

Der „Fall Wróbel“ ist den an der jüngsten Geschichte Bremens Interessierten nicht unbekannt<sup>1</sup>, doch hatte der Verf. gute Gründe, eine gesonderte Darstellung von Leben und Tod des jungen polnischen Zwangsarbeiters zu geben, finden sich doch im Schicksal des Walerjan Wróbel die historischen Elemente der Zeit wie durch ein Brennglas gebündelt: der Krieg und die Unterwerfung Polens, „freiwilliger“ Arbeitseinsatz in Deutschland, ein unreflektierter Widerstandsversuch und schließlich die Vernichtung durch den Terrorapparat des NS-Regimes. Der Hergang: Im April 1941 versuchte Wróbel, die Scheune eines Hofes bei Bremen, auf dem er arbeiten mußte, in Brand zu stecken. Der noch sehr kindliche 16jährige glaubte, man würde ihn dann nach Hause schicken. Er wurde nach KZ-Haft in Neuengamme vom Bremer Sondergericht am 8. Juli 1942 zum Tode verurteilt und am 25. August 1942 in Hamburg hingerichtet.

Im vorliegenden Band geht der Verf. nicht nur akribisch allen Einzelheiten des Verfahrens nach und zeichnet damit ein Miniaturbild der Funktionsweise der NS-Strafjustiz, sondern er stellt auch die Frage, was das für Menschen waren, die da verurteilt wurden, anklagten und verurteilten. So wird aus einem anonymen „Fall“ der Rechts- und der Zeitgeschichte ein vielschichtiges Bild menschlichen Handelns und Leidens.

Das Verfahren rollt vor dem Leser ab wie die Bewegung einer Maschine, dargestellt anhand wichtiger und unwichtiger Dokumente, wobei letztere das Geschäftsmäßige, Routinehafte der Verfolgungsmaschine zum Ausdruck bringen. In scharfem Kontrast dazu steht das Bild des unreifen Dorfjungen Walerjan, der kaum in der Lage war zu begreifen, was mit ihm geschah. Schminck-Gustavus ist eigens nach Polen gefahren, um überlebende Freunde und Verwandte Walerjan Wróbels zu befragen; die Schilderung dieser Reise und der Gespräche in Walerjans Heimat bilden den Schlußteil des Buches.

Ebenso hartnäckig wie den Spuren des Opfers ist der Verf. den Spuren der „Täter“, der am Verfahren beteiligten Richter und Staatsanwälte, nachgegangen. Schon bei der Schilderung des Prozesses weist er auf die Stellen hin, wo die vorgebliche und rein formale Rechtsstaatlichkeit in Willkürjustiz umschlug – Bruchstellen, die für das Auge des Nichtjuristen oft kaum wahrnehmbar sind, etwa wenn aus der angezündeten Scheune plötzlich ein Wohngebäude und damit aus einer einfachen eine schwere Brandstiftung werden.

Was die Personen und den weiteren Gang der beteiligten Justizpersonen betrifft, so fügen sich die Schilderungen des Verf. ins allgemeine Bild. Keiner der am Sondergericht Bremen (bzw. in diesem Prozeß) tätigen Richter und Staatsanwälte ist nach 1945 zur Verantwortung gezogen worden. Eine Be-

1 C. U. Schminck-Gustavus (Hrsg.), *Bremen kaputt*, Bremen 1983, S. 242 f.; Inge MarBolek/René Ott, *Bremen im Dritten Reich*, Bremen 1986, S. 198 u. 200.

sonderheit läßt sich allenfalls darin erkennen, daß der Gerichtsvorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Emil Warneken, verschiedene ausführliche Rechtfertigungsversuche unternommen und die Vernichtung der Prozeßakten verhindert hat. Warnekens Tenor war: Bei uns in Bremen war alles ganz anders, alles ging nach Recht und mit Menschlichkeit zu. Schminck-Gustavus kann anhand des Falles Wróbel besonders eindrücklich nachweisen, daß das durchaus nicht der Fall war. Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Beleg der Lenkung der Sondergerichts„recht“sprechung von oben – auch im Fall Wróbel –, denn darin kommt besonders deutlich zum Ausdruck, daß es sich bei Verfahren wie diesem nicht um „Eigenmächtigkeiten“ eines besonders fanatischen Gerichts handelte, sondern um eine ganz „reguläre“, von hohen und höchsten Stellen abgesegnete Aburteilung der NS-Justiz.

Das Buch verdient einen Platz neben der schon klassischen Schilderung des „Tödlichen Alltags“ der NS-Justiz aus der Feder von Dietrich Güstrow<sup>2</sup>. Besonders in Bremen wird man sich des Namens Walerjan Wróbel erinnern, hoffentlich nicht nur, wenn von der pervertierten Strafjustiz des NS-Regimes auch in dieser Stadt die Rede ist, sondern auch dann, wenn man von Ausländern, ihren Rechten und ihrer Behandlung spricht.

*René Ott*

*Hoecker, Beate und Renate Meyer-Braun: Bremerinnen bewältigen die Nachkriegszeit. Frauenarbeit, Frauenalltag, Frauenpolitik. Bremen: Steintor 1988. 230 S. (Reihe: Frauen in Bremen.)*

Das Buch erschien zu einer Ausstellung gleichen Titels, die 1988 in Bremen an mehreren Orten gezeigt wurde. Es entstand in einem Forschungsprojekt an der Hochschule Bremen, das von Renate Meyer-Braun geleitet wurde.

Es behandelt den Alltag von Bremerinnen zwischen 1945 und 1949. Es beschreibt die Schwierigkeiten und Mühen, unter denen Frauen in der zerstörten und besetzten Stadt darangingen, für ihre Angehörigen und für sich so etwas wie „normale“ Lebensumstände herzustellen. Es gibt Auskunft über die Entwicklung des Arbeits- und des Warenmarkts und zeichnet Institutionen nach, in denen Frauen Politik machten, allen voran den Bremer Frauenausschuß, dann Parteien und Verbände. Es geht auf die Diskussion über den § 218 ein, die 1947 in Bremen wieder begann, und auf die Lage der Frauen ohne Männer, die damals unter dem diskriminierenden Stichwort vom „Frauenüberschuß“ thematisiert wurde. Ein eigenes Kapitel hebt die Probleme der Flüchtlingsfrauen hervor, die versuchen mußten, nach Kriegsende in Bremen Fuß zu fassen.

„Normale Verhältnisse“ herzustellen – das konnte im damaligen Bremen sehr Unterschiedliches bedeuten: Hieß es für die eine, eine Notunterkunft ausfindig zu machen, oder bedeutete es für eine andere, bei Verwandten

2 Dietrich Güstrow, *Tödlicher Alltag. Strafverteidiger im Dritten Reich*, Berlin 1981.

unterzukriechen, um überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben, so war es möglicherweise für eine dritte gleichbedeutend mit der Rückkehr aus der Evakuierung in das Haus, in dem sie früher gewohnt hatte. Gelang es der einen, im Tauschhandel auf dem Schwarzen Markt Lebensmittel zu besorgen, so mußten eine andere auf Hamsterfahrten das Notwendige herbeschaffen und wieder eine andere stehlen, was anders nicht zu bekommen war. Hunger, Kälte und Wohnungsnot setzten andere Maßstäbe für „richtiges“ Verhalten als jene, die den Frauen in der Vergangenheit anerkannt worden waren. Zwar litten alle Mangel — aber es war ein himmelweiter Unterschied, ob Mädchen nachts heimlich die Kühe fremder Leute molken oder ob sie sich das Lebensnotwendige beschafften, indem sie sich prostituierten.

Das gründlich recherchierte, genau und unpathetisch beschreibende Buch zeigt beides, die Not, mit der alle Frauen fertig werden mußten, und daß in dem Elend der Nachkriegsjahre die Unterscheide der materiellen Lebensbedingungen keineswegs an Bedeutung verloren, sondern ebenso unterschiedliche Überlebensstrategien ermöglichten bzw. verhinderten.

Die Darstellung basiert zum einen auf herkömmlichen Quellen. Die verbreitete Annahme, mit dieser Art Quellen könne über die Geschichte des Alltags nur wenig in Erfahrung gebracht werden, stimmt keineswegs; man muß diese Quellen freilich so zu nutzen verstehen wie die Verfasserinnen. Zum anderen folgt das Buch der „mündlichen Geschichte“; die Verfasserinnen befragten 44 Frauen, wie sie die Nachkriegsjahre in Bremen erlebten. Auf diesem Weg kommen die subjektive Erfahrung und Verarbeitung der Ereignisse und Gegebenheiten in das Buch; sie machen es zu einer spannenden Lektüre, bei der die Leserin Seite für Seite „mitgeht“.

Die Interpretation der Erinnerungen geschieht vorsichtig — einführend, wie aus einer freundlichen und zugleich respektvollen Distanz. Beate Hoecker und Renate Meyer-Braun geben den Erzählerinnen prinzipiell recht. Sie kommentieren eine Erzählung, indem sie ihr Erzählstück aus anderer Perspektive, Bilder oder herkömmliche Quellen zuordnen. Sie drücken sich nicht vor dem heiklen Problem der Befragung ehemaliger überzeugter Nationalsozialistinnen. Weil es in vergleichbaren Büchern durchweg fehlt, sei ausdrücklich hervorgehoben, daß dieses Buch auch ein Kapitel „Frauen und Entnazifizierung“ hat.

Die Verfasserinnen betreiben also nicht jene naive Stilisierung, nach der Faschismus und Krieg den Männern zugerechnet werden und die Frauen für die Enttrümmerung und das Überleben zuständig gewesen sein sollen. Ihr frauenforscherisches Engagement liegt eher darin, daß sie versuchen, dem Leben der Frauen damals so nah wie möglich zu kommen. Darum habe ich das Buch gern gelesen.

Gestolpert bin ich — das sei nicht verschwiegen — über den Haupttitel: Ist die Nachkriegszeit wirklich „bewältigt“ worden? Oder haben wir uns einfach daran gewöhnt, sie als eine „bewältigte Zeit“ zu erinnern? Möglicherweise liegt es an der Vorgehensweise der „mündlichen Geschichte“, daß sie nur das Bewältigte zu fassen bekommt und nicht das Scheitern. Über jene Frauen, denen die Herstellung „normaler“ Lebensverhältnisse nicht gelang,

erfährt man in diesem Buch ebensowenig wie in allen anderen Büchern, die sich mit dieser Periode der deutschen Geschichte befassen.

Nachdem die Rede von der heroischen Überlebensarbeit der Frauen mittlerweile in aller Munde ist, wäre es an der Zeit, die Dinge ins öffentliche Gespräch zu bringen, die zwischen 1945 und 1949 unbewältigt geblieben sind.

Wiltrud Ulrike Drechsel

*Oltmann, Joachim: Kalter Krieg und kommunale Integration. Arbeiterbewegung im Stadtteil Bremen-Vegesack 1945–1956. Marburg: Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft 1987. 481 S. (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung. Bd. 63.)*

In dem hier zu besprechenden Buch geht es um das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten während des Kalten Krieges — dargestellt vor dem Hintergrund der kommunalpolitischen Entwicklung in Bremen-Vegesack. Mit dem sprachlich unglücklichen Begriff der „kommunalen Integration“ ist offenbar primär die Integration der größeren der beiden alten Arbeiterparteien, der SPD, in Gesellschaft und Staat der Nachkriegszeit gemeint, eine Integration, die mit der politischen und gesellschaftlichen Isolierung der „kleineren Fraktion der Arbeiterbewegung“, nämlich der KPD, einherging. „Dem Integrationsbegriff kommt dabei eine vielfältige Dimension zu, er umschließt die Westintegration ebenso wie die Bindung der Arbeiterbevölkerung an den restaurierten Kapitalismus und die Integration der Sozialdemokraten in seine politische Ordnung“, heißt es erläuternd auf S. 18. Dieser Weg der SPD, so der Eindruck der Rezensentin, wird nun ständig mit einem unterschweligen Ausdruck des Vorwurfs verfolgt, was um so erstaunlicher ist, als der Autor selbst darauf hinweist, daß die SPD mit dieser Entwicklung nicht erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen hat, sondern daß sie z. T. bereits im Kaiserreich durch kommunalpolitisches Engagement einen Prozeß der „reformerischen Entschärfung“ begonnen hat (S. 18). Um es vorwegzunehmen: Oltmann ist ganz und gar nicht einverstanden mit der historischen Entwicklung der SPD von der Klassenpartei zur Volkspartei, die faktisch bereits seit langem im Gange war, bevor sie 1959 im Godesberger Programm auch ihren theoretischen Ausdruck fand.

Der Autor beschreibt in vier großen Kapiteln die Entwicklung des politischen Lebens im Stadtteil Bremen-Vegesack und seiner verschiedenen Ortsteile Aumund, Grohn, Schönebeck und Vegesack zwischen 1945 und 1956. Im ersten Kapitel, das den Titel „Grundlagen der politischen Entwicklung“ trägt und das mit ca. 180 Seiten das bei weitem umfangreichste ist, werden zunächst sehr instruktive historische und sozioökonomische Analysen dieser sehr unterschiedlichen Ortsteile geliefert. Anschließend werden zunächst das bürgerliche Lager und sein soziales Umfeld nach 1945 beschrieben und dann die beiden Linksparteien SPD und KPD. Dabei weist der Autor darauf hin, daß es zwischen 1945 und 1947 eine Reihe gemeinsamer Aktivi-

täten von Sozialdemokraten und Kommunisten gab, obgleich bereits seit Anfang 1946 vermehrt überregionale Konflikte auf das lokale Verhältnis der beiden Parteien einwirkten (S. 89). Im letzten Teil des ersten Kapitels geht es um die Politik von Ortsamt und Beirat in Vegesack, die seit der frühen Nachkriegszeit von der SPD dominiert wurde. Oltmann legt dar — insbesondere festgemacht an der Person des sozialdemokratischen Vegesacker Ortsamtsleiters Wilhelm Ahrens, der 1948 mit Unterstützung der KPD gewählt wurde —, wie die SPD immer mehr mit den bürgerlichen Parteien CDU und BDV/FDP kooperierte und damit die anfängliche Zusammenarbeit mit der KPD aufkündigte.

In den drei übrigen Kapiteln — „Kalter Krieg im Stadtteil“, „Integration und Interklassismus“, „Gewerkschaften und Streiks“ zeigt der Autor die enge Vernetzung von staatlichen und nicht-staatlichen Politikfeldern in einem quasi kleinstädtischen Milieu auf. Mit der Gliederung gab es offenbar Probleme, denn die Kapiteleinteilung läßt eine gewisse Trennschärfe vermissen.

Der Reiz des Buches liegt zweifellos darin, daß Oltmann einen erweiterten Politikbegriff benutzt, der neben Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften auch Sportvereine, Heimatvereine, Wohnungsbaugesellschaften sowie kulturelle Aktivitäten und Alltagssprache umfaßt. So gelingt es ihm, einen sehr lebendigen Eindruck vom „Mief“ der 50er Jahre zu vermitteln, vom Klima des Kalten Krieges, das wesentlich von Heimkehrerverbänden und Vertriebenenorganisationen mitgeprägt wurde und von verklemmtem Antikommunismus einerseits und fehlender Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus andererseits gekennzeichnet war. Sein Versuch aber, nachzuweisen, daß das weltpolitische Phänomen Kalter Krieg nahezu alle Bereiche des Lebens einer kleinen Kommune beeinflusste — von der Beiratspolitik über die Lesepräferenzen der Bevölkerung (S. 29 ff.) bis zur Benutzung des Wortes „Bombenstimmung“ in der Alltagssprache (S. 295) —, wirkt streckenweise verkrampft und führt zwangsläufig zu Überzeichnungen.

Es erscheint außerdem problematisch, die Auflösung des alten proletarischen Milieus nach dem Zweiten Weltkrieg und den Trend zur Integration breiter Arbeiterschichten in die bürgerliche Gesellschaft ausschließlich auf den globalen Konflikt zwischen dem „kapitalistischen Westen“ und dem „sozialistischen Osten“ zurückzuführen. Das Hineinwachsen der SPD in den bestehenden Staat zumindest war schon lange vor 1933 angelegt.

Für die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften in der kommunalpolitischen Arbeit seitens der Sozialdemokraten benutzt der Autor den Begriff „Interklassismus“, und zwar in einer Weise, daß stets das Wort „Verrat“ mitzuschwingen scheint. Nun handelt es sich hier keineswegs um eine Agitationsschrift, dazu hat die Arbeit ein zu hohes Niveau, aber eine gewisse Einseitigkeit liegt doch vor — beispielsweise wenn Oltmann von der „fortschreitenden Einbindung [. . .] der Sozialdemokraten in die westliche Ordnung“ spricht, die die ständigen Gesprächsangebote der KPD habe „ins Leere“ laufen lassen (S. 119), ohne zu erwähnen, daß die KPD ihrerseits auch eingebunden war, nämlich in die östliche Ordnung. Wenn auch der Autor die KPD für

die einzige konsequent antifaschistische Partei hält (S. 319) und sie wegen ihrer „unerreicht gebliebenen Maßstäbe im Kampf gegen die Wiederbewaffnung“ rühmt (S. 270), so zeichnet er die Politik der kommunistischen Partei insgesamt keinesfalls in heroischen Farben. Im Gegenteil, er übt deutlich Kritik, z. B. an ihrer Gewerkschaftspolitik (S. 135 ff.), ihrem Stalinkult (S. 151 f.), an ihrer realitätsfernen Selbstüberhöhung (S. 150); vor allem kritisiert er, daß die Politik der KPD zu sehr durch die beiden Globalthemen „Einheit Deutschlands“ und „Anti-Remilitarisierung“ determiniert gewesen sei (S. 124) und sie keine Sensibilität für kommunalpolitische Fragen gehabt habe. Das sei schließlich so weit gegangen, „daß es so gut wie keine Verlautbarung der Partei mehr gab, die nicht alle Probleme auf die deutsche Spaltung und die drohende Wiederbewaffnung zurückführte bzw. von deren Abwendung die jeweiligen Lösungen versprach“, handelte es sich nun um Schwierigkeiten mit der Wasserversorgung in Aumund oder um Straßemängel in Schönebeck (S. 128 f.). Mit diesem Politikansatz habe sich die KPD der Bevölkerung entfremdet. Angesichts dieser durchaus vorhandenen kritischen Sicht der KPD erscheint die geradezu larmoyante Haltung verwunderlich, mit der immer wieder über die „Ausgrenzung“ der Kommunisten aus dem kommunalpolitischen Leben Vegesacks geklagt wird (S. 165, 198, 201, 230, 256, 319, 340 und an vielen anderen Stellen). — Hatte der Verfasser denn nicht gerade aufgezeigt, daß die KPD selbst ein gerüttelt Maß Schuld an dieser Entwicklung trug? So drängt sich der Verdacht auf, Joachim Oltmann sei insgeheim doch ein Anhänger jener „Drahtziehertheorie“, die er in der Einleitung ausdrücklich zurückweist (S. 17).

Einer grundlegenden Fehleinschätzung unterliegt der Autor in der Bewertung der kurzen „Einheitsphase“ während der unmittelbaren Nachkriegszeit. Er überhöht in geradezu nostalgischer Manier die Chancen einer anti-kapitalistischen Gemeinsamkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten zwischen 1945 und 1947. Daß die Träume von der Einheit der Arbeiterbewegung nicht wahr geworden sind, ist zwar bedauerlich, die Schuld daran kann aber nicht nur auf einer Seite gesucht werden. Dennoch, bei allen Vorbehalten ein lesenswertes Buch, gerade auch, weil es zum Widerspruch reizt.

*Renate Meyer-Braun*

*Pfliegensdörfer, Dieter: Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede. Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse in Bremen 1929 bis 1945. Bremen: Universität <sup>2</sup>1987. 490 S.*

Die tiefgreifenden Veränderungen der bremischen Wirtschaftsstruktur in der NS-Zeit, ihre politischen und ökonomischen Ursachen und die Reaktionen der wirtschaftlichen Führungsschicht und der Arbeiterschaft sind das Thema einer weiteren an der Universität Bremen entstandenen Dissertation, die als 5. Band der Forschungsreihe des Forschungsschwerpunkts „Arbeit und Bildung“ inzwischen in 2. Auflage vorliegt. Einem seit einigen Jahren festzustellenden Trend in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus folgend, zielt sie in erster Linie darauf ab,

„gesellschaftliche Triebkräfte und sozioökonomische Ausprägungen des Faschismus bezogen auf einen begrenzten regionalen Raum aufzuzeigen“ (S. 3), wobei diesem Erkenntnisinteresse – dem der Arbeit zugrunde gelegten marxistischen Forschungsansatz entsprechend – ausdrücklich eine besondere politische Dimension beigemessen wird, da „die ungebrochenen gesellschaftlichen Strukturen, aus denen der deutsche Faschismus erwuchs, es auch heute noch möglich machen, diejenigen politischen und sozialen Kräfte ungenannt zu lassen, die ihn unterstützt haben und bis weit in den Krieg hinein von ihm profitierten“ (ebd.).

Nach einem zusammenfassenden Überblick über die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Bremen (S. 36 ff.) wird im Hauptteil der Untersuchung die Umgestaltung der Hafen- und Handelsstadt Bremen zu einem der bedeutendsten Standorte der deutschen Rüstungsindustrie in den Jahren nach der nationalsozialistischen Machtübernahme bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs detailliert aufgearbeitet. Anhand ausführlicher Analysen des Investitionsverhaltens, der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und der Produktionsziffern der bremischen Schiff-, Automobil- und Flugzeugbaubetriebe (S. 165 ff.) belegt der Autor, daß sich das Schwergewicht der Wirtschaftstätigkeit in Bremen zunehmend auf diese drei Industriezweige verlagerte, deren Fertigung zugleich einen ständig steigenden Rüstungsanteil aufwies, der bei einigen Werften bereits Mitte der 30er Jahre die 100 %-Marke erreichte. Darüber hinaus weist er nach, daß dieser Strukturwandel in Bremen im Vergleich zu anderen norddeutschen Küstenstädten und Industrieregionen am weitesten ging, zugleich aber auch stärker als anderenorts von sozialen Folgeproblemen begleitet war (S. 250 ff.).

Sowohl in diesem Teil der Untersuchung als auch in der anschließenden, vergleichsweise kurzgefaßten Darstellung der Entwicklung während des Krieges (S. 317 ff.) wird den Aktivitäten der führenden bremischen Wirtschaftskreise besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Pfliegensdörfer zeigt, daß die traditionell dominierende Kaufmannschaft, die die nationalsozialistische Machtübernahme weitgehend begrüßt und unterstützt, zugleich aber die Autarkiepläne der neuen Machthaber mit einiger Skepsis betrachtet hatte, infolge der staatlichen Außenhandelsbeschränkungen in ihrem bisherigen Tätigkeitsbereich eingeschränkt wurde und zunächst zugunsten der Direktoren und Anteilseigner der Rüstungsbetriebe an Einfluß verlor (S. 108 ff.). Mit finanziellem Engagement in der Rüstungsindustrie, wie es die Eigner einer Reihe der großen Handelshäuser seit Mitte der 30er Jahre praktizierten, fand man allerdings rasch einen „eleganten“ Ausweg aus diesem Dilemma (S. 271 ff.). Und vor dem Hintergrund der militärischen Eroberungen war man seit Kriegsbeginn darum bemüht, die angestammte Position auf regionaler und nationaler Ebene zurückzugewinnen, wie die 1940/41 ausgearbeiteten Pläne zur Neuordnung des Außenhandels „im großdeutschen Wirtschaftsraum“ und zur Wiederbelebung der kolonialwirtschaftlichen Beziehungen mit Afrika nach dem „Endsieg“ sowie die Beteiligung Bremer Handelsfirmen an der Ausplünderung der von der Wehrmacht besetzten Gebiete in Osteuropa erkennen lassen (S. 347 ff.).

Insgesamt gelangt die Arbeit in diesem Punkt zu dem Ergebnis, daß das Verhältnis der wirtschaftlichen Führungsschicht in Bremen zum nationalsozialistischen System weniger von politisch-ideologisch motivierter Zustimmung, sondern vor allem von kommerziellen Erwägungen bestimmt war. Dies gilt sowohl für die Bereitschaft zur Kooperation in den 30er und zu Beginn der 40er Jahre, als auch für die im Sommer 1941 allmählich einsetzende, mit zunehmender Dauer des Krieges immer deutlicher festzustellende Abkehr vom Regime, die in erster Linie als Ergebnis der realistischen Einschätzung zu sehen sein dürfte, daß nach dem absehbaren Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft die Möglichkeit einer relativ raschen Wiederaufnahme des Überseehandels v. a. mit den USA für die politische und wirtschaftliche Zukunft Bremens von entscheidender Bedeutung sein würde (S. 396).

Die Reaktionen der Bremer Arbeiterschaft auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Jahre 1933 bis 1945 werden demgegenüber weniger differenziert und pointiert abgehandelt. Zwar wird der politische Widerstand der Arbeiterbewegung unter Hinweis auf zwei in Bremen parallel durchgeführte Forschungsvorhaben zu dieser Thematik ausdrücklich aus der Untersuchung ausgeklammert. Aber die Hinweise auf eine verbreitete Bereitschaft der Arbeiter zur Anpassung an die gegebenen Verhältnisse und die Feststellung, daß sich der unter dem Vorzeichen der anhaltenden Rüstungskonjunktur deutlich zunehmende Widerspruch aus der Arbeiterschaft gegen politische und wirtschaftliche Vorgaben vornehmlich auf die Wahrnehmung privater Belange beschränkte (S. 287 ff.), hätten durchaus eine eingehendere Behandlung verdient. Und auch die überwiegend auf Zeitzeugeninterviews gestützten Aussagen zum Stichwort „Arbeiteropposition“ (S. 304 ff.) bleiben recht vage.

Diese „Zurückhaltung“ dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß sich einige historische Vorgänge unter den ideologischen Prämissen der Studie, die in der Einleitung mit der stereotypen Formulierung „gesellschaftliche Klassenverhältnisse“ (v. a. S. 9 ff. und 30 ff.) und der wörtlich zitierten Berufung auf die „Urväter“ Marx und Engels fast schon überdeutlich herausgestellt werden, offenbar nur unzureichend erklären lassen. Allerdings wird der Wert der Arbeit dadurch kaum gemindert. Die auf breiter Quellengrundlage erarbeitete Untersuchung Pfliegensdörfers bedeutet nicht nur eine Ergänzung der bisher vorliegenden Arbeiten zur Geschichte Bremens in der NS-Zeit, sondern sie ist aufgrund der über weite Strecken gelungenen Verklammerung der regionalen Vorgänge mit übergreifenden Entwicklungen auch für die Erforschung des deutschen Faschismus insgesamt von Bedeutung.

*Karl-Ludwig Sommer*

*Eberwein, Wilhelm und Jochen Tholen: Borgwards Fall. Borgward. Goliath. Lloyd. Arbeit im Wirtschaftswunder. Bremen: Steintor 1987, 256 S.*

Carl F. W. Borgward hatte und hat einen fast legendären Ruf: als genialer Selfmademan und Symbol des Wirtschaftswunders und als einer der letzten, der noch solide Automobile bauen ließ. Als sein Unternehmen 1961 Pleite ging, damals mit 21 000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber Bremens, schien er vor allem gescheitert zu sein, weil seine Autos einfach zu „gut und teuer“ waren für eine Gesellschaft, die statt auf Wertarbeit made in Bremen immer mehr auf „billige“ Massenfabrikation setzte. Aber woran scheiterte Borgward tatsächlich? Den beiden Autoren, Sozialwissenschaftler an der Universität Bremen, geht es nicht um eine nostalgische Rückschau. Sie untersuchen, welche Ursachen und welche Handlungsträger für den Aufstieg und jähen Fall des Unternehmens nach 1945 verantwortlich waren. Dem Mythos „Borgward“ stellen sie nüchtern Bilanzen, Daten und Fakten gegenüber. Obwohl sie nicht auf die Archivalien des Unternehmens zurückgreifen konnten, werteten sie einen breiten Quellenbereich aus, u. a. Akten der Senatskanzlei und der Handelskammer, Materialien der IG Metall, Interviews mit Zeitzeugen und erstmals das Hörfunkarchiv von Radio Bremen. Zudem ist der Band mit über 50 Illustrationen und Tabellen ausgestattet.

Im ersten Hauptteil der nicht immer glücklich gegliederten und daher zu Wiederholungen neigenden Studie machen die Autoren deutlich, daß der aus den drei völlig selbständig und unabhängig voneinander produzierenden und vertreibenden Automobilwerken Borgward, Goliath und Lloyd bestehende Konzern bereits in den 50er Jahren den Anschluß an eine moderne und konkurrenzfähige Produktion verloren hatte. Äußerlich sichtbares Zeichen dafür war das ständige Absinken des Marktanteils von Borgward-Personenkraftwagen von 1955: 12,5% auf 1960: 4,7%. Dabei mußten drei hausgemachte Faktoren den Borgward-Konzern bei Turbulenzen auf dem Automarkt in Schwierigkeiten bringen: 1. Allein die dreigleisige Konzernstruktur, die zu Zeiten der alliierten Rohstoffbewirtschaftung in den Nachkriegsjahren von Vorteil gewesen war, verursachte, verbunden mit der ausufernden Typenvielfalt, ungeheure Kosten. 2. Borgward produzierte auf einem technisch und arbeitsorganisatorisch relativ rückständigen Niveau. Automatisierungsgrad und Arbeitsproduktivität waren gering, die Arbeitsorganisation am handwerklichen Ideal des Kleinbetriebs orientiert, dafür die Produktionstiefe ziemlich groß, d. h. soviel wie irgend möglich, von der Zierleiste bis zum Zahnrad, wurde selbst hergestellt. 3. Die zu kurze Kapitaldecke und ein auf Lieferantenkredite gegründetes Finanzierungssystem erlaubten nur geringe Liquiditätsreserven und Anpassungsspielräume. Überzeugend führen die Autoren diese strukturellen Anachronismen auf die Person des Alleininhabers der drei Automobilwerke zurück, der in patriarchalischer Selbstüberschätzung auf ein professionelles Management verzichtete. Carl F. W. Borgwards kleinbürgerliche Unternehmensphilosophie und seine Vorstellung von einem werksgemeinschaftlichen Familienkapitalismus blockierten erforderliche technische, arbeitsorganisatorische und finanzielle Wandlungen zur Anpassung an den auf Massenproduk-

tion und harten internationalen Konkurrenzkampf ausgerichteten Automobilmarkt.

1959 hatte der Konzern sein bislang erfolgreichstes Geschäftsjahr. Aber sowie sich 1960 – so zeigt der zweite Hauptteil – der Wettbewerb verschärfte, der Export zurückging, amerikanische Compactcars auf den Markt kamen und sich in Bremen schnell eine Halde unverkaufter Fahrzeuge ansammelte, geriet das Unternehmen sofort ins Schlingern. Stolz lehnte Carl F. W. Borgward anfangs noch Kaufangebote anderer Automobilhersteller ab, bis er, ohne ein eigenes Rettungskonzept, das Land Bremen zu Hilfe rufen mußte. Die Autoren zeigen, wie dilettantisch der Bremer Senat sowohl beim Sanierungsversuch der Borgwardschen Automobilfabriken selbst als auch bei der Wiedereingliederung der bis August 1961 entlassenen über 20 000 Beschäftigten vorging. Insbesondere die Bestellung des Aufsichtsratsvorsitzenden des konkurrierenden BMW-Konzerns, Dr. Johannes Semmler, zum Senatsbeauftragten für die Sanierung Borgwards erwies sich als folgenschwerer Fehler, wobei jedoch die Belege für eine gezielte Totsanierung aus München noch ausstehen.

Neben der Darstellung der Schwächen des Borgward-Konzerns, der gescheiterten Sanierung und des anschließenden Unternehmenszusammenbruchs, des größten in der Geschichte der Bundesrepublik, beleuchten die Autoren auch die Arbeitsverhältnisse und das Selbstverständnis der Beschäftigten. Eindrucksvoll entwickeln sie aus den unterschiedlichen Produktlinien, Produktions- und Belegschaftsstrukturen, vom „low-tech-Betrieb“ Lloyd bis zum „high-tech-Stammwerk“ Borgward in Sebaldsbrück, die ganz verschiedenartigen Ausprägungen von Arbeitsstolz und Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaft. Während Anfang der 50er Jahre noch heftige Auseinandersetzungen zwischen den Betriebsgruppen von SPD und KPD durch die drei Belegschaften gingen, die z. T. auch vor spontanen Arbeitskämpfen nicht zurückschreckten, waren diese 1960/61 vom Mythos des krisenfreien Wirtschaftswunders und vom Geist der „großen Borgward-Familie“ so beseelt, daß sie passiv die Pleite „ihrer“ Werke und die Massenentlassungen hinnahmen und auf ein Wunder hofften. Selbst Bürgermeister Kaisen, überrascht von solch hohem Maß an Identifikation mit dem Betrieb, meinte schlichtweg: „die sind doof“ (S. 206).

Bleiben die Autoren auch hinter ihrem eingangs angekündigten Anspruch zurück, das alltägliche Leben und Wohnen der Borgward-Belegschaften „von unten“ darzustellen, und warten auch noch manche Fragen auf eine Antwort, so markiert diese verständlich geschriebene Untersuchung doch einen wichtigen Beitrag zur Borgwardschen Unternehmens- und zur bremischen Industriegeschichte.

*Hartmut Roder*

*Patemann, Reinhard: Bremische Chronik 1976—1980.* Bremen: Staatsarchiv 1988. 380 S. (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 55.)

Für die hier anzuzeigende Chronik gelten die gleichen Bearbeitungsgrundsätze, die bereits in den Einleitungen der beiden vorherigen Chroniken 1957—1970 und 1971—1975 formuliert worden sind. Wiederholt sei an dieser Stelle daher nur noch, daß auch diese Chronik auf der Berichterstattung der Tageszeitungen beruht und geschichtliche Darstellung und Wertung weder vorwegnehmen noch gar ersetzen soll; daß ihre streng an das Tagesdatum eines fixierbaren Ereignisses gebundene Form Entwicklungszusammenhänge, Motivketten und analytische Kriterien weitgehend außer acht lassen muß; daß kontinuierliches, ohne Aufsehen sich vollziehendes Wirken von Personen oder Institutionen oft unzureichend oder gar nicht berücksichtigt werden kann; daß schließlich die unumgängliche Auswahl der Fakten subjektive Akzente setzen muß und daher nicht jeden Benutzer zufriedenstellen wird.

Das Register wurde gegenüber dem Vorgängerband noch weiter verfeinert, der Zugriff auf Sachverhalte und Namen damit noch leichter gemacht.  
(Selbstanzeige)

*Sauer, Marina: Die Bildhauerin Clara Rilke-Westhoff 1878—1954.* Leben und Werk (mit Œuvre-Katalog). Bremen: Hauschild 1986. 611 S., zahlr. Abb.

Mit völligem Recht beklagt die Autorin, daß der Bildhauerin Clara Rilke-Westhoff in ihrer Heimatstadt Bremen weder eine wirklich übergreifende Darstellung gewidmet worden ist noch eine repräsentative Ausstellung ihres Werkes. Dies ist um so erstaunlicher, als Bremens Kunst nicht eben reich ist an Bildhauerpersönlichkeiten, schon gar nicht internationalen Zuschnitts. Mit demselben Recht aber könnten wir diese Klage für die Bremer Steinhäuser oder Roemer führen, Künstler, die zu ihrer Zeit hohes Ansehen genossen und auch in die allgemeine Kunstgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert eingegangen sind. Über Steinhäuser liegt keine moderne, über Roemer überhaupt keine Monographie vor, von kritischen Werkverzeichnissen ganz zu schweigen.

Desto dankbarer darf man sein für die vorliegende Publikation, die zum ersten Mal mehr geben will als Stimmungsbilder über die Künstlerin, mehr als Anmerkungen über ihre Rolle im Verein der Worpsweder Künstler, als Freundin von Paula Modersohn-Becker und als Frau des Dichters Rainer Maria Rilke. Die einzige wirklich kritische Vorarbeit hatte nur Ursula Heideich in dem von ihr verfaßten sehr instruktiven Katalog zur Ausstellung in der Galerie Cohrs-Zirus 1978 geleistet, auf die sich die Autorin denn auch ausdrücklich bezieht. Alle übrigen Bemerkungen über die Künstlerin in der älteren Literatur ordnet Marina Sauer zu Recht als periphere Bemerkungen ein, die weniger sachliche Berichte als eher sentimentale Berufungen sind.

Die Monographie ist in vier wesentliche Abschnitte aufgeteilt: eine Einleitung mit Referat über Forschungsstand und Quellenlage, eine ausführliche Biographie, eine Darstellung des gesellschaftlichen Umfeldes von Künstlerinnen um die Jahrhundertwende, eine Werkanalyse. Dazu kommen das umfassende Werkverzeichnis, Anhänge, Nachweise und eine erschöpfende Literatur- und Ausstellungsliste. Während letztere, soweit dies der Rezensent beurteilen kann, unanfechtbare Beiträge sind, haben die anderen Abschnitte unterschiedliches Gewicht. Ausführlich ist die Biographie, die das Leben von Clara Rilke-Westhoff detailliert und angereichert durch viele Selbstäußerungen minutiös nachzeichnet. Man gewinnt daraus das Bild einer mutigen, charaktervollen Frau und einer an ihrer Bestimmung nicht irre werdenden Künstlerin. Die beiden wichtigsten Pole in ihrem Leben, der Dichter Rilke und der Bildhauer Rodin, werden in ihrer Bedeutung für die Westhoff herausgearbeitet und manches Fehltrübe, besonders ihre Ehe mit Rilke betreffend, korrigiert. Weniger glücklich ist die Schilderung der Studienzeit, wo manche Schlüsse, was die Bedeutung des Einflusses der außer Klingler nur wenig bedeutenden Lehrer auf die künstlerische Entwicklung der Bildhauerin angeht, hergeholt und wenig nachvollziehbar sind. Daß die Schilderung im übrigen etwas ermüdend wirkt, ist nicht Schuld der Autorin; denn die regelmäßige Abfolge des Lebens der Westhoff: Hoffen auf neue Möglichkeiten — Reisen — Fehlschläge und wieder neue Pläne und wieder Rückschläge, könnte selbst rhetorisch begabtere Autoren erlahmen lassen.

Der nächste Abschnitt, „Gesellschaftliches Umfeld der Künstlerinnen um die Jahrhundertwende“, ist der problematischste des Buches. Seit Linda Norblins Forschungen zur Frauenkunst und den seit 1971 erschienenen Aufsätzen und Büchern dazu ist es nachgerade Mode geworden, Künstlerinnen nicht allein nach ihrer Begabung, sondern nach ihrem Geschlecht zu behandeln. Sei es nun entschuldigend, sei es erklärend gemeint, sei apologetisch oder nüchtern argumentiert, stets bekommt der Ton der Darstellungen etwas ungewollt (oder gewollt?) hysterisches. So auch in Frau Sauers Buch. Auf über 20 Druckseiten erzählt sie, wiederum durch viele Zitate angereichert, von den Frauen als Künstlerinnen, ihren Schwierigkeiten und ihren nur schwer errungenen Erfolgen. Das ist alles sicher höchst interessant, trägt bei zur Klärung der Phänomene, doch zur Kunst selbst sagt es wenig. Die Autorin beispielsweise glaubt, aus dieser Situation die Bevorzugung des Portraits als künstlerische Aufgabe der Westhoff ableiten zu dürfen. Dem Rezensenten hat das nicht einleuchten wollen. Überhaupt ist für dieses Kapitel festzustellen, daß der Autorin ihr Gegenstand etwas aus dem Blickfeld gerät. Die Verknüpfung mit der Bildhauerin ist meiner Ansicht nach zu lose, und wenn sie erfolgt, dann durch wiederholte und nur wenig anders interpretierte Selbstzeugnisse, die bereits im biographischen Teil zitiert wurden. Der Rezensent braucht nicht zu entscheiden, ob heute bei jeder Biographie einer Künstlerin ein solches „Emanzen-Kapitel“ notwendig ist, doch der Lesbarkeit des Buches, der konzisen Behandlung des Gegenstandes, tut es zumindest nicht gut.

Uneingeschränkt dagegen einverstanden sein mit seinem Inhalt wird der Leser mit der Werkanalyse der Kunstwerke. Man mag im einzelnen darüber

streiten können, ob die Anmerkungen so lang sein müssen, man wird auch manches anders sehen können, aber hier bewegen wir uns doch auf diskussionsfähigem Grund, und Weltanschauliches tritt entschieden zurück. Dies wird noch deutlicher im eigentlichen Katalogteil, der mit seinen 150 Nummern mehr an Material zusammenträgt, als vorher je bekannt war. Dabei kann die Autorin manche alten Fehler korrigieren. Zum Beispiel die Falschdatierungen der kleinen Wachfiguren in der Kunsthalle Bremen, die der Rezensent stets auf „um 1900“ ansetzte, bis Marina Sauer nachweisen konnte, daß sie 25 Jahre später gearbeitet wurden. Auch die gewisse Unsicherheit bei der Zuordnung der verschiedenen Fassungen des Rilke-Portraits oder des Bildnisses Paula Modersohn-Becker hat jetzt ein Ende. Ob alle Angaben zur Auflagenhöhe der Bronzen oder zum Verbleib der Stücke so richtig sind, vermag der Rezensent nicht zu beurteilen, hält es auch nicht für so wichtig, da hier leicht Korrekturen möglich sind. Es ist das große Verdienst der Autorin, überhaupt einen Grund gelegt zu haben.

So liegt der Wert des Buches für den Rezensenten in erster Linie in jenen Sachkapiteln, in denen über die Kunst der Bildhauerin gehandelt wird. Meiner Meinung nach wird das von Marina Sauer erstellte Werkverzeichnis noch lange Nachschlagewerk bleiben. Eine letzte Frage schließt sich an: Sollte die Kunsthalle Bremen in ihrer ständigen Sammlung nicht doch etwas intensiver auf die Kunst Clara Rilke-Westhoffs verweisen?

*Gerhard Gerkens*

*Lang, Arend W.: Die „Caerte van oostland“ des Cornelis Anthonisz. 1543. Die älteste gedruckte Seekarte Nordeuropas und ihre Segelanweisung. Hamburg: Kabel 1986. 167 S. mit 107 Abb., 1 Karte als Beilage.*

Cornelis Anthonisz(oon) aus Amsterdam war Künstler und Kartograph zugleich. Er hat Gemälde, Holzschnitte, Kupferstiche verschiedenen Inhalts, Stadtpläne und Landkarten hinterlassen, darunter „die älteste gedruckte Seekarte Nordeuropas“ aus dem Jahre 1543. Von der Erstausgabe ist allerdings kein Exemplar erhalten. Unsere Kenntnis beruht auf einer 1558 in Venedig erschienenen Kopie und auf einer um 1560, nach dem Tode des Künstlers, in Antwerpen herausgebrachten dritten Ausgabe der Karte. Diese dritte Ausgabe ist gegenüber der ersten in einigen Gebieten (Norwegen, Niederlande) verändert. Ein verkleinerter Abdruck ist der vorliegenden Veröffentlichung beigegeben.

Der Karte ließ Anthonisz. vermutlich 1544 ein Segelhandbuch folgen, von dem aber ebenfalls nur von der 3. Auflage, die 1558 erschien, ein Exemplar erhalten ist. Das Handbuch enthält eine praktische Seefahrtskunde und eine Beschreibung der Nord- und Ostsee mit Entfernungsangaben und Abbildungen (Vertonungen) der Küstenabschnitte aus der Perspektive des Seefahrers. Die Veröffentlichung bietet hierfür durch übersetzte Textauszüge und Abbildungen eine Reihe von Beispielen, unter anderem die älteste Segelvorschrift für die Außenweser.

Als Quellen für das Segelhandbuch wie auch für die Karte dienten Anthonisz. vor allem eine ältere Segelanweisung, die 1541 in Amsterdam erschienen war, Auskünfte von Seeleuten und eigene Beobachtungen. Erst die eigene Anschauung ermöglichte ihm die Vertonung von Küstenabschnitten der Nord- und Ostsee.

Für die seemännische Praxis waren damals noch Segelanweisungen und Vertonungen wichtiger als die Seekarte, die allzu kleinmaßstäblich (ca. 1:1,5 Mio.) und im Detail mit vielen Mängeln behaftet war. Die Unterweserregion ist z. B. stark verzeichnet. Blexen, Ovelgönne und Langwarden (?) sind zwischen Oldenburg und Bremen gelegt. Den Anlaß für die Entstehung der Karte sieht Lang dann auch weniger im Bedürfnis der Seefahrer als in dem Wunsch der Stadt Amsterdam, der Finanzverwaltung der Niederlande in Brüssel die Gefahren der Seefahrt in den östlichen Meeren augenfällig zu machen, um neue Steuern auf den holländischen Getreideexport aus den Ostseeländern abzuwenden. Trotzdem wird deutlich, daß die Karte die Kartographie der Nord- und Ostseeküsten auf eine neue Grundlage stellte, mit der Anschluß an die bis dahin viel weiter entwickelte Kartographie der Mittelmeer- und Atlantikküsten gewonnen und das Fundament für eine wirklichkeitsnahe Kartographie Nordeuropas gelegt wurde.

Die untersuchende Beschreibung der Karte und des Segelhandbuches, die Herausarbeitung ihrer Quellen und die bewertende Einordnung stellen selbst eine grundlegende Arbeit zur Geschichte der Seekartographie dar. Es ist das letzte vollendete größere Werk von Arend W. Lang († 1981), der sich durch seine Veröffentlichungen zur Geschichte des Seekartenwesens in den Jahren seit 1950 Anerkennung verdient hat. Uwe Schnall hat der Arbeit daher einen Nachruf und ein Publikationsverzeichnis angefügt.

*Adolf E. Hofmeister*

*Arbeitsplatz Schiff.* 100 Jahre See-Berufsgenossenschaft 1887—1987. Hrsg. von Klaus-Peter Kiedel, Uwe Schnall, Lars U. Scholl. Hamburg: Kabel 1987. 301 S., zahlr. Abb. (Schriften des Deutschen Schifffahrtsmuseums. Bd. 23.)

Die hundertste Wiederkehr des am 13. Juli 1887 verkündeten Ersten See-Unfallversicherungsgesetzes, mit dem das Deutsche Reich als erster Staat der Welt eine gesetzliche Unfallversicherung für Seeleute einführte, veranlaßte das Deutsche Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven zu einer umfassenden Sonderausstellung, um Geschichte und Tätigkeitsfelder der Seeberufsgenossenschaft einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Das Buch „Arbeitsplatz Schiff“ war als „ausstellungsbegleitende Dokumentation“ vorgesehen. Die Lektüre des reichhaltig illustrierten und sorgfältig gestalteten Bandes belegt jedoch, daß hier mehr als nur eine Art besserer Ausstellungskatalog aus Anlaß eines Jubiläums vorgelegt wurde.

Der I. Teil gibt einen historischen Abriss. Lars U. Scholl berichtet über 100 Jahre See-Berufsgenossenschaft. 1887—1987; Klaus-Peter Kiedel schreibt unter dem Titel Vom Volkslogis zum „Hotel zur Schraube“ über 100 Jahre

Seefahrt am Beispiel der Entwicklung der Besatzungsunterkünfte an Bord. Der knapp 200 Seiten umfassende Teil II enthält dreizehn Beiträge von Mitgliedern der Seeberufsgenossenschaft über die breite Palette der Tätigkeiten der Seeberufsgenossenschaft auf den Gebieten Schiffssicherheit und Unfallverhütung. Der abschließende III. Teil von Ulrich Weller und Friedrich Wragge schließlich gibt unter der Überschrift Schutz der Meeresumwelt einen kurzen historischen Überblick über die Bemühungen zum Schutze der Meere. So erfährt der Leser, daß bereits 1923 und 1924 in Großbritannien und den USA Gesetze erlassen wurden, die ein Einleiten von Öl innerhalb der Hoheitsgrenzen dieser Staaten verboten. Bereits 1926 fand in Washington eine Konferenz über Oil Pollution of Navigable Waters statt.

Sämtliche Beiträge enthalten dankenswerterweise im Anhang einen ausführlichen Anmerkungsapparat mit z. T. umfangreichen zusätzlichen Informationen, der es interessierten Lesern ermöglicht, sich bei Bedarf weiter zu informieren.

Das von K.-P. Kiedel, U. Schnall und L. U. Scholl, alle drei Deutsches Schifffahrtsmuseum Bremerhaven, herausgegebene Buch kann als Musterbeispiel dafür gelten, wie eine Jubiläumspublikation eines sozialgeschichtlich bedeutsamen Datums, wie es das See-Unfallversicherungsgesetz von 1887 zweifellos ist, aussehen sollte.

*Friedrich Jerchow*

*Göhringer, Peter: Törn Tu Assi. Eine Schifffahrts-Chronik aus den sechziger Jahren.* Bremen: Hauschild 1988. 128 S.

Erforschung und Darstellung der maritimen Sozialgeschichte befinden sich noch in den Anfängen. Dies hängt nicht nur mit den Schwerpunkten der Geschichtswissenschaft zusammen, sondern hat auch mit der z. T. problematischen Quellenlage zu tun: Die baulichen Verhältnisse an Bord (Mannschaftsunterkünfte, Kombüsen und Messen, Sanitäreinrichtungen) lassen sich noch ziemlich einfach von Generalplänen vieler Schiffe in Archiven, Schifffahrtsmuseen und nicht zuletzt in der Fachliteratur sowie aus den Bauvorschriften des Germanischen Lloyd (seit 1867) und der Seeberufsgenossenschaft/SBG (seit 1887) ablesen<sup>1</sup>. Die Verbands- und Gewerkschaftsgeschichte<sup>2</sup> informiert uns über das Tarifwesen und die berufsständische Organisation der Seeleute, Heizer, Maschinisten und Schiffsoffiziere.

Schwierig wird es bei der nicht gerade unwichtigen Frage nach der inneren Einstellung zur täglichen Arbeit, den berufsspezifischen Sorgen und Freuden, die den Menschen bewegt und sein Handeln maßgeblich beeinflusst haben. Wie in der übrigen Sozialgeschichte, so ist man auch im maritimen Bereich auf Selbstzeugnisse „von unten“ angewiesen, die in der Schifffahrt,

1 Klaus-Peter Kiedel, Uwe Schnall, Lars U. Scholl (Hrsg.), Arbeitsplatz Schiff. 100 Jahre See-Berufsgenossenschaft 1887—1987, Hamburg 1987 (vgl. oben S. 239).

2 Dieter Schneider (Hrsg.), Der Seemann. Organ für die Interessen der seemännischen Arbeiter, Jg. 1897/98, Reprint Stuttgart 1981.

wie auch in anderen industriellen und landwirtschaftlichen Bereichen an Land, äußerst dünn gesät sind<sup>3</sup>. Ob man mit der noch sehr neuen Methode der „oral history“, die unter den Historikern nicht jedermanns Sache ist, weiter vordringen kann, ist eine andere Frage.

Es ist deshalb schon prinzipiell zu begrüßen, wenn ein ehemaliger Ingenieuroffizieranwärter (oder Assistent, deshalb im Bordjargon auch „Assi“ genannt) aus mehr als zwanzig Jahren Distanz über seine Erlebnisse an Bord reflektiert. Der Verfasser (Jg. 1942) fuhr auf insgesamt sechs verschiedenen Frachtschiffen zur See, vom kleinen Küstenmotorschiff „Priamus“ (498 BRT) der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Neptun“, Bremen, angefangen, über einen 1949 erbauten Hamburger Frachter, der noch von einer Dreifachexpansionsmaschine angetrieben wurde, bis hin zum modernen, schnittigen Kühlschiff. So verschieden die Schiffe, so unterschiedlich auch die Fahrtgebiete: Die Küstenfahrt in der Nordsee fehlt ebensowenig wie der Fruchttransport von Ecuador nach Deutschland; die Fahrt nach den Großen Seen in Nordamerika ist auch vertreten wie die winterliche Eisfahrt nach Finnland mit ihren nautischen Besonderheiten. Insgesamt ergibt dies einen recht guten Querschnitt durch die damalige Stückgut-Frachtschiffahrt, ehe die „Containerisierung“ im großen Maße einsetzte und vieles in der Schifffahrt rationalisierte und nivellierte. Der Autor hatte als „Assi“ einfache Knochen- und Dreckarbeit im Maschinenraum zu verrichten, und häufig mußte er nach Dienst ohne zusätzliche Bezahlung noch mit anpacken, „zutörnen“, wie es in der Seemannssprache sowie im Buchtitel heißt. Berichtet wird von der auch körperlich harten Arbeit an der Maschine, dem wechselvollen Verhältnis zu den Kollegen und Vorgesetzten an Bord, von sehr subjektiv gefärbten Eindrücken von Land und Leuten in den Häfen und von den Schwierigkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung, verbunden mit alkoholischen Exzessen. Auch die Maschinenteknik kommt nicht zu kurz, und es wird transparent gemacht, wie kompliziert die Antriebsanlage eines Schiffes ist, zumal damals die Mikroelektronik dem Maschinisten noch nicht so viele Arbeits- und Kontrollgänge abnahm, wie es heute der Fall ist. Das Kapitel „Frauen an Bord“ (S. 83 ff.) mag manchen Puristen und Idealisten abschrecken, aber hier wird eben auch ein Problem deutlich, das in der Schifffahrtsliteratur sonst eher schamhaft verschwiegen wird: die im Grunde familienfeindliche Struktur der Seeschifffahrt und die Prostitution in den Häfen und sogar an Bord.

Der Verfasser schließt ab mit einem Rückblick über die Erfahrungen und sozialen Lernprozesse, die er in seiner Seefahrtszeit durchgemacht hat. Flott und unterhaltsam geschrieben (der Verfasser hat nach einigen Jahren Tätigkeit als Ingenieur den Journalismus erlernt und ist heute als PR-Berater tätig), kann dieses Buch als eine Primärquelle zur Sozialgeschichte der Seeschifffahrt angesehen werden.

*Christian Ostersehlte*

3 So z. B. Richard Henry Dana, *Two Years Before the Mast*, New York 1909; Martin Ernim Martinen, *Seemann auf der „Preussen“ und anderen Windjammern. Erinnerungen an die christliche Seefahrt 1903–1921*, Oldenburg 1978; Henry Lange, *Ein Seemann erzählt. Geschichten aus der christlichen Seefahrt*, hrsg. von Siegfried Stölting, Bremerhaven 1987.

*Schifffahrt — Handel — Häfen.* Beiträge zur Geschichte der Schifffahrt auf Weser und Mittellandkanal. Hrsg. von *Jutta Bachmann* und *Helmut Hartmann* im Auftrag der Mindener Hafen GmbH. Minden: Bruns 1987. 438 S.

*Dasenbrock, Dirk* (Hrsg.): *Stadt — Land — Weser — Fluß.* Schifffahrt, Handel, Industrie von Münden bis zur Mündung. Bremen: Steintor 1987. 168 S.

Auftragsarbeiten aus Anlaß eines Firmenjubiläums geraten bekannterweise häufig zu hagiographischen Schriften, in denen die Erfolgsgeschichte des Unternehmens dargestellt wird. Ihr Erkenntniswert ist meist begrenzt und nur selten dazu angetan, der Forschung Impulse zu geben. Im vorliegenden Falle hat man erfreulicherweise einen ganz anderen Weg eingeschlagen. Eine Firmengeschichte ist nicht beabsichtigt worden, und das 70jährige Bestehen der Mindener Hafen GmbH erfährt erst auf S. 372 eine auf wenige Zeilen beschränkte Erwähnung.

Verantwortlich für die Herausgabe des voluminösen, 24 Einzelbeiträge umfassenden Bandes zeichnen Jutta Bachmann, Historikerin in Bielefeld, und Helmut Hartmann, der nicht als Autor in Erscheinung tritt. Laut Vorwort soll „die Geschichte der Schifffahrt insbesondere auf der Weser, aber auch auf dem Mittellandkanal unter besonderer Berücksichtigung der am Wasserstraßenkreuz liegenden Stadt Minden eingehend dargestellt“ werden. Zu Recht wird beklagt, daß die Geschichte der Schifffahrt auf der Weser nur ein sehr geringes Interesse in der historischen Forschung gefunden hat. Um so mehr verwundert, daß die heute immer noch nicht überholte Tübinger staatswissenschaftliche Abhandlung von Hermann Meyer zu Selhausen offensichtlich nicht bekannt ist.

Die Einzelbeiträge, die von Autoren verschiedener Fachrichtungen, vom Archäologen bis zum Biologen, stammen, sind den fünf Kapiteln: Geschichte der Schifffahrt auf der Weser; Fahrzeuge, Schiffe und Schiffer; Kanalisierungsprojekte und Kanalbau; Die Weser aus ökologischer und naturräumlicher Sicht sowie Schifffahrt und Häfen in Minden zugeordnet. Verschiedene Verfasser haben sogar neues Archivmaterial ausgewertet, während andere eine notwendige Standortbestimmung vornehmen, von der aus es gilt, in die Forschung einzusteigen. Der mit 192 Abbildungen, Tabellen und Schaubildern ausgestattete Band verdient weite Beachtung. Es bleibt zu hoffen, daß sich aus der Lektüre des Buches eine Überwindung der Stagnation auf dem Gebiet der Weserforschung entwickelt.

War der bisher behandelte Band fast ausschließlich auf die Ober- und Mittelweser, also bestenfalls bis Bremen, ausgerichtet, so versucht das von Dirk Dasenbrock herausgegebene Buch, den ganzen Fluß ins Visier zu nehmen, wobei der 1986 100 Jahre alt gewordene Leuchtturm Roter Sand einen aparten Abschluß bildet. In diesem Fall war der 100ste Jahrestag der Eröffnung des Bremer Freihafens der Anlaß für die 18 Beiträge. Der Titel des Buches ist keineswegs eine vordergründige Variante des bekannten Wissensspiels, sondern die Autoren befassen sich tatsächlich mit einer Reihe

von Städten, der Landschaft und dem Fluß als Öko-System und Schifffahrtsstraße. Wenn auch gelegentlich in einzelnen Beiträgen auf frühere Epochen zurückgegriffen wird, so befaßt sich das Buch hauptsächlich mit der „Geschichte der Industrialisierung mit ihren kulturellen Folgen für den Fluß, in den Städten und Ländern an der Weser“. Nur drei Aufsätze behandeln Schifffahrt und Schiffbau im engeren Sinne, u. a. die Weser-Fähren von Hartmut Roder. Eine sehr aufschlußreiche Abhandlung über die Weser-Ökologie leitet dann über zu den Stadt- und Landschaftsbeschreibungen.

So flott, wie die Beiträge geschrieben sind, ist auch die Aufmachung des Buches. Die Bebilderung ist sehr reichlich, wenngleich die Qualität der Wiedergabe häufig mager ist, was wohl nicht nur an den Vorlagen liegt. Das Buch wendet sich in erster Linie an den historisch interessierten Leser und ist geeignet, in unterhaltender wie informativer Weise den einzigen der großen deutschen Flüsse in den Blickpunkt zu rücken, der weder romantische Verklärung erfahren noch nationale oder gar internationale Symbolkraft besessen hat.

Lars U. Scholl

*Delfs, Lina: Schifffahrt auf der Geeste.* Ein norddeutscher Küstenfluß erschließt eine Region. Hamburg: Kabel 1986. 316 S. (Schriften des Deutschen Schifffahrtsmuseums. Bd. 17. = Veröff. des Stadtarchivs Bremerhaven. Bd. 6.)

Es handelt sich um die Arbeit einer Geographin, doch hat die Fragestellung eine starke historische Komponente, die ihrerseits wieder vielgestaltet ist; denn sie hat technik- und wirtschaftsgeschichtliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Die Verfasserin hat viel Fleiß aufgewandt, um alle verfügbaren Quellen und eine umfangreiche regionale Sekundärliteratur zu erschließen. Die Gliederung ist übersichtlich: Ein Kapitel über die „Herrschaftsverhältnisse an der Geeste“ bietet den verfassungsgeschichtlichen Rahmen; dann folgen Untersuchungen über die Schifffahrt im Mittellauf, Fähren und Brücken, die zur Geeste führenden Wege und schließlich über die Hafenverhältnisse am Unterlauf und besonders deren Bedeutung für den Flecken Lehe, der dann später aus der Entwicklung ausgekoppelt wurde. Es wird deutlich, daß sich Schifffahrt und Häfen auf der Geeste im Rahmen aller norddeutschen Flüsse unter Einschluß der Weser bewegten (vgl. Schwarzwälder, Die Entwicklung der Häfen an der Unterweser, in: See- und Flußhäfen vom Hochmittelalter bis zur Industrialisierung, hrsg. von Heinz Stoob, Köln/Wien 1986, S. 261–289). Es gab vor allem für den Transport von Massengütern, nicht so sehr für den Personenverkehr, einen lebhaften Einsatz von Kähnen, der sich zahlreicher Bauernhäfen bzw. „Huden“ bediente. Insofern erscheint auch die Formulierung des Untertitels („Ein norddeutscher Küstenfluß erschließt eine Region“) berechtigt, freilich nur, wenn man ihn vor allem auf eine landwirtschaftlich orientierte Region bezieht, nicht so

sehr auf den Handel mit Importgütern, die ja in den Orten an der Geeste nur begrenzten Absatz finden konnten. Will man den Einzugsbereich der Geesteschiffahrt darstellen, so war er gewiß sehr viel differenzierter, als das grobe Schema auf S. 14 verdeutlichen kann.

Fleiß, Spürsinn und Sorgfalt der Verfasserin haben dafür gesorgt, daß eine große Quellenfülle ausgebreitet wird; nur ist ein noch so prall gefüllter und wohlgeordneter Zettelkasten noch keine Endfassung einer wissenschaftlichen Arbeit; sie liegt auch noch nicht vor, wenn sich der Verfasser über viele Details zusätzlich Gedanken macht. Das Quellenmaterial hat seine Tücken: Das Negative und Strittige tritt spektakulär hervor und überwuchert oft das Normale. Im Jurisdiktionskomplex des Einführungskapitels erfährt man viel über die Fischerei, weil diese strittig war, kaum etwas über die einheimische Bauernschiffahrt, weil diese frei war und nach Gewohnheitsrecht betrieben wurde. Auch besteht immer die Gefahr, daß bei einer Zufallsüberlieferung das Erhaltengebliebene auch dort für wichtig gehalten wird, wo es sich um Nebensächlichkeiten handelt. Man muß sich im klaren darüber sein, daß z. B. Quellen zusammengenommen noch keine zutreffende Vorstellung über die (unter Umständen schwankende) Frequenz des Schiffsverkehrs oder gar über die transportierten Warenmengen vermitteln. Wenn die Verfasserin von „jahrhundertlangem lebhaften Schiffsverkehr“ spricht, so ist der Inhalt einer solchen Formulierung doch recht unsicher. Sicherere Schlüsse lassen die Quellen auf die Lage der Huden und Schiffstellenwege zu, keine deutliche Vorstellung gewinnt man über ihre Benutzungsfrequenz und -dauer, auch nicht über den normalen Betrieb an einer Hude oder über die Schiffstypen, die im Laufe der Jahrhunderte auf der Geeste gebräuchlich waren.

Bisweilen verliert die Darstellung eine wichtige Tatsache aus dem Auge, daß nämlich der Elbe-Weser-Winkel verkehrs- und handelsmäßig in einem toten Winkel lag, was die Bedeutung der Geeste auf eine enge Region beschränkte. Die Verfasserin widmet dem Ausbau von „Heerwegen“ ein eigenes Kapitel. Sie meint, daß diese Heerwege das Geestegebiet an größere Wirtschaftsräume anbinden sollten. Die auch hier sehr zahlreich ausgeschütteten Quellen sagen aber nur etwas über den lokalen Ausbau und die Reparatur von Dämmen und Wegen aus. Auch wird behauptet, daß im Zusammenhang mit dem Bau der Schwedenfestungen ein „Ausbau der Wege zu Heerstraßen“ erfolgt sei. Das erweckt übertriebene Vorstellungen. Was die Baustelle Carlsburg anbetrifft, so wurde sie z. T. aus der engeren Umgebung, aber vor allem auch auf dem Wasserweg versorgt, so daß selbst Kalk aus Kostengründen aus Schweden (!) bezogen wurde. Im übrigen war das Projekt Carlsburg viel zu kurzlebig, als daß man es mit dem Ausbau eines Heerweges in Verbindung bringen müßte. Die Verbindungen mit Stade (Truppentransporte, Boten) ließen sich auf dem Wasserwege und über vorhandene Landwege durchaus in zeitgemäßer Weise bewerkstelligen. Die Schweden requirierten Fuhrwerke aus den Dörfern und ließen die Bauern das Kriegsmaterial transportieren. Große Straßenbauer waren die Schweden in Norddeutschland nicht. Fernhandelsstraßen waren nichts anderes als „Wege“, auf denen eine Fahrverbindung über längere Distanz möglich war.

Von „Heerstraßen“ kann man in Norddeutschland erst in der napoleonischen Zeit sprechen.

Es ist dem Rezensenten nicht möglich, alle Details auf ihre Genauigkeit zu überprüfen; Stichproben haben ergeben, daß die Verfasserin durchweg sorgfältig gearbeitet und daß sie auch nichts Wesentliches übersehen hat. Es fällt freilich auf, daß eine sehr wichtige Tatsache nur aus pauschaler Sekundärliteratur referiert, nicht aber aus der umfangreichen und ergiebigen Quellenüberlieferung erarbeitet wurde: die Nutzung der Geestemündung zur Einschiffung von Truppen im 18. Jahrhundert.

Überall sieht sich der Leser mit einer großen Quellenfülle konfrontiert, die Wichtiges wie Unwichtiges zur Geltung zu bringen sucht, wobei es weitgehend dem Leser selbst überlassen bleibt, eine Gewichtung vorzunehmen. Als Materialsammlung und damit als Nachschlagewerk ist das Buch von großem Gewicht. Mit seinen vielen Einzelheiten dürfte es lokales Interesse voll befriedigen.

Das Register beschränkt sich auf Personen- und Firmennamen, so daß man Orte und Sachen im Text mit großer Mühe selbst suchen muß.

*Herbert Schwarzwälder*

*Eilers, Rolf und Klaus-Peter Kiedel: Meyer-Werft. Sechs Generationen Schiffbau in Papenburg. 1795—1988. Papenburg 1988.*

Die von der Meyer-Werft in Papenburg herausgegebene Publikation ist anlässlich des 80. Geburtstages des aus der Geschäftsleitung ausscheidenden Seniorchefs erschienen. Der Text der 1970 zum 175jährigen Bestehen des Unternehmens von Rolf Eilers verfaßten Jubiläumsschrift<sup>1</sup> wird von Klaus-Peter Kiedel weitestgehend wiederverwendet, Rolf Eilers ist deswegen als Mitautor ausgewiesen.

Klaus-Peter Kiedel, Mitarbeiter des Deutschen Schiffahrtsmuseums, hat sich seit Jahren mit der Entwicklung der Meyer-Werft und ihrer Produkte<sup>2</sup> — auch unter regionalgeschichtlichem Aspekt<sup>3</sup> — beschäftigt. Er hat nur behutsame Verbesserungen am Text der Jubiläumsschrift von 1970 vorgenommen und fügt ein eigenes Kapitel, das den Zeitraum von 1974 bis 1988 umfaßt, an. Kiedel setzt sich darin mit der „in der deutschen Werftenlandschaft beispiellose[n] Unternehmensentwicklung“ (S. 179) auseinander. Hierbei stehen einerseits die Umsiedlung, Umstrukturierung sowie Modernisierung der Werftanlage seit 1974 im Vordergrund, die 1987 in der Errichtung eines überdachten Baudocks gipfelte, andererseits beschäftigt er sich mit den Schwerpunkten im Produktionsprogramm des Familienunterneh-

1 1795—1970. Jos. L. Meyer. Papenburg. Hamburg o. J. (1970).

2 Klaus-Peter Kiedel, Vom Flußbraddampfer zum Kreuzliner. Passagierschiffbau auf der Werft Jos. L. Meyer 1874—1986. Papenburg 1988.

3 Klaus-Peter Kiedel, Baut — schiff getrost — verlieret nie den Mut! Papenburger Schiffahrtsgeschichte in vier Jahrhunderten, in: Wolf-Dieter Mohrmann (Hrsg.), Geschichte der Stadt Papenburg. Papenburg 1986, S. 265—317.

mens: technisch besonders aufwendigen Schiffstypen. Beim Bau von Gastankern hält die Meyer-Werft einen erheblichen Anteil am Weltmarkt. Daneben stellen die Fähr- und Passagierschiffe den zweitgrößten Sektor der Produktpalette des Unternehmens dar. Der Umbau von Tankern und Trockenfrachtern zu Viehtransportern ist eine weitere Spezialität der Werft. Das Unternehmenskonzept der Werft setzt nicht auf Diversifikation — abgesehen vom Bau von Tanks, speziell für Gastanker, die nicht nur für die eigenen Schiffe produziert werden —, sondern konzentriert sich auf den technisch aufwendigen Spezialschiffbau.

Was zu einer intensiveren Aufarbeitung der Geschichte dieser Werft noch geleistet werden kann, erschließt sich dem Leser erst auf den zweiten Blick bei einem Vergleich von durchlaufendem Text und Dokumenten im Anhang. Diese ergänzen, vertiefen, korrigieren oder konterkarieren z. T. einzelne im Text gemachte Aussagen: Eine interessante Information, die nicht im Text verarbeitet wurde, stellt der Brief Victor Nawatzkis, des späteren Direktors des Bremer Vulkan, vom 15. Oktober 1893 dar, in dem dieser sich während der Gründungsphase der Bremer Großwerft erfolglos darum bemühte, Meyer zur Übernahme dieses Unternehmens und zur Übersiedlung an die Weser zu bewegen (die am Widerstand seiner Frau scheiterte).

Ein Flugblatt, das Jos. L. Meyer am 23.1.1901 an seine Belegschaft verteilen ließ (S. 274), korrigiert ein wenig das im Text gezeichnete Bild des Gründers der Eisenschiffswerft als eines wohlwollenden Patriarchen und der Arbeitsverhältnisse in seinem Betrieb.

Insgesamt wird die Belegschaft in der Darstellung durchweg recht stiefmütterlich behandelt. Zwar werden die Existenz eines ersten (?) Betriebsrates auf das Jahr 1924 datiert (im Anhang wird bereits für Anfang 1919 ein Betriebsausschuß erwähnt!) und die Kontinuität der neueren Betriebsratsarbeit betont (wo ein und derselbe Betriebsratsvorsitzende 28 Jahre lang diese Funktion wahrnahm), aber die Rolle der Gewerkschaften auf der Werft, der Grad gewerkschaftlicher Organisierung in diesem Betrieb bleiben ausgeblendet.

Die Meyer-Werft in Papenburg ist einer der wenigen deutschen Schiffbaubetriebe, dem — als Holzschiffswerft gegründet — der Übergang zum Eisenschiffbau in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts gelang, ohne daß zur Kapitalbeschaffung die Gründung einer Aktiengesellschaft erfolgen mußte. Mehr als diese Leistung nötigt dem Leser der Tatbestand Bewunderung ab, daß dieses Familienunternehmen auch die aktuelle internationale Schiffbaukrise — zumindest bis heute — zu meistern scheint.

Zusammenfassend versucht Kiedel, den Erfolg des Familienunternehmens durch die folgenden Faktoren zu klären: (1) „Flexibilität“, zurückzuführen auf den Charakter als Familienbetrieb; (2) „rationelle Einrichtung der Werft“ mit optimalem Fertigungsfluß, wobei Unternehmen und Anlage überschaubar geblieben seien; (3) „eine überdurchschnittlich einsatzbereite Belegschaft“, ihr attestiert Kiedel „Bodenständigkeit“, zumal durch Hausbesitz, was bei 70 Prozent der Belegschaft der Fall ist (S. 230–232).

Als letzten Erklärungsversuch rekurriert Kiedel auf die Formel „Tradition und Fortschritt“, was auch immer darunter zu verstehen sein mag. Diese

floskelhafte Abstraktion befriedigt als Erklärung für den Erfolg des Familienunternehmens allerdings kaum. Überzeugender ist da schon Kiedels Hinweis auf die Ausrichtung des Unternehmens auf den Spezialschiffbau.

Eine weitgehende Umgestaltung nahm Kiedel im Anhang vor, wo er nicht nur die Schiffslisten vervollständigte, sondern den er auch um Dokumente aus der Geschichte des Unternehmens, Informationen über die heutige Werft und die Pläne mehrerer Schiffe ergänzte.

Die Festschrift ist zweisprachig; der englische Text wird sicherlich den internationalen Kunden- und Interessentenkreis positiv ansprechen. Die Ausstattung des Bandes ist äußerst großzügig: Zahlreiche Schwarzweiß- und Farbfotos geben u. a. Ansichten der Werft und ihrer verschiedenen Werkstätten, einzelne Phasen von Arbeitsprozessen, Stapelläufe, Mitglieder der Unternehmensfamilie und der Belegschaft, vor allem natürlich auf der Meyer-Werft gebaute Schiffe wieder. Zeichnungen, Karten, Linienrisse und Takelpläne, Konstruktionszeichnungen sowie als Faksimile wiedergegebene Dokumente — jeweils mit informativen Bildunterschriften — runden die optische Ausstattung ab.

Bei einem Familienunternehmen, das in geschäftlicher Hinsicht immer soviel Weitblick zeigt, sollte man hoffen, daß es das nächste Mal dem Autor ihrer Festschrift mehr Zeit für deren Abfassung gibt.

*Peter Kuckuk*

*Geschichte des Landes Oldenburg.* Ein Handbuch. Hrsg. von *Albrecht Eckhardt* in Zusammenarbeit mit *Heinrich Schmidt*. Oldenburg: Holzberg 1987. 1024 S., 7 Karten, zahlr. Abb.

Nach Gustav Rühnings (1911/1937) und Hermann Lübblings (1953) inzwischen längst überholten Darstellungen der Geschichte Oldenburgs liegt nunmehr mit dem hier angezeigten Werk eine Geschichte des Landes Oldenburg vor, die als Handbuch in ihrer Konzeption, ihrer Gliederung, ihrer Sprache und Illustration einem breiten und nicht nur wissenschaftlichen Publikum Einstieg und Verweilen in Oldenburgs Vergangenheit ermöglicht, sondern geradezu einlädt.

Seit 1978 gibt es Oldenburg als politische Einheit nicht mehr. Zwar haben verschiedene Autoren in ihren Beiträgen diese historische Zäsur als Schlußpunkt ihrer Darstellungen gewählt, doch versteht sich das Handbuch deswegen als nichts weniger als ein Abgesang auf einstige Selbständigkeit. Die Identität Oldenburgs mit seiner Geschichte dauert über 1978 hinaus.

Der Schwerpunkt der Geschichte des Landes Oldenburg liegt in der Darstellung des 19. und 20. Jahrhunderts. Manch einer mag das kritisieren und den Zeitgeist beschwören. In der Darstellung des 19. und 20. Jahrhunderts lag jedoch gegenüber den früheren Arbeiten zur Geschichte Oldenburgs ein großer Nachholbedarf. Daß diese Schwerpunktverlagerung darüber hinaus auch einem aktuellen Interesse an der jüngeren und jüngsten Vergangenheit entspricht, sollte eher begrüßt werden.

Die Geschichte des Landes Oldenburg gliedert sich in drei große Bereiche. An den Anfang sind Grundlagenbeiträge über Vor- und Frühgeschichte, über Geschichtsschreibung und Archivüberlieferung gestellt, wobei man m. E. auf letztere wegen ihrer zwangsläufigen Unvollständigkeit auch gut und gerne hätte verzichten können. Es folgen in chronologischer Abfolge Beiträge, die die Geschichte Oldenburgs gesamtheitlich bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts behandeln, sich für die Folgezeit bis 1978 jedoch auf die politische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte beschränken. Ihnen werden für die letzten zwei Jahrhunderte Spezialuntersuchungen über die Landesteile Lübeck und Oldenburg, die Stadt Wilhelmshaven, zur Bevölkerungsgeschichte, zu Wirtschaft und Verkehr, über die Schulen und Kirchen, über die Denkmale der bildenden Kunst, zur historischen Sachkultur und schließlich über das allgemeine kulturelle Leben von der Aufklärung bis zur frühen Nachkriegszeit zur Seite gestellt. Das Handbuch schließt mit umfangreichen Indices, Stammtafeln des Oldenburger Grafenhauses, einem Bildungsnachweis und fügt in einem Anhang Karten zur naturräumlichen Gliederung, zur Bodennutzung, zur Territorialentwicklung und zur Infrastruktur Oldenburgs hinzu.

Das Handbuch ist in einem Band erschienen. Dafür ist den Herausgebern zu danken, denn es zwingt die Autoren bei aller Farbigkeit und Vielfalt ihrer Beiträge zur Konzentration. So laufen sie weniger Gefahr, Geschichte auszuschreiben. Die Einzelbeiträge wie das Gesamtwerk bleiben selbst noch bei gut 1000 Seiten überschaubar.

Das Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg ist das gemeinsame Werk eines großen Kreises von Autorinnen und Autoren. Das Verzeichnis am Ende des Handbuches nennt über 20 Historiker von Universitäten und Archiven, Archäologen, Museumsfachleute und andere. Trotz ihrer Fachkompetenz bleiben hier und da Lücken, bedingt vor allem durch den Forschungsstand. So bleibt die Darstellung Oldenburgs in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft insgesamt unbefriedigend. Zu pauschal geht der Autor über die Phänomene von Widerstand und Verfolgung hinweg, beschränkt sich zu sehr auf den Kirchenkampf im südlichen Oldenburg, läßt gar den anfänglichen Widerstand in den Hochburgen der Arbeiterbewegung wie Delmenhorst, Oldenburg und Wilhelmshaven und seine Verbindungen zu Bremen und den Niederlanden gänzlich aus. Der Alltag des Krieges für die Menschen im Lande Oldenburg, aber auch für die Tausenden in der Landwirtschaft wie in der Rüstungsindustrie eingesetzten Zwangsarbeiter beschränkt sich auf einen zwar blumigen, deswegen allerdings um so nichtssagenderen Satz. Da reichen als Ersatz auch nicht die wenigen, in ihrer Auswahl zudem nicht überzeugenden Fotos über „Das Land Oldenburg im Zweiten Weltkrieg“ aus. Mit Spannung wird man hier auf Ergebnisse des seit einiger Zeit begonnenen Forschungsprojektes der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen zu Widerstand und Verfolgung in Niedersachsen warten.

Oldenburger sind Oldenburger geblieben, trotz der Verwaltungszäsur von 1978. Sie werden daher, wie die übrige Fachwissenschaft, das Erscheinen einer modernen oldenburgischen Landesgeschichte besonders begrüßen.

Aber auch der Bremer findet als Nachbar aufgrund der kontinuierlichen Wechselbeziehungen an vielen Stellen des Handbuchs Anknüpfungspunkte zu seiner eigenen Geschichte. Zuletzt nur ein kleiner Korrekturhinweis: Bei der Abteilung Nr. 434 handelt es sich nicht um die Delmenhorster „Jute“, sondern um die Jute-Spinnerei und Weberei Bremen.

*Hartmut Müller*

*Baha, Norbert: Die Rückkehr zur Demokratie, Delmenhorster Kommunalpolitik unter britischer Besatzung 1945/46. Delmenhorst: Rieck 1987. 140 S. (Delmenhorster Schriften. Bd. 13.)*

Mit seinem Überblick über die Delmenhorster Kommunalpolitik 1945/46 hat sich Norbert Baha, der mit den lokalen Verhältnissen durch seine umfangreiche Studie „Wiederaufbau und Integration. Die Stadt Delmenhorst nach 1945“ (rez. in: Brem. Jb. 63, 1985, S. 219–220) bestens vertraut ist, Verdienste erworben. Knapp, anschaulich und doch solide auf die Quellen gegründet, stellt er die Entwicklung vom Einmarsch der Briten am 20. April 1945 bis zur Kommunalwahl am 13. Oktober 1946 dar. Leider ist die Aktenüberlieferung der örtlichen Militärregierung offenbar verloren, aber große Kontroversen, die die Position der Gegenseite wichtig gemacht hätten, sind ohnehin nicht zu verzeichnen. Von wenigen grundsätzlichen Fragen der Kommunalverwaltung abgesehen, ließen die Briten die Deutschen in den Amtsstuben frühzeitig gewähren. Bereits am 15. Mai 1945 fand die konstituierende Sitzung eines sog. „Vertrauensausschusses“ von acht ernannten Personen statt, der als Vorläufer der kommunalen Volksvertretung fungierte. Seine Sitzungsprotokolle haben sich zum Glück vollständig erhalten. Er wurde am 28. November 1945 durch die „Ernannte Stadtvertretung“ abgelöst. Unter den 30 Mitgliedern des „Nominated Representative Council“ (Baha nennt nur 29) befinden sich zwei Frauen — eine heute sicherlich nicht mehr als „repräsentativ“ akzeptierte Quote. Der Verfasser schildert schließlich die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften und den Einfluß des britischen Kommunalwahlrechts auf die Wahl im Herbst 1946. Natürlich müssen bei einem so knappen Überblick viele Dinge ausgeklammert, viele Fragen unbeantwortet bleiben. Wer z. B. heiß diskutierte Probleme wie die Entnazifizierung nur grob skizzieren kann, läuft Gefahr, oberflächlich und unkritisch zu wirken, und die kommentarlos getroffene Feststellung, daß die Besatzer die politisch konservativen Kräfte gegenüber den linksorientierten bevorzugten (S. 72 f.), wirft — doch wohl ungewollt — ein eigenartiges Licht auf den Titel „Die Rückkehr zur Demokratie“. Bei der Lektüre etwa aufkeimender Unzufriedenheit mit der knappen Kost ist entgegenzuhalten, daß man für das, was vorgelegt wurde, dankbar sein kann und gern ein Bändchen ähnlicher Güte für andere niedersächsische Kommunen zur Verfügung hätte.

*Andreas Röpcke*

*Schriefer, Heinrich: Hagen und Stotel.* Geschichte der beiden Häuser und Ämter. Lektorat: Carsten Boos. Fischerhude: Atelier im Bauernhaus 1988. 317 S. mit 90 Abb.

Aus Anlaß der Eröffnung der restaurierten Burg Hagen am 16. Juni 1988 wurde mit Unterstützung der Gemeinde und Samtgemeinde Hagen, der Jagdgenossenschaft Kassebruch, der örtlichen Kreditinstitute und des Heimatvereins Burg zu Hagen im Bremischen sowie einiger Privatpersonen die 1901 erstmals als Buch erschienene Arbeit von Heinrich Schriefer (1847–1912), „Hagen und Stotel“, als Neudruck veröffentlicht. Dabei wurden der Text der Originalausgabe im Wortlaut übernommen, Rechtschreibung und Zeichensetzung aber dem heutigen Stand angepaßt und vor allem die für viele Menschen heute ein Lesehindernis bildende Frakturschrift durch eine Antiqua-Drucktype ersetzt. Dazugegeben wurden 90 meist historische Abbildungen (Landkarten, Zeichnungen, Fotos) sowie ein Kapitel über „Das Leben und Werk Heinrich Schriefers“. Ein Portraitfoto Heinrich Schriefers, ein Gruppenbild, das ihn mit seiner Schulklasse zeigt, das Bild seines Grabsteins und einige weitere Fotos ergänzen diesen Lebensabriß. Carsten Boos schildert in knapper Form den Lebensweg des 1847 in Schlußdorf bei Woppswede geborenen Torfbauernjungen. Nach der Schulentlassung war er zunächst in der Landwirtschaft tätig. Als Musiker spielte er bei dörflichen Hochzeitsfeiern und Tanzvergügungen. Mit 18 Jahren besuchte er dann die Präparandenanstalt in Davörden und das Lehrerseminar in Stade. Diedrich Steilen, dessen Gedenkartikel „Fünfzig Jahre Hagen und Stotel“ (Niederdeutsches Heimatblatt, Nr. 23, November 1951, S. 2) im Faksimile wiedergegeben ist, spricht von einer sehr verkürzten Lehrerausbildung: „Nach halbjährigem Besuch des Stader Seminars wurde er nacheinander Lehrer in Sottrum, Hagen, Alstedt und Hahnenknoop, bis er Michaelis 1877 nach Kassebruch kam [ . . . ].“ Um 1880 — so Carsten Boos — begann er, „sich für seine Kassebrucher Umgebung zu interessieren“.

Wir verdanken dieser Beschäftigung mit der näheren und weiteren „zweiten Heimat“ des Lehrers Schriefer ein aus der damals vorliegenden heimatkundlichen und -geschichtlichen Literatur kompiliertes und durch den Blick in Kirchenbücher, Pfarr- und Schulchroniken ergänztes Heimatbuch. Heinrich Schriefer nennt seine Quellen und ermöglicht dem Leser von heute dadurch die Nachprüfung seiner nicht immer richtigen Angaben. Seiner Phantasie läßt er bei der Deutung der Ortsnamen freien Lauf, seine politische Überzeugung — Schriefer war Welfe — klingt nur gelegentlich einmal an. Da seit Schriefer keine umfassende Arbeit vorgelegt wurde, die dem heutigen Stand der Urkundenedition und der Forschung für diesen Raum Rechnung trägt, muß man für den Neudruck dankbar sein. Daß die „dem Andenken des Verfassers von ‚Hagen und Stotel‘ gewidmete“ Arbeit „Die Grafen von Stotel“ von Hinrich Wulff (Die Niederweser; 3. Jg., Nr. 15, 26.7.1925) nicht mit aufgenommen wurde, daß sie nicht einmal in einer Fußnote erwähnt wird, weckt aber dann doch Bedauern. Wie gut hätte sich auch eine Bibliographie Heinrich Schriefers, die seine Zeitschriftenaufsätze einschließen sollte, auch seine Gedichte, seine politische Lyrik, am Schluß des

so aufwendig produzierten Neudrucks gemacht. Das sind Wünsche, aber die Ermittlung des Erstdrucks dieses Buches in einer Tageszeitung, des Vorabdrucks in der Zeitschrift „Hannoverland“ (2. Jg., 1895) darf man doch zu den Selbstverständlichkeiten rechnen, die man von einer Neuedition erwartet.

*Gerhard Schmolze*

*Findbuch der Reichskammergerichtsakten im Archiv der Hansestadt Lübeck.* Bearb. von *Hans-Konrad Stein-Stegemann*. Schleswig 1987. 1067 S. in 2 Bänden. (Veröffentlichungen des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs. Bd. 18 u. 19.)

Der Lübecker Anteil von ca. 770 Prozeßakten des ehemaligen Reichskammergerichts ist – anders als in Bremen – offenbar weitgehend in dem Umfang erhalten geblieben, wie ihn die Hansestadt um die Mitte des 19. Jahrhunderts bei der Aufteilung des Reichskammergerichtsarchivs erhalten hat. Mit seinem zeitlichen Schwerpunkt im 16. und 17. Jahrhundert bildet der Bestand einen wichtigen Quellenkomplex nicht nur für rechts- und wirtschaftsgeschichtlich orientierte Forschung, sondern auch für genealogische und topographische Fragen.

In Hans-Konrad Stein-Stegemann hat Lübeck einen sehr erfahrenen Bearbeiter für seine Akten gefunden, der zuvor bereits die über tausend Einheiten des Hamburger Bestandes erschlossen hatte (noch unveröffentlicht). Das vorgelegte, nach genormten Erschließungsrichtlinien professionell gemachte Findbuch ermöglicht mit sechs verschiedenen Indices, die ein Viertel des Gesamtvolumens erreichen, dem Benutzer bequemen Zugang zu dem Material. Prozesse mit Bremer Beteiligung z. B. sind problemlos zu ermitteln – es sind nicht viele. Eine in ihrer Dichte bestechende Einführung von Antjekathrin Graßmann in Geschichte und Funktion des Reichskammergerichts und die Entstehungsgeschichte des Lübecker Aktenanteils rundet das insgesamt beeindruckende Werk ab. Das in den letzten Jahren kontinuierlich dichter werdende Netz publizierter Findbücher zu örtlichen und regionalen Reichskammergerichtsbeständen in Norddeutschland ist eine Einladung an die Forschung, die nicht ohne Antwort bleiben wird.

*Andreas Röpcke*

*Schneider, Gerhard: Gefährdung und Verlust der Eigenstaatlichkeit der Freien und Hansestadt Lübeck und seine Folgen.* Lübeck: Schmidt-Römhild 1986. 229 S. (Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck. Reihe B. Bd. 14.)

Von den siebzehn Ländern der Weimarer Republik waren die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck die kleinsten. Die Summe ihrer Territorien machte genau 0,21 Prozent des Reichsgebietes aus. Als Hafen- und Handelsstädte besaßen sie dennoch mehr Gewicht im Reich als die anderen Zwergstaaten. Trotz dieser Sonderstellung hatten sie aber stets Anlaß, sich um die

Erhaltung ihrer staatlichen Selbständigkeit zu sorgen. Die der jungen Republik mitgegebenen Strukturprobleme verlangten eine organisatorische und regionale Reform: Neuaufbau und Neugliederung.

Während das Ende der Weimarer Republik und der Beginn der Diktatur bis zum Untergang der Länderstaatlichkeit im Jahre 1934 mittlerweile in Hamburg und Bremen erforscht worden sind, fehlte es bisher an einer entsprechenden Darstellung aus Lübeck. Sie liegt nun vor und sogar aus der Feder eines Zeitzeugen. Der Autor war Ende der dreißiger Jahre, als junger Regierungsrat, zunächst persönlicher Referent des Bürgermeisters, dann Stadtsyndikus und gegen Kriegsende schließlich Bürgermeister seiner Heimatstadt. Seine intime Kenntnis der lübeckischen Verhältnisse, der Senatsangelegenheiten und der lokalen Hauptakteure hätte einen besonderen Vorzug dieser Arbeit ausmachen können. Indes kommt sie dem wissensdurstigen und an Motiven und Zusammenhängen interessierten Leser kaum zugute. Die unermeßliche Fülle der Details und Personen zieht vor seinen Augen vorbei, ohne daß in nennenswerter Weise landesgeschichtliche Hintergründe, politische Umstände und handelnde Persönlichkeiten herausgearbeitet und zu einem lebendigen Bild verdichtet werden. Die bürokratische Dürre der Darstellung tut ein übriges, um die oft minutiöse Rekonstruktion in der Menge unabgewogener Fakten versinken zu lassen.

Der Autor stützt sich außer auf eigenes Erleben und Mitgestalten der Lübecker Schicksalsjahre auf ein umfangreiches Studium der Akten des Archivs der Hansestadt Lübeck, des Staatsarchivs Hamburg, des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, Berlin, und des Bundesarchivs Koblenz. Die Akten des Reichsministeriums des Innern über Lübeck im Zentralen Staatsarchiv Potsdam sind ihm anscheinend nicht zugänglich gewesen. Auch hat er darauf verzichtet, die lübeckischen Tageszeitungen aller Richtungen auszuwerten und das Zeugnis beteiligter Zeitgenossen entgegen seiner sonst üblichen Bedeutung in der zeitgeschichtlichen Forschung zu berücksichtigen.

Das Bemühen Lübecks um die Erhaltung seiner Selbständigkeit setzte schon 1919 ein. Der Vater der Weimarer Verfassung und spätere Reichsinnenminister Dr. Hugo Preuß hatte nämlich nur die beiden Hansestädte Hamburg und Bremen als eigenstaatliche Gebietskörperschaften unter der neuen Verfassung erhalten wollen. Erst aufgrund der persönlichen Initiative seines Bürgermeisters, Dr. Emil Ferdinand Fehling, bei der Reichsregierung konnte Lübeck (S. 26 f.) den überkommenen Status behalten.

Die nächsten Stationen staatspolitischer Wachsamkeit in den kleineren Ländern zogen mit der Diskussion der Reichsreformfrage (1928–1930) und dem „Preußenschlag“ (1932) herauf. Während „die Reichsreform und Länderkonferenz“ nur cursorisch, anhand der gleichlautenden Schrift des Oberregierungsrates Dr. Franz Albrecht Medicus aus dem Reichsinnenministerium ohne Rückgriff auf Lübecker Akten dargestellt werden (S. 35–42), erfährt der Leser nichts über die Einsetzung eines Reichskommissars im Lande Preußen und die Haltung des lübeckischen Senats gegenüber dieser ersten Gleichschaltungsmaßnahme des Reiches. Dabei war es gerade Lübecks sozialdemokratischer Bürgermeister Paul Löwigt, der auf der

eilends in Stuttgart einberufenen Länderkonferenz scharfe Worte gegen die Preußenaktion fand und sich der Rechtsauffassung Bayerns und Badens anschloß, die beide von einer Gefahr für die Selbständigkeit der Länder und von der Verfassungswidrigkeit des Vorgehens der Reichsregierung gesprochen hatten.

Breiten Raum erhält statt dessen die Behandlung der von der hamburgischen und lübeckischen Kaufmannschaft verfolgten Absicht, die beiden Hansestädte wirtschaftlich und politisch enger zu verbinden (S. 43–74). Die nach dem Eintritt der Senate in die eigens zu diesem Zweck gegründete Hamburg–Lübeck Gesellschaft intensiv geführten Verhandlungen hatten dennoch nicht den angestrebten Erfolg. Andere Sorgen aus der Weltwirtschaftskrise und der deutschen Staatskrise schoben sich in den Vordergrund.

Die Gleichschaltung Lübecks nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 verlief nach dem gleichen Muster wie in den meisten anderen Ländern (S. 75 ff.). Vom Autor für nicht erwähnenswert gehalten ist die Tatsache, daß das kleine Lübeck bis zum Ende der Weimarer Republik über stabile, der parlamentarischen Demokratie verpflichtete Regierungsverhältnisse verfügte. Auf diese Besonderheit konnten außer ihm nur die Schwesterstadt Bremen und Schaumburg-Lippe verweisen. Die Regierung wurde in diesen Ländern von einem Koalitionsbündnis zwischen den bürgerlichen Parteien und der SPD getragen.

Mit dem Neuaufbaugesetz vom 30. Januar 1934 endeten die Eigenstaatlichkeit der Länder und die bundesstaatliche Grundordnung der Weimarer Verfassung. Die ehemaligen Länder bestanden als Verwaltungskörper besonderer Art fort. Durch die Eingliederung in Preußen aufgrund des Groß-Hamburg-Gesetzes vom 26. Januar 1937 sollte Lübeck auch diesen Status verlieren. Die Wiederherstellung seiner staatsrechtlichen Selbständigkeit nach 1945 ist nicht mehr gelungen.

Monographien sind die Mosaiksteine für die großen Kapitel der Geschichtsschreibung über eine Zeit oder ein Volk. Es kommt ihnen daher zu, ins einzelne zu gehen, Tatsachen, Strömungen und Einflüsse, die von Belang sind, aufzuspüren und zu belegen. Gleichzeitig fordert ihre Gewissenhaftigkeit aber auch, die Spreu vom Weizen zu sondern. Über die Hälfte des Bandes befaßt sich als scheinbarer Schwer- und Höhepunkt mit den Folgen der verlorenen Eigenstaatlichkeit, der verwaltungstechnischen Eingliederung Lübecks in Preußen. Das steht nicht in Einklang mit der Gewichtung, die der Titel des Buches setzt, und es ist weder in der Form noch in der Sache bemerkenswert — und schon gar nicht ist es genußreich zu lesen.

*Holger G. Hasenkamp*

Postel, Rainer: *Die Reformation in Hamburg 1517–1528*. Gütersloh: Mohn 1986. 484 S. (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte. Bd. 52.)

Rainer Postel hat mit seinem Buch „Die Reformation in Hamburg 1517–1528“ die Monographie vorgelegt, die nach seinen zahlreichen Einzeluntersuchungen zur Hamburger Reformationsgeschichte von ihm erwartet werden konnte.

Schon mit dem Einstieg beim Jahr 1517 setzt der Verfasser einen deutlichen Akzent für sein historisches Arbeiten und Urteilen. Lokale Ereignisse aus diesem Jahr, die zunächst noch in gar keinem offenbaren Zusammenhang mit der Reformation stehen, werden hervorgehoben, weil sich mit ihnen die Reformation als *städtisches* Geschehen vorbereitet: Im Jahr des Thesenanschlags sterben in Hamburg zwei Bürgermeister, wie auch der Domdekan Albert Krantz, und die Hamburger Kaufmannschaft formiert sich neu. Der Zusammenhang dieser Ereignisse mit der Reformation wird erst dadurch offensichtlich, daß Postels historische Analyse die Veränderungen in der Stadtregierung und bei der städtischen Oberschicht als wichtige Voraussetzungen der Reformation in Hamburg erkennen und beurteilen läßt.

Dabei löst Postel die Reformation keineswegs in ihre politischen Voraussetzungen und Zusammenhänge auf, vielmehr führt er akribisch vor, wie sich erst durch die Reformation und ihre theologischen und kirchenrechtlichen Gravamina ein schon lange währender Konflikt zwischen Stadtbürgertum und Klerus auf eine neue, qualitativ andere Stufe heben ließ. Freilich wurde dieser Konflikt nicht erst mit der Reformation religiös, insofern das den Privilegien der Kleriker widerstrebende Gleichheitsbewußtsein der Bürger im sakralen Stadtverband religiös fundiert war.

Durch die Reformation aber wird die im Stadtverband genossenschaftlich organisierte Gemeinschaft der Bürger zu einem reflexiven geistlichen Subjekt, das sich in dem Dringen auf Einfluß bei der Pfarrerwahl seiner geistlichen Kompetenz bewußt wird, mit der Konzentration auf Predigen und Predigthören seine spezifische Öffentlichkeit, die reformatorische Öffentlichkeit, konstituiert und sich in der Begründung seiner Reformen allein aus der Schrift durch eine souveräne Instanz legitimiert weiß.

Doch ließ sich auch im Jahre 1528 die „alte Lehre“ theologisch in einer großen Disputation unter Berufung auf die Schrift widerlegen und solenn abkanzeln. Bis es zu dieser Disputation überhaupt hatte kommen können, waren erst weitreichende innen- und außenpolitische Veränderungen in Hamburg vonnöten gewesen:

Gewissermaßen als ein Vorspiel zur Reformation stellt Postel den Hamburger Schulstreit von 1522–1524 vor. Im Vordergrund stehen hier die Klagen der Bürger über den Domherrn und Scholasticus Heinrich Banskow, im Hintergrund aber die genossenschaftlich motivierte Auflehnung der Bürger gegen die Anmaßungen geistlicher Schulaufsicht gerade in bezug auf die Einsetzung von Lehrern.

Als die Bürger den Streit erfolgreich für sich beenden können, tritt bereits als Frucht ihres gefestigten Gemeinschaftsbewußtseins der Wunsch nach

Hinzuziehung von Kirchspielherren und Kirchenpflegern (= Juraten) bei der Besetzung von Pfarrstellen auf der Liste der Gravamina in Erscheinung. Gerade an den Erfolgen bei der Einflußnahme auf die Pfarrerwahl läßt sich im folgenden für Hamburg der Fortschritt der Reformation ablesen.

Im Verlauf weniger Jahre erhalten drei der vier Hauptkirchen lutherische Pfarrer (als erster Kempe im Jahre 1523), noch bevor die eigentliche Entscheidung über die Reformation im Jahre 1528 gefallen war.

Diese konnte erst nach einer gravierenden personellen Veränderung im Rat, die der reformatorischen Bewegung eine erhebliche institutionelle Verstärkung brachte, gefällt werden. Bemerkenswert auch, wie der Verfasser den Anspruch auf umfassende historische Analyse durchzuhalten vermag, wenn er auf die außenpolitischen Einflüsse, insbesondere durch den Zusammenhang der hamburgischen Verhältnisse mit dem Erzbistum Bremen, durch die handelspolitischen Beziehungen zu den Küstenstädten und durch Hamburgs Engagement im dänischen Thronstreit, eingeht.

Gerade infolge der finanziellen Belastungen, die die Verwicklung in den dänischen Streit und die Beteiligung am Bau des Alster-Trave-Kanals mit sich brachten, rückten Rat und Bürgerschaft immer mehr gegen die als Schmarotzer empfundenen Kleriker zusammen.

Die Entscheidung für die Reformation vollzog sich dann so, daß der Rat den Glaubensstreit mit der Disputation von 1528 kommunalisierte und letztlich den theologischen Sieg der Reformation über die „altgläubige“ Reaktion auch institutionell durchsetzte.

Schon im Jahr zuvor hatte der Rat die „Kistenordnung“ mit verabschiedet, mit der im Artikel 11 die Pfarrwahl im Sinne der Reformation geregelt wurde.

Diese Kommunalisierung des Glaubens- und Lehrstreits resultierte demnach nicht aus dessen grundsätzlicher Unauflösbarkeit, sondern aus Gründen der Notwendigkeit einer politischen Lösung für den Rat, der mit einem Festhalten an der „alten Lehre“ das Wohl der Stadt gefährdet sehen mußte.

*Friedrich Seven*

*Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner.* Hrsg. von Werner Jochmann und Hans-Dieter Loose. Band 2: Werner Jochmann (Hrsg.), *Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart.* Hamburg: Hoffmann und Campe 1986. 485 S.

Die Geschichte der Stadt Hamburg und ihrer Bewohner, deren erster Band im Jahre 1982 erschienen ist (Brem. Jb., Bd. 60/61, 1982/83, S. 298–300), liegt nunmehr vollständig vor. Sie bleibt auch im zweiten Bande ihrem Ziele treu, eine Geschichte nicht der großen Männer und ihrer Politik, sondern aller Hamburger und der von ihnen bewohnten Stadt, einer unter Mitwirkung vieler unter ihnen in der Periode des Nationalsozialismus zerstörten und nach 1945 gemeinsam wieder aufgebauten Stadt zu bieten. Der Herausgeber, der zugleich das erste Kapitel über die Zeit von 1866 bis 1918 geschrieben hat, legt dafür in der Einleitung die Richtung fest: Zu behandeln sei die Geschichte eines Zeitraumes, in dem sich die Struktur Hamburgs und

das Leben seiner Bewohner so tiefgreifend gewandelt habe wie zuvor in einem ganzen Jahrtausend nicht; von der Eingliederung Hamburgs in den Zoll- und Wirtschaftsverband des Bismarckreiches, von den Modernisierungsschüben, die dem konjunkturellen Aufschwung folgten, die hergekommene Schichtung der Gesellschaft umstürzten und insbesondere in der Verfassungs- und Sozialpolitik tiefgreifende Veränderungen auslösten, bis hin zu den abermals gewandelten wirtschaftlichen Bedingungen, die die Verfestigung der innerdeutschen Grenze seit 1945 und die Einbeziehung der Stadt in die Europäische Gemeinschaft seit den sechziger Jahren zur Folge hatten, sei von ständigen Erschütterungen zu berichten, die, wie alle Deutschen, so auch die Hamburger in ihren Wertmaßstäben hätten unsicher werden lassen. „Es gehörte zu den Begleiterscheinungen des Fortschritts, daß Menschen, die ihn bejahten, sich aus bestehenden Bindungen befreien und dem Neuen verschrieben, dann aber nach verstärkter Sicherheit und Solidarität der Gemeinschaft riefen, wenn sie bei ihrem Vorwärtsstürmen in Gefahr gerieten oder durch ihre Experimente sogar Krisen heraufbeschworen. In solchen Lagen opferten sie denen, die ihnen Hilfe versprachen, bewährte Grundsätze, vielfach sogar die innere Unabhängigkeit“ (S. 12).

Damit ist das Leitmotiv des Buches angeschlagen. Schon wenn Jochmann davon erzählt, wie längst vor dem Ersten Weltkriege die Untergrabung des Dreiklassenwahlrechts vor allem die von ihm privilegierten hausbesitzenden Handwerker und Einzelhändler bedrohte, die sich nun im Kampfe mit der vorher rechtlosen Arbeiterschaft politisch behaupten mußten, wie die in Hamburg besonders starke Gruppe der kaufmännischen Angestellten zwischen Grundbesitzern und Arbeitern Fuß zu fassen suchte, wie sich die Führungsschicht der Kaufleute und Beamten insbesondere während des Ersten Weltkrieges in der Kriegszieldiskussion kompromittierte und wie im Zusammenhange mit all dem der Antisemitismus emporkam, so empfindet der Leser bereits den dumpfen Druck der nahenden Katastrophe, der sich auf eine noch ahnungslose Generation legte. Ursula Büttner, die über Hamburg in der Weimarer Zeit berichtet, setzt die Erzählung fort als einen Bericht über die politische und wirtschaftliche Entwicklung, auf deren Lenkung von Berlin aus die Hamburger kaum noch Einfluß hatten, auf die sie aber mit der Bildung ihrer Parteien und Interessengruppen reagierten; sie bezieht alles das in ihre Erzählung mit ein, was das Wahlverhalten der Bevölkerung und das Schicksal der Parteien und schließlich den Zusammenbruch der deutschen und der hamburgischen Demokratie erklären kann. Mit dem Eintritt der Zeitenwende von 1933 mußte eine so angelegte Darstellung notwendigerweise den Höhepunkt erreichen. Werner Johe, der Hamburgs Geschichte im „Dritten Reich“ beschreibt, und Arnold Sywotteks Schlußkapitel über Hamburg seit 1945 hatten lediglich noch die Konsequenzen auszuziehen, und man spürt, daß die Konzeption des Bandes dem letzten Kapitel nur den Stellenwert eines Anhangs zuweisen konnte, da ja die bange Frage nicht zu beantworten ist, ob die Gefahren, denen wir einmal erlegen sind, seither wohl endgültig haben gebannt und zur Geschichte erklärt werden können.

Es ist zweifellos der leitenden Hand des Herausgebers zu verdanken, daß die deutsche stadtgeschichtliche Literatur um ein Buch bereichert worden

ist, das sich durch eine nicht eben häufige Zielstrebigkeit in der Meisterung des unübersehbaren Stoffes und durch die Klarheit auszeichnet, mit der die Verfasser Geschichtsschreibung als eine moralische Aufgabe auffassen.

*Ernst Pitz*

*Auf den Spuren des alten Stade.* Ein Arbeitsbericht zur Stadtkernforschung der letzten Jahre. Redaktion: *Jürgen Bohmbach, Torsten Lüdecke, Gerd Mettjes.* Hrsg. von der Stadt-Sparkasse Stade. Stade 1986. 175 S.

Die in den Stadtkernen verschiedener, im Krieg zerstörter Städte durchgeführte „Stadtkernforschung“ schien zunächst nur eine zeitlich begrenzte Aufgabe während der Aufbauphase der betroffenen Städte zu sein. Da vielerorts versäumt wurde, aus der Not eine Tugend zu machen und die Zerstörung ganzer Häuserzeilen, ja Stadtteile, für archäologische Untersuchungen zu nutzen, erlangte das Thema Stadtkernforschung in den ersten Nachkriegsjahrzehnten mehr und mehr den Rang eines abgeschlossenen forschungsgeschichtlichen Faktums. Doch seit Beginn der 70er Jahre erfuhr die Stadtkernforschung — auch „archäologische Stadtforschung“ oder „Stadtkernarchäologie“ genannt — durch die Sanierungen infolge des Städtebauförderungsgesetzes eine Wiederbelebung. Vor allem die Städte ohne Kriegsschäden bekamen nun eine Chance, in Bereiche der Vergangenheit einzudringen, die durch die klassischen Quellengattungen und historischen Disziplinen nicht oder nur unvollkommen erschlossen werden können.

Zu den Städten, die die nie mehr wiederkehrende Ausnahmesituation der Altstadtanierung genutzt haben, gehört die Stadt Stade. Es ist erstaunlich, daß in dieser mittelgroßen Stadt (1 10 qkm, 45 000 Einwohner!) zwei Archäologen (für das ganze Land Bremen mit 405 qkm:  $\frac{1}{2}$  Archäologe) voll beschäftigt sind, nur den Stadtkern zu erforschen. Daß bei dieser flächendeckenden Betreuung der Bodendenkmale keine Zeit für die Publikation der Ergebnisse bleibt, ist leicht einzusehen. Deshalb ist es besonders anzuerkennen, daß jetzt dennoch ein „Arbeitsbericht zur Stadtkernforschung der letzten Jahre“ vorgelegt werden konnte. Der Haupttitel „Auf den Spuren des alten Stade“ übernimmt bewußt den Titel einer Arbeit von H. Wohltmann. Ohne Zweifel eine originelle Weise, eine verdiente Persönlichkeit zu ehren (Rez. hat in Bremen auf ähnliche Weise an Alwin Lonke erinnert: Römisches im Bremischen, in: Hefte des Focke-Museums 60, 1982, S. 38). Daß der Arbeits- und Forschungsbericht in der vorliegenden opulenten Form erscheinen konnte, ist seiner Aufnahme in die Schriftenreihe der Stadt-Sparkasse Stade zu danken, die sich damit aus Anlaß ihres 150jährigen Bestehens ein bleibendes Denkmal gesetzt hat.

Der ansprechenden äußeren Aufmachung entspricht der Inhalt. Die 21 Einzelbeiträge, von zwölf Autoren erstellt, sind in fünf Abteilungen unter je einem Leitthema zusammengefaßt:

I Allgemeine Probleme (Joost Assendorp, Jürgen Bohmbach und Torsten Lüdecke). II Die Entwicklung der städtischen Siedlung (Beate Korz, Diethard

Meyer, Jürgen Bohmbach, Detlev Ellmers, Gerd Mettjes, Torsten Lüdecke, Martin Nagel und Andreas Wendowski). III Klöster (Jürgen Bohmbach, Gerd Mettjes und Torsten Lüdecke). IV Funde und Methoden (Jürgen Bohmbach, Dieter Eckstein, Günter Bräuer, Diethard Meyer und Helmut Preuß). V Grabungen und Notbergungen 1977 bis 1986 (Torsten Lüdecke).

Die erste Abteilung wird vom zuständigen Bezirksarchäologen in Lüneburg, Joost Assendorp, angeführt. Er beklagt zunächst, daß Denkmalpflege in unserer Gesellschaft leider keine Selbstverständlichkeit ist, eine Tatsache, mit der jeder amtlich tätige Archäologe täglich konfrontiert wird. Angesichts der „rapiden Zerstörung unverhältnismäßig großer Mengen historischer und prähistorischer denkmalwürdiger Substanz — beschleunigt durch Kriegseinwirkung, Wiederaufbau und Mechanisierung in Tiefbau und Landwirtschaft — in der Nachkriegszeit“ muß diese Klage bei jeder Gelegenheit vorgebracht werden, in der Hoffnung, daß Politiker und Regierungen eines Tages aufwachen mögen!

Beim Eingehen auf das Denkmalschutzgesetz in Niedersachsen wird ein besonderer Vorzug dieses Gesetzes von 1978 hervorgehoben. Da heißt es in § 2, daß Denkmalschutz und Denkmalpflege nicht allein Sache des Landes sind, sondern daß bei Wahrnehmung dieser Aufgaben Land, Gemeinden, Landkreise und sonstige Kommunalverbände zusammenarbeiten. Dieser Gesetzestext wird für die „erfreuliche Zunahme der sog. kommunalen Archäologen“ (Kreisarchäologen, Stadtarchäologen) in Niedersachsen verantwortlich gemacht. Dem Rez. fällt es bei solchen Feststellungen schwer, den Traum zu unterdrücken, daß es in Bremen — wäre dies nicht ein selbständiges Bundesland — statt einer halben Kraft wie in Vergangenheit und Zukunft — zwei volle Stellen geben könnte. Aber nicht allein die günstige Regelung der personellen Voraussetzungen (und der Mittel) hat die Stader Stadtarchäologie gefördert. Torsten Lüdecke (Stadtarchäologe) nennt in seinem Beitrag „Das Arbeitskonzept der Stadtarchäologie in Stade“ neben der schon erwähnten Ausnahmesituation der Altstadtanierung die Kooperation mit den Historikern als weitere günstige Voraussetzung seines Anliegens.

Dem Historiker Jürgen Bohmbach (Stadtarchivar) wird so eine Neuinterpretation des begrenzten Bestandes an Quellen zur Frühgeschichte Stades verdankt, die die älteren Annahmen zur Topographie und Entwicklung der ältesten Siedlungsteile: Burg, Hafen und Marktniederlassung, durch ein neues, schlüssigeres Denkmodell ersetzt. Im vorhergehenden Beitrag hat der Stadtarchivar dieses als „Fragen der Historiker an die Stadtarchäologie“ und in einem weiteren mit dem Titel „Die Entwicklung Stades in den ersten Jahrhunderten“ vorgestellt. Dieses neue Denkmodell, bei dem es vor allem um topographische Fragen geht, wie Lokalisierung der oben genannten drei Siedlungsteile, darf natürlich nicht als Fahrplan der archäologischen Forschung verstanden werden. Schon allein der Umstand, daß das Baugeschehen die Arbeitsgänge bestimmt und nicht die Fragestellung, hindert den Archäologen, Zuarbeiter der Historiker zu werden. Beide, Historiker und Archäologen, müssen unabhängig voneinander ihre Ergebnisse erarbeiten.

Später, nach Vorliegen ausreichenden Materials, kann man Verbindungen suchen. Eine Deckung historischer und archäologischer Forschungsergebnisse kann jedoch nur eine Illusion bleiben.

Das Jahrzehnt archäologischer Forschung kann auf eine Reihe interessanter Zwischenergebnisse verweisen, die manche älteren Vermutungen korrigieren. Vor allem betrifft dies die Lokalisierung der frühmittelalterlichen Siedlung (in den verschiedenen Beiträgen stets auf Marktsiedlung oder Kaufleutesiedlung eingeengt). Ähnlich wie in Bremen („Tieferort“; „Balgeinsel“) hat man auch in Stade lange Zeit Bereiche für die Lokalisierung der „Ursiedlung“ in Anspruch genommen, die vor dem 12. Jahrhundert gar nicht besiedelt werden konnten. Grabungen und Bohrungen (T. Lüdecke, „Arbeitsgebiet Marschenbereich“; ders., „Die Grabungen im St. Johanniskloster“; M. Nagel, „Der Schacht in den Spiegelberg“) haben ergeben, daß „die unter dem heutigen Stadthügel verborgene Altlandschaft des frühen Mittelalters eine erheblich andere Geländegestalt“ hatte, als bisher angenommen. Danach waren zwei Drittel des gesamten Altstadtbereichs Marschengelände und lagen noch um 1200 durchweg 4 – 5 m tiefer als heute. Der Fischmarkt als zentraler Straßenknotenpunkt und das Becken des Alten Hafens sind demnach im frühen Mittelalter noch nicht vorhanden gewesen. Während diese Fiktion für Stade erst durch das Wirken der Stadtarchäologie entlarvt werden konnte, hätte man bei richtiger Einschätzung der geologischen und klimatischen Bedingungen (Wasserstände u. a.) die „Keimzelle“ Bremens gar nicht erst im Überschwemmungsbereich der Weser suchen dürfen. Erwartungsgemäß haben dann auch Ausgrabungen in diesem Bereich (Schnoor 31, 1952; A. Lühning, in: E. Grohne, Mahndorf, Bremen 1953, 345 ff.; Tiefer 5/Stavendamm, 154; K. H. Brandt, Bericht im Landesfundarchiv 16/Altstadt, unpubliziert) erwiesen, daß es dort keine Besiedlung vor dem hohen Mittelalter gab. Die Stader „Kaufleutesiedlung“ wird nun – in Übereinstimmung mit dem neuen Historikermodell – „weiter nach Süden zu, den Geesthang hinauf“ lokalisiert, „der Hafen weiter schwingeaufwärts an der Westseite des Geestsporns“. Im Zusammenhang mit dieser frühmittelalterlichen Siedlung wird das Gräberfeld des 8. und 9. Jahrhunderts (G. Mettjes, „Ein Reihengräberfriedhof der Frühzeit“) gegenüber der Kirche St. Cosmae gesehen. Auch in Bremen liegt die „Ursiedlung“ weiter dünenaufwärts. Dies wurde mit letzter Sicherheit 1963 offenbar, als beim Bau des „Hauses der Bürgerschaft“ am Markt in der Westwand der Baugrube ein frühmittelalterliches Grubenhaus der Zeit um 800 entdeckt werden konnte (unpubliziert, Erwähnung bei K. H. Brandt, in: Hefte des Focke-Museums 60, 1982, 43 f.). Dies läßt vermuten, daß das schon 1861, beim Abbruch des Pundsackschen Hauses für den Bau der Neuen Börse gefundene frühmittelalterliche verzierte Webstuhlgewicht (Focke-Museum, Inv. Nr. 186) ebenfalls einem Grubenhaus entstammt wie eine Reihe anderer, nicht überlieferter ähnlicher Funde. Demgegenüber bleiben Bedeutung und Rolle des beim Börsenneubau entdeckten Friedhofes mit offenbar nur ost-westlich orientierten (christlichen) Körpergräbern in Baum- und Bohlensärgen ungewiß. Zur Abrundung der Bremer Verhältnisse mag hier noch genannt werden, daß 1970 nur 50,0 m südwestlich des erwähnten Grubenhauses, direkt vor dem Bankhaus

Neelmeyer, vom Rez. frühmittelalterliche Uferbefestigungen und Schiffsanleger ausgegraben wurden (unpubliziert).

Für eine Stadt wie Stade, deren Name als „Hafen“ zu übersetzen ist, sind die Hafenanlagen natürlich von besonderer Bedeutung. Mit den Fragen und Problemen, die sie begleiten, befaßt sich Detlev Ellmers. Da Ausgrabungsbefunde noch nicht zur Verfügung stehen, entwirft er auf Grund allgemeiner Überlegungen und Analogien zu besser erforschten Plätzen ein anschauliches Bild eines frühmittelalterlichen Ufermarktes. Die Darstellung schließt fünf weitere Entwicklungsphasen bis in die frühe Neuzeit ein. Die Erforschung der Kirchen und Klöster steckt noch in den Anfängen. Deshalb widmen sich zwei der vier Beiträge zu diesem Thema allgemeinen Fragen, einer beklagt die verpaßte Gelegenheit auf dem Georgsberg vor 30 Jahren, und nur die neuen Grabungen am früheren Standort des St. Johannisklosters (Lüdecke) verheißen künftige Erkenntnisse zum Kloster selbst und zu den mit der Klostergründung verbundenen Fragen des Stadtausbaus nach Osten.

Der Bericht des Stadtarchivars über das Dilemma auf dem St. Georgsberg mit dem St. Georgskloster hat Rez. um eine Hoffnung ärmer gemacht. Seit der Beschäftigung mit den Gräbern der Erzbischöfe im Bremer St.-Petri-Dom hatte er die Erwartung, etwas über das Grab von Erzbischof Gottfried ermitteln zu können, der 1363 im St. Georgskloster in Stade beigesetzt worden ist. Eine Auffindung des Grabes als sicherer Beweis für die Beisetzungsnachricht wäre bei der Identifizierung der tatsächlich im Dom aufgefundenen Erzbischöfe sehr hilfreich gewesen.

Für das Fehlen von Beiträgen zu Einzelfragen, wie Hausbau, Zuschnitt der Grundstückspartellen, Wasserversorgung, Abfallbeseitigung usw., gibt es eine plausible Erklärung: absoluter Vorrang der Geländearbeit. Dasselbe gilt im Prinzip auch für die Mengen des Fundmaterials. Ein erster Schritt konnte hier immerhin mit der Bearbeitung der bemalten Irdenware, bisher vielfach noch als „Bauernkeramik“ fehlbeurteilt, getan werden (Diethard Meyer).

Alles in allem kann man die vorliegende Veröffentlichung als Bereicherung ansehen. Sie ehrt die Stadt Stade, die Sparkasse, die Ausgräber und alle, die auf irgendeine Weise dem Unternehmen gedient haben. Ähnliches Lob würden viele gern einmal über eine entsprechende Bremer Veröffentlichung lesen. Eingeweihte wissen jedoch, daß dies niemals Wirklichkeit werden wird. Eine verfehlte Personalpolitik und eine unsachliche Geschäftsverteilung, die statt eines Archäologen einen Kunsthistoriker mit der Stadtkernforschung beauftragte, haben hier in den entscheidenden 50er Jahren den Grund für nicht nachholbare Versäumnisse gelegt. So konnten beispielsweise das völlig zerstörte Stephaniviertel ohne archäologische Unternehmen wieder aufgebaut und der Untergrund der alten St.-Ansgarii-Kirche mit dem Grab des Erzbischofs Hartwig II. abgebaggert werden. Von den beiden Grabungen, die Rez. während eines befristeten Arbeitsverhältnisses 1954 an der Tiefer 5 und 1956 an der Langenstraße 14/15 optimistisch als Auftakt der Stadtkernforschung durchführte, konnte zudem die letztgenannte niemals zu einem Abschluß gebracht werden. Das bereits erwähnte Grubenhäus in der Baugrube des „Hauses der Bürgerschaft“ konnte vom Rez. nur

deshalb untersucht werden, weil es zunächst als prähistorisch, d. h. vormittelalterlich galt. Und die so wichtige Marktgrabung von 1970 wurde Rez. über den Umweg der „Amtshilfe“ für das im Aufbau befindliche Deutsche Schiffahrtsmuseum ermöglicht. Die Verkündung des bremischen Denkmalschutzgesetzes 1975, das die landesarchäologischen Belange insgesamt in der Verantwortung des Rez. vereinigte, kam für Wiederbelebungsversuche zu spät. Dennoch für künftige Generationen ein Trost: Die frühmittelalterliche Siedlung liegt, durch Deckschichten wohl konserviert, unter dem heutigen Marktplatz.

Karl Heinz Brandt

*Fiedler, Beate-Christine: Die Verwaltung der Herzogtümer Bremen und Verden in der Schwedenzeit 1652–1712. Organisation und Wesen der Verwaltung. Stade 1987. 368 S. m. Abb., 1 Kt. (Einzelschriften des Stader Geschichts- und Heimatvereins. Bd. 29. = Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Stade. Bd. 7.)*

Die sogenannte „Schwedenzeit“ von 1652–1712 in den Herzogtümern Bremen und Verden hat in jüngster Zeit in erfreulicher Weise das historische Interesse zurückerobert. Schon vor über zehn Jahren legte Hennig Eichberg in einer bemerkenswerten Untersuchung, die aus einer Dissertation hervorgegangen war, eine Monographie über Schwedenfestungen des 17. Jahrhunderts in den Herzogtümern Bremen und Verden vor. K.-R. Böhme hatte sich bereits 1967 in einer umfangreichen, minutiösen Arbeit mit den bremisch-verdischen Staatsfinanzen von 1645–1676 eingehend beschäftigt. Tiedemann, Tessin, Fritzel und andere traten mit weiteren Arbeiten zur Geschichte der Herzogtümer im 17. Jahrhundert hervor. Daneben gibt es eine Fülle älterer Arbeiten, die thematisch eingeeengt, nur Einzelaspekte von oft ausgesprochen lokalem Zuschnitt behandeln.

Um über Einzelheiten hinweg zu einem Gesamtbild der Zeit von 1652 bis 1712 zu gelangen, war es nötig, sich zunächst mit Wesen, Grundlagen, Organisation und Aufbau der schwedischen Verwaltung zu beschäftigen. Genau das leistet die Arbeit von Beate-Christine Fiedler und kann somit zur Grundlage und zum Ausgangspunkt weiterer Untersuchungen für diese recht bemerkenswerte Zeit werden.

Die Arbeit entstand zunächst noch unter der Betreuung von Walther Hubatsch, Bonn. Nach dessen Tod übernahm Ernst Opgenoorth die weitere Betreuung. Der Aufbau der Dissertation wirkt in sich stringent und überzeugt in der Kapiteleinteilung. Nach der Diskussion der Quellen- und Forschungslage beginnt die Arbeit mit einem Überblick über die geistlichen Reichsterritorien Bremen und Verden bis 1645. Darin werden grundlegende und wichtige Zusammenhänge dargestellt. Auf diesem Hintergrund können Grundlagen, Wesen und Gestalt der späteren schwedischen Herrschaft erst ihre Konturen gewinnen.

Allerdings sollte die Verfasserin nicht, wie z. B. auf Seite 18 und 27 geschehen, einer zu scharfen Trennung von Stadt und Land das Wort reden.

Die Landbewohner betrieben eben nicht allein nur Viehzucht und Ackerbau. Brauer, Höker, Krämer und Wandschneider gab es nicht allein in den Städten, sondern auch in Flecken und „Minderstädten“. Das Braugewerbe wurde auch über stadtähnliche Gebilde hinaus auf dem Lande ausgeübt.

Im dritten Abschnitt behandelt die Autorin detailliert und kenntnisreich die Grundlegung der schwedischen Herrschaft in der Zeit von 1645 bis 1652. Die Herzogtümer besaßen offenbar in den militärischen und wirtschaftlichen Überlegungen Schwedens zumindest zeitweilig einen hohen Stellenwert. Von ihnen aus sollte Einfluß auf die deutschen Mittelstaaten genommen und seewärtige, wirtschaftliche Unternehmungen inaugurieren werden. Bremen und Verden sollten auch als Vorposten gegen das schwe- denfeindliche Dänemark dienen.

Die Regierungsordnung vom 20. Juli 1652 bildete bis zum Ende der Schwedenzeit die Grundlage der Verwaltungsorganisation der Herzogtümer. Danach wurden in Stade drei Behörden eingerichtet. Der Regierungsrat wurde Oberbehörde mit dem Generalgouverneur als Leiter, ihm nachgeordnet war der Präsident. Dieser war zuständig für zivile Aufgaben und als sein Vertreter tätig. Mit dem Tod von Schweder Dietrich Kleihe 1681 entfiel die Position des Präsidenten. Das Justizkollegium mit dem Kanzler als Direktor bildete die zweite und das Konsistorium mit einem rechtsgelehrten Justizrat als Vorsitzenden die dritte Behörde. Die Eigenständigkeit von Justizkollegium und Konsistorium wurde allerdings durch die Aufsichtsfunktion des Regierungsrats beeinträchtigt. In Stockholm wollte man nicht auf eine zentrale Provinzialverwaltung, die sich in dem Regierungsrat ausdrückte, verzichten. Der Gouverneur gewann faktisch die Position eines Statthalters. Ihm unterstand das gesamte Militär, und er stand außerhalb der sonst kollegialisch strukturierten Verwaltung.

Nach 1680 begann der Absolutismus in Bremen-Verden seine deutlichen Spuren zu hinterlassen. Auch scheint sich in dieser Zeit, wie auch anderweitig zu beobachten, ein gewisses schwedisches Nationalgefühl auszubilden, das sich u. a. in einer stärkeren Trennung von Schweden und Ausländern bei militärischen Vorhaben niederschlägt.

Es ist außerordentlich verdienstvoll, daß Frau Fiedler die Lokalverwaltung einer eingehenden Betrachtung unterzieht. Die lokale Forschung wird es begrüßen wollen, daß auf diese Weise umfangreiches Material aufgearbeitet, gegliedert und strukturiert wird, wofür sie nur dankbar sein kann. Die Verwaltung der Städte wird ebenfalls im einzelnen beleuchtet.

In verschiedenen Einzelkapiteln werden erhebliche Veränderungen während der Schwedenzeit diskutiert. So wandelten sich in Bremen-Verden in der frühen Neuzeit die erblichen Verwaltungsämter zu Beamtenstellen, die vornehmlich Gelehrsamkeit und Verdienst zur Voraussetzung hatten.

Bekanntlich war der schwedische König, als Inhaber der Herzogtümer Bremen und Verden, deutscher Reichsfürst und gezwungen, die im Reich bzw. im niedersächsischen Kreis gültigen Gesetze, Bestimmungen und Verträge einzuhalten. Das setzte seinen Machtansprüchen in Krieg und Frieden, man denke hier an die bremischen Kriege von 1654 und 1665/66, deutliche Grenzen. Die Schweden wollten ursprünglich grundsätzlich die deutsche

Verwaltungspraxis in Bremen-Verden beibehalten, eine „Verschwendung“ sollte nicht stattfinden – und konnte wohl auch nicht stattfinden. Doch es besteht kein Zweifel, daß viele schwedische Elemente in die Verwaltung aufgenommen wurden, wodurch diese ausgesprochen moderne Züge gewann. Mit Recht betont die Verfasserin, daß aus geistlichen Wahlfürstentümern weltliche Erbfürstentümer, aus dem persönlichen Regiment des Landesherrn eine weisungsgebundene Statthalterregierung wurde, aus einem lockeren Verwaltungsgefüge sich ein Kollegienaufbau mit festen Kompetenzen herauskristallisierte und anderes mehr. Die schwedischen Neuerungen sind zweifellos unübersehbar und haben die Herzogtümer auch für eine weitere Zeit geprägt.

Die Arbeit birgt eine Fülle von Ergebnissen, die alle für die hiesige Regionalgeschichte von großer Bedeutung sind. Sie können hier ihres Umfanges wegen weder aufgeführt noch diskutiert werden. Interessant ist z. B., wie sich der Absolutismus in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, vor allem nach 1680, Stufe um Stufe entwickelt, der Gouverneur als Statthalter aus der Regierung herauswächst und schließlich Alleinherrschaft im absolutistischen Sinne ausübt.

Von Hans Otte ist im Stader Jahrbuch 1987 kritisch bemerkt worden, daß Frau Fiedler nicht die theoretischen Modelle diskutiert habe, an denen sich damals die optimale Regierungsform orientierte. Weil die Erörterung staatsrechtlicher und kirchenrechtlicher Theorien fehle, erscheine die Regierungsarbeit nur als pragmatisches Reagieren auf die verschiedenen Vorgänge und Herausforderungen. Das ist gewiß richtig. Staatsrechtliche Erörterungen füllen im 17. Jahrhundert tatsächlich einen breiten Raum und wirken auch unmittelbar auf die Politik ein. Politisches Handeln bedurfte damals – entschieden mehr als heute – theoretischer Grundlegungen und Absicherungen. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang nur an das Wirken des Helmstedter Gelehrten Hermann Conring. Conring hat z. B. in seiner umfangreichen Schrift von 1652 mit dem Titel „Gründlicher Bericht / Von der Landes Fürstlichen Ertz Bischöfflichen Hoch- und Gerechtigkeit über die Stadt Bremen / [. . .]“ Schwedens Vorgehen gegen Bremen legitimiert. Hermann Conring war im übrigen der Schwiegersohn von Johann Stucke, Kanzler in den Herzogtümern von 1649 bis 1653. Conring ehelichte im April 1636 dessen Tochter Anna Maria. Auch Stucke hatte sich eingehend mit staatsrechtlichen Theorien beschäftigt.

Es besteht kein Zweifel daran, daß, wenn Frau Fiedler die Erörterungen von Conring und Stucke sowie die Vielzahl der weiteren staatsrechtlichen und kirchenrechtlichen Abhandlungen und Dispute dieser Zeit in ihre Dissertation einbezogen hätte, der Rahmen der Arbeit völlig gesprengt worden wäre. Sicher wird man auf diese nicht verzichten dürfen. Vielleicht bietet sich in dem von der Autorin geplanten zweiten Band eine Möglichkeit, darauf einzugehen. In dieser Arbeit konnten sie jedenfalls nicht zur Diskussion stehen, denn ihre Behandlung war hier nicht zu leisten. Die Autorin tat daher gut daran, das nicht zu tun. Sie formuliert im übrigen als das eigentliche Anliegen ihrer Arbeit, die Verwaltungsorganisation der Herzogtümer

während der Schwedenzeit zu analysieren. Das ist ihr hervorragend gelungen.

Mit der Dissertation von Beate-Christine Fiedler liegt nun endlich eine profunde, umsichtig orientierende und verlässliche Studie über die Herzogtümer Bremen und Verden von 1652 bis 1712 vor. Die Arbeit legt Grundlagen und wird zumindest für einen langen Zeitraum ein viel benutztes, klar gegliedertes und übersichtliches Standardwerk zur Geschichte der Herzogtümer Bremen und Verden sein und bleiben.

*Burchard Scheper*

*Jahrbuch der Wittheit zu Bremen*

Aus: Bd. 29, 1987.

Karl Carstens, Das Demokratieverständnis der Deutschen, S. 7–21. — Hans Kloft, Antike Mysterienkulte, S. 61–77. — Hans-Georg Kolbe, Wilhelm Henzen [1816–1887] aus Bremen und das Archäologische Institut auf dem Kapitol in Rom, S. 133–153. — Detlev Ellmers, Das Deutsche Schifffahrtsmuseum (DSM) in Bremerhaven, S. 155–174. — Ivo Bock, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, S. 175–182.

Aus: Bd. 30, 1988 (Luft- und Raumfahrt 50 Jahre in Bremen).

Manfred Ernst, Historie und Zukunftsperspektiven des Flughafens Bremen, S. 9–18. — Michael Sölter, Projekte des Flugzeugbaus in Bremen von 1938–1988, S. 59–102. — Dorette Frost, Bibliographie der Luft- und Raumfahrt in Bremen, S. 169–188.

*Hospitium Ecclesiae. Forschungen zur Bremischen Kirchengeschichte*

Aus: Bd. 15, 1987.

Klaus Blum, 1200 Jahre Kirchenmusik in Bremen. 1000 Jahre Musik nach Noten, S. 9–28. — Wilhelm Tacke, „Seine Herrlichkeit verfällt der Fäulnis und den Würmern.“ Ein mittelalterlicher Streit — ausgetragen mit dem Schnitzmesser — Anmerkungen zu zwei Wappen an Wange 8 der Reste des Chorgestühls in der Bremer St.-Petri-Domkirche, S. 29–56. — Andreas Röpcke, Regesten zur Geschichte der Horner Kirche am Ausgang des Mittelalters, S. 57–70. — Ortwin Rudloff, Häretische Sätze aus den Bremer Predigten Heinrichs von Zütphen, Januar und Februar 1523, S. 71–76. — Ortwin Rudloff, Quod dictus assertus frater Henricus de ambone publice praedicabat. Zu Heinrich von Zütphens Bremer Predigten im Januar und Februar 1523, S. 77–116. — Kurt Schmidt und Gerhard Schmolze, „Ankunft und Aufenthalt von Jesus Christus im Gebiet von Bremen.“ Die Rede Nikolaus Gürt-

lers beim Antritt des Rektorats am Gymnasium Illustre in Bremen am 18. Juni 1669, S. 117–156. — Heinz Nölle, Die St. Rembertigemeinde zwischen den Weltkriegen, Zeit der Spannungen und der Spaltung, S. 157–173. — David D. Stewart, Dichter und Wächter: R. A. Schröders Weg im Dritten Reich, S. 175–196. — Ingrid Weibezahn, Das neue Bremer Dom-Museum, S. 197–202.

### *Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens*

Aus: H. 10, [1987] (Kunst und Literatur. T. 1: Schöne Künste und ihr Publikum im 18. und 19. Jahrhundert).

Heide Gerstenberger, Zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Liebhaberinnen und den Liebhabern der schönen Künste — ein Vorwort, S. 5–19. — Michael Rüppel, Von der Wanderbühne zum Schauspielhaus. Die Entwicklung des bremischen Theaters von der Mitte des 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, S. 20–103. — Daniel Schütte, Über den Vortheil stehender Theater vor reisenden, und Vorschläge zur Errichtung eines solchen in Bremen. Bremen 1806 [Nachdruck], S. 104–127. — Klaus Blum, Beklatscht man in Bremen nicht? [Nachdruck aus: Musikfreunde und Musici, 1975, S. 185–194], S. 128–145. — Rolf Engelsing, Die literarische Gesellschaft [Nachdruck aus: Der Bürger als Leser, 1974, S. 259–276], S. 146–170. — Helga Clauss, Aspekte zur Malerei in Bremen vom Vormärz bis zur Gründerzeit, S. 171–242.

Aus: H. 11, [1988] (Criminalia. Bremer Strafjustiz 1810–1850).

Johannes Feest u. Christian Marzahn, Bremer Strafjustiz im Übergang, S. 5–17. — Martina Käthner, Frauen in Not. Diebstähle von Frauen und ihre Sanktionierung 1840–1850, S. 19–89. — Hannelore Cyrus, Das „vorsätzlich verheimlichen von Schwangerschaft und Niederkunft“ oder von Frauen, die ihre „Geschlechtsehre“ bewahren wollten, S. 91–131. — Petra Seling-Biehuse, Johann Eberhard Noltenius: Gerichtssekretär im Fall Gesche Gottfried, S. 132–150. — Gesche Gottfried und die bremische Strafjustiz. Aktenauszüge mit Anmerkungen von Petra Seling-Biehuse und Johannes Feest, S. 151–194. — Christian Marzahn, Scheußliche Selbstgefälligkeit oder giftmordsüchtige Monomanie? Die Gesche Gottfried im Streit der Professionen, S. 195–243. — Friedrich Leopold Voget, „Vorschriftsmäßige Demüthigung.“ Wie der Senat seinerzeit mit jungen Advokaten umsprang [Nachdruck aus einer 1827 anonym erschienenen Schrift Vogets], S. 244–255. — Petra Brühl, Gründung und kurze Geschichte des „Vereins für entlassene Gefangene“, S. 256–264. — Georg Gottfried Treviranus, Bericht, abgestattet in der General-Versammlung des Vereins für entlassene Gefangene am 12. Mai 1842 [Nachdruck], S. 265–277.

*Jahrbuch der Männer vom Morgenstern*

Aus: Bd. 65, 1986.

Heino Altona, Die Vorfahren des Marschendichters Hermann Allmers, S. 11–44. — Ernst Beplate, Die Windmühle zu Bederkesa, S. 55–82. — Karl Gebhardt, Auswanderer aus Neuenwalde und Umgebung im 19. Jahrhundert, S. 87–123. — Helmut Coldewey, Die Bremerhavener Hauptagentur der Deutschen Seewarte, S. 143–156 [benutzt auch Bremer Quellen]. — Wolf Mueller-Reichau, Notgeld zwischen Weser und Oste, S. 157–208 [behandelt auch Notgeld bremischer Institutionen wie Bremer Bank-Verein, Norddeutscher Lloyd].

Aus: Bd. 66, 1987.

Eberhard Nehring, Das Pflugschatzregister der Börde Beverstedt von 1534, S. 35–65. — Lina Delfs, Geschichte von Junkernhose und Hosermühlen, S. 67–107. — Ernst Beplate, Schutzjuden im Lande Hadeln, S. 149–172. — Eberhard Groscurth, Eberhard Cronemeyer — ein Pastor in Sorge um Seele und Leib, S. 207–217 [Pastor an der „Großen Kirche“ in Bremerhaven; benutzt sind auch Akten aus dem Staatsarchiv Bremen].

*Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte*

Aus: Bd. 73, 1987.

Karl-Heinrich Wiederkehr, Die hamburgische Seefahrt und die Einführung der meteorologisch-geophysikalischen Navigation. Eine Dokumentation, S. 1–26. — Frank-Michael Wiegand, Einführung der Einkommensteuer in Hamburg, S. 27–59 [behandelt die zwölfjährige Steuerreformdiskussion, die mit dem „Gesetz betreffend die Einkommensteuer“ vom 26.3.1866 endete]. — Inge Blatt, Die Stellung bürgerlicher Hamburger Zeitungen zur Einführung des Sozialistengesetzes, S. 61–95. — Helmut Stubbe-da Luz, Emmy Beckmann (1880–1967), Hamburgs einflußreichste Frauenrechtlerin, S. 97–138. — Peter Wiek, Das Altonaer Etagenhaus um 1900, S. 139–150. — Axel Schildt, Aufbaugeist und Grabenkämpfe. Zur Gründung des Bundes Deutscher Architekten (BDA) in Hamburg nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 151–169.

*Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde*

Aus: Bd. 67, 1987.

Alfred Falk, Materielle Kultur und soziale Struktur. Erfahrungen und Ergebnisse archäologisch-historischer Arbeiten in Lübeck, S. 9–30. — Wolfgang Erdmann, Fragen zu Baugeschichte und Wandmalereien der Lübecker

Franziskanerkirche St. Katharinen, S. 31–57. — Peter W. Kallen, Der Apostelaltar des Ratzeburger Domes, S. 59–78. — Adolf Lumpe, Joachim Jungius und Lübeck, S. 79–89. — Elisabeth Harder-Gersdorff, Lübeck und Hamburg im internationalen Handel mit russischem Juchtenleder in der Frühen Neuzeit (1650–1710) S. 91–146. — Claus-Hinrich Offen, Der Unterrichtsplan von 1810 und die Geschäftsordnung des Schulkollegiums. Zwei Quellen zur Reform des niederen Schulwesens in der Hansestadt Lübeck, S. 147 bis 166. — Gerhard Ahrens, Bürgermeister Roecks Goldenes Senatsjubiläum im Jahre 1864. Ein Bericht des Hamburger Archivars Otto Beneke, S. 167–177 [erwähnt einleitend als Bremer Vertreter Senator Hermann Lampe, einen Schwager Roecks]. — German Foerster, Dr. Carl Böse und seine Stiftung, S. 179–196. — Holger Boettcher, Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenfürsorge nach dem Ersten Weltkrieg in Lübeck, S. 197–229. — Herbert Schult, Ein ungewöhnliches Frauenleben, S. 305–307 [„Ludwig“ Bauer, geb. in Bremen, gest. als Trommler beim Lübecker Stadtmilitär 1737].

Aus: Bd. 68, 1988.

Wilhelm Koppe, Die Frauen „van Sost“ im 14. Jahrhundert, S. 11–19. — Stuart Jenks, Der Liber Lynne und die Besitzgeschichte des hansischen Stalhof zu Lynn, S. 21–81. — Friedrich Bruns, Die Bezüge der Lübecker Ratsherren, S. 83–112. — Wolfgang Erdmann, Aspekte der Baugeschichte des Lübecker Rathauses, S. 113–137. — Otto F. A. Meinardus, De Petro Heylingo Germano Lubecensi, S. 139–157. — Helge bei der Wieden, Lübecker Rangverhältnisse in der Zeit zwischen dem Abschluß des Bürgerrezesses und dem Ende des Heiligen Reiches, S. 159–179. — Holger Boettcher und Henning Loose, Hansestadt im Interzonenhandel. Lübecks Beziehungen zu Mecklenburg 1947–1950, S. 181–213. — Hartmut Freytag, Meint der Lübecker Totentanz von 1489 (1496) einen historischen Domherrn?, S. 215–224.

#### *Stader Jahrbuch*

Aus: Bd. 76, 1986.

Jürgen Bohmbach, Eine Stadt entsteht. Fakten und Phantasien zur Frühgeschichte Stades [bis ins 13. Jh.], S. 18–29. — Joseph König, Zur Biographie des Burchard Grelle, Erzbischofs von Bremen, und der Geschichte seines Pontifikats (1327–1344), S. 30–87 [Der erste bremische Erzbischof nicht-adliger Herkunft: Der Vater war Ratsherr in Bremen. Zur Stadt Bremen suchte er ein gutes Verhältnis]. — Hans Roessner, Die Entwicklung des Postwesens in den Herzogtümern Bremen und Verden zur Schwedenzeit, S. 88–149 [u. a. mit der Einrichtung einer Fahrpost zwischen Hamburg und Bremen 1665 und der Auswertung der Postrechnungen des Bremer Postmeisters Johann Petersen 1668–1672].

Aus: Bd. 77, 1987.

Helmut Ziegert, Landschaft und Besiedlung in ihren Wechselwirkungen. Untersuchungen im Stader Raum, S. 7–28. — Matthias Nistahl, Die Anfänge des St. Andreasstifts zu Verden, S. 29–49. — J. F. Heinrich Müller, Regesten verlorener Urkunden der v. Borch und v. Düring, S. 51–96 [Nr. 73: Erwähnung des Kaplans der Kapelle zu Blumenthal 1423; Nr. 78: Die von Weyhe überlassen Fredeke v. Aumund das Schloß Blumenthal 1430; mit Stammtafel der v. Borch]. — Konrad Schneider, Untersuchungen zum Geldumlauf in der Landdrostei Stade im 19. Jahrhundert, S. 97–121 [Bremer Münze kam außer im Amt Blumenthal kaum vor]. — Beate-Christine Fiedler/Jürgen Bohmbach, Worpswede und Stade. Stationen einer Annäherung [vermittelt besonders durch Hans Wohltmann], S. 122–145. — Matthias Nistahl, Die verlorenen Schriften des Archivars Hinrich Dancker und die Folgen für einen Pfarrer im Wechsel der Herrschaften des 17. Jahrhunderts, S. 189–193 [Supplik des Pfarrers Anton Joachim Hellmund 1679]. — Helmut Ziegert, Der Deichbau an der Niederelbe: eine agrarpolitische Entscheidung? Befunde und Überlegungen zu Folgen und Motiven, S. 194–195 [hypothetisch].

*Oldenburger Jahrbuch*

Aus: Bd. 87, 1987.

Hans Jürgen Nitz und Petra Riemer, Die hochmittelalterliche Hufenkolonisation in den Bruchgebieten Oberstedingens (Wesermarsch), S. 1–34 [behandelt u. a. die bremische Kolonisationspolitik unter Erzbischof Adalbero in der Mitte des 12. Jahrhunderts]. — Wolf Lüdeke v. Weltzien, Schloß Fischhausen, S. 35–40. — Kersten Krüger, Wandel des Stadtbildes durch Festungsbau — Oldenburg in dänischer Zeit, S. 47–108. — Josef Zürlík, Die konfessionelle Zusammensetzung der leitenden Beamten im Großherzogtum Oldenburg unter der konstitutionellen Monarchie 1858–1914, S. 127–146. — Arne Andersen, Industrieansiedlung und Umwelt zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Gründung der Zink- und Bleihütte Nordenham vor 80 Jahren, S. 147–154 [enthält Hinweise auf die Industrieansiedlungsinteressen des Norddeutschen Lloyd in Nordenham]. — Harald Schieckel, Beziehungen Thomas Manns zu einigen Persönlichkeiten oldenburgischer Herkunft, S. 155–163 [behandelt u. a. Beziehungen zu dem Bremerhavener Reichstagsabgeordneten und Justizminister Koch-Weser]. — Armin Dietzel, Die Landesbibliothek und die neue Bibliothek der Universität Oldenburg, S. 165–172 [behandelt u. a. die Tätigkeit des von der UB Bremen kommenden Leiters der UB Oldenburg Hermann Havekost]. — Egbert Koolmann und Rainer Lübke, Oldenburgische Bibliographie 1985/86, S. 359–415 [enthält vereinzelt Hinweise auf Bremen betr. Literatur].

*Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte*

Aus: Bd. 59, 1987.

Zum Thema „Kirche und Gemeinde im Mittelalter“: Klaus Naß, Fulda und Brunshausen. Zur Problematik der Missionsklöster in Sachsen, S. 1–62. — Heinrich Schmidt, Kirchenbau und „zweite Christianisierung“ im friesisch-sächsischen Küstengebiet während des hohen Mittelalters, S. 63–93 [besonders in der Bremer Diözese]. — Elke Weiberg, Pfarrkirchen im Elbe-Weser-Dreieck, S. 95–115 [nur im Archidiakonatsgebiet Hadeln-Wursten]. — Walter Baumann, Kirchenherrschaft in Klosterhand im südlichen Niedersachsen. Die Kirchen des Klosters Walkenried, S. 117–137.

Weitere Aufsätze: Irene Stahl, Lüneburger Ratslinie 1290–1605, S. 139 bis 187. — Hans-Joachim Kraschewski, Vitriolhandel, Termingeschäfte und Wechselbriefe. Zum Gesellschaftsvertrag der Braunschweigischen Vitriol-Handelsgesellschaft vom 14. März 1584, S. 189–211. — Annelore Rieke-Müller, Die Menagerie in Herrenhausen — ein Beispiel für die Federviehhaltung in einer barocken Residenz, S. 213–227 [mit 4 Abb.]. — Walter Achilles, Aufklärung und Fortschritt in der niedersächsischen Landwirtschaft, S. 229–252 [sog. Bauernaufklärung und politische Reaktionen der Bauern gegen Ende des 18. Jh.]. — Rainer Schulze, Probelauf für eine „bürgerliche Sammlung“ in Niedersachsen. Die Bundestagswahl vom 16. März 1952 im Wahlkreis 31 (Harz) und die niedersächsische Unternehmerschaft, S. 253–276.

Kleine Beiträge: Georg Schnath, Neue englische Forschungen über Handels hannoversche Zeit (1710–1712); Donald Burrows, Handel and Hanover, S. 277–279. — Ralf Tappe, Zur Armen- und Waisenpflege der Stadt Goslar im 18. und 19. Jahrhundert, S. 281–298. — Michael Sauer, Die preußische Eingliederung des hannoverschen Volksschullehrerbildungswesens, S. 299–310.

Aus: Bd. 60, 1988.

Zum Thema: „Clemenswerth — Baukunst und höfische Repräsentation im nordwestdeutschen Absolutismus“: Rudolf Vierhaus, Wesen und Stil absolutistischer Herrschaft, S. 1–13. — Wolfgang Seegrün, Clemens August von Bayern [Erzbischof von Köln 1722–1761, auch Bischof von Hildesheim, Münster, Osnabrück und Paderborn]: Priester, Bischof, Politiker, S. 15–32. — Horst-Rüdiger Jarck, Herrliches Vergnügen — bäuerliche Last. Die Jagd des Bischofs Clemens August in Clemenswerth, S. 33–50. — Uta Müller, Die Jagdsternanlage und der Klostergarten von Clemenswerth, S. 51–63 [mit 23 Abb.]. — Franz-Joachim Verspohl, Johann Conrad Schlaun. Ein Architekt zwischen Barock und Régence: Das Jagdschloß Clemenswerth in Sögel, S. 65–69 [mit 6 Abb.].

Weitere Aufsätze: Gerhard Theuerkauf, Urkundenfälschungen des Erzbistums Hamburg-Bremen vom 9. bis zum 12. Jahrhundert, S. 71–140 [ein Teil der von Drögereit verworfenen Papsturkunden für das Erzbistum (864,

865 und spätere) wird ganz oder teilweise für echt gehalten, die erste Fälschungsperiode wird bereits für die Amtszeit Rimberts (865–888) angesetzt]. — Ingo Schwab, Die mittelalterliche Grundherrschaft in Niedersachsen. Überlegungen zur „Realität“ eines strittig gewordenen Forschungsbegriffs an Hand ausgewählter Quellen (9. – 12. Jahrhundert), S. 141–159. — Thomas Vogtherr, Äbtissin Margarete von Boldensen und die Einführung der Reformation im Kloster Isenhagen, S. 161–186. — Dietrich Klatt, Die Wohnbauten von Otto Haesler in Celle 1906–1930, S. 187–212 [mit 19 Abb.]. — Helga Grebing, Niedersachsen vor 40 Jahren – Gesellschaftliche Traditionen und politische Neuordnung, S. 213–227.

Forschungsbericht: Beatrix Herlemann u. Karl-Ludwig Sommer, Widerstand, Alltagsopposition und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Niedersachsen, S. 229–298 [berührt nur z. T. (Verfolgung der Juden) auch Bremen].

#### *Hansische Geschichtsblätter*

Aus: Jg. 105, 1987.

Erich Hoffmann, Gilde und Rat in den schleswigschen und nordelbischen Städten im 12. und 13. Jahrhundert, S. 1–16. — Erich Plümer, Zur Sozialtopographie der Stadt Einbeck im späten Mittelalter, S. 17–31. — Jens Röhrkasten, Gefährdung und Sicherung des hansischen Handels in England. Ein Fall von Straßenraub 1308, S. 33–49. — Elisabeth Harder-Gersdorff, Im Vorfeld der Industrialisierung: Riga als Emporium der Rohstoffausfuhr von Ost nach Westeuropa, S. 51–81.

Aus: Jg. 106, 1988.

Henryk Samsonowicz, Die Hanse an der unteren Weichsel im 13. Jahrhundert, S. 5–17. — Heinz Stoob, Über Hafengestalt und Hafenbetrieb in der hansischen Wirtschaft, S. 19–39. — Rolf Hammel, Häusermarkt und wirtschaftliche Wechsellagen in Lübeck von 1284 bis 1700, S. 41–107. — Ruth-E. Mohrmann, Leben und wohnen in der alten Stadt. Osnabrück im hansestädtischen Vergleich, S. 109–126. — Lorenz Rerup, Der dänische Gesamtstaat im 19. Jahrhundert und seine hanseatischen Nachbarn, S. 127–137.

#### *Deutsches Schiffsarchiv*

Aus: Bd. 9, 1986.

Karl-Heinz Ludwig, Zu den Schriftquellen der Binnenschifffahrt im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, S. 89–95. — Lars U. Scholl, Die Princess Louise der Königlich Preußischen Seehandlungs Societät. Zwei unveröffent-

lichte Dokumente, S. 117–122 [erbaut 1823/24 in Vegesack für Friedrich & Everhard Delius]. — Maria Möring u. Peter Lindenau, Ein Wrack und seine Identifizierung, S. 123–134 [der dänische Schoner Thomas Lawrence, der 1862 bei Hastings mit dem Lloyd-Dampfer Schwalbe kollidierte]. — Heinz Burmester, Die letzten Segelschiffs-Reisen von der Westküste Nordamerikas, S. 135–166 [Weizen- und Holzfahrten 1912–1926]. — Gerhard Wiedemann, Internationale Zusammenarbeit im Seezeichenwesen 1889–1955. Teil 2: Die Seezeichenkonferenzen 1929 bis 1937, S. 167–188. — Christian Hünemörder, Fischerei im Mittelalter. Wissenschafts-, wirtschafts- und technikhistorische Aspekte, S. 189–198. — A. Jacob Dijkstra, „Ausgewanderte“ Schiffsdokumente zum friesischen Wal- und Robbenfang. Eine Untersuchung bisher unveröffentlichter Schiffspapiere aus deutschem und niederländischem Besitz, S. 199–216 [mit Abdruck von Journalen der „Dirkje Adema“ von Harlingen 1846–1853]. — Klaus Barthelmeß, Deutsche Walfanggesellschaften in wilhelminischer Zeit. Germania AG [Hamburg] und Sturmvogel GmbH [Bremen], S. 227–250.

Aus: Bd. 10, 1987.

Heinz Burmester, Segelschiffsreisen nach Santa Rosalia, S. 37–76 [Kupferfahrten von Niederkalifornien 1882–1914]. — Werner Jaeger, Drei hölzerne Groß-Segler von Joh. C. Tecklenborg. Dokumente zu den Neubauten Felix Mendelssohn (Nr. 33, 1865/66), Niagara (Nr. 35, 1866/67) und G. F. Haendel (Nr. 37, 1867–69), S. 77–104 [die Niagara für D. H. Wätjen & Co., die beiden anderen für eigene Rechnung erbaut, aber später an D. H. Wätjen & Co. bzw. J. C. D. Pflüger verkauft]. — Uwe Schnall, S. M. S. Falke als Stationär vor Westafrika 1892/93. Der Reisebericht des Johannes Onno Friedrich Abels, S. 181–244. — Gerhard Wiedemann, Internationale Zusammenarbeit im Seezeichenwesen 1889–1955. Teil 3: Die Seezeichenkonferenzen 1950, 1955 und die Bildung einer ständigen Organisation für das Seezeichenwesen, S. 261–288. — Klaus Barthelmeß, Walfangtechnik vor 375 Jahren. Die Zeichnungen in Robert Fotherbys „Journal“ von 1613 und ihr Einfluß auf die Druckgraphik, S. 289–324. — Nicola Borger-Keweloh, Der Entwurf einer Galionsfigur für die erste deutsche Flotte, S. 337–344.

Aus: Bd. 11, 1988.

Detlev Ellmers, Bordgeschirr um 1900 — ein Spiegel sozialer Schichtungen, S. 109–140 [schichtspezifische Service und Bestecke u. a. von Dampfern des Norddeutschen Lloyd und vom Handels-U-Boot Deutschland]. — Heinz Burmester, Aus dem Tagebuch eines Schiffsjungen von 1914, S. 141 bis 168 [Heinrich von Kralik an Bord der Viermastbark Lisbeth]. — Arnold Kludas, Die deutschen Schnelldampfer. V: Bremen und Europa — Ausklang einer Ära, S. 177–214 [„Die Indienststellung dieser Schiffe war der Ausklang einer Ära, des Zeitalters des freien Spiels der Kräfte in der internationalen Passagierschiffahrt.“].

WEITERE NEUERSCHEINUNGEN ZUR BREMISCHEN GESCHICHTE UND LANDESKUNDE\*:

- Gatter, Frank Thomas und Mechthild Müser: Bremen zu Fuß. 20 Streifzüge durch Geschichte und Gegenwart.* Hamburg: VSA-Verlag 1987. 323 S.
- Mader, M. und E. Gerull: Bremen.* Grasberg: Mader 1987. 48 S.
- Kuschka, Rudolf P.: Bremen „war“ eine Reise wert.* Erzählungen aus der Hansestadt und umzu. Bremen: Hauschild 1988. 175 S.
- Röpcke, Andreas: Leben und Nachleben Willehads.* Zur Geschichte und Tradition des ersten Bremer Bischofs. Bremen: Donat & Temmen 1987. 47 S.
- Schmolze, Gerhard: Gräfin Emma oder Frau Imma, die Gattin des Grafen Liudger, Bremens Wohltäterin im Mittelalter in Geschichte und Legende, Sage und Kunst.* Bremen: Döll 1988. 32 S.
- Salander, Gustav Adolf: Schicksal oder Zufall?* Bremen im Wandel von hundert Jahren. Bremen: Hauschild 1987. 175 S.
- Oldigs, Beenhard und Wolfgang Merkel: Morgen rot.* 80 Jahre Bremer Arbeiterjugendbewegung. 40 Jahre Landesjugendring. Bremen: Steintor 1987. 96 S.
- „Mit Gott dem Herrn zum Krieg“?* Bremer Pastoren für den Frieden vom Kaiserreich bis zur Ära Adenauer. Hrsg. von *Helmut Donat* und *Reinhard Jung*. Bremen: Donat 1988. 119 S.
- Niermann, Charlotte und Stephan Leibfried: Die Verfolgung jüdischer und sozialistischer Ärzte in Bremen in der „NS“-Zeit.* Bremen: Steintor 1988. 72 S.
- Bremen nach dem Kriege 1945–1949.* Eine Dokumentation der Landesbildstelle Bremen. Erarb. von *Regina Bruss* und *Eckhardt Goldenbogen*. Bremen: Landesbildstelle 1988. 173 S.
- Blandow, Jürgen und Friedrich Wilckhaus: Bibliographie zum Bremischen Wohlfahrtswesen im 20. Jahrhundert.* Bremen: Universität 1988. 252 S.
- Dokumentation Bremischer Unternehmensmonographien.* Hrsg. von *Dieter Leuthold*, bearb. von *Klaus Kron*. Bremen: Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Bremen 1987. (Schriftenreihe des Fachbereichs Wirtschaft der Hochschule Bremen. Bd. 35.)

\* Die hier angezeigten Titel sind nicht für eine Besprechung vorgesehen, mögen jedoch als Anregung nützlich sein. Vollständigkeit im Sinne einer Bibliographie wird nicht angestrebt.

- Roder, Hartmut: Der Bremer Vulkan.* Von der Johann-Lange-Werft zum Bremer Vulkan. Bremen: Steintor 1987. 48 S.; ders.: *Der Bremer Vulkan.* Schiffbau und Werftarbeit in Vegesack. Teil II: 1914–1933. Bremen: Steintor 1987. 48 S.
- Kuckuk, Peter: Die A.G. „Weser“.* Teil I: Bis 1914. Von der Maschinenfabrik Waltjen & Leonhardt zur Großwerft. Bremen: Steintor 1987. 48 S.; ders.: *Die A.G. „Weser“.* Teil II: 1914–1933. Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Bremen: Steintor 1987. 48 S.
- Precht, Hans-Hermann: Atlas-Werke 1945–1965.* Bremen: Steintor 1987. 48 S.
- Leohold, Volkmar: Die Kämmeristen.* Arbeitsleben auf der Bremer Woll-Kämmerei. Hamburg: VSA-Verlag 1986. (Schriftenreihe der Arbeiterkammer Bremen.)
- Jerchow, Friedrich: Zerrbild und Wirklichkeit des Arbeitslebens auf der Bremer Woll-Kämmerei.* Ein Kommentar zu V. Leoholds „Die Kämmeristen“. Bremen-Blumenthal: Bremer Woll-Kämmerei 1987.
- Architektur in Bremen.* Hrsg.: Architekten-Kammer der Freien Hansestadt Bremen. Worpswede: Worpsweder Verlag 1988 (ohne Seitenzahl).
- Manske, Hans-Joachim: Bremens Wände* (Kunst im Stadtbild). Köln: Müller 1986. 95 S.
- Disse Steen de steiht.* Geschichte der Arster Straßenmacher. Hrsg.: Arbeitskreis Arster Geschichte(n). Bremen (1988). 176 S.
- Ernst, Manfred: Der Marktplatz.* Stadtgeschichte im Zentrum Bremerhavens. Bremerhaven: Ditzen 1988. 160 S.
- Wortmann, Wilhelm: Bremer Baumeister des 19. und 20. Jahrhunderts.* Hrsg. von der Aufbaugemeinschaft Bremen. Bremen: Döll 1988. 121 S.
- Cyrus, Hannelore: Denn ich will aus mir machen das Feinste.* Malerinnen und Schriftstellerinnen im 19. Jahrhundert in Bremen. Bremen: Sonnenstraße 1987. 185 S.
- Abel, Susanne: Bremer Schausteller 1945–1985.* Zum Wandel von Arbeit und Leben. Göttingen: Schmerse 1988. 106 S.
- Unser Wilhelm Kaisen.* Hrsg. von Klaus Wedemeier. Bremerhaven: Nordwestdeutsche Verlagsges. 1987. 79 S.
- Schumacher, Wolfgang: August Hagedorn . . . und gerecht gegenüber jedermann.* Erinnerungen an den ersten Nachkriegspräsidenten der Bremischen Bürgerschaft. Bremen: Hauschild 1988. 160 S.
- Hohmann, Werner: Heinrich Vogeler in der Sowjetunion 1931–1942.* Fischerhude: Galerie 1987. 167 S.
- Scholl, Lars U. und Elisabeth Bott: Otto Bollhagen.* Ein Maler im Dienste der Industrie. Leverkusen: Bayer AG 1988. 20 S.

*Oehmig, Alfred: Dampfer auf der Weser in alten Ansichten.* Duisburg: Binnenschiffahrtsverlag 1985. 132 S.

*Forschungen zur Burg-Lesumer Geschichte.* Hrsg. von *Gerhard Schmolze.* Als Manuskript vervielfältigt. H. 1, 1986. 32 S.

*Rauer, Friedrich: Hemelingen.* Notizen zur Vergangenheit. Bremen: Sparkasse 1987. 395 S.

*Rauer, Friedrich: Hundert Jahre Sparkasse in Hemelingen 1887–1987.* Bremen: Sparkasse 1987. 119 S.

*Historischer Rundgang durch Hemelingen und ein Stück von Sebaldsbrück,* zusammengestellt von *Margot Müller.* Bremen: KuFAG 1987. 144 S.

# HISTORISCHE GESELLSCHAFT BREMEN

## 124. Jahresbericht (1987)

### *Mitgliederversammlung*

Die Mitgliederversammlung konnte am 31. März 1987 erfreulicherweise wieder unter sehr großer Beteiligung (rd. 140 Teilnehmer) im Haus Schütting durchgeführt werden. Eingangs würdigte der Vorsitz die Leistungen des am selben Tage vom Senat verabschiedeten Landesarchäologen und stellvertretenden Vorsitzers der Historischen Gesellschaft, Herrn Dr. Karl Heinz Brandt. Unter dem Beifall der Anwesenden dankte er ihm besonders für seine Verdienste um die Gesellschaft.

Großes Interesse und viel Applaus fand das anschließende Kurzreferat unseres Mitglieds, Herrn Karl-Wilhelm Karbe, zum Thema: „Familienforschung heute – kein Spitzweg-Idyll“.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung der 1986 verstorbenen Mitglieder.

### *Vorstand*

Herr Dr. Reinhard Patemann, dessen Amtszeit im Vorstand abgelaufen war, stellte sich nicht zur Wiederwahl. Der Vorsitz dankte ihm für seine zehnjährige Mitarbeit. Da keine geeigneten Vorschläge eingebracht werden konnten, erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, auf die Wiederbesetzung im Augenblick zu verzichten.

Die bisherige Geschäftsverteilung wurde beibehalten: Vorsitz: Eugen De Porre; stellv. Vorsitz: Dr. Karl Heinz Brandt; Schatzmeister: Günter Kayser; stellv. Schatzmeister: Dr. Manfred Schröder; Schriftführer: Dr. Regina Bruss; stellv. Schriftführer: Dr. Engelbert Klugkist; Beisitzer: Dr. Heinz Wilhelm Haase, Prof. Dr. Dieter Hägermann, Dr. Helmut R. Hoppe, Dr. Wilhelm Lührs und Dr. Hartmut Müller.

### *Mitgliederbewegung*

Im Berichtsjahr verlor die Gesellschaft 34 Mitglieder, davon 11 durch Tod und 17 aus Alters- und Gesundheitsgründen. Dagegen konnten 39 neue Mitglieder gewonnen werden. Zum Jahresende erhöhte sich damit die Mitgliederzahl auf 922.

### *125jähriges Jubiläum*

In der Oberen Halle des Alten Rathauses wurde am 27. Mai 1987 das 125jährige Bestehen der Gesellschaft mit rd. 540 Mitgliedern und Gästen gefeiert. Da eine ausführliche Darstellung der festlichen Veranstaltung den Rahmen dieses Jahresberichts sprengen würde, wird der Festvortrag unseres Mitglieds, Herrn Prof. Dr. Gerhard Ahrens, Hamburg: „Die Hanseaten und der Reichsgedanke seit dem frühen 19. Jahrhundert“ gesondert veröffentlicht. Dabei wird auch des der Festveranstaltung sich anschließenden fröhlichen Beisammenseins der etwa 350 Mitglieder und Gäste im Bacchuskeller des Ratskellers noch einmal gedacht werden. Dieser Gedenktag hat bewiesen, daß unsere Gesellschaft nicht nur ein reiner „Zweckverband“ ist, sondern sehr stark im Bewußtsein ihrer Mitglieder lebt.

### *Veröffentlichungen*

Rechtzeitig konnte der Band 65 des Bremischen Jahrbuchs als Festschrift zum Jubiläum (u. a. mit einem Abriß der 125jährigen Geschichte der Gesellschaft) vorgelegt werden. Dafür gebührt den Autoren und der Redaktion unser ganz besonderer Dank. Er gilt auch den zahlreichen Mitgliedern, die wiederum durch Selbstabholung geholfen haben, unsere Porto- und Versandkosten niedrig zu halten.

### *Vorträge*

Mit einem reichhaltigen Vortragsprogramm konnte im Berichtsjahr den vielfältigen Interessen unserer Mitglieder entsprochen werden, wobei uns wieder die langjährige und bewährte Zusammenarbeit mit anderen Bremer wissenschaftlichen Vereinigungen zugute kam.

1. Dr. Egon Schallmeyer, Karlsruhe:  
Römische Soldaten in besonderer Verwendung — Benefiziarier am obergermanischen Limes (10. Februar 1987);
2. Dr. Joachim Reichstein, Schleswig:  
Die Sachsen — Das Sachsenproblem aus neuer Sicht (11. Februar 1987);
3. Prof. Dr. Hans Kloft, Bremen:  
Geld und Wirtschaft in der römischen Kaiserzeit (24. Februar 1987);
4. Dr. Siegfried Flidner, Bremen:  
Wer schuf die beiden Fresken in der Oberen Halle des Bremer Rathauses? (4. März 1987);
5. Dr. Hajo Hayen, Oldenburg:  
Straßen und Wege der Steinzeit (12. März 1987);
6. Prof. Dr. Günter Fehring, Lübeck:  
Hochmittelalterlicher Hausbau in den Städten des hansischen Wirtschaftsraumes (16. April 1987);
7. Eugen De Porre, Bremen:  
Flanderns Kampf um Existenz und Gleichberechtigung (3. Juni 1987);
8. Reinhold Thiel, Bremen:  
Luftabwehr in und Luftkampf über Bremen 1936—1945. Ein fast vergessenes Kapitel aus Bremens Notzeit (22. Oktober 1987);
9. Dr. Jürgen Wittstock, Marburg:  
Zur Seligkeit meiner Seele — Der Bremer Pilgerzeichenfund. Dokumente mittelalterlicher Frömmigkeit aus dem Flußbett der Weser (17. November 1987);
10. Prof. Dr. Walter Vogel, Bonn:  
Handlungsspielräume und Entscheidungsabläufe zur Westintegration der Bundesrepublik und ihre Realisierungschancen (24. November 1987).

### *Studienfahrten*

Kern der Studienfahrten im Jubiläumsjahr war die von den Mitgliedern seit Jahren gewünschte Exkursion nach Flandern. Aber auch die sechs Tagesfahrten waren binnen weniger Tage ausgebucht. Insgesamt konnten 474 Mitglieder als Fahrtteilnehmer verzeichnet werden. Bis auf zwei wurden die Exkursionen vom Vorsitz der Gesellschaft geleitet.

1. Die alten Moor- und Marschendorfer in Butjadingen und Stadland waren das Ziel der „Siedlungsgeschichtlichen Fahrt 1987“. Neben der allgemeinen Entwicklung in diesem Raum galt das Interesse u. a. den alten Kirchen in Golzwarden, Rodenkirchen, Langwarden, Burhave und Blexen (16. Mai 1987).
2. Unter der sachkundigen Leitung von Herrn Dr. Engelbert Klugkist wurde die Bedeutung unserer Schwesterstadt Bremerhaven für die bremische Hafen- und See-

wirtschaft vorgestellt. Der Vormittag gehörte dem größten europäischen Container Terminal und den Ro-Ro-Anlagen, der Nachmittag dem Deutschen Schiffahrtsmuseum. Die wegen Maschinenschadens ausgefallene Hafenrundfahrt wurde durch eine sehr informative Besichtigung des Fischereihafens ersetzt (27. Juni 1987).

3. Die Bereisung des südlichen Emslandes begann mit einer Führung durch die alte Hansestadt Haselünne und einer Besichtigung des ältesten Burgmannshofes, den uns entgegenkommenderweise der Besitzer selbst vorstellte. Auf der Weiterfahrt konnte die gotische Dorfkapelle in Bückelte besucht werden. Eine Führung durch die über 1000jährige Kreisstadt Meppen überraschte die Teilnehmer ebenso wie die abschließende Besichtigung des Schlosses Clemenswerth am Hümmling, wobei auf die Besonderheit der barocken Jagdsternanlagen eingegangen wurde, deren schönste Clemenswerth ist (1. August 1987).
4. Auf der Exkursion „Archäologische Denkmäler im Bremer Umland“ führte Herr Dr. Karl Heinz Brandt die Teilnehmer in die Lüneburger Heide. Schwerpunkte waren die „Sieben Steinhäuser“ bei Fallingbostel und die Hügelgräber bei Bergen-Hohne (22. August 1987).
5. Wegen der großen Nachfrage mußte die Fahrt in das südliche Emsland und nach Clemenswerth vom 1. August wiederholt werden (26. September 1987).
6. Die letzte Tagesfahrt 1987 galt dem Raum südlich des Wiehengebirges; nach dem ehemaligen Stift Quernheim und der Widukindstadt Enger konnte unter Führung des Besitzers die Wasserburg Gesmold eingehend besichtigt werden. Der Besuch der Schelenburg und ein Aufenthalt im malerischen Bad Essen rundeten diese Exkursion ab (3. Oktober 1987).

Die schon erwähnten Studienfahrten nach Flandern mußten infolge des großen Interesses dreimal durchgeführt werden, vorbereitet durch einen Vortrag des Vorsitzers und Reiseleiters am 3. Juni 1987:

7. 14. — 23. Juni 1987.

8. 9. — 18. August 1987.

9. 6. — 15. September 1987.

Vom Standort Gent aus wurden an drei Tagen die bedeutendsten Städte Flanderns besucht: Gent — Brügge — Antwerpen. Die anderen Tage galten ebenfalls namhaften Plätzen und deren Umgebung, wie Mecheln, Lier, Tournai, Ronse, Oudenaarde, Kortrijk, Ypern, Torhout, Lissewege, Damme u. a. Herausragende Einzelobjekte waren die Wasserschlösser Oidonk und Laarne, das Benediktinerkloster Zevenkerken, die alte Abtei Ter Doest und die eindrucksvollen Soldatenfriedhöfe Langemark und Vladslo. Auf der Heimfahrt wurde noch die alte Universitätsstadt Löwen besucht. Nicht nur den kunsthistorischen Zeugen einer glanzvollen Vergangenheit galt das Interesse, sondern ebenso der großen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung, die Flandern einst einen hervorragenden Platz in der europäischen Geschichte zugewiesen hat.

#### *Sonstiges*

Unter starker Beteiligung (fast 150 Teilnehmer) wurde am 15. Dezember 1987 wiederum im Logenhaus der schon fast institutionelle „Klönabend“ abgehalten. Das persönliche Gespräch untereinander, Rückblicke auf das erfolgreiche Jubiläumsjahr und Planungsabsichten für 1988 füllten diese gemeinschaftlichen Stunden.

Der Vorsitz nahm die Gelegenheit wahr, den Mitgliedern noch einmal für das gerade im Jubeljahr bewiesene Interesse an ihrer „Historischen“ zu danken, besonders aber für die verstärkte Teilnahme an den angebotenen Veranstaltungen und für ein Spendenaufkommen, das die Erwartungen des Vorstandes weit übertroffen hat. Letzterer sieht sich dadurch in seiner Ansicht bestätigt, den richtigen Weg für die weitere Arbeit im Sinne der Mitglieder eingeschlagen zu haben.

## Rechnungsbericht für das Jahr 1987

### Vermögensübersicht per 31. Dezember 1987

#### Aktiva

Kasse	DM	28,93
Bankhaus Neelmeyer AG, Konto Nr. 303	DM	7 668,95
Die Sparkasse in Bremen, Konto Nr. 102 8026	DM	3 169,54
Wertpapiere	DM	38 774,50
Forderungen (Mitgliedsbeiträge 1987)	DM	1 140,—
Forderungen (Klönabend, Versandtaschen)	DM	852,73
		<u>DM 51 634,65</u>

#### Passiva

Kapital 1.1.1987	DM	47 017,04	
+ Einnahmenüberschuß	DM	1 275,05	DM 48 292,09
Rechnungsabgrenzung (Mitgl.-Beiträge 1988)	DM	2 880,—	
Passive Rückstellung (restl. Lohnsteuer 1987)	DM	462,56	
			<u>DM 51 634,65</u>

### Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Jahr 1987

#### Ausgaben

Personalkosten	DM	10 476,01
Raumkosten	DM	360,—
Beiträge	DM	180,—
Versicherungen	DM	125,60
Fernsprechgebühren	DM	547,61
Porti	DM	1 388,45
Büromaterial	DM	1 129,43
Aufwendungen für Vorträge	DM	1 233,10
Aufwendungen für Jahrbuch 1987	DM	13 284,70
Zinsaufwendungen	DM	75,20
Sonstige Kosten	DM	807,50
Wertberichtigung auf Wertpapiere	DM	92,—
Jubiläum 1987	DM	2 235,88
Einnahmenüberschuß	DM	1 275,05
		<u>DM 33 210,53</u>

#### Einnahmen

Mitgliedsbeiträge	DM	19 920,—
Spenden	DM	10 036,35
Einnahmen aus Vorträgen	DM	19,—
Zinserträge	DM	3 235,18
		<u>DM 33 210,53</u>

gez.: Günter Kayser  
Schatzmeister

Geprüft und für richtig befunden:

gez.: Ilse-Dore Kaufmann  
Rechnungsprüfer

gez. Heinrich Elsner



